

# Texte

dietz berlin



Michael Brie, Cornelia Hildebrandt,  
Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.)

## DIE LINKE

Wohin verändert sie die Republik?

rls

40

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Texte 40

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE, CORNELIA HILDEBRANDT,  
MEINHARD MEUCHE-MÄKER (HRSG.)

## **DIE LINKE**

**Wohin verändert sie die Republik?**

Karl Dietz Verlag Berlin

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.):  
DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 40)  
Berlin: Karl Dietz Verlag 2007

ISBN 978-3-320-02123-8  
© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007

Satz: Marion Schüttrumpf  
Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von Ronald Friedmann  
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung  
Printed in Germany

Vorwort 7

## **Strategische Ausgangspunkte**

MICHAEL BRIE  
Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten 13

MEINHARD MEUCHE-MÄKER  
Der Blick von Innen.  
Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. 46

## **Neue Ansätze**

KATJA KIPPING  
Gipfelproteste 2007 – ein gelungener Start für DIE LINKE 90

WERNER DREIBUS, MATTHIAS HINZE, AXEL TROOST  
Die Kampagne als strategisches Instrument der LINKEN  
Überlegungen am Beispiel der Mindestlohnkampagne 109

CHRISTOPH SPEHR  
Unterwegs zur Partei des Volkes  
Parteibildung und Wahlkampf in Bremen 2005-2007 123

DIETMAR BARTSCH  
Ein »Linksbündnis« wächst aus der Gesellschaft,  
nicht aus machtpolitischen Spielereien 153

## **Zentrale Streitpunkte**

CORNELIA HILDEBRANDT  
Der schmale Grad linker Reformpolitik – der Fall Berlin 160

DIETER KLEIN  
Die Linke und das Eigentum  
Zur programmatischen Diskussion 192

## **Mitgliedschaft und Wählerschaft**

DIETMAR WITTICH  
Wählerinnen und Wähler 219

RAINER FERCHLAND  
Befunde einer Mitgliederbefragung im Berliner  
Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf 233

## **Ausblick**

MICHAEL BRIE  
Segeln gegen den Wind.  
Bedingungen eines politischen Richtungswechsels  
in Deutschland 259

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 319

# Vorwort

Als sich am 16. Juni 2007 die Partei DIE LINKE gründete, als sich im Berliner Estrel-Hotel mitunter tosendem viel Beifall vor rotem Hintergrund die einzelnen Buchstaben schrittweise zum neuen Namen formierten, war zumindest eines klar: diese Partei wird ein Machtfaktor im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. »Wir sind gekommen, um zu bleiben«, so Lothar Bisky, einer der beiden neuen Vorsitzenden.

Was aber will und was kann diese neue Partei? Was heißt es, wenn ihre Führer davon sprechen, dass diese Partei den Systemwechsel will? Was bedeutet es, wenn von Oskar Lafontaine »Freiheit durch Sozialismus« gefordert wird? Wie steht dies zum Anspruch auf die reale Gestaltung der realen Verhältnisse vom Standpunkt der Schwachen?<sup>1</sup>

Nachdem sich auf der großen Bühne in der Halle des Estrel-Hotels alle Buchstaben des neuen Partei namens DIE LINKE nach gültiger Recht-Schreibung sortiert hatten, wurde dann kein Punkt, sondern ein Richtungspfeil nach links auf das »i« gesetzt. Dies ist mehr als eine Reminiszenz an die sowjetrussische Avantgarde, sondern greift den eigentlichen Gründungskonsens der Partei auf – Partei des entschiedenen Richtungswechsels nach links zu sein.

Der Widerspruch könnte schreiender nicht sein: Fast alle attestieren der Partei DIE LINKE programmatisch-strategische Unschärfe. Externe und interne Kritiker stimmen darin überein, dass dieser Partei ein klares Selbstverständnis noch fehle und keine und keiner so richtig sagen könne, wofür sie stehe. Zugleich sind die entscheidenden programmatischen Dokumente der PDS, der WASG und die programmatischen Eckpunkte der neuen Partei durch einen eindeutigen Konsens geprägt. Im zentralen Abschnitt IV der Eckpunkte, der die Strategie der Partei skizziert, heißt es – an die Dokumente der Vorgängerparteien anschließend – einleitend: »Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen.«<sup>2</sup> Aber ist ein solcher Richtungswechsel überhaupt möglich, und wenn ja, welcher Voraussetzungen bedarf es dazu? Kann die Linkspartei dabei eine nennenswerte Rolle spielen? Dieses Buch soll einige Elemente einer Antwort skizzieren.

Anscheinend spricht alles gegen diese programmatisch-strategische Orientierung der Partei DIE LINKE. Erstens wird ihr attestiert, dass sie die »Modernisie-

1 Vgl. dazu das bemerkenswerte Buch zur Entstehung der neuen Partei: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007.

2 Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE (Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25.03.2007 in Dortmund).

rungsverweigerer«<sup>3</sup> oder den »Besitzstandpopulismus«<sup>4</sup> repräsentieren würde. Sie wolle unter Lafontaine zurück in die neunzehnhundertsiebziger Jahre und kultiviere einen überholten nationalen Keynesianismus. Noch drastischer formuliert es der Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, Peter Struck, der Oskar Lafontaine vorwirft, »eine abenteuerliche Wandlung vom Enkel Willy Brandts zum Ur-enkel Walter Ulbrichts hinter sich gebracht«<sup>5</sup> zu haben. Auch aus in den eigenen Reihen wird immer wieder eine starke Fixierung auf einen repressiv-autoritären Sozialstaat der Vergangenheit ausgemacht. Bestenfalls sei DIE LINKE, so viele Beobachter, sozial-konservativ und rückwärtsgewandt. Ihre Macht scheint aus der Vergangenheit geborgt. Auch die Bürgerinnen und Bürger können, so Meinungsumfragen, kaum eine Zukunftskompetenz dieser Partei Die Linke ausmachen.

Zweitens scheint die Partei DIE LINKE weitgehend isoliert. Rückhalt habe sie nur bei den Verlierern, bzw. bestenfalls noch bei Teilen der Gewerkschaften als den ständischen »Verteidigungsorganisationen absteigender Gruppen« (Ralf Dahrendorf) oder oder/und den Älteren.<sup>6</sup> Sie sei neben der NPD die einzige Partei, die im Bund nicht koalitionsfähig sei. Von dieser »splendid isolation« könne sie nur als Protestpartei, nicht aber als Partei alternativer Gestaltung profitieren, und auch dies nur auf begrenzte Zeit. Teils mit Schadenfreude, teils mit unverhohlenen Ärger oder Wut wird festgestellt, dass die Partei DIE LINKE durch ihren Erfolg linke Mehrheiten zu blockieren scheint.

Drittens wird unterhalb der Klammer von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und Klaus Ernst eine hoffnungslose Zerstrittenheit in der neuen Partei DIE LINKE. ausgemacht. Prinzipienlose Pragmatiker aus den ostdeutschen Fraktionen der früheren PDS, radikal gewordene Altgewerkschafter und Renegaten der SPD, kommunistische Orthodoxe und trotzkistische Radikale – so die Bezeichnungen dieser Gruppen und die verbreitete Sicht über auf sie – scheint nichts zu verbinden als eine momentan ganz unvermutet erfolgreiche Schutzgemeinschaft, die sie alle vor völliger Bedeutungslosigkeit bewahrt. Es wisse ja niemand, »was diese Partei ist und will«<sup>7</sup>.

Selbst die Aufzählung der gegenwärtigen Stärken der Partei DIE LINKE hilft nicht sehr viel weiter: Offenbar stieß sie in eine schon lange ausgemachte Vertretungslücke sozialer Gerechtigkeit.<sup>8</sup> Ihr Führungspersonal ist auch im Vergleich mit anderen Bundesparteien hinreichend stark und war fähig, mit großem Geschick

3 Thomas Meyer: Zwischenruf: Ein europäischer Normalfall. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/2007, S. 42.

4 Reinhard Bütikofer im Gespräch. In: Ebenda, S. 23.

5 [http://www.focus.de/politik/deutschland/spd\\_aid\\_65879.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/spd_aid_65879.html).

6 Franz Walter: Die Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus. Ein Essay über »Vergreisung als Chance«. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. A. a. O., S. 339-344.

7 Mechthild Küpper: Die Linke. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 2007, S. 1.

8 Oliver Nachtwey, Tim Spier: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. A. a. O., S. 13-70.

die seltene Gelegenheit, die sich nach der Verkündung von Neuwahlen im Mai 2005 ergab, zu nutzen und innerhalb von zwei Jahren zu einer erfolgreichen Parteineubildung erfolgreich herbeizu führen.<sup>9</sup> Ihre Verankerung in Ostdeutschland ist immer noch so stark, dass sie eine der drei großen Parteien geblieben ist.<sup>10</sup> Mit dem Ergebnis von 8,4 Prozent bei der Bürgerschaftswahl in Bremen hat sie ihren Machtanspruch auch im Westen erfolgreich erhoben und die eher bescheidenen Ergebnisse bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz von 2,7 Prozent fast vergessen lassen.<sup>11</sup> Bei der Mindestlohnkampagne und der Argumentation gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr hat sie die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland hinter sich und konnte ihre Konkurrenten SPD und Grüne unter Druck setzen.<sup>12</sup>

Was aber haben diese Stärken mit der Frage des Kampfes um einen zukunftsfähigen Richtungswechsel zu tun?<sup>13</sup> Kann Gerechtigkeit überhaupt »modern« sein in einer globalisierten Weltgesellschaft überhaupt »modern« sein? Was verbindet das Geschick bei der Nutzung einer günstigen Chance mit der Fähigkeit, Gesellschaft nachhaltig zu verändern? Ist Ostdeutschland etwas anderes als ein gesamtdeutscher Sozialfall, dem sich Bremen nur hinzufügt? Führt Mindestlohn nicht bestenfalls nur zu einer kleinen geringen Abminderung des Lohndumpings? Ist das »Nein« zu Militäreinsätzen mehr als bloße Verweigerung globaler Verantwortung? Vor allem: Ist die Partei DIE LINKE etwas anderes als eine bloße Kraft der Verhinderung – und sei es der Blockade linker Mehrheiten?

Die Partei DIE LINKE hat vor allem ein Problem – ihren Erfolg. Ihr es gelungen, jenes in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigte Wählerpotential links von der SPD von rd. 15 Prozent zu einem beträchtlichen Teil zu erschließen. Jetzt ist sie in das linke Wählerpotential insgesamt eingedrungen. Ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger konnten sich im Juni 2007 vorstellen, die Linkspartei zu wählen, 44 Prozent im Osten, 19 Prozent im Westen.<sup>14</sup> Sie bietet den Gewerkschaften an, sich aus der einseitigen Bindung an die SPD zu befreien. Neben der Partei Die Grünen ist sie für viele soziale Bewegungen zunehmend die wichtigste Adresse im Bundestag und in einer Reihe von Ländern geworden.<sup>15</sup> Sie hat linke Forderungen wie den Mindestlohn, armutsverhindernde Renten, das Nein zu Kriegseinsätzen wieder wirkungsvoll auf die politische Agenda des offiziellen politischen Systems gesetzt.

9 Robert Lorenz: Techniker der »kalten Fusion«. Das Führungspersonal der Linkspartei. In: Ebenda, S. 275-324. Vgl. auch in diesem Band die Analyse von qualitativen Interviews mit Aktivistinnen und Aktivisten der Partei DIE LINKE. Die Linke durch Meinhard Meuche-Mäker sowie von Rainer Ferchland zur Mitgliedschaft in einem Ostberliner Stadtbezirk.

10 Vgl. dazu den Beitrag von Cornelia Hildebrandt in diesem Band.

11 Vgl. dazu die Analyse von Christoph Spehr in diesem Band.

12 Vgl. dazu die Darstellung von Werner Dreibus, Matthias Hinze und Axel Troost in diesem Band.

13 Vgl. dazu den Beitrag von Dietmar Bartsch in diesem Band.

14 <http://www.politikforum.de/forum/showthread.php?t=176714>. Zur Analyse der Wählerschaft vgl. den Beitrag von Dietmar Wittich in diesem Band.

15 Vgl. dazu den Beitrag von Katja Kipping in diesem Band zum Verhältnis von der Partei DIE LINKE zu den G8-Protesten.

Diese Erfolge der Linkspartei sind aber nur dann zu stabilisieren, wenn die Vertretung unterdrückter Interessen und Themen durch die Fähigkeit ergänzt wird, dies in die Veränderung von Politik zu überführen zu einer anderen Politik beizutragen. Erfolge verpflichten. Die wirkliche Bedeutung der Linkspartei wird sich daran entscheiden, ob es ihr gelingt, einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland zu befördern. Und Die dabei oft gestellte Frage lautet, inwieweit berührt dies die Eigentumsordnung der jetzigen Gesellschaft berühren würde?<sup>16</sup> Dies ist der eigentliche Maßstab, der an sie angelegt werden muss und dem sie sich in ihren programmatischen Dokumenten selbst verpflichtet hat.

Der sozialstaatliche Kapitalismus – oft auch Fordismus genannt – war seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch in Deutschland geschwächt. Willy Brandt hatte noch versucht, getragen von der Welle linker Bewegungen, ihm neues Leben einzuhauchen. Aber schon ihm gebrach es an Konsequenz. Helmut Schmidt und Helmut Kohl versuchten halb, das früher so erfolgreiche »Modell Deutschland« zu retten, halb es marktliberal zu kurieren. Mit einer unglaublichen Tatkraft machte sich dann die Regierung unter dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder daran, die Hinrichtung des Sozialstaats Deutschland zu vollziehen und die Leiche möglichst tief zu bestatten.

Zunächst schien es so, als hätte das die schmachvolle Begräbnis Demolierung des »Modells Deutschland« keinerlei Bedeutung für das politische System des Landes. Zwar bewegten sich die politischen Eliten aus dem U-Boot Bonn heraus in das Zentrum der von einer schweren wirtschaftlichen Krise gebeutelten neuen Hauptstadt und errichteten sogleich ihre eigene geschlossene Welt rund um den Reichstag – fern von den Problembezirken der Millionenstadt.

Zwar verloren CDU und SPD ein Drittel ihrer Mitglieder, sie, die sich früher stolz Volksparteien genannt hatten. Die Wahlbeteiligung sank, die Wähler wandten sich immer freier der einen oder anderen Partei zu und kurz danach wieder von ihr ab. Wahlen wurden zur Shopping-mall. Die Gewerkschaften verloren immer weiter an Einfluss und Mitgliedern. Von sozialen Bewegungen war kaum noch ein Spur. Alles änderte sich immer schneller in der Bundesrepublik, nur die politische Fassade blieb. Abgesehen natürlich von dem ungeliebten unehelichen Kind der deutschen Vereinigung – der PDS. Aber auch diese, so war man überzeugt, würde einen frühen Kindstod sterben.

Dann aber kam alles anders: Die Anti-Hartz-IV-Demonstrationen waren lösten ein politisches Erdbeben aus. Die Tiefenbewegungen der Gesellschaft brachten die politische Sommerpause des Jahres 2004 zu einem jähen Ende. Die Neuwahlen des Jahres 2005 vollzogen anders als die von 1983 nicht den elitären Machtwechsel im Bundestag nach, sondern resultierten daraus, dass die Bevölkerung der herrschenden Politik die Unterstützung entzogen hatte. In dramatischer Weise hatte der Agenda-2010-Kanzler seine Mehrheiten verloren. Zugleich formierte

16 Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Klein in diesem Band.

sich aus PDS und WASG eine neue Partei mit dem Anspruch, einen Richtungswechsel zu verkörpern, der sonst keine Vertreterin im politischen System hat. Die monopolistisch »Kapitalistische Einheitspartei des Westens«<sup>17</sup> wurde durch einen Konkurrenten herausgefordert. Zu den Anti-G8-Protesten in Rostock und Heiligendamm hatte sich eine neue Generation aufgemacht, das verkappte Weiter-so der Herrschenden herauszufordern.

Dieses Buch geht von der Hypothese aus, dass die Partei DIE LINKE tatsächlich zu einer der treibenden Kräfte eines grundlegenden Richtungswechsels in Deutschland werden kann. Ein solcher Richtungswechsel ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Er kann aus der gegenwärtigen Krise des Neoliberalismus erwachsen und würde zugleich eine grundlegende Transformation unserer Gesellschaft über den Kapitalismus hinaus einleiten.

Diese Behauptungen basieren auf einer Reihe von Annahmen, die in den Beiträgen dieses Buchs geprüft werden sollen:

(I) Entgegen verbreiteter Vorstellungen können in der Bundesrepublik Deutschland Mehrheiten für eine demokratisch-sozialökologische Politik geschaffen werden.

(II) Die Bundesrepublik steht vor real vor einer Richtungsentscheidung. Es ist die Entscheidung zwischen dem jetzigen dominant marktliberalen und einem möglichen sozialökologischen-demokratischen Entwicklungspfad. Diese Entscheidung ist zugleich eine Entscheidung zwischen weiterer Entfesselung des Kapitalismus oder Schritten seiner Eindämmung.

(III) Es gibt reale und potentielle Bündnispartner eines neuartigen pluralen historischen Netzwerks sozialer und politischer Kräfte eines solchen Richtungswechsels, die aber erst unzureichend verbunden sind. Ein Block des sozialökologischen Richtungswechsels kann entstehen.

(IV) Die Partei DIE LINKE verfügt über notwendige, aber noch nicht hinreichende eigene Ressourcen, um sich als Partei eines sozialökologischen Richtungswechsels zu profilieren.

Das vorliegende Buch soll die Chancen für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland diskutieren, die Rolle der neuen Linkspartei dabei analysieren, über ihren inneren Zustand aufklären, eine Reihe ihrer Kampagnen untersuchen, sowie wichtige Diskussionsfelder in der Linkspartei darstellen. Die Autoren möchten auf diese Weise zur notwendigen Strategiediskussion der Linken in ihrer ganzen Breite sozialer Bewegungen, Gewerkschaften, der Linkspartei und anderer linker politischer Strömungen beitragen.

*Michael Brie*

*Cornelia Hildebrandt*

*Meinhard Meuche-Mäker*

Berlin und Hamburg, September 2007

17 Ulrich Beck im Interview mit Jakob Schenk in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt am Main 2007, S. 239.



## Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten

*Weltlauf  
Hat man viel, so wird man bald  
Noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird  
Auch das wenige genommen.  
Wenn du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse dich begraben –  
Denn ein Recht zum Leben, Lump,  
Haben nur die etwas haben.*

HEINRICH HEINE

Es sind fünf Faktoren, die in ihrer Summe jähe politische Veränderungen hervorrufen – wirtschaftliche Einbrüche, Misstrauen gegenüber den Institutionen der Gesellschaft, die Solidarisierung verschiedener Gruppen der Gesellschaft gegen die Machthaber, eine Ideologie, die die Herrschenden wirksam herausfordert, und letztlich die Spaltung der herrschenden Klassen selbst.<sup>1</sup> Die Krise des Neoliberalismus hat dazu geführt, dass sich in Deutschland einige solcher Elemente eines politischen Wechsels herausgebildet haben. Der tiefe Pessimismus bezogen auf die eigenen Lebensperspektiven bei größeren Teilen der Bevölkerung, die starke Differenz zu den Institutionen der Bundesrepublik, die vor allem als Instrumente der Machtausübung der privilegierten Klassen gesehen werden, gehören dazu.

Ende des Jahres 2006 waren zwei Drittel der Bevölkerung der Auffassung, dass es in der Bundesrepublik ungerecht zugehe, ein Drittel sah sich auf der Verliererseite. Erstmals waren mehr Bürgerinnen und Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland unzufrieden als zufriedener.<sup>2</sup> Der wirtschaftliche Aufschwung erreicht vor allem die Bessergestellten. Fast alle fühlen sich durch die allgemeine Unsicherheit bedroht. Die Ideologie des Neoliberalismus ist in Verruf geraten, selbst unter den Herrschenden. Der »Weltlauf« kann gestoppt werden. Die dafür notwendigen Bedingungen sind aber erst noch zu schaffen.

Die Hartz-IV-Reformen brachten den Einschnitt. Wenn jetzt 440 Tsd. jener, die, obwohl sie in Vollzeit beschäftigt haben, Arbeitslosengeld II erhalten, vielen anderen die berüchtigten »Mini-Jobs« zugewiesen wurden, dann wird immer mehr Menschen klar, dass hier eine Politik gegen die Arbeitenden gemacht wird. Aus der Resignation wurden die Bereitschaft zum Protest und die Suche nach politi-

1 Theda Skocpol: States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China. New York 1979; Kurt Lenk: Theorien der Revolution. München 1981.

2 ARD-DeutschlandTREND November 2006 (<http://www.infratest-dimap.de/download/dt0611.pdf>). Gerade unter Mitte-Links-Regierungen hat sich dagegen in anderen Ländern die Einschätzung der demokratischen Institutionen deutlich verbessert.

schen und wirtschaftlichen Alternativen. Die Bürgerinnen und Bürger kamen in Bewegung. Ihre Unzufriedenheit hörte auf, bloß resignativ zu sein.

Dies alles sind unverzichtbare Voraussetzungen eines sozial-ökologischen und demokratischen Richtungswechsels. Sie gehen aus dem Zerfall der Vorherrschaft des Neoliberalismus hervor und schwächen oder negieren dessen Ansprüche. Es ist Aufgabe der Linken, dazu beizutragen, dass auch die positiven Elemente für einen sozialen und demokratischen Richtungswechsel der Politik entstehen können – vor allem die Schaffung breiter sozialer und politischer Bündnisse und das Bewusstsein von sinnvollen produktiven Alternativen zu der jetzigen Misere. Und es muss auch darum gehen, die neoliberale Einheitsfront der herrschenden Eliten aufzubrechen. Chancen dafür gibt es: »Denn auch das bürgerliche Lager behält in diesem Erosionsprozess ... keine strukturelle Hegemoniefähigkeit und wird zunehmend inkonsistent. Wir können uns ... auf einen wachsenden Widerspruch zwischen den Imperativen einer neoliberalen Ideologie und den wirklichen ... Verhältnissen einstellen.«<sup>3</sup>

Wie unerwartet Veränderungen auftreten können, illustriert Frank Unger mit einer Darstellung des Beginns der großen Reformbewegung in den USA, dem New Deal: »Im Jahr 1932, inmitten einer großen Wirtschaftskrise, benutzte das Land eine demoralisierte und desorganisierte Demokratische Partei dazu, um die größte Wende auf dem Gebiet der politischen Rolle des Staates in der amerikanischen Geschichte herbeizuführen. Dies geschah nicht deswegen, weil die Demokratische Partei ein ideales Vehikel für diese Aufgabe war, sondern weil ein anderes Instrument nicht zur Verfügung stand. Die Wahlen von 1932 waren viel mehr als die Niederlage der bislang regierenden politischen Partei; sie waren durchaus so etwas Ähnliches wie die Niederwerfung einer herrschenden Klasse. Die Demokratische Partei wurde in den dreißiger Jahren das widerstrebende Instrument für eine Revolution, die sie weder geplant noch erzeugt hatte.«<sup>4</sup>

Gegenwärtig ringen sehr unterschiedliche politische Kräfte um Mehrheiten in der Bevölkerung der Bundesrepublik, darunter auch eine sich erneuernde soziale, politische und geistige Linke. Mehrheiten für einen Richtungswechsel der Politik sind nicht automatisch vorhanden, aber sie können bewusst geschaffen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Initiativen und soziale Bewegungen sind aktiv geworden. Die Geschichte ist in Bewegung. Und auch: Geschichte muss bewegt werden.

Immer wieder wird die These aufgestellt, dass es in Deutschland strukturelle Mehrheiten links von der Mitte gäbe. Dabei wird auf die Vertretung von SPD, Grünen und PDS bzw. der Partei DIE LINKE im deutschen Bundestag seit 1998 verwiesen, die gemeinsam stets über 50 Prozent ausmache. Diese parlamentari-

3 Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg 2006, S. 185.

4 E. E. Schattschneider: The Semi-Sovereign People. New York 1960, S. 86, zit. in: Frank Unger: Amerika vor einem neuen »New Deal«? In: Sozialismus, Heft 7-8/2007, S. 52.

schen Mehrheiten sind bisher rein rechnerisch, Ihnen entspricht kein gemeinsames Projekt für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Richtungswechsel. In der Bevölkerung aber wächst das Bedürfnis nach Alternativen und entsteht die Bereitschaft, sich dafür zu engagieren.

Parteimehrheiten sind keine gesellschaftlichen Mehrheiten und umgekehrt. Parteien repräsentieren zwar gesellschaftliche Gruppen. Aber sie übersetzen die Interessen und Werteeinstellungen dieser Gruppen ausgehend von starken eigenen Zielen und Vorstellungen ins politische System. Nicht selten wird aus der »Übersetzung« eigene Dichtung. Ein und dieselben gesellschaftlichen Gruppen können sich zudem verschiedene »Übersetzer« suchen und verschiedene Parteienkonstellationen stützen. Und vielen Parteienkonstellationen entsprechen ihrerseits überhaupt keine stabilen Interessen- und Wertebündnisse in der Gesellschaft.

Seit dem Frühjahr 2007 werden heftige Diskussionen zu möglichen Regierungskonstellationen im Jahre 2009 oder danach geführt. Dies erfolgt oft ohne eine genauere Untersuchung der gesellschaftlichen Basis für diese oder jene Politik und konzentriert sich fast ausschließlich auf die Parteien und ihre Programmatik selbst. Was aber sagt »die« Gesellschaft selbst dazu? Gibt es in ihr Potentiale für einen Richtungswechsel? Und für welchen?

Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts in vielen Ländern zeugen von dem spannungsvollen Wechselverhältnis zwischen Gesellschaft und Parteien unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus und Neoliberalismus. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger übt über Wahlenthaltung und Wählerwanderung immer stärkeren Druck auf die Parteien aus, bindet sich immer weniger an ein und dieselbe Partei, setzt seine Stimmen deutlich instrumentell ein. Die Parteibindung sank in Deutschland in den Jahren von 1976 bis 2006 von 85 Prozent auf 53 Prozent.

Aus der Position der Schwäche heraus versuchen die Bürgerinnen und Bürger die Parteien zu disziplinieren. Sie wollen es nicht länger akzeptieren, dass gegen sie regiert wird. Und doch wirken die meisten Parteien bisher so – ausgehend von wirtschaftlichen, außenpolitischen und Klientelerwägungen privilegierter Einflussgruppen. Mit Recht kann Oskar Lafontaine sagen: »Nur notorische Schönredner können behaupten, bei uns würden die Angelegenheiten im Interesse der Mehrheit gehandhabt.«<sup>5</sup> (Vgl. auch Grafik 1)

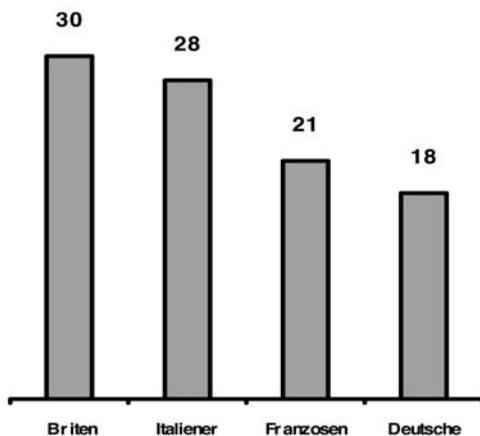
Im Folgenden wird versucht, auf der Basis einer Reihe von empirischen Studien zu prüfen, welche *gesellschaftliche Basis* die verschiedenen möglichen politischen Richtungsentscheidungen in Deutschland haben.<sup>6</sup> Dabei werden drei Thesen begründet.

*Erstens:* Während die oberen gesellschaftlichen Gruppen in eine marktliberale und eine soziale Richtung gespalten sind, sind die unteren sozialen Gruppen gemeinsam stark sozial und in bestimmtem Maße auch autoritär orientiert.

5 Oskar Lafontaine: Freiheit durch Sozialismus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 2007, S. 7.

6 Hier ist nicht der Platz, die methodischen Grundlagen dieser Studie zu diskutieren. Zudem liegt auch nur ein Teil der Daten öffentlich vor.

Grafik 1: »Wird das Land entsprechend dem Willen des Volkes regiert?«  
Ja-Antworten in Prozent (www.voice-of-the-people.net)



*Zweitens:* Wer die Hegemonie über die unteren Gruppen gewinnt, ohne die Basis in »seinem« Block in der Oberschicht zu verlieren, kann über stabile Mehrheiten in Deutschland verfügen.

*Drittens:* Auf der Basis der gesellschaftlichen Einstellungen können Mehrheiten für gegensätzliche Richtungen der Politik geschaffen werden – für marktliberal-autoritäre wie aber auch für die sozial-emanzipatorische Ausrichtung. Die Widersprüche, mit denen eine marktliberale Politik zu kämpfen hat, sind aber größer als die einer sozialen Politik.

Der dabei gewählte Ansatz basiert auf der Meinungsforschung. Die damit verbundene Gefahr ist, Bürgerinnen und Bürger und ihre Auffassungen als passive Objekte der Politik zu konstruieren. In der Realität aber sind die Einstellungen und Werte, die durch die Meinungsforschung ausgemacht werden, Resultate und gleichzeitig Ausgangspunkte aktiven Handelns und eigenständiger Kommunikation. Es sind geistige Formen der Selbstverortung. Und sie sind immer ambivalent. Wie sie wirken, hängt vor allem von den Möglichkeiten ab, die sich Bürgerinnen und Bürgern bieten.

Zur methodischen Klarstellung die folgende Anmerkung: Die nachstehenden Grafiken zu den politischen Milieus differenzieren diese nach ihren Einstellungen entlang dem Verhältnis zur ökonomisch-sozialen bzw. zur politischen Ordnung. Die verschiedenen politischen Milieus haben unterschiedliche Auffassungen mit Blick darauf, was ihnen und der Gesellschaft insgesamt dient: Ist es eher die ungehinderte Freisetzung der Marktkräfte oder ist es der Staat/die Gemeinschaft. Es ist der Konflikt zwischen der Orientierung auf Marktfreiheit bzw. auf soziale Gerechtigkeit, kurz: die *sozial-ökonomische Konfliktlinie*. Gleichzeitig gibt es Grup-

pen, die sich für oder gegen eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Umweltschutzes sowie Toleranz aussprechen, weil sie darin eher Chancen oder Bedrohungen für sich und die Gesellschaft sehen. Hier stehen die libertären den autoritären und oft nationalistischen Orientierungen gegenüber. Es ist die *politisch-kulturelle Konfliktlinie*.

## **Oben gespalten – unten vereint**

Ganz anders als zumeist vermutet wird: Die Gesellschaft ist, betrachtet man wesentliche Einstellungen zu Wirtschaft und Politik, im oberen Drittel gespalten und unten geeint. Dies ist eines der Resultate der Studie »Gesellschaft im Reformprozess«, durchgeführt durch Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es wurden auf der Basis qualitativer Interviews und quantifizierter Befragungen Aussagen über neun politische Milieus in Deutschland getroffen, die im Folgenden mit Bezug auf ihre soziale Stellung sehr kurz vorgestellt werden sollen<sup>7</sup> (Tabelle 1). Dabei sei hier vorausgeschickt, dass es sich immer um empirisch gestützte Konstruktionen handelt, die zudem für die Schärfung der Argumentation mit einer bestimmten zusätzlichen Vereinfachung gehandhabt werden. Es geht um die Aufdeckung von Zusammenhängen, die als generelle Tendenz, nicht aber im Einzelfall wirken.

Vier dieser Milieus werden einer sehr weit gefassten oberen Mittelschicht (45 Prozent der Bevölkerung), zwei der unteren Mittelschicht der Gesellschaft (29 Prozent) und drei dem unteren Teil zugeordnet. Kriterium scheint vor allem die Frage zu sein, inwieweit die jeweilige Gruppe durch Bildung, Arbeit, Einkommen, Beziehungen usw. relativ resistent gegenüber einem unmittelbar drohenden Abstieg ist (obere Mittelschicht), sich gefährdet sieht (Mitte) bzw. ohne realistische Aufstiegschance unten befindet. Die im Jahr 2006 erhobenen Daten geben einen relativ präzisen Eindruck von aktuellen Einstellungen wichtiger politisch-sozialer Gruppen in der Bevölkerung der Bundesrepublik. Was fehlt, sind die kleinen, aber ungeheuer einflussreichen Gruppen der herrschenden Eliten in Wirtschaft, Politik, Recht, Kultur und Sicherheitsapparaten. Sie machen das eigentliche, das die Gesellschaft kontrollierende Oben aus.<sup>8</sup> Im Folgenden wird deshalb für diese Gruppen der Terminus »obere Mittelschichten« benutzt, denn es handelt sich in der Realität um sozial relativ gut gestellte Schichten, die keinesfalls zu den Herrschenden im engeren Sinne, sondern höchstens zu den Funktionsträgern des Kapitalismus im Allgemeinen gehören. Für das mittlere Drittel wird der Terminus »untere Mittelschichten« verwandt.

7 Vgl. ausführlicher dazu in: Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 70 ff. sowie: Rita Müller-Hilmer: Gesellschaft im Reformprozess. Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 ([http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017\\_Gesellschaft\\_im\\_Reformprozess\\_komplett.pdf](http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf), S. 20 ff.).

8 Hans Jürgen Krysmanski: Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. Münster 2004.

*Tabelle 1: Politische Milieus in Deutschland (nach sozialen Kriterien und mit Angabe ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung)<sup>9</sup>*

## **Obere Mittelschichten**

---

### *Leistungsindividualisten 11 %*

hoher gesellschaftlicher Status, hohe Qualifikation, oft Führungsfunktionen in privater Wirtschaft, viele Selbständige, hoher Männeranteil starke berufliche Selbstbestimmung, hohes Einkommen, oft private Altersvorsorge materielle Orientierung, Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit, Leistungsorientierung und Abgrenzung von solidarischen und traditionellen Werten

### *Etablierte Leistungsträger 15 %*

gehobener gesellschaftlicher Status, viele Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister gute finanzielle Situation, weitgehende berufliche Selbstbestimmung, berufliche Zufriedenheit, materielle Orientierung, hohe Zufriedenheit, starke Leistungsorientierung; Gegner staatlicher Eingriffe, kaum Ausrichtung an solidarischen Werten

### *Kritische Bildungseliten 9 %*

höchster gesellschaftlicher Status und Bildung, oft in Dienstleistungsberufen, höchstes Haushaltsnettoeinkommen, starke berufliche Selbstbestimmung und Mobilitätsoffen für gesellschaftliche Veränderung, wollen offene tolerante und insbesondere solidarische Gesellschaft, setzen auf einen vorsorgenden und regulierenden Staat

### *Engagiertes Bürgertum 10 %*

hoher gesellschaftlicher Status, hohe Bildung, viele Angestellte im Öffentlichen Dienst und in soziokulturellen Berufen hohes Einkommen, hohe Zufriedenheit und Sicherheit offen für Veränderung, wollen offene und vor allem solidarische Gesellschaft, wollen vorsorgenden Staat und verurteilen Sozialmissbrauch, teilweise stark religiös orientiert

<sup>9</sup> Status bezieht sich auf die familiäre Herkunft. So wird deutlich, dass die Mitglieder der »kritischen Bildungselite« weitgehend aus Familien mit abgeschlossener Hochschulbildung kommen und gut verdienen.

## **Untere Mittelschichten**

---

### *Zufriedene Aufsteiger 13 %*

mittlerer gesellschaftlicher Status, aus einfachen Verhältnissen aufgestiegen höchste berufliche Zufriedenheit, viel Eigeninitiative im Beruf geringfügig überdurchschnittliches Einkommen und hohe finanzielle Zufriedenheit, sehen sich auf der Gewinnerseite für freies Spiel der Marktkräfte und zugleich Erwartung eines Maximums an staatlichen Transfers, zugleich leistungsbezogen und solidarisch

### *Bedrohte Arbeitnehmermitte 16 %*

mittlerer gesellschaftlicher Status, einfache bis mittlere Schulbildung, Facharbeiter und einfache Angestellte geringere berufliche Gestaltungsspielräume und traditionelles Arbeitsverständnis (Lohn, Sicherheit, geregelte Arbeitszeiten) leicht unterdurchschnittliches Einkommen, hohe Verunsicherung wünschen sich regulierenden Staat, der umfassende soziale Absicherung garantiert, reagieren auf Verunsicherung stark mit autoritär-ethnozentristischen Vorstellungen

## **Untere Schichten**

---

### *Selbstgenügsame Traditionalisten 11 %*

eher niedriger Status, oft aus Unterschichten, zumeist einfache Schulbildung, viele Rentner, viele Frauen geringe Ansprüche an Arbeit und geringe Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, stark verunsichert wollen dem Gemeinwohl verpflichteten Staat, verurteilen Sozialmissbrauch, häufig autoritär-ethnozentristische Einstellungen

### *Autoritätsorientierte Geringqualifizierte 7 %*

eher niedriger Status, oft Aufstieg »im kleinen« erreicht, viele Rentner und Frauen, oft einfache Arbeitstätigkeit, ungelern, häufig mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, relative berufliche Zufriedenheit weit unterdurchschnittliches Einkommen, oft von staatlichen Transfers abhängig, Angst vor Verlust ihres bescheidenen Wohlstands Leben wird als Kampf empfunden, starke Verunsicherung und Überforderung durch Gesellschaft, Autoritätsfixierung und Abschottung, starke autoritär-ethnozentristische Einstellung, sehen Polarisierung in Arm und Reich

### *Abgehängtes Prekariat 8 %*

niedriger gesellschaftlicher Status, häufige Abstiegs Erfahrung, höchster Arbeitslosenanteil, im Osten Deutschlands 25 Prozent der Bevölkerung oft einfache und mittlere Arbeitstätigkeit, starke Unsicherheit und Unzufriedenheit größte finanzielle Unsicherheit, oft verschuldet, große Zukunftssorgen fühlen sich im Abseits und als Verlierer, geringe Selbstbestimmung wünschen sich gemeinwohlorientierte Gesellschaft und regulierenden Staat, reagieren mit ausgeprägtem Ethnozentrismus auf Verunsicherung

*Tabelle 2: Anhängerschaft von Parteien in den politischen Milieus (berechnet als Anteil an den Wahlberechtigten insgesamt; vgl. Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 103) Juni 2006 (fehlende Werte zu 100: »sonstige Parteien« und »weiß nicht«)*

Politische Milieu	Anteil in %	CDU/CSU	FDP	SPD	Grüne	Linkspartei	Rechtsextr.	Nicht- wähler
(1) Leistungsindividualisten	11	3,85	0,99	2,64	0,55	0,66	0,33	1,32
(2) Etablierte Leistungsträger »neoliberale Elite«	15	7,2	0,9	3,0	0,45	0,3	0,15	1,20
(1 und 2)	26	11,05	1,89	5,64	1	0,96	0,48	2,52
(3) Kritische Bildungseliten	9	0,9	0,27	2,07	2,52	1,8	0	0,81
(4) Engagiertes Bürgertum »sozial-libertäre Elite«(3 und 4)	19	3,6	0,47	5,07	4,12	2,7	0	1,41
<b>Oberes Drittel der Gesellschaft insgesamt</b>	45	14,65	2,36	10,71	5,12	3,66	0,48	3,93
(5) Zufriedene Aufsteiger	13	5,72	0,39	3,12	0,65	0,91	0,13	1,04
(6) Bedrohte Arbeitnehmerschicht	16	4,48	0,48	4,16	0,64	2,56	0,16	2,08
<b>Mittleres Drittel der Gesellschaft</b>	29	10,2	0,87	7,28	1,29	3,47	0,29	3,12
(7) Selbstgenügsame Traditionalisten	11	3,85	0,22	2,75	0,44	0,66	0,11	1,32
(8) Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	7	2,17	0,28	1,96	0	0,49	0,14	0,91
(9) Abgehängtes Prekariat	8	1,12	0,32	1,04	0,24	2,24	0,64	1,44
<b>Unteres Drittel der Gesellschaft</b>	26	7,14	0,82	5,75	0,68	3,39	0,89	3,67
<b>Parteizustimmung in % der Wahlberechtigten</b>	100	31,99	4,05	23,74	7,07	10,42	1,66	10,72

10 So sind zum Beispiel elf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung nach dieser Studie »Leistungsindividualisten«, und 3,85 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung sind zugleich »Leistungsindividualisten« und gaben an, die CDU zu wählen, 0,99 Prozent sind gleichzeitig »Leistungsindividualisten« und wählen FDP etc.

Wie diese Darstellung zeigt, gehören Mitglieder ein und derselben soziale Klasse unterschiedlichen Milieus an. Milieus, so Elmar Altvater, zeugen von der Teilbarkeit der Klassen. Zum anderen werden die gleichen Parteien durch Angehörige verschiedener politischer Milieus gewählt und gleiche Milieus beziehen sich auf unterschiedliche Parteien – wenn auch mit relativ klar erkennbaren Schwerpunkten (Tabelle 2).

Nur drei der fünf im Bundestag vertretenen Parteien sind in allen drei großen Gruppen der Gesellschaft (obere Mittelschichten, Mitte, Unten) verankert – die CDU/CSU, die SPD und die Partei DIE LINKE. Die Nichtwählerinnen und wähler sind gleichfalls Volkspartei – »Volkspartei der Wahlenthaltung«. Gerade die Tatsache, dass die Partei DIE LINKE zumindest potentiell eine Volkspartei ist, macht sie weit über die Grünen hinaus zu einer ernsthaften Konkurrentin der SPD.

Die klassischen Volksparteien, die CDU/CSU und die SPD, waren bei der Befragung der Studie von Infratest mit jeweils 46 bzw. 45 Prozent in den oberen sozialen Gruppen vertreten. Dies entspricht mehr oder minder exakt deren Anteil an der Gesamtbevölkerung (45 Prozent). Auch in den anderen Großgruppen hielten sie Anteile, die deren Größe an der Gesamtbevölkerung weitgehend entsprechen.

Die Wählerinnen und Wähler rechtsextremer Parteien sind in den unteren sozialen Schichten deutlich überrepräsentiert (daher kommen fast 55 Prozent ihrer zumeist männlichen Wähler). Die Partei DIE LINKE lag in absoluten Zahlen aber auch in dieser Gruppe deutlich vor den Rechtsextremen (mehr als das 3,5fache der Anhänger) und war zugleich neben diesen (und der Gruppe der Nichtwähler) die einzige Partei, die im sozialen Unten deutlich überrepräsentiert war (32 Prozent ihrer Parteianhänger).

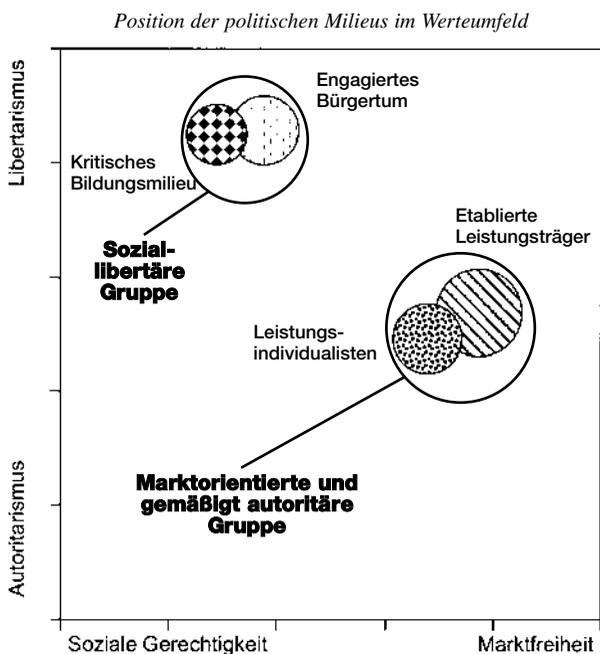
Während CDU/CSU sowie SPD also relativ gleichmäßig in allen Etagen der auseinanderfallenden Gesellschaft vertreten sind, stellen die Anhänger von FDP und Grünen mehrheitlich Bewohner der oberen Etagen. Die FDP erhält fast 60 Prozent ihrer Wählerzustimmung aus den oberen Schichten, bei den Grünen sind es sogar über 72 Prozent! Die Anhänger der Partei DIE LINKE und die Nichtwähler sind gleichfalls in allen Etagen vertreten, auch wenn ihr Anteil in den unteren Räumen etwas höher ist als im Durchschnitt der Bevölkerung.

### *Die oberen Mittelschichten*

Aus der Tatsache, dass viele Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU und SPD bzw. FDP und Grünen aus den oberen Mittelschichten (im Sinne relativ gut situierter Schichten) kommen, kann man nun aber gerade nicht ableiten, dass die Wählerschaften der jeweiligen Parteien identische Einstellungen besäßen. Oben ist eben nicht gleich Oben. Es gibt wesentliche Spaltungen bei den Einstellungen zu Markt und Staat, zu Freiheitsrechten und Toleranz. Diese Spaltungen sind durch die gegensätzlichen sozialen und kulturellen Verankerungen der oberen Gruppen der Gesellschaft bedingt.

Die Grafik 2 weist nach, dass die oberen Mittelschichten der Gesellschaft gespalten sind. Es gibt zum einen die marktwirtschaftlich orientierte und gemäßigt autoritäre Gruppe und es gibt zum anderen die sozial-libertäre Gruppe. Die marktwirtschaftlich orientierte und gemäßigt autoritäre Gruppe besteht aus den Milieus der Leistungsindividualisten und der etablierten Leistungsträgern. Ihr Gesamtanteil an der (wahlberechtigten) Bevölkerung beträgt rd. 26 Prozent. Die sozial-libertäre Gruppe setzt sich aus den kritischen Bildungseliten und dem engagierten Bürgertum zusammen. Sie hat einen Anteil von rd. 19 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger.

Grafik 2: Werteeinstellungen in den oberen Mittelschichten



Die marktwirtschaftlich orientierte, gemäßigt autoritäre Gruppe ist stärker im Bereich der privaten Wirtschaft, unter den Selbständigen, den Leitungs- und Führungskräften von Unternehmen verankert. Die Angehörigen der sozial-libertären Gruppe sind vor allem im Dienstleistungsbereich, dem Öffentlichen Dienst und den soziokulturellen Bereichen tätig.<sup>11</sup> Die Mitglieder der kritischen Bildungseliten sind oftmals Beamte, Akademiker, viele sind Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten. Das engagierte Bürgertum stellt viele qualifizierte Angestellte und Beamte im gehobenen Dienst und in höherer Laufbahn. Die kri-

11 Auch dies gilt, so sei noch einmal betont, nur der Tendenz nach. Es geht nur darum, wo die Mehrheiten der jeweiligen Gruppen verankert sind. Relevante Minderheiten sind auch in dem jeweils anderen Sektor tätig.

tischen Bildungseliten und die Leistungsindividualisten stellen oftmals auch die jüngeren Gruppen der sozial-libertären und der neoliberalen Oberschichten dar, bilden deren Nachwuchs<sup>12</sup>.

Die marktwirtschaftlich orientierte Gruppe und die sozial-libertäre Gruppe haben ihre Schwerpunkte in zwei unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft. Erstere sind vor allem im privaten Bereich, letztere vor allem im öffentlichen Bereich der Gesellschaft tätig. Diese voneinander abweichende soziale und kulturelle Verankerung der beiden Gruppen hat grundlegende Folgen. Die gegensätzlichen Einstellungen der beiden Gruppen resultieren aus grundsätzlich verschiedenen Erfahrungen, die sie täglich machen. Ihre Interessen sehen die einen vor allem durch eine wettbewerbsorientierte Wirtschaft, die anderen mehrheitlich durch einen funktionsfähigen öffentlichen Sektor gewahrt.

Die privaten und öffentlichen Sektoren sind von ihrer Logik und in ihren Reproduktionsinteressen völlig unterschiedlich. Der marktwirtschaftliche Sektor unterliegt vor allem der Verwertungslogik, prämiert in seinen oberen Etagen primär individuelle Leistung und oft aggressives Durchsetzungsvermögen. Diesen Gruppen erscheint die Gesellschaft als völlig durchlässig von unten nach oben – wenn die Einzelnen nur die dafür notwendigen Erfolge erbringen würden. Der Markterfolg ist das entscheidende Kriterium. Die oft überdurchschnittlich hohe finanzielle und berufliche Anerkennung wird als (leistungs-)gerecht angesehen. Die Angehörigen dieser Gruppen sind sehr häufig am Gewinn ihrer Unternehmen beteiligt oder erhalten leistungsorientierte Prämien. Es wird vor allem ein betriebswirtschaftlicher und kurz- bis mittelfristiger Blick auf die Gesellschaft geworfen. Der Staat erscheint – zumindest mit Blick auf die Wirtschaft – als ineffizienter und kostenaufwendiger Störfaktor. Eine autoritäre Einzelleitung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird als angemessen betrachtet.

Der öffentliche Sektor funktioniert anders. Auch er vermittelt die Dominanz der Kapitalverwertung und damit Herrschaft. Die Funktion der öffentlichen Sektoren besteht vor allem darin, den (kapitalistisch geprägten) gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang herzustellen und jene Güter bereitzustellen, von denen langfristig die Entwicklung der Gesellschaft abhängig ist: Bildung, Kultur, Gesundheit, Umwelt, Sicherheit. In diesem Sektor sind auch die gehobenen Mittelschichten oft mit Problemen konfrontiert, die sich jeder betriebswirtschaftlichen Rationalität entziehen. Es sind Probleme, die aus den Krisen der Reproduktion, der Integration, der Legitimation und der Sicherheit der Gesellschaft entstehen. Der Kapitalismus hat hier ein anderes Gesicht.

Der eigene Erfolg jener, die im öffentlichen Sektor tätig sind, misst sich vor allem an dem Beitrag zur langfristigen Funktionssicherung dieser öffentlichen Dienste. Es ist ein Erfolg, der nicht marktwirtschaftlich bestimmt werden kann. Führung ist hier Verbindung von Herrschaft und demokratischer Vermittlung ge-

12 Vgl.: Rita Müller-Hilmer: Gesellschaft im Reformprozess. A. a. O., S. 89.

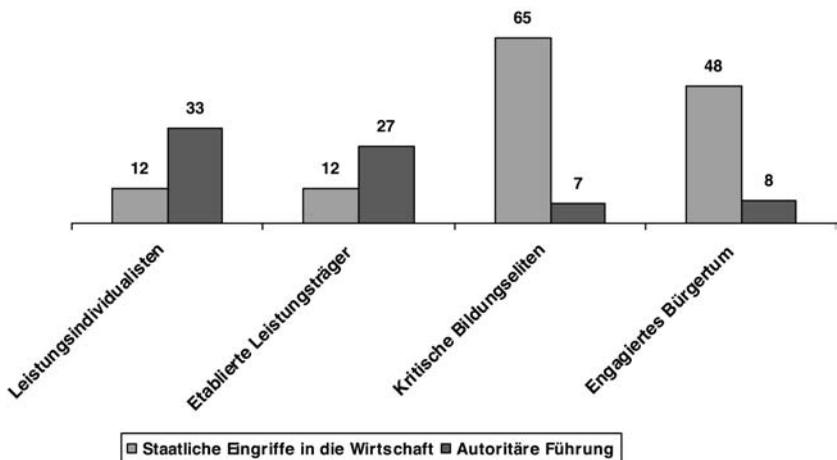
gensätzlicher Interessen auf der Basis einer breiten Partizipation. In diesen Bereichen erfolgt eine »Verdichtung von Kräfteverhältnissen«<sup>13</sup>. Sie sind Terrain sozialer Kämpfe und Konflikte unter besonderer Berücksichtigung demokratischer Legitimation und Interessenausgleich.

Leistung wird im privaten und öffentlichen Sektor je anders bewertet und anders anerkannt. Sozialökonomische Interessen *und* durch Studium und Berufserfahrung erworbene oder in diese mitgebrachte Werte weisen in die gleiche Richtung. Die Einstellungen der Milieus weisen auseinander, weil ihre Lebenswirklichkeiten gegensätzlich »ticken«.

Wie unterschiedlich die genannten Milieus eingestellt sind, wird deutlich, wenn man ihr Verhältnis zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft (»Der Staat soll der Wirtschaft Vorgaben machen und auf deren Einhaltung dringen.«) bzw. zu einer autoritären Führung (»Um unsere Probleme im Land zu lösen, ist eine starke politische Führung wichtiger als demokratische Beteiligung der Bürger.«) befragt. Die Spaltung ist ganz offensichtlich und auf Grundfragen der Gesellschaftspolitik bezogen (Grafik 3). Je stärker die Forderung nach staatlicher Intervention, umso stärker auch die Forderung nach demokratischer Partizipation. Je härter die Freiheit der Märkte gefordert wird, umso autoritärer auch letztlich die Einstellungen. Während die sozial-libertären Gruppen dem Leitbild einer sozialen Demokratie (vor allem das etablierte Bürgertum) oder des demokratischen Sozialismus (vor allem die kritischen

Grafik 3: Einstellungen in den oberen Mittelschichten

(Gero Neugebauer: *Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 88, 90*)



13 Nicos Poulantzas: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg 2002. S. 159.

Bildungseliten) folgen, sind die marktorientierten Kräfte einem liberalen Leitbild mit mehr oder minder starken autoritären Elementen verpflichtet.

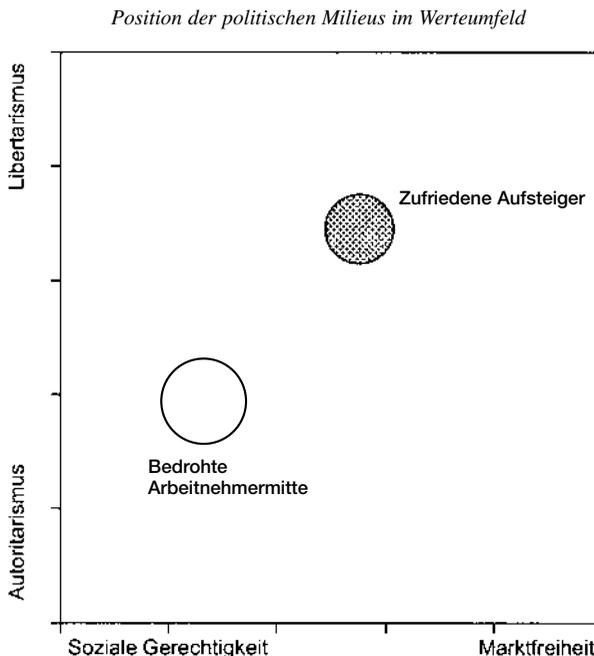
Tabelle 2 hatte deutlich gemacht, dass CDU und FDP einerseits und Grüne und SPD andererseits in jeweils anderen Gruppen der oberen Mitte der Gesellschaft verankert sind.

### *Die untere Mitte der Gesellschaft*

Auch die untere Mitte der Gesellschaft ist gespalten, aber auf andere Weise. Die beiden Gruppen, die die oben genannte Studie in der Mitte ausmacht, verorten sich entlang der sozial-ökonomischen wie auch der politisch-kulturellen Konfliktlinie in völlig unterschiedlichen Bereichen.

*Die zufriedenen Aufsteiger* nehmen eine ungewöhnliche Position ein. Sie sind zugleich eher marktwirtschaftlich und eher libertär, wenn auch nicht so marktwirtschaftlich wie die neoliberalen Teile der Oberschicht und auch nicht so libertär wie die kritischen Bildungseliten oder das engagierte Bürgertum eingestellt. Zu den zufriedenen Aufsteigern gehören hochqualifizierte Angestellte bzw. Personen mit Führungsaufgaben, viele »Landwirte und kleine Selbständige, aber auch angelernte Arbeiter«<sup>14</sup>, die »es geschafft haben«. Viele von ihnen sind direkt am Un-

*Grafik 4: Werteeinstellungen in den unteren Mittelschichten*



14 Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 76 f.

ternehmensgewinn beteiligt. Aus ihren Aufstiegserfahrungen heraus wünschen sie sich eine Gesellschaft, die Leistung honoriert und fördert. Aber sie wissen auch, dass das nicht von allein kommt: Sie erwarten Unterstützung durch staatliche Leistungen und staatliche Förderung, um es schaffen zu können. Sie sind zur Übernahme sozialer Verantwortung bereit *und* setzen auf persönliche Weiterentwicklung. Ein gutes Leben misst sich für sie sowohl an materieller Anerkennung *als auch* an Demokratie und Toleranz. Es gibt unter ihnen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an kleinen Selbständigen.

Die *bedrohte Arbeitnehmermitte* dagegen gehört vor allem der Kerngruppe der Industriearbeiterschaft an, die im Zentrum des »Modells Deutschland« stand und sich nun gefährdet sieht. Es ist die frühere SPD-Stammwählerschaft. Sie sieht sich von dieser Partei und vom Staat überhaupt allein gelassen. Nicht Aufstiegs Hoffnungen, sondern Abstiegsängste prägen sie. Sie setzen nicht auf den freien Wettbewerb, sondern auf die gesellschaftliche Absicherung. Sie verlangen deshalb sozialen (und auch nationalen) Schutz. In der Standortkonkurrenz und der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat sehen sie eine unmittelbare Bedrohung.

Wie bei den oberen Mittelschichten ist die Spaltung dieser unteren Mitte der Gesellschaft sozial-ökonomisch und durch direkte persönliche Berufserfahrungen bedingt. Beide Gruppen, die zufriedenen Aufsteiger wie die bedrohte Arbeitnehmermitte, sind in Sektoren oder Funktionsbereichen mit unterschiedlichen Logiken zentriert. Sie sind in je anderer Weise in die gesellschaftliche Arbeitsteilung integriert und auf je andere Weise mit Märkten und dem Staat konfrontiert. Auch sie haben deutlich unterschiedliche Einstellungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft sowie von Führung und Demokratie (Grafik 4). Aber anders als bei den oberen Gruppen geht insbesondere bei der bedrohten Arbeitnehmermitte die Befürwortung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft mit der Befürwortung von autoritärer Führung teilweise Hand in Hand. Zustimmung und Ablehnung halten sich bei der bedrohten Arbeitnehmermitte die Waage.

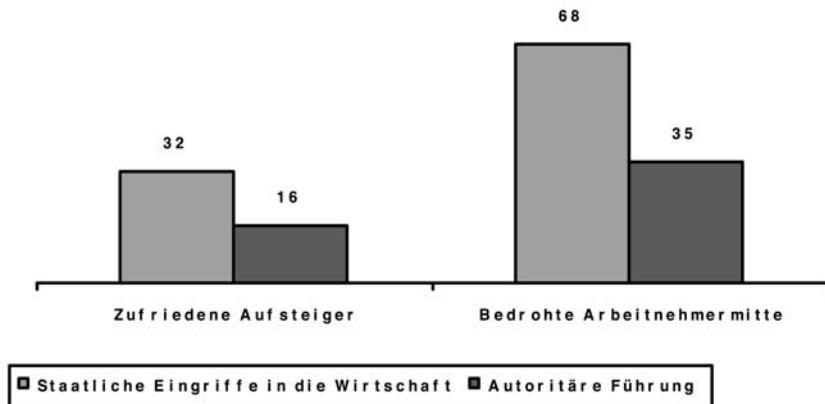
### *Das Unten der Gesellschaft*

Nach dem Zweiten Weltkrieg ähnelte die Bundesrepublik einer Fahrstuhlgemeinschaft, in der alle nach oben führen – auch die, die sich auf dem immer besser gepolsterten Boden dieses Fahrstuhls einrichten mussten. Mit der neoliberalen Wende wurde dem Fahrstuhl dieser Boden ausgeschlagen. Befreit vom »Ballast« können die oberen Gruppen nun schneller aufwärts steigen. Wer über hinreichend soziales, wirtschaftliches und kulturelles Kapital verfügt, krallt sich mit aller Macht an den immer schwächeren Halteriemen fest. Die Angst kettet die Mitte an diese Politik. Der schwächere Rest der Gesellschaft aber fällt.

Anders ausgedrückt: »In den letzten Jahren haben sich die unteren und mittleren Lagen zunehmend voneinander entkoppelt. Spätestens wenn ihre Kinder in das schulpflichtige Alter kommen, ziehen diejenigen, die es sich leisten können,

Grafik 5: Einstellungen der unteren Mittelschichten

(Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 88, 90)



aus den Problemvierteln weg ... Zurückgelassen wird eine sozial homogene Unterschicht ohne Selbstbewusstsein, ohne Vernetzungskompetenzen, ohne soziales Kapital.«<sup>15</sup> Und dies trifft vor allem die neu heranwachsenden Generationen: »Zukunftsangst, Spannungen in der Familie, Misserfolge in der Schule, Arbeitslosigkeit, Gewaltbereitschaft, Gesundheit(sprobleme – M. B.), Fehlen sozialer Kontakte, Vorurteile gegenüber Minderheiten – alle diese Indikatoren sind in den schlechter gestellten Jugendlichengruppen weit stärker ausgeprägt.«<sup>16</sup>

Im Unten der Gesellschaft werden bei den Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung drei Gruppen ausgemacht (Grafik 6).<sup>17</sup> Dies ist zum einen die »aussterbende« Schicht der »selbstgenügsamen Traditionalisten«, viele schon berentet, zumeist mit einfacher Schulbildung und oft als ungelernete oder angelernte Arbeiter tätig (gewesen). Viele sind aktive Kirchgänger. Der Frauenanteil ist überdurchschnittlich. Sozialmissbrauch wird verurteilt, zugleich aber gefordert, dass der Staat im Interesse des Gemeinwohls regulierend eingreifen solle.

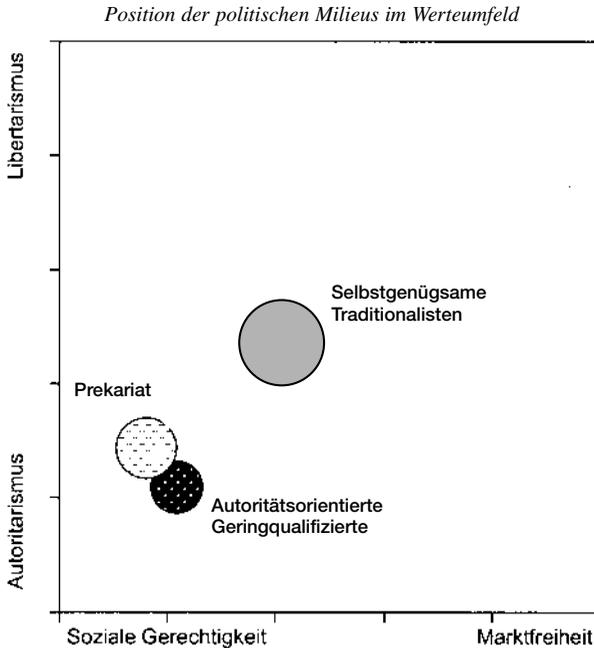
Unter den »autoritätsorientierten Geringqualifizierten« sind besonders viele ungelernete Arbeiter. Auch von ihnen sind viele schon Rentner. Ihr Einkommen ist weit unterdurchschnittlich. Sie empfinden ihr Leben oft als Kampf, viele von ihnen sind religiös gebunden. Sie sind noch dem Leistungsideal verpflichtet und reagieren auf ihre Statusbedrohung zugleich durch Anrufung des Staats als Ordnungsmacht, verlangen Schutz vor Ausländern und treten für staatliche Regulation

15 Matthias Micus, Franz Walter: Integration durch Separation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2007, S. 91.

16 Klaus Bullan: Jugend 2006 – Damoklesschwert Unsicherheit. Zur 15. Shell-Jugendstudie. In: Sozialismus, Heft 12/2006, S. 22.

17 Vgl. Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 79 ff.

Grafik 6: Werteeinstellungen im Unten der Gesellschaft



und Vorsorge ein. Sie nehmen eine Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche besonders drastisch wahr. Obwohl sie eher CDU wählen, halten sie Sozialismus für eine gute Idee.<sup>18</sup>

In Bezug auf Prekarisierung hat sich Ostdeutschland tatsächlich als Avantgarde erwiesen. Während in Westdeutschland nur vier Prozent der Bevölkerung dem »abgehängten Prekariat« oder dem neuen »Subproletariat« angehört, sind es in Ostdeutschland fünfundzwanzig Prozent. Viele Menschen haben dramatische Abstiegserfahrungen machen müssen, darunter viele Facharbeiter und einfache Angestellte. Zwei Drittel war bereits arbeitslos. Die Prekarität der persönlichen Lebenssituation korrespondiert mit der Erfahrung, Verlierer der Reformen (und der deutschen Einheit) zu sein. Sie erwarten vom Staat, dass er eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft verwirklicht und stark regulierend eingreift, um für soziale Absicherung und wirkliche Chancengleichheit zu sorgen. Sie bewerten die Idee des Sozialismus eher positiv und sehen sich zugleich von der Wirkungsweise der heutigen Demokratie enttäuscht. Sie suchen nach parteipolitischen Alternativen und haben sich weit überproportional der Linkspartei zugewandt.

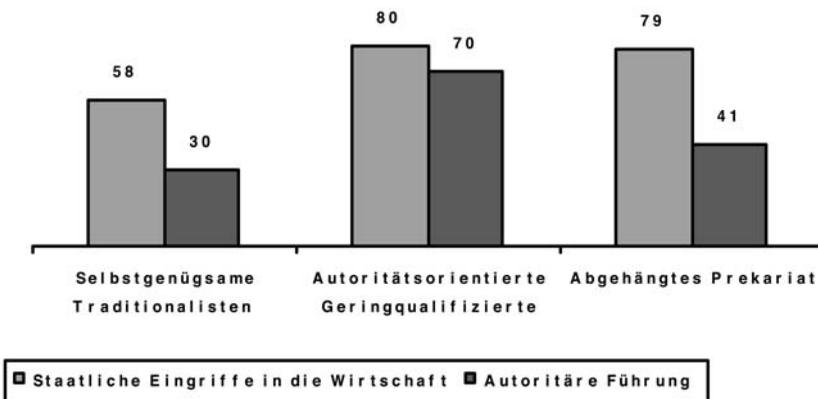
Wer die Lebenswirklichkeit des Unten kennenlernen will, muss sich den Sektor für wenig qualifizierte Dienstleistungen ansehen. Allein im Bereich der priva-

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, S. 82.

ten Haushaltshilfe sind in Deutschland rd. zwei Millionen Menschen, davon 95 Prozent ohne legalen Arbeitsvertrag, beschäftigt.<sup>19</sup> Wenn eine Frau nach 38 Arbeitsjahren nur 350 Euro Rente bezieht, hat sie allen Grund zu arbeiten und noch mehr Grund, diese nicht zu versteuern. Und Hartz IV macht auch vor dem Gesetz ungleich.<sup>20</sup>

Es sind die Unterschichten, die mehr als die anderen gesellschaftlichen Gruppen nach Werteeinstellungen und Erwartungen an Staat und Gesellschaft vereint sind (Grafik 7). Und sie sehen sich dabei in großer Gemeinschaftlichkeit mit der bedrohten Arbeitnehmermitte. Von unten und aus dem Blickwinkel vom Abstieg bedrohter Gruppen sieht die Gesellschaft viel einheitlicher aus als von oben – nämlich ungerecht, undurchlässig für den Aufstieg, wenig demokratisch, bedroht von außen und durch »andere«, gespalten in Arme und Reiche. Abstiegsängste und Orientierungslosigkeit bringen Menschenfeindlichkeit gegenüber anderen Gruppen hervor<sup>21</sup> Vor allem vom Staat wird die Lösung erwartet, die aus eigener Kraft oder durch »die Wirtschaft« kaum oder nicht möglich scheint. Die Unterstützung für autoritäre Politikformen ist moderat bis stark.

*Grafik 7: Einstellungen der unteren gesellschaftlichen Gruppen  
(Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 88, 90)*



19 Claudia Gather: Putzen für die Mittelschichten. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 9/2006, S. 26.

20 Martin Staiger: Hartz IV oder Ungleich vor dem Gesetz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1165 ff.

21 »Die Abwertung (anderer – M. B.) schwacher Gruppen scheint für orientierungslose Personen die Funktion einer vermeintlichen Wiederherstellung von Handlungssicherheit über die undifferenzierte Einteilung in »Gut« und »Böse« und »Richtig« und »Falsch« zu haben ...« Sandra Hüpping, Wilhelm Heitmeyer: Gesellschaftliche Krisen, soziale Desintegration und die Veränderung des sozialen Klimas. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 12/2006, S. 40 f.

Wie Gero Neugebauer zusammenfasst: »Der Aussage ›Die Veränderungen, die derzeit in unserer Gesellschaft stattfinden, machen mir Angst‹ stimmen zwei Drittel der Befragten zu. Die entsprechende Zustimmung in den politischen Milieus des unteren gesellschaftlichen Drittels liegt über 70 Prozent, die der politischen Milieus des mittleren Drittels macht über 60 Prozent aus und bei den Milieus des oberen Drittels beträgt sie über 50 Prozent.«<sup>22</sup> Die Gesellschaftssicht und auch der Blick auf die Zukunft tragen – nicht unerwartet – Klassencharakter.

Aber: Die oberen Mittelschichten sehen die Gesellschaft und ihre Zukunft im Unterschied zu denen unten gespalten. Durch ihre Verankerung in jeweils unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft, dem öffentlichen bzw. dem marktwirtschaftlich, ist diese Spaltung auch nicht leicht zu überwinden. Diese Spaltung der oberen Mittelschichten ist eine Chance, die Interessen jener, die in der Gesellschaft eher unten sind, zur Geltung zu bringen.

### **Ein neuer Herrschaftsvertrag und seine Schwächen**

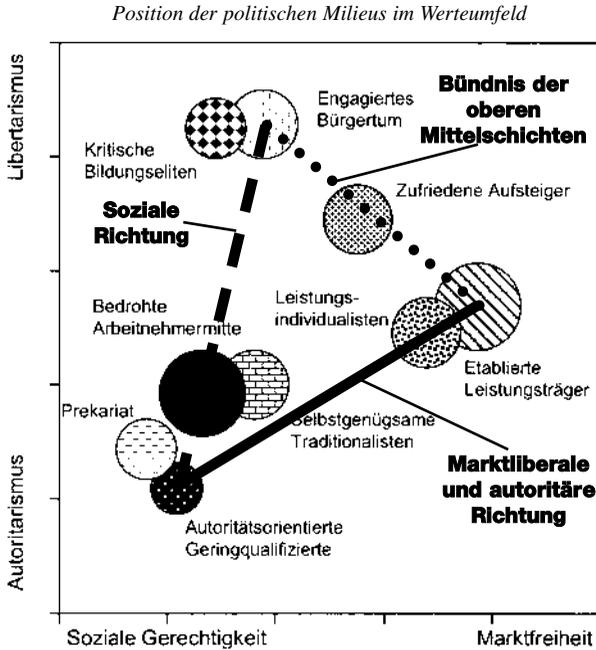
Welches sind die Chancen, Mehrheiten für eine sozial orientierte Politik gegenüber einer marktliberalen Politik zu gewinnen? Beide politische Ausrichtungen haben eine Basis in den oberen Gruppen der Gesellschaft. Dies bedeutet auch: Mehrheiten müssen unten gewonnen werden! Komplizierter formuliert: Die Vertreter jener politischen Richtung, die die Hegemonie über die unteren Gruppen der Gesellschaft gewinnen, ohne dabei die Basis in »ihrem« Block in der Oberschicht zu verlieren, können über stabile Mehrheiten für Richtungsentscheidungen in Deutschland verfügen. Mit diesem Ziel haben die herrschenden Parteien seit ihrer Wahlniederlage von 2005 Angebote für eine veränderte Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus entwickelt. Im Zentrum dieser Angebote steht ein neuer Gesellschaftsvertrag.

Anders als der Slogan von der »neuen« oder der »solidarischen« Mitte impliziert, gibt es diese »Mitte« als mehrheitsfähige Gruppe nicht. Mehrheiten müssen politisch aktiv hergestellt werden. Welche Formationen könnten sie in Deutschland bilden?

Wie Grafik 8 verdeutlicht, können Mehrheiten in Deutschland auf drei Wegen erreicht werden. Erstens kann es zu einem Bündnis der oberen Mittelschichten kommen, bei der sich die marktliberalen und sozial-libertären Gruppen zusammenschließen. Das neoliberale Projekt selbst begann vor allem mit dem Übergang von der Hegemonie der sozial-libertären Eliten der späten sechziger und frühen siebziger Jahre zu eher marktliberal und autoritär orientierten Eliten der achtziger und neunziger Jahre. Die Mutation der SPD von Willy Brandt über Helmut Schmidt zum Basta-Kanzler der Agenda 2010, Gerhard Schröder, ist wohl deutlichster Ausdruck dieses Hegemoniewechsels.

22 Ebenda, S. 84.

Grafik 8: Alternative Mehrheiten für Richtungsentscheidungen



Auf dieser Basis entschieden sich alle Parteien im Bundestag mit Ausnahme der PDS in den späten neunziger Jahren für eine Politik von weniger Solidarität, weniger Grundsicherung und weniger sozialer Integration. Sie votierten für mehr Markt, Wettbewerb, Privatisierung und Umverteilung nach oben. Wie Franz Walter süffisant bemerkte: »Eine solche Einstimmigkeit hat man in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus allein am 4. August 1914 erlebt.«<sup>23</sup> Die Agenda 2010 basierte auf der Einheitsfront der Eliten gegen große Teile der Bevölkerung, der gesellschaftlichen Mitte und des Unten. Die Hartz-IV-Reformen, die vor allem Arbeitnehmer mit langfristiger beruflicher Tätigkeit bedrohten, wurden als Klassenkampf von oben praktiziert.

Hartz IV bedeutete nicht weniger als die Aufkündigung eines über einhundert Jahre alten Gesellschaftsvertrags, den Bismarck als autoritäre Antwort von oben durchgesetzt hatte. Er wollte einer Revolution von unten, durch die Arbeiterbewegung, zuvorzukommen, die die soziale Frage auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Über hundert Jahre lang war dieser Gesellschaftsvertrag gepflegt worden, bis er mit der Agenda 2010 sein Ende fand. Wie Fritz Scharpf feststellte: »Es war vor allem die breite Mittelschicht der beruflich qualifizierten Arbeiter und Ange-

23 Süddeutsche Zeitung vom 22. September 2004.

stellten, die mit Hartz IV sicher geglaubte Privilegien (sprich: soziale Rechte, Sozialeigentum – M. B.) verlor. Für diese Gruppe kündigte die Reform den grundlegenden Sozialkontrakt der ›Bismarck‹-Länder auf, der etwa folgenden Inhalt hatte: Wer in der Jugend eine Lehre abgeschlossen oder das Abitur gemacht hatte, wer sodann bereit ist, ein Leben lang diszipliniert zu arbeiten und hohe Sozialversicherungsbeiträge zu leisten – der findet bei uns gesellschaftlich geschätzte und gut bezahlte Arbeit und kann sich zudem bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Alter auf Lohnersatzleistungen verlassen, die seinen im Beruf erreichten Lebensstandard annähernd sichern.«<sup>24</sup>



*Anti-Hartz-Demonstration, Herbst 2004*

24 Fritz Scharpf: Wie weiter nach Hartz IV? In: Berliner Republik, Heft 1/2006, S. 30.

Der erste neoliberale Angriff kam von rechts, von den Konservativen, von Thatcher und Reagan, von jenen, die den Sozialstaat als autoritären Sozialismus diffamierten. Es war ein politisches Projekt der oberen Schichten unter Hegemonie ihrer marktliberal-autoritären Vertreter. Es war die Hohe Zeit des Neokonservatismus. Der zweite Angriff kam von links, von den Mitte-Links-Parteien, von Clinton, Blair und Schröder. Die Hegemonie wechselte zum marktliberal-libertären Pol der oberen Klassen und wurde durch die »erneuerte« Sozialdemokratie repräsentiert. Die Spielarten dieses Projekts »basierten auf der Kombination von gemäßigt neoliberalen Positionen in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit einem Insistieren auf einer gewissen Rolle des (Sozial-)Staates und der Betonung eines liberal-progressiven Standpunktes in kulturellen und Wertefragen ...«<sup>25</sup>

Dieses Bündnis der herrschenden Eliten mit den oberen Mittelschichten hatte zwei zentrale Schwächen. Erstens führte die Hegemonie der marktliberalen Kräfte dazu, dass die sozialökonomische Basis der sozial-libertären oberen Mittelschichten, der öffentliche Sektor, selbst abgebaut wurde. Es kam zu einer Macht- und Einkommensverschiebung, die die Interessen dieser relativ gut situierten Schichten negativ berührte. Sie sahen sich und ihre Werte bedroht. Im Zusammenhang damit nahm der Wertekonflikt innerhalb der oberen Mittelschichten zu. Sozialkonservative, sozial-libertäre und sozial-demokratische Kräfte von Heiner Geißler bis Oskar Lafontaine artikulierten den Dissens.

Heiner Geißler schrieb in der Zeit, dass sich die Wähler mit einer »Großen Koalition« konfrontiert sähen, die »offensichtlich die Republik mit einem Metzgerladen verwechselt, in dem so tief ins soziale Fleisch geschnitten wird, dass das Blut nur so spritzt, anstatt durch Bürgerversicherung und Steuerfinanzierung die Löhne endlich von den Lohnnebenkosten zu befreien. Nur Dummköpfe und Besessener können den Menschen weismachen wollen, man könne auf die Dauer Solidarität und Partnerschaft in einer Gesellschaft aufs Spiel setzen, ohne dafür irgendwann einen politischen Preis bezahlen zu müssen.«<sup>26</sup> Und Norbert Blühm fragte angesichts der Einführung der Riester-Rente als einer öffentlich kapitalgedeckten Versicherung: »Könnte es jedoch vielleicht auch sein, dass die Todesanzeigen für die Rentenversicherung von handfesten Interessen der Versicherungswirtschaft gesteuert werden?«<sup>27</sup>

Oskar Lafontaine formulierte kurz nach seinem Rücktritt aus der Regierung und vom SPD-Vorsitz den Dissens in seiner Schrift »Das Herz schlägt links« so: »Mein Buch wendet sich ... gegen den radikalen Kurswechsel der rot-grünen Koalition zum Neoliberalismus und gegen das Vom-Tisch-Nehmen der Wahlverspre-

25 Ernst Hillebrand: Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: Die europäische Linke muss sich neu orientieren. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2007, S. 2 ([library.fes.de/pdf-files/id/04660.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/04660.pdf)).

26 Heiner Geißler in: Die Zeit vom 11. November 2004.

27 Zitiert nach: Stefan Welzk: Die »Alterskatastrophe« und der Absturz der Renten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2006, S. 720.

chen. Das Regierungsprogramm, das wir den Wählerinnen und Wählern versprochen haben, ist von mir erarbeitet worden, und ich fühle mich weiter im Wort. Sozialdemokraten haben nur dann eine Chance, politische Mehrheiten in der Bundesrepublik zu gewinnen, wenn sie die Interessen der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner vertreten. Im Unternehmensbereich müssen sie sich vor allem um kleinere und mittlere Betriebe kümmern. Wenn sie auf das Gerede einer Minderheit hereinfallen, die seit Jahren nach dem Motto verfährt, Reformen und Verzicht stets bei den sozial Schwächeren einzufordern und selbst bei hohem Einkommen und Vermögen möglichst wenig Steuern zu zahlen oder möglichst viel Geld ins Ausland zu schaffen, dann werden sie ihren Auftrag verfehlen. Die letzten beiden Jahre stehen für die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Welten.«<sup>28</sup>

Das neoliberal dominierte Bündnis der Herrschaftseliten mit den oberen Mittelschichten wurde durch die mittleren und unteren gesellschaftlichen Gruppen in Frage gestellt. Sie sahen ihre Interessen massiv verletzt. Die »neue Mitte« schlug keine Brücke zwischen oben und unten, sondern verlangte, dass die unten sich aus Staatsbürgerinnen und -bürgern in »Working Poor« verwandeln. Sie sollten die mangelnden öffentlichen Dienstleistungen für die Gutverdienenden zu Armutslöhnen als private Leistungen der Kinderbetreuung, der Pflege usw. bereitstellen. Zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2006 sank die Bruttolohnquote von 72,2 Prozent auf 65,2 Prozent, während die Bruttogewinnquote von 27,8 Prozent auf 36 Prozent emporschnellte.<sup>29</sup> So gering war die Lohnquote in Deutschland seit 1945 noch nie gewesen.

2005 sank die Summe der Bruttolöhne und -gehälter erstmals seit der Rezession von 1967 unter das Niveau des Vorjahres (um 0,7 Prozent), während das Volkseinkommen um 1,5 Prozent stieg und folglich zugunsten der Unternehmen und der Vermögenden umverteilt wurde. Die Armutsquote stieg unter Rot-Grün (!) von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 17,4 Prozent im Jahr 2005. Der Abbau der Kernbelegschaften, die Ausweitung von Zeitarbeit und anderen Formen prekärer Beschäftigung, die Kürzungen bei den Sozialleistungen und Renten erzeugten bei den mittleren und unteren Gruppen eine gesellschaftliche Stimmung, die sich immer heftiger gegen die herrschende Politik wandte. Sie sahen sich mit einer Welle von Enteignungen zugunsten der Vermögensbesitzer konfrontiert. In Westdeutschland stieg die Zustimmung zur Frage »Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?« von 30 Prozent im Jahr 2000 auf 45 Prozent im Jahr 2007.<sup>30</sup>

Weder die versprochene »Bildungsrevolution« führte zum Erfolg, noch konnte der relative Niedergang des Einflusses der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Gegenmacht in Europa gestoppt werden. Die Desintegration der Gesell-

28 Oskar Lafontaine: Das Herz schlägt links. München 1999, S. 10.

29 Claus Schäfer: Unverdrossen »Lebenslügen-Politik« – Zur Entwicklung der Einkommensverteilung. WSI-Mitteilungen 11/2006, S. 583.

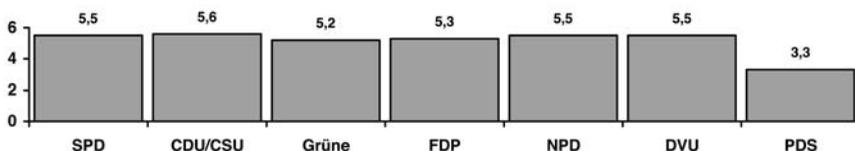
30 Thomas Peters: Der Zauberklang des Sozialismus. In: FAZ vom 18. Juli 2007, S. 5.

schaft wurde durch das Scheitern einer Laisser-faire-Politik des Multikulturalismus befördert, die am Wichtigsten, an den öffentlichen sozialen und kulturellen Dienstleistungen, sparte. Das Rentensystem Deutschlands wurde von einem System der Lebensstandardsicherung zu einem System der systematischen Beförderung von Altersarmut gerade der Menschen mit niedrigeren Einkommen umgewandelt. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wurde massiv verletzt.<sup>31</sup> Die Kampagne der »Entbürokratisierung« eröffnete den Weg zum Sozial- und Umweltdumping.<sup>32</sup> Gemessen an seinen Ansprüchen ist das gesamte Projekt der »Neuen Mitte« oder der »Dritten Wege« gescheitert. Dies läutete 2003 und 2004 sein Ende ein.

Durch Wählerwanderung und Wahlenthaltung setzten die Bürgerinnen und Bürger die Parteien unter Druck. Die Arbeiter liefen der SPD weg. Mit den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen warfen frustrierte Arbeiter und Angestellte mittleren Alters den Eliten den Fehdehandschuh hin und erzeugten ein bis heute nachwirkendes politisches Erdbeben in Deutschland. Die Montagsdemonstrationen waren schon deshalb eine Provokation, weil damit bewusst vom »Volk« an jene Proteste angeknüpft wurde, die eine kommunistische Diktatur zu Fall gebracht hatten. Und sie signalisierten, dass sich große gesellschaftliche Gruppen nicht mehr politisch vertreten fühlten. Von den Demonstranten erhielten alle Parteien bis auf die PDS die Noten mangelhaft bis ungenügend (Grafik 9). Diejenigen, die in der Gesellschaft nur »schwache Interessen« zur Geltung bringen können (Frank Nullmeier), weil sie keine Macht auf dem Arbeitsmarkt sind und keine nennenswerten Konsumenten darstellen, haben stark von sich hören lassen.

Bei den Bundestagswahlen vom September 2005 machten die Bürgerinnen und Bürger deutlich, dass sie ein reines Obenbündnis auf der Grundlage marktliberaler Vorstellungen mehrheitlich ablehnten. Unter ihrem Druck entfaltete die Partei-

*Grafik 9: Schulnoten für die Parteien durch die Demonstrierenden gegen Hartz IV (Dieter Rucht; Mundo Yang: Wer sind die Demonstrierenden gegen Hartz IV? WZB: Pressepapier Hartz IV, September 2004)*



31 Martin Kutscha: Erinnerungen an den Sozialstaat. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2006, S. 359.

32 Olaf Münichsdorfer: EU: Entbürokratisierung als Entdemokratisierung. In: Ebenda, Heft 1/2006, S. 16 ff.

enkonkurrenz zwischen CDU und SPD ihre eigene Logik. Eine »Renaissance des Sozialen« (Karl-Rudolf Korte) im öffentlichen Diskurs trat im Resultat der massiven Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf die Tagesordnung. Die Parteien wurden vom Souverän daran erinnert, dass sie als »Partei an der Regierung« davon leben, dass sie als »Partei in der Wählerschaft« wirkungsstark sind und als »Partei als Organisation« lebendig bleiben.<sup>33</sup>

CDU wie SPD versuchen seit der gemeinsamen Regierungsbildung von 2005 beide, den neoliberalen marktradikalen Ansatz mit einem Angebot an die unteren gesellschaftlichen Gruppen zu verbinden.<sup>34</sup> Dadurch soll in Deutschland der neoliberal erzeugte Finanzmarkt-Kapitalismus dauerhaft etabliert werden. Angesichts der offensichtlichen Tatsache, dass entfesselte Märkte die sozialen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft untergraben, reagieren beide Parteien nun mit einem begrenzten Ausbau der staatlichen und öffentlichen Funktionen. Dies betrifft vor allem das Bildungswesen, die Integration von Migrantinnen und Migranten, eine ökologische Modernisierung und verstärkte Investitionen in die Wissenschaft und Forschung. CDU/CSU und SPD stehen für einen Ausbau militärischer Sicherheit.

Die Politik der Großen Koalition ist die einer »Gestaltung der Globalisierung« auf der Basis und unter Akzeptanz des Finanzmarkt-Kapitalismus. Von CDU wie SPD werden mehrheitlich die Annahmen des Neoliberalismus übernommen und in Politik umgesetzt. Dazu gehören die Rente mit 67, Schritte der weiteren Privatisierung des Rentensystems bzw. seine Bindung an Unternehmenserfolge. Die Privatisierung von Staatsunternehmen wird mit dem »Börsengang« der Deutschen Bahn zum Abschluss gebracht. Ein Ausweg aus dem militärischen Interventionismus wird nicht gesucht. Zugleich wird versucht, bestimmte Auswüchse marktradikaler Politik unter Kontrolle zu bekommen.

Ausgehend von den Interessen und Einstellungen der neoliberal eingestellten »Leistungsträger« privater Wirtschaft wird den mittleren und unteren Gruppen *ein neuer Gesellschaftsvertrag* angeboten – Unterordnung unter marktwirtschaftliche Leistungskriterien gegen die verstärkte staatliche Bereitstellung von Bedingungen, diesen Kriterien besser gerecht zu werden. Dieser Gesellschaftsvertrag ist ein Herrschaftsvertrag, der angeboten wird, um dem Protest der Bürgerinnen und Bürger entgegenzuwirken. Der Staat soll die Gesellschaft »durchlässiger« machen für jene, die dazu bereit sind. Aus der großen Gruppe der Ausgegrenzten, Marginalisierten und Prekarisierten sollen Anbieter funktionaler Dienstleistungen für die Leistungsträger geformt werden, in den privaten Haushalten genauso wie in einem staatlich geförderten Niedriglohnsektor. Wachstumsgewinne sollen auch in erhöhte staatliche Einnahmen fließen, um wieder wachsende öffentliche Aufgaben zu finanzieren, einschließlich erhöhter öffentlicher Investitionen. Das Zeitalter der völligen Lohnzurückhaltung wurde selbst von der FDP für beendet erklärt.

33 Frank J. Sorauf: Political Parties and Political Analysis. In: William Chambers u. a. (Hrsg.): The American Party System. New York 1967, S. 37 f.

34 Konrad Adam: Die Erosion der Mitte. In: Merkur, Heft 11/2006, S. 1085.

Der »Mobilisierungs- und Aktivierungsdiskurs« des Neoliberalismus<sup>35</sup> des genannten Gesellschaftsvertrags erzeugt eine Überforderung, da die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen Bedingungen für die Realisierung dieser Forderungen nicht vorhanden sind oder auch prinzipiell uneinlösbar sind. Die Sozialpathologien des Neoliberalismus erzeugen in der Konsequenz tiefe Verunsicherung, Ängste und Aggressionen. Aus dem Mainstream erwachsen in der Konsequenz soziale Desintegration, unkontrollierte Wut oder Rechtsextremismus.

Die Einschätzung, dass das Parteienkartell von CDU/CSU bis SPD und Grünen auf einem neoliberalen Grundkonsens basiert, hat auch weiterhin Bestand. Doch wurde dieser Grundkonsens durch einen Gesellschaftsvertrag ergänzt, der die unteren Gruppen funktional einbinden will. Er stellt zugleich ein bestimmtes Zugeständnis an die Interessen der oberen Schichten im öffentlichen Sektor dar.<sup>36</sup>

Der Erfolg dieser Politik ist offen. Dies zeigt sich auch daran, dass aufgrund der strukturellen Auflösung des Modells Deutschland und seines Fahrstuhleffekts der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung sehr unterschiedliche Wirkungen im Oben und Unten der Gesellschaft hat. 82 Prozent jener, die nur über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro verfügen, geben an, von dieser Konjunktur nicht zu profitieren. Bei jenen, deren Haushaltsnettoeinkommen dagegen über 3.000 Euro liegt, sehen 46 Prozent schon positive Impulse<sup>37</sup>. Wirkliche soziale Integration wird durch diese Politik nicht erfolgen. Der Unmut der Bürgerinnen und Bürger wird bleiben.

Die Politik von CDU und SPD hat ein gemeinsames Fundament – den genannten Konsens eines aufgeklärten Neoliberalismus. Aber es gibt wichtige Differenzen: Die CDU will, so weit es nur möglich ist, den neoliberalen Märkten freien Lauf lassen und nur dann eingreifen, wenn die Funktionalität der Märkte selbst gefährdet ist. Die SPD setzt dagegen auf eine umfassendere soziale Regulierung und auf den stärkeren Schutz der Kerngruppen der Arbeitnehmer in der Großindustrie. Dadurch will sie untere und mittlere Schichten gewinnen. Die CDU dagegen bietet den unteren Schichten keinen sozialen, sondern einen autoritären Sicherheit-

35 Vgl. dazu Christina Kaindl: Neoliberale Produktionsweise, Mobilisierung der Subjekte und das Erstarken des Rechtsextremismus. In: Michael Brie (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie – Elemente totaler Herrschaft*. Berlin 2007 (im Erscheinen).

36 Das politische Projekt der französischen Rechten unter Nicolas Sarkozy scheint eine besonders aggressive Variante dieses Herrschaftsvertrags zu sein. Wie Jean-Yves Camus schreibt: »Heute ist die rechte Synthese, die Sarkozy aufbaut, vor allem eine bonapartistische und populistische Rechte, ohne dass man bis jetzt weiß, ob es sich hier nur um eine ideologische Sequenz handelt, die sich wieder ändern kann, oder um die grundsätzliche Natur des Systems ... Man erkennt in Sarkozys Stil vor allem vier Hauptkomponenten des Populismus: den angenommenen ideologischen Widerspruch (europäisierter Liberalismus/Protektionismus; Atlantismus/nationale Unabhängigkeit; Hochschätzung des Geldes/Verteidigung der »Kleinen«); den Willen, mit der Vergangenheit zu brechen (»Ab jetzt wird alles möglich«, das Wahlkampfmotto des Kandidaten Sarkozy) und Hochschätzung der Modernisierung, was rechte Vorgänger und Gegner auf ihren angeblichen »Archaismus« zurückweist. Schließlich und vor allem, den Willen, durch eine Öffnung der Regierung Richtung »Linke« eine simulierte nationale Einheit zu erreichen, die wie in allen plebiszitären Regimes zum Ziel hat, die Ideologie zu entwerfen und die soziale Frage hintanzustellen.« Jean-Yves Camus: *Nicolas Sarkozy: ein Modell für die europäische Rechte?* Paris 2007.

37 ARD-DeutschlandTREND Juli 2007 (<http://www.presseecho.de/politik/NA3731012236.htm>).

spakt an. Sie geht in Fragen der inneren Sicherheit mit schnellen Schritten auf eine konservative und auch autoritäre Wählerschaft zu.

Mit der Kriminalisierung globalisierungskritischer Aktivitäten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm wurde die innere Sicherheitspolitik verschärft. Es wurde der Terrorismusvorwurf immer weiter ausgedehnt. Protest wird illegalisiert und Formen, die früher als leichtere Vergehen geahndet worden wären, gelten nun als schwere Straftatbestände. Diese Strategie verfolgt ein doppeltes Ziel: Es wird zum einen immer öfter der Staatsnotstand ausgerufen. Autoritäre Einstellungen und Sicherheitsbedürfnisse werden befriedigt. Dies stärkt die Stellung konservativer Parteien und soll deren Führungsanspruch sichern. Zum anderen wird Die Linke insgesamt in die geistige und politische Nähe zur terroristischen Gewalt gerückt. Sie soll dadurch der Chance auf eine demokratische Mehrheit beraubt werden. Dabei wird letztlich billigend in Kauf genommen, dass eine Spirale von Illegalisierung von gesellschaftskritischem Protest und der Entfaltung einer Binnendynamik isolierter Gruppen entsteht. Aus dieser Spirale könnte Terror tatsächlich entstehen. Die Linke wird auf diese Strategie der Konservativen eine produktive Antwort finden müssen.

Der akute Grundkonflikt zwischen den herrschenden Parteien der deutschen Politik ist der Konflikt zwischen zwei Grundformen einer gemeinsamen Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und auch der Grünen. Sie begreifen alle gleichermaßen den Finanzmarkt-Kapitalismus als alternativlose Basis jeder erfolgreichen Politik der »Modernisierung« und wollen die Orientierung auf Marktlösungen und auf Privatisierung fortsetzen. Der Konflikt setzt dort an, wo eine stärker marktliberale und gemäßigt autoritäre auf eine sozial-liberale Variante dieser Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus trifft.

Gegenüber den auf dem Leipziger Parteitag der CDU von 2005 verkündeten Politik und auch gegenüber der Zeit der arroganten Verkündung der Agenda 2010 durch die SPD ist eine partielle Mäßigung eingetreten, ohne dass die beiden Parteien deshalb den marktliberalen Weg verlassen hätten. Es gelang CDU/CSU und FDP 2005 nicht, bei den Bundestagswahlen eine neoliberale Mehrheit zu gewinnen. Und die SPD hatte schon bei den Wahlen selbst gegen Kernelemente ihrer eigenen Regierungspolitik Wahlkampf geführt. Nach dem Wahldebakel mussten beide Zugeständnisse an soziale Belange machen. Dahinter steht vor allem die erzwungene Einsicht: Ohne Zugeständnisse an die mittleren und unteren sozialen Schichten können ohne den jeweils anderen weder CDU noch SPD stabile parlamentarische Mehrheiten bilden.

Die Ursache dafür liegt in der schon dargestellten Spaltung der breiten oberen Mittelschichten in einen eher marktliberalen und gemäßigt autoritären und einen eher sozial-libertären Flügel. Der SPD gelang es zwar, durch einen sehr aggressiven Wahlkampf die sozial-libertären Kräfte partiell wieder zurückzugewinnen, die sie mit ihrer Agenda 2010 verprellt hatte. Die Arbeitnehmermitte und das abgehängte Prekariat votierten aber so stark für die Linkspartei, dass die SPD am Ende knapp hinter der CDU/CSU lag.

Gesellschaftliche Kräfte, die eine große Koalition verhindern wollen, brauchen eine soziale Verankerung im Unten der Gesellschaft. Die CDU und CSU haben sich darauf eingestellt. Der Geschäftsführer ihrer Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, formuliert mit Blick auf die parteipolitische Herausforderung durch die Partei DIE LINKE und deren immer wirksamere Kapitalismuskritik in einem Interview mit der *Welt*: »Kapitalismuskritik – das ist eine Formulierung, mit der jemand wie Oskar Lafontaine versucht, Ängste zu schüren. Ich verwende diesen Begriff nicht, teile aber die Einschätzung, dass wir die durch die Globalisierung ausgelösten Unsicherheiten politisch ernst nehmen müssen. Für mich ergibt sich daraus eine Doppelaufgabe: zum einen müssen wir den Aufschwung verstetigen, Wachstum und den Anstieg der Beschäftigung absichern und weitere Modernisierungsschritte unternehmen, damit wir den Anschluss an die sich rasant entwickelnde Welt nicht verpassen. Genauso wichtig aber ist es zum anderen, die Teilhabe der Schwächeren an diesem Prozess zu organisieren und sicherzustellen. Anders als früher stellt sich das nicht mehr von selbst ein. Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch jedem einzelnen gut – diesen Zusammenhang gibt es in der Globalisierung nicht mehr automatisch. Und das macht den Schwächeren Angst. Und diese Schwächeren leben jetzt nicht mehr am Rand der Gesellschaft. Sie sind in der Mitte. Und darum haben wir in der Mitte der Gesellschaft ein Angstphänomen.«<sup>38</sup>

Eine solche neokonservative Doppelstrategie von »Wachstum und Teilhabe«<sup>39</sup> will den Staat in die Pflicht nehmen, offensiv jene Bedingungen zu schaffen, durch die die Integration möglichst vieler in eine marktbestimmte Gesellschaft gesichert werden kann. Es handelt sich dabei auch um jene, die zu Verlierern der Reformen geworden sind bzw. sich nicht mehr selbst in die Gesellschaft einbringen (können) wie Teile der Geringqualifizierten oder Prekarisierten und auch viele Migrantinnen und Migranten.

Die SPD hat – unter dem Druck der von ihr vorgezogenen Neuwahlen – schon im Sommer 2005 eine Wende hin zur Wiederentdeckung der sozialen Frage vollzogen. Die von ihr selbst nach Deutschland geholten Hedgefonds wurden plötzlich zu einer Heuschreckenplage des Kapitalismus erklärt und der Neoliberalismus, der seit dem Schröder-Blair-Dokument von 1999 Regierungscredo war, neben der Linkspartei plötzlich zum Hauptfeind erklärt. Innerhalb der großen Koalition hat die SPD in einer Reihe von Fragen (Mindestlohn, Vermögensbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gesundheitsreform) halbherzig und ohne größere Entschiedenheit auf Lösungen gedrängt, die gegenüber den CDU-Vorstellungen auf eine stärkere staatliche Regulation setzen. Einerseits wird die Kontinuität zur Agenda 2010 betont, die Unternehmenssteuerreform unterstützt und andererseits die Erbschaftssteuerreform verlangt.<sup>40</sup> Marktkonforme Erneuerung und Gerechtigkeit sind weiterhin die Leitorientierungen der SPD. Dies

38 <http://www.norbert-roettgen.de/content/view/259/1/> (25. Juni 2007).

39 Ebenda.

schließt das reale Primat der neoliberalen Ökonomie ein.<sup>41</sup> Gleichzeitig aber werden Grundsicherung, Zukunftsinvestitionen und ein leistungsfähiger Staat gefordert, der die »Fliehkräfte« des Marktes bändigen solle.<sup>42</sup>

Die Linkspartei entstand nicht zufällig als gesamtdeutsches Projekt im Gefolge der Massenproteste der Prekarisierten (vornehmlich Ostdeutschlands) gegen die Hartz-IV-Enteignungen von Sozial- und Rentenansprüchen.<sup>43</sup> Unter ihrem Druck haben CDU/CSU und SPD den Kampf um das Unten in der Gesellschaft aufnehmen müssen. Schon dadurch sind die Bedingungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland verändert worden. Der CDU/CSU fällt es offensichtlich deutlich leichter als der SPD, auf diese Veränderungen erfolgreich zu reagieren. Ihre Umfragewerte liegen im Juli 2007 acht bis zehn Prozentpunkte vor denen der SPD. Es gelingt ihr zunehmend besser, Marktorientierung, modernen Konservatismus und leistungsorientierte Integrationsangebote und -zwänge zu verbinden. So gewinnt sie zugleich bei den »etablierten Leistungsträgern« und den »Leistungsindividualisten«, den »zufriedenen Aufsteigern« sowie bei »autoritätsorientierten Geringqualifizierten« und »selbstgenügsamen Traditionalisten« Rückhalt.

Die Schwäche der SPD gegenüber der CDU dürfte nicht nur konjunktureller, sondern struktureller Natur sein. Ihre programmatischen Positionen basieren auf der Agenda 2010. Die »Politik der neuen Wertschöpfung« wird ins Zentrum gerückt, die durch einen »vorsorgenden Sozialstaat« abgesichert werden soll. Erschließung neuer Märkte, technischer Fortschritt, fairer Wettbewerb und Gewährleistung von »Sicherheit im Wandel« sind Leitorientierungen.<sup>44</sup> Die »vielfältigen Chancen zum Handeln sollen unerschrocken« ergriffen werden.<sup>45</sup> Sie orientiert sich weiter außerordentlich stark an denen, die sie die Neue Mitte nennt, die aber als »Leistungsträger« eher marktliberal sind und per Interessenlage und Einstellungen der FDP sowie der CDU zuneigen. Ihre Versuche, wieder die klassische

40 »Wir stehen für Erneuerung.« Mitteldeutsche Zeitung im Gespräch mit Hubertus Heil über Reformen und Regieren (28. Mai 2007) (<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1174661686185>).

41 »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: Herr Beck, fast die Hälfte der SPD-Anhänger findet die Forderungen von Oskar Lafontaine richtig: Weg mit Hartz IV, weg mit der Rente mit 67, raus aus Afghanistan? Erkennen auch Sie diese Sympathien in der SPD?

Kurt Beck: Ich erkenne sie in großen Teilen der Bevölkerung. Fast ebenso viele Anhänger der Union antworten genauso auf die gleichen Fragen. Aber danach können wir nicht Politik machen. Denn gleichzeitig erwarten die Menschen, dass wir über den Tellerrand hinausschauen. Eine sozial ausgerichtete Politik muss immer auch das Ökonomische im Blick haben. Wenn ich das missachte, dann vernichte ich auch die Basis für das Soziale. Den Menschen zu versprechen, wenn das Geld in einer Sozialkasse nicht reicht, gleicht der Staat das schon aus, ist verlogen. Denn das Versprechen ist nicht haltbar. Genau das aber machen die Lafontainianer. Deshalb betrügt die Linkspartei die Menschen.« <http://www.kurt-beck.de/menu/1720099/index.html> (FAS vom 15. Juli 2007).

42 Peer Steinbrück: Was der Staat in der erneuerten Sozialen Marktwirtschaft leisten muss. In: Berliner Republik, Heft 6/2006, S. 66-69.

43 Michael Brie: Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen. In: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei: Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Berlin 2005, S. 14 ff.

44 Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. »Bremer Entwurf« für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, Januar 2007 ([http://programmdebatte.spd.de/servlet/PB/show/1700699/bremer\\_entwurf\\_navigierbar.pdf](http://programmdebatte.spd.de/servlet/PB/show/1700699/bremer_entwurf_navigierbar.pdf)).

45 Ebenda, S. 14.

SPD-Wählerschaft der jetzt bedrohten Arbeitnehmermitte anzusprechen, bleiben unentschieden. Gerade die Rente mit 67, die so offensiv von Müntefering vertreten wurde, hat ihrer Position außerordentlich geschadet.

Es ist nicht erkennbar, wie die SPD bei dieser Ausrichtung den Rückstand gegenüber der CDU aufholen will. Mit ihrer marktorientierten Politik schwächt sie ihren Rückhalt in ihrer Stammwählerschaft im oberen Drittel der Gesellschaft dramatisch. Auch ihre Vertretung der bedrohten Arbeitnehmermitte und unterer Gruppen steht unter dem Primat des Marktes und stellt gegenüber der CDU nur eine graduelle Differenz dar. Wie Franz Walter schreibt: »Die programmatischen Losungen der Sozialdemokraten des Jahres 2007 – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – spiegeln die Lektion aus den erfolgreichen Biographien sozialdemokratischer Aufsteiger der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära. Aber sie haben mit den neuen Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung durch Bildungsversagen in den mehrfach gebrochenen Lebenszusammenhängen des unteren gesellschaftlichen Drittels nichts zu tun. Diese beiden Welten sind einander gänzlich fremd.«<sup>46</sup>

Während mit der zunehmend erneuerten CDU eine Führungskraft für eine marktliberale Ausrichtung der Politik erkennbar ist, die zugleich ein »Herz« für die Vertretung der Schwächeren zeigt, fällt die SPD als Führungskraft eines sozial-ökologischen Richtungswechsels gegenwärtig aus. Für die marktorientiert-autoritäre Richtung dagegen stellen sich CDU und FDP immer präziser auf, wobei die CDU ihre Verankerung im Unten der Gesellschaft erhöht.

Eine soziale und demokratische Neuorientierung der Politik in Deutschland wird durch die Führungsgruppen der SPD nicht ernsthaft vertreten. Sie verhält sich eher wie eine Staatspartei, die (fast) alle Positionen zugleich vertreten will und dabei unbestimmt wird und fast alle verprellt und gegen sich aufbringt. Die SPD-Spitze scheint von den Einstellungen zufriedener Aufsteiger beherrscht zu sein, ähnlich wie diese hin und her gerissen von Marktattraktion und dem Ruf nach einem Staat, der diesen Aufstieg absichert. Die starke Vertretung der marktliberalen Gruppen ist offensichtlich. Und auch die Grünen können sich bisher nicht entscheiden, ob sie eine Avantgarde sozial-libertären Wandels sein wollen oder Vorreiter einer »grünen Marktwirtschaft« und vor allem mit der FDP um die modernen Segmente der neoliberalen Leistungseliten konkurrieren. Nur finden die Grünen bisher nicht dort, sondern eher bei den kritischen Bildungseliten und dem etablierten Bürgertum ihre Stammwählerinnen und Stammwähler. Parteipolitisch stehen deshalb die Zeichen auf Schwarz-Gelb oder die Fortführung einer großen Koalition. Dies muss aber nicht so bleiben.

46 Franz Walter: Warum Beck gegen Lafontaine keine Chance hat. In: <http://www.spiegel.de:80/politik/deutschland/0,1518,489729,00.html>

## Gesellschaftliche Mehrheiten entstehen nicht von selbst

Einerseits sind Oben und Unten in Deutschland mehr, als sie es in den letzten vierzig Jahren waren, nach Einkommen und Vermögen, nach Stellung und Anerkennung, nach Zugang zu Bildung und Gesundheit getrennt. Zugleich aber »gibt es eine größere Auf- und Abstiegsgeschwindigkeit«<sup>47</sup> – vom *working rich* kann man schnell auch zum *working poor* oder zum Arbeitslosen werden.

Neben dem 2005 erst einmal gescheiterten Projekt eines neoliberalen Bündnisses der oberen Schichten der Gesellschaften und dem jetzt verfolgten Projekt einer sozialen Abstützung marktzentrierter Politik durch einen Gesellschaftsvertrag des »Forderns und Förderns« ist eine dritte Möglichkeit gegeben, Mehrheiten in Deutschland zu gewinnen. Es wäre dies ein Bündnis zwischen den sozial-libertären oberen und den eher sozial-autoritären mittleren und unteren politischen Milieus der deutschen Gesellschaft. Es könnte versucht werden, dem Angebot eines marktliberal geprägten Gesellschaftsvertrags ein soziales und demokratisches Angebot entgegenzustellen. Noch ist dies aber eine bloße Möglichkeit, für die viele Voraussetzungen fehlen.

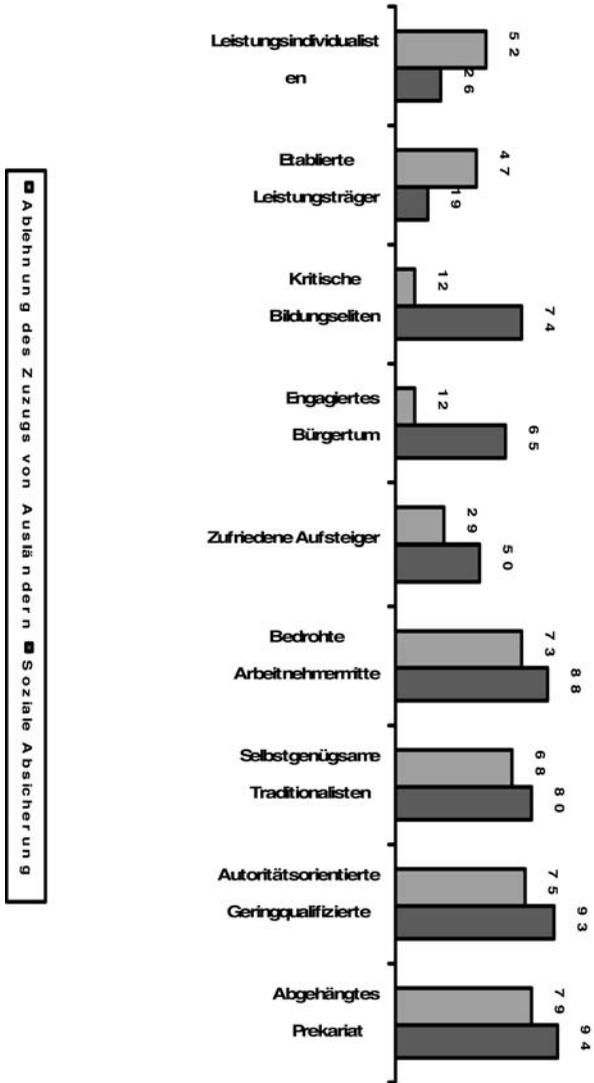
Wie die Grafik 10 verdeutlicht, stehen die sozial-libertären oberen Gruppen denen in der Arbeitnehmermitte und im Unten der Gesellschaft vor allem mit Blick auf die soziale Frage nahe. Sie unterstützen gemeinsam mehrheitlich die Forderung: »Der Staat soll eine umfassende soziale Absicherung der Bürger garantieren.« Die bessergestellten marktliberalen Kräfte eint dagegen mit den gleichen Gruppen ein Verständnis vom Staat als nationaler Schutzgemeinschaft. Sie bekennen sich zu der These: »Der Staat soll den Zuzug von Ausländern unterbinden, damit diese den Deutschen nicht die Arbeit wegnehmen.«

Ein Bündnis für einen sozialen Richtungswechsel (Mitte-Links) muss den Konflikt zwischen starker Betonung demokratischer Werte der bessergestellten sozialen Gruppen einerseits und den autoritären Mustern und ethnozentrischen Positionen in Teilen der unteren Mitte und im Unten der Gesellschaft so lösen, dass soziale und demokratische Orientierungen sich durchsetzen. Ein Mitte-Rechts-Bündnis hat es dagegen mit dem Gegensatz zwischen den marktliberalen Einstellungen in einem Teil der oberen Mittelschichten und den sozialen Orientierungen im Unten der Bundesrepublik zu tun. Und für diesen Gegensatz der Einstellungen gibt es jeden erdenklichen Grund: Von 1990 bis 2005 stiegen die Nettogewinne und Nettovermögensinkommen um 38 Prozent, die Nettolöhne dagegen um ganze zwei Prozent – für die unteren Lohngruppen sanken sie sogar drastisch.<sup>48</sup>

47 Siegmund Mosdorf: Parteien müssen gesellschaftliche Vielfalt glaubwürdig abbilden. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 9/2006, S. 36.

48 Joachim Kreimer-de Fries, Bernhard Müller: Verteilungspolitische Schieflage. Arbeits- und Kapitaleinkommen 1991-2006. In: Sozialismus, Heft 4/2007, S. 35.

Grafik 10: Ablehnung des Zuzugs von Ausländern  
 (Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 91)



Zusammen mit den tiefen Einschnitten bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen haben die unteren Gruppen der Gesellschaft schwere Zeiten hinter sich und wahrscheinlich – so sehen sie es – noch schwerere vor sich.

Und doch gibt es einen Unterschied zwischen den Mitte-Links- und den Mitte-Rechts-Bündnissen. In der Gesellschaft der Bundesrepublik haben die sozialen Werte gegenüber von denen der Marktfreiheit eine klare Hegemonie. So hielten 2006 83 Prozent soziale Gerechtigkeit, aber nur 26 Prozent das freie Spiel der Marktkräfte für sehr wichtig bzw. wichtig. Nur noch ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger sieht das Wirtschaftssystem als wirklich sozial an. Freiheit von sozialer Not (78 Prozent) und Solidarität (77 Prozent) stehen weit vor Gewinnstreben (23 Prozent). Die sozialen Werte in Kombination mit Werten wie Gleichberechtigung von Mann und Frau (81 Prozent), Verantwortung für kommende Generationen (79 Prozent), Weltoffenheit und Toleranz (69 Prozent) sowie Pflichterfüllung (71 Prozent) und Ordnung (67 Prozent) bilden in einer gemäßigten Kombination mit Selbstverantwortlichkeit (56 Prozent) und Leistungsorientierung (50 Prozent) den widersprüchlichen Kern des Wertehaushalts der Bevölkerung in Deutschland<sup>49</sup>.

»Entgegen dem immer wieder zitierten Mythos einer ›Kultur der Mitte‹«, so Gerd Mielke, verortet die ... nationale Wahlstudie 2002 ... 44,3 Prozent der Befragten links von der Mitte; 29,3 der Befragten siedeln sich in der Mitte an; und nur 26,4 % platzieren sich rechts von der Mitte.«<sup>50</sup> Entlang der Achsen soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit und libertären vs. autoritären Orientierungen sind die Mehrheitseinstellungen deutlich ins Soziale und leicht ins Libertäre verschoben. 72 Prozent fordern mehr Engagement der Politik für soziale Gerechtigkeit. Anders gesagt: Eine demokratische soziale Politik kann Mehrheiten mobilisieren. Der Widerspruch, dem sie ausgesetzt ist, ist geringer als der, mit dem eine marktliberale Politik konfrontiert ist. Der Mehrheitskonsens in der deutschen Gesellschaft hat sich deutlich nach links verschoben.

Das Wirken der Großen Koalition seit 2005 steht im Widerspruch zu diesem Mehrheitskonsens. Zwar wird der Regierung von 70 Prozent der Bevölkerung attestiert, dass sie bessere Bedingungen für Unternehmen und die Wirtschaft geschaffen hat, ihr wird von 66 Prozent auch der Einsatz für den Klimaschutz, von 50 Prozent die Verbesserung der Situation von Familien zuerkannt und von 48 Prozent die wirksame Verringerung der Arbeitslosigkeit. Aber nur 29 Prozent sehen, dass dabei für mehr Gerechtigkeit gewirkt wird, nur 28 Prozent sehen, dass sich diese Regierung für die Arbeitnehmer einsetzt. Nur 20 Prozent können erkennen, dass das System der Gesetzlichen Krankenkasse zukunftsfähig gemacht wurde, und gerade 19 Prozent sehen Fortschritte bei der langfristigen Sicherung der Rente. 78 Prozent sind der Auffassung, dass diese Regierung nicht dafür gesorgt habe, dass es ihnen besser gehe.<sup>51</sup>

49 Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 48-50.

50 Gerd Mielke: Das bedrohte Sein prägt das Bewusstsein. In: Frankfurter Rundschau vom 19. Juli .2004.

51 ARD-DeutschlandTrend, August 2007.

Wie diese Analyse zeigt, ist die Gesellschaft der Bundesrepublik fragmentiert. Drei sehr unterschiedliche Strategien könnten Mehrheiten finden: *Erstens* eine neue Politik sozialdemokratischer Dritter Wege, die die Interessen der beiden großen Gruppen der oberen Mitte der Gesellschaft bündelt und unter das Primat des neoliberalen Standortwettbewerbs stellt; *zweitens* eine neokonservative Politik, die den Neoliberalismus mit den Sicherheits- und Schutzinteressen der unteren Mitte und eines Teils der unteren sozialen Gruppen zu verbinden sucht; *drittens* eine Politik für einen sozial-ökologischen und demokratischen Richtungswechsel, der jene Kräfte aus der oberen Mitte, der unteren Mitte und im sozialen Unten vereint, die für eine Erneuerung sozialer Politik und Demokratie stehen.

Der Kampf der gesellschaftlichen Gruppen um Hegemonie wird entscheiden, welche der drei möglichen Richtungen der Politik sich in den nächsten Jahren durchsetzt. Jähe Veränderungen sind zu erwarten. Erstmals seit den späten 1960er Jahren hat die Linke in Deutschland wieder die Chance, die Offensive zu ergreifen. Es bedarf der größten Anstrengungen, damit sie auf die Höhe der Zeit, ihrer Möglichkeiten wie ihrer Aufgaben, gelangt.

MEINHARD MEUCHE-MÄKER

## **Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE**

**Studie auf Grundlage leitfadengestützter Interviews mit Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG**

*Manche Leute sehen Dinge, wie sie sind, und fragen sich: Warum?  
Ich träume von Dingen, die es nie gab,  
und sage: Warum nicht?*

GEORGE BERNHARD SHAW

### **Einleitung**

Das »Gespenst einer neuen bundesweiten Linkspartei«, das im Sommer 2005 gesichtet wurde, und vom dem ein Jahr später viele Beobachter sich glauben machen wollten, es hätte sich bereits wieder verflüchtigt, ist am 16. Juni 2007 zur Realität geworden. Die Partei, die durch Verschmelzung der WASG mit der Linkspartei.PDS entstanden ist und sich DIE LINKE nennt, schickt sich an zur drittstärksten politischen Kraft in der Republik zu werden.

Es war ein kurzes Zeitfenster, das die Chance zur Kooperation bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 bot und das von den Führungen der beiden Parteien genutzt wurde. Sie standen unter dem Druck ihrer Mitglieder sowie einer linken Öffentlichkeit und ihnen wurde schnell klar, dass es letztlich keine Alternative hierzu gab, zumindest keine, die in den Bundestag führen würde.

Zwischenzeitlich haben nicht nur – wenn der Blick in erster Linie auf die Parteidentwicklung gerichtet wird – zermürbende Debatten und groteske Konkurrenz-kandidaturen stattgefunden, sondern es ist beiden Parteien gelungen, gemeinsame Kampagnen – vom Mindestlohn bis zum G8-Gipfel – durchzuführen, und dank gemeinsamer Anstrengungen ist ihnen der Einzug in die Bremische Bürgerschaft gelungen. Womit angedeutet werden soll, dass es sich um einen widersprüchlichen Prozess handelt, der gleichwohl die Chance bietet, dass die Partei in den nächsten Jahrzehnten einen festen Platz im Parteiensystem der Republik einnehmen könnte.

Ob dies gelingt, wird im Wesentlichen vom Agieren der Linkspartei selbst abhängen. Nachdem sie jetzt die erste Phase ihrer (Doppel-)Existenz beendet hat, wird sie zeigen müssen, wie sie mit dem bislang ausreichenden Minimalkonsens in Bezug auf programmatische und strategische Vorstellungen sowie ihrer Organisationsform umgehen will. Sie hat es in der Hand, ob es ihr »nie wieder so gut gehen wird wie heute«<sup>1</sup>, oder ob sie eine offene programmatische Debatte ver-

1 Jens König: Der Linkspartei geht es derzeit bemerkenswert gut. Wie lange noch? In: die tageszeitung vom 12. Januar 2007.

bunden mit einer integrativen Praxisorientierung dazu nutzt, ihre Vielfalt zur Produktivkraft einer sich erneuernden Linken zu machen.

In einigen Jahren werden (Auto-)Biographen über die komplizierten Situationen in diesem – für bundesdeutsche Verhältnisse bislang einmaligen – Prozess der Verschmelzung zweier Parteien berichten. Auch die Protagonisten werden sich dann entspannter an Situationen wie die erinnern, als es »kurz vorm Scheitern war und an eine Situation, wo wir nicht einmal mehr an dem berühmten seidenen Faden hingen, da waren wir im freien Fall.« (E2<sup>2</sup>) Diese Studie will dem nicht vorgeifen. Ganz im Gegenteil.

Ihr Ziel ist es, einen Blick auf die Denkweisen und Haltungen von führenden Akteuren der beiden Parteien zu werfen, der Dank der mit ihnen geführten leit-fadengestützten Experteninterviews gewonnen werden konnte. Der Studie liegt dabei die zentrale Annahme zugrunde, dass die neue Linkspartei vor der Herausforderung steht, »die sie prägenden strukturellen Widersprüche produktiv zu bearbeiten und in ein gemeinsames Projekt zu integrieren.«<sup>3</sup> Hieraus ergibt sich, dass es für diese Studie nicht sinnvoll ist, die teilweise bemerkenswert kritischen und kontroversen Auffassungen der Akteure zu glätten, sondern mit ihrer Hilfe die zentralen Widersprüche – aber auch Gemeinsamkeiten – aufzuzeigen und damit diskutabel und nutzbar zu machen.

### **Zur Methodik der Studie**

Die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG vollziehen den Prozess der Neuformierung der politischen Linken auf den unterschiedlichen Ebenen, vor allem natürlich auf der Bundes- über die Länderebene und bis hin zu den Kreisverbänden und Basisorganisationen. Dabei sind sie in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Verantwortlichkeit Akteure dieses Veränderungsprozesses. Ihre hohe Zustimmung bei der Urabstimmung zeigt an, dass die Mitglieder die Verschmelzung der beiden Parteien und die Entwicklung einer gesamtdeutschen Linkspartei wollen – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer politischen Traditionen, ihrer Sozialisation und ihres Politik- und Selbstverständnisses als neue parteipolitische Linke.

Erst wenn die Auffassungen unterhalb dieser generellen Zustimmung abgefragt werden, ist es jedoch möglich, eine realistische Einschätzung des Prozesses und der Bewertungen durch die Akteure zu erhalten. Welche Einstellungen entwickeln die Akteure der neuen Linkspartei zum Neuformierungsprozess? Wie bewerten sie die Schwierigkeiten und Konflikte im Zusammengehen der unterschiedlichen Parteien? Welches Selbstverständnis und welche strategischen Ansätze verbinden sie

2 Zur Zitiertweise der Interviews vgl. die Fußnote 7.

3 Michael Brie: Die Linkspartei – Partner für eine Reformalternative. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 6/2007, S. 30.

mit dem neuen Parteiprojekt? Wie erleben sie die unterschiedlichen Kulturen und die Ost-West-Differenz? Welche Vorbehalte bestehen und wie gehen die Akteure damit um?

Diese und andere Fragen sind in dieser qualitativen Befragung Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG gestellt und anschließend ausgewertet worden. Das Ziel war es, die Sicht der Akteure intensiver kennen zu lernen, als dies aus programmatischen Dokumenten, Parteitags- und Parlamentsreden und täglicher Medienberichterstattung möglich ist. Die leitfadengestützten Experteninterviews<sup>4</sup> ermöglichen es, eine Binnensicht auf den Neuformierungsprozess zu gewinnen, die sich aus öffentlichen bzw. veröffentlichten Quellen kaum erschließen lassen bzw. diese ergänzen. »Adressaten von Experteninterviews sind demnach Funktionsebenen innerhalb eines organisatorischen und institutionellen Kontextes.«<sup>5</sup> Sie verfügen über privilegierten Zugang zu Informationen über Personen und den Formierungsprozess selbst, sind teilweise sogar maßgeblich an Entscheidungsprozessen beteiligt und liefern somit das »Betriebswissen«<sup>6</sup>, das für diese Untersuchung zentral ist. Die Auszüge aus den Experteninterviews werden anonym wiedergegeben. Dies ist sowohl der zugesicherten Anonymität der Befragten geschuldet als auch der Tatsache, dass nicht die Persönlichkeit und Biographie der Experten im Mittelpunkt der Untersuchung steht, sondern ihr Funktionswissen.<sup>7</sup>

Experteninterviews können exklusive Einblicke in Strukturen und die organisatorischen Veränderungsprozesse sowie in die Beteiligung bzw. Wahrnehmung von Entscheidungsmechanismen geben. Sie werfen ein Licht auf beteiligte Funktions- und Interessengruppen innerhalb der beiden beteiligten Parteien. Dieses in einen konkreten Kontext eingebundene Akteurswissen spiegelt der Erfahrung nach nicht nur persönliche, sondern ebenso kollektive Orientierungen und Haltungen innerhalb des Prozesses wider. Um diese Ziele zu erreichen, wurden Akteure<sup>8</sup> aus den beiden Bundesvorständen, einer Reihe ausgewählter Landesvorstände, Abgeordnete in Europa-, Bundes- und Länderparlamenten sowie maßgebliche Akteure politischer Strömungen befragt.

4 Vgl. Renate Liebold, Rainer Trinczek: Experteninterview. In: Stefan Kühl, Petra Strotholz (Hrsg.): Methoden der Organisationsforschung. Reinbek 2002, S. 33 ff.

5 Ebenda, S. 37 f.

6 Michael Meuser, Nagel Ulrike: Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Detlef Garz, Klaus Kraimer (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 446.

7 Die in dieser Studie wiedergegebenen Auszüge aus den Interviews sind grundsätzlich in anonymisierter Form zitiert. Den Interviews ist dabei jeweils eine Ordnungszahl zugeordnet. Die Akteure aus der PDS beginnen mit dem Buchstaben E, die Akteure aus der WASG mit F und die externen Experten mit G.

8 Gedankt sei ganz herzlich allen Akteuren, die sich für ein Interview zur Verfügung gestellt haben. In alphabetischer Reihenfolge: Dr. Wolfgang Albers, Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Lothar Bisky, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Judith Dellheim, Ulrike Detjen, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Claudia Gohde, Heinz Hillebrandt, Nele Hirsch, Matthias Höhn, Katja Kipping, Ralf Krämer, Dr. Klaus Lederer, Katrin Lompcher, Dr. Angelika Klein, Dr. Michail Nelken, Bodo Ramelow, Lucy Redler, Klaus-Rainer Rupp, Katina Schuber, Herbert Schultz, Dr. Axel Troost, Sascha Wagner, Gabi Zimmer.

In einer zweiten Gruppe von Befragten<sup>9</sup> wurden Experten aus Bewegungs- und Wissenschaftszusammenhängen interviewt, die nicht unmittelbar an dem Partei-formierungsprozess beteiligt waren bzw. ihm politisch fern stehen. Hier sind die Außensichten auf den untersuchten Prozess von Interesse. Als Beobachter politischer Prozesse in der Bundesrepublik bzw. als Akteure sozialer Bewegungen verfügen sie über entsprechendes »Kontextwissen«, das eine kritische Außensicht ermöglicht.

In der Auswertung werden schwerpunktmäßig jene Themen wiedergegeben, die entweder von mehreren Experten hervorgehoben wurden bzw. in denen eine gravierende Differenz besteht<sup>10</sup>. Aus dem qualitativen Erhebungsverfahren ergibt sich, dass eine prozentuale Darstellung nicht sinnvoll ist. Die Methode der leitfadengestützten Interviews ermöglicht nur in sehr vorsichtiger Weise eine Quantifizierung der Ergebnisse.

Ein Schwergewicht bei der Auswertung bzw. Darstellung der Ergebnisse liegt in dem Aufzeigen von unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Grundorientierungen, Erfahrungen und Handlungsoptionen der beteiligten Akteure. Anders als beispielsweise bei mediengerecht aufbereiteten Selbstdarstellungen der beteiligten Organisationen ist es ein Ziel der Untersuchung, die Probleme und Konflikte des Prozesses aus Sicht beteiligter Akteure offen zu legen. Nur eine klare Problemanalyse schafft in Projektentwicklungsprozessen die Basis für Korrektur- und Veränderungsmöglichkeiten. Hierzu leistet diese Untersuchung einen Beitrag.

Die Entwicklung der »alten PDS«<sup>11</sup> wurde bekanntermaßen umfangreich in der wissenschaftlichen Literatur analysiert. Zur sich gegenwärtig bildenden Linkspartei ist die Anzahl wissenschaftlicher Studien<sup>12</sup> bislang gering. Gerade in dieser Forschungssituation sind, bei Beachtung der immanenten Grenzen der Methode, »Gespräche mit Experten eine vorzügliche Methode, neue Einblicke in Forschungsfelder zu gewinnen«.<sup>13</sup>

9 Prof. Dr. Ulrich Brand, Prof. Dr. Lothar Peter, Prof. Dr. Thomas Poguntke, Prof. Dr. Rolf Reißig, Prof. Dr. Richard Sorg, Georg Wissmeier.

10 Vgl. zur Selektion und Quantifizierung in Experteninterviews: Peter Ullrich: Das explorative ExpertInneninterview – Modifikationen und konkrete Umsetzung der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel. In: Tim Engartner, Diana Kurin, Thorsten Teubl (Hrsg.): Die Transformation des Politischen. Berlin 2007, S. 107 f.

11 Gemeint ist damit hier die Entwicklung der PDS von 1989/90 bis Mitte 2005.

12 Vgl. Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Berlin 2005; Meinhard Meuchemäker: Die Linkspartei.PDS auf dem Weg zur neuen Linken. Anforderungen an eine politikfähige Partei. Berlin 2006; Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007; Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken? (Ms.). München 2007.

13 Renate Liebold, Rainer Trinczek: Experteninterview. A. a. O., S. 67.

## Auswertung der Interviews<sup>14</sup>

Parteien bilden sich nicht aus heiterem Himmel. Es bedarf gesellschaftlicher Konflikte, die so gravierend sind, dass sie relevante Teile der Gesellschaft berühren und polarisieren. Das gegenwärtige bundesdeutsche Parteiensystem wird geprägt durch »eine zweidimensionale Polarisierung, d. h. der Parteienwettbewerb wird durch zwei wesentliche Konfliktdimensionen geprägt: eine sozio-ökonomische – vor allem in Gestalt des Sozialstaatskonflikts – und eine politisch-kulturelle Konfliktdimension«<sup>15</sup>. Parteien kommt in diesen gesellschaftlichen Konflikten mit den Polen soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit und Autoritarismus vs. Liberalismus die Aufgabe zu, spezifische Interessen und Zielvorstellungen zu artikulieren, sie in politische Konzepte umzusetzen und an der innergesellschaftlichen Konfliktaustragung teilzunehmen. Die in der Gesellschaft vorherrschenden Konfliktlinien prägen insofern auch die Parteien und bestimmen ihre Identität.

Für die relativ erfolgreiche Geschichte der PDS war die Verankerung auf kommunaler und regionaler Ebene, ihre Etablierung als linke Volkspartei im Osten der Republik ausschlaggebend. Sie konnte sich seit Beginn der neunziger Jahre an der für die ostdeutsche Teilgesellschaft besonders relevanten Konfliktlinie des innerdeutschen Ost-West-Konflikts entwickeln. Oder anders formuliert: Die PDS hat die parallel hierzu wieder stärker wirkende sozio-ökonomische Konfliktlinie als Ost-West-Konflikt ausgetragen. Zugleich wurde sie damit aber nicht zur gesamtdeutschen linken Kraft und fand keine Möglichkeit, bundesweit Einfluss deutlich oberhalb von fünf Prozent zu generieren. Zudem versäumte sie, »die personellen, inhaltlich-programmatischen und koalitionsstrategischen Voraussetzungen für eine Verstärkung ihres Wählerpotentials zu schaffen«<sup>16</sup> und scheiterte 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde. Auch wenn der Ost-West-Konflikt länger bestehen bleiben wird, »ist er nicht die Grundlage für eine gesamtdeutsche Linkspartei« (G5).

Der Ost-West-Konflikt seit Beginn der 90er Jahre wäre insofern eine notwendige, aber in keiner Weise ausreichende Grundlage für die Herausbildung einer neuen Linkspartei gewesen. Erst die deutliche Verschärfung sozialer Spaltungslinien – der »Revitalisierung der ökonomischen Konfliktdimension im Parteiensystem in Gestalt des Sozialstaatskonflikts«<sup>17</sup> – in der ganzen Gesellschaft, die Umprofilierung von SPD und Grünen und der damit einhergehenden Einschränkung sozialdemokratischer Hegemonie ermöglichte die Erweiterung des Parteiensy-

14 Im Text wird Zwecks leichterer Unterscheidbarkeit und Charakterisierung der Herkunftsorganisationen von PDS- bzw. WASG-Akteuren gesprochen – wohl wissend, dass sich die Interviewten vermutlich längst als Mitglieder einer gemeinsamen Partei verstehen. Die Zitate aus den Interviews werden kursiv in den Text eingefügt.

15 Oskar Niedermayer: Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin 2006, S. 103.

16 Ebenda, S.104.

17 Oskar Niedermayer: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Frank Decker, Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden 2007, S. 128.

stems durch eine fünfte Kraft: eine absehbar dauerhaft existierende Linkspartei. Betrachtet man die Langlebigkeit des deutschen Parteiensystems, dessen Wurzeln ins 19. Jahrhundert reichen, so fand die erste grundlegende Erweiterung seit der Frühzeit der Bundesrepublik mit dem Entstehen der Grünen in den späten 70er bzw. 80er Jahren statt. Es ist davon auszugehen, dass wir zurzeit eine erneute Erweiterung hin zu einem Fünf-Parteien-System erleben, dessen Ursache in der Herausbildung einer Partei links der SPD besteht.

*»Entweder man nutzt die Chance oder man vergeißt sie auf Jahrzehnte.« (E2) – PDS und WASG im Sommer 2005*

Die Schwierigkeiten der PDS, sich im Westen tatsächlich als wählbare Alternative darzustellen, begleiteten die PDS von Anfang an<sup>18</sup>. Nach dem Rückzug Gregor Gysis, dem Sympathieträger der PDS im Westen, kurz vor der Bundestagswahl 2002, wurde diese Schwäche der PDS erstmals mit der Überlegung verbunden, außerhalb der PDS nach einer Alternative zu suchen<sup>19</sup>. Noch gab es für ein solches Projekt jedoch keine Akteure im Westen, weder an der Basis noch an der Spitze. Diese Überlegungen spielten jedoch in der Zeit nach den Bundestagswahlen 2002 unter den Bedingungen einer um ihre Existenz ringenden Partei keine Rolle. Eine wie auch immer geartete »PDS plus«<sup>20</sup> stand nicht nur für die Öffnung der Partei, sondern für ein neues parteipolitisches Projekt, das zu diesem Zeitpunkt in der PDS weder in ihren entscheidenden Gremien noch in ihren Gliederungen mehrheitsfähig gewesen wäre.

Wie stellt sich die Situation vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005<sup>21</sup> aus der Sicht der in dieser Studie befragten dar? In zahlreichen Antworten werden insbesondere von Akteuren aus Ostdeutschland die Schwierigkeiten der PDS im Westen deutlich benannt. »Und umso größer war dann die Ernüchterung. 0,9 Prozent – das war ein Urteil. Das widersprach allen Aufwärtstrends im Osten, das war die große Ernüchterung. Wir sind dort fremd.« (E1) Das Resultat wurde insbesondere deshalb als Niederlage empfunden, weil die Entwicklung der PDS insgesamt wieder positiv gesehen wurde. Nach den Wahlerfolgen bei der Europawahl und einigen Landtagswahlen im Jahr 2004 galt die Talfahrt als gestoppt und die PDS »auf einem soliden Aufwärtstrend angekommen« (E1). Aber diese Ergebnisse übertrugen sich nur in geringem Maße auf die westdeutschen Landtags- und Kommunalwahlen.

18 Vgl. Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005. A. a. O.

19 »Eine neue Linke mit Gysi und Lafontaine. André Brie hofft auf die Überwindung alter Feindbilder«. In: Berlin/MZ, 2. August 2002, Interview mit André Brie.

20 Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven. rls standpunkte, Nr. 3/2003.

21 Bei der Landtagswahl in NRW am 22. Mai 2005 traten PDS und WASG getrennt an und erreichten 0,9 bzw. 2,2 Prozentpunkte.

Auffällig ist bei einer großen Zahl der befragten PDS-Akteure die Haltung, dass die WASG als aufkommende Konkurrenz angesehen wurde, gegenüber der Zweifel und Skepsis angebracht waren und deren Absichten und Perspektive unklar schienen. Die Mehrzahl der befragten WASG-Akteure betont hingegen die Aufbruchssituation ihrer Partei, die entstehende Dynamik, die Unterschiedlichkeit der neu hinzukommenden Kräfte, kurz: »Und die, die da waren, die haben gespürt, da liegt was in der Luft« (F4). Deutlich schärfer fällt allerdings auch ihre Beurteilung der PDS aus. Sie wird charakterisiert als »unfähig, gesellschaftlich-seismographisch die Entwicklung aufzunehmen« sowie als »politisch angeschlagene und aus meiner Sicht eben unsensible Partei, ...die mit viel Geld (in NRW) kandidierte, damit aber in dem berühmten Ghetto hängen blieb.« (F3). Für den Westen wird sie überwiegend als Splittergruppe angesehen, »die auch nicht attraktiv war für Linke, die nicht mit der SPD einverstanden waren und die tatsächlich Politik machen würden, die über linke Milieupflege hinausgeht.« Und als Quintessenz: »Also die PDS war im Westen eine sterbende Partei.« (F4)

Diese unterschiedlichen Sichtweisen der Akteure dokumentieren die Gegensätzlichkeiten der beiden Quellorganisationen, die auch extern wahrgenommen werden als »gewisse Asymmetrie, was die organisatorische Reife als politische Partei anbelangt. Die PDS war eben da, sie war eine politische Partei im klassischen Sinne mit allen Funktionen, die damit verbunden sind, das war die WASG nicht.« (G6)

Die Bildung der WASG im Allgemeinen und der Wahlantritt der WASG in Nordrhein-Westfalen im Konkreten waren Folge des Repräsentationsvakuums links der SPD. Hieraus folgte die Überlegung, »wir brauchen insbesondere im Westen eine wählbare Alternative und die feste Überzeugung, dass das die PDS eben nicht erreicht hat«. Und auch wenn es »im Bundesvorstand nur wenige waren, die diesen Beschluss wirklich mit Herz und Flamme mitgetragen haben«, wurden Fakten im Verhältnis der beiden Parteien geschaffen, und es scheint sich zu bestätigen, »dass wir alles das, was wir bis jetzt erreicht haben, mit der NRW-Wahl eingeleitet haben.« (F2)

Durch die Ankündigung Gerhard Schröders am NRW-Wahlabend, Neuwahlen des Bundestages durchzuführen, entstand schlagartig die Situation, »dass die beiden Parteien jetzt gezwungen waren, aufeinander zuzugehen, bei Strafe des eigenen Versagens« (G5). Mit einer Ausnahme schließen sich alle befragten Akteure letztendlich der Auffassung an, dass ein konkurrierender Wahlantritt höchstwahrscheinlich dazu geführt hätte, dass keine der beiden Parteien die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen hätte und es »war natürlich auch klar, dass es nicht zwei Parteien links von der SPD auf Bundesebene geben kann« (F7).

Die Gründe für diese erstaunlich schnelle Verständigung auf eine – wahlrechtlich wie auch immer geartete – gemeinsame Bundestagskandidatur bewerten die Akteure durchaus differenziert. Eine gewichtige Rolle spielt, insbesondere bei den PDS-Akteuren, die Haltung Oskar Lafontaines, sich bei einer gemeinsamen Kan-

didatur von PDS und WASG als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stellen. Er hat die »historische Situation auf den Punkt gebracht und mit seiner Person verbunden.« (E4) Verstärkt wurde dies, nachdem auch klar war, dass Gregor Gysi für das gemeinsame Projekt zur Verfügung stand. Von einigen WASG-Akteuren wird angemerkt, dass Lafontaines Angebot zwar den Druck verstärkt hätte, »aber eigentlich nicht der Auslöser« gewesen sei. Denn, »dass wir das gemeinsam wollten, wussten wir eigentlich schon vorher, weil es relativ klar war, dass wir sonst keine Chance hatten bei den Wahlen.« (F1) Der entstandene Erwartungsdruck durch Mitglieder und die linke Öffentlichkeit wird meistens durchaus positiv gesehen. Eine Einzelmeinung bleibt in diesem Kontext, dass das »ein Stück weit was von Erpressung auch der WASG-Mitgliedschaft« (F5) hatte. Auch bei den Externen wird der extreme Zeitdruck und die Alternativlosigkeit der Situation benannt.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte, dass es bereits vor der NRW-Wahl in beiden Parteien Debatten über Sinn und Zweck von Kooperationen gab<sup>22</sup>, die allerdings ohne positive Ergebnisse geblieben waren. Genauso gab es bereits vorher zwischen Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und anderen Verabredungen, sich im Vorfeld der ursprünglich für 2006 geplanten Bundestagswahl über ein gemeinsames Handeln zu verständigen. Ende Mai 2005 entstand jedoch eine Situation, in der »man etwas machen (muss), bevor sich das Zeitfenster wieder schließt« (E6).

Neben der Gefahr der Konkurrenzkandidatur sehen WASG-Akteure auch nüchtern die Situation ihrer Partei: »... wenn man allein die Finanzlage der Partei kannte, war klar ..., wir hätten überhaupt nicht, nicht einmal in Ansätzen, einen Wahlkampf 2005 führen können.« (F2) Darüber hinaus vertreten Akteure beider Seiten die Auffassung, dass es in den damaligen Debatten bereits um mehr ging als um nüchterne wahltaktische und organisatorische Überlegungen. »Die Linke ist noch immer in einem Prozess, sich generell neu ... zu formieren und hat möglicherweise ... eine Chance, traditionelle Spaltungen zu überwinden« (E13) und so kann es vielleicht gelingen »eine starke linke Partei in ganz Deutschland zu schaffen« (F4). So entstand neben der Wahlfrage die Situation, »dass zumindest die Idee einer neuen Linkspartei bei einer ganzen Reihe von Protagonisten und Protagonistinnen durchaus an Charme gewonnen hatte. ... eine neue Linkspartei zu kreieren, die ein bisschen mehr ist als die Summe der Mitglieder der bisherigen Parteien. ... diese Idee hat zumindest bei den Sympathisanten und Sympathisantinnen und Mitgliedern dazu geführt, dass man sich diesem Prozess auch mit Hoffnungen und mit Optimismus genähert hat.« (E3)

In einzelnen Interviews mit WASG-Akteuren wird deutlich, dass sie sich eigentlich mehr Zeit für eine eigenständige Parteientwicklung und Profilbildung der WASG gewünscht hätten. Aber auch wenn es bei dem einen oder der anderen Bedenken gab, und der Prozess zum damaligen Zeitpunkt in beiden Parteien kontro-

22 Vgl. Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? A. a. O.; Rainer Rilling, Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern. rls standpunkte 6/2005.

vers diskutiert wurde, war – mit einer Ausnahme – für alle Befragten klar, dass es keine Alternative zum eingeschlagenen Weg des gemeinsamen Wahlantritts gab. Im Gegenteil: »Es war die pure Notwendigkeit.« (F8) Für eine realistische Betrachtung des Parteibildungsprozesses sollte aber folgender Hinweis von Außen zur Kenntnis genommen werden: »Es war aber, das wird sozusagen für die gesamte weitere Entwicklung nicht unbedeutend sein, von vornherein nicht die Intention der PDS, dass neben ihr im Westen eine solche andere politische Formation entsteht, mit der man sich dann zusammenschließt, und es war ... schon gar nicht die Intention der WASG, mit der PDS sozusagen eine neue Linke zu gründen.« (G5)<sup>23</sup>

Festzuhalten bleibt allerdings auch, dass neben den in den Interviews vorrangig genannten innerparteilichen Gründen, die gemeinsame Kandidatur mit der Perspektive der Bildung einer neuen Partei Resultat einer sehr spezifischen Gelegenheitsstruktur war. Die rot-grüne Agenda-Politik hatte zur massiven Entfremdung eines Teil ihrer eigenen Anhängerschaft geführt, die Bereitschaft ständig weitere soziale Zumutungen klaglos zu ertragen war für einen nennenswerten Teil gewerkschaftlich geprägter Milieus erschöpft. PDS und WASG bot sich eine Vertretungslücke. Sie auszufüllen, konnte nur beiden gemeinsam gelingen.

*»Die Strategie ist: das Projekt muss gelingen.« (G1) – Probleme der Strategieentwicklung in der Neuformierung*

Nun entstehen Strategien nicht im luftleeren Raum, sondern sind durch äußere Rahmenbedingungen beeinflusst. In den Interviews kristallisieren sich im Wesentlichen drei Antwortbereiche heraus. Zunächst wird immer wieder auf den komplexen rechtlichen Rahmen verwiesen: Wahlrecht, Parteienrecht, die Frage staatlicher Gelder, Fragen vereinsrechtlicher Dimension »bis hin zur ganz banalen Frage, nach welchen Rechtskriterien kann man eigentlich Parteien aufeinander zu bewegen, damit man keine unzulässigen Wahlabreden getroffen hat.« (E2) Hinzu kamen der Medieneinfluss sowie der enorme Zeitdruck, dem der Prozess unterlag.

In einem zweiten Bereich werden die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre genannt, denn »mit der rot-grünen Bundesregierung und der Agenda 2010... gab es sozusagen ein Revival sozialer Bewegungen, beispielsweise auch unterstützt durch die globalisierungskritische Bewegung. ...es gab eine neue Debatte um Kapitalismuskritik in Form von Globalisierungskritik. ...und da sind dann viele Menschen wieder offen für Politik gewesen. Und auch der Neoliberalismus war nicht mehr so vollständig überzeugend für viele« (E3). Andere benennen die Entfesselung der kapitalistischen Globalisierung, die gesellschaftlichen

<sup>23</sup> Vgl. Nachtwey, Oliver: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. A. a. O., S. 165.

und ökonomischen Klassenkämpfe und die Entwicklung sozialer Bewegungen. Die Frage allerdings, ob die Beobachtung, dass »die neoliberalen Glaubenssätze immer mehr in Konfrontation geraten zur Realität, zur Lebenswirklichkeit der Leute« (F4), zu wachsendem Engagement oder eher zur Verstärkung des Gefühls des Ausgeliefertseins, der Demotivierung und letztlich der Politikverdrossenheit führen, wird unterschiedlich gesehen.

Drittens wird von den Akteuren der Druck von Mitgliedern und der Öffentlichkeit genannt. »Die entscheidende Rahmenbedingung ist, ob die Mitgliedschaft das mitträgt.« (E1) Und es wird ein erheblicher öffentlicher Erwartungsdruck benannt: »Dieser ganze Prozess, diese Vernunft, zusammenzugehen, das ist nicht nur durch die direkten Parteimitglieder, sondern das ist zum Teil durch unser Milieu Drumherum ... erzwungen worden.« (F3)

Neben diesen Rahmenbedingungen stellt sich die Frage nach den Strategien, die der Kooperation der beiden Parteien und letztlich dem Neuformierungsprozess zugrunde liegen, und dem Verständnis von Strategie über das die Akteure verfügen. In den Interviews werden ausführlich Chancen und Probleme des Prozesses benannt. »Die Strategie ist schon die gewesen zu sagen, wir brauchen eine sozialistische Partei der Bundesrepublik, also eine, die nicht nur ein Prozent als Irrtum wegfängt.« (E1) Dabei musste klar sein, dass das Neue »nicht die einfache Ausdehnung der Linkspartei im Westen ist.« (F1) Verbunden wurde dies mit der Hoffnung, »die Vielfalt tatsächlich (zu) gewährleisten und mit Leben (zu) erfüllen, ...(dann) werden wir für viele attraktiv und haben Chancen in der Zukunft, auch was die Mitgliederentwicklung angeht und die Wählerzustimmung.« (E4)

Genau an dem Punkt, ob es »nur« die Vereinigung zweier Parteien oder ein darüber hinausgehender Öffnungsprozess gewesen ist, entzündet sich aber Widerspruch, denn eine solche (Öffnungs-) »Strategie ist nie verfolgt worden.« (E7) In der Beobachtung von außen wird gleichfalls darauf hingewiesen, dass »die Hauptstrategie ist, sich als Partei stärker gesamtdeutsch aufzustellen« Es sei darum gegangen, »dieses Bündnis hinzubekommen«. Dabei sei »also die organisatorische Strategie« (G4) verfolgt worden.

Eine Position, die sich in den Interviews wie in den offiziellen Vereinbarungen immer wieder findet, ist, dass »von Anfang an die Strategie vereinbart (war), dass das Ganze nicht nur in einer Kandidatur mündet, sondern auch in einer gemeinsamen Partei.« Dabei war »der Bundestagswahlkampf schon Prozessteil.« (E2) Zur Strategie der Parteibildung werden kaum Aussagen mit ähnlicher Klarheit getroffen.

Es fällt auf, dass es völlig unterschiedliche Sichtweisen dazu gibt, was denn die Strategie gewesen sei, bzw. ob es überhaupt klare strategische Überlegungen gegeben hätte. Insbesondere, aber nicht nur, bei PDS-Akteuren wird Kritik deutlich. »Wir haben eine Strategie der Vereinigung beider Parteien ... über den Weg der Verschmelzung. ... Die Frage des inhaltlichen Zusammengehens ist natürlich eine ganz andere Geschichte. ...wir haben eine Strategie des Minimalkonsenses gefun-

den«. Über die Eckpunkte wurde diskutiert, »aber das hat alles nichts mit einem breiten Programmprozess zu tun, in den man irgendwie die gesamte Partei einbindet« (E10). Neben einem mangelhaften Diskussionsprozess wird die Gefahr gesehen, dass »das Spektrum von Linken wieder außen vor bleiben würde, das man braucht, wenn man tatsächlich gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse im Sinne von gesellschaftlicher Reformpolitik verändern will. Und es gibt aber keine politische Strategie, diese dritte Kraft oder dieses Spektrum der Dritten anzusprechen und zu gewinnen.« (E11) Zugestanden wird, dass vieles verständlicherweise in »den Wirren des Konkreten untergegangen« (E3) ist, aber es bestand auch ein enormer »Disziplinierungsdruck« (E6) und »der Pragmatismus wird zur Strategie erhoben.« (E11) Eine inhaltlich-programmatische Einigung wird angezweifelt und von einzelnen wird vermutet, »dass da ganz unterschiedliche Vorstellungen von dem zugrunde liegen, was Partei ausmacht.« (F9) Auch extern wird in mehreren Interviews keine klare Strategie bzw. der Debatte darüber ausgemacht: »Also, ich glaube nicht, dass das strategische Denken das Dominante war in diesem Neuformierungsprozess. Es war von der Hand in den Mund, reagieren auf immer neue Ereignisse und immer im Blick ... als strategischen Fixpunkt: am Ende muss es eine gemeinsame Partei geben.« (G5)

Und auch bei den Akteuren, die weniger auf den strategischen Prozess der Parteibildung eingingen sondern eher auf die zukünftige Strategie der Partei, finden sich wenige Antworten, die an die Komplexität der Strategiebildung, wie sie beispielsweise in den Eckpunkten entwickelt wurde, anknüpfen. Deren Überlegungen gleichen eher einer Angebotspalette. Es käme darauf an, »den Nichtvertretenen eine Stimme zu geben« (E4), »eine linkssozialdemokratische Partei mit einem starken marxistischen Minderheitenflügel« (E12) zu bilden oder die Frage zu beantworten, inwieweit eine Partei »deutlich mehr sein (muss) als eine Gewerkschaft und deutlich mehr auch als eine Bewegung« (E9). Genannt wurde auch, dass es darauf ankäme, die Erfahrungen der PDS-Mitglieder aus der Systemkonfrontation, aus »dem Versuch, eine nachkapitalistische Gesellschaft zu schaffen« (F3) einzubringen, bis hin zur Notwendigkeit, zu begreifen, »dass das, was hier in Berlin abläuft (gemeint ist die Regierungsbeteiligung – M. M.-M.), im Grunde genommen das Modell für die Bundesrepublik ist« (F9). Aus einem anderen Blickwinkel wird die Frage gestellt, ob »man im Bewusstsein und der politischen Kultur dieses Landes die Notwendigkeit einer Linken dauerhaft hin(bekommt) ..., wo sich in den derzeitigen Entpolitisierungstendenzen des Postfordismus überhaupt die Frage stellt, ob man eine politische Linke braucht.« Und zwar »aus der Perspektive vieler Leute, die in diesem Land seit vielen Jahren auch ganz gut ohne eine originäre Linke ausgekommen sind.« (E6)

Vielleicht erklären sich diese vielfachen, sich teilweise widersprechenden und lückenhaften Vorstellungen der Strategie der neuen Partei damit, dass »in allen kapitalistischen Metropolen die kommunistisch-sozialistischen Parteien, ... mit der Veränderung des Kapitalismus und der neuen Situation ohne Systemkonfrontation

nicht klargeworden« sind und »nach wie vor in einer tiefen Orientierungs- und Suchbewegung stecken« und »dass der Prozess der Neuerfindung ziemlich am Anfang steht.« (F3) Vielleicht dient zur Erklärung aber auch die Überlegung: »Die Strategie ist, das Projekt muss gelingen. ... Und deshalb gibt es eben auch die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, und es gibt, finde ich, zurzeit keine vorwärtsweisende Debatte.« (G1)<sup>24</sup> Es sind diese Lücken, oder genauer: Defizite der strategischen Debatte, die die neue Linkspartei in ihrem eigenen Interesse zügig bearbeiten sollte.

Ursachen für Probleme in der Entwicklung werden häufig bei den Akteuren der jeweils anderen Quellorganisation gesehen. Den einen war wesentlich, »keine PDS plus zu bilden, sondern wirklich einen Zusammenschluss beider Parteien so hinzukriegen, dass es eine Linke gibt, die eben ein ›Westgesicht‹ bekommt..., die ganz klar WASG-Profil hat« (F2). Andere begründen beispielsweise die Tatsache, dass es »keine inhaltlichen Debatten gibt« mit dem Umstand, »dass die starken Persönlichkeiten auch befürchten, dass dann eher die WASG nicht mehr mitmacht ... gerade weil relevante Teile und auch Personen der WASG der Meinung sind, über die Fusion sich jetzt endlich das nehmen zu können, was ihnen sowieso zusteht, die Ressourcen, die Mandate, die Macht in der Partei.« (E11) Die Standpunkte sind unterschiedlich und oftmals mit wechselseitiger Kritik verbunden. Immer wieder wird deutlich, dass trotzdem »der Wille (besteht), diesen Parteibildungsprozess voranzubringen, ...also das war etwas, was alle Strömungen vereint hat.« (E10)

Bei einer Partei, die den Anspruch erhebt, die eine wirklich gesamtdeutsche Partei in der Bundesrepublik zu sein, ist eine genauere Betrachtung des Ost-West-Verhältnisses zwangsläufig geboten. Ein interessantes Ergebnis ist, dass eigentlich niemand die besondere Schwierigkeit bzw. Differenz bestreitet. »Na sicher gibt es die. Also bei der Neuformierung treffen zwei Welten aufeinander.« (F4) Benannt wird auch – aber das ist kein Gegenargument –, dass es zwischen Ost- und Westlinker in bestimmten Bereichen Ähnlichkeiten gibt. Die »Politikpraxis der letzten 150 Jahre, zumindest die hegemoniale, war eine staatsfixierte und in gewisser Weise auch eine apologetische. Die gute Marxsche Tradition, sich in Gesellschaftsanalyse zu üben, die Welt als Kampffeld unterschiedlichster Interessen und Widersprüche anzusehen, in denen man sehr flexible Positionen beziehen muss und sich nicht relativ schlichter Weltbilder bedienen darf, die ist in der Linken unter die Räder gekommen, und zwar sowohl in der kommunistischen als auch in der sozialdemokratischen.« (E6) Es wird eine kulturelle Ähnlichkeit von DGB- und SED-Sozialisation konstatiert.

Mehrere Akteure der WASG argumentieren, dass die PDS in Ostdeutschland zwar über eine starke Anerkennung in der Bevölkerung verfüge, aber eine sehr

24 »Das hochgesteckte, von vielen als historisch begriffene Ziel, eine neue Linkspartei aus der Taufe zu heben, eint und diszipliniert die Akteure einer unsichtbaren Klammer gleich.« Robert Lorenz: Techniker der »kalten Fusion«. Das Führungspersonal der Linkspartei. In: Ebenda, S. 322.

staatstragende und an die politischen Bedingungen angepasste, »teilweise sozialdemokratische Politik« (F1) vertrete, viele ihrer Akteure sich von radikaleren Positionen nach rechts bzw. in die Institutionen hinein begeben hätten, im Westen sich hingegen viele ehemalige Sozialdemokraten nach links entwickelt hätten. Aber es gibt in diesem Spektrum auch die Auffassung, dass eine Partei, die 15 bis 25 Prozent Wählerzuspruch erhält, »eben nicht mehr nur Fundamentalopposition machen (kann)... dann muss sie bestimmte Gestaltungsaufgaben auch mit wahrnehmen, und das ist für die westdeutsche Linke bisher unvorstellbar, weil sie in dieser Situation noch nie gewesen ist.« (F2)

Von einer Reihe von PDS-Akteuren wird darauf verwiesen, dass es im Westen zahlreiche Vorbehalte gegenüber allem gibt, was aus der ehemaligen DDR kommt. Und auch »in der Westlinken ..., ist der Teil der Menschen, der sich mit dem Osten überhaupt nicht beschäftigt, relativ groß.« Es sei eine Sichtweise verbreitet, »dass der Osten etwas ist, was uns viel kostet und auch mit dran schuld ist, dass die politischen Rahmenbedingungen die Armut so fördern.« (E5) Es bestünden unterschiedliche Sichten aus Ost und West auf den Parteibildungsprozess. In der PDS gäbe es einen lange ausgetragenen Ost-West-Konflikt, in der WASG nicht: »In der WASG herrscht eine tiefe Ignoranz gegenüber dem Osten vor.« (E10) Dennoch wird nicht beim Verteilen von Vorwürfen stehen geblieben. Die Schwierigkeiten, die die PDS im Westen hatte, werden durchaus auch als hausgemachte gesehen: »Also ein Großteil des Problems, den wir im Westen hatten, liegt an uns selber, wie wir aufgestellt waren.« (E3)

Es gibt bei PDS-Aktivistinnen die Meinung, dass »das einzige, was vielleicht die Ost- und die Westlinke voneinander unterscheidet, das ist die spezifische Erfahrung des Scheiterns 1989, die (im Osten) viel unmittelbarer erfahren wurde.« (E6) Insofern fehle der Westlinken auch die Erfahrung des Reinformens in die neue Gesellschaft und »viele, was (von) dort kommt sind für uns, sagen wir mal untaugliche Argumente, um Politik zu machen, weil wir wissen, sie bringen nichts.« (E19)

*»Das ist wie bei einer Ehe, man kann eben nicht alle Frauen gleichzeitig heiraten.« (E1) – Akteure des Linksprojekts sowie die Einflussnahme von Außen*

Wen wollen die befragten Akteure für die neue Linkspartei gewinnen? Welche sozialen, demographischen sowie politischen und kulturellen Gesichtspunkte spielen bei ihren Überlegungen eine Rolle? Ganz allgemein stehen bei den Antworten auf die Frage nach dem Engagement für die neue Partei zwei Gruppen im Vordergrund. Am häufigsten werden aktive Gewerkschafter genannt. Konkret sind damit vor allem Betriebsräte und Vertrauensleute sowie jene aus den unteren und mittleren Ebenen der Gewerkschaftsapparate gemeint. Hervorgehoben wird beispielsweise ein sehr hoher Anteil von Gewerkschaftern in der WASG in Nord-

rhein-Westfalen. An zweiter Stelle wird betont, »wir brauchen vor allem aus dem kritischen intellektuellen Bereich unbedingt Menschen, die sich engagieren, die einen solchen Prozess mitgestalten wollen.« (E7) Zumal es an den Universitäten eine neue Generation von Wissenschaftlern gäbe und insofern auch der linke Hochschulverband eine wichtige Rolle einnehmen könnte.

Erwähnt wird darüber hinaus auch die Relevanz von lokalen Bündnissen, Initiativen, Vereinen usw. für die Arbeit der Linken. »Also ohne Kegelervereine, Schrebergartenvereine, Turnvereine, Karnevalsvereine, Schützenvereine ... kommst du auch nicht an die Zivilgesellschaft ran.« (E12) Zugleich werden jedoch Zweifel formuliert, ob von Seiten der Führung der neuen Partei Engagement außerhalb sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Kernmilieus überhaupt gewünscht wird. »Ansonsten mit Verbänden und Organisationen, da höre ich dann immer eher Skepsis bis Naserümpfen und ähnliches bis hin zu der legendären Äußerung, wie denn die Telefonnummer der Zivilgesellschaft wäre.« (E6)

In einigen Interviews wird die Problematik angesprochen, jüngere Menschen für die Partei zu gewinnen, auch im Sinne der notwendigen Generationenfolge. Zudem sei es mit einer Mitgliedschaft, die sich überwiegend im Rentenalter befände, politisch und strukturell sehr kompliziert, überzeugende Angebote für die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zu machen.

Erstaunlicherweise wird nur in zwei Interviews die Notwendigkeit betont, mehr Frauen für die Linke zu gewinnen und sich in anderer Weise als bislang mit den dominierenden patriarchalen Strukturen in der Linken sowie den Geschlechterverhältnissen in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Bei den Externen werden die Defizite klar wahrgenommen: »was in beiden Gruppierungen total unbelichtet ist, bei der WASG noch deutlich mehr als bei der PDS, das ist das Verhältnis zu allem, was das Geschlechterverhältnis anbelangt.... Da sind beide Organisationen in einem erheblichen Maße patriarchalisch verseucht ...Man hat nicht begriffen, und es scheint unheimlich schwer zu sein innerhalb einer linken Partei oder linken Organisation, dass das Geschlechterverhältnis neben und mit dem Kapitalverhältnis das entscheidende strukturelle Herrschaftsverhältnis der Gesellschaft konstituiert. In allen ökonomischen Fragen, die scheinbar ganz geschlechtsneutral wirken, entdeckst du ganz klar die sexistische Prägung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Frauen sind jeweils nicht nur doppelt betroffen, sondern qualitativ auch noch mal in einer anderen Weise betroffen als Männer. Und linke Organisationen, die das nicht kapieren, sind irgendwann zum Scheitern verurteilt.« (G6)

Mehrere Interviewte weisen auf die Schwierigkeit hin, Menschen, die unter den Bedingungen sozialer Ausgrenzung und Isolation leben, überhaupt politisch zu integrieren. Der Anteil der anfangs zahlreichen Hartz-IV-Empfänger sei in der WASG bereits zurückgegangen. Das Bestreben, sie für linke Politik zu gewinnen, müsse wieder stärker in den Vordergrund rücken. Auch in der Außensicht wird hierin eine Funktion der Linken gesehen: »Man muss zumindest versuchen, Strategien zu entwickeln, auch diese Teile des Pauperismus, sage ich mal traditionell,

in eine Integrationsstrategie mit einzubeziehen und sie nicht einfach rechten Schlägertrupps zu überlassen.« (G2) Ein Vorschlag ist, diejenigen, die in Arbeitslosen- oder Obdachloseninitiativen, in Maßnahmen der Arbeitsförderung usw. verankert bzw. beschäftigt sind, mehr Raum und Einfluss zu sichern. Sie würden wissen, wie jene gesellschaftlichen Strukturen, die Armut und Ausgrenzung reproduzieren, konkret verändert werden können.

Das der Neuformierungsprozess der Linken im Kern auf zwei Quellorganisationen – PDS und WASG – und ihren Mitgliedern basiert, wird nicht infrage gestellt. Allerdings bedauert eine ganze Reihe von Akteuren, dass sich bislang zu wenig Linke aus anderen sozialen und kulturellen Zusammenhängen beteiligen. Es sei nicht gelungen, wie ursprünglich geplant, einen Beirat aus nicht parteigebundenen Linken zu bilden. »Und das zeigt ja ein bisschen, dass wir diesen Prozess zu sehr als Prozess zwischen zwei Parteien und nicht als einen Einigungsprozess der Linken insgesamt haben organisieren können.« (E13) Die unterschiedliche Vorstellung, ob eher einzelne Akteure oder Strukturen bzw. Organisationen zu gewinnen seien, bleibt eine Randfrage. Bei der Analyse, worin die Ursachen für mangelndes Interesse bestehen, werden unterschiedliche Akzente gesetzt. So heißt es einerseits, der Prozess sei für alle Interessierten und »für alle Unorganisierten immer offen gewesen«, aber man hätte sich in der westdeutschen Linken sehr zurückgehalten und »ich glaube nicht, dass es an uns gelegen hat, dass wir uns dann irgendwann abgeschottet haben«. Beispielsweise hätte es mit der DKP mehrere offiziöse Gespräche gegeben, aber dort hätte man auf Eigenständigkeit bestanden. Und die Hoffnung attac einbinden zu können wäre eine Illusion gewesen, weil »sie bewusst sagen, sie wollen in keine der Parteien hinein.« (F2)

Andere Akteure sehen die Ursachen mangelnden Interesses eher in der problematischen Kultur des bisherigen Prozesses. Viele Interessierte seien »auf der einen Seite grundsätzlich parteiekritisch ... »wir wollen eigentlich nichts mit Parteien zu tun haben«, und hätten sich auf der anderen Seite dann eben auch ganz konkret dieses Projekt anders vorgestellt und könnten jetzt nicht sehen, dass sie darin für sich auch wirklich einen Platz finden. ... Und solche Leute verliert man da dann natürlich, dafür müsste das ganze Projekt schon mehr Diskussionsmöglichkeiten insgesamt beinhalten.« (F8) Auch von externen Beobachtern wird die Frage gestellt, ob es denkbar wäre, dass es eine Rücknahme der Partei zugunsten eines größeren Projektes geben könne. »Die Linkspartei sieht sich als Zentrum einer deutschen Linken. Und das ist ein Problem. Wenn sie sozusagen mehr will, muss sie weniger Anspruch erheben. Sie muss die Ungleichzeitigkeiten gegenüber Bewegungen, gegenüber Politisierungen, Selbstkritik zulassen« (G1). Notwendig sei es, ein Parteileben zu entwickeln, das Partei auch für Menschen außerhalb traditionell linker, gewerkschaftlicher Organisationserfahrungen attraktiv macht. ... »Aber sie sagen eben auch, so wie die beschaffen sind, ist das nicht meine Welt, die Diskussionskultur ist nicht meine Welt, Populismus ist nicht meine Welt. Das sind ja alles Faktoren, die auch mit dazu gehören.« (E5)

Bleibt in diesem Zusammenhang die Frage nach der Einflussnahme von außen auf das neue Projekt. Hier wird von Akteuren an erster Stelle auf Gewerkschafter verwiesen. »Es gab einen Einfluss, das war ja ganz offensichtlich. Die WASG ist ein Gewerkschaftsverein, jedenfalls weitgehend.« (E1) Einfluss sei auch gezielt durch höhere Gewerkschaftsfunktionäre ausgeübt worden, und »es gibt bei den organisierten Arbeitnehmern einen Druck darauf, dass sich die Kräfte links von der CDU einigen.« (F4) Von Seiten anderer Parteien, insbesondere der SPD, gäbe es vermutlich eher eine intensive Beobachtung und einen indirekten Versuch der Einflussnahme<sup>25</sup>, wie beispielsweise an der Mindestlohnkampagne abgelesen werden könnte, aber nicht auf die Parteibildung selbst.

An zweiter Stelle werden Akteure und Organisationen aus dem Bewegungsbereich genannt. Friedensbewegung, attac, Verbände und Organisationen, auch einzeln Künstler hätten, insbesondere im Wahlkampf, ihre Ansprüche artikuliert. Von einer Reihe von Akteuren wird auch der negativ bewertete Einfluss linker Kleinstorganisationen und -parteien genannt. Diese Bestrebungen seitens DKP, MLPD, SAV usw. würden dazu dienen, nicht noch mehr in die Bedeutungslosigkeit abzudriften. Der Parteibildungsprozess wird beeinflusst, »zum Teil versuchen die Sektenmilieus sogar, ...ihn zu okkupieren und das mit mehr oder weniger großem Erfolg, aber auf jeden Fall so stark, dass man sagen kann, die haben im Schiff, das jetzt in See sticht, eine Kabine gebucht.« (E6)

*»Es gibt keine staubfreie Politik.« (E1) – Die internen Konflikte im Parteibildungsprozess*

Wohl niemand hat erwartet, dass sich ein Zusammenschluss der beiden politisch und kulturell unterschiedlichen Quellorganisationen und ihrer Mitglieder einfach gestalten könnte. In der Berichterstattung wird die geräuschlose Arbeit der Bundestagsfraktion und die Durchführung der Parteitage im März und Juni 2007 u. a. damit erklärt, das fast alles »dem strategischen Primat der Vereinigung« untergeordnet wurde, die »zentralen Fragen ... allesamt durch Formelkompromisse »gelöst« worden seien und damit »noch ein langer und programmatisch schwieriger Prozess« bevorstünde<sup>26</sup>. Trotz der Ausblendung existierender Konflikte gegenüber dem Ziel der Vereinigung sind den befragten Akteuren ausreichend Konfliktpotenziale und offene Streitpunkte bewusst, und es wird davon ausgegangen, dass »das eine Auseinandersetzung ist, die noch laufen wird, die wahrscheinlich auch noch einige Jahre dauern wird.« (E1) Hinzu kommt, dass die Linke insge-

25 An dieser Stelle soll nicht problematisiert werden, inwieweit alle Parteien sich wieder stärker dem Sozialen zuwenden bzw. nach links gerückt seien, ja in der gesamten Gesellschaft ein Linksruck stattfinden würde. Vgl. Jörg Lau: Viel Sehnsucht, viel Angst. In: Die Zeit, Nr. 33 vom 9. August 2007, S.3.

26 Albert Scharenberg: Dem Morgenrot entgegen? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2007, S. 520 f.

samt vor grundlegend neuen, globalen Herausforderungen stehe, die neue Fragen und neue Antworten verlangen, so das sie »schon deshalb ein konflikthafte Projekt ist, weil sie sich, ob sie will oder nicht oder ob sie es reflektiert oder nicht, ...in einem Suchprozess befindet. ...Es gibt keinen theoretischen, konzeptionellen, programmatischen, strategischen, politischen Konsens, kann es nicht geben, aus dem man einfach schöpfen kann.« (G5)

Die Akteure sehen diverse potenzielle oder bestehende Konflikte, die sich unabhängig von den Herkünften vier Kategorien zuordnen lassen. Erstens bestehen Konflikte der Kultur des unmittelbaren Neuformierungsprozesses. Dies reicht von Statutenfragen wie der Auseinandersetzung um Amt und Mandat oder die Frauenquote, die manche als zu hoch ansehen, bis hin zur Konkurrenz um Macht und Einfluss. Eine Reihe von Konflikten basieren auf unterschiedlichen Erfahrungen und Kulturen in Ost und West. Viele West-Linke kämen aus strukturkonservativen Organisationen wie SPD und Gewerkschaften, und mit ihnen würde der politische Grundansatz fundamentalistischer. Zugleich fehlten ihnen oftmals differenzierte Erfahrungen, was auf kommunaler und Landesebene geleistet werden könne. Und es gäbe den kulturhistorischen Konflikt, wie mit der ehemaligen PDS umgegangen wird, bei all ihrer Widersprüchlichkeit und ihren Schwächen. »Denn wir hatten 16 Jahre Erfahrungen in den Landesparlamenten, wir hatten 12 Jahre Erfahrungen im Bundestag mit einer Fraktion, die natürlich im wesentlich ostdeutsch geprägt war. Und dann hopp – alles weg.« (E19)

Wesentlich häufigere Nennungen ließen sich bei der zweiten Kategorie von Konflikten, den unterschiedlichen strategischen Vorstellungen, ermitteln. Die häufigsten – teilweise auch als zentral bezeichneten – Konflikte werden bei der Frage Regierungsbeteiligung<sup>27</sup> bzw. der damit verbundenen Frage, ob die Partei die Gesellschaft mitgestalten soll oder nicht, gesehen. Sowohl PDS- als auch WASG-Akteure benennen diesen Konflikt, ihre Einstellungen lassen sich überwiegend, aber nicht in jedem Fall an den ehemaligen Parteigrenzen ablesen. Die Regierungskoalition in Berlin wird in vielerlei Hinsicht, positiv wie negativ, als ein Referenzprojekt verstanden. Verschiedentlich wird daran erinnert, dass sich die Frage des Mitregierens nur im Kontext gewachsenen Einflusses stellt. Und die Frage, ob und wie man an sich an einer Regierung beteiligt, stünde ganz anders, »nachdem man vier oder fünf oder sechs Jahre oder zwei Legislaturperioden in einer Oppositionsrolle im Landtag war, in Baden-Württemberg, wo auch immer, und bin dann durch meine konsequente Opposition von 7 meinetwegen auf 13 Prozent gekommen.« (F9) Wobei die Frage »niemals konfliktfrei für Linke zu beantworten (sei), weil sie schon mit Kompromissen oder mit Halbheiten, mit anderen schlimmen Sachen behaftet ist«. (E1) Eine andere Überlegung ist die, das der strategische Fokus der Politik der neuen Partei die Bundespolitik sei und insofern Koalitionen auf Landesebene den bundesweiten Zielen der Partei zuwiderliefen.

27 Siehe hierzu ausführlicher den Beitrag von Cornelia Hildebrandt in diesem Band.

Es wird immerhin noch zaghaft an das PDS-Konzept des »Strategischen Dreiecks« erinnert, das eine vernünftige Grundlage abgeben könne. Aber einschränkend wird angemerkt: »...was ist das strategische Dreieck, was bedeutet das und wie sind die drei Winkel in diesem Dreieck. Und ich erlebe dann leider, und zwar völlig egal ob PDS oder WASG, ... jeder betrachtet immer nur seine Ecke, in der er sich eingerichtet hat. Und jetzt kommt hier auf einmal die Frage, lass uns doch mal über das Dreieck als Ganzes reden.« (E2) WASG-Akteuren machen sich den Begriff nicht zueigen sondern sprechen eher von einer Gesamtstrategie für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung bzw. darüber, wie mit den kapitalistischen Rahmenbedingungen und der kapitalistischen Logik umgegangen werden kann.

Nur vereinzelt wird die Meinung vertreten, gesellschaftliche Veränderungen »in kleinen Schritten« in einen schroffen Gegensatz zu stellen zu der Position, »dass wir die Gesellschaft, so wie sie jetzt ist, falsch finden und wir deshalb das grundlegende Ziel Sozialismus doch sehr stark in den Vordergrund stellen wollen« (F8). Einen Gegenpol hierzu bildet die Auffassung, dass selbst die Begrifflichkeit des »Demokratischen Sozialismus ein Riesenproblem« sei, weil der emotional stark besetzte Begriff »Sozialismus« im Westen keine positive Ausstrahlung hat. ... dieser Begriff ... bewegt sich gegen den Mainstream, ... schreckt im Westen eher ab ... und er widerspricht also diesem Ziel« (F1). Die Auseinandersetzungen um den Begriff des »Demokratischen Sozialismus« hat in den Interviews wider Erwarten so gut wie keine Rolle gespielt hat – weder von seinem Inhalt noch von der vermeintlich taktisch inspirierten Auseinandersetzung um seinen Gebrauch. Konsens dürfte in der Notwendigkeit der Veränderung der Kräfteverhältnisse bzw. der Erlangung der Hegemoniefähigkeit als Voraussetzung für politische Veränderungen bestehen.

Im Kontext programmatischer Vorstellungen scheint es für die Linke erforderlich zu sein, sich intensiver mit Charakter und Rolle des Staates auseinanderzusetzen. Verschiedene Akteure verbinden ganz unterschiedliche Vorstellungen damit und sehen hier zugleich einen weiteren zentralen Konflikt. Wie steht es beispielsweise mit den emanzipatorischen Aspekten bei Selbsttätigkeit und Selbstorganisation? Auf welcher begrifflichen Grundlage lassen sich Vergesellschaftung einerseits und Entstaatlichung andererseits diskutieren? Und es wird vermutet, Uneinigkeit zwischen West und Ost, WASG und Linkspartei entstände schon bei der Frage, ob der öffentliche Dienst ausgebaut werden solle oder nicht.

Die dritte Konfliktkategorie wird von einer ganzen Reihe von Akteuren als die Wichtigste angesehen: Was für eine Partei will man eigentlich, welchen Zweck soll sie haben? Hier werden eine Reihe unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Aspekte angesprochen. So wird einerseits »eine eher ... traditionalistische Vorstellung einer linken Partei – ich sage mal vorsichtig als ›Avantgarde‹ von Arbeiterklasse oder als Partei, die Politik für die Menschen macht und sich selber als besseren Menschen sieht« (E3) kritisiert und andererseits wird die rhetorische Frage gestellt, »wird das eine Interessenvertretungspartei der kleinen Leute in die-

sem Land oder wird sie das nicht« (F4). Die Fragen, die von den Akteuren aufgeworfen werden, bilden die unterschiedlichen Sichtweisen und Konzeptionen ab. Soll sich die Partei in die Gesellschaft hinein öffnen »als Teil dieser Gesellschaft und damit als Akteur in dieser Gesellschaft oder steht man tendenziell außerhalb« (E10)? Soll es eher eine populistische, antineoliberale Sammlungsbewegung sein oder eine demokratisch-sozialistische Richtungspartei, die bis in die Mitte der Gesellschaft hinein hegemoniefähig ist? Wird sie »Beharrungspartei« als Vertretung der Modernisierungsverlierer oder Partei der gesellschaftlichen, sozialen und auch politischen Veränderungen? »Ist die Linke eine wissende oder eine fragende Linke. Die wissende Linke, die alles schon weiß und die nur noch sagt, so und so geht es lang, also schließt euch uns an, oder eine Linke, die durchaus auch die Fähigkeit besitzt, sich selbst infrage zu stellen« (E6). Gibt es ein klassisches, historisches Parteimodell – etwa die USPD –, an dem sich die neue Partei orientieren könne und »wird die neue linke Partei eine Weltanschauungspartei oder eine Partei, ... die auch ihre Einheit immer wieder über die Politik herstellen muss?« (E13)

Die Auffassung, eine parlamentarische Orientierung abzulehnen, weil man damit »zwischen den Klassen lavieren« müsse, und sie kein »Mittel (sei), um die außerparlamentarische Bewegung zu stärken« (F5), bleibt eine Ausnahme. Dies korrespondiert auch nicht mit dem externen Hinweis, dass das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen konflikthaft sei – allein schon deshalb, weil sich Partei und ihre Führung »als Kern einer Linken sehen, dass sie sich als Repräsentanten einer breiteren Linken sehen mit dem Repräsentationsparadox, dass die Repräsentierten teilweise gar nicht repräsentiert werden wollen.« (G1)

Auffällig ist, dass viele Antworten zum Charakter der zukünftigen Partei in Frageform geliefert werden. Selbst wenn den Akteuren ihre Standpunkte klar sind und sie sie nur in rhetorische Fragen kleiden, ist zu vermuten, dass bei der »Parteifrage« tatsächlich vieles offen und klärungsbedürftig ist. »Die Grundkrise, in der die Linke drin steckt, die ist noch nicht überwunden. ... die Bewegungsform, die wir jetzt haben, die ist nicht mehr ausreichend« (F3).

Unterschiedliche Auffassungen in konkreten Politikfeldern bilden einen vierten Konfliktstoff. Genannt werden die Migrationspolitik und die Frage des Türkeibeitritts zur EU, die Problematik von Normalarbeitsverhältnis und sozialer Grundversicherung, der Forderung nach Vergesellschaftung von Konzernen und Großbanken ebenso wie Auseinandersetzungen um Privatisierungen öffentlichen Eigentums. Hinzu kommt auch die Fragestellung, ob sich die aktuellen Probleme gesellschaftlicher Spaltung durch eine Rückkehr zu keynesianisch inspirierter sozialdemokratischer Politik erreichen ließen. Grundlegender ist der mehrfach genannte Aspekt des erforderlichen »Gleichgewichts zwischen Bürger- und Sozialrechten« (E18) und der Verweis auf die Gefahr, dass bei Menschen- und Bürgerrechten eher traditionell-autoritäre und national orientierte Vorstellungen die Oberhand gewinnen könnten<sup>28</sup>.

Werden die Akteure in dieser Studie nach Akteursgruppen gefragt, die eine besondere Rolle in diesen Konflikten übernehmen, werden am häufigsten trotzkistische Organisationen benannt. Dies reicht von einer sehr scharfen Ablehnung – »pures Gift für diesen Prozess« (E3) – bis zur Haltung, sie sollten sich gerne in der Partei organisieren, aber die Linke »als trojanisches Pferd zu benutzen, das nenne ich unangenehm, unangemessen und auch widerlich, einfach widerlich, weil ich dann gar nicht weiß, mit wem ich es hier eigentlich zu tun habe, Diener welcher Herren sie sind« (E2). Sie seien »auf der anderen Seite völlig überrepräsentiert« (F2), aber zugleich Teil einer Linksverschiebung innerhalb der Partei.

Die andere wichtige Akteursgruppe in den internen Konflikten, die öfter genannt wird, sind Gewerkschafter bzw. Gewerkschaftsnetzwerke, öfter in Eins gesetzt mit ehemaligen Sozialdemokraten. Einerseits wird kritisiert, sie hätten überwiegend eine staatsfixierte Orientierung und »eine Neigung zum Autoritären, zum Durchstechen und Reglementieren« (E4), andererseits wird beklagt, dass sie zwar »ein Bestandteil dieser grauen Mehrheit« wären, aber zu geringen Einfluss ausüben würden und völlig unterrepräsentiert sind gegenüber »denjenigen Kräften, die man jetzt nicht an sozialen Gruppen festmachen kann, die sozusagen eher diese Linksverschiebung präferieren« (F2) würden.

Die Landtagsfraktionen und Parteifunktionäre werden seltener als wichtige Akteure der neuen Partei genannt, obwohl sie eine besondere Rolle spielten. Kritisiert wird ihr Beharrungsvermögen und ihr Interesse, eigene Einflussmöglichkeiten nicht infrage zu stellen. »Einerseits finden sie es gut, dass diese Partei zustande kommt... bloß bitte ändern wollen wir uns nicht« (F4). Extern wird mehrfach auf die eigenen Interessen von Funktionären und Abgeordneten verwiesen, auch auf die Gefahren einer Betriebsblindheit, der mit dem Rat von Außen begegnet werden könne. Ihr Übergewicht im Parteibildungsprozess könne jedoch auch eine Stärke sein, »weil der Imperativ der Parteiformierung damit vorangetrieben werden kann. Es ist (andererseits) eine Schwäche, wenn man die Partei in einen breiteren linken Kontext stellt.« (G1) Auffällig ist, dass die Strömungen kaum als Akteursgruppen in den Konflikten genannt werden.

Besteht bei den Akteuren des neuen Parteiprojekts überhaupt die Hoffnung, die Konflikte beherrschen zu können? In den meisten Antworten wird dies bejaht. Die Konflikte beruhen ihrer Auffassung nach auf unterschiedlicher politischer Sozialisation und praktischen Erfahrungen. »Also kommunale Verankerung als ›Volkspartei‹, damit um die zwanzig oder dreißig Prozent, das ist etwas anderes, als wenn du in Gewerkschaften in konkreten Auseinandersetzungen gegenüber einer Arbeitgeberbank saßest.« (E6) Eine notwendige Voraussetzung für die Bearbei-

28 Dies muss auch vor dem Hintergrund der wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz autoritärer Werte gesehen werden. Neugebauer spricht in Deutschland vom »Primat des Autoritarismus« gegenüber libertären Werten zu denen u. a. Einschränkung von Bürgerfreiheiten zum Schutz vor Kriminalität, Unterbindung des Zuzugs von Ausländern und die Pflege der deutschen Kultur und Tradition gehören gehörten. Vgl. Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2007, S. 58.

tung der Konflikte sei es, Verständnis für die Sichtweisen und Problembewusstsein für die Rahmenbedingungen, in denen die jeweils anderen handeln, aufzubringen. Zukünftige gemeinsame praktische Projekte, beispielsweise als »Laboratorien von Basisvorstellungen« (G6), könnten hilfreich sein und Veränderungen bewirken. »Debatte, Projekte, Kampagnen, also Politik machen, richtig auf Politikwirksamkeit hinorientieren«, sei erforderlich, denn »ohne eine Bewegung kann man ja nichts zustande bringen oder Konflikte lösen.« (E11) Es müssten Räume geschaffen werden, um die Konflikte breit zu diskutieren, und zwar nach Möglichkeit auch unter Hinzuziehung von Sachverstand und Kreativität von außen. Es sei erforderlich eine Konfliktkultur zu entwickeln und Konflikte professionell zu bearbeiten weil ansonsten die Gefahr bestünde, dass sie nicht aufgelöst würden, sondern in eine Identitätspolitik münden, in der es nur darauf ankommt, sich vom anderen abzugrenzen. Die Frage, ob diese Kultur der Toleranz einer pluralistischen Partei bereits vorhanden ist, wird allerdings eher bezweifelt.

Im Sinne einer integrativen Entwicklung der Linkspartei ist es wichtig festzustellen, dass »die (Konflikt)Linien nicht an den Parteilinien entlanglaufen. ... sondern sie verlaufen quer zu den Parteimitgliedschaften.« (F2) Eine Aussage, die in den Ergebnissen dieser Studie Bestätigung findet.

Nur vereinzelt wird die Unlösbarkeit der Konflikte behauptet. Es zeichnen sich zwei grundsätzlich verschiedene Denkrichtungen ab, wie damit umzugehen sei. Einerseits wird daran erinnert, dass die Partei ein Bündnisprojekt sein wird und ein Modus gefunden werden müsse, wie mit den unlösbaren Konflikten umgegangen werde. Ein notwendiger Schritt sei die Grundsatzdebatte, die im Sommer 2007 beginnen müsse. Und andererseits wird an einem Organisationsprofil, das Unterschiede zulässt, gezweifelt: »Na klar wird es immer Abstufungen geben, verschiedene Meinungen geben, aber so ein Grundprofil muss dann eben auch einfach festgelegt werden. Da werden wir vielleicht auch Leute verlieren, die sagen, nein, da machen wir jetzt aber nicht mehr mit, das ist nicht mehr unser Projekt, aber dennoch muss man das mehrheitsmäßig schon festlegen, auf Bundesparteitagen festlegen und so.« (F8)

*»Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft« (E6) – Die zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien und linke Positionierung*

Die aktuelle Erweiterung des deutschen Parteiensystems durch die Linkspartei basiert auf der sozio-ökonomischen Konfliktdimension sozialer Regulierung vs. Marktfreiheit. In den meisten Interviews wird von den Akteuren aus WASG und PDS dargelegt, dass sich die neue Linkspartei im Wesentlichen an dieser Konfliktdimension orientieren soll.

Am häufigsten wird für die Benennung der Konfliktlinie die Formulierung Spaltung zwischen »arm und reich« gewählt. Dazu werden aber auch »die neoli-

berale Agenda, also Privatisierung, Deregulierung, Aufhebung von Parität« (F7) und ein Ausverkauf des Staates gezählt, der über den bisherigen Abbau des Sozialstaates hinausgehe. Außerdem fließen hier auch die Themen der Sozialpolitik (Gesundheit, Rente), Bildungschancen, existenzsichernder Arbeit, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die notwendige Umverteilung von unten nach oben ein.

Man müsse »gegen den Neoliberalismus kämpfen, weil er die Gesellschaft zerstört, ökonomisch, politisch.« (F4) Und so richtig dies ist wird auch daran erinnert, dass »ein verstärktes Bewusstsein darüber (vorhanden sein müsste), dass Kapitalismus nicht irgendeine Erfindung ist, ...nicht eine Legitimation von individuellem Handeln zum Schaden anderer, sondern ein Reproduktionsmechanismus dieser Gesellschaft, dem wir alle irgendwie unterworfen sind.« (E6)

Dieser Konflikt hat eine starke Wertedimension. Dies findet seinen Niederschlag in Forderungen nach »Gemeinsinn, also Stärkung von Denkweisen und Handlungsweisen, die über das hinausreichen, was man alltäglich als Fortkommensmechanismus eingeimpft bekommt ... Also Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz« (E6). Es wird die Frage aufgeworfen, »welche Chance, welche Möglichkeiten die Menschen haben, eine sinnvolle Rolle in dieser Gesellschaft wahrzunehmen« (F8). Nicht nur in der Betonung dieser Werte, sondern in der Relevanz dieser Konfliktdimension für die neue Linkspartei zeichnet sich eine deutliche Übereinstimmung mit den Vorstellungen der sie unterstützenden politisch-kulturellen Milieus ab

Als weitere gesellschaftliche Konflikte werden von den Akteuren die ökologische Krise, einschließlich Fragen einer nachhaltigen Entwicklung, sowie am häufigsten die Frage von Krieg und Frieden genannt. Dabei wird von einigen ein ganz unmittelbarer Zusammenhang zur ersten Konfliktdimension hergestellt, »denn die außenpolitische Antwort auf die innenpolitische Agenda ist die Ausweitung der Rolle Deutschlands und der Interventionen« (F7).

Die zweite grundlegende gesellschaftliche Konfliktdimension – zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen – wird nur von einigen PDS-Akteuren als relevante Dimension für die strategische Positionierung der neuen Linkspartei angeführt. Auch wenn dies ergänzt wird durch die Nennung zugehöriger Themen wie Migration und Integration, Rassismus und Neofaschismus, Bürgerbeteiligung, partizipative Politik und das Streikrecht, bleibt hier eine Schwachstelle. Immerhin stammt auch ein großer Teil des Zuspruchs zur Linkspartei aus politischen Milieus, bei denen libertäre Wertvorstellungen vorherrschen<sup>29</sup>. Andererseits liegt es auch und gerade in ihrer Verantwortung, in den Milieus, die ihr zusprechen und in denen neben sozialen auch autoritäre Vorstellungen überwiegen, gegen undemokratische Einstellungen und ethnozentrische Positionen einzutreten<sup>30</sup>.

29 Ebenda, S. 47 ff.

30 Vgl. Michael Brie in diesem Band.

Einige wenige Akteure benutzen den Begriff des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Für einzelne scheint er der alleinige Konflikt zu sein, für andere allerdings ist er eingeordnet in die kapitalistischen Widerspruchverhältnisse. Es bestünden »drei zentrale Unterdrückungsverhältnisse in jeder Gesellschaft und entlang dieser drei zentralen Unterdrückungsverhältnisse sollte sich auch die strategische Herausbildung und Programmatik dieser neuen Partei formieren. Das ist zum einen der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, das sind die Unterdrückungsverhältnisse von Rassismus und Antisemitismus und das ist das Dominanzverhältnis zwischen Männern und Frauen.« (E10)

Auffällig ist, dass das Geschlechterverhältnis nur in den Antworten im letztgenannten Kontext eine Rolle einnimmt. Ganz im Gegensatz zu den externen Vorstellungen, bei denen Konflikte, die durch die Geschlechterverhältnisse geprägt werden, wesentlich größere Bedeutung haben. Von hier aus wird auch eindringlich vorgeschlagen, »die Pluralität der Konfliktlinien, die nicht beliebig ist, aber die es in der Gesellschaft gibt, anzuerkennen« und zu akzeptieren, »dass sie auch in der Pluralität bearbeitet werden müssen und dass sie nicht rückführbar sind auf den Konflikt Kapital-Arbeit.« (G1) Es wird geraten, die vorhandene »Vielfalt als Produktivkraft zu verstehen.« (G2)

*»Alle anderen Parteien sind neoliberal. Das ist das Prinzip des gallischen Dorfes.« (E18) – Zur Rolle und Funktion der Linkspartei in Parteiensystem und Gesellschaft*

Befragt nach der Rolle, die die Linkspartei im parlamentarischen System der Bundesrepublik einnehmen solle, konzentrierten sich die externen Beobachter darauf, dass Parteien nicht zum Selbstzweck existieren, sondern die Funktion haben, Interessen entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien aufzugreifen und zu artikulieren, sie in die Aushandlungsprozesse einzubringen und natürlich auch möglichst weitgehend durchzusetzen. Die Linkspartei »sollte ein Seismograph von grundsätzlichen Konfliktlinien sein, von drohenden Gefahren, von Zukunftsperspektiven und zugleich ein Vertreter von Tagesinteressen derer, die ... von dieser ganzen neoliberalen politischen Entwicklung bedroht sind und benachteiligt sind.« (G2)

Wie sehen nun die Akteure selbst die zukünftige Funktion der Linkspartei? Zunächst wird gefordert, sie solle Probleme klar analysieren und konkrete Alternativen entwickeln. Sie müsse als Konzeptpartei in der Lage sein, »die Probleme tatsächlich auch zu benennen, ohne ins Populistische abzudriften« und dabei »jeden Versuch ablegen, anderen sagen zu wollen, was für sie das Richtige ist.« (E7) Besonders aus Sicht von PDS-Akteuren ist klar, »dass wir dauerhaft politisch nur erfolgreich sein können, wenn wir eigene, umsetzbar an der aktuellen Situation anknüpfende Konzepte auf den Tisch legen, die sich im Anspruch mit dem messen lassen können, was die etablierte politische Konkurrenz vorzulegen hat, und

mit denen wir bei den Wählerinnen und Wählern deutlich machen können, dass wir uns zutrauen, dieses Land zu führen und zu gestalten.« (E18) Eingedenk der neuen globalen Herausforderungen und der eigenen Geschichte sollte die Linke überzeugendere Antworten auf die ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen finden, als ihr das bislang gelungen sei.

Eine starke Linkspartei kann und muss aber nicht nur gesellschaftliche Debatten initiieren oder versuchen, sie hegemonial zu prägen, sondern »Ziel dieser Partei sollte sein, die gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse so zu verändern, dass es tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie kommt« (E10). Sie sollte als Interessenvertretungspartei handeln und sich dabei von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass die Wähler die Partei wählen, damit sich ihre Lebensbedingungen konkret verbessern.

Eine Differenz besteht bei den Akteuren darin, ob die Linkspartei sich als Vertretungs- oder Beteiligungspartei verstehen soll. Will sie im Parlament Sprachrohr für die Menschen – oder zumindest ihrer Wähler – sein oder will sie sich deutlich von einer Stellvertreterpolitik verabschieden und partizipative Politikelemente einfordern bzw. nutzen. »Wir werden nur dann mehr Akzeptanz erhalten und auch an Lösungsvarianten beteiligt sein, wenn mehr Menschen sich dadurch auch ermutigt fühlen, selbst etwas zu tun und damit Kräfteverhältnisse verändert werden.« (E7)

Nicht ausgeschlossen wäre damit aber der Gedanke, dass die Linkspartei »durchaus ein parlamentarischer Arm einer breiten linken Bewegung« (G1) sein könnte, dies aber einen wechselseitigen Prozess, einen wesentlichen höheren Vernetzungsgrad und eine eigene Rücknahme voraussetzt. Diese Überlegung korrespondiert mit der Vorstellung: »Wenn wir als Linke etwas Neues kreieren wollen«, dann müssen wir »eine Politik machen, die Macht abgibt. Wir müssen deutlich machen, wir machen nicht Politik, weil wir Macht haben wollen, sondern weil wir die Macht wieder zu den Menschen geben wollen.« (E3)

Unterschiedlich wird die Frage beantwortet, welches Verhältnis zu anderen Parteien entwickelt werden soll. Vereinzelt wird eine eindeutige Oppositionsrolle eingefordert Dies wird damit begründet, dass sich Parteien in erster Linie über die Bundesebene definierten und dort – zumindest auf absehbare Zeit – nur Opposition möglich sei. Dem steht die Erfahrung entgegen, dass in der Bundesrepublik Regierungsfähigkeit in den Ländern erworben wird, und so findet sich auch in einzelnen Interviews die Position, dass Veränderungen auf Bundesebene durch Veränderungen vor Ort und in den Ländern vorbereitet würden. Zudem müsse der »Anspruch, gesellschaftliche Opposition zu sein, nicht die Reduktion einfach nur auf Protestpartei« (E9) bedeuten. Es dürfte kein Zufall sein, dass einige Akteure aus der WASG die Linkspartei ohne potentiellen Partner sehen, denn aufgrund der neoliberalen Agenda »muss sich die Linke als Gegenpart zu allen anderen politischen Kräften positionieren« und »sie sollte das Monopol auf die Kritik dieser neoliberalen und militaristischen Politik haben.« (F7) Selbst wenn es Abstufungen

zwischen ihnen gäbe, befände sich die Linkspartei in einem Grundkonflikt zu allen anderen Parteien.

Dies ist eine Position, die sich in den Antworten der PDS-Akteure so eindeutig nicht findet. Diese argumentieren entweder, dass eben diese Abschottung »nicht funktioniert, weil es mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun hat« (E18), oder sie weisen darauf hin, dass Parteien nicht statisch sind. Wie kann ein Druckpotenzial auf die SPD entwickelt werden, damit eine »starke Linke ein Garant dafür wäre, dass auch die Linken innerhalb der Grünen oder SPD sich überhaupt wieder reanimieren lassen« (E2). Dies schließt Überlegungen nicht aus, wie die Linkspartei die Vertretungslücke ausfüllen könnte, die die SPD hinterlassen hat. Sie müsse eine Politik machen, »praktisch die (Ex-)Sozialdemokraten mit einzubeziehen, das gilt im übrigen auch ... für Leute, die aus der christlichen Arbeitnehmerschaft kommen.« (F1) Für die Linkspartei hieße das wohl auch, »dass sie in der Lage ist, die Klaviatur politischen Handelns in voller Breite zu spielen, d. h. auch, dass sie andockfähig und kommunikationsfähig ist« (E10). Eigentümlich ist jedoch, dass sich in den Interviews wenige Antworten finden, die auf eine ernsthafte Debatte über den Umgang mit SPD und Grünen hinweisen. Nun sind Parteien aber nicht statisch, sondern sich verändernde Organisationen. Interessant wäre nicht nur die Beantwortung der Frage, wie aus der arithmetischen linken Mehrheit in der Wahlbevölkerung eine politische Mehrheit im Parlament werden könnte, sondern wie die Linkspartei den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten führen will.

In den Interviews wurde immer wieder darauf insistiert, dass sich die Linkspartei nicht auf Parlamente reduzieren darf und sich nicht nur in sozialen Bewegungen, sondern für Formen direkter Demokratie und anderer partizipativer Elemente einsetzen sollte, »um daraus auch neue gesellschaftliche Beteiligungsformen zu entwickeln.« (E2) Weil das Parteiensystem politisches Handeln von vornherein kanalisiert, müsse eine linke Partei über die Logik des parlamentarischen Systems, über die nächste Wahlperiode hinausgehen, um eine Perspektive als handlungsfähige Partei zu gewinnen. »Sie muss akzeptieren, dass bestimmte Entscheidungen auf bestimmten Entscheidungsebenen des politischen Systems nicht zur Debatte stehen. ... Und daraus entsteht dann umgekehrt das Wissen darum, dass du deine Durchsetzungskraft im Parteiensystem nur erreichst, wenn du auch in der Lage bist, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu beeinflussen« (E6).

Bislang hätte die Funktion der PDS darin bestanden, »ostdeutsche Eliten in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren.« Jetzt könne sie die Funktion erfüllen »die Rechte der Schwächeren in der Gesellschaft, und zwar bundesweit, zu vertreten« (E14). Ob es ihr aber gelänge, ostdeutsch geprägte Volkspartei zu bleiben und gesamtdeutsche linke Partei zu werden, das sei die Frage. Es sei ihre Aufgabe, nicht nur im Osten, sondern für die gesamte Bundesrepublik weitergehende Antworten zu finden, weil sich – »auch als längerfristige Tendenz – vierzig Prozent der Wahlbevölkerung von der politischen Willensbildung tendenziell abgekoppelt

haben« (F3). Wenn es ihr also gelänge, einen Teil derjenigen einzubinden, die sich aus dem politischen Leben der Gesellschaft verabschieden, dann hätte sie eine »richtige und neue linke Funktion, Demokratie in unserem Land zu stabilisieren.« (E13) Insofern ist auch der Hinweis ernst zuzunehmen, dass die Parteien dabei seien, ihre historische Bedeutung zu verlieren. Insbesondere auf kommunaler Ebene sei der Bedeutungsschwund enorm. Auf die Linkspartei käme die Frage zu, ob sie sich mittelfristig vom Anspruch, Mitgliedspartei zu sein, verabschieden und sehr viel stärker zu einer Wählerpartei werden müsse.

*»Konflikte entstehen nicht aus den beiden Organisationen, sondern aus den unterschiedlichen Kulturen, und die gehen quer durch« (E9) – Politische Kultur und Politikstile im Neuformierungsprozess*

Politische Kultur besteht »aus der Gesamtheit der kollektiven Werte, Orientierungen, Einstellungen, Kommunikationsgewohnheiten und Sinngebungen einer Gesellschaft« und wirkt »in ausschlaggebender Weise als Motivationskraft und als Steuerungszentrum auf das menschliche Handeln«<sup>31</sup>. Dennoch besteht ein Gegensatz zwischen der Wirkmächtigkeit der politischen Kultur auf die Politik und ihrer weitgehenden Unsichtbarkeit im politischen Prozess. Es sind gewissermaßen kollektive Eigenschaften, die das Verhalten gesellschaftlicher Gruppen prägen. So wie sich die politische Kultur großer Gruppen durch Erfahrungen und ihre Deutung verändern kann, so kann sich auch der einzelne im Laufe seines Sozialisationsprozesses differenziert zu der Kultur verhalten, die er vorfindet. Er bleibt letztlich von ihr in gewissem Grade geprägt.<sup>32</sup>

In der heutigen Gesellschaft findet eine erhebliche Differenzierung politischer Kulturen zwischen unterschiedlichen Milieus statt, und dennoch prägen auch Grundelemente der traditionellen politischen Kultur Deutschlands die heute Handelnden. An diese Erkenntnis wird in den Antworten angeknüpft: »... Ich glaube, dass das so eine traditionelle linke Tradition aus der Arbeiterbewegung ist, die da ist, die ja auch im Westen eine Rolle spielt, aber nie ... in dem großen Umfang, wie es dann im Osten der Fall war. Das ist, wenn man so will, eine gemeinsame Wurzel, die ja weit zurück reicht in die deutsche Geschichte« (E1).

Anknüpfend an diese Überlegung nimmt eine Reihe von Akteuren und externen Beobachtern wahr, »dass es auf einer kulturellen und soziokulturellen Ebene auch eine ausgeprägte Nähe zwischen DGB- und SED-Sozialisation gibt« (E9). Die stärkeren kulturellen Differenzen würden zwischen Repräsentanten dieser Sozialisation und neuen sozialen Bewegungen bzw. libertären Ansätzen bestehen. Auch in der externen Wahrnehmung wird davon ausgegangen, dass es bei der

31 Thomas Meyer: Was ist Politik? Opladen 2003, S. 193.

32 Vgl. ebenda, S. 205.

WASG »enorme Vorbehalte gibt gegenüber der PDS oder Linkspartei.PDS. Aber auf so einer Ebene von politischer Kultur sind die ähnlich.« (G1)

Die deutlich überwiegende Anzahl der Akteure sieht Differenzen auf der Folie der kulturellen Ost-West-Differenz. Dabei würden unterschiedliche soziale Herkunft und Milieus eine Rolle spielen, und es sei »schon ein großer Unterschied zwischen denen, die 1968 als prägend erlebt haben, selbst wenn sie danach geboren wurden, und denen, die aus einer Staatspartei kommen« (E12). Die einige Male geäußerte Position, das gerade in der PDS staatstragende Haltungen prägend waren, korrespondiert allerdings mit der Meinung, gerade Gewerkschafter und Sozialdemokraten hätten staatsfixierte wirtschaftspolitische Konzeptionen, Antworten, die eher für die These größerer Gemeinsamkeiten spräche. Genauer sollte der Hinweis betrachtet werden, auch die Akteure aus dem Osten würden unterschiedlichen DDR-Generationen angehören. Hinzu kämen noch die jüngeren, nach dem Ende der DDR politisierten Aktivistinnen und Aktivisten, und allesamt seien sie unterschiedlich sozialisiert worden.

In den Interviews finden sich allerdings auch Hinweise darauf, dass sich in der Partei insgesamt eher ein bunter Strauß von politischen Kulturen finden lässt, und eine jeweils sehr unterschiedliche Wahrnehmung darüber besteht: »Die Kultur des sozialdemokratisch und zum Teil gewerkschaftlichen Autoritarismus, alternativ angehauchte spontaneistische Teile, Elemente undogmatischer Linker, traditionelle Sozialdemokratie, alte SED« (E10). Es fänden sich realpolitisch orientierte Kommunalpolitiker in Ost wie West genauso wie die »Gruppe der Neu- und Anpolitisierten in der WASG, ...(die) traditionell einen großen Antikommunismus« (F4) gehabt hätten. Es gäbe »ehemalige Sozialdemokraten, die sich jetzt, nunmehr befreit von den Zwängen ihrer alten Partei, relativ verbal radikal positionieren« (E10), aber eben auch die »staatstragende Tradition von den Führungsfiguren der Ostlandesverbände der PDS« (F5). Eine Differenz ist im Verhältnis zu den Gewerkschaften festzustellen. Aufgrund der Rolle der Gewerkschaften in der DDR, aber auch nach 1990, sei eine Situation entstanden, in der das Verhältnis zu den Gewerkschaften in der PDS völlig anders sei als in der gewerkschaftsnahen WASG bzw. der Linken im Westen insgesamt.

Ein mehrmals auftauchender Gedanke ist, dass sich beide Seiten dadurch auszeichnen, dass sie in den letzten 15 bis 20 Jahren »enorme Erfahrungen von Scheitern, von Niederlagen haben. Also ein Aspekt der Frustration ist ganz wichtig, des Nichtaufbrechens, ...des schlechte Kompromisse machen Müßens, das ist ein ganz wichtiger Teil der Kultur. Es ist ein Minderheitenprojekt, das sozusagen weiterhin zurückgeht, zumindest bis zur Bundestagswahl 2005. Bis dahin war nichts Aufbrechendes in diesen Spektren. Es war Unmut, der sich äußert über die Form der Vereinigung, über die Situation der Gewerkschaften, über die Situation der SPD usw.« (G1) Auch und gerade in der Bundesrepublik sei die Geschichte der Linken »eine Serie von Misserfolgen, und zwar aus objektiven und aus subjektiven Gründen«. Umso größer sei der gegenwärtige Erfolg zu bewerten.

Gerade aus Sicht einer relativ großen Zahl der befragten PDS-Akteure werden unterschiedliche parteiinterne Praxen zwischen PDS und WASG beschrieben. Sie begründen ihre Kritik oder formulieren zumindest ihre Sorge vor realen bzw. antizipierten Veränderungen. Öfter wird auf den Erneuerungsprozess der PDS seit 1989 hingewiesen, der »die Erfahrung der Emanzipation von den Oberen« (E1) erbracht hätte und »im Zweifelsfalle war es eher dieser kulturelle Aufbruch, der 1989/90 losgetreten wurde. ... dass es keine Instanz mehr gibt, die das Recht hat, verbindlich für alle festzulegen, was sie zu denken, zu tun und zu lassen haben, es gibt keine höher stehende Weisheit, der sich Sozialistinnen und Sozialisten unterwerfen dürfen. Also die Partei hat eben nicht immer recht« (E6).

Und zumindest für den maßgeblichen Teil der PDS seinen Konflikte und Debatten als Mittel begriffen worden, um inhaltlich voranzukommen. Führende WASGler würden »einen Konflikt offenbar als eine Bedrohung für die Einheit, Geschlossenheit und Erkennbarkeit des Ganzen betrachten und deshalb nicht die Offenlassung des Konflikts als Lösung akzeptieren, sondern Gefolgschaft erwarten, Unterwerfung und das Einhalten von Hierarchien.« (E6) Zentralistisches Denken gewönne an Attraktivität und »es gibt eine klare Ansage, was gemacht werden muss, und dem haben sich alle unterzuordnen. ...Das geht wieder in diese schwarz-weiß-Schemata bis hin zur Fragestellung: Bist du für uns oder gegen uns.« (E7) Auch bei den Externen findet sich die Beobachtung, dass sich bei der PDS als Verarbeitung des autoritären Sozialismus »die dominante politische Kultur mit ... Akzeptanz von Pluralität, von einer gewissen Offenheit, von völliger Negation von Bastapolitik« (G5) ausgezeichnet hätte.

Noch deutlicher zeigt sich die Kritik auch bei der Frage nach den Politikstilen. Fast alle PDS-Akteure bemängeln einen autoritären Führungsstil. Genannt wird natürlich das Herangehen von Lafontaine, allgemein von Funktionären aus dem gewerkschaftlichen und ex-sozialdemokratischen Spektrum, aber die Kritik wird nicht nur auf WASG-Akteure bezogen. Gefürchtet werden entsprechende Gegenreflexe, entstehendes Misstrauen, aber auch die Gefahr der Passivität der Mitgliedschaft. »Und ich merke auch an den Diskussionsprozessen, wenn dann, also ich sag mal, so ein bulliger Mensch durchgeht und sagt, also das machen wir jetzt so und so, dass dann die ehemals aus der DDR Kommenden und dort sozialisierten Kollegen, Freunde und Genossen dann auf einmal ganz freundliche Gesichter kriegen, aber eben gar nichts mehr sagen. Und der Westler verwechselt das mit Zustimmung. Aber in Wirklichkeit denken die, na ja, lassen wir ihn mal vorbeiziehen, also wir haben schon viele Wessis kommen und gehen sehen.« (E2)

Kritik an gängigen Politikstilen äußert auch die Mehrheit der WASG-Akteure. Der Parteibildungsprozess wird als Top-Down-Prozess beschrieben, bei dem Entscheidungen in kleinen Kreisen getroffen würden, die interne Kommunikation defizitär sei und der letztendlich »kein wirklich aktivierender und motivierender Politikstil, sondern eher so verwalterisch« (F7) wäre. Sie verweisen aber auch darauf, dass in der Linkspartei starke Vorgaben durch den Bundesvorstand ge-

macht würden, dass es »eine große Gruppe von Leuten (gäbe), die indifferent sind, die teilweise auch angestellt sind bei der Partei in den Städten und Gemeinden und die das machen, was die Partei sagt.« (F4) Und viele aus dem »Realo-Lager« wären in der DDR doch eher angepasste Leute gewesen, die heute technokratische, rechtssozialdemokratische Positionen vertreten würden.

Eine Einzelmeinung weicht insofern von den anderen ab, als sie in Anlehnung an Phänomene der lateinamerikanischen Linken davon ausgeht, dass auch linke Bewegungen in Europa nicht ohne charismatische Persönlichkeiten zurechtkämen. Es dürfe nicht zum Personenkult führen und es sei auch kein ausgereifter Begriff, aber »linke Bewegungen ... brauchen Heldinnen und Helden.« (E13)

Offen angesprochen wird, dass die gegenwärtige Stimmung auch Ausdruck der Angst vor Veränderung sei, was für beide Parteien und dort insbesondere für den strukturkonservativen Mittelbau gelte. Konfliktpunkte müssten inhaltlich ausgeglichen werden, allerdings würden die Beteiligten sich teilweise nicht verstehen, als ob sie unterschiedliche Sprachen sprächen. Deshalb wird verlangt: »Das muss anders werden, da brauchen wir eine offene Auseinandersetzung« (F1).

Die ergänzende Frage, ob es Hinweise für erste Veränderungen der Organisationskulturen gäbe, bejahen die meisten der Akteure. Es gäbe das Bemühen, den Anderen zu verstehen, die Kenntnis voneinander sei größer geworden, das Verständnis für parlamentarische Arbeit sei gewachsen und insbesondere in westlichen Landesverbänden sei die Zusammenarbeit verbessert. Politische Handlungsfähigkeit beginne sich durchzusetzen. Und »das ist wahrscheinlich der wichtigste Effekt überhaupt, dass es in sehr vielen Orten zu stabilen Kernen überhaupt führt in der Partei.« (E8)

Veränderungen werden allerdings auch in der Richtung wahrgenommen, dass die Linke ihr »weibliches Gesicht« verlöre und »das Bild nach außen das einer ... patriarchal dominierten Partei ist, in der wenige Personen vorgeben, was passieren wird. Das halte ich für verheerend.« (E7) Zudem wird vermutet, dass es die Konflikte, die es vorher in der West-PDS gab, jetzt überall geben werde und das »wir das Know-how, was wir eigentlich schon haben, nicht nutzen für die Weiterentwicklung bestimmter Konzepte und Fragestellungen, sondern dass wir zurückkommen zu so einer holzschnittartigen Problemgestaltung.« (E15)

*»Was dabei so ein bisschen hinten runterfällt, das ist die Mitgliedschaft.« (E10) – Partizipation, Pluralität und Identität im Parteibildungsprozess*

Fast alle Akteure gehen davon aus, dass der Prozess der Neuformierung ein Top-Down-Prozess gewesen sei. Insbesondere in der Zeit vor der Bundestagswahl hätte es aufgrund zeitlicher und ungewisser rechtlicher Bedingungen keine anderen Handlungsoptionen gegeben. Die komplexen Schwierigkeiten, die auch darin bestanden, dass mit der Verschmelzung ein in der bundesdeutschen Parteienge-

schichte bislang einmaliger Prozess gestartet wurde, ließen keine Alternative zu. Innerhalb der WASG-Akteure differenzieren sich die Positionen zum Prozessverlauf. Einige bezweifeln Alternativen generell – »Ich möchte mal einen politischen Prozess sehen, der bottom up war« (F4), – bzw. gehen auch davon aus, dass »das Projekt WASG ein Top-Down-Prozess von Anfang bis Ende gewesen ist ... Und es gab nie eine Alternative dazu« (F2). Wieder andere sehen dies anders: »Ich halte ... diese Formel von Top down für völlig falsch. Die Mitglieder haben noch nie einen so großen Einfluss gehabt wie in der Krisenkonstellation, und zwar auf beiden Seiten« (F3).

Und so argumentieren zahlreiche Akteure, das es gleichwohl eine Einbeziehung der Mitglieder gäbe, vor allem über die Urabstimmungen, aber auch darüber hinaus. Und es gäbe eine Stimmung in der Mitgliedschaft, vor allem in der ehemaligen PDS, dass die Führung in ihrem Auftrag agieren solle – auch und gerade, weil die Hoffnung bestand aus festgefahrenen Strukturen herauszukommen. »Und ich glaube, in der Mitgliedschaft ist es durchaus akzeptiert, dass da nicht jede Frage in einer Urabstimmung entschieden werden kann. Der Eindruck, dass sie selber mitreden und ihre Meinung sagen können, der ist da.« (E1) Berichtet wird von konkreten Maßnahmen der Mitgliedereinbeziehung sowie von gemeinsamen Projekten wie der Mindestlohnkampagne, die das praktische Referenzprojekt gewesen sei, das alle geeint hätte.

Sehr unterschiedlich werden die bisherigen Regionalkonferenzen und der Programmkonvent beurteilt. In jedem Fall mahnen eine ganze Reihe von Akteuren Maßnahmen an, die »dringend notwendig zur inhaltlichen Verbreiterung und Qualifizierung, aber auch zur Einbindung der Mitglieder (sind), damit sie ein Gefühl dafür kriegen, dass es auch ihre Partei ist« (E10). Hierzu gehöre nicht nur eine ernsthafte Programmdebatte, sondern es seien auch entsprechende Strukturen und statutarische Prinzipien erforderlich, weil »die neue Partei erst dann vernünftig in der Basis entsteht, wenn wir wirklich über Bundesländer- und Ost-West-Grenzen hinweg einen Diskussionsprozess organisieren« (F2). Dies scheint für die Linkspartei umso notwendiger, als alle Fragen der Partei- und Organisationsentwicklung vor dem Hintergrund weitgehender gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse zu sehen sind. Selbst wenn für die Mitgliedschaft der PDS eine Sondersituation galt, verlieren Parteien den Status einer politischen Lebensgemeinschaft zuungunsten einer instrumentellen Sicht auf die Partei als politischer Zweckorganisation.<sup>33</sup>

Organisationen, also auch politische Bewegungen und Parteien, bilden kollektive Identitäten heraus. Die Vermutung liegt nahe, dass sie substantiell für die Po-

33 Vgl. Meinhard Meuche-Mäker: Die Linkspartei.PDS auf dem Weg zur neuen Linken. A. a. O., S. 28. Auf ein anderes Problem fast aller Parteien weist Wiesendahl hin: »Das eigentliche Problem mit der Mitgliederpartei ist, das deren Basis aus der organisatorischen Nutzenperspektive mit dem Übergang in das 21. Jahrhundert kraft- und saftlos geworden ist. Überaltert, selbstbezogen und immer schon mit dem Parteibuch dabei, stehen die Mitglieder längst nicht mehr mittendrin, dort wo sich das pulsierende gesellschaftliche Leben abspielt.« Elmar Wiesendahl: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden 2006, S. 174

litikfähigkeit von politischen Parteien und Bewegungen sind. Sie fußen auf programmatischen, kulturellen und emotionalen Gemeinsamkeiten, die die Grundlage für das Engagement der Akteure sind. Die Linkspartei steht insofern vor einer besonderen Situation, als hier nicht nur unterschiedliche Quellorganisationen, sondern auch heterogene politische Kulturen miteinander verschmolzen werden sollen. Zumindest potentiell ist das eine große Chance, die Vielfalt auch produktiv werden zu lassen.

Auf die Frage nach dem Umgang mit unterschiedlichen Identitäten und Praxen werden, von jeweils einer relevanten Anzahl von Akteuren, verschiedene Vorschläge unterbreitet. Zusammenarbeit solle so gestaltet werden, »dass jeder diese Identität auch leben kann und dass man darüber in Kommunikation tritt« (F4). Unterschiedliche Herkünfte, Erfahrungen und Ansätze sollten als Bereicherung empfunden werden, das Gemeinsame gesucht und politikwirksam gemacht werden. Dabei müsse mitbedacht werden, ob die neue Partei nur aus zwei Teilen bestehen oder ob es Raum für unorganisierte Linke geben solle. Zugleich wird argumentiert, dass diese Prozesse nur an der Basis vor Ort stattfinden und gelöst werden könnten. Gemeinsame Praxis wie in Wahlkämpfen spiele eine große Rolle und auch eine Einstellung des gegenseitigen Respekts und der Bereitschaft voneinander zu lernen.

Thematisiert wird die Problematik, dass eine Vier-Prozent-Partei in einer westdeutschen Stadt und eine Dreißig-Prozent-Partei im Osten ein erheblicher Unterschied sei, und »das erfordert erstens eine andere Art des Politikmachens und zweitens auch andere Akzente, die die Partei setzen muss« (E14). Dieser Spagat müsse ausgehalten werden, weil er auch mittelfristig unterschiedliche politische Profile prägen würde. Ob dies gelänge, sei eine offene Frage. Und so befürchten einzelne, die Prozesse könnten so stattfinden, dass nicht Gemeinsamkeiten, sondern Unterlegene hergestellt würden, »die dann vor der Alternative stehen, wollen sie in der Partei Unterlegene sein oder wollen sie rausgehen.« (E11) Sinnvollerweise ist der Linkspartei ein Weg der langsamen, moderierten Auseinandersetzungsprozesse – »also der ganze Handwerkskoffer der Konfliktbearbeitung« (G3) – zu empfehlen und sie sollte dem Rat folgen, »eher die Instrumentarien der Homöopathie als der Chirurgie (zu nutzen), um diese Kulturen zusammenzubringen« (E12).

Die Partei versteht sich, wie zuvor bereits WASG und PDS, als links und pluralistisch. Dies setze eine gewisse Grundtoleranz unter Linken voraus, zumal die historischen Vorstellungen von Einheit der Partei gescheitert seien. Und, so formulieren es einzelne Akteure, notwendig sei es, neue Formen zu finden, um nicht nur das Austragen von Debatten auf breiter, differenzierter Grundlage zu ermöglichen, sondern Pluralität mit einer erkennbaren Parteilinie zu verknüpfen und auszubalancieren und nicht in Beliebigkeit abzugleiten. Problematisiert wird dabei, »dass es Gruppierungen gibt, die die Loyalität in ihrem eigenen kleinen Verein höher bewerten als die Loyalität zur Gesamtpartei ... und dann wie eine Partei

in der Partei agieren« (E4). Es findet sich in einem Interview auch die Forderung, die Partei solle »plural sein von linkssozialdemokratischen Positionen bis zu anarchistischen Positionen«, nur beim »Stalinismus, da muss es eine ganz klare Abgrenzung zu geben« (F4). Problematisch ist allerdings, dass zugleich behauptet wird, die Vorstellungen der sog. »PDS-Realos« seien »rechte(n) sozialdemokratische(n) Positionen« vergleichbar. Hier offenbart sich ein sehr spezifisches Verständnis von Pluralität.

Von externer Seite wird die Pluralität des Projekts infrage gestellt. Eine plurale Diskussion zwischen den Strömungen zur Frage, wie emanzipative Politik vorangetrieben werden könnte, würde bislang nicht geführt. »Aber kann man über eine offene Diskussion zu Fragen kommen, zu Antworten, zu Problembeschreibungen, zu Problemlösungen, die emanzipative Politik in diesem Land vorantreiben. Mit Partei, ohne Partei, mit Staat, jenseits von Staat, in den Betrieben, in den Gewerkschaften. Das ist doch die Frage, die uns alle drängt. Und die wird gerade nicht gestellt.« (G1)

Die Strömungen, die es in den beiden Quellorganisationen gab, und die sich jetzt teilweise mit unterschiedlichen Schwerpunkten in Ost und West organisieren, seien alle am Prozess der Neuformierung beteiligt gewesen. Ihre berechtigte Existenz wird nicht angezweifelt. Die häufigste Funktionsbeschreibung der Strömungen ist allerdings, dass sie vorwiegend an innerparteilicher Einflussgenerierung interessiert sind. Auch würden sie sich eher mit ideologischen und zuwenig mit praktisch-inhaltlichen Vorschlägen einbringen. Weil sich einige prominente Akteure nicht einfach in Strömungen einordnen lassen, werden »sich die Auseinandersetzungen nicht allein an Strömungsgeografien festmachen lassen, sondern es wird ein paar inhaltliche Knackpunkte (Familie, Nation, Prekariat) geben, möglicherweise auch völlig strömungsübergreifend« (E10).

Die Mehrheit der befragten Akteure rechnet mit der Existenz der Strömungen, aber es gibt auch Äußerungen, die deutlicher Mitglieder und Gliederungen in den Mittelpunkt stellt. »Das Zentrum muss schon die Partei sein und da brauchen wir immer einen Hauptstrom. Und wenn der nicht vorhanden ist, dann fliegt das Ding auch auseinander.« (F1)

Neben der in die »Antikapitalistische Linke« teintegrierten »Kommunistischen Plattform« werden »Emanzipatorische Linke«, »Reformlinke« und »Sozialistische Linke« erwähnt. Daneben werden jedoch auch Sozialdemokraten, Trotzlisten und der fluide Teil genannt, der weniger als organisierte Strömung sondern eher als Tendenz zu bezeichnen wäre und dem der Aufruferkreis »Abschied und Wiederkehr«, ostdeutsche Funktionsträger, Vertreter des demokratischen Sozialismus usw. zugeordnet werden. Sie bildete den bisherigen Mehrheitsflügel der PDS, und die Frage ist zu stellen, ob es eine aus der WASG stammende Kraft bzw. Strömung geben wird, die mit ihr in einem Akteursbündnis die Mehrheit in der Linkspartei ausüben wird. In den Antworten der befragten Akteure wird hierzu keine Aussage getroffen, auch wird jede Einschätzung über das Kräfteverhältnis zwi-

schen den Strömungen vermieden. Es finden sich lediglich einige Antworten, die darauf hindeuten, dass es »Ziel der ›Sozialistischen Linken‹ sein muss, eine der beiden Hauptströmungen zu werden« (F6).

Wer hatte den entscheidenden Einfluss auf den Neuformierungsprozess? Diese Frage wird von den befragten Akteuren unterschiedlich eingeschätzt. Relativ viele sehen die Parteivorstände bzw. die von ihnen eingesetzten Steuerungsgruppe als entscheidende Kräfte an. Parallel hierzu wird im Besonderen die Rolle von führenden Personen gesehen. Sowohl beim Agenda-Setting als auch bei der Kontrolle des Gesamtprozesses sei der Einfluss von Lafontaine, Gysi, Bisky und einigen wenigen anderen maßgeblich. Sie seien es gewesen, die im Zuge des Prozesses ihre Veto-Macht hätten ausspielen können. Insofern sei es »ein Kräftegleichgewicht verschiedener Faktoren«, und »einen starken Einfluss haben zentristische Tendenzen, Tendenzen, die den Prozess über alles stellen.« (F4)

Erinnert werden soll an die Relevanz, die Gregor Gysi und vor allem Oskar Lafontaine beim Start des Projekts beigemessen wurde. Unabhängig davon, ob Kritik an ihnen geäußert wird, steht für viele Akteure fest, dass es ohne die beiden nicht funktioniert hätte. Lafontaines Rolle ist noch einmal eine besondere, denn »ohne einen Prominenten aus dem Westen wäre es nicht gegangen, so wie es gegangen ist« (E1). Ohne ihn hätte es die Hinwendung der WASG zur Linken in Ostdeutschland nicht gegeben. Von externen Beobachtern wird allerdings auch auf die Problematik verwiesen, dass die hervorgehobene Rolle einzelner häufig ein Indikator für eine substanzielle Schwäche der Parteibasis sei. Hiermit müsse die Partei umzugehen lernen. »Die Prominenten sind wichtig für die Außendarstellung. Nach innen ist es ganz wichtig, dass die Mitgliedschaft die entsprechenden demokratischen Mitwirkungsrechte hat und ein entsprechendes Selbstbewusstsein entwickelt.« (G2)

Es verwundert nicht, dass in den Interviews mehrfach der Hinweis auf die Rolle und den Einfluss der hauptamtlichen Funktionäre erfolgt. »Das kennen wir ja schon seit Robert Michels<sup>34</sup> Gesetz der Parteienoligarchie, dass immer da, wo Politikprozesse sind, auch ein Bestreben da ist, Machtpositionen zu besetzen, und zwar sowohl persönlich Machteinfluss zu haben als auch materielle Interessen damit zu vertreten, auch wenn das nicht immer unbedingt bewusst geschieht.« (G6) Das sei auch nicht per se illegitim. Aber es müsse diskutierbar bleiben.

Die Bewertung der Rolle der Bundestagsfraktion ist denn auch vom jeweiligen Abstand der Akteure zu ihr beeinflusst. Insbesondere von ihren Mitgliedern heißt es, sie sei Garant dafür, dass die Linke in der Öffentlichkeit überhaupt zur Kenntnis genommen würde, derzeit der einzige Ausweis für das Funktionieren einer gemeinsamen Linken und »logischerweise ist sie diejenige, die jetzt mit ... Hunderten von Mitarbeitern in der Lage (ist), programmatische Positionen auszuformulieren und weiterzuentwickeln« (F2).

34 Gemeint ist der Klassiker der Parteiensoziologie: Robert Michels: Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Stuttgart 1894 (1911).

Hier gehen die Meinungen auseinander. Es heißt einerseits »der Mainstream, der muss die Fraktion sein« (F1) und andererseits wird betont: »Sie darf allerdings nicht den Anspruch erheben, die Partei führen zu wollen.« (E18) Problematisch sei, dass das politische Botschaftenmanagement fast nur noch über die Fraktion laufe. Es sei bedauerlicherweise weniger in die Öffentlichkeit als vielmehr parteiintern orientiert und könne für weiteren Konfliktstoff sorgen. Dies gelte auch für politische Grundsatzentscheidungen, die in der Fraktion gefällt würden, obwohl die inhaltliche Richtlinienkompetenz eigentlich beim Parteivorstand liegen müsse. Auch diese Frage wäre in der neuen gemeinsamen Linkspartei zu klären, damit sie sich nicht zum Konflikt auswächst.

*»Also wieder die Gewerkschaften...« (F8) – Zielgruppen, Umfeld und Kooperationspräferenzen der Linkspartei*

Breiten Raum nimmt in den Interviews die Frage ein, welche Zielgruppen für das neue Linksprojekt relevant sind. Nicht nur als potentieller Mitgliederreservoir sondern auch als Wählerpotential, als Umfeld und für strategische Kooperationen. Eine Möglichkeit, zu einer Antwort zu gelangen, ist die Analyse bisheriger Wahlergebnisse, insbesondere der Bundestagswahl 2005. Dann würde festgestellt werden, dass es »ein gespaltenes Elektorat«<sup>35</sup> gibt. Einerseits »diejenigen, die sich von den Einschränkungen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bedroht fühlen oder schon diesen Einschränkungen ausgesetzt sind. Das ist sozusagen der eher untere Teil der Gesellschaft. ... Und dann die zweite Komponente ist natürlich sozusagen der Traditionsbestand der alten PDS.« (G4) Eine Einschätzung, die im Groben richtig ist, allerdings anhand der Bremer und anderer Landtagswahlergebnisse präzisiert werden müsste.

Die reale Differenzierung der Wählerschaft spiegelt sich in den Antworten. Eine relevante Mehrheit der Befragten lehnt eine Konzentration auf ein bestimmtes Segment ab. Eine Verengung wird weder strategisch noch wahltaktisch als sinnvoll angesehen. »Es wäre falsch, sich zu konzentrieren.« Die Linke müsse natürlich für die Ausgegrenzten ein besonderes Profil entwickeln, aber »das alles nicht reicht, sondern dass wir wirklich auch in eine Mittelschicht«<sup>36</sup> rein müs-

35 Vgl. Harald Schoen, Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52, 2005, S. 36 ff.; Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2006, S. 524 ff. sowie für die inzwischen vorliegenden Analysen zur Bürgerschaftswahl in Bremen siehe Axel Troost: Landtagswahlen in Bremen – Riesengroßer Erfolg für DIE LINKE (Ms.), 2007; Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE in Westen angekommen? rls standpunkte 11/2007 sowie den Beitrag von Christoph Spehr in diesem Band.

36 Hingewiesen sei die Veränderung der Situation der Mitte: »Jedoch ist gerade die soziale Mitte hierzulande durch den Abbau der Wohlfahrtsstaatlichkeit und den intensivierten ökonomischen Wettbewerb in Bedrängnis geraten. Die soziale Zukunft der Mitte wird über die künftige Gestalt politischer Konfliktlinien entscheiden.« Frank Nullmeier: Links – Rechts. In: Stephan Lessenich, Frank Nullmeier (Hrsg.): Deutschland eine gesplante Gesellschaft. Frankfurt/New York 2006, S. 333.

sen, die all dies inzwischen auch als einen riesigen gesellschaftlichen Skandal ansehen und die nach Alternativen suchen, die wir ihnen wirklich eben auch bieten können.« (F2) Die Stimmengewinne in Segmenten des »neuen Unten« werden gesehen, aber »wir müssen uns auch so aufstellen, dass wir nicht nur die Sammlungsbewegung der Verlierer in der Gesellschaft sind. Wir müssen für die Verlierer der Gesellschaft spürbar sein, emotional spürbar sein, müssen für sie Ansprechpartner sein.« (E2) Auch extern wird erwartet, »dass eine linke Partei sich ganz wesentlich denjenigen zuwendet, die sonst in der Gesellschaft keine Stimme haben, die öffentlich gehört wird, d.h. in erster Linie diejenigen, die, wie Robert Castel sagt, sozial verwundbar sind oder die aus der Gesellschaft irgendwie herausgedrängt werden, arbeitslos werden und immer mehr aus allen sozialen Bezügen herauszufallen drohen.« (G6) Einen weiteren Akzent setzt die Feststellung, dass der »finanzmarktgetriebene Kapitalismus, der eine ganze Reihe von neuen gesellschaftlichen Widersprüchen und Strukturen einschließt ... die Fixierung auf bestimmte soziale Milieus gar nicht zulässt.« (F3) Allerdings wird – einzeln – bemängelt, es gäbe »keine Gesamtstrategie, sondern verschiedene Akteure haben verschiedene Vorstellungen und verbinden natürlich auch bestimmte Milieus damit.« (E14)

Konkret werden neben realen und potenziellen Modernisierungsverlierern, Prekarisierten bzw. Arbeitslosen als Zielgruppen beispielsweise Studierende, Künstler, Journalisten, aber auch der Bereich der aufgeklärten Mittelschichten genannt und natürlich »Akteure, die in den Initiativen aktiv sind und denen es gerade um die Ausgegrenzten der Gesellschaft geht« (E7). Insbesondere bei PDS-Akteuren werden sozial bewegte, engagierte Menschen aus den kritischen Bildungseliten<sup>37</sup> als Zielgruppe aufgeführt. So wäre eine allgemeine Orientierung auf Prekarisierte nicht sinnvoll, nähme sie doch deren soziokulturelle Fragmentierung nicht zur Kenntnis. So würden beispielsweise Studierende, das jüngere akademische Spektrum, Kleinunternehmer oder die digitale Boheme ihre Identität nicht über das Stichwort »prekarisiert« entwickeln. In keinem Interview wird eingefordert, Ostdeutsche zur besonderen Zielgruppe zu machen.

Nur in wenigen Antworten scheint eine Strategie auf, die als Gegensatz zur Differenzierung verstanden werden kann. Es wird eine Orientierung auf die Industriearbeiterschaft eingefordert bzw. eine »Konzentration, wenn man so sagen will, auf die ganz normalen oder kleinen Leute, Arbeiter, Angestellte und nicht auf die Eliten« (F4) – zumeist verknüpft mit der Abgrenzung zur vermeintlichen PDS-Praxis. Eine solche Fokussierung würde aber eine Einengung gegenüber der bisherigen Wählerschaft der Linkspartei darstellen. Die Linkspartei ist neben

37 »Für eine linkssozialistische Partei ist diese Kombination von Bildungseliten und Unterschichten eine nachgeordnete idealtypische Ausgangskonstellation.« Franz Walter: Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. A. a. O., S. 333. Auch in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politische Milieus in Deutschland« wird der relativ hohe Anteil dieses Milieus bei den Anhängern der Linkspartei festgestellt. Vgl. Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. A. a. O., S. 73 f., 100 ff.

CDU/CSU und SPD die einzige Partei, die in allen großen Gruppen der Gesellschaft (obere Mittelschichten, Mitte, Unten) verankert ist. Sie ist damit nicht nur in Ostdeutschland potenziell Volkspartei, und gerade dadurch auch ernsthafte Konkurrentin der SPD<sup>38</sup>.

Eine der offenen Fragen ist, inwieweit die Linke auch im Bereich ökologischer Bewegungen und grün-alternativer Wähler Widerhall finden könnte. Es gibt einerseits Akteure, die im Grundsatz davon ausgehen, dass das Profil zwangsweise nach Stadt, Land, Milieus usw. differenziert werden müsse. »Ob eine Partei attraktiv ist in einer Stadt wie Münster oder in einer Stadt wie Oberhausen, ist ein riesiger Unterschied vom Profil, was sie da haben muss.« (E14) Mehrfach wird auf das grüne Wählerspektrum hingewiesen und auch auf die Notwendigkeit, zu beobachten, wie sich die Grünen in der Opposition entwickeln würden. Schwierigkeiten bestünden aber auch intern: »Wer bisher eher nur so grün affin war, die hätten wir schon sehr stark als politische Akteure gewinnen müssen oder sollen wir auch noch gewinnen, ...die kommen jetzt zu kurz. ...Aber da gibt es schon auch so eine unglaubliche kulturelle Abneigung ansonsten vom Führungspersonal gegen..., aber ich glaube, da verbaut man sich für die Zukunft wichtige Bastionen, die für gesellschaftliche Hegemonien entscheidend sind. Also um in den ganzen akademisch Bereich vorzustoßen, muss ich genau dieses Spektrum ansprechen.« (E9) Auch extern wird mehrfach darauf hingewiesen, dass es vorschnell sei, die grüne Klientel als irrelevant und postmateriell abzubuchen. In den großen Städten wird sich künftig eine »wirkliche Konkurrenzsituation zwischen Grünen und Linkspartei ... herausbilden« und »man wird sich auf Dauer nicht als Linkspartei entwickeln können, wenn man nicht um dieses Milieu auch ringt und nicht versucht, (in) eine Wettbewerbssituation mit den Grünen« (G5) einzutreten.

Die unterschiedlichen Praxen der Linkspartei sind selbstredend dadurch bedingt, dass sie in einem sehr unterschiedlichen Umfeld agiert. Die Antworten zu dem Komplex spiegeln dies wider. In mehreren Interviews wird betont, dass der Unterschied zwischen einer Dreißig-Prozent-Partei im Osten und einer Vier-Prozent-Partei im Westen jeweils unterschiedliche politische Milieus und Organisationen in den Fokus rücken. Zudem müsse im Westen im Gegensatz zum Osten noch viel Vertrauen erworben werden. Oder anders ausgedrückt: »...im Westen haben wir eine schmale Umrandung, aber kein Umfeld. Und diese Umrandung gilt es zu pflegen und zu hegen« (F9).

In den Antworten wird naturgemäß die ganze denkbare Breite realer bzw. potenzieller sozialer und politischer Milieus sowie Organisationen benannt, die als Umfeld der Linkspartei angesehen werden. Zumindest für den Osten gelte, dass es in der ganzen Breite der Gesellschaft Kontakte und Zuspruch gäbe. Bündnispartner wären diejenigen, die über Lösungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Probleme nachdenken würden. Zudem wäre es die Aufgabe der Linkspartei, gesellschaftli-

38 Siehe hierzu Michael Brie in diesem Band.

chen Protest ernst zu nehmen und aufzugreifen, »weil er einen Veränderungswillen beinhaltet. Zumindest den Willen, sich nicht widerstandslos das weiter gefallen zu lassen. Aus diesem gesellschaftlichen Protest heraus werden immer Forderungen wachsen, was man denn anders haben möchte und anders haben könnte.« (E13)

So werden, neben kommunalen Akteuren, immer wieder Engagierte aus sozialen Bewegungen, Gewerkschafter und kritische Intellektuelle genannt. Letztgenannten wird eine besondere Bedeutung zugesprochen, zugleich aber werden überwiegend Probleme benannt, sie zu gewinnen. Schon zu Zeiten der PDS hätten Schwierigkeiten bestanden, an den Universitäten Fuß zu fassen und ins linksintellektuelle Milieu auszustrahlen. Es gäbe zwar positive Ausnahmen, an einigen Orten auch enge Kooperationsbeziehungen, aber generell sei es eher ein konfliktreiches Verhältnis. Als Ursachen dafür werden neben den komplizierten Reproduktionsprozessen in Wissenschaft, Kunst und Kultur und der Problematik mancher kommunal- und landespolitischer Entscheidungen auch die Geringschätzung dieser Milieus genannt, die bestehende Intellektuellenfeindlichkeit und die politische Kultur des Parteibildungsprozesses. »Ich glaube, die sind eben bisher relativ wenig da. Ich denke schon, dass dieses Image, was sich jetzt die neue Partei gibt und was ich jetzt auch gut finde, das ist eher so ein proletarisch klassenkämpferisches. So etwas wirkt aber eben auch teilweise abschreckend für so ein gewisses intellektuelles Milieu.« (F8) Hoffnung wird dennoch in den linken Hochschulverband gesetzt, denn es bestünde auch die Gefahr, das universitäre Milieu an die Konservativen zu verlieren.

Auch soziale Bewegungen werden an herausragender Stelle genannt, wenn es um die Skizzierung des Umfeldes der Linkspartei geht. In einer hier nicht darstellbaren Variationsbreite existieren Kontakte und Kooperationsformen in und mit sozialen Bewegungen in ihrer Vielfalt: Antiglobalisierungs-Bewegung, Friedensbewegung, Initiativen für Landesverfassungen, Mehr Demokratie, Erwerbslosenbewegung bis hin zu Umwelt- und Bildungsinitiativen sowie Non-Profit-Organisationen wie beispielsweise Attac oder Medico. Allerdings sehen viele befragte Akteure zahlreiche Schwierigkeiten. Vor allem wird auf die Schwäche sozialer Bewegungen verwiesen. Es gäbe zwar »aktive Kerne zuhauf, wenn auch keine Bewegung« (E4), und insofern gäbe es »mit weniger Bewegung auch weniger attraktive Bündnispartner« (F5).

Andere formulieren das Problem schärfer, indem sie die sozialen Bewegungen eher als Chimäre wahrnehmen, die stark von Protestkonjunkturen abhängig seien. Die Krux sei aber, dass »die Partei nur so stark sein kann wie die sozialen Bewegungen sind, die sie tragen. Und wir können die sozialen Bewegungen nicht ersetzen.« (F9) Hinzu käme, dass die Partei mit ihnen kooperieren könne und wolle, aber auch »eine reflektierte Skepsis uns gegenüber bis hin zu einem klaren Konkurrenzdenken bei attac« (E9) erfahre. Viele Akteure in sozialen Bewegungen seien einerseits grundsätzlich parteikritisch und hätten andererseits unerfüllte Hoffnungen in das Linksprojekt gesetzt. Viele Bürgerinitiativen hingegen verhielten sich ganz pragmatisch und fragen: Nutzt uns die Zusammenarbeit?

Gewerkschafter bzw. Gewerkschaften als relevantes Umfeld der Linkspartei zu bezeichnen, entspricht den Auffassungen fast aller befragten Akteure. Bei einer Organisation, die auf der Konfliktdimension sozialer Regulierung vs. Marktfreiheit auf derselben Seite der Achse wie die Linkspartei verortet werden kann, versteht sich dies von selbst. Schließlich ist die Gründung der WASG selbst Ausdruck der Tatsache, dass das historische Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften aufgrund Schröders Agenda-Politik tiefe Risse bekam. Die positive Auffassung gilt aber nicht nur für WASG-Akteure, sondern für alle Interviewten. Beide Seiten seien aufeinander zugegangen und insofern bestünde »eine richtige Chance, nicht nur erste Adresse der Gewerkschaften zu werden, sondern uns als gewerkschaftlich orientierte politische Kraft vom Grundsatz her vorzustellen« (E13). Einige Akteure empfehlen dennoch, genauer hinzusehen, zumal es beispielsweise in der Erwerbslosenbewegung deutliche Differenzen zu Gewerkschaftspositionen gibt. Deren Bedeutung würde hauptsächlich für ihr eigenes Klientel bestehen. Außerdem blieben prominente Gewerkschafter klar sozialdemokratisch orientiert, und dies bedeute auch für die Fachpolitik, beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, dass es zwar gelungen sei, auf Zustimmung von Sozialverbänden, Gewerkschaftern etc. zu stoßen, »aber man muss natürlich sehen, dass alle diese Institutionen sehr stark sozialdemokratisch geprägt sind und insofern zu uns nicht in irgendeiner Form überlaufen, wenn sie nicht ihre Existenz gefährden wollen« (F2).

Bei der Frage, ob es privilegierte Kooperationsbeziehungen zu Gewerkschaften geben solle, scheiden sich die Meinungen der Akteure. Einerseits scheint klar zu sein: »Für mich sind das hundertprozentig die Gewerkschaften« (F4). Andererseits wird davor gewarnt zu sagen, die Linkspartei sei der gewerkschaftliche Flügel im Parlament. Parteien, Gewerkschaften, soziale Initiativen und Bewegungen hätten unterschiedliche Funktionen und allein deshalb müssten sie ihre strategische Autonomie bewahren. Darunter verstehen dann einige, »eigentlich heißt dann autonom, man muss eine neue Allianz zwischen Linke und Gewerkschaften (schaffen) ... Und das, glaube ich, ist völlig falsch.« (F3) Skeptiker einer privilegierten strategischen Kooperation sprechen davon, »dass es zwar eine Interessensnähe aber keine Interessensidentität gibt« (E9). Eine linke Partei müsse überall dort kooperieren, wo gesellschaftliche Bewegung stattfände, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt sowie organisatorische Zusammenhänge bestünden, »die sich nicht ausschließlich über Marktmechanismen definieren, also Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbände, soziale oder Umweltbewegungen usw.« (E3) Aber sie könne sich mit ihnen nicht gleichsetzen und sich von ihnen auch nicht abhängig machen.<sup>39</sup>

39 Wie alle gesellschaftlichen Großorganisationen haben Gewerkschaften erhebliche Probleme der Mitgliedererwerbung und Einflussgenerierung. Insofern sei auf den Hinweis Oskar Negts verwiesen, dass »der eigentliche machtpolitische Kampf, der um die Existenz der Gewerkschaften und ihre gesellschaftliche Funktion im demokratischen Ganzen dreht, noch gar nicht richtig begonnen hat.« Oskar Negt: Wozu noch Gewerkschaften? Göttingen 2004, S. 11.

*»So eine Art Schmelztiegel von Kultur, Kunst, Politik, Bürgertreffen« (E9) – Wie die Linkspartei eine Partei des Alltags werden soll*

Wie kann die Linkspartei direkt mit den Bürgern kommunizieren? Ausgehend von den Überlegungen zu ihrem Umfeld und ihrem Selbstverständnis verfolgen die Akteure ein ganzes Bündel von Überlegungen. Einer der zentralen Punkte dabei ist die politische Arbeit in den Kommunen. Hier besteht im Grundsatz Einigkeit bei den Akteuren, ohne die unterschiedlichen Realitäten in Ost und West außer Acht zu lassen. In ihrem Alltag erlebten die Menschen die starken Effekte der Neoliberalisierung ihrer Lebenszusammenhänge. Daraus ergäbe sich die Bedeutung von Kommunalpolitik, verstanden als lokale Politik ebenso wie als Arbeit in den kommunalen Parlamenten. Bei allen rechtlichen und finanziellen Einschränkungen seien zwar die dortigen Entscheidungsspielräume eingeschränkt, aber immerhin könnten die Menschen miteinander reden und es ginge um konkrete praktische Projekte, die leicht zu vermitteln seien. »Dann hat man auch ein offenes Ohr für Dinge, die man vor Ort nicht regeln kann.« (E3)

Die Kommunen seien aber auch der Ort, an dem die Linkspartei erlebbar und spürbar sein müsse. Es sei notwendig, Räume für Leute zu schaffen, die keine oder wenig Politikerfahrung haben. Ziel solle nicht sein »Dominanz zu erwerben, sondern sowohl Hilfe, Ressourcen mit zur Verfügung stellen, um das Projekt in sich zu unterstützen, aber auch rechtzeitig den Punkt finden, um sich ein Stück zurückzunehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, das wäre jetzt ein PDS-Projekt selber.« (E7) Wichtig sei Transparenz, über Konflikte zu informieren und Betroffene in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Offen ist die Frage, ob es auch gelänge, eine Kultur von Freiräumen auf lokaler Ebene zu schaffen und wie »sie der Enttäuschungs-Erfahrung und der Frustrationserfahrung von Menschen, die anfangen sich zu engagieren, entgegenwirken« (G1) kann. Es sei erforderlich, stärker als bisher diese Erfahrungen auszutauschen und handhabbare Strategien zu entwickeln. Ziel müsse eine physische Präsenz der Partei in den Kommunen sein. Dazu gehöre eine Praxis offener Büros, die Stärkung von Gegenöffentlichkeit, Mitarbeit in größeren gesellschaftlichen Bündnissen, Förderung künstlerischer Arbeit, Durchführung von Kampagnen usw. Zügig sollte die Linkspartei klären, wie sie sich zu möglichen Formen von Bürgerbeteiligung verhalten will. Mehrere PDS-Akteure fordern unmittelbare Partizipationsmöglichkeiten wie Bürgerhaushalte und direkte Demokratie, einzelne WASG-Akteure stehen diesen Formen grundsätzlich skeptisch gegenüber.

In den Interviews wird betont, dass sich die Partei in Zukunft weiter öffnen müsse, z. B. indem die Bürger ihr Personal mit auswählten. »Wie man Kontakt zum Leben hält, zu den Menschen, für die man meint Politik zu machen, diese entscheidende Frage bleibt. Und das ist ja auch die Achillesferse. ... (Denn) die Politik ist wie in einem Raumschiff. ... Da kann man leben, ohne das man das Gerinste mit dem Leben zu tun hat.« (E1) Eine der zentralen Aspekte der Linkspar-

tei sei es deutlich zu machen, »dass wir uns von den sonstigen Politikern unterscheiden.« (F1) Und dazu könne gehören, »dass wir einen sehr offenen Dialog pflegen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ...Ich glaube, dass das auch wichtig ist, also dass Politik selber so ein lernendes System ist.« (E15)

Bei der Frage, wie die Linkspartei eine Partei für den Alltag werden kann, wird dieser Aspekt der Bürgerbeteiligung häufiger betont. Zunächst sei es erforderlich, die Anliegen der Leute zu verstehen, zuzuhören, aufzunehmen und sie dann in die politische Praxis umzusetzen. Ob hier der Ansatz einer »Kümmerer-Partei«, wie ihn die PDS in den neunziger Jahren auch mit unmittelbarer Beratungspraxis praktiziert hat, sinnvoll und möglich ist, wird unterschiedlich beantwortet. Einerseits müsse diese Kultur des Sich-Kümmerns weiterentwickelt werden, die Partei müsse fühlbar werden, ein Anlaufpunkt sein, zu dem Betroffene hingehen können. Möglich sei dies, weil die Themen, die mit der Linkspartei verbunden würden – wie Hartz IV – auch diejenigen sind, die den Alltag der Leute betreffen. Ob die Partei dem Anspruch überall gerecht werden könne, sei aufgrund der Altersstruktur ihrer Mitglieder allerdings unklar.

Andere Akteure vertreten die Auffassung, dass »eine moderne Partei sich dadurch auszeichnen müsste, dass sie die Vielfalt ... der relevanten gesellschaftlichen Interessen aufgreift und versucht, ... nicht individuell irgendwelche Kümmererei zu betreiben, das ist eher der untergeordnete Aspekt, sondern ... den kontinuierlichen Diskurs zu organisieren« (F3) bzw. die konkreten Alltagsprobleme mit Aktionen zu verbinden und entsprechende Kampagnen zu entwickeln. Es käme darauf an, weniger eine karitative Rolle als vielmehr eine politisierende und organisierende Rolle einzunehmen und »Lernprozesse (zu) organisieren, in denen Menschen die Erfahrung sammeln können, dass es sich durchaus lohnt, Dinge wieder selber in die Hand zu nehmen« (E3).

Empfohlen wird der Linkspartei, »auf die Alltagsorgen einzugehen, ohne verkürzte Antworten zu geben, sondern die Zusammenhänge aufzuzeigen, also im Sinne von Aufklärung, die den Namen verdient. Und dann auch immer die mittel- und längerfristigen Probleme und Perspektiven ansprechen und zeigen, dass Antworten gemeinsam zu finden sind, also zu erarbeiten sind, dass sie noch nicht für alles eine Antwort haben ... Also das heißt, den Erfindungsreichtum der Vielen ... als eine Produktivkraft, als eine kreative Kraft anzusprechen. Denn sonst wird man ... als Partei wieder leicht unglaubwürdig. Besonders bei Leuten, die ... sich nicht ... abspeisen lassen mit solchen Stammtischparolen.« (G2)

## Schlussfolgerungen

Die höchste Übereinstimmung in dieser Akteursbefragung ist die, dass es zur gemeinsamen Bundestagskandidatur von Linkspartei.PDS und WASG keine Alternative gegeben hätte. Das von vielen als historisch verstandene Ziel, eine neue gesamtdeutsche Linkspartei zu begründen – und der auf diesem Wege notwendige Einzug in den Bundestag –, disziplinierten die Akteure in besonderer Weise. Seitdem sind zwei Jahre vergangen, in denen die befragten Personen auf gemeinsame Diskussionen und Praxis zurückblicken, mit dem Einzug in die Bremische Bürgerschaft aber auch einen ernstzunehmenden Erfolg in der politischen Arena vorweisen können. Damit ist eine Entwicklung realisiert worden, die zahlreiche, kritische wie wohlmeinende, Beobachter nicht für möglich gehalten hatten.

Fast alle externen Beobachter – und eine ganze Reihe von Akteuren – gehen dennoch davon aus, dass es nach der formellen Vereinigung der beiden Parteien zu intensiven Auseinandersetzungen in der Linkspartei kommen wird. Unvermeidlicher Weise werden dabei die programmatischen und strategischen Fragen im Mittelpunkt stehen, die bislang zugunsten der angestrebten Parteienfusion ausgespart wurden.

Die vorliegende Studie hat zahlreiche Konflikte benannt, die es zu klären gilt. Aufgrund seiner symbolischen Bedeutung nimmt der Konflikt um Regierungsbeteiligungen dabei eine zentrale Rolle ein. Aber auch der Charakter der Linkspartei selbst wird zu klären sein. Bei den Akteuren des neuen Parteiprojekts überwiegt die Hoffnung, die internen Konflikte beherrschen zu können. Die hierfür erforderliche Kultur der Toleranz einer pluralistischen Partei ist ihres Erachtens bislang nicht ausreichend entwickelt.

An den Kontroversen werden sich unterschiedliche Akteursgruppen beteiligen, deren Zusammensetzung und Positionierung nicht an den Parteigrenzen der beiden Quellorganisationen festzumachen sein wird. Intensität und Dauer lassen sich aus den Interviews nur bedingt ermesen. Sicher ist, dass die nächste Bundestagswahl die zeitliche Dimension bestimmt. Entscheidend wird sein, ob es bis Ende 2008 möglich sein wird, kontroverse Programmdebatten so zu gestalten, dass deren Ergebnisse produktiv zur Entwicklung linker Strategien auf Bundes- und Länderebene beitragen. Zu vermuten ist, dass sich die Auseinandersetzungen auch auf die Wahlprogrammatische und die innerparteiliche Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten erstrecken wird.

Inhaltliche Debatten schaden der neuen Partei allerdings nicht. Ganz im Gegenteil – sie fehlen ihr bislang. Die Partei ist in ihrer Zusammensetzung Produkt einer entwickelten und ausdifferenzierten Gesellschaft, die von unterschiedlichen Lebens- und Produktionsformen, kulturellen Bedürfnissen und Konflikten geprägt ist. Unterschiede – auch der Linken – haben sich nicht zufällig herausgebildet, sondern sind Ergebnis historischer Entwicklungen. Sie bringen die differenzierten

sozialen Lebenslagen und kulturellen Praxen zum Ausdruck. Deshalb sollte die Linkspartei ihre Vielfalt als Gewinn, als eine nutzbar zu machende Produktivkraft ansehen. So hätte sie die Chance, ihren in allen drei Etagen der Gesellschaft bestehenden Einfluss auszubauen und sich zur echten linken Volkspartei weiterzuentwickeln. Zudem können programmatische Debatten der Integration der Mitgliedschaft in die Partei und der Partei in die Gesellschaft dienen.

Für die Akteure steht die Konfliktdimension »arm/reich« unbestritten im Zentrum. Eine der spannenden Fragen wird sein, wie sich ihr Verhältnis zur zweiten relevanten gesellschaftlichen Konfliktdimension »libertär/autoritär« entwickeln wird. Die Studie hat ergeben, dass die zweite Konfliktdimension nur für wenige Akteure relevant ist (bei den WASG-Akteuren gar nicht). Hier könnte einerseits ein gravierender innerparteilicher Konflikt entstehen, und zugleich würde mit dem Verhältnis zu Bürgerrechten und Demokratie über die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit der Linkspartei entschieden werden.

Die sich formierende Linkspartei wird gespeist durch unterschiedliche Ambitionen, Strömungen, Tendenzen und Identitäten. Es wird darauf ankommen, sie zu integrieren und auf dieser Basis handlungsfähig zu sein. Die Akteure geben vor, dass sie daran interessiert sind und gemeinsame Praxis und Diskussionen für notwendig erachten. Positiv im Sinne der Parteiformierung ist, dass die Differenzen zwischen den Akteuren häufig quer zu den ursprünglichen Parteimitgliedschaften verlaufen. Dennoch fällt auf, dass die Akteure teilweise scharfe Kritik am politischen Partner üben und einige dabei zugleich frei von jedem Selbstzweifel sind.

Die Interviews haben auch ergeben, dass diese Linke nicht die Linke einer Strömung sein kann. Jeder Versuch, die Partei einer der Strömungen unterzuordnen, wäre das Ende der neuen Linken. Sie benötigt die Pluralität, sie realisiert sich als dialogisches Projekt und zugleich als ein Handlungsprojekt. Vor den Strömungen steht die Frage, ob sie sich als traditionelles Mittel zur innerparteilichen Macht- und Einflussgenerierung verstehen, oder vielmehr als Orte der aufeinander Bezug nehmenden Debatte. Widersprüche müssten nicht als Problem, sondern könnten als lösungsorientierte Kraft verstanden werden. Ob dies gelingt, ist offen.

Gerade aus Sicht einer großen Zahl der befragten PDS-Akteure werden unterschiedliche parteiinterne Praxen zwischen PDS und WASG beschrieben. Immer wieder wird die Sorge vor autoritären Politikstilen und innerparteilichem Demokratieverlust formuliert und der Umgang damit als ein wichtiges Kriterium für das Gelingen des Projektes beschrieben. Denn ob Veränderungsprozesse gelingen, hängt zu einem entscheidenden Teil davon ab, ob die davon Betroffenen auch zukünftig Mitwirkungs-, Entscheidungs- und Identifikationsmöglichkeiten behalten. Der Hinweis von Michael Chrapa sei in Erinnerung gerufen, dass Parteien komplexe Mechanismen sind, die nicht beliebig gestaltbar sind.<sup>40</sup>

40 Michael Chrapa: Parteien der Zukunft (Ms. vom 18.05.2002), [www.gegenentwurf-muenchen.de/partchra.htm](http://www.gegenentwurf-muenchen.de/partchra.htm), S. 9.

In Umbruchssituationen, speziell in Fusionsprozessen von Organisationen mit unterschiedlichen politischen Kulturen, kommt politischer Führung eine eminent wichtige Rolle zu. Die Kompetenz, der Habitus und das Charisma der Führungspersönlichkeiten wird zu einer Schlüsselressource der Problemlösung – oder zum Problem. Das Erwerben und Herstellen von Führungsfähigkeit, zu der auch die Fähigkeit zur Moderation diskursiver Prozesse und zu strategischer Themenwahl gehört, entscheidet mit über die Stellung und Zukunftsfähigkeit der Linkspartei in der Parteienkonkurrenz. Gerade hier bestehen Chancen sich gegenüber anderen Parteien positiv abzuheben und aktueller Parteienverdrossenheit entgegen zu wirken.

Ein gravierendes Manko der neuen Linkspartei ist offensichtlich das minimale Gespür für die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft wie in der Partei selber. Die vorgebrachte Kritik, dass die Linkspartei ihr »weibliches Gesicht« verlöre und sie nach außen das Bild einer patriarchal dominierten Partei abgebe, muss ernster genommen werden. So ist die Tatsache, dass dieses Problem in den Interviews einen so geringen Stellenwert hat und bei WASG-Akteuren überhaupt keine Beachtung findet, ein Spiegelbild der Tatsache, dass deutlich weniger Frauen als Männer die Linkspartei wählen.

Die Frage ist, ob es der Linkspartei gelingt, ein Akteursgeflecht zu entwickeln, das über die Partei selbst deutlich hinausreicht? Ziel sollte es sein, sowohl diejenigen zu erreichen, die in parteiförmigem Engagement keinen Sinn sehen als auch die, die ein anderes Verständnis von kritischem, linkem, bürgerrechtlichem Handeln haben als dies in der Partei DIE LINKE mehrheitlich zu finden ist.

Umgekehrt kann eine stabile, im parlamentarischen Raum starke Linkspartei auch für nicht parteiförmig organisierte Linke, die kulturelle Linke, soziale Bewegungen und Gewerkschaften sowie linke Intellektuelle Bedeutung erlangen. Politische Felder auf denen sie ihren Gebrauchswert erfüllen könnte, sind zur Genüge vorhanden.<sup>41</sup> Dabei stellt sich aber nicht nur die Frage, ob ihr wirklich ein Eingriff in die staatlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse gelingt, sondern auch die Frage, inwieweit emanzipative Denkformen, Praxen, Alternativen vorangetrieben werden – und dies mit einer Partei, die sich nicht als Zentrum linker Politik sieht, sondern als wichtiger Teil linker Politik, sich also in einen breiteren linken Kontext stellt, als Teil einer emanzipativen Politik versteht und ihre parlamentarische Praxis zur Durchsetzung strategischer Projekte für einen Politikwechsel nutzbar macht.

Aus den Antworten der Akteure lassen sich eine Anzahl konkreter Handlungsempfehlungen für die Linkspartei herausdestillieren, die sie sowohl für ihre interne Entwicklung als auch für ihre gesellschaftliche Praxis nutzbar machen sollte. Eine notwendige Voraussetzung für eine integrierte Parteientwicklung ist das gegenseitige Verständnis und Problembewusstsein für die Rahmenbedingungen, in denen die jeweils anderen agieren. Zukünftige gemeinsame Praxen und Diskus-

41 Vgl. Alex Demirovic: Die wiedergefundene Linke. In: vorgänge, Nr. 171/172, Dezember 2005, S. 52 f.

sionen auf allen Ebenen könnten Veränderungen bewirken. Hierzu müssten Räume geschaffen werden, um die Konflikte breit zu diskutieren, und zwar nach Möglichkeit auch unter Hinzuziehung von Sachverstand und Kreativität von außen. Erforderlich ist die Etablierung einer Konfliktkultur, die demokratisch und transparent ist, aber auch die Möglichkeit bietet, Konflikte professionell zu bearbeiten. Für die Linkspartei sollte es selbstverständlich sein, sich das ganze Repertoire demokratischen Handelns zu eigen zu machen. Sie braucht eine Verfasstheit, die sie anschlussfähig an die Projekte von Bürgerinnen und Bürgern in Kommune und Stadtteil werden lässt. Sie muss kommunikationsfähig sein, also nicht nur eine Sprache finden, die den Wörtern ihren Sinn zurückgibt, sondern auch anderen zuhören und von ihnen lernen. Sie benötigt eine Handlungsfähigkeit, die sie in Wahlkämpfen und Kampagnen genauso wie im Verwaltungshandeln auf den unterschiedlichen politischen Ebenen einsetzen kann. Sie braucht Diskursfähigkeit – auch um in der Lage zu sein, sich zu einer gegenhegemonialen Kraft zu entwickeln.

Die Bedingungen für alle Parteien – und damit auch für die Linkspartei – realen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse und die Gestaltung der Gesellschaft auszuüben, wird schwieriger. Es ist nicht nur die Unberechenbarkeit der Wähler, die Fragmentierung und Schwäche kollektiver Akteure wie Gewerkschaften und sozialer Bewegungen, mit denen eine große Interessenparallelität vorhanden ist, sondern auch die Schwierigkeit nationalstaatlicher Steuerung und die Herausforderung internationaler Globalisierungsprozesse, die höhere Anforderungen an die Parteien, insbesondere ihre Strategiefähigkeit stellen<sup>42</sup>. Die Frage, wie sich dieses repräsentative politische System, wie sich das kapitalistische ökonomische System in den nächsten fünfzig Jahren entwickelt, ist offen. Das linke Parteienspektrum neu zu besetzen und sich dort dauerhaft als politische Kraft zu etablieren, kann in diesem Sinne »nur« als Etappenziel verstanden werden.

42 Vgl. Joachim Raschke: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Frank Nullmeier; Tomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalttags. Strategiefähigkeit politischer Parteien. Frankfurt/New York 2002, S. 208 f.

## **Gipfelproteste 2007 – ein gelungener Start für DIE LINKE**

Im Januar 2006 fuhren Wolfgang Gehrcke und ich zur Klausur der Landtagsfraktion der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommerns. Der dortige Vorstand hatte uns eingeladen, um die Vorbereitung der G8-Gipfelproteste zu besprechen. In der Mittagspause davor fragte ein Landtagsabgeordneter beim Essen, worum es gleich noch mal nach dem Essen ginge. »Ach so, um den G8-Gipfel in Heiligendamm. Na, mein Wahlkreis liegt ja am anderen Ende des Landes, da kann ich wohl mal einen Spaziergang machen.« Meine euphorischen Ausführungen, dass die Gipfelproteste 2007 nicht nur eine Sache des gesamten Landesverbandes, sondern der gesamten Bundespartei und wohl auch der gesamten Europäischen Linkspartei seien, wurden höflich aber skeptisch zur Kenntnis genommen. Spätestens in dem Moment war klar: Wir haben noch viel Arbeit vor uns, damit die Gipfelproteste ein Erfolg werden. Die Etablierung des Themas bei Linkspartei.PDS und WASG war kein Selbstläufer. Umso mehr kann DIE LINKE stolz sein, dass sie letztlich als organischer Bestandteil der Proteste in Erscheinung trat und die Gipfelproteste zu einem guten Startschuss für die neue LINKE wurden.

Im folgendem soll dargestellt werden, wie die Ideen der Gipfelkritiker/-innen in die beiden Parteien hinein getragen wurden, wie sich die Mitwirkung im Bündnis entwickelte, welche Klippen dabei umschifft werden mussten und welche Schlüsse wir als LINKE daraus ziehen können.

### **Langsam erobert eine Idee die Partei**

#### *Die ersten Schritte*

Die Gipfelproteste warfen ihre Schatten weit voraus. Knapp zwei Jahre vor dem G8 Gipfel begannen die Vorbereitungen der Gipfelkritiker/-innen. Bereits beim Sozialforum in Deutschland im Sommer 2005 wurde deutlich, dass die Gipfelproteste eine der zentralen Aufgaben der außerparlamentarischen Bewegungen werden. Auf der Jugendaktivenkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober 2005 verständigten sich rund 300 Jugendliche unterschiedlicher linker Strömungen, zu gemeinsamen Protesten gegen den Gipfel in Heiligendamm aufzurufen.

Im November 2005 beschäftigte sich dann zum ersten Mal der Parteivorstand der Linkspartei.PDS mit der Thematik und beschloss, zusammen mit der WASG aktiv in den Bündnissen mitzuarbeiten. In der Debatte wurde jedoch auch deutlich, dass in Bezug auf den G8-Gipfel noch viele Fragen im Raum standen. So waren bereits die ersten Verständigungen von der Gewaltfrage überschattet. Schließlich beziehen sich globalisierungskritische Proteste in ihrer Symbolik bewusst

darauf, Sand ins Getriebe zu streuen oder zu blockieren. Die Beteiligung an den Gipfelprotesten erforderte von der Partei zudem, sich auf »Bewegungsprozesse« einzulassen und die Vielfalt von Aktionsformen anzuerkennen. Man musste kein intimer Kenner der beiden Parteien zu sein, um zu ahnen, dass dies eine kulturelle Herausforderung für Beide darstellte. Trotz oder auch wegen dieser Herausforderung beschlossen die Vorstände einvernehmlich, sich an dem Protestbündnis zu beteiligen.

Fast überall, wo man in den beiden Parteien über die bevorstehende Mobilisierung nach Heiligendamm sprach, tauchten ernst gemeinte Einwände auf à la »Was ist eigentlich so schlimm daran, dass sich die G8 treffen? Ist doch besser, als wenn die USA alles alleine entscheiden.« Das Gebot der Stunde hieß also, Aufklärungsarbeit zu leisten. Es kam darauf an, zu verdeutlichen, dass es bei den Gipfelprotesten um mehr als ein Demo-Event geht. Doch wie trägt man Argumente zu einem Thema in eine Partei, deren Mitglieder im Jahr 2006 vor allem mit der Parteineubildung beschäftigt waren, die damals die Gemüter zu Recht bewegte?

Christine Buchholz entwickelte als G8-Verantwortliche der WASG in dieser Situation die Idee, über einen Sammelband die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem G8-Gipfel zu befördern. Wie viel Arbeit an den Herausgeber/-innen hängen bleibt, wurde uns beiden erst so richtig im Zuge der Arbeit bewusst. In letzter Minute konnte das Buch »G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über sechs Milliarden Menschen bestimmen«<sup>1</sup> jedoch fertig gestellt werden. Darin wurden die verschiedenen Kritiken an der Politik der G8 sowie alternative Ansätze herausgearbeitet. Zudem kamen Vertreter/-innen unterschiedlicher Initiativen, von kirchlichen Schuldenerlassgruppen über die DGB-Jugend bis hin zur Interventionistischen Linken zu Wort. Das Buch illustriert somit auch die beeindruckende Vielfalt der Gipfelkritiker/-innen. In der Hoffnung, dass im Zuge der Gipfelproteste sich neue diskursive Räume für gemeinsame Debatten über linke Strategien eröffnen werden, widmete sich ein Kapitel den strategischen Auseinandersetzungen über die Gipfelproteste hinaus. Mit diesem Buch hatten wir nun ein geeignetes Vehikel, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den G8 in die Partei und in die interessierte Öffentlichkeit zu tragen.

### *Die Kampagne läuft an*

Die vielen Diskussionsrunden, die daraufhin landauf, landab stattfanden, bereiteten inhaltlich den Boden für die Mobilisierung. Nun kam es darauf an, die Kampagne organisatorisch umzusetzen. Im November 2006, also ein Jahr, nachdem das Thema zum ersten Mal in den beiden Parteivorständen eine Rolle gespielt hatte, verabschiedeten WASG und Linkspartei.PDS jeweils einen gleich lautenden

1 Christine Buchholz und Katja Kipping (Hg.): G8: Gipfel der Ungerechtigkeit – Wie acht Regierungen über sechs Milliarden Menschen bestimmen. Hamburg 2006.

Beschluss zur Kampagne »NO G8 – Menschen vor Profite« sowie die finanzielle Unterfütterung der Kampagne mit 50.000 Euro aus dem Kampagnenfonds der Linkspartei.PDS.

Nun werden in unserer Partei gern und leicht Kampagnenbeschlüsse gefasst. Die Gipfelproteste jedoch waren zu wichtig, als dass ein formaler Beschluss ausgereicht hätte. Das Ziel bestand vielmehr darin, eine Kampagne zu entwickeln, die top down und bottom up funktioniert, die ergo sowohl zentrale Kampagnenelemente hat, als auch vor Ort ausgestaltet werden kann. Den Startschuss lieferte ein Kampagnenworkshop, zu dem Interessierte aus allen Bundesländern eingeladen wurden. Insgesamt fanden drei solcher Kampagnentreffen statt, an denen sich jeweils zwischen 35 und 45 Personen aus fast allen Landesverbänden beteiligten. Dort wurden das Motto und die zentralen Elemente der Intervention beschlossen und vorbereitet. Die Teilnehmer/-innen dieser Kampagnentreffen waren das Rückgrat der Mobilisierung und der Aktivitäten während der Gipfeltage. Nach den Vorstandsbeschlüssen wurde eine Steuerungsgruppe zur Umsetzung der Kampagne ins Leben gerufen. Die Idee hatte nun die Partei erobert, die Mobilisierung kam in Fahrt.

### *Beitrag der Fraktion*

Während in den beiden Parteien die Mobilisierung in Schwung kam, fanden in der Bundestagsfraktion die ersten Runden zur parlamentarischen Begleitung des Gipfels statt. Das Interesse war groß. Jedoch krankte die konkrete Arbeit einige Zeit an fehlenden Festlegungen zu Verantwortlichkeiten. Zwar wollten sich viele einbringen, aber es dauerte eine Weile, bis sich jemand den Hut aufsetzte und bis in die Mitarbeiterschaft hinein zentrale Zuständigkeiten geklärt waren.

Die Begleitung des G8-Gipfels durch die Fraktion zeichnete sich am Ende durch vier Säulen aus: neben parlamentarischen Initiativen und der Berücksichtigung des Themas in den fraktionseigenen Publikationen führte die Fraktion eine Veranstaltungstour »Fraktion vor Ort« mit entsprechenden thematischen Schwerpunkten durch und bereitete eine öffentliche Anhörung zur Kritik der kapitalistischen Globalisierung in Bad Doberan während der Gipfelwoche vor.

### *Lehren aus den Mühen der organisatorischen Ebene*

Die frühzeitige Vorbereitung der Kampagne erwies sich später als konstitutiv für den Erfolg. Bevor die organisatorische Arbeit beginnen konnte, mussten sowohl die Parteibasis als auch die entscheidenden Parteigremien auf die politische Bedeutung der Gipfelproteste eingestimmt werden. Neben den Kampagnenworkshops gab es eine Steuerungsgruppe, die bei der Partei angebunden war. Zudem koordinierte eine andere Abstimmungsrunde die Aktivitäten der Fraktion.

Zwar ist es im Ergebnis gelungen, die Aktivitäten auf allen Ebenen zusammenzubinden, allerdings gab es bei drei vorbereitenden Kreisen auch Reibungsverluste. Um solche Konflikte abzubauen, bietet es sich künftig an, die Vorbereitungsgruppen stärker zusammenzuführen. Sollte dies nicht möglich sein, sollte der Informationsaustausch durch offensive bilaterale Absprache der jeweils Zuständigen für einen Bereich verbessert werden. Für die Zukunft empfiehlt es sich darüber hinaus, frühzeitig klare Zuständigkeiten in der Mitarbeiter/-innenschaft herauszuarbeiten.

In vielen Orten wurden durch Parteigeschäftsstellen Mitfahrgelegenheiten in Bussen für die Großdemo organisiert. Aufgrund der Hausdurchsuchungen bei Globalisierungskritiker/-innen erreichte die Mobilisierung in den letzten Tagen eine enorme Dynamik: »Jetzt erst recht!« Im Ergebnis meldeten sich mehr Interessierte an, als Plätze vorhanden waren. Generell empfiehlt es sich bei solchen Großereignissen bei der Kalkulation der Busplätze eine entsprechende Verdichtung der Nachfrage in den letzten Wochen einzuplanen.

## **Fallstricke und Herausforderungen**

### *G8 Blockieren und Forderungen stellen – ein strategisches Dilemma?*

Die Kritik am Gipfel lässt sich in drei Motivationskategorien unterteilen: *Erstens* Kapitalismuskritik, *zweitens* Delegitimation der G8 und *drittens* Kritik der konkreten politischen Agenda der G8. Für die Einen stehen die G8 symbolisch für die kapitalistische Globalisierung. Für diese Kritiker/-innen stellt der jeweilige G8-Gipfel vor allem einen Kulminationspunkt dar, an dem Kapitalismuskritik im Zeitalter *entterritorialisierter Macht*<sup>2</sup> exemplarisch geübt werden kann. Die Vertreter/-innen der zweiten Kritikategorie stellen vor allem die demokratische Legitimation der G8 in Frage. Angeklagt wird hier vor allem das Agieren der G8 als selbsternannte Weltregierung, die im übrigen die UNO auf kaltem Wege entmachtet. (Wobei weitgehend unumstritten ist, dass die UNO gründlich reformiert werden muss.) Acht Regierungen hätten nicht das Recht über sechs Milliarden Menschen zu regieren.

Neben diesen grundsätzlichen Ansätzen setzen sich Vertreter/-innen der dritten Kritikategorie mit den konkreten Absichtserklärungen der Gipfel auseinander. Diese Kritik wird oft verbunden mit konkreten Forderungen an die Regierungschefs, sich im Zuge der Gipfel z.B. für verbindliche Klimaschutzziele oder für einen transparenten Schuldenerlass oder für die Aufstockung der Entwicklungsgelder einzusetzen. Gerade die dritte Motivationskategorie tritt häufig in Kombination mit einer reformorientierten bzw. transformationsorientierten Alternativa-

2 Vgl. dazu Michael Hardt und Antonio Negri: *Empire*. Harvard 2000.

genda auf. Nun lassen sich die einzelnen globalisierungskritischen Gruppen nicht immer strikt einer Motivationskategorie zuordnen, vielmehr verbinden viele Akteur/-innen zwei oder sogar alle drei Zugänge miteinander.

Streng betrachtet besteht zwischen den beiden Zugängen Delegitimation der Gipfel und konkreter Agendakritik ein gewisser Widerspruch. An eine Institution, der man das Recht zur Entscheidungsfindung abspricht, kann man schlecht Forderungen stellen (außer natürlich die Forderung, sich aufzulösen). Dass für diesen Widerspruch eine gemeinsame strategische Lösung gefunden wurde, ist den Debatten auf den Aktionskonferenzen im Vorfeld zu verdanken. Dort einigte man sich letztlich wie folgt: Auch wenn die G8 als selbst ernannte Weltregierung illegitim sind, so sind doch die Regierungen in ihrem jeweiligen Land gewählt. Und diese Regierungen wiederum kann man mit alternativen Vorstellungen konfrontieren. Im Falle von Frau Angela Merkel bestand die Herausforderung darin, in der Öffentlichkeit auf den Widerspruch zwischen ihrem verbalen Einsatz für Klimaschutz einerseits und ihren konkreten Maßnahmen, die genau das Gegenteil bewirken, hinzuweisen. So inszenierte Frau Merkel im Vorfeld gekonnt ihren Einsatz beim Gipfel für den Klimaschutz. Dieses Engagement, vor allem gegenüber den USA, war durchaus positiv. Das Problem ist jedoch, dass die politische Praxis der Bundesregierung eine andere Sprache spricht: Der Bau vieler neuer Kohlekraftwerke ist geplant, und die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel soll an die Börse. Im Ergebnis werden noch mehr Menschen zum Umsteigen aufs Auto gezwungen sein, weswegen der Gewinner dieses Börsenganges schon jetzt fest steht: Die Autoindustrie. Und dies sind nur zwei Beispiele von vielen, die zeigen: Wenn es konkret wird, vertritt Angela Merkel nicht die Interessen des Klimaschutzes, sondern die Interessen der Verschmutzerindustrie<sup>3</sup>.

Ähnlich bigott ist das Vorgehen der Mächtigen Acht in Bezug auf die Armut in Afrika. So wurde auch dieser Gipfel genutzt, um mediengerecht den Hunger in Afrika zu beklagen. Doch gerade die Politik der G8 hat die Armut in Afrika mit zu verantworten. Schließlich haben die G8-Staaten die Verschuldung der Entwicklungsländer schamlos ausgenutzt, um diese Länder zu zwingen, ihre Schutzzölle abzubauen und ihre Sozial- und Bildungsprogramme zusammenzustrichen. Im Ergebnis wurden die Märkte von hoch subventionierten Produkten großer transnationaler Konzerne überschwemmt. Die fatale Folge davon war, dass die regionalen Kleinbäuer/-innen mit den Preisen der großen Ketten nicht mithalten konnten, viele verarmten und wurden landlos. DIE LINKE hat sich im Rahmen ihrer Kampagne dafür eingesetzt, dass die erzwungene Marktöffnung in Afrika rückgängig gemacht wird, denn in Entwicklungsländern sind Schutzzölle notwendig, damit die ansässigen Kleinbäuer/-innen gegenüber den transnationalen Nahrungsmittelkonzernen eine Chance haben.

3 Vgl. dazu Sven Giegold: Das Klima als Merkel-Propaganda. Erschienen in der taz vom 19.3.2007. <http://www.taz.de/pt/2007/03/19/a0133.1/text>.

Bereits bei der ersten Verständigung im Parteivorstand wurde darauf orientiert, im Herangehen an die Gipfelproteste an die Erfahrungen mit den Montagsdemonstrationen anzuknüpfen. Angedacht war also eine organisatorische wie inhaltliche Beteiligung, die wahrnehmbar ist, ohne vereinnahmend zu sein. Soweit die von unserer Seite angestrebte Herangehensweise.

Um es vorweg zu nehmen: Während der Protestwoche funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der Vertreter/-innen der LINKEN und den Bündnispartner/-innen hervorragend. Doch dies war in der Vorbereitungsphase nicht immer so. Anfangs befürchtete das Bündnis, eine Identifizierung der Proteste allein mit PDS und WASG würde andere Parteien abschrecken. Dieses Argument war ernst zu nehmen. Deswegen vereinbarten wir, unsererseits bis zu einem gewissen Zeitpunkt Zurückhaltung zu wahren. Wir versuchten sogar über persönliche Gespräche, bewegungnahe Akteur/-innen bei SPD und Grünen für eine Beteiligung zu gewinnen – leider recht erfolglos. Ein Friedensaktivist aus Rostock brachte das unterschiedliche Agieren der Parteien wie folgt auf den Punkt: »Die Grünen kümmern sich um Redezeit von Claudia Roth auf der Kundgebung. Die Linkspartei organisiert die Regale fürs Protestzentrum.«

Obwohl Mitglieder von Linkspartei, PDS und WASG durch Geld- und Sachspenden, durch die Übernahme von Praktikumsverträgen, durch Bestellen von Bussen, durch das Organisieren von Räumen usw. usf. praktisch Hand anlegten, war lange Zeit umstritten, ob wir im G8-Koordinierungskreis offiziell mitwirken dürfen und ob wir unseren Redner bzw. unsere Rednerin uneingeschränkt selbst bestimmen können. In der letzten Frage konnten wir uns leider nicht durchsetzen. Die Beteiligung im Koordinierungskreis war zumindest von Seiten von attac bis zuletzt in Frage gestellt, das Problem wurde aber auf der Arbeitsebene gelöst. Um sein Agieren zu begründen, brachte der Koordinierungskreis von attac eine Erklärung zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zu Parteien heraus<sup>4</sup>. Darin wird die unterschiedliche Funktionslogik von Parteien und

4 Im Sinne der Transparenz und zur besseren Nachvollziehbarkeit der Debatte wir hier die gesamte Erklärung dokumentiert:

*Erklärung des Attac Koordinierungskreises zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zu Parteien*

1. Die wesentliche Funktion von Parteien ist es, Wahlen zu gewinnen und auf dieser Grundlage möglichst (mit) zu regieren. Dazu treten Parteien in direkte Konkurrenz zueinander. Parteien sind Teil des formellen politischen Systems.
2. Die Funktion von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen ist eine andere. Sie agieren außerhalb des formellen politischen Systems. Sie versuchen an einem Thema oder einem Problemfeld das Meinungsklima in der Gesellschaft zu beeinflussen, ohne parlamentarische Vertretung oder Regierungsbeteiligung anzustreben.
3. Auch wenn es inhaltliche und politische Übereinstimmungen zwischen einer Partei und Teilen der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen geben kann, folgen die beiden Akteurstypen in Strukturen und Dynamik also einer unterschiedlichen Logik und spielen gesellschaftlich verschiedene Rollen.
4. Dies ist keine Bewertung der Unterschiede, sondern eine Feststellung.
5. Für das Verhältnis von Parteien zur Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen ist darüber hinaus die Kon-

Bewegungen beschrieben. Die Rolle von Parteien sei vor allem durch gegenseitige Konkurrenz in Hinblick auf die Wahlen geprägt, weswegen Parteien nicht Aufgaben der Außendarstellung, der Koordination z. B. als Mitglied der Koordinationsgruppe übernehmen sollten.

Nun gibt es ernst zunehmende Argumente, warum für Parteien in einem Bündnis andere Spielregeln gelten. Denn *erstens* verzeichnet die Bewegungsgeschichte leider einige Beispiele für Vereinnahmungsversuche durch eine Partei. *Zweitens* haben Parteien jenseits von Protesthöhepunkten einen besonderen Zugang zur Öffentlichkeit, z.B. über das Parlament. *Drittens* verfügen Parteien über bekannte Persönlichkeiten, welche die Berichterstattung dominieren können. Jedoch ist die im Positionspapier von attac vorgenommene Unterscheidung einerseits von einem verkürzten Parteienbegriff sowie andererseits von einem romantisierten Bewegungsverständnis geprägt.

Parteiarbeit sollte sich meinem Verständnis nach eben nicht auf das Wirken im Parlament beschränken, sondern ebenso auf die hegemonialen Auseinandersetzungen innerhalb der Zivilgesellschaft abzielen. Die Linkspartei.PDS hat sich dieses Grundverständnis im Beschluss zum »strategischen Dreieck« aus Protesten, über den Kapitalismus hinausweisenden Alternativen und konkreter Gestaltung zu Eigen gemacht. Richtig ist: Soziale Bewegungen zielen nicht auf die Teilnahme an Wahlen ab. Doch da in dieser Gesellschaft Veränderungen letztlich der gesetzgeberischen Umsetzung bedürfen, adressieren soziale Bewegungen bei aller Staatsferne ihre Forderungen aus gutem Grund oft an parlamentarische Kräfte. Außerdem ist fast jede NGO und jedes Netzwerk auch auf die Gewinnung von Mitgliedern und Spenden angewiesen, schon um seine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Insofern konkurrieren sie zwar nicht um Wähler/-innenstimmen, aber zumindest unterschwellig auch um Mitglieder und materielle wie ideelle Unterstützung.

kurrenz von Parteien ein besonderes Problem. Sie hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass Parteien versuchten, zivilgesellschaftliche Strukturen und soziale Bewegungen zu vereinnahmen oder zu instrumentalisieren. Selbst wenn Vertreter oder Vertreterinnen von Parteien sich dessen nicht bewusst sind, oder behaupten, dies nicht zu beabsichtigen oder tatsächlich nicht beabsichtigen, so wirkt die Konkurrenzdynamik dennoch dadurch, dass zumindest Teile der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen, andere Parteien und die Öffentlichkeit dies so wahrnehmen. Unabhängig vom Wirklichkeitsgehalt dieser Wahrnehmung entsteht damit unweigerlich eine gewisse Übertragung von Parteidynamik auf Zivilgesellschaft und soziale Bewegung.

6. Wenn einzelne Parteien, wie im Fall des Gipfels in Heiligendamm kritische Positionen gegenüber den G8 vertreten, Aktivitäten von Zivilgesellschaft und Bewegungen unterstützen und sich an der Mobilisierung beteiligen, so ist das sehr zu begrüßen.

7. Attac hat auch nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Parteien in den Zusammenhängen der G8-Vorbereitung anwesend sind, am Informationsaustausch teilnehmen und ihre Meinung äußern.

8. Attac ist allerdings nicht der Meinung, dass Parteien dabei Aufgaben der Repräsentation, Außendarstellung, Koordination, Führung oder andere exponierte Funktionen übernehmen sollten, z.B. als Mitglied der Koordinationsgruppe u.ä.

9. Führende Parteipolitiker jener Parteien, die sich zu einer kritischen Position gegenüber den G8 bekennen, teilen unsere Sichtweise.

10. Unsere Position bezieht sich auf alle Parteien und ist nicht gegen eine bestimmte Partei gerichtet.

Fakt ist, eine linke Partei sollte jegliche Dominanzversuche unterlassen. Eine linke Partei sollte auch respektieren, wenn es – wie bei den Sozialforen – Orte gibt, wo sozial Bewegte unter sich diskutieren wollen. Auch sind Redner/-innenplätze nicht zu kaufen. Doch in einem Bündnis ist es erstens schon eine Frage der Transparenz, dass alle Beteiligten entsprechend sichtbar auftreten können. Zweitens: Da gesellschaftliche Veränderung gerade das Zusammenspiel von außerparlamentarischen und parlamentarischen Akteur/-innen braucht, liegt es im ureigensten Interesse von Bewegungen, dass sich innerhalb der Parteienlandschaft das Gewicht stärker zu Gunsten der Kräfte verschiebt, welche die Positionen der Bewegung teilen bzw. aufgreifen. Was nützt das deutlichste Signal gegen den Krieg, wenn die Fraktionen, die für Kriegseinsätze stimmen, sicher sein können, es gibt keine Konkurrenz in der Parteienlandschaft, welche die Position der Friedensbewegung auch im Parlament vertritt und ihnen deswegen bei der nächsten Wahl Stimmen wegnehmen könnte. Die Konkurrenz zwischen den Parteien kann ergo auch als Motor zur Positionsverschiebung innerhalb der Parteien in eine gewünschte Richtung wirken.

Umgekehrt liegt es im ureigensten Interesse einer linken Partei, dass kritische soziale Bewegungen als starke und eigenständige Akteur/-innen wahrgenommen werden. Wenn eine Bewegung allein als Vollstreckungsgehilfin einer Partei wahrgenommen wird, wird der Protest die anderen Parteien nicht beeindrucken und auch kaum neue Wähler/-innenkreise erschließen. Um es zusammenzufassen: Eine Kooperation auf Augenhöhe jenseits von Vereinnahmungsversuchen und Dominanzgehebe einerseits und andererseits jenseits von devoter Unsichtbarkeit von Parteien – so nach dem Motto »wir bezahlen alles, treten aber nicht in Erscheinung« – sollte sowohl im Interesse einer linken Partei als auch im Interesse einer progressiven sozialen Bewegung liegen.

### *Die Gewalt-Frage*

Bei ziemlich allen Pressegesprächen im Vorfeld tauchte sie über kurz oder lang immer auf – die Frage nach den Methoden des Protests, auch bekannt als die Gewaltfrage. So mancher Journalist machte sich nicht einmal die Mühe, wenigstens den Eindruck zu erwecken, ihn interessieren die inhaltlichen Botschaften, sondern fragte nur in diese Richtung nach. Nun war klar, dass die LINKE sich ausschließlich an friedlichen Aktionen beteiligen würde. Bezüglich der Frage jedoch, wie weit ziviler Ungehorsam gehen darf, gab es innerhalb der beiden Parteien unterschiedliche Auffassungen. Man hätte im Vorfeld viel Diskussionszeit damit verbringen können, dies theoretisch auszuloten und auch noch den Medien mitzuteilen. Wir waren jedoch der Auffassung, dass genau dies dem Interesse der meisten Medien, die Gipfelproteste schon im Vorfeld allein auf die Gewaltfrage zu reduzieren, nur entgegen gekommen wäre. Insofern zielte unsere Öffentlichkeitsstra-

ategie vor allem darauf, die inhaltliche Kritik in den Mittelpunkt zu stellen und zu unterstreichen, dass die Parteien zu unterschiedlichen Aktionen aufrufen, wobei im Mittelpunkt für uns die Großdemonstration und der Alternativgipfel standen.

Die meisten Beteiligten rechneten damit, dass es während der Woche, vor allem während der Blockaden, zu schwierigen Situationen in Hinblick auf die Militanzfrage kommen würde. Dass sich diese Frage schon während der Kundgebung am Samstag stellen würde, damit hatte kaum jemand gerechnet. Für eine Weile schien es, als würden die Bilder der Gewalt die gesamten Proteste überschatten. Nach einigen Tagen stellte sich heraus, dass es den Protesten in ihrer Vielfalt gelungen war, andere Bilder sprechen zu lassen. Dass das Bündnis diese Bewährungsprobe überstand, dass die Proteste in ihrer Vielfalt weitergingen und somit am Ende die Bilder der Gewalt in den Hintergrund drängten – all das war keine Selbstverständlichkeit.

Bei Auswertungsrunden im Nachhinein wurde die Gewaltfrage vorrangig aus zwei Gesichtspunkten erörtert: *erstens* aus einer moralischen Perspektive (Ist Gewalt generell gerechtfertigt?) und *zweitens* aus einer strategischen Perspektive (Können Ausschreitungen unser Anliegen befördern?). Beide Fragen sind klar zu verneinen. Man muss nicht einmal Pazifistin sein, um die erste Frage zu verneinen. Bei dieser Demonstration kam noch verstärkend hinzu, dass es eine klare Verständigung aller Beteiligten gegeben hatte, dass diese Demonstration gewaltfrei ablaufen solle. Es gibt Menschen, für deren Teilnahme ein solches Signal ausschlaggebend ist, z.B. für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sowie für Migrant/-innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Letztere müssen immerhin mit existentiellen Konsequenzen rechnen, falls sie im Zuge eines Polizeieinsatzes bei Ausschreitungen festgenommen werden, selbst schon als Unbeteiligte. Schon aus diesem Grund ist es unentschuldig, dass Einzelne durch Steinwürde aus der Kundgebung heraus den Einsatzkräften einen Vorwand zum Eingreifen geliefert haben.

Auch aus strategischer Sicht sind solche Steinwürfe abzulehnen. Sicherlich, es gibt auch Diskussionen, dass erst Randalen der Kritik das Feld der Sichtbarkeit eröffnen und Aufmerksamkeit die Währung ist, in der sich Anerkennung berechnet.<sup>5</sup> (Ich selbst als Pazifistin würde Gewalt, bei der nur die Gefahr besteht, dass Menschen in Gefahr kommen, auch dann ablehnen, selbst wenn sie strategisch gerechtfertigt wäre.) Doch für die Großdemonstration in Rostock trifft dies nicht zu. Es gab auch ohne die Ausschreitungen ein entsprechendes Medienaufgebot. Vielmehr verstellten die Bilder der Gewalt für viele Stunden komplett den Blick auf die Argumente der G8-Kritiker/-innen und stellten das Bündnis auf eine harte Zerreißprobe. Ohne das überlegte Handeln Einzelner wäre das Bündnis womöglich an diesem Punkt zerbrochen. In diesem Fall hätte für den Rest der Woche die Be-

5 Vgl. dazu Robert Misik: Genial Dagegen – Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore. Berlin 2006, S. 30.

richterstattung nur noch das Zerwürfnis innerhalb der G8-Kritiker/-innen eine Rolle gespielt und das argumentative Rüstzeug gegen den angeblichen Sachzwang Globalisierung wäre komplett unter dem Tisch gefallen. Zudem lieferten die Ausschreitungen genau die Bilder, die Schäuble, Beckstein und Co. sich sicherlich gewünscht hatten, um ihre massiven Repressionen im Vorfeld zu rechtfertigen. Die wenigen Steinewerfer/-innen haben ergo all denjenigen, die zum Sturm auf demokratische Grundrechte blasen wollen einen großen Dienst getan.

Das Verhältnis der LINKEN zur Gewalt sollte kein taktisches, sondern ein prinzipielles und von einer klaren Bejahung der Gewaltfreiheit geprägt sein. Die Frage ist jedoch: Wie reagiert man, wenn es zu Ausschreitungen kommt? Ist es klug und hilfreich, sofort unter dem Eindruck der ersten spektakulären, empörten Presseberichte mit pauschalen Distanzierungen gegenüber dem Schwarzen Block in die Öffentlichkeit zu gehen? Ist es im Sinne der Aufklärung, sofort und ohne genaue Kenntnis der Ereignisse vor Ort als Ferndiagnose eine Beurteilung und Schuldzuschreibung zu verfassen?<sup>6</sup> Ist es sinnvoll, die Polizei in einer Phase der Ausschreitungen für Ihren Einsatz zu loben und damit den Schwarzen Peter für die Ausschreitungen ohne gründliche Untersuchung und kollektiv dem so genannten Schwarzen Block zuzuschieben? Die gründliche Aufarbeitung hat mich darin bestärkt, all diese Fragen verneinen.

Die ersten Angaben zur Zahl der verletzten Polizist/-innen erwiesen sich hochgradig übertrieben. Die Pressearbeit der Polizeieinheit Kavala war von vielen haltlosen Unterstellungen geprägt. Es verdichten sich die Indizien, wonach Steinwürfe von eingeschleusten Polizeiprovokateuren ausgegangen sind. Fakt ist – und davon habe ich mich selbst direkt vor Ort bei stundenlangen und letztlich erfolgreichen Deeskalationsversuchen überzeugen können – der überwiegende Teil des so genannten Schwarzen Blocks verhielt sich während der Kundgebung friedlich und hat an der Deeskalation mitgewirkt. Das Vorgehen von Teilen der Polizei hingegen trug nicht immer dazu bei, die Ausschreitungen zu beenden, sondern heizte im Gegenteil die Stimmung noch an. So stießen beispielsweise immer wieder kleine Stoßtrupps der Polizei in die inzwischen beruhigte Kundgebung vor, um einzelne Personen herauszuzerren und festzunehmen.

Wir als LINKE haben gut daran getan, in dieser Phase besonnen zu reagieren. Die Akteur/-innen der LINKEN vor Ort haben sich auch in für sie persönlich gefährlichen Situationen aktiv um Deeskalation bemüht. DIE LINKE hat sich nicht dazu hinreißen lassen, sich von der Protestbewegung zu distanzieren. Es gibt Situationen, da ist die Presselage erdrückend und hegemonial im Sinne eines Distanzierungsgebotes. So gerechtfertigt die klare Verurteilung von Gewalt gerade bei dieser Kundgebung war, linke Politik muss sich gerade in schwierigen Situationen die Freiheit nehmen, ihr Urteil unabhängig von wie auch immer gearteten Distanzierungsgebotes der Presse zu fällen. Innere Freiheit von Erpressbarkeit

6 So geschehen im Papier »In der Sackgasse«, rls-Standpunkte 09/2007 von Lutz Brangsch und Michael Brie.

durch Stimmungsmache in den Medien ist eine Frage der inneren Einstellung. Für eine LINKE, die auf eine andere Gesellschaft hinwirkt, ist diese innere Freiheit von Medienhetze eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Agieren auch in konfliktreichen Situationen. Im Gegenteil. Sie hat aktiv deeskalierend und das Bündnis stabilisierend gewirkt und politisch auf die wahren Gewaltverhältnisse verwiesen. Wir haben zudem darauf hingewiesen, dass die Gewalt genutzt wird, um weiter demokratische Rechte abzubauen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein interessantes Phänomen festzuhalten: Unter dem akuten Eindruck der Ausschreitungen forderten einzelne Vertreter von attac im Bündnis, die geplanten Blockaden zu rein symbolischen Aktionen herabzustufen. Nur die Intervention der attac-Basis auf dem Camp verhinderte den offiziellen Rückzug von den Blockaden, den die Mehrheit der attac-Führung angestrebt hatte. Und auch hier bewies sich, dass man gut beraten ist, besonnen zu reagieren und sich nicht komplett von der Presselage erpressbar zu machen. Die Blockaden wurden zu einem politischen Erfolg. Interessanter Weise waren diejenigen von attac, die nach dem Ausschreitungen am Samstag am intensivsten die Absetzung der Blockade betrieben hatten, diejenigen, die dann stolz vor den Kameras die erfolgreiche Fünffingertaktik der Blockaden erläuterten. Spätestens an dieser Stelle wurde deutlich, dass die Gefahr der Vereinnahmung einer Bewegung nicht nur von Seiten der Parteien droht.

### *Global mobilisieren und lokal vermitteln*

Ereignisse wie die Gipfelproteste sind seit Jahren Ereignisse der internationalen Mobilisierung. Menschen aus allen Teilen der Welt kommen zusammen, um gemeinsam zu demonstrieren und zu debattieren. Diese internationale Komponente ist konstitutiv für die globalisierungskritischen Proteste. Denn auf die Globalisierung der Wirtschaft und auf die neoliberale Gestaltung der Globalisierung kann es nur eine Antwort geben: Die Globalisierung der sozialen Kämpfe. Auf Sozialforen konnte man beobachten, wie auch die Kräfte des Widerstandes die bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien in sich reproduzieren. So waren die Podien zu oft vor allem mit weißen Männern aus westlichen Ländern besetzt. Es liegt also in der Verantwortung der Veranstalter/-innen bei der Einladungspolitik dafür Sorge zu tragen, dass die Lebenswelten von Männern und Frauen und von Menschen verschiedener Generationen sowie der verschiedenen Regionen zusammenkommen. Beim diesjährigen Alternativgipfel waren erfreulicher Weise dementsprechende Anstrengungen zu bemerken.

Global denken und lokal handeln – so lautet ein Leitbild der globalisierungskritischen Bewegung. Insofern stellt sich neben der globalen Mobilisierung eine weitere Herausforderung: die lokale Vermittlung. Bereits bei der ersten Aktionskonferenz in Rostock stand die Frage, wie wir unsere Kritik an den G8 der einheimischen

Bevölkerung vermitteln. Erschwerend kam hinzu, dass in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern, welches stark auf Einnahmen aus der Tourismusbranche angewiesen ist, der Gipfel weitgehend als Chance für das Land angesehen wurde.

Die Protestbewegung bewies in dieser Frage – von einigen Aussetzern abgesehen – eine ausgesprochene Sensibilität. Door-Knocking hieß das Zauberwort. Globalisierungskritiker/-innen zogen von Haustür zu Haustür, um über ihre Anliegen zu informieren. Dieser direkten Aufklärung stand jedoch eine Propaganda gegenüber, welche die Angst vor den so genannten Chaoten schürte. Und es schien lange Zeit, als ob diese Angst die Oberhand gewinnen würde. Die letzte Aktionskonferenz im Vorfeld begann mit einer öffentlichen Diskussionsrunde in einer Kirche. Diese Veranstaltung war an sich vor allem an die Rostocker Bevölkerung adressiert. Doch die angereisten Aktivist/-innen blieben weitgehend unter sich. Wer am Vortag der Großdemo durch die Straßen Rostocks lief, bekam viele vernagelte Schaufenster zu sehen. Die Bilder der Gewalt am Rande der Kundgebung schienen in bedauerlicher Weise der Angstpropaganda recht zu geben. Es stand also zu befürchten, dass die Gipfelproteste von der regionalen Bevölkerung abgekoppelt stattfinden würden.

Doch letztlich kippte die Stimmung. Bezeichnend dafür ist ein Bericht von Adriane van Loh, der Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Birgit Schwebs in Bad Doberan, die sich von Anfang an engagiert in die Mobilisierung eingebracht hat. Ihrer Einschätzung zufolge wurden die Proteste im Vorfeld mit Skepsis erwartet, wenn auch nicht grundsätzlich ablehnend. Nach der Protestwoche berichtete sie von einer Gemeindeversammlung in Reddelich. Dort hätte es in Bezug auf das Camp an sich nur eine Frage gegeben: »Wann kriegen wir 'unser' Camp wieder?« Alles sei beeindruckend gewesen, tausende Menschen und so wenig Probleme, über ein paar Kleinigkeiten müsse man hinwegsehen. Der Bürgermeister hätte am liebsten die Wasseranschlüsse etc. fürs nächste Mal gelassen. Betroffene Bauern, die durchaus Verluste durch die Demonstranten erlitten haben, zeigen sich verständnisvoll. Ihre mehrheitliche Meinung: Wenn man die internationale Dimension betrachtet, dann darf man sich [bei Schadensansprüchen] nicht an die Demonstranten halten.«

Einen wichtigen Beitrag zur Einbindung der Bevölkerung haben die Infostände, die von der Protestbewegung an öffentlichen Plätzen rund um Heiligendamm eingerichtet wurden, geleistet. Sie dienten sowohl der Information der angereisten Aktivist/-innen als auch der Bevölkerung. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch die Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf dem Marktplatz von Bad Doberan, die auf Grund ihrer Lage und personellen Besetzung ein für die regionale Bevölkerung attraktives Angebot darstellte.

Trotz der schlechten Ausgangssituation, trotz der Ausschreitungen am Samstag ist es am Ende gelungen, die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung in die Köpfe der Ortsansässigen zu tragen.

## Was bleibt?

Nun, da der Gipfel und die Proteste vorbei sind und es Zeit ist, Bilanz zu ziehen, stellt sich die Frage nach dem, was bleibt. Im folgendem soll diese Frage getrennt nach der Bilanz des Gipfels und der Bilanz der Proteste erörtert werden.

### *Bilanz des Gipfels aus Sicht der Kritiker/-innen*

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Gipfels kann letztlich nur aus der Perspektive der konkreten Agendakritik erfolgen (siehe dazu die Ausführungen im Kapitel II.3). Die politische Substanz ist mehr als kritikwürdig. Die Ergebnisse der »Klimavereinbarungen« sind vage und ohne konkrete Festlegungen. Die Reduzierung der Treibhausgase um 50 Prozent bis 2050 »ernsthaft in Betracht zu ziehen« ist nicht ausreichend, was von allen relevanten Umweltverbänden kritisiert wird. Die Afrika-Vereinbarungen gehen nicht über die noch immer unerfüllten Versprechungen von Gleneagles<sup>7</sup> hinaus, wiederholen diese im Wesentlichen. Zudem bieten sie die Möglichkeit, die Afrika-Förderung mit der Entwicklungshilfe zu verrechnen. Also nicht Entwicklungshilfe plus Afrika-Förderung, sondern zusätzliche Mittel für Afrika aus den vorhandenen Entwicklungshilfebudgets, was nichts anderes heißt, als das andere Regionen weniger unterstützt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Geldern im Kampf gegen Aids; auch diese sind »verrechnungsfähig« und sollen weltweit eingesetzt werden – nicht nur in Afrika. Das Hauptproblem hierbei, die Pharma-Industrie zu verpflichten, ihre Produkte in den Entwicklungsländern kostenfrei oder zu den Selbstkosten einzusetzen, wurde nicht angegangen. Die vorhandenen Medikamente sind für diese Regionen nicht zu finanzieren.

Die Vereinbarungen zum geistigen Eigentum und den Handelsbeziehungen bestärken die dominante Rolle der Industriestaaten und entsprechen nicht den Forderungen nach gerechterem Welthandel. Fragen wie das US-Raketensystem in Polen und Tschechien spielten nur am Rande eine Rolle und wurden durch die Besuche von Bush in diesen Ländern weiter fest geklopft. Ein »Weiter so« im Krieg gegen den Terror wurde vereinbart. Die Beendigung der Kriege im Irak und in Afghanistan stand nicht auf der Tagesordnung des Gipfels, beim Alternativgipfel sehr wohl.

Am Schluss des G8-Gipfels in Heiligendamm bleibt die Wertung: der ganze Gipfel war von seiner Substanz ein einziger, großer Propagandarummel. Eine Merkel-Show, welche die Steuerzahler/-innen ca. 120 Millionen Euro gekostet hat.

7 Im schottischen Gleneagles fand unter britischer Schirmherrschaft 2005 das G8-Treffen statt, bei dem ein umfangreiches Entschuldungsprogramm verkündet wurde.

## *Bilanz der Gipfelproteste*

Was bleibt? – Diese Frage erinnert an den Titel einer Erzählung von Christa Wolf, in der sie sich mit den zermürbenden Erfahrungen einer Stasi-Beobachtung auseinandersetzt. Kenner erinnern sich jedoch: Der gewohnte Tagesablauf der Protagonistin wird durch eine beeindruckende Erfahrung durchbrochen. Auf einer Lesung begegnet sie einer neuen Generation von Schreibenden, die provozierende Fragen aufwirft – voller Wille und Mut, etwas zu verändern. Bei aller Verschiedenheit gibt es hier eine interessante Parallelität. Auch um Heiligendamm konnte man eine neue Generation erleben, die bestehende Zustände hinterfragt sowie für Veränderungen kämpft – und das in einer Zeit, in der alle Welt vom politischen Desinteresse der Jugend spricht. Schon in dieser Politisierung junger Menschen liegt ein Erfolg der Proteste.

Rund 80.000 Menschen kamen nach Rostock, um gegen die Politik der G8 zu demonstrieren. Die Demonstrationzüge bestachen dabei durch eine Lebendigkeit, wie sie nur selten in der Bundesrepublik zu erleben ist. Die Diskussionsrunden waren gut besucht und wurden auch von Anwohner/-innen angenommen. Mit friedlichem zivilen Ungehorsam und tausenden Beteiligten gelang das, was viele für unmöglich hielten. Die Zufahrtsstraßen wurden blockiert. Der Tagungsort des Gipfels war nur über Luft und Wasser zu erreichen. Die Berichte über die Blockaden waren die Top-Meldung, noch vor den Berichten über Angela Merkel und George Bush. Die Gipfelproteste hatten dem Gipfel die Show gestohlen.

Die Protestbewegung wurde – abgesehen von den Ausschreitungen – als attraktive gesellschaftliche Kraft mit politischer Zukunftsfähigkeit und jungem Gesicht wahrgenommen. Solche Proteste wirken als Hebel zur Veränderung. Die globalisierungskritische Bewegung ist damit auch in Deutschland zu einer wichtigen Akteurin in den hegemonialen Auseinandersetzungen geworden.

Es wurde ein gesellschaftliches Klima befördert, in dem angebliche Sachzwänge hinterfragt werden. Globalisierung, so wie sie gegenwärtig abläuft, gilt für immer weniger als Naturereignis. Der neoliberale Irrglaube, es gäbe keine Alternativen zur herrschenden Politik, ist erschüttert. Die Gipfelproteste haben damit auch einen Nährboden für politische Alternativen bereitet. Einzelne Forderungen wie Stopp des Börsenganges der Bahn oder transparenter Schuldenerlass erreichten eine breite Öffentlichkeit. Eine weitere Säule neoliberaler Hegemonie besteht in der postpolitischen Illusion vom Ende der konfliktreichen Antagonismen. Chantal Mouffe weist zu Recht auf die Gefahr hin, dass diese Perspektive die Zukunft demokratischer Politik aufs Spiel setze.<sup>8</sup> Die Gipfelproteste haben auch diese postpolitische Perspektive erschüttert.

Kritisch zu bilanzieren ist hingegen, dass strukturelle Alternativen zu den G8 in der Öffentlichkeit kaum erörtert wurden. Sicherlich: Am Anfang steht die Kraft

<sup>8</sup> Vgl. dazu Chantal Mouffe: *Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main 2005, S. 14 ff.

des gemeinsamen NEINs. Jedoch sollte nicht der Eindruck entstehen, es wäre besser, wenn die Nationalstaaten jegliche Kooperation untereinander einstellen oder die globale Politik allein den USA – als quasi G1 – überlassen. Das gemeinsame NEIN hält zusammen. Dies darf allerdings nicht zur Selbstgenügsamkeit führen. Parteien gehören zu dem Teil der Bewegung, der in die tagespolitische Auseinandersetzung im institutionellen Raum eingebunden ist. Gemeinsam mit anderen sind sie in Zukunft stärker gefordert, konkrete Alternativen im globalen Maßstab einzubringen. Für DIE LINKE heißt das meines Erachtens: Wir sind als Partei aufgefordert, in Zusammenarbeit mit vielen anderen sozialen Kräften eine kohärente sozialistische Globalisierungskritik und eine strukturelle Reformalternative zu erarbeiten.

### *Ertrag der Gipfelproteste für die Beteiligten*

Für die vielen tausenden Menschen, die wie ich an den Gipfelprotesten teilnahmen, brachten die Proteste einen ganz besonderen Ertrag. Die Rede ist von der wichtigen Schlüsselerfahrung, gemeinsam und solidarisch zu handeln. Denn: Die Gipfelproteste waren mehr als ein Protest-Event. So konnte, wer wollte, in diesen Tagen Selbstorganisation jenseits der kapitalistischen Profitlogik nicht nur theoretisch erörtern, sondern lebendig praktizieren. Schließlich funktionierten Protestcamps und Volksküche nach dem Prinzip der Selbstorganisation und das erstaunlich gut.

Auch die Blockaden haben zu diesem Schlüsselerlebnis beigetragen. Da wurde zum einen durch massenhafte Beteiligung das scheinbar Unmögliche möglich: die Blockade der Zufahrtswege zum G8-Treffen. Zum anderen wurde in den Blockaden demokratisch entschieden. Bezugsgruppen wählten Delegierte und diese erörterten in Delegiertenversammlungen das weitere Vorgehen. Die innere Struktur der Blockaden bewies, dass demokratische Verfahren gerade auch in komplizierten Situationen praktikierbar sind. Die Handlungsfähigkeit von heterogenen Truppen ist ergo auch ohne autoritäres Ansagertum und ohne Befehlskette zu organisieren und kann eine Stärke sein. Die Blockaden wurden deshalb auch zu einem Erfolg der selbstorganisierten Vielfalt gegenüber uniformierten Befehlsketten.

Auch viele, die nicht involviert waren, zeigten sich begeistert von dem Erfolg der Blockaden. Friedlicher ziviler Ungehorsam gehört zum Repertoire einer kritischen Linken. Offensichtlich entfalten solche kollektiven Grenzüberschreitungen eine Wirkung, die mit gewohnten Sichten auf die Welt bricht. Und dies befördert kritisches Denken.

Der UN-Berichterstatter Jean Ziegler eröffnete in der übervollen Nikolaikirche den Alternativgipfel mit einem Pablo Neruda-Zitat: »Unsere Feinde können alle Blumen ausreißen, den Frühling können sie nicht aufhalten.« Die Kraft des Frühlings ist mit uns. Diese Worte drücken eine gewaltige Zuversicht aus. In die Her-

zen und Köpfe der Beteiligten ist eben jene Zuversicht eingezogen. Eine Zuversicht, die länger nachwirkt, weil sie durch Erfahrung unterfüttert ist. Genau darin liegt der besondere Erfolg der Gipfelproteste.

### *Bilanz für DIE LINKE*

Linkspartei.PDS und WASG haben – kurz vor ihrer Vereinigung zur Partei DIE LINKE – mit rund 10.000 Menschen sichtbar an der Demonstration teilgenommen. Der Studierendenverband DIE LINKE.SDS sowie die Linksjugend solid waren integraler Bestandteil des Camps. Beide beteiligten sich an den Blockaden. Das Zelt der Fraktion war gut besucht und wurde auch von vielen Bad Doberaner/-innen, ja sogar von Schulklassen, angenommen. Mehrere Abgeordnete waren vor Ort und trugen zur Deeskalation bei. Auf der Auftaktkundgebung waren wir die einzige Partei, die eine Rednerin stellte. Dies und vor allem die herzliche Ankündigung der Moderation, wie gut es sei, dass nun endlich eine Partei im Bundestag sitzt, die gegen Kriegseinsätze stimmt, stellt einen Quantensprung in der Zusammenarbeit mit Bewegungen dar. Wir beteiligten uns am »Feuerwehrausschuss« des Bündnisses zum Austausch über Aktuelles und zur Vorbereitung der morgendlichen Pressekonferenz. Auf der Pressekonferenz des Bündnisses jedoch hielten wir uns zurück und setzten auf eigenständige Pressearbeit, um die des Bündnisses nicht zu dominieren. Im Gegensatz zu Anderen waren wir 24 Stunden am Tag dabei und sind nicht nur zu den medienwirksamen Terminen erschienen. Kurzum: DIE LINKE war organischer Bestandteil der Gipfelproteste und hat zu deren Gelingen beigetragen.

Es ist also festzuhalten, dass, bei allen Problemen im Vorfeld, während der Protestwoche genau jene Form der Zusammenarbeit jenseits von devoter Unsichtbarkeit der Partei einerseits und andererseits jenseits der Kolonisierung der Bewegungen durch die Partei gefunden wurde. Davon profitierten tatsächlich beide Seiten. Diese Zusammenarbeit gilt es fortzusetzen, um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern und Spielräume für linke Politik auszuweiten.

Die Grünen haben ihre dominante Rolle in dieser Bewegung verloren, die Sozialdemokraten waren fast gar nicht vorhanden, während DIE LINKE mit Sympathie aufgenommen wurde. Gerade bei »idealistisch« eingestellten Jugendlichen hat DIE LINKE an Aufmerksamkeit und Sympathie gewonnen. Wenn wir daran weiter arbeiten, kann sich ein Zugang für DIE LINKE zu diesem Teil der Jugend aufbauen.

Adriane van Loh war eine der ersten, die sich auf Fragen der Steuerungsgruppe zu Auswertung der Gipfelwoche meldete. Als Bad Doberanerin hatte sie bereits lange im Vorfeld die Sorgen der regionalen Bevölkerung erlebt. Im Nachgang fällt ihre Bilanz wie folgt aus: »Wir haben uns in diesen Tagen verändert« sagen mir Jugendliche aus der Region, die mal ins Camp gucken gingen, aber dann blieben.

Einige nahmen an den Blockaden teil, andere wollten einfach mal Internationalität erleben. Wiederum andere wollten wissen, wie denn die Globalisierungskritiker/-innen so sind und ob sie selbst leben, was sie einfordern. Der Blick für mehr und auch fürs »Anderssein« weg vom Mainstream hat sich bei mancher/m geöffnet und das Angepasstheit nicht gottgegebener Grundwert ist. [...] Auch ich habe mich verändert, hab viel erfahren und dazu gelernt. Es war die spannendste und intensivste politische Zeit seit 1989 [...]. Linke Partei + Bewegung. Aus meinem eigenen Erleben der letzten Monate bin ich überzeugt, dass es geht.«

Diese Einschätzung bringt ein Empfinden auf dem Punkt, welches bei vielen Beteiligten zu beobachten war. DIE LINKE ist bei den Gipfelprotesten als Bewegungspartei aufgetreten. Diese Erfahrung war ein Gewinn. Es ist deutlich geworden, wir können mit unserer Unterstützung nicht nur vieles ermöglichen sondern wir können im Gegenzug auch so manches von sozialen Bewegungen lernen. Das Erleben der Blockaden als Form des zivilen Ungehorsams sowie die im Camp und bei der Volksküche praktizierte Selbstorganisation gehörten zu den einschneidenden Erfahrungen der Gipfelproteste. Diese Erfahrungen haben einen politischen Lernprozess innerhalb der LINKEN befördert, der ohne die sozialen Bewegungen womöglich nicht in Gang gekommen wäre.

Dass die Proteste für DIE LINKE ein Erfolg wurden, liegt auch an dem persönlichen Einsatz einzelner. Wohl wissend, dass hier Unvollständigkeit unvermeidbar ist, gehören einige an dieser Stelle erwähnt: Christine Buchholz, die uns alle auf Trab gehalten hat und unterstützt von Lars Kleba über viele Monate hinweg dafür Sorge getragen hat, dass die Vorbereitung der G8-Proteste zu einer Kampagne wurde, die tief in der Partei verankert ist. Wolfgang Gehrcke ist es zu verdanken, dass die Fraktion sich engagiert eingebracht und unsere Kritik an der Politik der G8 an die Bevölkerung herangetragen hat. Dass die Debatten der Gipfelproteste in Mecklenburg-Vorpommern nicht im luftleeren Raum stattfanden, verdanken wir engagierten Mecklenburg-Vorpommern wie Steffen Bockhahn und Adriane van Loh. Ihnen sei stellvertretend für die vielen Genoss/-innen, die am Erfolg der Gipfelproteste mitwirkten, gedankt.

## **Und jetzt? Ein kleiner Ausblick**

*Was umgehend zu tun ist*

Die Demokratie in unserem Land hat rund um den G8-Gipfel schweren Schaden genommen. Wir hatten es teilweise mit einem kombinierten Einsatz von Polizei

9 Diese Überschrift bezieht sich aus gutem Grund auf ein aktuell erschienenes Buch: Heinrich Geiselberg (Hrsg.): Und jetzt? – Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/Main 2007. Es bietet eine empfehlenswerte Bestandaufnahme über aktuelle Formen von Politik und Protest sowie ihrer Akteure und Theoretiker.

und Bundeswehr zu tun. Einsatz der Bundeswehr im Inneren, Einsatz von V-Leuten (bzw. agents provocateurs), Vorbeuge- und Unterbindungsgewahrsam, Bruch des Demonstrationsrechtes, gesperrte Gebiete zu Wasser, Land und in der Luft – alles in allem einer der problematischsten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik. In den Parlamenten hat die Aufarbeitung des Einsatzes begonnen und muss konsequent weiter geführt werden.

Der bisher nicht gedeckte Restbetrag für die Protestwoche beläuft sich auf rund 50.000 EUR. Diese Außenstände gilt es nun durch gemeinsame Spendensammlung zusammenzutragen.<sup>10</sup> Bei seinem abschließenden Auswertungstreffen verständigten sich die beteiligten Akteur/-innen jedoch nicht nur über Fragen der organisatorischen Abwicklung, sondern auch über die weitere politische Arbeit. Sicherlich, das Bündnis wird in dieser Runde so nicht mehr zusammen kommen. Aber viele werden gemeinsam zur Friedensdemonstration am 15. September gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr mobilisieren bzw. den Klimaaktionstag am 8. Dezember ausgestalten. Verabredet wurde auch, dass bei dem Sozialforum in Cottbus vom 18. bis zum 21. Oktober Raum zur gemeinsamen Auswertung der Gipfelproteste angeboten wird. Neben dem Austausch von Aktionsterminen erörterte man auch mögliche gemeinsame inhaltliche Klammern. Dabei schälte sich ein Thema besonders heraus: Globale Soziale Rechte.

### *Globale Soziale Rechte – eine Klammer für weitere Bündnisarbeit*

In den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und linken Parteien werden zurzeit intensiv Diskussionen um »Globale Soziale Rechte« geführt. Ziel dieser Debatte ist es, scheinbar weit voneinander entfernte, über den Nationalstaat hinausreichende Kämpfe miteinander zu verbinden und einen Rahmen zu entwickeln, welcher der Globalisierung des Kapitals und der Märkte die Globalisierung der Rechte und Anrechte entgegensetzt. Ausgangspunkt der Debatte ist hierbei der Grundsatz, dass alle Menschen das Recht haben, das eigene Leben in Würde führen und umfassend an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen zu können. Globale Soziale Rechte beinhalten das Recht auf angemessenen Lebensstandard. Das bedeutet den Zugang zu Nahrung, Bekleidung und Unterkunft; das Recht auf physische und psychische Gesundheit; das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Rechte sollen für jeden Menschen gelten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Staatszugehörigkeit oder Leistungsfähigkeit. Global bedeutet in diesem Zusammenhang zum einem weltweit und zum anderen umfassend.

<sup>10</sup> Gemeinsames Spendenkonto ist das Sonderkonto des Veranstalterkreises der Großdemonstration: Förderverein Frieden e.V. wg. G8, Konto-Nr.: 1900 726 793 bei Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98), Stichwort: G8-Defizit.

Die Denkfigur Globale Soziale Rechte kann dabei in dreierlei Hinsicht Übersetzungs- und Überbrückungsarbeit leisten. Erstens verbindet sie soziale Kämpfe in verschiedenen Regionen, z. B. den Kampf um Zugang zu Wasser in Indien mit dem Kampf gegen Privatisierung der Stadtwerke in der Bundesrepublik. Beide Kämpfe stellen eine Gegenkraft dar zur kapitalistischen Globalisierung, wie sie von internationalen Konzernen und deren Vollstreckern betrieben wird. Zum zweiten ist die enge Verzahnung von Freiheitsrechten und sozialen Rechten konstitutiv für diese Debatte, ebenso die Einsicht in deren gegenseitige Bedingtheit. Freiheitsrechte müssen, damit sie zu praktischer Geltung kommen können, eine materielle Grundlage haben. Eine schwere Erkenntnis vieler Ostdeutscher nach der Wende lautet: Reisefreiheit nützt nur dann etwas, wenn man sich das Reisen auch leisten kann. Und umgekehrt sind demokratische Grundrechte eine elementare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und dafür, dass soziale Rechte erkämpft werden können. Gerade im Bereich der Migrationspolitik wird sichtbar, wie Freiheitseinschränkungen durch repressive Regelungen à la Residenzpflicht Hand in Hand gehen mit der Verweigerung einer materieller Mindestabsicherung durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Der Kampf um Globale Soziale Rechte ist undenkbar ohne die Forderungen nach Freizügigkeit und Mobilität.

Drittens verbindet der Kampf für Globale Soziale Rechte folgende drei Ziele: Qualitätsstandards in der Erwerbsarbeit, Garantie der gesellschaftlichen Teilhabe durch einen Soziallohn unabhängig vom Erwerbsstatus und die Aufrechterhaltung bzw. den Ausbau öffentlicher Güter. Die Idee der Globalen Sozialen Rechte stellt damit eine ideale Verbindung zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen, den Kämpfen von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, den Kämpfen gegen staatliche Repressionen sowie den Kämpfen von Migrant/-innen dar.

Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten sollte für DIE LINKE ein Bezugspunkt werden, den sie mit der globalisierungskritischen Bewegung teilt. Die Ermöglichung eines selbst bestimmten Lebens in Würde für alle Menschen weltweit, unabhängig von Aufenthaltsstatus, vom Geschlecht, von der Kaste oder vom Wohlverhalten ist ein zentraler Leitgedanke auch der neuen LINKEN. Es geht um nicht weniger als die Perspektive auf eine freie und solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

## **Die Kampagne als strategisches Instrument der LINKEN**

### **Überlegungen am Beispiel der Mindestlohnkampagne**

#### **Was bedeutet Strategie für DIE LINKE?**

DIE LINKE zeichnet sich durch eine grundsätzliche Kritik an den bestehenden sozialen Verhältnissen und der diese Verhältnisse stützenden Politik der anderen großen Parteien aus. Diese Kritik ist vergleichsweise einfach, liegen doch die negativen Auswirkungen der Politik von Schröder und Merkel – Umverteilung von unten nach oben, Benachteiligung von Frauen, Umweltzerstörung, Krieg etc. – auf der Hand. Ebenso verhält es sich mit den unmittelbaren Alternativen der LINKEN: mehr und bessere Arbeit, Existenz sichernde soziale Regelungen, gerechtes Steuersystem, höhere Löhne, Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen, Umweltschutz, friedliche Konfliktlösung etc. Ungleich schwieriger ist die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Alternative, ihren Einzelbausteinen und Verwirklichungsschritten zu beantworten. Große Erzählungen sind durch frühere Versuche nachhaltig diskreditiert. Und doch ist allen klar, dass das Einziehen von Haltelinien gegen die Durchkapitalisierung der Welt ein erster, unverzichtbarer Schritt ist, dem aber weitere folgen müssen, die uns dem Ziel einer humanen, solidarischen und gerechten Gesellschaft näher bringen.

So stellt sich für DIE LINKE die Frage nach ihrer politischen Strategie in besonderer Weise. In Unkenntnis der genauen Konturen einer zukünftigen, solidarischen Gesellschaft, kann die Strategie gerade nicht ein gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept und ein Plan zu dessen Verwirklichung sein. Strategie bedeutet unter diesen Umständen vielmehr eine Konzeption zur Bearbeitung der Unsicherheit hinsichtlich konkreter Ziele und Vorgehensweisen.

Ohne an dieser Stelle eine solche Strategie umfassend diskutieren zu können, wollen wir auf einige nach unserem Erachten wesentliche Momente verweisen. Erstens kann die Fragen nach dem Wohin und dem Wie kein politischer Akteur in allgemein gültiger Weise allein beantworten. Zweitens erscheint es realistisch anzunehmen, dass die Antworten unterschiedlich und vielleicht sogar konträr ausfallen würden, wenn die politischen Akteure jeweils nur aus sich selbst heraus eine Lösung suchten. Drittens können strategische Antworten immer nur vorläufig und in ihrer Reichweite begrenzt sein. Ihre Reichweite ergibt sich aus den in der Gesellschaft bereits entwickelten Optionen für Alternativen. (Das spricht nicht grundsätzlich gegen Visionen, sondern für deren Erdung.) In dem Maße, wie sich eine Gesellschaft weiter entwickelt (negativ oder positiv), tritt der vorläufige Charakter einer Strategie zutage und eine Überarbeitung steht an.

In diesem Sinne bestünde die Strategie der LINKEN darin, den Dialog mit den außerparlamentarischen Kräften zu führen, die sich ebenfalls am Leitbild einer demokratischen, solidarischen und gerechten Gesellschaft orientieren – ganz unabhängig von der Etikettierung als »links«. Dies setzt eigene gesellschaftspolitische Analyse und Programmatik voraus. Dieser Dialog ist die notwendige Vorstufe eines politischen Miteinanders. Nur wenn er gelingt, wird Kooperation möglich.

Dieser Dialog mit außerparlamentarischen Kräften ist nicht allein aus machtpolitischen Erwägungen (im Sinne einer Bündelung der Kräfte) nützlich. Vielmehr müssen wir aufgrund der vielfältigen Lebenswirklichkeiten und Interessenlagen in einer modernen, kapitalistischen Gesellschaft davon ausgehen, dass die für eine Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Institutionen (vom Verein über die Bürgerinitiative bis hin zu Parteien und Gewerkschaften) akzeptablen Prinzipien des sozialen Miteinanders nur aus der Vermittlung ungleicher Ansprüche und Erwartungen resultieren können. Deshalb hat der politische Dialog für DIE LINKE eine substanzielle strategische Bedeutung.

Dass der LINKEN in diesem Dialog eine eigene Rolle zukommt, resultiert aus ihrer Organisationsform, eben eine Partei zu sein. Als solche hat sie wie kaum eine andere Kraft Bezug aufs gesellschaftliche Ganze (oder: die Gesamtheit der sozialen Kämpfe) zu nehmen und diesen in die Verständigung mit anderen Organisationen, Netzwerken und Initiativen einzubringen. Aber nur als Teil einer umfassenden alternativen politischen Bewegung – nicht als ihre Spitze – kann DIE LINKE zur Verwirklichung einer gesellschaftlichen Alternative beitragen.

Aus den oben skizzierten Kriterien für eine Strategie der LINKEN folgt erstens, dass sie von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse (insbesondere den über den jeweiligen Status quo hinausweisenden Möglichkeiten) ausgehend ihre politische Programmatik formuliert. Zweitens zwingt die Vorläufigkeit der jeweils aktuellen Programme und praktischen Initiativen dazu, den politischen Dialog zu verstetigen.

## **Politischer Dialog als Strategie – Anregungen und Erfahrungen**

Die Entstehung der LINKEN spiegelt den Niedergang der SPD wider. Neben einer weitreichenden Orientierungslosigkeit ihres Spitzenpersonals gegenüber den Ursachen der Krise des bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodells und den Optionen zu ihrer Überwindung (im Sinne einer Erhaltung und Weiterentwicklung, nicht: Zerschlagung) ist der Niedergang der SPD ihrer (selbstverschuldeten) gesellschaftspolitischen Isolierung geschuldet. Eingerichtet und beschränkt auf die korporatistische Abstimmung mit den Spitzen der Gewerkschaften fehlt der SPD das Sensorium für Veränderungen in den Lebenswirklichkeiten und Interessenlagen abhängig Beschäftigter (individualisierte Ansprüche an die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit, Ausdifferenzierung von Lebenslagen quer zur Logik erwerbsarbeitsbasierter Siche-

rungssysteme, veränderte Ansprüche an politische Beteiligung jenseits von Verbänden und Parteien, aber auch Prekarisierung, anhaltende Ungleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt etc.). Die Konservativen konnten in der Parole von mehr Freiheit und weniger Staat viele dieser Ansprüche auf sich lenken, auch wenn dieses Leitbild den realen Interessen nur vordergründig entspricht und seine politische Umsetzung in eine Begünstigung des Kapitals mündet.

Auch fehlte der SPD der Draht zu den Mittlern dieser veränderten Interessenlage: zu Betriebsräten, Gewerkschaftssekretären (hier besteht der Kontakt noch am ehesten, die Signale wurden aber durch die fehlgehende Gesellschaftsanalyse von den Repräsentanten der Partei weitgehend unterdrückt), Globalisierungskritikern sowie Initiativen prekär Beschäftigter und Erwerbsloser. Auch die Kommunikation zwischen Basis und Führung in der SPD scheint unterbrochen zu sein, so dass die Signale aus der gewerkschaftlichen Basis nicht verarbeitet wurden.

DIE LINKE hat aus dieser Entwicklung programmatische Schlüsse gezogen, die hier nur umrissen werden sollen, um den gesellschaftspolitischen Hintergrund für die Strategie des Dialogs aufzuhellen.

Die zunehmende Schiefelage in den Verteilungsverhältnissen ist in der LINKEN als ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem unumstritten, auch über die politischen und ökonomischen Ursachen besteht weitgehend Einigkeit. Einig ist man sich auch über Maßnahmen, die die anhaltende Umverteilung zugunsten leistungsloser Einkommen beenden und eine gegenteilige Entwicklung befördern würden: sozial gerechte Steuerreform, Arbeitsförderung im großen Umfang, Regulierung atypischer Beschäftigung zum Schutz der Beschäftigten und der Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme sowie der Tarifmacht der Gewerkschaften, Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung und eines gesetzlichen Mindestlohns. Über weiterführende Schritte zum Umbau der Gesellschaft – von einer kapitalistischen, von Konkurrenz geprägten hin zu einer sozialistischen, von Solidarität geprägten – bestehen unterschiedliche Auffassungen. Einigkeit besteht darüber, dass die oben skizzierten Schritte zum Stopp des neoliberalen Gesellschaftsumbaus dem Aufbau einer solidarischen Gesellschaft – wie immer sie im Einzelnen zu gestalten wäre – dienlich sind.

Diese Auffassung wird von einer Vielzahl außerparlamentarischer Kräfte geteilt, die daher zu den »natürlichen« Bündnispartnern der LINKEN zählen: Gewerkschaften, globalisierungskritische Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Erwerbsloseninitiativen etc. Dabei gilt: Aus den sozialen und politischen Positionen resultiert erst einmal nur eine Nähe »an sich«! »Für sich« müssen sich die potentiellen Partner als solche erkennen. Dazu bedarf es neben der sachlichen Verständigung vor allem einer praktischen Zusammenarbeit, die Vertrauen und Verbindlichkeit sukzessive entstehen lässt.

Auch bei den außerparlamentarischen Kräften verhält es sich mit Blick auf die weiterführenden transformatorischen Perspektiven ähnlich wie bei der LINKEN: Sie sind vielfältig und heterogen. Es besteht sowohl innerhalb der jeweiligen Or-

ganisation als auch zwischen ihnen (inklusive der LINKEN) ein erheblicher (Selbst-)Verständigungsbedarf.

Dem internen Verständigungsbedarf kommen die diversen Organisationen und Netzwerke in den verschiedensten Formen nach: Seminare, Sommeruniversitäten, Bewegungsdiskurse, Podiumsdiskussionen etc. Auch die Verständigungsformen innerhalb der LINKEN sind vielfältig. Neben den Klassikern Parteitag sowie Versammlungen der Kreis- und Ortsverbänden stehen (thematische) Regionalforen, bundesweite Arbeitsgruppen und die Treffen diverser innerparteilicher Strömungen. Ein Großteil dieser Aktivitäten dient vornehmlich dem innerorganisatorischen Austausch, ist Selbstverständigung mit Blick auf die Partei oder eine ihrer Gliederungen. Weil DIE LINKE in ihrer Gesamtheit anders als ihre historischen Vorgänger sozialistischer, kommunistischer oder auch sektiererischer Couleur nicht auf homogenen sozialen Milieus mit einheitlichen Interessen und politischen Ausdrucksformen als sozialer Basis beruht, ist diese Verständigung so wichtig. Nur wenn die unterschiedlichen Positionen im parteiinternen Dialog sortiert und miteinander vermittelt werden, gewinnt die Partei Handlungsfähigkeit. Und diese ist eine unerlässliche Vorbedingung für die externe Kommunikation.

Die Kommunikation mit außerparlamentarischen Kräften hat für DIE LINKE eine doppelte Funktion. Erstens dient sie zur Verständigung über gesellschaftspolitische Entwicklungen, adäquate Positionierungen und politische Programme. Zweitens wirbt DIE LINKE in diesem Austausch für ihre Sichtweisen und Positionen. Diese Kommunikation ist ein auf Dauer angelegter Prozess, d. h. er ist nur vollständig, wenn der Dialog mit den außerparlamentarischen Kräften auf die (vorläufigen) Positionierungen der Partei zurückwirkt und sich in der Folge ihre Positionen in der Kooperation mit den Gruppen der außerparlamentarischen Linken modifizieren.

DIE LINKE betritt hier weitgehend Neuland, kann aber von parteipolitischen Erfahrungen Dritter, von den sozialen Bewegungen und aus ersten eigenen Erfahrungen lernen.

a) Was nicht geht, ist eine Bündnispolitik nach dem alten (und heute schwer in Mitleidenschaft gezogenen) Modell SPD und Gewerkschaften (die SPD als politischer Arm der Arbeiterbewegung). Praktisch fehlt es dazu an dem über Jahrzehnte gewachsenen Vertrauen und der engen personellen Verzahnung von Partei und Gewerkschaften. Außerdem ist diese Form historisch verbraucht: Das über Jahrzehnte erfolgreiche Tandem hat seit dem Moment an Dynamik verloren, als die SPD sich unter Schröder entschied, mit der Agenda 2010 den sozial- und verteilungspolitischen Rückwärtsgang einzulegen. Seitdem erweist sich die vormals erfolgreiche politische Bindung an die SPD als Dilemma für die Gewerkschaften, was eine Neuauflage dieses Politikmodells mit der LINKEN unwahrscheinlich und nicht wünschenswert macht – und das auch im Interesse der LINKEN selbst.

Die seit 2005 gewonnenen Erfahrungen der LINKEN im Umgang mit den Gewerkschaften deuten stattdessen auf eine Beziehung der »kritischen Sympathie«

hin, die sich in aktuellen gesellschaftspolitischen Kontroversen (Hartz IV, Rente, Mindestlohn, Telekom etc.) in einem solidarischen Miteinander konkretisiert. Ziel dieses Dialogs ist vorrangig, die Entwicklung dauerhafter politischer Beziehungen und der Aufbau von wechselseitigem Vertrauen. Auf diese Weise entsteht für die Gewerkschaften (und andere potentielle Bündnispartner) eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbewusstes und unabhängiges Handeln gegenüber der SPD: Erst wenn die Gewerkschaften Bündnisse mit der LINKEN als reale Alternative akzeptieren, werden sie zu einer standhaften Kritik der (un-)sozialdemokratischen Politik in der Lage sein.

b) Die großen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre hatten es vermocht, Menschen aus unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus zusammenzuführen. Dies gelang, weil die verbindenden Momente in den Vordergrund gerückt und Differenzen in den allgemeinen politischen Einstellungen und gesellschaftlichen Entwicklungsvisionen zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht zum Ausschlusskriterium erklärt wurden. Leuchtturmprojekte gaben den verbindenden Momenten Ausdruck: Die Friedensbewegung konzentrierte ihre Kritik und Aktivitäten auf den Nato-Doppelbeschluss (Stationierung von Atomwaffen in der BRD), die Umweltbewegung fand ihren Kristallisationspunkt im Widerstand gegen Atomkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen, die Frauenbewegung konzentrierte sich auf die Abschaffung des Anti-Abtreibungsparagraphen.

c) In den Arbeits- und Interessengruppen der LINKEN wird ein kontinuierlicher thematischer Dialog mit Mitgliedern und sympathisierenden Nicht-Mitgliedern organisiert. Er ist eher auf Einzelpersonen bezogen, die – sofern nicht schon Mitglied – bereits eine hohes Maß an politischer Nähe zur LINKEN aufweisen. Faktisch besteht die Hauptfunktion der Arbeits- und Interessengemeinschaften daher in der innerparteilichen Kommunikation und Meinungsbildung sowie – zu einem deutlich geringern Anteil – in der Kommunikation mit außerparlamentarischen linken Kräften.

d) Die Kommunikation mit diesen Kräften steht im Mittelpunkt der gemeinsamen Mobilisierung zu Demonstrationen, Konferenzen und lokalen Bündnissen (Sozialproteste, G8, Montagsdemos). Solche Aktivitäten sind anlassbezogen und zumeist einmalig. Diese Eigenschaften ermöglichen eine Kooperation sozial und politisch heterogener linker Kräfte. Gerade in der thematischen und zeitlichen Begrenzung (d. h. einer relativen Unverbindlichkeit) liegt die Chance, dass sich politische Gruppen und die Partei einander annähern und so die Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit schaffen.

Weitere Formen müssen in praktischen Versuchen erschlossen werden. Für DIE LINKE (wie für ihre beiden Gründungsparteien) war und ist die Mindestlohnkampagne ein solcher Versuch.

## **Die Mindestlohnkampagne der LINKEN**

### *Ausgangslage, Ziele, Zwischenbilanz*

Seit Mitte der 1990er Jahre bleibt die Entwicklung der Löhne in Deutschland deutlich hinter dem westeuropäischen Durchschnitt zurück. Zugleich kommt es zu einer schnellen und alle Wirtschaftsbereiche umfassenden Ausbreitung von Niedriglohnbeschäftigung.

Politisch wurde diese Entwicklung durch die weitgehende Liberalisierung der Finanzmärkte und die zahlreichen Deregulierungen des Arbeitsmarktes forciert. Folgen waren u. a. die höheren Rationalisierungs- und bloßen Kostensenkungsstrategien (inklusive von Lohn- und Gehaltskürzungen) der Unternehmen sowie durch die Hartz-Gesetze. Aus Angst vor Hartz IV und Billigarbeitsplätzen akzeptieren Beschäftigte immer häufiger niedrigere Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Rechtliche Schutzbestimmungen für Beschäftigte werden damit unterlaufen. Und auch die Verhandlungsmacht von Betriebsräten und Gewerkschaften wird geschwächt. Die Konsequenz: Immer häufiger werden Belegschaften Zugeständnisse bei Arbeitszeit, Lohn, Weihnachts- und Urlaubsgeld abgepresst. Dabei untergraben die Unternehmen mit der auf diese Weise erzwungen kurzfristigen Steigerung der Gewinnmargen selbst ihre Zukunftschancen: der Anreiz zu Produktivitätssteigerung durch Prozess- und Produktinnovationen sinkt, ebenso die Anstrengungen zur Sicherung und Weiterentwicklung von des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten, inklusive des Nachlassens in der beruflichen Erstausbildung und dem daraus folgenden Fachkräftemangel.

Die schlechte Lohnentwicklung – seit 1991 sind die Reallöhne gesunken – zieht zudem weitreichende Folgen für die sozialen Sicherungssysteme nach sich, die an die Löhne gekoppelt sind. Sinken die Löhne, dann sinken auch Arbeitslosengeld, Renten, die Leistungen der Pflege- und Krankenversicherung. Die geringeren Einnahmen der Sozialversicherungen wurden und werden von den Regierungen Schröder und Merkel wiederum zum Vorwand für weitere Leistungskürzungen und Privatisierungen genommen.

Die Entwicklung am unteren Ende der Lohnskala bringt dabei eine ganz neue Entwicklung mit sich, die das Verhältnis von Löhnen und staatlichen Transferleistungen auf den Kopf stellt und auch stellen soll. Bis Ende der 1990er Jahre bestand ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass Löhne und Gehälter zum Leben reichen müssen. Sozialtransfers (Arbeitslosengeld und Sozialhilfe) sollten in der Regel nur den Verdienstaufschlag bei Arbeitslosigkeit kompensieren. Seitdem die Löhne – erzwungen durch die »Flexibilisierung« der Beschäftigungsverhältnisse, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und einem unterhalb des Existenzminimums liegenden Arbeitslosengeld II – massenhaft unter das Existenz sichernde Niveau rutschen, haben sich die Ansprüche an Löhne und staatliche Transferleistungen offenbar verkehrt: Löhne brauchen nicht mehr zum Leben zu reichen, den der Staat

zahlt den Rest drauf. Damit wurden und werden die Unternehmen von Rot-Grün und Schwarz-Rot aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entlassen. Beabsichtigte Folge: Die Sozialkassen geraten aufgrund steigender Ausgaben noch mehr unter Druck, was die Politik als Rechtfertigung weiterer Kürzung missbraucht.

Diese Entwicklung war und ist von den Verantwortlichen in SPD und CDU ausdrücklich gewollt. Sie entspricht der Einschätzung, dass nur eine Verbilligung von Arbeit bei gleichzeitig steigenden Unternehmensgewinnen die Unternehmen zur Steigerung ihrer Investitionen und in der Folge zu mehr Nachfrage nach Arbeit bewegen kann.

Abgesehen davon, dass sich dieser Weg wirtschaftspolitisch als falsch erwiesen hat, hat er eine Abwärtsentwicklung bei den Einkommen aus abhängiger Beschäftigung ausgelöst, die mit tarifpolitischen Mitteln allein nicht mehr zu stoppen ist.

Diese Erkenntnis besteht bei den von Niedriglohnbeschäftigung zuerst und am meisten betroffenen Gewerkschaften Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di seit Ende der 1990er Jahre und führte zu deren Forderung nach einer staatlich festgelegten, allgemein gültigen Lohnuntergrenze. Auch für DIE LINKE (bzw. ihre beiden Gründungsparteien) zählte der gesetzliche Mindestlohn seit Beginn des Jahrzehnts zu den zentralen politischen Forderungen. Dieser wird als Ergänzung und Absicherung der tarifpolitischen Lohnfindung angesehen und gilt als Notwehr gegen die Preisgabe der Interessen von Lohnabhängigen.

Das, was sich insbesondere die SPD als traditionelle Interessenvertreterin der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen nicht mehr traut, nämlich in die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach Kriterien sozialer Gerechtigkeit steuernd einzugreifen, ist ein zentraler Gegenstand der Politik der LINKEN. Der gesetzliche Mindestlohn ist dabei nicht die einzige politische Stellschraube, aber er eignet sich als Symbol für die zunehmende Schieflage in der Primärverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ganz so, wie sich etwa die Vermögenssteuer und Hartz IV als Symbole in der Frage einer gerechten Sekundärverteilung anbieten (aber bis heute kaum genutzt werden).<sup>1</sup>

Die Forderung der LINKEN nach Existenz sichernden Löhnen – nach unten abgesichert durch einen gesetzlichen Mindestlohn – zielt auch auf den Schutz der sozialen Sicherungssysteme als einem der Hauptpfeiler eines modernen Sozialstaats. Damit ist der Mindestlohn auch eine Voraussetzung für menschenwürdige Sozialleistungen, sei es die Rente, die Gesundheitsdienstleistungen oder das Arbeitslosengeld.

Von dieser Einschätzung ausgehend beschlossen Linkspartei/WASG und die Bundestagsfraktion zu Beginn des Jahres 2006 die Organisation einer bundesweiten Kampagne mit Start am 1. Mai 2006. Sie sollte:

<sup>1</sup> Die Primärverteilung ist die Verteilung, die sich direkt aus dem Marktprozess ergibt. Sie wird durch Aktivitäten des Staates beeinflusst. Sozialversicherungen oder Steuern können die primären Einkünfte erhöhen bzw. senken. Dadurch entsteht die sekundäre Einkommensverteilung.

- dazu beitragen, das Thema Lohndumping und Verteilungsgerechtigkeit zu einem Gegenstand der öffentlichen Debatte zu machen und darüber Druck auf die Regierung auszuüben,
- die Diskussion des Themas in der Partei unterstützen und zu gemeinsam von Linkspartei und WASG getragenen Aktionen mobilisieren (und damit indirekt auch den Parteibildungsprozess unterstützen),
- den Dialog und die Bildung von Bündnissen mit außerparlamentarischen Kräften, insbesondere den Gewerkschaften, befördern,
- die öffentliche Aufmerksamkeit für parlamentarische Initiativen der Fraktion zum Mindestlohn verbreitern.

Im November 2006 hat die aus VertreterInnen von Linkspartei/WASG und Fraktion zusammengesetzte Steuerungsgruppe gemeinsam mit Kampagnenverantwortlichen aus den Bundesländern und Kreisen eine erste Zwischenbilanz gezogen. Es wurde festgestellt, dass die Kampagne gemeinsam mit den parlamentarischen Initiativen der Fraktion zur öffentlichen Wahrnehmung des Problems der Niedrig- und Armutslöhne beigetragen hat und sich die SPD gezwungen sah, auch aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Positionierung der LINKEN von ihrer zunächst ablehnenden Haltung gegenüber einem allgemein gültigen gesetzlichen Mindestlohn (nicht nur rhetorisch) abzurücken.

Damit wurde die Chance auf eine (mittelfristige) politische Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns erhöht – und ein Etappenziel erreicht. Denn für die Überwindung der neoliberalen Dominanz brauchen Gewerkschaften, soziale Bewegungen und auch DIE LINKE vor allem eins: Erfolge. Die Zunahme von Tarifrunden mit Einkommenszuwächsen ist hier ebenso wichtig wie erfolgreich abgewehrte Privatisierungen oder die Re-Kommunalisierung eines städtischen Wasserwerks.

Auch das Ziel einer breiten innerparteilichen Diskussion und Mobilisierung wurde mit zahlreichen Bildungsveranstaltungen, Infoständen, Straßenaktionen und Protesten vor Betrieben, bundesweiten Aktionstagen und einer intensiven Pressearbeit weitgehend erreicht (trotz der noch zahlreichen weißen Flecken auf der Kampagnenlandkarte).

### *Innerparteilicher Dialog: Willensbildung und Organisationsaufbau*

Der Erfolg von Linkspartei und WASG bei der Bundestagswahl im September 2005 war ein Beleg dafür, dass das neue linke Projekt von der Bevölkerung angenommen wurde. Die hohen Stimmenanteile bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und bei Erwerbslosen zeigten, dass mit der neuen linken Partei das Profil der sozialen Gerechtigkeit verbunden wurde. Mit der Ankündigung des gemeinsamen Wahlantritts und der anschließenden Vereinigung beider Parteien stieg auch die Zahl der Mitglieder erheblich an. Nach

dem Wahlerfolg kamen die Mühen der Ebene. In einem gewollt langen Parteibildungsprozess sollten die neuen Partner ein Verständnis füreinander sowie eine gemeinsame Programmatik und die Modalitäten der Fusion entwickeln. In diesen Prozess fiel die Mindestlohnkampagne als erste längerfristig angelegte, bundesweite politische Aktion.

Diese hatte für DIE LINKE drei positive Funktionen:

1. Im gemeinsamen Handeln lernten sich die neuen Partner kennen, bildeten sich Arbeits- und Kommunikationsstrukturen heraus und wurden Vorurteile abgebaut. Die Mindestlohnkampagne war von vornherein so konzipiert, dass eine größere Anzahl von Mitgliedern beider Parteien als regionale Koordinatorinnen und Koordinatoren (»Botschafterinnen und Botschafter für den gesetzlichen Mindestlohn«) einbezogen wurden. Die Kampagnenorientierung wirkte als Gegenmittel gegen selbstzerfleischende interne Konflikte. Es wurden neue Kontakte geknüpft, wechselseitige Vorurteile, antikommunistische Reflexe oder Vorbehalte gegen »die Sozialdemokraten« von der WASG wurden auf den Prüfstand gestellt. In den zahlreichen Auseinandersetzungen des Parteibildungsprozesses wirkte die Mindestlohnkampagne als Gegengewicht zu Tendenzen wechselseitiger Ab- und Ausgrenzungen. Die realen Konflikte wurden damit nicht geleugnet. Vielmehr wurde mit der Kampagne praktisch verdeutlicht, dass die tatsächlichen politischen Gegner woanders stehen.

2. In der Kampagne wurden die beiden Parteien gemeinsam wahrgenommen, in der Außenwahrnehmung handelten sie als eine Keimform der neuen Partei. An den Infoständen und bei Aktionen argumentierten die Mitglieder von Linkspartei und WASG mit gleichen Argumenten für den Mindestlohn. In den Städten, in denen Bündniskontakte z. B. mit Gewerkschaften und Kirchen geknüpft oder zu Podiumsdiskussionen eingeladen wurde, wurden die Mitglieder beider Parteien als Einheit wahrgenommen. Die einheitliche Außenwahrnehmung wurde durch ein gemeinsames Logo, einheitliche Plakate sowie Internetportale entscheidend geprägt. Die spätere Vereinigung beider Parteien wurde damit vorweggenommen, besonders dann, wenn VertreterInnen der Bundestagsfraktion einbezogen wurden, in deren Reihen die neue Entwicklung einer gemeinsamen Partei bereits antizipiert wurde.

3. Das soziale Profil der kommenden LINKEN wurde geschärft. Dies hat der sich herausbildenden Partei gut getan, wie nicht zuletzt die Analyse der Bremer Landtagswahl oder Meinungsumfragen belegen, die Stimmenverluste von SPD und CDU an DIE LINKE vor allem darauf zurückführen, dass der LINKEN eine große Kompetenz beim Thema soziale Gerechtigkeit zugetraut wird. Auch nach Innen wirkte die Kampagne profilbildend. Denn obwohl die Intention eines die Existenz sichernden Mindestlohns unumstritten war, gab es anfangs doch erheblichen Klärungsbedarf. Verletzt ein gesetzlicher Mindestlohn nicht die Tarifautonomie? Wie sollen kleine Unternehmen in strukturschwachen Regionen die Lohnerhöhung verkraften? Werden Unternehmen Personal entlassen müssen?

Sind Kombilöhne eine Alternative zum Mindestlohn? Diese und andere Fragen wurden in zahlreichen Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen erörtert und schließlich auch geklärt.

### *Politischer Dialog mit den Gewerkschaften*

Im Hinblick auf den Dialog mit den Gewerkschaften hat sich aus strategischer Perspektive im Jahr 2006 die wohl interessanteste Entwicklung vollzogen. Zu deren Verständnis ist ein Blick auf die Ausgangssituation hilfreich. Wie schon erwähnt, standen NGG und ver.di unter den DGB-Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn lange Zeit allein da. Insbesondere die IG Metall und die IG Bergbau, Chemie, Energie sahen im Mindestlohn eine Gefahr für die Tarifautonomie, gleichzeitig war in ihren Organisationsbereichen die Niedriglohnbeschäftigung weniger stark ausgeprägt als im Dienstleistungssektor.

Die SPD wiederum nahm dieses Pakt im DGB als Vorwand, Forderungen nach einem Mindestlohn nicht nachzugehen. Es galt die Devise: Wenn die Gewerkschaften sich nicht einigen, können wir nicht aktiv werden. Damit hat sie den Schwarzen Peter den Gewerkschaften zugeschoben und eine Übernahme politischer Verantwortung für das gesellschaftliche Problem der Niedrig- und Armutslöhne rundweg abgelehnt. Im Mai 2006 positionierte sich der DGB neu, in einem Mehrheitsbeschluss (gegen die IG BCE) übernahm der Gewerkschaftsbund die Forderung von NGG und ver.di nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro. Wenig später konnte der SPD-Gewerkschaftsrat nicht umhin, sich dieser Forderung anzuschließen. Damit war die Verweigerungshaltung der SPD passé (und aus entschiedenen Gegnern eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns wurden – zumindest rhetorisch – genauso entschiedene Befürworter).

Wodurch kam der Meinungsumschwung im DGB zustande? Weshalb gab insbesondere die IG Metall ihren Vorbehalt auf? Neben der Einsicht, dass der Ausbreitung von Dumpinglöhnen auch in den Tarifbereichen des verarbeitenden Gewerbes mit der Tarifpolitik allein nicht mehr beizukommen ist, war es die Veränderung der bundespolitischen Landschaft und ein konkreter Vorschlag, wie ein Mindestlohn mit der Tarifautonomie zu vereinbaren ist.

Mit der LINKEN ist im Jahr 2005 erstmals eine politische Kraft in den Bundestag eingezogen, die die Forderung nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn zum einen offensiv vertritt und zum anderen das zugrundeliegende Problem der Niedrig- und Armutslohnbeschäftigung auf die bundespolitische Tagesordnung setzen konnte und gesetzt hat – wenn auch nur mit den bescheidenen Mitteln, die einer kleineren Partei und ihrer Fraktion im Bundestag zur Verfügung stehen. Damit wurde zweierlei bewirkt. Erstens sahen und sehen sich die anderen im Bundestag vertretenen Parteien seitdem genötigt, sich mit der Problematik von Löhnen auseinanderzusetzen, die nicht ausreichen, um die Existenz zu sichern.

Einfach Aussitzen kann sich nur noch die FDP leisten. Die anfängliche Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns bei Grünen, Sozial- und Christdemokraten wich im Lauf des Jahres 2006 – befördert durch die erhebliche Medienresonanz des Themas – der Einstellung, dass Hungerlöhne ein relevantes gesellschaftliches Problem seien und die Politik dagegen etwas tun müsse. Sogar die CDU sah sich gezwungen, (mit allerlei untauglichen Vorschlägen) Aktivität vorzugaukeln, die ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber einem allgemeinen Mindestlohn kaschieren sollte. Und die SPD konnte in dieser Situation das Problem zu niedriger Löhne nicht länger bei den Gewerkschaften abstellen und sich für nicht zuständig erklären.

Damit entstand auch für die DGB-Gewerkschaften eine neue Situation. Erstmals gab es die realistische Aussicht, dass im Bundestag (eher mittel- als kurzfristig) eine Mehrheit für die politische Setzung von Lohnuntergrenzen entstehen könnte. Und es gab auf Seiten der LINKEN konkrete Bemühungen, den gewerkschaftlichen Anspruch auf Erhalt der Tarifautonomie mit einem von der Politik festgelegten allgemeinen Mindestlohn konzeptionell zu vereinbaren.

Bereits unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestages im Herbst 2005 fanden erste Gespräche zwischen Mitgliedern der Bundestagsfraktion und den Grundsatzabteilungen einiger DGB-Gewerkschaften statt. Dabei ging es auch um die Frage, wie eine Mindestlohn-Lösung aussehen müsste, die die Zustimmung der Gewerkschaften finden könnte. In weiteren Fachgesprächen wurden die Grundzüge einer solchen Lösung entwickelt. Schließlich folgte am 8. Mai 2006 eine – auch von den Medien beachtete – öffentliche Anhörung der Fraktion zum Thema. Erstmals signalisierten dort Vertreter aus den Grundsatzabteilungen von NGG, ver.di und IG Metall gemeinsam Zustimmung für einen konkreten Mindestlohn-Vorschlag.

Das Konzept der LINKEN sieht vor, einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn mit tariflich vereinbarten und per Gesetz fixierten, branchenbezogenen Mindestlöhnen zu koppeln. Der gesetzliche Mindestlohn bildet dabei die allgemeine Untergrenze der Entlohnung. Liegen die untersten Tarifentgelte einer Branche über dieser gesetzlichen Mindestanforderung, erklärt sie der Gesetzgeber auf Antrag einer der Tarifparteien zum Mindestlohn der jeweiligen Branche. Die anfängliche Höhe des Mindestlohns sollte dabei nicht unter 8 Euro liegen, wobei die Differenz zur von NGG und ver.di geforderten 7,50 Euro von den Gewerkschaftsvertretern und der LINKEN als politisch nachrangig angesehen wurde. Schließlich handelt es sich bei beiden Größen lediglich um den Einstieg, dem zügig weitere Anhebungsschritte folgen müssten, damit mit dem Mindestlohn dauerhaft eine Existenz sichernde Entlohnung erreicht würde.

Parallel zu den Fachgesprächen zwischen Fraktion und Gewerkschaften im Frühjahr 2006 bereitete DIE LINKE ihre Mindestlohnkampagne »8 plus« vor. Auch dabei spielte der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen von NGG und ver.di eine wesentliche Rolle, die ihrerseits im März 2006 eine Kampagne für

den gesetzlichen Mindestlohn gestartet hatten. Es bestand Einigkeit in der Einschätzung der politischen Ausgangssituation: Bis auf DIE LINKE lehnten (im Winter/Frühjahr 2005/2006) alle im Bundestag vertretenen Parteien den Mindestlohn ab, auch im DGB gab es keine Mehrheit dafür, und weder in der Bevölkerung noch in der veröffentlichten Meinung spielte der Mindestlohn und die Misere der Niedrig- und Armutslöhne eine Rolle.

Wollte man die Parteien und die Gewerkschaften zu einem Umdenken bewegen, musste sich die öffentliche Wahrnehmung verändern. Dazu dienen die Kampagnen von NGG und ver.di einerseits und der LINKEN andererseits. Dass beide Kampagnen unabhängig voneinander geführt werden würden, stand außer Frage. Eine politische Wirkung der gewerkschaftlichen Kampagne gegenüber den Regierungsparteien würde nur zu erzielen sein, wenn diese von SPD und CDU nicht unter DIE LINKE abzulegen und damit leicht zu übergehen wäre. Konsens bestand aber auch darüber, dass beide Kampagnen das gleiche Ziel verfolgen und Kooperationen auf regionaler Ebene nach Maßgabe der dort Verantwortlichen nichts im Weg stehen würde. So kam es denn im Lauf des Jahres 2006 zu einer Vielzahl von Aktionen in Städten und Gemeinden, die von den beiden Gewerkschaften und der LINKEN gemeinsam getragen wurde, bis hin zu dem auch in der überregionalen Öffentlichkeit wahrgenommenen landesweiten Mindestlohnbündnis in Sachsen-Anhalt.

Die Positionierung der LINKEN im Bundestag (der erster Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wurde im Februar 2006, ein zweiter Antrag mit einem konkreten Vorschlag zur Umsetzung wurde im Juni 2006 eingebracht), die Ausarbeitung eines zustimmungsfähigen Mindestlohnkonzepts durch die Fraktion, die Kampagnen von NGG/Ver.di und der LINKEN und das sich aufgrund dieser Ereignisse aufbauende öffentliche Interesse trugen schließlich dazu bei, dass sich auch die IG Metall für den gesetzlichen Mindestlohn aussprach und der DGB Ende Mai 2006 einen entsprechenden Mehrheitsbeschluss fasste.

### **Fazit: Zur strategischen Reichweite von Kampagnen**

Wir haben eingangs Strategie als Konzept zur Bearbeitung der Unsicherheit hinsichtlich konkreter Ziele und Vorgehensweisen charakterisiert. Inwieweit wird die Mindestlohnkampagne diesem Anspruch gerecht?

Die Kampagne hat vier Ziele erreicht: Erstens wurde ein parteiinterner (bzw. zwischen WASG und Linkspartei) stattfindender Verständigungsprozess über die Frage befördert, wie unter den Bedingungen einer sich radikal verschlechternden Situation von abhängig Beschäftigten deren Anspruch auf Existenz sichernde Löhne gewahrt werden kann. Im weiteren Sinn ging es um einen Beitrag zur Klärung der Frage, welche Entwicklungsperspektive DIE LINKE der Zerschlagung des Sozialstaates entgegenzusetzen gedenkt.

Zweitens wurde die Einbeziehung der ganzen Partei in diesen Selbstverständigungsprozess ermöglicht. Was sonst zumeist nur auf kleine Zirkel politischer AktivistInnen beschränkt bleibt, wurde auf alle Gliederungen der Partei ausgedehnt. Das fördert das Verständnis in der Sache und das praktische Engagement. Und es befähigt zur Bildung von Bündnissen mit außerparlamentarischen Kräften.

Drittens wurde am Gegenstand des gesetzlichen Mindestlohns zwischen Partei, Gewerkschaften, Kirchengruppen, Erwerbsloseninitiativen (auf unterschiedlichen Ebenen) ein Dialog über die oben genannte Frage nach der Zukunft des Sozialstaats angestoßen. Dabei wurden über den Mindestlohn hinaus weitere Themenfelder für eine Fortsetzung des Dialogs eröffnet: Eindämmung prekärer Beschäftigung (Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Mini-Jobs etc.), Verhinderung von Massenentlassungen und Standortverlagerungen, Ausbau des Streikrechts etc.

Viertens haben die im Vorfeld und in Begleitung der Kampagnen geführten Gespräche zur Annäherung der Positionen der DGB-Gewerkschaften beigetragen. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass DIE LINKE eine Konzeption entwickelt hat, die den gesetzlichen Mindestlohn in Einklang mit der Tarifautonomie bringt. So wurde überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen, in der Öffentlichkeit die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zu verankern und darüber SPD und Grüne von ihrer anfänglich ablehnenden Haltung abzubringen.

Welche allgemeinen Schlussfolgerungen können wir aus diesen Erfahrungen ziehen? Wo liegt das besondere strategische Potential politischer Kampagnen?

- Sie sind für das Vertrauen und die Kooperation potentieller Bündnispartner förderlich. Sie sind Katalysatoren, die aus potentiellen Verbündeten tatsächliche Bündnispartner machen Ihr anlassbezogener Charakter und ihre begrenzte politischen Reichweite ermöglichen dabei auch Kooperationen unter Partnern, die unter Umständen in ihren weiterführenden gesellschaftspolitischen Zielen voneinander abweichen. Im Vergleich zu punktuellen Aktivitäten (etwa der gemeinsamen Vorbereitung einer Demonstration oder einer Diskussionsveranstaltung) fordern sie aber ein höheres Maß an politischer Vor-Verständigung.

- Sie stellen sowohl parteiintern als auch zwischen Bündnispartnern eine spezifische Form der praktischen Verständigung dar, mit der die gesamte Breite der jeweiligen Organisation(en) in den Austausch einbezogen wird. Sie aktivieren die Beteiligten und fordern sie auf, ihre Interessen und Vorstellungen einzubringen.

- Kampagnen sind Phasen einer intensivierten und zielgerichteten Kommunikation. Als solche können sie die praktische Organisationsentwicklung der Partei befördern und einen Beitrag zu einem produktiven Umgang mit politischen Differenzen in Grundsatzfragen liefern.

- Die Kampagnen machen deutlich, dass ein wesentlicher Teil der politischen Kraft der Partei DIE LINKE Quellen entstammt, die außerhalb von dieser liegen. Sie signalisieren den sozialen Bewegungen, dass die Partei dies weiß und damit verantwortlich umgeht. Die Bündelung dieser Ressourcen in einer Kampagne macht deutlich, dass DIE LINKE sich als ein Teil einer übergreifenden alternati-

ven Bewegung versteht, dem mit der parlamentarischen Vertretung von Interessen eine bestimmte Funktion zufällt, ohne dass daraus ein Führungsanspruch erwachsen würde oder auch nur könnte.

- Kampagnen sind Symbole für die Positionierung der LINKEN in zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (Mindestlohn: gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums; höheres Arbeitslosengeld II: gerechte soziale Sicherung, Bundeswehr raus aus Afghanistan: friedliche Konfliktlösung etc.). Ihre Zahl kann nicht beliebig erhöht werden. Daher sollten die (wenigen) kampagnenfähigen Themen auch dafür genutzt werden, die über das unmittelbare Thema hinausgehenden politischen Positionen der LINKEN innerparteilich und mit Bündnispartnern zu entwickeln.

- Kampagnen sind auch Pilotprojekte, um gesellschaftspolitische Alternativen zu stärken und Mehrheiten zu ihrer Durchsetzung zu schaffen. Sie sind die Fahne, um die sich die Kämpfenden versammeln – sie bieten Orientierung und bündeln die Kräfte.

Dieses strategische Potential von Kampagnen sollte DIE LINKE systematisch nutzen. Voraussetzungen dafür sind eine mittelfristige politische Planung, ein in den Strukturen und Prozessen der Partei verankerter kontinuierlicher Dialog mit den sozialen Bewegungen und eine professionelle Kampagnenführung. Ansätze dazu sind vorhanden, noch größer aber ist der Entwicklungsbedarf.

CHRISTOPH SPEHR

## **Unterwegs zur Partei des Volkes Parteibildung und Wahlkampf in Bremen 2005-2007**

Bremen, an der Auffahrt zur Kurfürstenallee, zehn Uhr abends, im April 2007. Zwei Menschen stehen auf der Grüninsel vor dem Großflächen-Plakat der LINKEN und machen Fotos. Der eine ist Michael Horn, langjähriger PDS-Genosse und vor Jahren aus dem Osten zugewandert, seit Wahlkampfbeginn Pressesprecher in Bremen. Die andere ist Doris Achelwilm, Kulturjournalistin und frühere SPEX<sup>1</sup>-Autorin, parteilos, seit Wahlkampfbeginn Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit in Bremen. Eigentlich ist längst Feierabend, aber Feierabend in Wahlkampfzeiten ist relativ, man ist mittlerweile schon etwas überdreht, und es herrscht Begeisterung darüber dass endlich, endlich die Großflächenplakate hängen. Hinter den beiden donnert ein Truck auf die Auffahrt. Der Fahrer hat das Fenster runtergekurbelt, grinst über die Foto-Session und brüllt rüber: »Ich wähl' euch auch!«

Ungefähr zu diesem Zeitpunkt wussten Eingeweihte, dass es wahrscheinlich klappen würde mit dem Einzug der LINKEN ins erste westdeutsche Landesparlament, auch wenn die Umfragen kurz vor der Wahl noch einmal nach unten zeigten. Aber es waren Geschichten wie diese, aus denen sich der Eindruck verdichtete, dass diesmal etwas anders ist als früher, anders auch noch als bei der Bundestagswahl zwei Jahre vorher.

Fünf Prozent sind im Westen der Republik nicht einfach eine Zahl. Sie sind eine Mauer, eine Wand um ein politisches Ghetto, aus dem die organisierte Linke im Westen nie ausbrechen konnte. Mit der Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. Mai 2007 gelang es der LINKEN zum ersten Mal, diese Mauer zu durchbrechen. Was die PDS in 16 Jahren nicht geschafft hatte, was zuvor der DKP ebenso wenig gelungen war wie den Demokratischen Sozialisten (DS), der Deutschen Friedensunion (DFU) und allen anderen Versuchen, eine Partei links von der SPD zu etablieren: Diesmal glückte es.<sup>2</sup>

Und sogar sehr deutlich. Mit 8,4 Prozent übertraf die LINKE nicht nur ihr eigenes (als offensiv eingeschätztes) Wahlziel von 7 Prozent, sondern auch die Erwartungen aller Beobachter. Dass das Ergebnis in seiner Höhe nahezu identisch ist mit dem Bremer Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005, darf nicht zu dem Fehlschluss verleiten, hier wäre einfach die bundespolitische Aussage durch die Wählerinnen und Wähler wiederholt worden. Landtagswahlen sind mit Bundestagswahlen nicht vergleichbar. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Würt-

1 Magazin für Popkultur: [www.spex.de](http://www.spex.de)

2 Zur Wahlauswertung siehe Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? rls Standpunkte 11/2007; SPD-Parteivorstand: Bürgerschaftswahl Bremen 13. Mai 2007, Ergebnisse und Schnellanalysen, Berlin 2007.

temberg hatten gezeigt, dass die LINKE im Westen erst einmal mit deutlichen Abschlägen gegenüber dem jeweiligen Bundestagswahl-Ergebnis rechnen muss.

*Tabelle 1: Wahlergebnisse der LINKEN im Vergleich Bundestagswahl-Landtagswahl*

	Bundestag 2005	Landtag	Differenz	Datum der Landtagswahl
<b>Baden-Württemberg</b>	3,8	3,1	-0,7	26.03.06
<b>Rheinland-Pfalz</b>	5,6	2,5	-3,1	26.03.06
<b>Sachsen-Anhalt</b>	26,6	24,1	-2,5	26.03.06
<b>Berlin</b>	16,4	16,3	-0,1	17.09.06 Linke + WASG
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	23,7	16,8	-6,9	17.09.06
<b>Bremen</b>	8,4	8,4	0,0	13.05.07
<b>Hessen</b>	5,3			27.01.08
<b>Niedersachsen</b>	4,3			27.01.08
<b>Hamburg</b>	6,3			24.02.08

Die Wahlergebnisse in Bremen zeigen seit jeher, dass es ein deutlich unterschiedliches Wahlverhalten für Bundes- und Landeswahlen gibt. So lag z.B. die SPD bei Bundestagswahlen in Bremen lange Zeit in einem Korridor nahe bei 50 Prozent, während sie sich bei Bürgerschaftswahlen seit 1991 in einem Korridor zwischen 38 und 42 Prozent bewegt (nur 1995 vorübergehend unterbrochen durch die rechtssozialdemokratische Abspaltung der AFB<sup>3</sup>). Die CDU dagegen erzielt seit 1967 systematisch wesentlich höhere Ergebnisse bei Bürgerschaftswahlen (30 Prozent + X) als bei Bundestagswahlen (25 Prozent und darunter).

Entsprechend war klar, dass der gesamtdeutsche Erfolg der LINKEN bei der Bundestagswahl zwar eine notwendige Voraussetzung war für ein gutes Ergebnis

*Tabelle 2: Wahlergebnisse im Land Bremen 1995-2007*

	Bürger- schaft 1995	Bundes- tag 1998	Bürger- schaft 1999	Bundes- tag 2002	Bürger- schaft 2003	Europa- Parlament 2004	Bundes- tag 2005	Bürger- schaft 2007
<b>SPD</b>	33,4	<b>50,2</b>	42,6	<b>48,6</b>	42,3	30,5	<b>42,9</b>	36,8
<b>CDU</b>	32,6	<b>25,4</b>	37,1	<b>24,6</b>	29,8	28,0	<b>22,8</b>	25,7
<b>Grüne</b>	13,1	<b>11,3</b>	9,0	<b>15,0</b>	12,8	22,3	<b>14,3</b>	16,4
<b>Linke</b>	2,7	<b>2,4</b>	2,9	<b>2,2</b>	1,7	3,7	<b>8,45</b>	8,4
<b>FDP</b>	3,4	<b>5,9</b>	2,5	<b>6,7</b>	4,2	6,3	<b>8,1</b>	6,0
<b>DVU</b>	2,5	-	3,0	-	2,3	-	-	2,7
<b>AFB</b>	10,7	-	2,4	-	-	-	-	-
<b>Schill</b>	-	-	-	<b>1,7</b>	4,4	-	-	-
<b>sonstige</b>	2,2	<b>4,7</b>	0,5	<b>1,2</b>	2,6	9,2	<b>3,45</b>	4,0

3 »Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V. (Kurzbezeichnung AFB) war eine 1995 von unzufriedenen ehemaligen SPD-Mitgliedern gegründete Partei, die ausschließlich im Land Bremen aktiv war. Trotz der SPD-Herkunft vieler ihrer Mitglieder war ihr Programm rechts von dieser angesiedelt. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl von 1995 erzielte sie 10,7 % und zog mit 12 Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. 1999 erreichte sie nur noch 2,4 % und war somit nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten. Da ihre Mitgliederzahlen in den Folgejahren zunehmend sanken, löste sie sich 2002 auf.«[http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit\\_für\\_Bremen\\_und\\_Bremerhaven](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_für_Bremen_und_Bremerhaven).

bei der Landtagswahl in Bremen, dass aber in keiner Weise damit zu rechnen wäre, dass dieses Ergebnis sich einfach auf die Landtagswahl übertragen ließe. Landtagswahlen werden im Land gewonnen und verloren. Landesparteien werden von den Wählerinnen und Wählern deutlich getrennt betrachtet von ihren Bundesparteien, wie die Wahlergebnisse zeigen. Oder vielleicht präziser: Wählerinnen und Wähler unterscheiden sehr genau, welche Botschaften sie mit welchen Wahlentscheidungen mitteilen wollen.

Im Vergleich der Stadtteile zeigt sich, dass das Wahlverhalten zwischen Bundestagswahl und Landtagswahl in Bremen unterschiedlicher ausfiel, als das Gesamtergebnis es zeigt. Die Stadtteile wurden dafür in größere Gruppen zusammengefasst. Die urbanen Mischgebiete in der unmittelbaren Stadtmitte und Links der Weser stellen die Hochburgen der LINKEN mit 12 und 13 Prozent dar. Hier erzielen auch die Grünen Spitzenwerte von 30 bis 40 Prozent; im Beirat »Mitte« verfügen Grüne und LINKE zusammen über eine rechnerische Mehrheit. Die schwächsten Ergebnisse, gut 5 Prozent, erzielt die LINKE in den bürgerlichen Wohnvierteln, die sich von der Innenstadt weg nach Nordosten ziehen.

*Tabelle 3: Ergebnisse Bürgerschaftswahl 2007 nach Stadtteilen*

	Beirats- bereiche	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	Stimmen Linke	Anteil Linke	Anteil Linke an Wahlbereichen	Wahl- beteiligung
Mitte	11,31	35.607	22.511	2.945	13,08	8,27	63,22
Links d. Weser	21,25,261,271	43.398	24.565	2.847	11,59	6,56	56,60
Bürg. Viertel	32,34,351,361	64.836	44.865	2.413	5,38	3,72	69,20
<b>City</b>		<b>143.841</b>	<b>91.941</b>	<b>8.205</b>	<b>8,92</b>	<b>5,70</b>	<b>63,92</b>
Westen	42,43,44,411	62.384	33.803	3.538	10,47	5,67	54,19
Süd	23,24	46.429	26.985	2.002	7,42	4,31	58,12
Ost	33,37,38	74.429	39.217	3.207	8,18	4,31	52,69
<b>Quartiere</b>		<b>183.242</b>	<b>100.005</b>	<b>8.747</b>	<b>8,75</b>	<b>4,77</b>	<b>54,58</b>
Nord	51,52,53	73.198	39.771	3.167	7,96	4,33	54,33
Bremerhaven (Bhv)		85.304	44.335	3.070	6,92	3,60	51,97
<b>Bhv + Nord</b>		<b>158.502</b>	<b>84.106</b>	<b>6.237</b>	<b>7,42</b>	<b>3,93</b>	<b>53,06</b>
Bhv, Nord, Quartiere		341.744	184.111	14.984	8,14	4,38	53,87
<b>Gesamt</b>		<b>485.585</b>	<b>276.052</b>	<b>23.189</b>	<b>8,40</b>	<b>4,78</b>	<b>56,85</b>

Diesen »City«-Gebieten stehen die »Quartiere« gegenüber, Stadtviertel mit niedrigeren Einkommens- und Konsumniveaus, höherer Arbeitslosigkeit, billigerem Wohnraum und höherem migrantischen Bevölkerungsanteil. In den ehemaligen Arbeitervierteln, die sich von der Stadtmitte aus nach Westen hinziehen, ist die LINKE fast so stark wie in den urbanen Mischgebieten. Hier liegen jedoch anstelle der Hochburgen der Grünen die starken Gebiete der SPD. In den Vierteln im Süden und Osten liegen viele der sozialen Problemgebiete, die aus Mitteln der Programme »soziale Stadt«, »Wohnen in Nachbarschaften« (WiN) oder »Lokales

Kapital für soziale Zwecke« (LOS) gefördert werden. Hier liegt die LINKE knapp unter ihrem städtischen Durchschnitt.

Getrennt vom eigentlichen Stadtgebiet liegen Bremen-Nord, ebenfalls ein strukturschwaches Gebiet, und – 50 km entfernt an der Küste – Bremerhaven, das eine eigene Stadt ist, aber zusammen mit Bremen das Bundesland Bremen bildet. Bremerhaven ist die deutsche Stadt mit der fünfthöchsten Arbeitslosigkeit, die Kinderarmut liegt bei 40 Prozent. Trotz der boomenden Hafen-, Container- und Logistikwirtschaft und der teilweisen Erfolge als Wissenschaftsstandort ist Bremerhaven arm und bietet der überwiegenden Mehrzahl seiner Einwohner keine Perspektive. Hier erzielt die DVU seit Jahren stabil über 5 Prozent, was aufgrund des Bremischen Wahlrechts bereits zum Einzug in die Bürgerschaft reicht.

Tabelle 4: Ergebnisse Bundestagswahl 2005 nach Stadtteilen

	Beirats- bereiche	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	Stimmen Linke	Anteil Linke	Anteil Linke an Wahlbereichen	Wahl- beteiligung
Mitte	11,31	35.352	27.780	3.318	11,94	9,39	78,58
Links d.Weser	21,25,261,271	43.257	32.159	3.455	10,74	7,99	74,34
Bürg.Viertel	32,34,351,361	63.978	53.371	2.880	5,40	4,50	83,42
<b>City</b>		<b>142.587</b>	<b>113.310</b>	<b>9.653</b>	<b>8,52</b>	<b>6,77</b>	<b>79,47</b>
Westen	42,43,44,411	62.358	44.536	4.732	10,63	7,59	71,42
Süd	23,24	46.584	35.223	2.559	7,27	5,49	75,61
Ost	33,37,38	75.087	53.725	4.394	8,18	5,85	71,55
<b>Quartiere</b>		<b>184.029</b>	<b>133.484</b>	<b>11.685</b>	<b>8,75</b>	<b>6,35</b>	<b>72,53</b>
Nord	51,52,53	73.934	54.292	4.621	8,51	6,25	73,43
Bremerhaven (Bhv)		85.925	60.835	4.611	7,58	5,37	70,80
<b>Bhv + Nord</b>		<b>159.859</b>	<b>115.127</b>	<b>9.232</b>	<b>8,02</b>	<b>5,78</b>	<b>72,02</b>
Bhv,Nord,Quartiere		343.888	248.611	20.917	8,41	6,08	72,29
<b>Gesamt</b>		<b>486.475</b>	<b>361.921</b>	<b>30.570</b>	<b>8,45</b>	<b>6,28</b>	<b>74,40</b>

Tabelle 5: Vergleich Bürgerschaftswahl 2007 zu Bundestagswahl 2005 nach Stadtteilen

	Wahl- berechtigte		gültige Stimmen		Stimmen Linke		Anteil Linke		Wahl- beteiligung	
	2007	2005	2007	2005	2007	2005	2007	2005	2007	2005
Mitte	35.607	35.352	22.511	27.780	2.945	3.318	13,08	11,94	63,22	78,58
Links d.Weser	43.398	43.257	24.565	32.159	2.847	3.455	11,59	10,74	56,60	74,34
Bürg.Viertel	64.836	63.978	44.865	53.371	2.413	2.880	5,38	5,40	69,20	83,42
<b>City</b>	<b>143.841</b>	<b>142.587</b>	<b>91.941</b>	<b>113.310</b>	<b>8.205</b>	<b>9.653</b>	<b>8,92</b>	<b>8,52</b>	<b>63,92</b>	<b>79,47</b>
Westen	62.384	62.358	33.803	44.536	3.538	4.732	10,47	10,63	54,19	71,42
Süd	46.429	46.584	26.985	35.223	2.002	2.559	7,42	7,27	58,12	75,61
Ost	74.429	75.087	39.217	53.725	3.207	4.394	8,18	8,18	52,69	71,55
<b>Quartiere</b>	<b>183.242</b>	<b>184.029</b>	<b>100.005</b>	<b>133.484</b>	<b>8.747</b>	<b>11.685</b>	<b>8,75</b>	<b>8,75</b>	<b>54,58</b>	<b>72,53</b>
Nord	73.198	73.934	39.771	54.292	3.167	4.621	7,96	8,51	54,33	73,43
Bremerhaven	85.304	85.925	44.335	60.835	3.070	4.611	6,92	7,58	51,97	70,80
<b>Bhv + Nord</b>	<b>158.502</b>	<b>159.859</b>	<b>84.106</b>	<b>115.127</b>	<b>6.237</b>	<b>9.232</b>	<b>7,42</b>	<b>8,02</b>	<b>53,06</b>	<b>72,02</b>
Bhv,Nord,Qu	341.744	343.888	184.111	248.611	14.984	20.917	8,14	8,41	53,87	72,29
<b>Gesamt</b>	<b>485.585</b>	<b>486.475</b>	<b>276.052</b>	<b>361.921</b>	<b>23.189</b>	<b>30.570</b>	<b>8,40</b>	<b>8,45</b>	<b>56,85</b>	<b>74,40</b>

Der Vergleich zwischen Bürgerschaftswahl 2007 und Bundestagswahl 2005 in Bremen zeigt, dass die Ergebnisse in den Quartieren nahezu gleich ausfielen. In den urbanen City-Gebieten konnte die LINKE bei der Bürgerschaftswahl nochmals deutlich zulegen, während sie in den Exklaven Bremen-Nord und Bremerhaven verloren hat. Die Ursachen sind durchwegs auf der Landesebene zu suchen. In Bremerhaven war die LINKE durch den getrennten Wahlantritt bei der Stadtverordnetenversammlung geschwächt. In Mitte und Links der Weser ist die Partei nicht nur besonders mobilisierungsfähig (wie im Westen Bremens auch), hier wohnen auch die beiden Spitzenkandidaten der Bürgerschaftsliste, Peter Erlanson (Ex-WASG, Links der Weser) und Klaus-Rainer Rupp (Ex PDS, Mitte).

Die auf Bundesebene von den Medien oft geäußerte Meinung, die LINKE sei in Bremen eher trotz als wegen ihrer Landesgestalt gewählt worden (also trotz ihrer KandidatInnen, trotz ihres Landesprogramms, trotz ihres Landeswahlkampfes), geht daher in die Irre. Umgekehrt macht es Sinn, Parteibildung und Wahlkampf in Bremen im Sinne einer Best-Practice-Studie zu analysieren und zu prüfen, welche Elemente hier zum Erfolg beigetragen haben, zu bewahren sind und sich gegebenenfalls auch auf andere Bundesländer übertragen lassen.

### **Bürgerschaftswahl in Bremen: Linksrutsch und Linksverschiebung**

Bremen hat innerhalb der deutschen Bundesländer ein traditionell nach links verschobenes politisches Klima. Die Bürgerschaftswahl 2007 hat jedoch einen massiven Linksrutsch gebracht, dessen Ausmaß bemerkenswert ist. Die regierende Große Koalition verlor fast 10 Prozent (von 72.1 Prozent auf 62.5 Prozent), Rot-Rot-Grün wäre rechnerisch praktisch genauso stark (61.6 Prozent) wie eine Große Koalition. (1999, zu Beginn der Großen Koalition, betrug das Verhältnis zwischen Großer Koalition und Rot-Rot-Grün noch 79.7 Prozent zu 54 Prozent.) Das Verhältnis zwischen Rot-Rot-Grün und den bürgerlichen Parteien CDU/FDP hat sich bei der Wahl 2007 um ganze 7.1 Prozent nach links verschoben (von 56.8 zu 34.0 auf 61.6 zu 31.7). Auch für Landtagswahlen ist das eine geradezu dramatische Verschiebung. Das bürgerliche Lager ist auf unter ein Drittel der Stimmen gefallen. Eine ähnliche Dominanz gab es nur einmal seit 1945, nämlich 1987, als SPD und Grüne zusammen mit der DKP rechnerisch auf 61.5 Prozent der Stimmen kamen.

Der Linksrutsch zwischen den politischen Lagern ging einher mit einer Linksverschiebung innerhalb des linken Lagers. Die SPD verlor 5.5 Prozent, die Grünen gewannen 3.6 Prozent, die LINKE erzielte 6.7 Prozent mehr als 2003 die PDS. Ein Zusammenfallen von Linksrutsch und Linksverschiebung innerhalb des linken Lagers ist »normal« und bei den meisten Wahlen zu beobachten. Dass bei den Wahlen 2003 die PDS verlor, obwohl sich das Verhältnis zwischen links und

rechts insgesamt nach links verschob, zeigte deutlich dass etwas nicht stimmte: nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 und nach dem Austritt desjenigen Bremer Flügels, der eng mit der Sozialbewegung verbunden war, konnte die PDS nicht von der Linksverschiebung auf der Landesebene profitieren und auch nichts zu ihr beitragen.

Rechnerisch hatte in Bremen auch schon vor der Wahl 2007 eine rot-grüne Koalition eine Mehrheit. Seit 1991, als die SPD die absolute Mehrheit verlor, hätte es immer für Rot-Grün gereicht. Stattdessen regierte die SPD, die in Bremen durchgehend seit 1946 an der Macht war, zunächst mit einer Ampel-Koalition mit Grünen und FDP weiter, bevor sie 1995 in eine Große Koalition wechselte. Die Wahl 2007 hatte also den Charakter, die Große Koalition zu beenden und Rot-Grün politisch durchzusetzen. In ähnlicher Weise hatte die SPD schon seit 1955 die Mehrheit für eine Alleinregierung gehabt, ging jedoch erst dazu über, als sie nach der Wahl 1971 alleine praktisch soviel Sitze erhielt wie die sozial-liberale Koalition, mit der sie zuvor regiert hatte. In beiden Fällen vergingen vier Legislaturperioden, bis eine rechnerisch mögliche neue Koalition tatsächlich politisch realisiert wurde.

*Tabelle 6: Sitzverteilung und Senate in Bremen 1946-2007*

	Sitze							Regierung	Tatsächliche Koalition	Mögliche kleinere Koalition
	gesamt	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linke	DVU andere			
1946	100	46	24	17			13	Kaisen	Vielparteien	<b>SPD-FPD</b>
1947	100	46	24	17			13	Kaisen	Vielparteien	SPD-FPD
1951	100	43	9	12			36	Kaisen	Vielparteien	SPD-FPD
1955	100	52	18	8			22	Kaisen	Vielparteien	<b>SPD</b>
1959	100	61	16	7			16	Kaisen	<b>SPD-FDP</b>	SPD
1963	100	57	31	8			4	Dehnkamp	SPD-FDP	SPD
1967	100	50	32	10			<b>NPD 8</b>	Koschnick	SPD-FDP	
1971	100	59	34	7				Koschnick	<b>SPD</b>	
1975	100	52	35	13				Koschnick	SPD	
1979	100	52	33	11	4			Koschnick	SPD	
1983	100	58	37		5			Wedemeier	SPD	
1987	100	54	25	10	10		1	Wedemeier	SPD	
1991	100	41	32	10	11		6	Wedemeier	Ampel	<b>Rot-Grün</b>
1995	100	37	37		14		<b>AFB 12</b>	Scherf	Große Koal.	Rot-Grün
1999	100	47	42		10		1	Scherf	Große Koal.	Rot-Grün
2003	83	40	29	1	12		1	Scherf	Große Koal.	Rot-Grün
2007	83	33	23	5	14	7	1	Böhrnsen	<b>Rot-Grün</b>	

Der politische Bankrott der seit 12 Jahren in Bremen regierenden Großen Koalition stand also im Mittelpunkt des Wahlgeschehens. Die LINKE in Bremen konnte zu dieser Konstellation beitragen und von ihr profitieren, obwohl sie sich im Wahlkampf deutlich zu einer zukünftigen Oppositionsrolle bekannt hatte.

## Der Bankrott Bremens und das Ende der Großen Koalition

Die SPD hatte sich vor der Wahl nicht auf eine Koalition festgelegt. Die Option eines Wechsels zu Rot-Grün war jedoch erst 2005 möglich gemacht worden, als die SPD in einer Mitglieder-Abstimmung über die Nachfolge des ausscheidenden Bürgermeisters und Senatsvorsitzenden Henning Scherf entschied. Dabei setzte sich der damalige Fraktionsvorsitzende Jens Böhrnsen mit 72 Prozent klar gegen den Innensenator (und früheren Werder-Bremen-Manager) Willi Lemke durch. Böhrnsen galt als Exponent des linken Flügels, der mit einem Wechsel zu Rot-Grün sympathisierte, während Lemke der Kandidat des rechten Flügels war, der um jeden Preis an der Großen Koalition festhalten wollte.

Der Rücktritt von Henning Scherf symbolisierte bereits das politische Scheitern der Großen Koalition, der er 12 Jahre lang vorgestanden hatte. Die Große Koalition war die Verwalterin der Sanierungsbeihilfen, die zwischen 1994 und 2004 nach Bremen flossen. Zusammen mit dem Saarland hatte Bremen 1992 erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht auf Bundeshilfe angesichts extremer Haushaltsnotlage geklagt. Insgesamt erhielt Bremen 8,5 Mrd. Euro an Sonderzahlungen des Bundes, die in jährlichen Raten von ca. 500 bis 900 Mio. Euro eingingen.

Die Große Koalition verwendete die Gelder nicht zum Abbau der 8 Mrd. Euro Schulden, die Bremen 1994 hatte, sondern zur Finanzierung laufender Ausgaben und Zinszahlungen. Insbesondere wurden zusätzliche Investitionsprogramme aufgelegt, mit denen der Strukturwandel gefördert und Investoren angelockt werden sollten. Die Formel »Sparen und Investieren« war das Leitmotiv der Großen Koalition. Die sogenannten »konsumtiven Etats«, d. h. die Ausgaben für Soziales, Arbeit, Bildung, Kultur, wurden eingefroren und befanden sich 2004 auf dem nominellen Niveau von 1994, was einer massiven Kürzung entspricht. Die Ausgaben für den öffentlichen Dienst wurden ebenfalls eingefroren, was vor allem mit einer massiven Reduzierung der Zahl der Beschäftigten einherging. Die Ausgaben für »Investitionen« lagen im Sanierungszeitraum dagegen fast doppelt so hoch wie vorher. Die Große Koalition betrieb so vor allem Umverteilung von unten nach oben in enormen Dimensionen.<sup>4</sup>

Die Rechnung, durch die »Investitionen« würden Investoren angeworben, Arbeitsplätze geschaffen und die ökonomische und finanzpolitische Situation Bremens nachhaltig verbessert, ging nicht auf. Stattdessen blamierte sich das Land durch eine lange Reihe von Investitionsruinen wie den »Space Park«, das Musical-Theater, die Galopprennbahn, die private »Internationale Universität Bremen« (IUB).<sup>5</sup> Der »Ocean Park«, ein für Bremerhaven geplantes großwahn sinniges

4 Wolfram Elsner: Industriepolitik und neoliberales Sanierungs-Regime im Stadtstaat. Die Freie Hansestadt Bremen, in: Wolfgang Krumbain und Astrid Ziegler (Hrsg.): Perspektiven der Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland. Marburg 2005.

5 Ralf Grauel: Große Männer, große Haufen. Der Space Park in Bremen, in: brand eins 01/2005.

Projekt, wurde gerade noch gestoppt. Am Ende des Sanierungszeitraums standen sprunghaft gewachsener privater Reichtum, öffentliche Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit, soziales Elend und eine Gesellschaft, die in neuartiger Härte in Arm und Reich auseinanderbrach.<sup>6</sup>

Ungeachtet seiner finanziellen Krise hatte Bremen brav allen Steuersenkungen im Bundesrat zugestimmt, insbesondere der »Steuerreform« von 2000. Henning Scherf hielt bis zuletzt den Mythos hoch, Bremen hätte im Gegenzug von Kanzler Schröder die Zusage erhalten, nach Auslaufen der Sanierungshilfen werde Bremen auch weiterhin vom Bund mit 500 Mio. Euro jährlich unterstützt. Dies sei im sogenannten »Kanzlerbrief« an Scherf zugesagt worden. Die jährlich 500 Mio. Einnahmen aus dem »Kanzlerbrief« wurden sogar schon in die Haushalte 2005 und 2006 eingeplant. 2005, nach dem Ende des Sanierungszeitraums, stellte sich heraus, dass es ein derartiges Schreiben nie gegeben hatte und dass die damalige rot-grüne Bundesregierung gar nicht daran dachte, eine derartige Unterstützung einzuleiten. Damit stand der Ruin des Landes im Grunde fest, Scherf war blamiert und musste gehen, und die Große Koalition war gescheitert. Sie hielt aber auch unter Böhrnsen noch zwei Jahre lang, und es war deutlich vom Wahlausgang abhängig, ob ein Wechsel zu Rot-Grün in der SPD durchsetzbar wäre und im Land hinreichend Akzeptanz finden würde.

Der eigentliche Bruchpunkt war jedoch der Tod des zweijährigen Kevin im Oktober 2006. Kevin, von seiner drogensüchtigen Mutter und ihrem ebenfalls drogensüchtigen Freund Bernd K., der mutmaßlich ihren Tod im November 2005 verursacht hatte, im Problemgebiet Gröpelingen im Bremer Westen aufgezogen, war mehrfach in Heime eingewiesen worden und unterstand seit dem Tod der Mutter der Vormundschaft des Jugendamtes. Obwohl das Heim auf deutliche Spuren von Misshandlungen hinweist, wird Kevin wieder Bernd K. überstellt. Nachdem dieser keine Auflagen einhält und zu keinem Termin erscheint, will das Jugendamt Kevin wieder in ein Heim einweisen. Da ist es jedoch bereits zu spät. Die Polizei findet die Leiche Kevins im Kühlschrank, eingewickelt in eine Wolldecke und drei gelbe Plastiksäcke. Hand und Oberschenkel sind gebrochen. Unter dem roten Pullover und der roten Hose trägt er drei Windeln übereinander. Wie lange er schon tot ist, kann nicht genau geklärt werden.<sup>7</sup>

Der Tod Kevins bedeutete einen traumatischen Einschnitt im Alltagsbewusstsein der Stadt. Dass es in der Stadt zunehmend Armut und natürlich auch soziale Probleme und soziale Problemgebiete gibt, wusste man. Aber Bremen war ja ge-

6 Merrill Lynch: German Wealth Report 2000; Vermögenssteuer-Statistik Bremen 1995; Günter Tempel: Die Auswirkungen sozialer Polarisierung. Zur Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in ausgewählten Bremer Wohngebieten. Freie Hansestadt Bremen, Gesundheitsamt, 2006; Günter Tempel, Eberhard Zimmermann (Hrsg.): Gefährdete Kindheit. Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Entwicklungschancen von Kindern in Bremen. Freie Hansestadt Bremen, Gesundheitsamt, 2007.

7 Ralf Wiegand: Der Fall Kevin, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 2006; Inken Ramelow und Kerstin Schneider: Bernd K.s hilfreicher Hausarzt, in: stern 1. November 2006; Bericht des Untersuchungsausschusses »Kindeswohl«. Freie Hansestadt Bremen, April 2007.

wohnt, mit sozialen Problemen zu leben und sich auch darum zu kümmern. Kevins Tod beleuchtete dagegen schlaglichtartig, dass aus Armut und Arbeitslosigkeit inzwischen abgrundtiefes Elend geworden war, und dass die Stadt nicht mehr in der Lage war, ihre Kinder zu schützen. Daran war nicht nur die soziale Lage schuld, sondern auch die verantwortungslose Sparpolitik der Großen Koalition. Im Untersuchungsausschuss »Kindeswohl« wurde bestätigt, dass das Jugendamt seine Anordnungen unter dem Diktat von strikten Kostenvorgaben traf: Mehr Notfälle, als Heimtage im Etat vorgesehen waren, durfte es nicht geben.

Am »Fall Kevin« brach in Bremen die Hegemonie des Neoliberalismus im öffentlichen Diskurs und im Alltagsverstand. Böhrnsen reagierte mit der Ankündigung, das Betreuungspersonal wieder aufzustocken, »auch wenn dafür eine Straße nicht gebaut wird«. Allgemein galt es als ausgemacht, dass die Politik in ihrem beharrlichen »Sanierungskurs« zu weit gegangen war. Damit wurde das Bedürfnis nach einem Politikwechsel greifbar.

### **Was in Bremen geschieht, kommt früher oder später auch anderswo**

Bremen hatte für die bundesdeutsche Politik immer wieder Experiment- und Laborcharakter bewiesen.<sup>8</sup> In Bremen regierte eine der ersten sozial-liberalen Koalitionen auf Landesebene (1959-65), zehn Jahre vor der sozial-liberalen Koalition im Bund. In Bremen zogen die Grünen erstmals in ein Landesparlament ein (1979), vier Jahre vor ihrem Einzug in den Bundestag. Die Große Koalition in Bremen (1995-2007) war neben den Großen Koalitionen in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin einer der Vorläufer zur Großen Koalition im Bund ab 2005. Insofern hat es Konsequenz, dass in Bremen auch die LINKE erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzog.

Obwohl Bremen als Stadtstaat und kleinstes Bundesland einigen Sonderbedingungen unterliegt, hat auch seine ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung die Tendenz, grundlegende Entwicklungen vorwegzunehmen. Im »Laborraum« des Stadtstaates (der Großstadt, die aber weder Hauptstadt wie Berlin noch eine internationale Wachstumsmetropole und »Global City« wie Hamburg ist) zeigt sich manches schneller und deutlicher, was nichtsdestotrotz langfristig auch für größere Länder und den Bund wirksam wird. Die Bremer Entwicklung »kippte« bereits Mitte der siebziger Jahre, als Einnahmen und Ausgaben systematisch begannen, auseinander zu laufen. Die Schere schließt sich nie wieder, klafft ab 1991 jedoch noch dramatischer auf.<sup>9</sup>

Obwohl beide Einschnitte mit Veränderungen in der bundesdeutschen Finanzpolitik einhergehen, die Bremen negativ trafen (der Steuererlegung nach dem

<sup>8</sup> Frank Eisermann und Christoph Spehr: Spuk im Laboratorium. Beilage »Bremen« der jw vom 26. April 2007.

<sup>9</sup> Senator für Finanzen Bremen: Zentrales Finanzcontrolling, Jahresbericht 2005, Anhang C 1: Längerfristige Haushaltsentwicklung, Seite X: Entwicklung des Finanzierungsdefizits. Bremen, 19. April 2006.

Wohnortprinzip ab 1970 und der Neuordnung der Finanzbeziehungen nach der Wiedervereinigung 1990), gehen die eigentlichen Ursachen tiefer.<sup>10</sup> Sie liegen in der Globalisierung der Ökonomie, die Mitte der 70er einsetzt und sich ab den 90er Jahren nochmals beschleunigt. In einer zunehmend arbeitsteiligen, global verkoppelten Nationalökonomie schlägt sich erfolgreiche (und meist alternativlose) ökonomische Spezialisierung nicht mehr in positiven Rückwirkungen auf die Lage der Region nieder. Der Zusammenhang von steigender Wertschöpfung und sozial integrativer Stadtentwicklung stellt sich nicht mehr von selbst her, sondern muss durch politische Regulierung bewusst hergestellt werden. Bremen ist neben Hamburg das wichtigste Logistikzentrum Deutschlands und zählt zu den zwanzig größten Containerhäfen weltweit, was für die auf Export getrimmte deutsche Volkswirtschaft von hoher Bedeutung ist. Diese erfolgreiche ökonomische Funktion schlägt sich aber vor Ort weder in höheren Steuereinnahmen, noch in mehr Arbeitsplätzen nieder.<sup>11</sup>

Es handelt sich um einen »jobless growth«, der die negativen Effekte der globalen Konkurrenz nicht kompensieren kann, für Bremen insbesondere den Niedergang der arbeitsplatzintensiven Werftenindustrie. Die moderne Logistikindustrie ist in der Wertschöpfung wesentlich erfolgreicher als die alte Werftindustrie, führt aber trotzdem vor Ort zu Arbeitslosigkeit, Verarmung und leeren öffentlichen Kassen. Da es keine sinnvolle andere ökonomische Spezialisierung gibt, muss die Funktion als Globalhafen mit hohen Investitionen verteidigt werden, weil alles sonst noch schlimmer wird. Die Investitionen führen jedoch weiter in die Verschuldung, weil sie sich – auch wenn sie erfolgreich sind – für die öffentliche Hand und das lokale Gemeinwesen nicht amortisieren. Aus dem Teufelskreis herausführen würden nur deutlich erhöhte Unternehmenssteuern auf nationaler und europäischer Ebene und ein System interregionaler Transferzahlungen, das erheblich größer und differenzierter wäre als der aktuelle Länderfinanzausgleich. Die Durchsetzung einer solchen Reform, die den Namen »Steuerreform« tatsächlich verdienen würde, scheitert aber bislang gerade an den hochorganisierten Interessen von Großkonzernen, konzentriertem Privatvermögen und hochbezahlten Spitzenkräften, die durch die bisherige Entwicklung enorm an Macht und verfügbaren Mitteln zulegen konnten.<sup>12</sup>

10 Das Kitterer-Gutachten rechnet z.B. vor, dass weder eine Rückkehr zum Arbeitsplatzprinzip in der Lohn-, Einkommens- und Gewerbesteuer, noch eine Umstellung auf ein Wertschöpfungsprinzip, Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe bringen würde. Das jährliche Defizit Bremens ohne Schuldendienst liegt aber bei ca. 500 Mio. Euro. Wolfgang Kitterer, Tanja Burckardt, Hajo Löwer: Stadtstaaten im Finanzverteilungssystem. Regionalwirtschaftliche Studien des BAW. Köln 2004.

11 Heide Gerstenberger und Ulrich Welke (Hrsg.): Seefahrt im Zeichen der Globalisierung, Münster 2002.

12 Dies bedeutet nicht, dass es hier keine Handlungsspielräume der Politik bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes gäbe. Hier liegen auch wesentliche Defizite der Großen Koalition, aber auch schon der Politik der SPD-Regierungen vorher. Anstatt Netzwerk- und Cluster-Bildungen zu fördern und gezielt aufzubauen und auf die Integration von global orientierten Wirtschaftskernen und lokaler Ökonomie hinzuwirken, wurden einseitig isolierte Großprojekte gefördert, die auch im Erfolgsfalle die Abkoppelung der lokalen Ökonomie von den »Leuchttürmen« vorangetrieben hätte. Für den Logistik-Sektor siehe z.B. Wolfram Elsner, Andreas Hübscher und

Bremen bündelt daher tatsächlich eine Situation, in der Widersprüche und Fehlentwicklungen weiter vorangetrieben sind als in anderen Ländern und im Bund. Die zugrunde liegenden Tendenzen sind aber letztlich die gleichen. Es spricht daher einiges dafür, die These vom Laborcharakter Bremens ernst zu nehmen und sich mögliche politische Lehren aus Bremen genauer anzusehen.

## **Partei Gründung und Wahlen in Bremen**

Am 1. Januar 2005 trat das »Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, kurz »Hartz IV« genannt, in Kraft. Drei Wochen später, am 22. Januar 2005, konstituierte sich die WASG bundesweit als Partei. Im Mai 2005 brachten die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen erdrutschartige Verluste der SPD und veranlassten den damaligen Bundeskanzler Schröder, die für 2006 anstehenden Bundestagswahlen bereits auf den September 2005 vorzuziehen. Kurz nach der Ankündigung Schröders löste die Erklärung Lafontaines, im Falle eines gemeinsamen Wahlantritts von PDS und WASG zusammen mit Gregor Gysi als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen, die gemeinsame Kandidatur und schließlich den Prozess der Vereinigung beider Quellparteien zur neuen Partei DIE LINKE aus.

### *Phase 1: Ausbildung der Quellparteien (Mai 2005 – Januar 2006)*

In Bremen fand das erste Regionaltreffen der WASG am 27. April 2004 im DGB-Haus statt. Wie in anderen Landesverbänden auch, bildeten sich in der WASG Bremen zwei große Flügel aus, ein linksradikaler und ein reformerisch-gewerkschaftsnaher. Im Oktober 2005 formierte sich die »Linkstendenz« als linksradikale Plattform, die im Dezember 2005 eine Mehrheit auf der Landesmitgliederversammlung erreichte und mit Jan Restat, Wolfgang Meyer und Wolfgang Lukaszewicz den Vorstand stellte. Daraufhin organisierte sich der reformerisch-gewerkschaftsnahe Flügel, der auch engere Kontakte zum Bremer Bundestagsabgeordneten Axel Troost<sup>13</sup> pflegte, im Januar 2006 als »Arbeitskreis Bremer Linke« (AKBL).

Die Bremer PDS, seit der Bundestagswahl 2005 unter dem Namen »Linkspartei« agierend, stürzte durch den gemeinsamen Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 erst einmal in eine Krise. Konflikte um Arbeitsweisen und persönliche Vorbehalte eskalierten in einer Spaltung des Vorstands und der Partei in zwei Grup-

Manfred Zachial: Regionale Logistik-Cluster. An den Beispielen Bremen, Hamburg und Rotterdam. Frankfurt/Main 2005.

13 Axel Troost hatte bei der Bundestagswahl 2005 für den Wahlkreis Bremen II als Direktkandidat kandidiert. In den Bundestag zog er allerdings über die Landesliste der Linkspartei Sachsen ein.

pen, die sich jeweils um die späteren Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp und Inga Nitz organisierten. Erst im Januar 2006 konnte eine integrative Lösung gefunden werden, indem ein gemeinsamer Vorstand gebildet wurde. Dafür wurde die Satzung geändert: Anstelle eines Landesvorsitzenden wurden jetzt vier gleichberechtigte SprecherInnen im siebenköpfigen Landesvorstand eingerichtet.

Wie auch anderswo im Westen, war das Verhältnis zur WASG dadurch belastet, dass einige Protagonisten der WASG-Gründung früher Mitglieder der PDS gewesen waren und ihrerseits in Unzufriedenheit und Streit ausgetreten waren. Die Vereinigung der beiden Parteien holte so auch Konflikte nach, die als innerparteiliche Konflikte in der PDS nicht gelöst oder nicht geführt worden waren. Seinerzeit hatte es zwei große Austrittswellen aus der PDS gegeben. 1999 war der »linksradikale« Flügel um Martina Renner und Uwe Schubert ausgetreten bzw. zog sich zurück, der durch eine Eintrittswelle aus der organisierten studentischen Szene eineinhalb Jahre lang die Mehrheit und den Vorstand gestellt und bei den Bürgerschaftswahlen 1995 mit 2,9 Prozent das bis dahin beste Ergebnis der PDS in Bremen und im Westen überhaupt erzielt hatte. Anlass für das Ausscheiden waren sowohl der Verlust der Mehrheit als auch die politische Enttäuschung, dass weitergehende Hoffnungen bei der Wahl 1999 nicht erfüllt worden waren. Ein Teil dieses Spektrums sammelte sich in der 1999 gegründeten Landesstiftung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, andere in der unabhängigen linken Studierenden-Organisation »solid.org«. 2003 schied der »sozialrevolutionäre« Flügel um dem ehemaligen Landesvorsitzenden Herbert Thomsen aus, nachdem auf dem Bundesparteitag in Chemnitz das neue Parteiprogramm verabschiedet worden war, das dem linken Flügel als »Godesberg der PDS« galt.<sup>14</sup> Damit verlor die PDS den engen Kontakt zu Erwerbslosen-Selbsthilfeorganisationen wie der »Solidarischen Hilfe« und eine wichtige Organisationsbasis im Bremer Westen, der später dann zum »Kernland« der Bremer WASG werden sollte.<sup>15</sup>

In Bremen waren Linkspartei und WASG ungefähr gleich stark, mit jeweils knapp unter 200 Mitgliedern. Diese Ausgangssituation machte die Schwierigkeit und die besonderen Chancen der Vereinigung in Bremen aus. Zum einen waren Rivalitäten und Kämpfe um die Führung im Vereinigungsprozess unvermeidlich. Zum anderen erzwang das faktische Patt im Machtverhältnis beider Parteien von vorneherein Verhandlungslösungen und Kompromisse und begünstigte die Herausbildung einer neuen Partei, die gleichermaßen aus beiden Quellparteien beeinflusst wurde.

14 Damals trat z.B. auch Wolfgang Meyer aus, der dann 2005 Vorstandssprecher der WASG wurde.

15 Die PDS verlor auch Personal an die SPD. Gerade die Jahre von 1999 bis 2003 zeigten, dass die PDS in Bremen über ein erhebliches Potential verfügte, aber unfähig war, ein breiteres linkes Spektrum langfristig zusammen zu halten.

*Phase 2: Zusammenwachsen. Berlin-Konflikt und Kooperationsabkommen (Januar 2006 – November 2006)*

Im April 2006 eskalierte der Konflikt um den eigenständigen Wahlantritt der Berliner WASG in der versuchten Absetzung des Berliner Landesvorstandes durch den WASG-Bundesvorstand. Dieser Vorgang führte nicht nur in der Bremer WASG zu einiger Aufregung, da sich der linksradikale Flügel stark mit der Berliner WASG identifizierte, er wurde auch in der Linkspartei mit gemischten Gefühlen gesehen, da die Autonomie der Landesverbände in der Linkspartei als eine historische Errungenschaft galt. Beide Bremer Vorstände verhandelten daher kurzzeitig über eine gemeinsame Erklärung, in der trotz unterschiedlicher Meinungen zum getrennten Wahlantritt in Berlin das administrative Vorgehen des WASG-Bundesvorstandes gegen die Berliner kritisiert wurde. Obwohl diese gemeinsame Erklärung nie verabschiedet wurde, führte sie zu erheblichen Konflikten mit der Bundesebene der Linkspartei.

So randständig diese Episode inhaltlich war, ihre Wirkung auf die Parteibildung war nicht zu unterschätzen. Die WASG unterstellte nämlich grundsätzlich, dass die Linkspartei nicht in der Lage sei, auf Landesebene eigenständig zu handeln, und dass in der Linkspartei alles zentral »aus Berlin«, also vom Bundesvorstand bzw. aus der Bundesgeschäftsstelle, gesteuert werde. Konflikte zwischen Landesebene und Bundesebene in der Linkspartei waren ein notwendiger Gegenbeweis. Gleichzeitig versuchten beide Flügel der WASG lange Zeit mehr oder weniger offen, den anderen Flügel aus der Partei zu drängen. Die Linkspartei entschied sich demgegenüber nach und nach dafür, mit beiden Flügeln zu reden, und verweigerte sich taktischen Konzepten, einen Wahlantritt mit nur einem der beiden Flügel zusammen anzustreben.

Im Juli 2006 erlangte der reformerisch-gewerkschaftsnahe Flügel der WASG wieder die Mehrheit in der Bremer WASG und stellte den Vorstand.<sup>16</sup> Der geschäftsführende Vorstand bestand aus Sönke Hundt, Toni Brinkmann und Peter Erlanson. Damit war die Vorstandswahl wiederum zur zentralen Kampfabstimmung und Machtentscheidung geworden. Breite integrative Vorstände waren nicht Teil der Kultur der WASG. Die WASG entfaltete dagegen eine starke Mitglieder-mobilisierung, die sich in intensiven, sehr konfrontativen Debatten auf Landesmitgliederversammlungen niederschlug, die sehr häufig stattfanden.

Der Mehrheitswechsel beschleunigte die Unterzeichnung des ersten Kooperationsabkommens in Vorbereitung der kommenden Landtagswahl. Darin wurde ein getrennter Wahlantritt ausgeschlossen und eine Vereinigung auf Augenhöhe angestrebt. Über die kritischen Punkte der Listenführerschaft und der Spitzenkandidatur war damit jedoch noch nicht entschieden.

<sup>16</sup> WASG kippt Vorstand, in: taz Bremen, 18. Juli 2006.

Seitens beider Bundesparteien wurde mit Nachdruck darauf orientiert, die Wahlen unter dem Label »Die Linke« anzutreten, da die Bremer Wahl unmittelbar vor dem Vereinigungsparteitag stattfinden würde und der neue Name damit bereits etabliert würde. Das setzte allerdings voraus, dass die Linkspartei die Liste anmeldete, da nur sie beim Wahlleiter diesen Listennamen beanspruchen konnte. Für die WASG war das eine Provokation, da sie schon bei der Bundestagswahl nur zähneknirschend akzeptiert hatte, auf der Liste der Linkspartei anzutreten. Da für einen Wahlantritt als WASG auch von der eigenen Bundespartei keine Unterstützung kam, gewann der Vorschlag Unterstützer, als freie Wählervereinigung anzutreten. Auch diese hätte jedoch nicht den Namen »Die Linke« führen können, wie sich herausstellte. Eine Urabstimmung in der WASG über die Frage des gewünschten Wahlantritts (auf der Liste der Linkspartei oder als gemeinsame unabhängige Wählerinitiative) brachte keine Klarheit, da den Mitglieder zwei gegensätzliche Vorschläge vorgelegt wurden, die beide eine Mehrheit erhielten.<sup>17</sup>

Das erste Kooperationsabkommen setzte eine Steuerungsgruppe ein, die paritätisch aus Linkspartei und beiden WASG-Gruppen besetzt war, also den Befürwortern eines Wahlantritts als Wählerinitiative und den Befürwortern eines Wahlantritts auf der Liste der Linkspartei (4:4:4). Die Steuerungsgruppe hatte den Auftrag, Kampfabstimmungen zu vermeiden und Entscheidungen mit einem möglichst breiten Konsens vorzubereiten.

### *Phase 3: Identitätsbildung: Wahlkampf und Fusion (November 2006 – Mai 2007)<sup>18</sup>*

Vom 10. bis 12. November 2006 führten WASG und Linkspartei unter dem Titel »Wir können auch anders! Solidarität statt Spaltung – Widerstand gegen Verarmung« gemeinsam einen landespolitischen Ratschlag durch, um inhaltlich über die kommenden Wahlen und das zu entwickelnde Wahlprogramm zu debattieren. Dabei wurden auch Fragen der Parteiform und des Verhältnisses zu den sozialen Bewegungen erörtert. Der Ratschlag war von beiden WASG-Flügeln, also Linkstendenz und AKBL, und der Linkspartei gemeinsam vorbereitet worden. Insbesondere Wilfried Schartenberg von der Linkstendenz und Klaus-Rainer Rupp hatten sich für den Ratschlag stark gemacht.

Mit dem Ratschlag begann der Prozess der gemeinsamen Identitätsbildung. Inhaltlich hatten sich beide Parteien mit der Kampagne für ein »Sozialticket« zumindest auf eine gemeinsame politische Aktion geeinigt. Die Workshops des Ratschlags nahmen bereits die Grobgliederung des Wahlprogramms vorweg; ihnen lagen vorläufige Programmpapiere für die verschiedenen Politikfelder zugrunde, die weitgehend auf die vorbereitenden Arbeitsgruppen des AKBL zurückgingen. Der Ratschlag wurde auch von Seiten der Bundesfraktion und der Bundespartei

17 Die Linke blamiert sich selbst, in: taz Bremen, 10. Oktober 2006.

18 Die Strategiepapiere sind dokumentiert in der Sammlung: Der Weg in die Bürgerschaft, 2007 (masch.)

prominent unterstützt; Oskar Lafontaine, Ulla Jelpke und Julia Bonk nahmen an Veranstaltungen im Rahmen des Ratschlags teil. Mit der einleitenden Video-Montage »Don WASGo und PDSpone« (aus Filmmaterial aus den Don Camillo-Filmen) deuteten beide Parteien an, dass sie sogar zu einem begrenzten Maß an Selbstironie in der Lage sein konnten.

Im Dezember einigte sich die Steuerungsgruppe schließlich auf Details des Wahantritts. Der Wahantritt würde auf der Liste der Linkspartei erfolgen (da nur in dieser Variante das Label »Die Linke« zu haben war und die Bundespartei die finanzielle Unterstützung aus dem Bundes-Wahlkampfetat davon weitgehend abhängig gemacht hatte). Im Gegenzug würde die Linkspartei einen Kandidaten aus der WASG auf Platz 1 wählen und auch sonst dafür werben, dass die Aufstellungsversammlung Kandidatinnen und Kandidaten aus der WASG auf aussichtsreiche Listenplätze wählen sollte.

Die Entscheidung gegen die Wählervereinigung veranlasste einige Mitglieder der WASG, die Partei zu verlassen oder sich aus dem beginnenden Wahlkampf zurückzuziehen. In Bremerhaven gründete sich zumindest für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, also die Kommunalwahl, eine eigene Wählervereinigung, die konkurrierend zur LINKEN antrat (allerdings weitgehend erfolglos). Die Zeit wurde allmählich knapp. Fünf Monate vor der Wahl gab es noch keine Kandidatenliste, kein Wahlprogramm, keine Wahlstrategie und kein Öffentlichkeitskonzept.

Noch im Dezember 2006 fand dann das erste Wahlplenum in Bremen statt. Bereits im Bundestagswahlkampf hatte die WASG regelmäßige »Aktivenplena« als institutionalisierte Form der Basis-Aktivierung durchgeführt; hieran wurde jetzt angeknüpft. Auf dem Plenum stellte die Berliner Agentur Trialon ihre ersten Überlegungen zum Wahlkampf und zum Öffentlichkeitskonzept vor. Das Plenum informierte sich über den Wahlkampf der Sozialistischen Partei in Holland<sup>19</sup> und diskutierte nach und nach verschiedene Strategiepapiere und Öffentlichkeits-Vorschläge. Parallel zum Plenum wurde eine paritätische Wahlkampfleitung gebildet, der die ersten vier Kandidaten und je drei Vertreter aus beiden Parteivorständen angehören sollten und die zusammen mit dem Plenum den Wahlkampf leiten sollte.

Im Januar 2007 wurde tatsächlich eine erfolgreiche Aufstellungsversammlung durchgeführt, auf der eine Kandidatenliste gewählt wurde. Auf Platz 1 wurde der Klinik-Betriebsrat und Attac- und Sozialforums-Aktivist Peter Erlanson gewählt, auf Platz 2 der langjährige Linkspartei- bzw. PDS-Vorsitzende Klaus-Rainer Rupp. Ihnen folgten die parteilose Gewerkschafterin Monique Troedel, die Arbeitsamt-Mitarbeiterin Inga Nitz, der Erwachsenenbildner und Favorit des linken WASG-Flügels Jost Beilken und die kurdische Sozialpolitikerin Sirvan Cakici. Spitzenkandidat für Bremerhaven wurde der Linkspartei-Aktivist und Dreher Walter Müller.

19 Gert Gampe: Gute Ernte. Über den Wandel des Symbols und den erfolgreichen Wahlkampf der Sozialistischen Partei der Niederlande ([http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view\\_html?zid=34840](http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=34840)).

Bei der Kandidaten-Aufstellung setzten sich die Landesverbände von WASG und Linkspartei gegen den Druck der Bundesebene durch. Diese hatte bis zuletzt darauf gedrängt, einen prominenten Spitzenkandidaten auch außerhalb des Landesverbandes und außerhalb der Parteien zu suchen, und intensive Bemühungen in diese Richtung unternommen. Die Landesebene beharrte jedoch darauf, den Wahlkampf mit lokalen Kandidaten zu führen, die in der Geschichte und Struktur der beiden Quellparteien verwurzelt waren. Auf der Landesmitgliederversammlung der WASG, die der Aufstellungsversammlung der Linkspartei vorausging und ihr Kandidaten aus den Reihen der WASG vorschlug, setzte sich Peter Erlanson mit großer Mehrheit gegen den Bundestagsabgeordneten Axel Troost als Spitzenkandidat durch.

Der Wahlkampf setzte auf ein von der holländischen SP inspiriertes Konzept, das einen klaren, plakativen Auftritt mit intensivem Straßenwahlkampf verband. Unter dem Slogan »Hier ist die Linke!« wurden rote Westen und Taschen als optisches Erkennungszeichen hergestellt, der klassische Infostand wurde durch flexiblere Straßenaktionen abgelöst. Abgelehnt wurde die Idee, in Anlehnung an den Wahlkampf der KPÖ in Graz einen Personenwahlkampf zu führen, der ausschließlich auf die Person des Spitzenkandidaten orientiert wäre. Plenum und Wahlkampfleitung sprachen sich dagegen für einen Themenwahlkampf aus, der inhaltliche Botschaften und die Gesamtheit der aussichtsreichen Kandidaten in den Vordergrund stellen sollte.

Daraufhin wurde auf der Basis des Wahlprogramms ein landespolitisches 11-Punkte-Programm erarbeitet, das auf eine Din-A5-Seite passte und massenhaft verteilt wurde. Die Plakate waren reine Textplakate in gelber Schrift auf rotem Hintergrund, die für aktive Beschäftigungspolitik, Erhöhung der sozialen Hilfen, bessere Kinderbetreuung, Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Ausbau der öffentlichen Dienste warben und sich gegen Privatisierung und Zwangsumzüge aussprachen. Erstmals in Bremen wurden auch Großflächen-Plakate eingesetzt, auf denen die Kandidaten gemeinsam unter dem Slogan »echt nervig« gezeigt wurden. Der Sympathie- und Kompetenzübertragung von der Bundes- auf die Landesebene dienten ein Brief von Lafontaine und Gysi, der an alle Haushalte verteilt wurde, und ein zweites Großflächenplakat, auf dem beide zur Wahl der LINKEN in Bremen aufriefen.

Der Wahlkampf wurde personell aufwändig geführt. Zu den Straßenaktionen kamen gezielte Mobilisierungen – z. B. zu SPD-Aktionen zum Mindestlohn, wo die LINKE mit Flyern auf den späten Positionswechsel der SPD hinwies, oder zum 1. Mai. Außer der Teilnahme an den Wahlveranstaltungen der verschiedenen Organisationen und Verbände wurde auch eine Unmenge an Textanfragen bearbeitet, die in Verbindung mit der professionellen Pressearbeit dafür sorgten, dass die Partei ständig in einem sehr breiten Spektrum von Zeitungen, Zeitschriften und Blättern vertreten war.

#### *Phase 4: Parteibildung: Fraktions- und Parteaufbau (seit Mai 2007)*

Mit dem erfolgreichen Wahlkampf war die Fusion politisch vollzogen.<sup>20</sup> Dies galt im positiven wie im negativen Sinn. Durch das Wahlprogramm, die Auseinandersetzungen und Konflikte im Wahlkampf, aber auch die vielfache gemeinsame Praxis und konkrete Zusammenarbeit hatte sich die LINKE als gemeinsame Partei nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Beteiligten verankert. Mit der Wahl und dem Einzug von sieben Abgeordneten ins Parlament verschwand aber gleichfalls das Drohpotenzial, über das beide Parteien bislang verfügt hatten, nämlich Wahlkampf und Liste scheitern und damit auch die andere Seite mit leeren Händen dastehen zu lassen. Diese Tatsache veränderte die Art der Konflikte und schürte Ängste um zukünftigen Einfluss.

Die Partei griff daher spontan auf die Formen zurück, mit denen sie auch im Wahlkampf solche Probleme bewältigt hatte: verbreiterte Entscheidungsorgane und das offene Plenum. Auf Drängen der WASG wurde als Nachfolger der Wahlkampfleitung das sogenannte 15er-Gremium eingerichtet. In ihm waren die sieben Abgeordneten, je drei von den Vorständen der beiden Quellparteien entsandte Personen sowie die beiden Fraktionsgeschäftsführer stimmberechtigte Mitglieder. Das Gremium traf sich in loser Folge und sollte insbesondere beim Aufbau der Fraktion und den damit verbundenen Personalentscheidungen beratend und kontrollierend eingreifen. Ausführlich beschäftigte es sich mit der Frage des Fraktionsvorsitzes. Der 15er-Kreis traf sich zu Anfang häufiger, dann in loser Folge.

Das Plenum etablierte sich nach der Wahl als feste Form. Es traf sich drei Wochen nach der Wahl zum ersten Mal wieder und entschied, als »offenes Plenum« mindestens einmal im Monat zu tagen und insbesondere Berichte der Fraktion zur Kenntnis zu nehmen und kritisch zu diskutieren. Das Plenum befasste sich ausführlich mit der Finanzplanung der Fraktion, einschließlich Fragen des Lohnsystems, der Funktionsgelder für den Fraktionsvorstand und der Stellenplanung.<sup>21</sup> Das Plenum vertrat dabei insbesondere Positionen der Stärkung der Basisarbeit und der offenen Stadtteilarbeit, die in einem gewissen Konflikt zum Bedürfnis der Abgeordneten stehen, über Personal für ihre unmittelbar parlamentsbezogene Arbeit und für ihre persönliche Unterstützung zu verfügen. Inhaltlich diskutierte das Plenum intensiv, welche Position die Fraktion zu den Themen »Zwangsumzüge« und »Neubesetzung der Direktorenstelle der Bürgerschaft« einnehmen und welche Initiativen sie ergreifen sollte.

Insgesamt ist die Arbeit der Partei und der Basis seit der Wahl stark auf Parlament und Fraktion fixiert. Mit der Gründung der Kreisvorstände im September

20 Der formale Akt der Fusion der beiden Quellparteien, die am 16. Juni 2007 durch den Bundesparteitag vollzogen wurde, fand in Bremen verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit.

21 Eine ausführliche Powerpoint-Präsentation zum Haushalt der Fraktion, die für das Plenum erstellt wurde, ist auf der Website der Fraktion abrufbar (<http://linksfraktion.dielinke-bremen.de/buergerschaft/aktuell/>). Siehe auch: Die dunkle Seite der Macht, in: taz Bremen, 21. Juli 2007; Frau Troedel und die Detektive, in: taz bundesweit, 6. August 2007.

2007 und der Wahl des ersten gemeinsamen Landesvorstands auf dem Landesparteitag im Oktober 2007 sollte aber die Phase der formalen Vereinigung so weit abgeschlossen sein, dass der inhaltlichen Seite des Parteaufbaus wieder mehr Raum gewidmet werden kann.

### **Der Wahlerfolg der LINKEN in Bremen: Fünf Thesen**

Worin war nun der Wahlerfolg der LINKEN in Bremen begründet? Wie eingangs erläutert, stellte der bundesweite Erfolg der Linkspartei eine notwendige Voraussetzung dar, hätte aber keineswegs dafür genügt, den Einzug ins erste westdeutsche Parlament zu erzwingen – was in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auch nicht gelang. Wesentliche Voraussetzungen lagen auf der Landesebene. Die vorgestellten Thesen werden sich möglicherweise besser überprüfen lassen, wenn mit den Wahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen Ergebnisse und Erfahrungen vorliegen, die sich mit denen in Bremen vergleichen lassen.

*Erstens: Der Raum für eine Partei links von SPD und Grünen ist seit langem da, er konnte nur nicht gefüllt werden.*

Es ist bekannt, dass sich in den letzten Jahren links von SPD und Grünen ein politischer Raum aufgetan hatte, der nicht mehr von diesen beiden Parteien integriert und repräsentiert werden kann. Diese Entwicklung ist in vielen Ländern zu beobachten. In Deutschland ist sie durch die rot-grüne Regierung Schröder forciert worden. Dabei waren der Krieg in Jugoslawien und die »Arbeitsmarktreform«, sprich die Hartz-Gesetze, die entscheidenden Auslöser für die Abwendung großer Teile der Aktiven und der Wählerinnen und Wähler am linken Flügel. Für die Orientierung weg von der SPD war und ist dabei nicht nur maßgeblich, welche inhaltlichen Positionen die Partei seit den 90er Jahren eingenommen hat. Ebenso wichtig ist, dass viele Linke in der SPD keine Perspektive mehr sehen, Positionen der Partei langfristig zu ändern oder auch nur ernsthaft darauf hinarbeiten zu können. Es ist die Mischung aus neoliberaler Programmatik und autoritär-machtfixiertem Führungsstil, der für den Orientierungswechsel im linken Lager weg von der SPD maßgeblich war.

Das Vakuum muss aber auch mit einer neuen Organisation gefüllt werden, und hier lag lange Zeit das Problem der Linken. Gerade in Bremen ist deutlich, dass die PDS von 1999 eine Entwicklung in Richtung auf die Fünf-Prozent hätte schaffen können, wenn es ihr gelungen wäre, die verschiedenen Flügel zusammenzuhalten und dauerhaft zu einer gemeinsamen Partei zu machen. Auch zum linksgewerkschaftlichen Lager gab es gute Kontakte, selbst wenn diese weit weniger offen gehandelt werden konnten, als es nach der Gründung der WASG möglich

war. Aber Breite und Einheit der neuen Partei waren offenbar nur durch die vorherige organisatorische Spaltung in PDS und WASG möglich, da nur so durchgesetzt werden konnte, dass die inhaltliche und kulturelle Ausrichtung der Partei auf Augenhöhe ausgehandelt wurde. Einer solchen Aushandlung hatte sich die PDS vor Gründung der WASG dezidiert verweigert und dadurch zu ihrer Selbstmarginalisierung im Westen beigetragen.

Bremen zeigt, dass links von SPD und Grünen auch dann genug Raum für eine linke Partei vorhanden ist, wenn SPD und Grüne sich deutlich linker positionieren als die jeweiligen Bundesparteien. Ganz im Gegenteil kann die LINKE von einer Linksverschiebung des Klimas und Hegemonieverlusten des Neoliberalismus überproportional profitieren, wenn sie dabei programmatisch vorangeht.

*Zweitens: Um die politische Repräsentanzlücke zu besetzen, muss die LINKE vor allem Vorurteile zerstreuen.*

Für das Erringen des enorm breiten Zuspruchs, den die LINKE bei den Wahlen und auch schon im Vorfeld erhielt, gibt es keinen einzelnen, für sich zu identifizierenden Hauptgrund. Weder gab es das herausragende Thema im Wahlkampf, noch den einen großen Skandal, an dem die regierende Große Koalition hätte vorgeführt werden können. Es gab auch nicht den neuen prominenten Spitzenkandidaten, der einen Durchbruch in der öffentlichen Wahrnehmung gebracht hätte. Es gab noch nicht einmal eine klare thematische Alleinstellung der LINKEN, da auch SPD und Grüne ihren Wahlkampf auf der Kritik der Großen Koalition aufbauten und sich in vielen Punkten inhaltlich stark den Positionen der LINKEN annähernten.<sup>22</sup> Und es gab auch keinen »Gebrauchswert« im Sinne von neuen parlamentarischen Mehrheiten und der Beteiligung an Regierungskoalitionen, worauf die in der alten PDS hegemoniale strategische Konzeption den Nutzen der Partei für die Wählerinnen und Wähler verengt hatte.<sup>23</sup> In Bremen hatte Rot-Grün auch vor der Wahl schon eine Mehrheit, und allen war bewusst, dass sie diese auch nach der Wahl wieder haben würden.

Die LINKE gewann in Bremen weniger deshalb, weil sie eine Sache besonders richtig gemacht hätte, sondern eher deshalb, weil sie nichts falsch machte. In der öffentlichen Wahrnehmung kippte die Haltung zur LINKEN im Januar 2007, nach der erfolgreichen gemeinsamen Aufstellungsversammlung. Die LINKE hatte da-

22 Peter Erlanson erklärte im Parlament mit Recht, dass die rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Bremen sich liest, als sei in weiten Teilen aus dem 11-Punkte-Programm der LINKEN abgeschrieben worden. Die politischen Differenzen traten auf der Ebene der Programmatik im Wahlkampf entsprechend wenig deutlich hervor.

23 Die Problematik der »Gebrauchswert«-Doktrin war eine doppelte. Zum einen reduzierte sie die Funktionen der Partei und führte zu einer Disziplinierung der Basis im Sinne einer Unterordnung unter die parlamentarische Arbeit und die Interessen der Fraktionen. Zum anderen blockierte sie die strategische Entwicklung der PDS im Westen, da ein derartiger parlamentarisch reformistischer »Gebrauchswert« hier meist nicht existierte bzw. das inhaltsleere Spekulieren mit Koalitionsangeboten die notwendige Differenz zur etablierten politischen Klasse verspielte, und damit die Glaubwürdigkeit der PDS als kritischer Opposition im Westen gefährdete.

mit das Vorurteil widerlegt, sie sei ein zerstrittener Haufen, der sich sowieso nicht einigen könnte.

Die Liste der gängigen Vorurteile, die – auch aus historischer Erfahrung – in der breiten Bevölkerung gegenüber der Linken bestehen, lautet ungefähr so: 1.) Die Linke kann sich nicht einigen und streitet sich nur. 2.) In der Linken dominiert ideologische Rechthaberei, nicht der Wunsch, konkrete Politik zu machen. 3.) Die Linke ist autoritär strukturiert, ferngesteuert und nicht demokratisch. 4.) Die Linke bewirkt nichts, weil sie sich isoliert und mit niemandem zusammenarbeiten kann. 5.) Die Linke interessiert sich nicht für die Menschen. 6.) Sobald sie Macht und Einfluss erhält, funktioniert die Linke genau so wie alle anderen Parteien, die sie kritisiert.

Der LINKEN in Bremen gelang es, diese Vorurteile systematisch zu entkräften. Sie demonstrierte, dass sie sich sehr wohl auf einen gemeinsamen Wahantritt und eine gemeinsame Liste einigen konnte, obwohl sie sehr heterogen war.<sup>24</sup> Sie entwickelte ein landespolitisches Programm, das verständlich war und in der Kurzfassung auf eine Seite passte. Sie verweigerte sich den Versuchen der Bundesebene, Einfluss auf die Kandidatenaufstellung zu nehmen, und fällte ihre Entscheidungen auf der lokalen Ebene und in öffentlichen Versammlungen. Sie verzichtete bewusst darauf, einen hämischen Anti-SPD-Wahlkampf zu machen, und entschied sich immer wieder dafür, eine faire sachbezogene Auseinandersetzung mit den anderen Parteien einzuhalten. Die Linke ging auf die Straße, redete mit den Leuten und entwickelte einen Stil, der in der politischen Auseinandersetzung die Lebensrealität und Erfahrung der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere aber der sozial benachteiligten und angegriffenen Gruppen, aufgriff und ihnen Raum verschaffte.

Den letzten Punkt kann die Linke naturgemäß erst wirklich entkräften, nachdem sie eine parlamentarische Kraft geworden ist. Schon jetzt wurde in der Öffentlichkeit sehr bewusst und positiv wahrgenommen, dass die LINKE in einer für Parteien unüblichen Offenheit und Transparenz über die Verwendung ihrer parlamentarischen Mittel diskutierte. Bereits im Wahlkampf wurde deutlich und war bekannt, dass die LINKE sich das Risiko leistete, eine Vielzahl von Entscheidungen auf ihrem Plenum zu treffen, bis hin zu sehr konkreten Fragen der Wahlkampfführung und ihrer öffentlichen Positionierung. Nicht zuletzt traf auch die Person des Spitzenkandidaten den Nerv, der optisch und in seinem Stil eine deutliche Differenz von den üblichen »Parteienvertretern« demonstrierte.<sup>25</sup>

24 Ein für die LINKE hervorragender Beitrag auf buten und binnen, dem Regionalprogramm im ARD-Fernsehen, zeigte die beiden Spitzenkandidaten Peter Erlanson und Klaus-Rainer Rupp, wie sie gemeinsam – der eine in roter Weste, der andere im Anzug – in die Bürgerschaft gingen und sich einen Tisch im Plenarsaal festschraubten.

25 Die Etikettierung des Barträgers Erlanson als »Karl Marx von Bremen«, die sich in den Medien etablierte, erwies sich als günstig, weil sie einen gewissen Eigensinn ausstrahlte. Sie wurde durchweg nicht als inhaltliche Beschreibung verstanden und gemeint, sondern als eine optische Differenz zum modischen Zeitgeist.

*Drittens: Die LINKE muss eine Vielzahl von Zielgruppen bedienen und berücksichtigen, um attraktiv und erfolgreich zu sein.*

Eine der Formulierungen, die nach der Wahl häufig zu hören waren, lautete: »Ich hab dich gewählt!« Viele Parteimitglieder und Aktive bekamen diesen Satz aus ihrem Umfeld zu hören, obwohl sie selbst nicht kandidiert und technisch nicht zu Wahl gestanden hatten. In dem Satz drückte sich aus, dass politisch, sozial und kulturell sehr unterschiedliche Gruppen die LINKE gewählt hatten und den ihnen bekannten Mitgliedern und Aktivisten vertrauten, dass sie ihre Positionen und Ansprüche repräsentieren würden.

Die LINKE in Bremen hatte, mehr oder weniger instinktiv und durch die Art ihrer Konstituierung erzwungen, den Sprung zur Netzwerkpartei und zum Nischenwahlkampf geschafft. In der Werbung ist dieser Mechanismus als »The Long Tail« bekannt.<sup>26</sup> Danach besteht die Gesellschaft zunehmend aus einer komplizierten Struktur von Supernischen. Auch große soziale oder politische Gruppen sind in sich hoch differenziert und prägen vielfältige Unterkulturen aus. Die meinungsbildenden Bezugsgruppen sind oft verhältnismäßig überschaubare »Szenen« und »tribes«, während die Ansprüche, was kulturell und inhaltlich zu einem passt, sehr spezifisch werden. Die großmediale Werbung kann das Produkt nur noch bekannt machen, seine Glaubwürdigkeit, die »credibility«, entsteht in der Vielzahl von Kontakten, in einer langen Kette von Vermittlungen (X erzählt Y von Z, der in Bezug auf das Produkt DAS erlebt hat). Nur darüber ist die Vielzahl der Supernischen erreichbar.

Die Zusammenstellung der Kandidatinnen und Kandidaten, die Heterogenität der Aktiven, die Verarbeitung sehr unterschiedlicher politischer »Herkünfte« in Auftritt und Programmatik der Partei sorgten für einen erheblichen »Long Tail« der Kampagne. Nicht umsonst wirkten die Kollektivbilder auf der Großfläche und in den Medien wie Familienfotos einer postmodernen Patchwork-Großfamilie. Während die Kampagne der LINKEN in ihrer inhaltlichen Zuspitzung ganz auf das Thema der sozialen Gerechtigkeit angelegt war, wurden in der medialen Strategie systematisch eine enorme Breite von Subkulturen angesprochen. Während die Spitzenkandidaten auf Podiumsdiskussionen bei den Gewerkschaften auftraten, deckte das Personal so unterschiedliche Kontaktwege ab wie das Bremen-Spezial der »jungen welt«, das Wahl-special der lokalen Kulturzeitschrift »Z«, den Auftritt in der jugendorientierten Umsonstzeitung von Sparkassen und dem Lokalsender »bremen 4U« und die Textanfragen der Tageszeitungen und der Anzeigenblätter. Und irgendwie kannte in Bremen sowieso jeder irgendjemand, der jemand kannte, der in den Wahlkampf der LINKEN verwickelt war.

Diese Heterogenität war frühzeitig als notwendig erkannt worden. Zwischen den Zielgruppen, so hieß es, dürfe man sich nicht »entscheiden«, weil man dann

26 Chris Anderson: The Long Tail. Why the Future of Business is Selling Less of More, New York 2006.

gar keine bekommt. Für die politische Linke ist die Partei nur interessant, weil sie populär ist und die Seite der sozial Unterdrückten repräsentiert. Für die sozial marginalisierten und deklassierten Gruppen selbst dagegen ist die Partei nur interessant, weil sie über ein inhaltliches und technisches Know-How verfügt, dass diese Gruppen alleine nicht haben.

*Viertens: Die Gegenmacht-Strategien der Unterdrückten sind komplexer, als Parteiführungen es wahrhaben wollen, und die LINKE muss in das Kalkül der Massen passen.*

Die LINKE kann nur gewählt werden, wenn sie eine sinnvolle und zentrale Funktion für die Breite der Wählerinnen und Wähler erfüllt. Wahlen zeigen den Trend, dass überkommene Parteibindungen loser werden und sich entkoppeln. Wählerinnen und Wähler wählen immer seltener einfach die Partei ihrer Überzeugung und hoffen darauf, diese werde schon irgendwie ihren Interessen Geltung verschaffen. Wählerinnen und Wähler versuchen, Konstellationen zu wählen und Regierungen, ja zunehmend auch Parteien, zu beeinflussen. Die Stimmabgabe wird in einem hohen Maße taktisch motiviert. Auch aus diesem Grund wissen immer mehr Wählerinnen und Wähler bis kurz vor der Wahl nicht genau, was sie wählen werden: nicht, weil sie es sich zu einfach, sondern weil sie es sich schwer machen.

Die LINKE wird derzeit überwiegend als Korrekturpartei gewählt. Sie wird gewählt, um den Kurs der SPD zu beeinflussen. Wer die LINKE wählt, versucht die SPD nach links zu drücken, ihr aktuell eine linkere Position zu Tagesfragen aufzuzwingen und sie langfristig aus Koalitionen mit der bürgerlichen Rechten herauszudrängen und auf linke Bündnisse festzulegen. Dies ist eine realistische und in Teilen bereits erfolgreiche Strategie. In Bremen wirkte diese Strategie sehr deutlich. Die Stärke der LINKEN bei der Bundestagswahl 2005 begünstigte den inneren Mehrheits- und Kurswechsel der Bremer SPD, die Stärke der LINKEN bei der Bürgerschaftswahl 2007 beförderte den äußeren Positions- und Koalitionswechsel der SPD hin zu Rot-Grün.

Diese Funktion wird auf Dauer nicht ausreichen. Die LINKE muss den Weg von der Korrektur- zur Interventionspartei schaffen, muss nachweisen, dass ihre parlamentarische Existenz unmittelbar dazu beiträgt, den Druck auf die SPD zu konkretisieren und zu erhöhen, aber auch in einer Vielzahl von Fragen Anliegen der breiten Bevölkerung und Forderungen der Bewegungen einzubringen und ihnen zumindest mehr Raum und Druck zu verschaffen. Auch hier sind die Ansprüche aus der Bevölkerung und den Bewegungen realistisch, aber komplex. Es wird zu zeigen sein, dass nicht nur Programme hochgehalten wurden, sondern konzeptionell und strategisch sinnvoll und anspruchsvoll gearbeitet wurde.

*Fünftens: Wer das Volk mobilisieren will, muss mit dem Volk reden, ernsthaft und auf Augenhöhe.*

Innerhalb eines breiteren linken Lagers kommt der LINKEN derzeit eine besondere Funktion zu. Die LINKE ist die einzige der drei Parteien links von der Mitte, die wirklich noch über eine Basismobilisierung verfügt und durch eine Basisdemokratie geprägt wird, die relativ offen ist. Die LINKE hat stärker als andere Nichtwähler mobilisieren können, und erreicht auch in Stadtvierteln mit niedriger Wahlbeteiligung Wählerinnen und Wähler, die bereits ein sehr kritisch-abgewandtes Verhältnis zur Politik haben. Der Großteil der Wählerinnen und Wähler, auch das muss immer wieder erinnert werden, wird jedoch nur medial erreicht und nicht im direkten, persönlichen Kontakt. Dies gilt gerade in den sozialen Schichten, die ausgegrenzt und unterdrückt sind und die gerade deshalb weniger mobil, weniger auf Veranstaltungen präsent, weniger stark zivilgesellschaftlich eingebunden sind.

Auch wenn hier die Heimat vieler populistischer Positionen ist, reicht es für eine linke Partei nicht aus, sie zu wiederholen – selbst wenn dies politisch möglich und korrekt wäre. Der Basis der Gesellschaft ist durchaus klar, dass die Dinge in der Realität etwas komplizierter sind; sie ist nur nicht mehr bereit, sich dabei mehr oder weniger blind auf die politische Klasse zu verlassen. Die massenhafte Enttäuschung insbesondere durch die SPD kann hier idealerweise in ein verändertes Verhältnis zur Politik gewandelt werden, in eine Bereitschaft zum sperrigen Dialog, der an der Grenze zwischen Skepsis und neuer Einlassung stattfindet.

Die LINKE in Bremen hat – in einer Mischung aus Instinkt, professioneller Beratung und konzeptioneller Eigenanstrengung – eine Ansprache entwickelt, die hier in die richtige Richtung ging. Der Wahl der Penny-Farben Rot und Gelb, gewissermaßen einer ästhetischen Verneigung vor dem Volk, folgte die Entscheidung zu Textplakaten, die auf jeweils 300 Zeichen (der doppelten SMS-Länge) bei aller Klarheit verhältnismäßig differenzierte Botschaften ausdrückten.<sup>27</sup> Das Plenum diskutierte z. B. lange über die Plakate zu Gleichstellung und zu Privatisierung, um den richtigen Ton und den richtigen Inhalt zu treffen.

Die LINKE wird auf absehbare Zeit die einzige Kraft sein, welche die Aufgabe erfüllen kann, an der Basis der Gesellschaft einen Dialog über die zentralen Probleme und die möglichen Lösungen und auch über die Strategien zur Durchsetzung zu führen. Sie steht in der Bringschuld. Wenn ihr dies gelingt, ist das die stärkste Waffe, sich langfristig zu etablieren und auch bei Wahlen von der reinen Korrektivfunktion unabhängig zu werden.

<sup>27</sup> Plakate und 11-Punkte-Programm sind nach wie vor auf der Website der Bremer LINKEN, [www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de), unter »Wahlen« downloadbar.

## **Der Parteibildungs-Erfolg der LINKEN in Bremen: Fünf Instrumente**

### *Erstens: Die Wahlkampfleitung und der 15er-Kreis*

Die LINKE in Bremen hat gute Erfahrungen mit paritätischen Gremien (aus den Quellparteien) und verbreiteter Entscheidungsfindung gemacht. Die Wahlkampfleitung war im Wahlkampf das Gremium, das Konflikte austrug und zur Einigung zusammenführte. Der 15er-Kreis ist die logische Fortsetzung dieser Struktur nach der Wahl. Perspektivisch werden Paritäten nach Quellparteien abgelöst werden müssen von Paritäten nach Strömungen und Mitgliedergruppen. Die Notwendigkeit verbreiteter Entscheidungsfindung wird aber eher zunehmen, ebenso die Notwendigkeit von Gremien, in denen die verschiedenen Gruppen vertreten sind und Einfluss auf die Entscheidungen haben.

Verbreiterte Entscheidungsgremien sind auch die Grundlage für lokale politische Kontrolle. Entscheidungen, die vor Ort und nicht auf Bundesebene fallen, bedürfen starker, breiter Gremien, um durchgehalten zu werden und Kraft auszustrahlen. Ebenso ist die politische Kontrolle sowohl der Fraktion als auch der Vorstände und der verschiedenen professionell Tätigen nur möglich, wenn es verbreiterte Gremien gibt, die diese Kontrolle in die Hand nehmen. In der Bremer Praxis gab es auch immer wieder Zweifel an der jeweiligen Legitimität dieser Gremien. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass verbreiterte Gremien immer besser sind, auch wenn sie in Satzungen nicht vorgesehen sind und die Gefahr persönlicher Machtstrategien bergen, als gar keine verbreiterte Entscheidungsfindung.

### *Zweitens: Das Plenum*

Das Plenum war die zweite große strukturelle Innovation der Bremer Parteibildung. Gewachsen aus dem »Aktivenplenum« der WASG im Wahlkampf 2005, etablierte sich das Plenum als »Wahlkampfplenum« und nach der Wahl als »offenes Plenum«. Es wurde zu einer zentralen Struktur der Basisorientierung.

Das Plenum findet regelmäßig statt, mindestens einmal im Monat. Es ist offen, d. h. nicht nur für Mitglieder, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit, und stellt dadurch eine niederschwellige Struktur der Partizipation dar, die für jede und jeden zugänglich ist. Es dient der Information und Diskussion über die Arbeit der Fraktion, kann aber auch der Information und Diskussion über die Arbeit der Partei dienen. Es verbindet vorbereitete Inputs zu inhaltlichen Fragen, sozusagen Bildungseinheiten, mit der offenen Debatte über Entscheidungen, Positionen und Strategien von Fraktion und Partei.

Das Plenum wählt sich selbst eine Versammlungsleitung und einen Koordinierungskreis, der für seine Einberufung und Vorbereitung zuständig ist. Die Unabhängigkeit von den Strukturen der Fraktion und der politischen Vorstände ist dadurch gesichert. Die Fraktion ist allerdings bemüht, mit dem Plenum zusammenzuarbeiten und ggf. Themen auf Anfrage des Plenums aufzubereiten.

### *Drittens: Das Offene Forum (oFFo)*

Eine wichtige strukturelle Rolle spielt ferner das Offene Forum (oFFo), ein Internet-Forum, wo in verschiedenen Bereichen Interessierte und Mitglieder über alle Themen der Partei und der Fraktion diskutieren können. Das oFFo hat sich aus dem WASG-Forum entwickelt, das bis zur Vereinigung der Ort einer teilweise sehr heftigen, sehr konfrontativen »e-democracy« war.

Das oFFo hat interne Bereiche nur für Parteimitglieder, die meisten Bereiche aber sind offen und öffentlich für jede und jeden. Die einzelnen Foren sind moderiert, um eingreifen zu können, falls Debatten zu heftig und zu persönlich werden. Das oFFo dient neben der Website auch dazu, Termine anzukündigen und öffentlich bekannt zu machen, welche Arbeitsgruppen sich wo treffen und was sie eigentlich tun.

Das oFFo hat sich als ein Instrument bewährt, Themen und Konflikte intensiver zu diskutieren, als dies auf einer konkreten Versammlung möglich ist. Es dient der verstärkten, vernetzten Kommunikation zwischen den Mitgliedern. Das oFFo ist auch der Ort, wo Unmut über Entscheidungen und Aktivitäten der politischen Führung oder der Fraktion schnell, direkt und ohne Umschweife ihren Ausdruck finden. Es trägt so zur politischen Korrektur und zur politischen Kontrolle bei, auch im Sinne einer »rapid response«, die mit nicht-elektronischen Formen so nicht möglich ist.

### *Viertens: Die Trennung von Amt, Mandat und Beschäftigung*

Innerhalb der Steuerungsgruppe wurde frühzeitig vereinbart, dass in Bremen eine weit rigidere Trennung von Amt und Mandat gelten sollte als in der Bundespartei. Von den zukünftigen Abgeordneten wurde erwartet, dass sie ihr Amt im Landesvorstand abgeben und nicht mehr kandidieren würden, wenn sie in die Bürgerschaft gewählt wären. Ebenso wurde von Beschäftigten der Partei erwartet, nicht zu kandidieren.

Die Trennung von Amt und Mandat dient dazu, Ämterhäufungen und die Anballung von Macht bei einzelnen Personen zu vermeiden. Sie ist die Voraussetzung für eine effektive politische Kontrolle der Fraktion. Ob die Trennung auch auf der Ebene der Kreisvorstände gilt, ist umstritten; sie scheint sich aber auch dort durchzusetzen. Ebenso ist unklar, ob die Trennung von Amt und Mandat beinhaltet, dass auch Mitglieder der Bundestagsfraktion kein Amt im Landesvorstand haben sollen. Klar ist aber, dass die »weichen« Regelungen der Bundessatzung als unzureichend anzusehen sind.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Nach der Bundessatzung ist es ausreichend, wenn die Hälfte der Mitglieder eines Vorstandes nicht gleichzeitig Abgeordnete sind. Beschäftigte von Fraktionen, Parteigliederungen und einzelnen Abgeordneten sind erst gar nicht erwähnt. Damit kann eine Fraktion praktisch personalidentisch gleichzeitig Landesvorstand sein, was eine politische Kontrolle der parlamentarischen Arbeit durch die Partei natürlich obsolet machen würde.

### *Fünftens: Die Strömungen*

Die Ausbildung der Strömungen ist bis heute nicht abgeschlossen, und es ist unklar, ob sie genau der Struktur der bundesweiten Strömungen folgen wird. Die »Linkstendenz« und der »Arbeitskreis Bremer Linke« konstituierten sich früh als zwei Hauptströmungen der WASG, die sich später zugunsten einer Gründung der »Antikapitalistischen Linken« (AKL) auf Landesebene auflösten. Ob sich die anderen Hauptströmungen der Bundespartei, die Sozialistische Linke (SL), die Emanzipatorische Linke (emaLi) und die Reformlinke, auch auf Landesebene gründen werden oder ob andere, stärker auf die Situation des Landesverbandes zugeschnittene Formen gefunden werden, ist noch nicht auszumachen.

Klar ist aber, dass die Anerkennung von Strömungen als normaler Struktur in einer linken Partei die Basis dafür ist, die Breite und Vielgestaltigkeit der Partei zu erhalten. Die WASG in Bremen drohte sich lange Zeit im Versuch einer endgültigen Richtungsentscheidung zwischen beiden Hauptströmungen zu blockieren. Erst in der Zusammenarbeit mit der Linkspartei, die hier bereits schmerzliche Fehlleistungen hinter sich hatte und ihre abgespaltenen Flügel bei der WASG wiedertraf, eröffnete sich eine Praxis des Neben- und Miteinanders der verschiedenen Strömungen.

Strömungen und Flügel sind ein Teil der Leistungsfähigkeit und Stärke einer linken Partei. Sie tragen Unterschiedliches bei, gewährleisten den Kontakt zu unterschiedlichen Zielgruppen und Diskursen, Politikfeldern und Kompetenzen. Sie spielen auch innerparteilich unterschiedliche Rollen, etwa in der Kontrolle von Vorständen und Fraktion. Strömungen, Flügel und Gruppen sind kein Hemmnis, sondern eine wichtige strukturelle Qualität einer linken Partei.

### **Die Spannungsfelder der Parteibildung: Fünf Bremer Konflikte**

In der Bremer LINKEN war an Konflikten kein Mangel. Einige gingen allerdings tiefer als andere und wurden heftiger geführt. Sie sagen etwas aus über die Spannungen, welche die Partei auch weiterhin prägen werden.

Ein herausgehobener Konflikt war der um die Form des Wahlantritts. Über Wochen und Monate hinweg wurde darum gerungen, ob nun ein Wahlantritt auf einer offenen Liste der Linkspartei oder als unabhängige, offene Wählergemeinschaft die richtige Form wäre.

Ein zweiter Konflikt war der um die Spitzenkandidatur. In der Steuerungsgruppe wurde letztlich eine Lösung gefunden, die den verschiedenen Ansprüchen Genüge tat: Der Spitzenkandidat würde aus der WASG kommen, aber die Plätze eins und zwei würden gemeinsam als eine Art Doppelspitze agieren. Dies wurde medial gut angenommen, weil es den Aspekt der Einheit und des erfolgreichen Vereinigungsprozesses symbolisierte. Der gleiche Konflikt trat mit sehr viel stärkerer Vehemenz und großer verbaler Härte auf, als es um den Fraktionsvorsitz

ging. Die Kandidatur der parteilosen Monique Troedel für den Fraktionsvorsitz galt vielen aus der ehemaligen WASG als Provokation und als »Vertrauensbruch«, da immer klar gewesen sei, dass der Spitzenkandidat auch der Fraktionsvorsitzende sein werde. Letztlich wurde durch die Teilung des Fraktionsvorsitzes hier eine Lösung gefunden, die vermied, dass sich eine Seite frontal gegen die andere durchsetzte.

Ein dritter Konflikt wurde während des gesamten Wahlkampfes um die Spannung zwischen formellen Strukturen und Gremien einerseits, und informellen Netzwerken andererseits geführt. Die Wahlkampfleitung war in steter Sorge, Einzelne aus den Vorständen oder aus den Reihen der Beschäftigten würden in direktem Kontakt mit »Berlin« Absprachen treffen und Entscheidungen vorwegnehmen, die der Wahlkampfleitung oder gar dem Plenum vorbehalten wären. Da Politik dazu neigt, in informellen Netzwerken gemacht zu werden, dies aber allen Bemühungen um Parität, Offenheit und lokale Kontrolle widerspricht, handelt es sich bei diesem Konflikt um einen Dauerbrenner.

Ein vierter Konflikt war der um die Deutlichkeit der Anti-Privatisierungs-Orientierung. So war im ersten Entwurf des 11-Punkte-Programms der Widerstand gegen Privatisierung öffentlicher Einrichtungen (insbesondere auch der Kliniken in Bremen) nicht enthalten, was zu heftigen Spekulationen Anlass gab, dies sei auf direkten Einfluss von »Berlin« hin geschehen, um der Privatisierungspolitik der rot-roten Regierung im Land Berlin politisch den Rücken frei zu halten. In der Linkspartei wurde generell unterschätzt, dass Anti-Privatisierung und der Erhalt öffentlichen Eigentums, öffentlicher Dienste und öffentlicher Beschäftigung zum innersten Kern der WASG-Identität gehörten. Viele aus der WASG engagieren sich genau deshalb auf der Linken; der öffentliche Dienst der Sozialstaats-Ära ist der Kern ihrer politischen Utopie, ihre Vorstellung von Sozialismus. Im Widerstand gegen Privatisierung sind sich auch der linksradikale und der gewerkschaftsnah-reformerische Flügel einig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, so dass der Verdacht, die Linkspartei sei für Privatisierung, sich immer auch eignet, um flügelübergreifende WASG-Identitäten zu mobilisieren. Umgekehrt ist es richtig, dass das Verhältnis zur Privatisierung in der Tradition der Linkspartei ambivalent ist, weil zwar die undemokratische Macht privater Konzerne kritisch gesehen wird, die demokratischschwache Macht bürokratisierter Staatsstrukturen aber auch.

Ein fünfter Konflikt ist schließlich der um die Oppositions-Orientierung. Hier existiert in der Bundespartei eine Spannung zwischen dem prinzipiellen Ablehnen jeder Form von Regierungsverantwortung durch die Linke und dem prinzipiellen Befürworten jeder nur möglichen Form von Regierungsbeteiligung als Katalysator von Macht, Einfluss und Gestaltungsfähigkeit. In Bremen sind beide Extrempositionen in dieser Reinheit allerdings kaum vorhanden. Auch steht in absehbarer Zeit keine politische Entscheidung über eine mögliche Regierungsbeteiligung an. Der Konflikt wird daher auf der Ebene der Einschätzung der rot-grünen Re-

gierungscoalition geführt, wobei die einen die Kurskorrektur gegenüber der Großen Koalition betonen und die anderen die Verhaftung der rot-grünen Regierung in der Kontinuität neoliberaler Spar- und Verschlankungspolitik.

Allen diesen Konflikten ist gemeinsam, dass es sich um Konflikte um Macht und Identität handelt, um den Inhalt von Entscheidungen ebenso wie um die Art und Weise, wie Entscheidungen zustande kommen. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder ist kein unbeschriebenes Blatt. Fast alle bringen Erfahrungen aus anderen Parteien, aus Gewerkschaften und anderen Organisationen mit, fast alle haben Erfahrungen gemacht mit undemokratischen Strukturen in linken Organisationen, mit Anpassungsprozessen und Ausgrenzung.

Dies ist eine positive Kraft. Auch wenn die Austragung dieser Konflikte häufig mühsam und unbequem ist, stellen sie einen Motor der Parteibildung dar. Während der Diskurs der LINKEN über eine moderne Partei, die sich auch strukturell mit Machtbegrenzung, Basisdemokratie und Öffnung nach außen auseinandersetzt, ziemlich schwach ist, sind in Bremen bereits eine Reihe von Strukturen zum Tragen gekommen, die innovativ sind. Der Weg, wie dies vorangebracht wurde, war nicht der Weg einer Debatte um Parteireform, sondern der Weg, durch eine Vielzahl von konkreten Konflikten hindurch Formen zu entwickeln, die diese Konflikte nicht abschafften, sondern als eine innovative, verändernde Kraft nutzbar machten.

### **Fazit: Nicht Volkspartei, aber Partei des Volkes**

Die Erfolge der LINKEN bei der Wahl in Bremen und bei der Parteibildung sind kein Zufall. Sie sind das Ergebnis von Prozessen und Strukturen, die verallgemeinerbar sind und auch an anderen Orten aufgegriffen und verwendet werden können. Obwohl selten artikuliert, fließen Erfahrungen mit Grünen, SPD und PDS ein und stärken Tendenzen hin zu einer relativ stark basisorientierten Struktur, während umgekehrt eine nichtopportunistische Politik betrieben wird. Das produziert Spannungen, ist aber erfolgreich.

Dieser Charakter einer professionellen, aber basisorientierten Partei ist allerdings jederzeit gefährdet. »Vereinheitlichung« und »Effektivierung« der Struktur kann diese Spezifik nach wie vor zerstören. Auch deshalb sind die Widerstände gegen jede vermeintliche Beschneidung der Basisrechte spontan und heftig. Mit Recht. Hier gibt es viel zu verlieren.

Der Einzug der LINKEN in die Bürgerschaft schuf eine neue Situation, die neue Anforderungen stellt. Die Partei macht die Erfahrung, dass fast alles wahr ist, was sie immer schon über den bürgerlichen Parlamentarismus wusste: Dass Abgeordnete, sind sie einmal gewählt, eine nahezu unbeschränkte Macht haben und sie von der Partei formal zu nichts gezwungen werden können; dass allein sie die erheblichen Ressourcen verwalten, die einer Fraktion zufallen; dass der alltägliche

Druck in Richtung auf Professionalisierung und Anpassung und nicht in Richtung auf Basisorientierung, Transparenz und Opposition wirkt; dass Mechanismen entstehen, die Fraktionsvorständen übergroße Macht zuwachsen lassen und demokratische Prozesse sich umkehren von bottom-up zu top-down. Wie erwähnt, hat die Partei fast keinen Diskurs, der sich hiermit angemessen, konstruktiv und kritisch auseinandersetzt, wenn auch eine Fülle von Erfahrungen und strukturellen Innovationen.

Die Pluralität und das Gleichgewicht zwischen den Strömungen müssen jetzt erst richtig etabliert und zu einer dauerhaften politischen Kultur werden, denn mit dem Wegfall der Quellparteien fällt auch ein erheblicher Teil des Drohpotenzials weg, die Sache scheitern zu lassen, wenn diese Pluralität verletzt wird und wenn Machtfragen einseitig entschieden werden. Nur wenn die verschiedenen Seiten der Versuchung widerstehen, machtpolitisch durchzuziehen, hat die vereinigte Partei eine längerfristige Zukunft.

»Wenig allerdings spricht dafür, dass die in ihrer Würde verletzten, atomisierten und netzwerklosen Unterschichten ohne Selbstbewusstsein sich gegen ihre Marginalisierung mit langem Atem und festem Willen auflehnen werden. Schlagkräftiger, zäher, konstanter und zielgerichteter Protest ist in aller Regel von Menschen mit hohen Qualifikationen, starken Identitäten, großer Artikulationsfähigkeit und souveränem Organisationsvermögen zu erwarten.«<sup>29</sup> Die LINKE ist angetreten, um dieses Urteil in der Praxis zu widerlegen. Sie ist angetreten, um eine neue Form von Proletarität zu erfinden oder vielleicht auch wiederzuerfinden, die eben genau diese Eigenschaften aufweist. Eine Proletarität, die ein kultureller Gegenentwurf zum infamen Bild der »Unterschicht« ist; einer handlungsfähigen, intelligenten Proletarität, die selbst schon ein soziales und kulturelles Bündnis ist.<sup>30</sup>

Die Utopie der LINKEN als Partei ist nicht die Volkspartei, die es allen recht machen will. Es ist die Partei des Volkes, die Interessen der Unterdrückten vertritt, aber gerade deswegen nicht borniert, sondern emanzipativ ist. Es ist ein ebenso kühnes wie mühsames Projekt, bei dem alle Beteiligten einander ständig im Weg sind. So, wie Hans Magnus Enzensberger es vor etwa 40 Jahren in »Über die Schwierigkeiten der Umerziehung«<sup>31</sup> vorhergesehen hat:

Einfach vortrefflich  
all diese großen Pläne:  
das Goldene Zeitalter

29 Franz Walter: Gewinnen und scheitern, in: ders.: Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert. Köln 2006.

30 In der Bremer Wahlkampf-Debatte wurde dafür der Begriff »James-Bond-Strategie« geprägt: »Schneller, härter, direkter.« Dabei wurde auf den neuen 007-Film »Casino Royal« mit Daniel Craig aus dem Jahre 2006 angespielt, der einen »proletarischeren« Bond präsentierte und sich damit deutlich vom 007-Image der vorherigen Filme absetzte.

31 Gedichte 1955-1970, Frankfurt/Main 1971.

das Reich Gottes auf Erden  
das Absterben des Staates.  
Durchaus einleuchtend.  
Wenn nur die Leute nicht wären!  
Immer und überall stören die Leute.  
Alles bringen sie durcheinander.  
Wenn es um die Befreiung der Menschheit geht  
laufen sie zum Friseur.  
Statt begeistert hinter der Vorhut herzutrippeln  
sagen sie: Jetzt wär ein Bier gut.  
Statt um die gerechte Sache  
kämpfen sie mit Krampfadern und mit Masern.  
Im entscheidenden Augenblick  
suchen sie einen Briefkasten oder ein Bett.  
Kurz bevor das Millennium anbricht  
kochen sie Windeln.  
An den Leuten scheitert eben alles.  
Mit denen ist kein Staat zu machen.  
Ein Sack Flöhe ist nichts dagegen.  
Kleinbürgerliches Schwanken!  
Konsum-Idioten!  
Überreste der Vergangenheit!  
Man kann sie doch nicht alle umbringen!  
Man kann doch nicht den ganzen Tag auf sie einreden!  
Ja wenn die Leute nicht wären  
dann sähe die Sache schon anders aus.  
Ja wenn die Leute nicht wären  
dann gings ruckzuck.  
Ja wenn die Leute nicht wären  
ja dann!  
(Dann möchte auch ich hier nicht weiter stören.)

## **Ein »Linksbündnis« wächst aus der Gesellschaft, nicht aus machtpolitischen Spielereien**

Mit dem Erfolg der Linkspartei bei westdeutschen Wählerinnen und Wählern tritt das bundesdeutsche Parteiensystem in eine neue Phase. Die Existenz einer demokratisch-sozialistischen Partei links von der SPD kann nicht mehr als ein vorübergehendes ostdeutsches Nostalgie-Phänomen aus den strategischen Überlegungen der anderen Parteien ausgeklammert werden. Beteuerungen und Schwüre führender Sozialdemokraten, auf Bundesebene werde man nie die Absicht haben, mit der LINKEN ein Bündnis einzugehen, werden nur eine begrenzte Haltbarkeit haben, denn »Aussitzen« ist für die SPD keine rationale Gegenstrategie.

In dem Maße, wie der innerparteiliche Druck in der SPD wächst, eine Koalition mit der LINKEN allein schon aus Gründen der Erhöhung der eigenen konstellationspolitischen Möglichkeiten nicht per se auszuschließen, werden die Zeiten für die LINKE ungemütlicher werden: Mobilisierung traditioneller antikommunistischer Ressentiments in der westdeutschen Wählerschaft, Instrumentalisierung der deutschen Zeitgeschichte für die parteipolitische Auseinandersetzung oder taktisch motivierte Differenzierungen zwischen »fundamentalistisch-populistischen« Linken einerseits und »gestaltungswillig-pragmatischen« Linken andererseits sind vermutlich nur ein Vorgeschmack im Vorfeld der Hessen/Niedersachsen-Wahlkämpfe auf den Bundestagswahlkampf. Sie zielen vor allem darauf ab, den weiteren Aufschwung der LINKEN einzudämmen, ihre inhaltlich-programmatische Entwicklung zu blockieren. Verschärfte Auseinandersetzungen, Klärung der politischen Profile stehen zwischen LINKE und SPD auf der Tagesordnung, nicht Gespräche zur Anbahnung von Bündnissen.

Der außerordentliche Wahlerfolg bei der Bremer Bürgerschaftswahl hat bestätigt, dass DIE LINKE Wählerinnen und Wähler erreicht, die von der Sozialdemokratie nicht mehr angesprochen werden. Um die kulturellen und mentalen Gräben zu überbrücken, die die sozialdemokratische Modernisierung zu traditionellen Wählerschichten in der Arbeitnehmerschaft und unter den Arbeitslosen gerissen hat, wäre eine rigorose Wende der SPD erforderlich, die wiederum Verluste in der umworbenen »Mitte« bewirken würde. Die Aussichten für die SPD, um die vierzig Prozent der Stimmen zu bekommen und damit die Option für eine kleine Koalition mit den Grünen oder der FDP zu öffnen, sind nur gering. Deshalb wird hier und da über ein »Linksbündnis« – welches richtigerweise Mitte-Links-Bündnis heißen sollte – nachgedacht, gerne immer mit dem Zusatz »aber nur ohne Lafontaine«.

Allein dies zeigt, wie weit ein solches Mitte-Links-Bündnis politisch entfernt ist: Was früher die SED-Herkunft der PDS leistete, soll nun der Hinweis auf die Person Lafontaine erfüllen: Ersatz für eine politische Debatte darüber, was Grund-

lage eines Mitte-Links-Bündnisses sein könnte, wie es die SPD mit ihren eigenen Wurzeln und Traditionen hält. Der SPD geht es offensichtlich immer noch nur um einen Zuwachs an machtpolitischen Optionen, nicht aber um die gesellschaftspolitische Grundlage für eine politisch wirksame linke Mehrheit. Wer zuerst fragt, ob er denn mit Oskar Lafontaine, seinem ehemaligen Parteivorsitzenden, ein Zweckbündnis schließen kann, für den steht die eigene Befindlichkeit über den politischen Anliegen, zum Beispiel der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes oder einer zukunftsorientierten Familienpolitik.

Die Frage nach den Chancen eines Mitte-Links-Bündnisses ist daher heute eine zutiefst innersozialdemokratische: Bilden Ausgrenzung und Ausschluss die Grundelemente für eine Erfolg versprechende Strategie gegenüber der LINKEN oder ist es Kooperation? Es werden wohl noch einige Wahlen ins Land gehen müssen, bevor die SPD die LINKE als dauerhaft starke politische Kraft in ihre Überlegungen einbezieht und den Blick nach links mit Vorstellungen von einer gesellschaftspolitischen Erneuerung verbindet. Immerhin, einige führende Sozialdemokraten proben den Strategiewechsel vom apriorischen »No« hin zum Versuch, auf die weitere Entwicklung der LINKEN indirekten Einfluss zu nehmen, in dem ihrerseits Konditionen für eine Zusammenarbeit formuliert werden.

Wer sich darauf beschränkt, der LINKEN »rückwärtsgewandte Staatsfixiertheit« vorzuhalten, bekundet damit nur, wie wenig er von den gesellschaftlichen Entwicklungen um ihn herum verstanden hat. In Ländern der EU wie Italien, Frankreich und den Niederlanden, in Norwegen oder in Lateinamerika steht – in jeweils unterschiedlichen Facetten und politischen Formen – die Frage auf der Agenda, wie eine post-neoliberale Politik, die auf demokratisch legitimierten sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ausgerichtet ist, aussehen kann und muss.

Damit steht die Frage nach dem demokratischen Sozialismus, nach der »freien Assoziation der Produzenten«, in der die freie Entwicklung des einzelnen die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist. Demokratischer Sozialismus gibt dem politischen Handeln zwei Imperative vor. Er steht für die Solidarität mit jenen, die sich nicht selbst helfen können, und für den Gebrauch der politischen Macht, um die Menschen aus entwürdigender Abhängigkeit zu befreien. Dem demokratischen Sozialismus geht es um eine Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliches Handeln, privates Gewinnstreben und marktwirtschaftliche Ordnungen in gesellschaftliche, menschliche Zwecke einbindet. Demokratischer Sozialismus kann, weit über die sozialistischen Partei-Grenzen hinaus, als Imperativ von hoher Aktualität verstanden werden: Die Gesellschaft darf kein Anhängsel von Kapital und Markt werden oder bleiben!

Dieses Beharren auf der staatlichen, demokratisch legitimierten Gestaltungsmacht gegenüber der ökonomischen Macht »der Märkte« aus großen Wirtschaftsunternehmen, gegenüber der Bereicherungssucht von Managern und Aktionären erklärt die in Meinungsumfragen festgestellte positive Haltung in der Bevölkerung zu den Idealen des »Sozialismus«.

Tatsächlich ist die Gesellschaft in den vergangenen beiden Jahrzehnten, nicht zuletzt durch rot-grünes Zutun, vielfach zum Anhängsel angeblich neuartig globalisierter Wirtschaftsmächte geworden. »Hartz IV« und »Rente mit 67« markieren in der Alltagserfahrung vieler Menschen dabei Punkte, an denen die SPD als Regierungspartei aufgehört hat, an der Seite der kleinen Leute den Zumutungen von »Globalisierungszwang«, »Standortkonkurrenz« und »Finanzmarktreaktionen« Widerstand entgegen zu setzen; Punkte, an denen sie sich einseitig auf die Seite der Modernisierungsgewinner geschlagen hat; Punkte, an denen regierende Sozialdemokraten den neoliberalen Systemdefekt, dass die Gewinne von heute die Arbeitslosen von morgen sind, akzeptierten und nicht mehr die Frage stellten, wie die Produktivitätsgewinne in sozialen Fortschritt für alle übersetzt werden können. Wer eine Heuschreckenplage beschwört, muss sie auch bekämpfen wollen, statt ihr die Türen zu öffnen.

Diese Punkte sowie die Militarisierung der deutschen Außenpolitik bezeichnen die Hindernisse, die einem politischen Linksbündnis im Weg stehen. Die Räumspflicht liegt nicht bei der LINKEN.

Der Vorwurf an die LINKE, sie sei sozialkonservativ und wolle zum Sozialstaat der 1970er Jahre zurückkehren, läuft leer. Es ist in der Tat eine Frage des Standpunktes, von dem aus die politische und gesellschaftliche Entwicklung betrachtet und Veränderung gedacht wird. Aus der Sicht eines durchschnittlichen Arbeitnehmers, egal ob in Ost oder West, hat ausgerechnet unter Rot-Grün ein kultureller Bruch stattgefunden. Die Wahlen 1998 hat die Sozialdemokratie mit dem Versprechen gewonnen, die größten Angriffe der Kohl-Regierung auf Arbeitnehmerrechte rückgängig zu machen: Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, »demografischer Faktor« in der Rentenversicherung.

Als Schröder abgewählt worden war, war die Arbeitnehmerschaft um etliches ärmer. Ein sozialdemokratischer Kanzler hatte den Zusammenhang von Produktivitätsgewinnen und Lohnzuwächsen ausgehebelt und damit einen Grundgedanken des westdeutschen Sozialstaates dementiert: dass der Erfolg des Unternehmens auch eigene Wohlstandsgewinne bringt. Darüber hinaus hatte Schröder mit den Hartz-Gesetzen klar gemacht, dass er die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften dauerhaft zu schwächen wünschte und sozialstaatliche Sicherheitsversprechen nach zwölf Monaten abgelaufen sind. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hatte sich in dieser Situation schon längst herumgesprochen, dass die Zukunft nicht besser werden würde, sondern man froh zu sein habe, wenn es die eigenen Kinder nicht schlechter haben würden. Der historische Zukunftsoptimismus der Arbeiterbewegung, die Erwartung, dass über ein Arbeitsleben hinweg die Löhne höher, die für ein Leben jenseits der Arbeit verfügbare Zeit länger und die sozialen Aussichten der Kinder besser werden würden, diesen Optimismus hat für Millionen ausgerechnet die SPD gebrochen.

Die Rentenpolitik von Rot-Grün und Schwarz-Rot brachte aus der Sicht durchschnittlicher Arbeitnehmer das Fass zum Überlaufen, die Lebensfremdheit der Po-

litik auf den Punkt. Die Ablehnung der »Rente mit 67« quer durch die Wählerschaften aller Parteien vereinigt mehrere Brüche: das Ende einer Entwicklung zu immer kürzeren Lebensarbeitszeiten; die staatlich erzwungene Verlängerung des Arbeitslebens bei äußerst geringen Aussichten, mit 50, 55 oder gar 60 Jahren noch einen neuen Job zu erhalten; der Bruch mit der alltäglich gelebten Generationengerechtigkeit, wonach die heutigen Rentnerinnen und Rentner davon ausgehen können wollen, dass es denjenigen, die heute ihre Rente erarbeiten, zumindest nicht schlechter geht als ihnen selbst, schließlich die Aussicht bei jüngeren Arbeitnehmerschichten, mit einer »modernen« Erwerbsbiografie trotz Beitragszahlung in der Altersarmut zu landen.

Kurzum, die Erfahrung zunehmender sozialer Spaltung, blockierter sozialer Aufstiegsmöglichkeiten bei wachsender und durch kein Leistungsprinzip mehr zu legitimierender Bereicherung der Superreichen, bilden den Hintergrund für die Krise der SPD. Die Sozialdemokratie unter Schröder hat wortgewaltig die »Alternativlosigkeit« und die »Globalisierungszwänge« beschworen, um die Verteidigung der Interessen der kleinen Leute aufgeben zu können. Nicht die Erfolglosigkeit, sondern die bewusste, stolz als Modernisierung propagierte Tatenlosigkeit, als es auf die Verteidigung der sozialstaatlichen Errungenschaften gegen die Profitansprüche der Aktionäre und Finanzmarktkapitale angekommen wäre, macht die Bruchlinie der SPD mit einem Teil ihrer Wählerschaft aus.

Diese Bruchlinie verläuft übrigens nicht geradlinig entlang der Linie »Modernisierungsverlierer« und »Modernisierungsgewinner«. Die Bürgerinnen und Bürger, auch die Wähler der LINKEN wissen nur zu gut, dass das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann. Aber sie erwarten, dass die Parteien darum kämpfen, der wirtschaftlichen Entwicklung, der wachsenden Produktivität so viel Wohlstand und soziale Sicherheit als Planungsgrundlage für ein risikoreicher gewordenen Leben abzurufen wie nur möglich. Wer diese Erwartung als »Sozialkonservatismus« oder »Sozialstaatspopulismus« glaubt denunzieren zu können, hat offenbar nicht verstanden, was in der Gesellschaft vor sich geht. Aber es ist schade. Der LINKEN kann es in diesen Auseinandersetzungen um das Wahlergebnis 2009 nur recht sein, wenn immer mehr Menschen zu der Überzeugung kommen, dass die moderne SPD nicht wieder zu einer echten Sozialdemokratie werden wird. Die Halsstarrigkeit, mit der die SPD am Agenda-Kurs Schröders festhält, steht einem politischen Mitte-Links-Bündnis bis auf weiteres im Weg.

Angesichts der Blockaden auf der politischen Bühne darf aber nicht übersehen werden, dass in der Gesellschaft eine Mehrheit für ein politisch links zu verortendes politisches Bündnis wächst, insbesondere in der Wählerschaft der LINKEN.

Die deutsche Wirtschaft boomt, doch die große Mehrheit der Bevölkerung profitiert nicht mehr von ihren Wachstumsgewinnen. Dieser Aufschwung steht für neue Zeiten: Jetzt soll auch – siehe Telekom – in fetten Jahren der Gürtel enger geschnallt werden. Die Umfragen bezeugen Optimismus hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und Pessimismus hinsichtlich der eigenen Situation: Export-

weltmeister und europäischer Lohndrucker Nr. 1. Dieser Widerspruch taucht in vielen Gestalten auf: in der Debatte um die Managergehälter, um Mindestlöhne, um wachsenden Reichtum und wachsende Armut, um soziale Integration und Unternehmenssteuerreform, um betriebswirtschaftliche Renditemaßstäbe oder nachhaltige volkswirtschaftliche Krisenbewältigung.

Der Neoliberalismus kann diese Widersprüche nicht mehr glaubhaft erklären, geschweige denn die herausziehende dreigeteilte Gesellschaft zusammenhalten. Welche Zukunft ein Mitte-Links-Bündnis hat, hängt davon ab, ob dieses Bündnis eine neue soziale Idee in die Gesellschaft tragen, den vorhandenen Brüchen, Alltagserfahrungen und unterschiedlichen sozialen Interessen einen politischen Ausdruck geben kann, mit dem eine gesellschaftliche Mehrheit einen Fortschritt auch für die eigenen persönlichen Verhältnisse verbindet.

Ein in der Gesellschaft mehrheitsfähiges Mitte-Links-Bündnis, das sich eine politische Perspektive erarbeiten will, braucht entschiedene Antworten auf einige elementare Fragen, die uns Kohl und Schröder hinterlassen haben:

Wenn die Gesellschaft akzeptiert und daran festhält, dass Erwerbsarbeit wesentlicher Bestandteil für das Selbstwertgefühl ihrer Mitglieder ist, dann muss endlich entschieden in den Aufbau von Erwerbsarbeit investiert werden, was nach Lage der Dinge nur heißen kann: mehr Mittel für die kollektive Finanzierung der Gemeinwesenarbeit, der öffentlich geförderten Arbeit.

Wenn Erwerbsarbeit die zentrale Vermittlungsinstanz zur Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion ist, dann muss die Gesellschaft bzw. ihre politische Instanz, der Staat, einen neuen Deal mit den von der Erwerbsarbeit zwanghaft ausgeschlossenen Bevölkerungsteilen herstellen: solange die vorhandene Erwerbsarbeit ungerecht zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen verteilt ist, haben die Erwerbslosen mindestens ein Recht auf eine auskömmliche soziale Grundsicherung. Und wenn Erwerbsarbeit weiterhin ihre zentrale gesellschaftliche Rolle spielen soll, dann müssen sich Politik und Gesellschaft auch um die Neubestimmung der Grenzen zwischen Arbeit und Leben, zwischen Betrieb und Familie kümmern.

Wenn Erwerbsarbeit das zentrale Scharnier zur gesellschaftlichen Teilhabe bleiben soll, dann müssen ihre gerechte Verteilung und die Begrenzung von ständigen Flexibilitäts- und Verfügbarkeitsanforderungen Hand in Hand gehen, um die Zeit für das Persönliche, für Bildung, Kultur, Geselligkeit und für demokratische Partizipation zu schützen.

Ein Mitte-Links-Bündnis als ein gesellschaftliches, politisches Bündnis im Interesse der Arbeitnehmerschaft und des sozialen Ausgleichs hätte dies als erste Aufgabenstellung zu meistern.

Wenn soziale Integration, wenn gleiche Chancen, soziale Teilhabe und demokratische Partizipation gesellschaftliche Ziele bleiben sollen, dann muss sich die Gesellschaft vom Markt emanzipieren, Barrieren gegen das weitere Vordringen marktwirtschaftlicher Prinzipien in den öffentlichen Bereich errichten und die Un-

verkäuflichkeit unverzichtbarer öffentlicher Güter ganz oben auf die Agenda setzen, eben weil sie wichtig für alle sind. Linke Politik fängt aber erst danach an: öffentliche Unternehmen demokratisch legitimierter Lenkung zu unterstellen; sie zu effizienten, transparenten, bürgernahen, auf der Höhe der Anforderungen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger arbeitenden Dienstleistern mit motivierten Beschäftigten zu machen, die gleichzeitig eine wichtige Rolle für den kommunalen Einfluss auf regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten spielen. Die demokratisch eingebundene »Kommunalwirtschaft« gegen die Konzernmacht und Transnationalisierung der Wertschöpfungsketten zu stärken, wäre eine zweite wesentliche Herausforderung, die ein Mitte-Links-Bündnis zu meistern hätte – aus wirtschaftlichen wie demokratischen Grundsätzen und Zielen. Die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern – von Wasser und Energie über Verkehr und Bildung bis hin zu Information und Kommunikation – darf für ein Mitte-Links-Bündnis keine Frage der Gewinnerwartung und -maximierung werden, sondern muss als eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft gestaltet werden.

Wenn wirtschaftliches Wachstum wieder Wohlstandsgewinne für alle bringen soll, dann muss sich Politik daran messen lassen, ob ihre Maßnahmen die Lage der am meisten benachteiligten Schichten verbessern, ohne dass allein der Mittelschicht eine Erhöhung der Steuerlast angekündigt wird. Deshalb braucht es wirtschaftspolitische Instrumente, die erlauben, das Bündnis unter der Lohnarbeiterschaft wiederherzustellen. Damit steht die Frage nach der Steuersouveränität des Staates gegenüber Gewinnen und Vermögenseinkommen. Ohne diese grundsätzliche Konfliktbereitschaft mit den Konzernspitzen, Aktionären, Vermögenden und Vererbenden braucht sich ein Mitte-Links-Bündnis gar nicht erst aufzustellen.

Wenn die deutsche Wirtschaft und hiesige Arbeitsplätze weiterhin in hohem Maße vom Wirtschaftswachstum in China, Indien, Russland, aber auch der EU profitieren, andererseits in hohem Maße von Importen zum Beispiel für die Energieversorgung abhängig sind, gerade dann steht deutsche Politik in der Verantwortung, einen aktiven Beitrag zur nichtmilitärischen, friedlichen Regulation der neuen internationalen Konflikte um Rohstoffe, Energie und Klimaschutz zu leisten. Der Grundsatz einer zivilen, an der Gleichheit und am gleichen Recht aller Menschen orientierten Außenpolitik ist für ein Mitte-Links-Bündnis unverzichtbar.

Wenn die Gesellschaft durch Werte wie Freiheit und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt werden soll, dann kann und muss etwas getan werden, um die undemokratische, autoritäre Verfügung aus den Konzernzentralen über Massenschicksale einzudämmen, um den Grundsatz, dass Demokratie nicht teilbar ist, durchzusetzen, dann muss durch ein Mitte-Links-Bündnis die Frage der Wirtschaftsdemokratie wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Chancen eines Mitte-Links-Bündnisses stehen und fallen nicht mit Lockerungs- und Aufwärmübungen auf der machtpolitischen Konstellationsbühne, son-

dem mit dieser gesellschaftspolitischen Agenda. Die LINKE hätte ihre parteipolitische Existenzberechtigung verloren und wäre zum politischen Untergang verurteilt, würde sie vergessen, dass sie ihren Aufschwung gerade der Empörung in der Wählerschaft über die sozialdemokratischen Verbiegungen gegenüber den Sprechblasen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihrer Kaninchenstarre vor der wachsenden Macht der privaten Profitinteressen verdankt.

Die dauerhafte Existenz der LINKEN lässt sich aber auf diese Ausgangskonstellation nicht gründen. Nach der Phase des Bruchs und des Kampfes um den größtmöglichen Einfluss in der Bevölkerung mit ihren widersprüchlichen Interessen wird die Phase der arbeitsteiligen Auseinandersetzung und Konkurrenz folgen müssen. Wenn ein Mitte-Links-Bündnis aus den Erwartungen einer gesellschaftlichen Mehrheit heraus entsteht, dann nur, wenn sich DIE LINKE und die SPD in ihrer jeweiligen Verschiedenheit akzeptieren und die ihnen in einem solchen Bündnis zufallenden Rollen ausfüllen. Für DIE LINKE bedeutet das für die nächste Zeit dreierlei: die Rolle der SPD als Partei in der Mitte akzeptieren; die eigenen Vorschläge pointieren und zugleich entfalten, um aus den gesellschaftlichen Stimmungslagen – einer hohen Übereinstimmung in der Bevölkerung mit Wahlaussagen der LINKEN, ohne handfeste Absicht, ihr auch die Stimme zu geben – nicht nur kurzfristige Stimmengewinne, sondern auch langfristige Akzeptanzgewinne zu erzielen; in der alltäglichen politischen Arbeit die Mühen der politischen Ebene, der Verankerung im sozialen Alltag und der Bündnisse mit anderen meistern.

Die SPD wird sich derweil entscheiden müssen, ob sie auf Dauer in der Gefangenschaft einer großen Koalition verharrt, ob sie ernsthaft darauf setzen will, den Wählerinnen und Wählern glaubhaft zu machen, in einem Bündnis mit FDP und Grünen gesellschaftspolitische Forderungen wie – nur als aktuelles Beispiel – einen gesetzlichen Mindestlohn eher verwirklichen zu können, oder ob sie sich darauf besinnt, in von ihr erreichbaren Wählerschichten für ein neues gesellschaftspolitisches Projekt für die sozialstaatliche Erneuerung und für den Ausbau der Demokratie zu werben. Eine Antwort ist, so wie die Dinge stehen, nicht vor 2010 zu erwarten.

## Der schmale Grad linker Reformpolitik – der Fall Berlin

### Vorbemerkung

Ist es möglich, in einem Bundesland wie Berlin gegen den neoliberalen Strom zu schwimmen? Kann die Berliner Linkspartei auf Landesebene linke Politik gestalten und dabei alternative Projekte des Einstiegs in einen transformatorischen Prozess entwickeln, der den Kapitalismus in dieser Gesellschaft zurückdrängt? Vermag sie einen spezifischen Beitrag für einen Richtungswechsel der Politik in der Bundesrepublik insgesamt zu leisten? Kann sie diese Regierungsbeteiligung erfolgreich für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, für die Partei selbst nutzen?

Was sind die Maßstäbe erfolgreicher linker Politik in Regierungsverantwortung? Ist es sinnvoll, sich im System der repräsentativen Demokratie zu verorten, oder soll man sich nicht besser auf die »Kraft der Straße«, auf die sozialen Bewegungen konzentrieren? Was aber, wenn politische Bewegungen die Linke wie in Bolivien Evo Morales oder wie in Brasilien Lula da Silva an die Spitze der Regierung führen? Wenn das Votum der Wähler Linke in Regierungsverantwortung wie in Italien, in Norwegen einfordert, und sei es nur, um rechte Regierungen zu verhindern? Kann sie sich dann verweigern oder muss sie Regierungsbeteiligung als eine Option linker Politik nutzen? Was aber sind die Bedingungen für eine solche Option, was die Essentials linker Politik in Regierungsverantwortung?<sup>1</sup>

Der vorliegende Beitrag beschreibt zunächst die Positionen der Akteure unterschiedlicher Ebenen und Quellorganisationen des neuen linken Parteiprojektes auf die Frage der Regierungsbeteiligung und bezieht sich dabei auf die verschiedenen und zum Teil konträren Sichtweisen, wie sie in den Interviews von Meinhard Meuche-Mäker, ergänzt um weitere Interviews mit Akteuren der Berliner Linkspartei durch die Autorin dieses Beitrages, deutlich werden.<sup>2</sup> In einem nächsten Schritt wird gefragt, welche grundsätzlichen strategischen Fragen der neuen Linkspartei dabei angesprochen wurden. Abschließend werden sie in Bezug auf die spezifisch Berliner Situation diskutiert.

1 Vgl. dazu die Analysen in: Frank Berg, Thomas Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt (Explorationsstudie). Berlin 2000; Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Berlin 2005; Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? Schkeuditz 2005; Cornelia Hildebrandt, Michael Brie: Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen. Gesellschaftspolitisches Forum in der RLS. rls papers. Berlin 2006 (hier sind auch neuere Beiträge zu Brasilien, Uruguay und Norwegen enthalten. Zum internationalen Vergleich: Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Berlin 2003. Zur lateinamerikanischen Situation vgl. auch: Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007.

2 Zur Zitierweise der Interviews siehe den Beitrag von Meinhard Meuche-Mäker in diesem Band.

Der Text stützt sich neben den schon genannten qualitativen Interviews zusätzlich auf Dokumente und Pressemeldungen und nimmt Bezug auf die inzwischen vorliegende Mitgliederbefragung der Linkspartei Marzahn-Hellersdorf von 2007, die auszugsweise in diese Publikation aufgenommen wurde<sup>3</sup>. Der Beitrag versucht, das »analytische Dreieck«, wie Rolf Reißig es in seiner Studie »Mitregieren in Berlin« vorschlägt, im Auge zu behalten: *Ergebnisse* in Bezug setzen zu den realen *Herausforderungen* und tatsächlichen Handlungsräumen.<sup>4</sup>

## **Linkes Regieren – ein zentraler Konflikt in der Linken**

Die Frage der Regierungsbeteiligung der Linken wird von mehr als der Hälfte der von uns befragten Akteure der neuen Linkspartei als ein wesentlicher Konflikt der entstehenden Partei beschrieben und mit der konkreten Regierungsbeteiligung in Berlin verbunden: »Die zentrale Frage ist, ob man regieren darf. Berlin ist das Konfliktfeld.« (E1) »Beteiligt man sich an der Regierung, macht man diese Politik des kleinen Übels mit, um größere Übel zu verhindern, ist das die richtige Strategie?« (F5). Braucht man nicht vor jeder Regierungsbeteiligung erst eine »Gesamtstrategie für die ganze Gesellschaft«, der parlamentarische Fragen unterzuordnen sind? (F4). Die Palette der Antworten zur Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin reicht von der kategorischen Ablehnung (F4), über die Möglichkeit, diese als eine der Optionen parlamentarischen Handelns zu sehen (E16, E17), bis hin zur Verteidigung der Fortsetzung der Rot-Roten Koalition (E21) als eigentliche Gestaltungsmöglichkeit durch Politik. Die zu dieser Frage gegebenen Antworten korrelieren mit den Positionen der Interviewten zum Selbstverständnis der Linkspartei, zu deren Funktion im Parteiensystem und zur zukünftigen strategischen Ausrichtung. Fünf Fragen sind es, die dabei im Zentrum stehen:

1. Inwieweit ist die Gesellschaft durch linke Politik zu verändern und welche Handlungsform ist dabei entscheidend?
2. Welche Haltung sollte die Linke zum parlamentarischen System einnehmen?
3. Wie wird das »strategische Dreieck« von Protest – konkreten Projekten – transformatorischer Gestaltung interpretiert?
4. Welche Möglichkeiten und Grenzen hat linke Regierungspolitik?
5. In welchem Verhältnis steht sie zum Selbstverständnis der Partei?

3 Siehe den Beitrag von Rainer Ferchland in diesem Band.

4 Rolf Reißig: Regierungsbeteiligung – ein konflikthafte Projekt. Das Beispiel Berlin. Vortrag auf der Konferenz: Perspektiven für Berlin, am 1. Juli 2006 [http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/allg\\_Texte/Reissig\\_Rolf/reissig\\_060701.pdf](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Reissig_Rolf/reissig_060701.pdf)

## *Veränderlichkeit von Gesellschaft und die Funktion der Linken*

Lässt sich der Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden oder muss man ihn abschaffen, wer sind die Akteure seiner Veränderung und welche Funktion muss hierbei das neue linke Parteiprojekt übernehmen? Die Akteure formulieren die Alternativen so: »Soll es eine breitere und auf Dauer einflussreichere linke Strömung sein, die hegemoniefähig ist bis in die Mitte der Gesellschaft, oder ist sie ein Bündnis der gesammelten Interessen der Entrechteten, Verlorenen und Enterbten.« (E6). Die Partei müsse für sich die strategische Frage klären, ob sie eine »systemtransformierende Partei« sein oder ob sie sich »mit kleinen Reformen« zufrieden geben will (E9). Ein anderer wieder sieht die Linkspartei vor der Entscheidung, ob sie sich für die Rückkehr zu einer »sozialdemokratischen Politik der 70er Jahre innerhalb des keynesianischen Staatswesens« einsetzt oder ob sie nicht darüber hinaus auch fähig sein muss, »völlig neue politischen Logiken, Entwicklungslogiken nicht nur zu entwickeln, sondern auch als politische Praxis zu etablieren, was ein ungleich schwierigerer Prozess ist« (E6). DIE LINKE müsse im Parlament jene Positionen breiter Teile der Bevölkerung vertreten, die dort nicht mehr präsent sind, wie in der Friedensfrage, aber auch in der Frage, dass »der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und natürlich in der Frage der Stärkung der Ärmsten« (E9). Diese so beschriebene gesellschaftliche Opposition zu herrschender Politik bedeutet jedoch ausdrücklich nicht »die Reduktion einfach nur auf Protestpartei« (E9). »Ich finde sogar, dass auch aus einer gestaltenden, ja sogar aus einer Regierungsposition heraus gesellschaftliche Opposition« möglich ist (E9). Dabei müsse »die Linke der Linken in der Tat vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte überzeugendere Antworten auf die ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen finden...« (F3). »Damit meine ich die Ökonomie, die so wie sie jetzt läuft, ja hochgradig instabil (ist), und sozial sind wir wegen dieser Instabilität gezwungen, soziale Sicherheit neu zu erfinden« (F3).

## *Die grundsätzliche Stellung der Linken zum parlamentarischen System*

Für Rosa Luxemburg war das Parlament als »ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ...das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie«.<sup>5</sup> Karl Liebknecht nutzte die Tribüne des Parlaments, um von dort 1914 seine Stimme gegen die Kriegskredite zu erheben.

Auch für die Linken heute sind die Parlamente Tribünen des Kampfes gegen die neoliberale Politik der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, des Abbaus sozialer Standards, der Einschränkung gewerkschaftlicher Tarifautonomie,

5 Rosa Luxemburg : Die sozialistische Krise in Frankreich (1900). In: Werke, Band 1.2. Berlin 1979, S. 58.

der Aushöhlung bürgerlicher Rechte und Freiheiten und zur Darstellung eigener Politikvorstellungen. Einer der Akteure dazu: »... auch, wenn's manchmal ein bisschen schwierig wird, aber es gelingt uns tatsächlich nach innen und nach außen zu dokumentieren, dass das gemeinsame Projekt (Die Linke) eine Chance hat« (F1).

Aber bereits die Rede im Bundestag als Mittel, um in die Gesellschaft hinein zu wirken, ist nur möglich bei Akzeptanz der demokratischen Spielregeln, des Grundgesetzes als Geschäftsgrundlage des Handelns (E1) und setzt über die Teilnahme an Wahlen den Gang in die politischen Institutionen des Parlamentarismus voraus. »Parteien treten an, um in Parlamente zu kommen, und dann ist die erste große Konfliktlinie: Oppositionspolitik oder lässt man sich auf Regierung ein?« (G1) Dieser Konflikt bündelt alle dahinter liegenden Fragen: »Begeben wir uns sozusagen in die Institution und füllen sie von innen aus oder sind wir wirklich konsequent auf Position und erreichen damit die Leute?« (F10) Aber schließen das »Bleiben auf Position« und der »Gang in die Institutionen« einander aus? Besteht ein Automatismus oder können Bedingungen geschaffen werden, die dem Verzicht auf linke Positionen unter dem Druck der Institutionen entgegenwirken? Lässt sich jene »Verstaatlichung einer Partei« überhaupt aufhalten, die schon mit der Finanzierung von Parteien über die Wahlkampffrückerstattung beginnt?

Klar ist, dass es für Parteien in Parlamenten – zunächst unabhängig von ihrer Rolle als Oppositions- oder Regierungspartei – dazu gehört, »auf bestimmtem Terrain staatlich Politik zu machen« und mit den Ambivalenzen des Handelns innerhalb der staatlichen Institutionen umzugehen. »...man hat mehr Machtmittel, man hat mehr öffentliche Aufmerksamkeit, man ist wichtiger..., aber man ist auch gebunden. ...man kann sozusagen grundlegend mehr machen, aber man verhält sich in Strukturen, in denen sich eben soziale Bewegungen nicht verhalten müssen und damit auch schwächer sind, bewusst schwächer sind.« (G1)<sup>6</sup> Die Linkspartei muss immer wieder selbst diese Ambivalenzen reflektieren und Räume zur kritischen Analyse ihres Handelns in ihren verschiedenen Funktionen außerhalb und innerhalb von Parlamenten, in Opposition und Regierung schaffen. Sie ist Teil des parlamentarischen Systems, Teil der repräsentativen Demokratie, die sie zugleich von links kritisieren muss. Sie tritt zugleich für eine Stärkung des Parlamentarismus (F4) und der partizipativen Demokratie ein. Und sie muss sich als politische Kraft in der Gesellschaft bewähren als Partei für den Alltag, als Partei, die um andere Kräfteverhältnisse kämpft, die für die Veränderung von Grundeinstellungen in der Bevölkerung wirkt, dabei mit vielen anderen Kräften zusammenarbeitet. »...Alternativen kriegt man nicht geschenkt, sondern für diese muss man parlamentarisch und vor allem außerparlamentarisch mobilisieren« (F2).

6 Dieser institutionellen Schwäche sozialer Bewegungen stehen andere Stärken gegenüber. Vgl. dazu: Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York 1987. Zum Vergleich verschiedener Formen linker Politik im Überblick: Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt: Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin 2005, S. 39-59.

Politische Akteure der Linkspartei sehen sich mit der Situation konfrontiert, »dass bestimmte Entscheidungen ... des politischen Systems nicht zur Debatte stehen: Also dass in der Kommune zum Beispiel über die Frage städtischer Armut letztlich nicht entschieden wird und bestimmte Fragen auch jenseits des politischen Systems sich reproduzieren. Also der berühmte Spruch von Agnoli<sup>7</sup>, dass der Sozialismus nicht als Gesetzesvorlage in den Bundestag eingebracht werden kann.« (E6). Hinzuzufügen wäre nur: Es ist nicht das Grundgesetz, das einem erneuerten Sozialismus im Wege steht, ist es doch selbst geprägt durch die Offenheit in der Systemfrage, die 1948/1949 stand.

### *Protest – Projekte – Gestaltung – Die Erfindung des Dreiecks*

Eine weitere strategische Frage ist die nach der Rolle der Linkspartei im politischen System und in der Gesellschaft. Versteht sie sich als Partei, der ein neoliberaler Block aller anderen Parteien gegenübersteht und definiert sie aus dieser Sicht heraus ihre »Alleinstellungsmerkmale«, oder ist es nicht vielmehr notwendig, »Gemeinsamkeiten zu finden, um Politik wirksam zu machen ... und nicht unentwegt die Frage zu stellen, wodurch wir uns von anderen unterscheiden?« (E11) In welchem Verhältnis steht also die Ausprägung des eigenen Profils zur Entwicklung mehrheitsfähiger und damit parteiübergreifender Projekte des Richtungswechsels, die auch von SPD und den Grünen getragen werden könnten.<sup>8</sup>

Soll linke Politik unter den gegebenen Bedingungen Teil des gesellschaftlichen Protestes sein oder darüber hinaus auch Gesellschaft gestalten? »Aus meiner Sicht sollte sie klare Oppositionspartei sein« (F5). Dass auch Oppositionsarbeit – und sei es als Korrektiv zur Regierungspolitik – nicht ohne Politikgestaltung auskommt, wird kaum reflektiert. So heißt es von einem Befürworter von Regierungsbeteiligungen: Eine Partei müsse »Alternativen so formulieren, dass man dieser Partei auch zutraut, dass sie in diesem Land etwas zum Besseren bewegt, das ist ja der springende Punkt. Wenn man sich hier anschießt, die sozialistische Politik verkünden zu wollen, dann muss man ja auch nachweisen können, dass man es selbst ein bisschen besser hinkriegt. Und das ist nach wie vor die Aufgabe, die in erster Linie im Osten bewältigt wird, teilweise auch in den Regierungsbeteiligungen, kommunal und auf Landesebene« (E8). Aber gerade die Möglichkeit der eigenen Partei, es in der Regierung »besser« zu machen, wird von zahlreichen Vertretern der Linkspartei grundsätzlich in Frage gestellt.

7 Johannes Agnoli, Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie. Berlin 1967 (aktuelle Ausgabe: Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2004). Diese Schrift wurde zu einem zentralen Dokument des Selbstverständnisses der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

8 Ernst Hillebrandt: Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: Die europäische Linke muss sich neu orientieren. <http://library.fes.de/pdf-files/id/04660.pdf>

Diskutiert wird auch, ob man diese Frage für die Partei grundsätzlich klären muss, oder ob sie auf der Grundlage konkreter Kräfteverhältnisse von Fall zu Fall entschieden werden könne. Die beiden nachfolgend zitierten Positionen beschreiben den Gegensatz: Ob Regierungsbeteiligung ja oder nein – »so ein Grundprofil müsse dann eben auch einfach festgelegt werden« (F8). »Da werden wir vielleicht auch Leute verlieren, die sagen, da machen wir jetzt aber nicht mehr mit, das ist nicht mehr unser Projekt, aber dennoch muss man das mehrheitsmäßig schon festlegen, auf Bundesparteitag und so. Auf diese Art und Weise wird weder die Berliner PDS stark werden mit ihrer Politik, noch die gesamtdeutsche Linke stark werden, weil sie eben einfach unglaublich ist. Gerade der Punkt der Mobilisierungsfähigkeit, da kommen wir natürlich nicht hin, wenn wir in sehr vielen Bereichen eine unglaubliche Politik machen.« (F8) »... wenn ich eine Partei bin im Osten, die mindestens fünfzehn, wenn nicht zwanzig oder sogar fünfundzwanzig Prozent der Wählerinnen und Wählerstimmen bekommt auf kommunaler und Landesebene, dann kann ich, das ist meine persönliche Meinung, eben nicht mehr nur Fundamentalopposition machen, dann werde ich nämlich nur ein- oder zweimal gewählt, aber anschließend nicht wieder, sondern dann muss ich eben bestimmte Gestaltungsaufgaben auch mit wahrnehmen und ... das ist für die westdeutsche Linke bisher unvorstellbar, weil sie in dieser Situation noch nie gewesen ist.« (F2).

Opposition und Gestaltung werden von den handelnden Akteuren der Linkspartei sowohl als Gegensätze als auch als auf einander zu beziehende unterschiedliche Politikformen verstanden. So wird die DIE LINKE als eine Partei begriffen, die einerseits die Systemfrage stellt und andererseits dafür gewählt wird, dass sich »Lebensbedingungen heute oder morgen relativ konkret verändern« (E6). Einer der Versuche, beide Momente von Politik zu verbinden, besteht in der Orientierung auf ein »strategisches Dreieck« linker Politik.

Immer wieder greifen Vertreter der Linkspartei die Metapher vom «strategischen Dreieck» auf. Was ist damit gemeint? Mit diesem Dreieck wurde in der Diskussion der PDS versucht, die verschiedenen Politikansätze von Protest, Gestaltung und über die kapitalistische Gesellschaft hinausgehende Alternativen miteinander ins Verhältnis zu setzen<sup>9</sup>. Wobei alle drei Ecken viel weniger statisch sind, als das Bild zunächst vermuten lässt. Wie diese Ecken definiert werden und wie die Fläche zwischen ihnen gestaltet ist, wird durch Kräfteverhältnisse und Spannungsfelder, durch die politische Handlungsfähigkeit der Akteure bestimmt und gewichtet. Nicht eine Eckposition allein kann für sich stehen, sondern muss immer in Abhängigkeit zu den beiden anderen gesehen werden. Immer wieder ist zu hören: Alle drei politischen Optionen – Protest, Gestaltung und alternative Projekte – seien gleichrangige Politikansätze.

9 Im Leitantrag der PDS an die 1. Tagung des 9. Parteitages von 2004 in Potsdam heißt es dazu: »Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.« [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view\\_html](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view_html).

Die Formen des Protestes stehen nach diesem »Dreieckssatz« gleichrangig neben Gestaltung von Politik auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene in Opposition oder Regierungsverantwortung und der Durchsetzung alternativer Projekte der Transformation. Ein solches Verständnis könne »eine vernünftige Grundlage abgeben« wenn nicht jeder »und zwar völlig egal, ob PDS oder WASG ... immer nur seine Ecke, in der er sich eingerichtet hat«, betrachten würde: »Und jetzt kommt hier auf einmal die Frage, lass uns doch mal über das Dreieck als Ganzes reden.«(E2) Denn »... die große Aufgabe besteht ja gerade darin, je nachdem in welcher Position ich gerade bin, immer die anderen beiden Funktionen mitzudenken« (E9).

Akteure, die aus der WASG kamen, können mit dem Dreiecks-Konstrukt wenig anfangen, sie sprechen eher von einer Gesamtstrategie für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung bzw. darüber, wie mit den kapitalistischen Rahmenbedingungen und der kapitalistischen Logik umgegangen werden kann. Aber auch unter den WASG-Akteuren gibt es »die einen, die da sagen, siehst Du, das ist eben so, und deshalb müssen wir jetzt die Systemfrage stellen und zwar ständig, und die anderen ...sagen, das interessiert niemanden, also die Systemfrage, sondern wir müssen verdeutlichen, dass die (SPD – C.H.). zwar schwätzen über irgendwas, was sie zwar machen wollen, aber eben doch nicht machen, denn konsequent umgesetzt sähe das so und so aus, müsste so und so finanziert werden...« (F2) Das aber setzt die Beantwortung der Frage voraus: »Wo wollen wir denn eigentlich hin und was sind die nächsten Schritte?« (F2) Aus der Sicht vieler WASG-Akteure stehen Veränderungen »in kleinen Schritten« im schroffen Gegensatz zur Forderung nach grundsätzlicher gesellschaftlicher Umwälzung.

### *Möglichkeiten und Grenzen radikaler Reformpolitik*

Die Möglichkeiten und Grenzen linker Politik bestimmen sich zum einen aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neoliberaler Politik, den Prozessen der Globalisierung, der Europäisierung und Regionalisierung und zum anderen aus den konkreten politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Darin sind sich die Akteure der Linkspartei weitgehend einig. Konsens besteht auch bei der Beschreibung des Ost-West-Gefälles ihrer kommunalpolitischen und landespolitischen Verankerung. DIE LINKE ist im Westen gegenwärtig noch eine Partei zwischen lokal kaum vorhanden und acht Prozent, im Osten ist sie mit weit über zwanzig Prozent Volkspartei, kommunal- und landespolitisch stark verankert.<sup>10</sup>

10 Die neue Linke kann sich auf die Arbeit von über 7000 kommunalen Mandatsträger/innen in Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister/innen mit dem Mandat der Linkspartei bzw. der WASG stützen. 17. Oktober 2006 [http://archiv.2007.sozialisten.de/politik/kommunal/initiativen\\_linksfraktion/view\\_html/n8/bs1/zid34363](http://archiv.2007.sozialisten.de/politik/kommunal/initiativen_linksfraktion/view_html/n8/bs1/zid34363)

Eine andere Frage ist jedoch, wie man sich zu den konkreten Rahmenbedingungen verhält. Soll oder muss man sich auf sie einlassen, und wenn ja, wie? Und wie muss linke Politik mit legitimen Interessensunterschieden und -gegensätzen umgehen, wie mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen an ihre Politik? Soll man z. B. auf Landes- oder kommunaler Ebene Veränderungen im Rahmen »des gegebenen Haushaltes irgendwie denken bzw. Lösungen präsentieren«, sich in Verwaltungsstrukturen einbinden und sehen, was dort zu machen ist? Und muss man nicht auch bereit sein, diese Handlungsräume auszudehnen und zu testen, wie weit man diese erweitern kann? (E7) »Dazu gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die einen geben sich damit zufrieden, innerhalb bestimmter Strukturen so zu wirken, wie es ist, also sozusagen: Die Mehrheiten sind halt so und fertig...« (E7). Schwieriger sei die »Suche danach, wie Konflikte transparent gemacht werden können – trotz geringerer Einflussmöglichkeit« (E7). Dies verlangt die Reflektion der Widersprüche und Spannungsfelder in denen man sich bewegt: »Also eine Partei, die in der Kommunalpolitik verankert ist, die die Haushaltsnot der Kommune viel brutaler spüren musste als Anfang der 90er Jahre eine westdeutsche Kommune, wo Privatisierung als Modellprojekt des Bundesministeriums übergeholfen wurde als Bedingung dafür, dass Du Deine Kläranlage zurückbekommst, und dann auch sanieren kannst, weil die natürlich nach vierzig Jahren DDR mit Sanierungsstatus behaftet ist, das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen.« (E6)

Bei aller Unterschiedlichkeit der lokalen Situation befördern kommunale und Landespolitik realpolitische Orientierungen, ohne die Politik für den Alltag nicht möglich ist, die jedoch immer wieder zum Anspruch systemtransformierender linker Programmatik ins Verhältnis gesetzt werden muss. Insofern bedarf die auf dem Gründungsparteitag gestellte Systemfrage der Übersetzung in konkrete politische Forderungen auf europäischer, bundes-, landes- und kommunaler Ebene. Welche Bedeutung hat dies für die Politik einer linken Partei auf Landesebene in Berlin?

### *Die Berliner – Reflektionen und Fragen*

Es gab und gibt keinen Wahlkampf der Linkspartei, bei dem nicht auf Berlin geschaut und Berliner Politik bewertet wird. Schon in diesem Sinne hat linke Berliner Politik immer auch bundespolitische Bedeutung. Was kaum verstanden und produktiv gewendet wird, ist die Tatsache, dass der Konflikt »eigentlich in der Verwurzelung einer Partei« beginnt. (E1) »Wir hätten diesen Konflikt nicht, wenn wir nicht im Osten die neue Stärke aus der Kommune gewonnen hätten. In der Kommune geht es um die erste Frage, stellt man einen Bürgermeister oder nicht. Und dann hat das natürlich Weiterungen ... das ist etwas anderes als auf der Landesebene. Und dann kann man sagen: Auf der Landesebene, das ist doch etwas ganz anderes als auf der Bundesebene ...« (E1) In Berlin war die PDS zunächst in den kommunalen Parlamenten und als gewählte politische Vertreterin in den Be-

zirksämtern mit Stadträten oder Bürgermeistern präsent<sup>11</sup>, bevor sich diese Frage für die Landesebene stellte. Auch hier schuf sie – wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern – mit der kommunalen und gesellschaftlichen Verankerung zum Beginn der 1990er Jahre die Voraussetzungen für die Frage nach der Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Diese wurden erstmals 1994 für Sachsen-Anhalt mit der Frage der Tolerierung einer SPD-Minderheitenregierung konkret. Es folgten 1998 die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, die von Beginn an durch die grundsätzliche und konkrete fachpolitische Kritik der Akteure der PDS selbst begleitet wurde<sup>12</sup>, und 2001 die rot-rote Koalition in Berlin.

Von zahlreichen Vertretern aus der WASG wird gesagt, dass in der PDS jetzt so getan werde, »als wäre der demokratische Sozialismus einer der lebensnotwendigen Aspekte«. In der realen Politik sei von Sozialismus aber nicht viel wahrzunehmen (G3). Demokratischer Sozialismus sei nur eine Worthülse, mit der sich alles, auch die Heterogenität jener, die sich auf ihn beziehen, zudecken lasse. »Die Einen machen es zum Glauben, die anderen auch zum Machtkampf« und die, die sich bemühten klarzumachen, dass es hier um die tatsächliche Einheit von Ziel, Bewegung, Wertesystem gehe, »die waren eigentlich in der Minderheit« (E11). Aber ungeachtet von seiner realen oder vermeintlichen Instrumentalisierung sei »die Grundidee des demokratischen Sozialismus im Osten nach wie vor verankert als gesellschaftliche Überlegung« und von daher sei die PDS gut beraten gewesen zu sagen, »sie vertritt diese Position und wird mit dieser Position gewählt« (F2). Insofern sei es zunächst nachvollziehbar, wenn auch die Berliner diese Position vertreten, darunter eine große Zahl ihrer Amts- und Mandatsträger.

Das Engagement der Führung der Berliner Linkspartei im »Forum demokratischer Sozialismus«<sup>13</sup> lässt sich deshalb nicht einfach auf eine Abgrenzung zur (Berliner) WASG oder zu anderen politischen Strömungen reduzieren. Dahinter steht das Verständnis eines Weges zum Sozialismus, der in Anlehnung an das Parteiprogramm der PDS »als Weg der Transformation der bestehenden Gesellschaft« bezeichnet wird. Nicht die Revolution, nicht der Bruch mit gesellschaftlichen Realitäten, sondern deren transformatorischen Veränderungen, die im Alltag der Menschen ansetzen müssen, bilden den Kern dieser strategischen Überlegungen.

Gesellschaftliche Transformation wird danach als Prozess verstanden, der mit der Veränderung konkreter Realitäten mittels praktischer Reformpolitik beginnt und sie mit der Perspektive einer anderen, gerechten Gesellschaft verbindet. Dies

11 Die PDS war nach den Berliner Wahlen 1999 mit 175 Vertretern in den kommunalen Parlamenten (Bezirksverordnetenversammlungen) und mit 11 Stadträten und drei Bürgermeistern in den Bezirksämtern vertreten.

12 Siehe hierzu Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh: Warum? Für wen? Wohin? A. a. O.

13 Das Forum versteht sich als ein Netzwerk innerhalb der Linkspartei, das an den erarbeiteten Positionen der Linkspartei. PDS zum demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem festhält und mit dieser Position auf die Strategie und Programmatik der neuen Partei Einfluss nehmen und um dauerhafte gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen will. Forum Demokratischer Sozialismus (2007). Aufruf. Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg! [http://www.forum-ds.de/article/761.also\\_traeumen\\_wir\\_mit\\_hellwacher\\_vernunft\\_stell\\_dir\\_vor\\_es\\_ist\\_sozialismus\\_und\\_keiner\\_geht\\_weg.html](http://www.forum-ds.de/article/761.also_traeumen_wir_mit_hellwacher_vernunft_stell_dir_vor_es_ist_sozialismus_und_keiner_geht_weg.html) vom 7. Februar 2007.

setzt zum einen die Kenntnisnahme der Realitäten voraus und bricht mit dem Verständnis »revolutionärer Prozesse wie die Oktoberrevolution«, die »Kontrolle oder Übernahme von Fabriken oder Vergesellschaftung... es geht viel mehr darum, bestimmte demokratische Elemente auf der Basis des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu verankern...« (F5). Wie transformatorisch aber ist eine solche Vision?

Die Frage ist auch, ob sich die praktische Reformpolitik der Berliner LINKEN tatsächlich mit Perspektiven verbinden lässt, die die Gesellschaft grundlegend verändern. Auf dem Gründungsparteitag der Berliner Linken im Juni 2007 hat der Landesvorsitzende Klaus Lederer die Systemfrage aufgegriffen. Dafür gäbe es Bündnispartner auch in anderen Parteien. Er verwies dabei auf Positionen innerhalb der SPD, für die der demokratische Sozialismus immer noch ein erstrebenswertes Ziel sei. »Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des demokratischen Sozialismus«, betonte Klaus Wowereit in seiner Rede auf dem SPD-Landesparteitag zum Grundsatzprogramm der SPD am 30. Juni 2007 in Berlin<sup>14</sup>. Damit wird ein politischer Anspruch formuliert, dessen künftige Übersetzung in konkrete Politik zu prüfen ist.

Darüber hinaus stellt sich für die Linken der einzigen Ost-West-Stadt Deutschlands die Positionierung zum demokratischen Sozialismus auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung der PDS bzw. Linkspartei mit dem Stalinismus. Der Bruch mit dem Stalinismus als System gehört aus der Sicht der Berliner Akteure zwingend zum Erbe der neuen Linken. Eine Relativierung dieser Position im Rahmen der Parteinneubildung, einschließlich der Aufhebung bisher geltender Parteibeschlüsse zur Offenlegung der politischen Biographie<sup>15</sup>, wird abgelehnt.

## **Berlin konkret**

### *Politikformen und Selbstverständnis*

Seit 1994, dem Beginn der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die PDS in Sachsen-Anhalt, der 1998 beschlossenen rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und der rot-roten Koalition in Berlin 2001 stellte sich die Frage nach der Regierungsbeteiligung für diese drei Landesverbände nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret. Gleichzeitig wurde sie auf Bundesebene als Grundsatzfrage im Kontext der Funktions- und Gebrauchswertbestimmung der PDS diskutiert. Dabei stand der Anspruch, als eigenständige Kraft ein »alternatives Projekt« zu

14 Klaus Wowereit. Rede auf dem Landesparteitag der SPD. Am 30.06.2007 in Berlin [http://www.klaus-wowereit.de/archiv/news\\_archiv/juni\\_2007/](http://www.klaus-wowereit.de/archiv/news_archiv/juni_2007/)

15 Es handelt sich dabei um einen Parteitagbeschluss der PDS »Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren« vom Juni 1993 [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/beschluesse\\_umgang\\_mfs/view\\_html/n2/bs1/zid32967](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/beschluesse_umgang_mfs/view_html/n2/bs1/zid32967)). Beschluss der 2. Tagung des 3. Parteitages, 26. bis 27. Juni 1993

sein im Widerspruch zur Funktion »linkes Korrektiv« im Rahmen eines parteipolitischen Mitte-Links-Bündnisses. Dies mündete im Bundestagswahlkampf 2002 in zwei, einander widersprechende Wahlkampfstrategien, was letztlich zum Verlust der bundespolitischen parlamentarischen Präsenz der PDS beitrug.

Der Parteitag von Gera unmittelbar nach den Wahlen 2002 verdeutlichte den tiefen Riss innerhalb der PDS in der für sie existenziellen Frage nach ihrem Selbstverständnis und Gebrauchswert. Während Gabi Zimmer als Parteivorsitzende für ein alternatives gesellschaftlich verankertes Mitte-Unten-Projekt votierte, stritten die Parlamentarier vor allem auch des Berliner Landesvorstandes für die Profilierung einer »radikal demokratischen und sozialen Reformpartei«, die von links die Politik von rot-grün unter Druck setzen und in diesem Sinne »linkes Korrektiv« sein müsse<sup>16</sup>. Dazu habe die Partei konkrete Reformprojekte in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik zu entwickeln und hierfür parlamentarische und außerparlamentarische Mehrheiten zu organisieren. Diese Mehrheiten zur Gestaltung von Politik auch aus Regierungsverantwortung heraus wurden von den Berliner Reformern im genannten politischen *Mitte-Links-Bündnis*, auf das sich die Linke als Partei beziehen müsse, nicht aber in einem gesellschaftlichen *Mitte-Unten-Bündnis* gesehen, das in Opposition zum gesellschaftlichen System stehe. Aber nicht nur von den Berlinern wurden beide Ansätze, obwohl sie sich auf unterschiedliche (auf die politische und gesellschaftliche) Ebenen beziehen, fruchtlos gegeneinander gestellt.<sup>17</sup>

Im Programm der PDS aus dem Jahr 2003 finden sich beide Ansätze wieder: »Die PDS will Teil einer breiten Allianz sein, die sich gegen eine Politik richtet, deren Ziel es ist, Übereinstimmung mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen zu erzielen. ... Wir sind als sozialistische Partei bereit, langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitzuwirken...« Dazu gehört die Arbeit in parlamentarischer Opposition ebenso wie in Regierungsverantwortung: »Wir streiten darum, wie wir unser Profil als sozialistische Partei entwickeln, Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen und in parlamentarischer Opposition ebenso wie bei Regierungsbeteiligung politische Verantwortung übernehmen können.«<sup>18</sup>

Auf dem Potsdamer Parteitag der PDS 2004 wurde das strategische Dreieck beschlossen, auf das sich auch die Führung der Berliner Linkspartei beruft. Für Berlin bedeuten dessen Ecken: *erstens* Protest gegen Bundesgesetze wie Hartz IV bei gleichzeitiger Pflicht, diese in den Verwaltungen umzusetzen und dabei alle Möglichkeiten im Interesse der Betroffenen zu nutzen (Bundesrecht bricht Lan-

16 Landesvorstand der PDS Berlin (2002). Mehr demokratisch-sozialistische Politik – Chance zur Erneuerung. Initiativantrag an den Geraer Parteitag. 08.10.2002. [http://www.forum-ds.de/article/808.mehr\\_demokratisch\\_sozialistische\\_politik\\_chance\\_zur\\_erneuerung.html](http://www.forum-ds.de/article/808.mehr_demokratisch_sozialistische_politik_chance_zur_erneuerung.html)

17 Vgl. zum Zusammenhang dieser beiden Konzepte in: André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS (mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten). rls Standpunkte, Nr. 9/2002.

18 Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm. Berlin, 2003. S. 51

desrecht), *zweitens* sozial gerechte und Demokratie befördernde Stadt- und Kommunalpolitik unter der Schuldenlast von ca. 60 Mrd. Euro und einer deshalb eingereichten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die inzwischen abgelehnt wurde, aber maßgeblich die Politik beeinflusste, und *drittens* die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) und die Einführung von Gemeinschaftsschulen. Mit der Verteidigung des strategischen Dreiecks soll linke Regierungspolitik in Berlin – als eine Option politischen Handelns – verteidigt werden. Diese Option wird verbunden mit der Forderung, den demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wert in die Programmatik der neuen Linken aufzunehmen. Wie aber passen demokratischer Sozialismus und Realpolitik in Regierungsverantwortung zusammen?

### *Berliner Strategien – Ein Blick zurück*

Die Linke in Berlin sei die »Domäne der modernen Sozialisten«, schreibt Michael Koss in seinem Buchbeitrag »Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach dem Westen«<sup>19</sup>. Die Berliner Linke werde dominiert von modernen Sozialisten und verstehe sich als »visionäre Wegbegleiterin«, die nach strategischen Projekten suche. Libertäre Ansätze würden hier stärker als in anderen Landesverbänden vertreten werden.

Sieht man auf die Vielzahl von Strategie- und Positionspapieren von Berliner Linken, vom gemeinsamen Papier von Carola Bluhm und Harald Wolf »Vor der Kür kommt die Pflicht« aus dem Jahr 2001 über »Berlin beginnt – neue Chancen für die Stadt« von Stefan Liebich 2002, »Zwei entscheidende Jahre – Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus« von Harald Wolf aus dem Jahr 2004, die im gleichen Jahr von Thomas Flierl entwickelten Kulturpolitischen Leitlinien, den Beitrag von Katina Schubert und Elke Breitenbach »Opposition und Regierung« von 2004 und Benjamin Hoffs Thesenpapier »Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung« aus 2004 und sein Diskussionsangebot: »Soziale Metropole Berlin – Offene Fragen linker Stadtpolitik« aus 2007, so möchte man dieser Einschätzung zustimmen.

Immer wieder wurden neue strategische Überlegungen zu linker Politik in Berlin formuliert und parteiintern auf Parteitage und Strategieforen diskutiert. Aber immer wieder brachen diese Diskussionen ab, blieben für die eigene Partei folgenlos und ohne Bedeutung für stadtgesellschaftliche Diskurse. Sie führten nicht zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie für Berlin, mit der sich die Mitglieder der Partei identifizieren und in die sie sich einbringen konnten, eine Strategie, mit der die Linkspartei in der Gesellschaft erkennbar sein und in der Lage wäre, stadtpo-

19 Michael Koss: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach dem Westen. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter: Die Linkspartei Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft. Wiesbaden 2007, S. 135 ff.

litische Auseinandersetzungen mitzubestimmen, in der sich auch Einzelmaßnahmen einordnen und gewichten ließen. Es gab und gibt bis heute kein Gesamtkonzept mit projekt- und themenübergreifenden Strategien und Vorhaben. Die Umsetzung eigener zentraler politischer Projekte hat erst nach den Wahlen 2006 begonnen. Wie lässt sich dieser Umstand angesichts der doch vorhandenen Potentiale erklären?

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Sie finden sich in den Defiziten der Papiere selbst, die zum Teil von den Ereignissen überrollt wurden und letztlich Einzelpapiere blieben. Sie finden sich in der praktischen Politik unter Haushaltsdiktat, in der Dominanz parlamentarischer Politik, im Stil politischer Entscheidungsprozesse, in den fehlenden personellen Ressourcen der Berliner selbst und letztlich auch in der schwindenden intellektuellen Attraktivität der Gesamtpartei.

In den schon genannten Überlegungen von Carola Bluhm und Harald Wolf aus dem Jahre 2001 wird darauf verwiesen, dass bis dahin zwar erreicht worden wäre, »in weiten Teilen die Meinungsführerschaft in der Opposition zu gewinnen und vor allem im ersten Halbjahr aus der Opposition politische Themen zu besetzen«, dies aber nicht mit der Stärke der PDS, sondern mit der Schwäche der Grünen zusammenhänge. »Zu Einzelthemen ist es uns gelungen und gelingt es uns immer wieder, Reformvorschläge zu entwickeln, die wirkliche Alternativen zur Regierungspolitik darstellen (z.B. Thema Wohnungsbaugesellschaften, perspektivisch die gut laufende Projektarbeit zur Hochschulmedizin). Es fehlt jedoch ein Gesamtkonzept. Partei müsse sich vor allem mit ‚sozialer Gerechtigkeit als vordringliches Ziel‘, mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und mit der Entwicklung von Bürgerrechten konzeptionell auseinandersetzen und dabei die Einheit der Ost-West-Stadt, die Zukunft der Region und die Haushaltskonsolidierung als zentrale Aufgaben bearbeiten.«<sup>20</sup>

Nach den Wahlen 2001 wird die PDS mit dem tatsächlichen Ausmaß parasitärer Netzwerke von Politik und Wirtschaft in der Stadt (der »Berliner Filz«), des Bankenskandals und den 57 Mrd. Euro Schulden, dem Zweieinhalbfachen des jährlichen Berliner Landeshaushaltes, konfrontiert. Dies alles waren die Folgen früherer Visionen des »Größenwahns«, die Stadt als Dienstleistungsmetropole und als Olympiastadt zu entwickeln, verbunden mit gepflegter Subventionsmentalität und einer Stadtpolitik fernab aller Berliner Realitäten. Ebenso erwies sich die Vorstellung einer »geldsprudelnden Bundeshauptstadt« als leichtfertiger Irrtum.

Vor diesem Hintergrund sah die PDS ihre vordringlichste Aufgabe darin, die Stadtpolitik an Berliner Realitäten anzupassen, den Filz zwischen Verwaltung und Lobbygruppen zu beseitigen, die Folgen des Bankenskandals aufzuarbeiten und den Haushalt als Voraussetzung für Politikgestaltung zu stabilisieren: Sanierung statt Vision und Konsolidierung des Haushaltes statt Subventionswirtschaft.

20 Carola Freundl, Harald Wolf: Vor der Kür kommt die Pflicht. [http://cmsfraktion.linkspartei-berlin.de/politik/projekte/politikfelder/haushalt\\_und\\_finanzen/vor\\_der\\_kuer\\_kommt\\_die\\_pflicht/](http://cmsfraktion.linkspartei-berlin.de/politik/projekte/politikfelder/haushalt_und_finanzen/vor_der_kuer_kommt_die_pflicht/) (2001)

Hierzu sollte ein Dialog über Sanierungsstrategien und fairen Interessenausgleich mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden initiiert werden. Dieser Dialog blieb Idee. Stattdessen kam es 2002 zum Angebot für einen Solidarpakt für den Öffentlichen Dienst in Berlin.

Genau an diesen Punkten setzte 2002 auch das Papier von »Berlin beginnt« an. Zuerst müsse Berlin seine finanzpolitischen Hausaufgaben machen, um Spielräume für spätere politische Handlungsfähigkeit zu schaffen. Folgerichtig stand im Zentrum der Vision »Berlin als Stadt der Bürgerinnen und Bürger« ein stadtweiter »Solidarpakt aller gesellschaftlichen Akteure« als »Einstieg in ein sozial ausgewogenes Reformprojekt für das Gemeinwesen«. Real bedeutete dies die Abkopplung der Einkommensentwicklung der Angestellten des öffentlichen Dienstes vom Bundestarif und somit Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag. Die von den Gewerkschaften geforderte moderate Erhöhung von Löhnen und Gehältern konnte Berlin nicht zahlen, es hätte die Erhöhung der Verschuldung um jährlich 250 Millionen Euro oder einen zusätzlichen Abbau von Stellen in großem Umfang bedeutet. Bereits von 1996 bis 2000 waren bereits 23 Tsd. Stellen allein im unmittelbaren Landesdienst abgebaut worden. Der hierfür als Alternative vorgeschlagene Solidarpakt umfasste den Ausschluss betriebsbedingter Kündigung, mehr Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung, die Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West, einen Einstellungskorridor für sieben Tsd. junge Leute. Er sollte auf einen vertraglich festgelegten Zeitraum von vier Jahren befristet sein und verlangte von den Angestellten, nicht auf monatlichen Lohn, aber auf Lohnsteigerungen zu verzichten. Für drei Jahre sollte das Urlaubs- und – beschränkt auf die höheren Einkommensgruppen – das Weihnachtsgeld ausgesetzt werden.<sup>21</sup> Dieser Solidarpakt wurde von den Gewerkschaften abgelehnt, ebenso die Bitte der rot-roten Koalition, analog der »Bremer Lösung« bei den Potsdamer Tarifverhandlungen 2002/2003 aufgrund der extremen Haushaltsnotlage eine Notlagenklausel (Öffnungsklausel) für das Land Berlin aufzunehmen. Daraufhin trat Berlin aus den Arbeitgeberverbänden aus. 2003 wurde der Anwendungstarifvertrag für den öffentlichen Dienst abgeschlossen und bedeutete die Abkopplung der Gehaltsentwicklung vom bundesweiten Tarifstandard<sup>22</sup>.

2003 wurde zum Jahr von Kürzungen und Einschnitten im sozialen Bereich. Dazu gehörte die weitgehende Aufhebung der Lehrmittelfreiheit, die sozial gestaffelte Kita-Gebühren-Erhöhung, die Kürzung von Mitteln für Jugendprojekte, die Kürzungen im Hochschul- und Bildungsbereich, die Erhöhung der Wassergebühren, die Kürzung der Pflegegeldzuschüsse, die Reduzierung des Blindengeldes, die Streichung des Zuschusses von 17 Mio. Euro für die Berliner Verkehrs-

21 Stefan Liebich: Solidarpakt. Rede des Fraktionsvorsitzenden Stefan Liebich in der 20. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 31. Oktober 2002 / Aktuelle Stunde zum Solidarpakt. 31. Oktober 2002 <http://www.archiv2006.pds-berlin.de/politik/dok/2002/021031stl.html>

22 Siehe hierzu Marian Krüger: Der öffentliche Sektor ausgewählter europäischer Hauptstädte im Vergleich. Eine Bestandsaufnahme in Berlin, London, Paris, Wien und Rom. RLS-Studie, Berlin, S. 2006

betriebe, die daraufhin das Sozialticket abschaffte. Der Versuch der PDS, »einen Prozess in Gang zu setzen, (so) dass wichtige Schritte zur Haushaltskonsolidierung nicht einfach als Kürzung bei einer gesellschaftlichen Gruppe wahrgenommen werden«, sondern als Ergebnis politischer Prioritätensetzung, die dann auch finanzpolitisch untersetzt werden, scheiterte.<sup>23</sup>

Es gelang der PDS weder, die konzeptionellen Überlegungen der Sparmaßnahmen darzustellen, noch einen stadtpolitischen Diskurs zu politischer Prioritätensetzung in Gang zu setzen, der über das Ziel Haushaltskonsolidierung hinausging. Damit blieben wichtige Erfolge linker Politik wie die Abschaffung von Chipkarten für Flüchtlinge und ihre Unterbringung in Wohnungen statt in Asylbewerberheimen, »Hilfen zur Arbeit«, »Prävention statt Verfolgung« isolierte Projekte. Sie waren Angebote an einzelne konkrete Gruppen, die nicht gering geschätzt werden sollen. Sie standen jedoch nicht für einen übergreifenden Ansatz, wie er mit dem Anspruch »die gesunde Stadt, d. h. auch die solidarische Stadt« erhoben wurde.

### *Halbzeitbilanz 2004 – die Chance umzusteuern*

Ende 2003 beschloss die Berliner Linkspartei die Bilanzierung der Umsetzung des Wahlprogramms der PDS. In dem entsprechenden Antrag hieß es, dass eine kritische und konkrete Bilanz zur Umsetzung des Wahlprogramms »Miteinander für Berlin« vom Jahre 2001 zu ziehen und die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung konkret und kritisch zu bewerten sei. Politische Vorhaben, die auf Grund von Koalitionsverhandlungen und Kompromissen nicht oder nicht so, wie im PDS-Wahlprogramm fixiert, realisiert werden konnten, seien konkret zu benennen. Die Ursachen dafür seien zu begründen.

Bereits im Vorfeld des Bilanzparteitages 2004 beteiligten sich viele Mitglieder und Gliederungen der Partei an den Diskussionen des Für und Wider linker Regierungspolitik. Es ging dabei weniger um die grundsätzliche Ablehnung von Regierungshandeln, als vielmehr um die Frage, »wie« Regierungspolitik real gestaltet werden müsse, was die Inhalte linker Politik in Regierungsverantwortung sein sollen und real sein können, wie sich Prozesse der Entscheidungsfindung vollziehen, in welchem Maße sich Regierungspolitik als Teil der Berliner Parteipolitik versteht und wie sie von ihren Mitgliedern getragen wird.

In den Stellungnahmen der Bezirks- und Basisorganisationen wurden folgende konkrete Ergebnisse bewertet: Positiv gesehen wurden die Haushaltssanierung, die Risikoabschirmung der Bankgesellschaft, die Stärkung der Haushalte der Stadtbezirke durch Erhöhung der Zuweisungen um 140 Mio. Euro, darunter die Weiterfinanzierung des Sonderprogramms Ost und Sicherung der Stadtteilzentren, das durchgesetzte angemessene Zumessungsmodell im Bereich »Hilfen zur Erziehung«, die Vermittlung von Sozialhilfeempfangenden in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung, die Gründung der Opernhäuserstiftung, die Abschaffung

23 Stefan Liebich: Berlin beginnt. 18. September 2002 <http://www.archiv2006.pds-berlin.de/politik/dok/2002/020918strat.html>

der Chipkarten für Asylbewerber und ihre Unterbringung in Wohnungen, der Beginn der Hochschulautonomie, die Ehrenbürgerschaft für Bersarin (den ersten sowjetischen Stadtkommandanten 1945), die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes, die Einführung sozial differenzierter Kita-Gebühren, die Verhinderung der Absenkung der Sozialhilfesätze und der Abschluss des Anwendungstarifvertrages. Als negativ wurde angesehen, dass die Rahmenbedingungen der Koalition nicht bzw. unzureichend hinterfragt worden waren, die Senkung der Sozialhilfeleistungen, der Umgang mit der Landesbank Berlin, der drastische Ansehensverlust der PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Zustimmung zur Erhöhung der BVG-Gebühren, die Abschaffung des Sozialtickets, die Kürzung der Finanzierung der Universitäten um 75 Mio. Euro, die unzureichende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, die Widersprüche zwischen Bundes- und Landespolitik der PDS, die Aufhebung der Lernmittelfreiheit, die Erhöhung der Kita-Gebühren, das öffentliche Bild als Erfüllungsgehilfe der SPD, die Senkung des Blindengeldes (auch wenn dies geschah, um eine Kürzung der Sozialhilfesätze zu verhindern).

Die differenzierten Bewertungen positiver wie negativer Ergebnisse wurden in die Halbzeitbilanz des Berliner Landesvorstandes aufgenommen, zusammengefasst und unter Berücksichtigung der Ausgangsbedingungen, des Schuldenberges in Höhe von 60 Mrd. Euro und der eingereichten und 2005 dann abgewiesene Klage auf Anerkennung der Haushaltsnotlage<sup>24</sup> beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bewertet. Die darin beschriebenen »roten Fäden« – soziale Gerechtigkeit, die Prioritätensetzung auf Bildung, Wissenschaft und Kultur, Aufräumen mit Filz und Korruption, Berlin als Ost-West-Stadt und die weltoffene Stadt – wurden als widerspruchsvolle »Strategien in Not« dargestellt, zu denen der Ausstieg aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus ebenso gehörte wie der Abschluss eines neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (vereinbarte Absenkung der Gehälter gegen Freizeitausgleich) mit dem Ziel der Einsparung von einer Milliarde Euro Personalkosten jährlich. Die Defizite und Probleme dieser Strategien werden benannt, ebenso wie die Probleme der Kommunikation, des Umgangs miteinander und das strategische Manko. »Bislang gelang es nicht, den »Befreiungs-Schlag« von Altlasten und einen »Erneuerungs-Schub« für Berlin als gesellschaftliches Anliegen zu entfalten. ...Der Vorschlag einer gemeinsamen Konsolidierungskonferenz zwischen Gewerkschaften, emanzipatorischen außerparlamentarischen Bewegungen und dem Rot-Roten-Senat blieb bislang nur eine Idee.«<sup>25</sup> Dazu kamen neue Konflikte: »Mit der neuen Situation – statt eines früheren Miteinanders gibt es nunmehr häufig ein landespolitisches Gegeneinander – haben noch alle Seiten ihre Schwierigkeiten – Senatoren und Abgeordnete ebenso wie in außerparlamentarischen Bewegungen aktive PDS-Mitglieder und Vertreter von Vereinen und Initiativen.«<sup>26</sup>

24 Mit der Klage verband sich die Hoffnung auf Entschuldung des Berliner Landeshaushaltes um 35 Mrd. Euro.

25 Landesvorstand Berlin: In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz (2004). S. 10.

26 Ebenda, S. 21

Insgesamt wird das Ergebnis positiv bewertet. »Wir gelangten zu dem Resümee, dass Rot-Rot einen Kurswechsel in der Hauptstadt eingeleitet, die Politik des Größenwahns beendet, einen Kassensturz vollzogen und damit einen realistischen Blick auf die Zukunft ermöglicht hat. Wir haben eine Strategie gegen weitere Verschuldung entwickelt, Altlasten werden abgebaut und entschärft. Der Versuch, sich dabei immer an sozialer Gerechtigkeit zu orientieren, ist prägend für die PDS.«<sup>27</sup>

Die Halbzeitbilanz war für die PDS ein Versuch, die Mitglieder der Partei in das Projekt der Regierungsbeteiligung einzubinden. Er holte eine 2001 nicht geführte Debatte über die konkreten Möglichkeiten und Grenzen linker Politik auf Landesebene vor dem Hintergrund der Berliner Bedingungen nach. Dieser Dialog ging jedoch über eine gemeinsame Bilanzierung nicht hinaus. Es fehlte die Formulierung konkreter Konsequenzen für die Zukunft. So wurden keine originären linken Projekte benannt, mit denen die Berliner Linke identifiziert werden konnte und die als Parteiprojekte die aktive Mitarbeit der Mitglieder einforderten.

Die Entwicklung solcher Projekte, die die Partei selbst mobilisieren und zugleich in der Stadtgesellschaft von Berlin verwurzelt sein sollten, begann mit den Beschlüssen der Jahresklausur der PDS-Fraktion im September 2004 in Szczecin. Dazu gehörte das Projekt *Gesundheitsstadt Berlin* mit der Möglichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Stadt in einem Projekt zusammenzufassen, die Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik (ÖBS) und die Konzentration auf Zukunftspotentiale der Bildung (Integration durch Bildung als Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung).

Eine Analyse der Auswirkung der Regierungspolitik auf die innerparteiliche Situation blieb bewusst aus. Diese Analyse wäre aber notwendig gewesen, um ein reales Bild von der Bindung der Mitglieder an die Landespartei und ihre Identifizierung mit der Landespolitik zu erhalten und daraus Schlussfolgerungen abzuleiten. Die klaren Mehrheitsbeschlüsse auf den Landesparteitagen verdeckten die wachsende Entfremdung der eigenen Mitgliedschaft gegenüber der Landespolitik ihrer Partei. Ebenso wurde auf eine Analyse der Strukturen politischer Entscheidungsfindung und der Verknüpfung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit verzichtet.

### *Der Berliner Fusionsprozess*

Die Möglichkeiten der Herausbildung einer gesamtdeutschen Linkspartei wurden in der Berliner PDS-Führung mit Skepsis betrachtet, denn in Berlin stand die WASG eher für eine Kultur der Abgrenzung von und der Konfrontation mit der PDS. Der Fusionsprozess war in Berlin von beiden Seiten nicht ernsthaft gewollt, weder von der WASG noch von Seiten vieler Amts- und Mandatsträger der Linkspartei. Diese sahen einen »Berliner Sonderfall«, weil hier nicht nur die Probleme unterschiedlicher Partei- und Politikverständnisse sowie Haltungen zur Regierungspolitik auf-

27 Landesvorstand Berlin: Bericht des Landesvorstandes an den 10. Parteitag der Linkspartei.PDS vom 15. November 2005 [http://www.dielinke-berlin.de/partei/parteitage/10\\_landesparteitag/1\\_tagung/](http://www.dielinke-berlin.de/partei/parteitage/10_landesparteitag/1_tagung/)

einander prallten, sondern der Kern der WASG »eine bewusste Gegengründung zur PDS« gewesen sei: »Ihr erklärtes Ziel war die Abwahl von Rot-Rot und damit auch der Kampf gegen die PDS als Regierungspartei.«<sup>28</sup> Diese, die WASG in Berlin prägende Position fand im Berliner Wahlkampf 2006 ihre Zuspitzung und verhinderte die für die Linkspartei wichtige sachliche Auseinandersetzungen zu Problemen der Berliner Landespolitik. Die Chance zum Diskurs auf der Grundlage vorliegender Thesepapiere beider Parteien zu Privatisierung, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Haushaltspolitik, Sozialpolitik und zum öffentlichen Dienst wurde ebenso ausgeschlagen wie die Chance der noch im April 2006 gemeinsam formulierten inhaltlichen Positionen für einen gemeinsamen Wahlkampf, in dem die Linkspartei zum Teil über ihre eigenen bisherigen Aussagen hinausging.

Fasst man die Diskussionen beider Parteien dieser Zeit zusammen, so wird die in der Linkspartei begonnene Diskussion zu Fragen nach dem »Wie« und nach dem Wesentlichen linker Politik in Regierungsverantwortung in Auseinandersetzung mit der Mehrheit der Berliner WASG wieder zur Grundsatzfrage des »Ob überhaupt«. Vor diesem Hintergrund verblasste jene Kritik, die sich konstruktiv mit konkreter Regierungspraxis auseinandersetzen wollte.

Die mangelnde Fähigkeit seitens der Linksparteiführung, innerparteilich konstruktiv mit Kritik umzugehen, sie aufzugreifen und zu bearbeiten, kritisches Denken zu fördern und hierfür Räume zu schaffen, bildet letztlich eine der Ursachen für die spezifische Entwicklung der WASG auf Berliner Ebene. Sie war letztlich auch Teil ihrer ungelösten Probleme. Das fehlende politische Profil der Berliner Linken, ihre Führungsschwäche, die nachlassende Bindung der eigenen Mitgliedschaft vor allem in den Hochburgen der Linkspartei und letztlich auch die Auseinandersetzungen mit der WASG führten dazu, dass die Linken einen Großteil ihrer Stammwählerschaft nicht mehr ansprechen konnten.

### *Berliner Wahlen 2006*

Berlin hat 2.425.457 Wahlberechtigte, davon haben im September 2006 lediglich 58 Prozent, ihr Wahlrecht in Anspruch genommen, wobei die Wahlbeteiligung in den ehemaligen Hochburgen der Linkspartei lediglich bei 49,3 Prozent in Marzahn-Hellersdorf bzw. 49,7 Prozent in Lichtenberg lag. In beiden Bezirken erreichte die NPD einen Stimmanteil von 6 Prozent bzw. 6,4 Prozent. Das Wahlziel der Linkspartei: »17 Prozent + X« wurde mit 13,4 Prozent deutlich nicht erreicht. Sie verlor im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2005 im Ostteil der Stadt 2 Prozentpunkte, in den Westbezirken 2,7 Prozentpunkte, ein Rückschlag, der mit Ausnahme von Neukölln vor allem die mühsam aufgebaute parlamentarische Verankerung in den Westbezirken traf.

28 Udo Wolf, Stefan Liebich, Halina Wawzyniak, Carsten Schatz: Die Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS – aus der Sicht des Berliner »Sonderfalls« 10. September 2005. <http://www.die-linke-berlin.de/index.php?id=4702>

69.000 frühere PDS-Wähler wurden Nichtwähler. Im Vergleich zu 2001 verlor die Linkspartei zwei Drittel ihrer Wähler unter 30 Jahre. 27.000 Wähler stimmten für die SPD, 16.000 für die WASG. Diese erreichte 2,9 Prozent, davon 3,3 Prozent im Ostteil der Stadt und 2,6 Prozent in den Westbezirken. Sie ist in zwei Bezirksparlamente eingezogen und erschwerte bzw. verhinderte den Einzug der Linkspartei in die westlichen Bezirksparlamente.

### *Wahlauswertung – Ursachen für die Wählerverluste*

Für die Mehrheit der Wähler des Abgeordnetenhauses wie zu den Bezirksverordnetenversammlungen gab die *Landespolitik* den Ausschlag. Bundespolitische Themen wie der Kriegseinsatz der Bundeswehr, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Gesundheitsreform etc. blieben bedeutungslos. Gefragt waren gesamtstädtische Kompetenzen zur Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Und hier verlor die Linkspartei gerade auf den Feldern, auf denen ihr bisher Kompetenzen zugeschrieben wurden: 5 Prozent als Partei der sozialen Gerechtigkeit (Zuschreibung liegt bei 34 Prozent), auf dem Gebiet der Bildung 9 Prozent (Zuschreibung liegt bei 24 Prozent), 6 Prozent beim Schuldenabbau (Zuschreibung bei 7 Prozent), beim Thema Zukunft 9 Prozent (Zuschreibung bei 8 Prozent). Letzteres bestätigen andere Studien über das Regierungshandeln der Linken<sup>29</sup>, denen zwar ein veränderter Politikstil, nicht aber ein Richtungswechsel bescheinigt wird. Möglich war es, den Stil der Politik (wenn auch wenig sichtbar) zu modifizieren, nicht jedoch einen Richtungswechsel herbeizuführen. Dadurch entstand eine dauerhafte Inkonsistenz linker Politik, die letztlich die Partei auszehrte.

Was waren die wichtigsten Ursachen vor allem für die große Zahl der Nichtwähler, unter denen maßgeblich frühere PDS Wähler vertreten waren:

*1. Im Gegensatz zu 2001 gab es keine Wechselstimmung, keinen Aufbruch. Die SPD erhielt mit 30,8 Prozent der Zweitstimmen gegenüber der CDU mit 21,3 Prozent klar den Auftrag zur Regierungsbildung. Es bestätigte sich, dass der Wahlmehrheit 2001 keine langfristige gesellschaftlich-strukturelle Mehrheit zugrunde lag. Die Mehrheit der Berliner bevorzugte im September 2006 eine rot-grüne Koalition.*

*2. Der von den Berliner Linken in der Koalition vollzogene Politikwechsel von »Größenwahn« zur »sozial gestalteten Konsolidierung« wurde nicht als genuin linker Richtungswechsel betrachtet und daher auch von den Wählerinnen und Wählern nicht als linkes Projekt verstanden. Die Konzentration allein auf Haushaltskonsolidierung wurde in dem Moment zum Problem, als die PDS nicht mehr als Partei der sozialen Gerechtigkeit erkennbar war: »Das Dilemma besteht darin, dass wir beim Sozialabbau in Berlin mithelfen, zumindest wird es so von vielen empfunden.«<sup>30</sup>*

29 Vgl. Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. A. a. O.; Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh (Hrsg.): Für wen? Wohin? A. a. O.

30 Bezirksvorstand der PDS Lichtenberg: Vorbereitung einer Bilanz. 16. Februar 2004. <http://www.linkspartei-berlin.de/index.php?id=6943>

3. Gleichzeitig vollzog sich auch in Berlin in Folge neoliberaler Bundesgesetzgebung, des Abbaus sozialer Sicherungssysteme und Arbeitsmarktgesetze wie Hartz IV die soziale Polarisierung der Gesellschaft. Der Sozialstrukturatlas für Berlin beschreibt die wachsende Armut vor allem von Kindern. Der in diesem Bericht ressortübergreifende Ansatz wurde jedoch nicht in konkrete Konzepte überführt. Ansätze wie die Sozialberichterstattung in Berlin führten nicht zu öffentlichen Debatten über Hintergründe der eigenen Politik. Es fehlte das übergreifende Konzept, in das sich die zahlreichen vorhandenen Einzelmaßnahmen einordnen ließen. So konnte Heidi Knake-Werner als Sozialsenatorin unter Nutzung ihrer Möglichkeiten Massenunzüge in Folge der Hartz-IV-Gesetze durch eine Ausführungsvorschrift zur Ermittlung angemessener Kosten der Wohnung gemäß § 22 SGB II (AV-Wohnen) verhindern.«<sup>31</sup>

4. Die konzeptionelle Schwäche der Partei, das weitgehende Fehlen konkreter alternativer Projekte machte es unmöglich, die Regierungspolitik als den Weg eines transformatorischen Prozesses zu sehen. Das fehlende Profil wurde von den eher kapitalismuskritischen Kreisen innerhalb und außerhalb der Partei als Substanzverlust interpretiert. Die Linkspartei war so für viele nicht mehr von der SPD unterscheidbar. Selbst das Projekt Gemeinschaftsschule musste als vermeintliches »Ostprojekt« vor dem Hintergrund unbearbeiteter Gegenwartsprobleme an den Berliner Schulen scheitern. Die Verschlechterung der Bedingungen für Lehrer, Erzieher und Schüler, die insgesamt fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen und letztlich die weitgehende Abschaffung der Lernmittelfreiheit waren gewichtiger als ein innovatives Experiment für künftige Schülergenerationen.

5. Die Parteibasis spielte bei der Entwicklung linker Politik auf Landesebene keine Rolle, sie trat nicht mehr als eigenständige politische Kraft in Erscheinung. Dazu zählt konzeptionell schwache inhaltliche Arbeit des Berliner Landesvorstandes, die kritisch solidarische Begleitung und Vermittlung parlamentarischer Arbeit, die ungenügende systematische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen und die mangelnde Fähigkeit der Einbeziehung linker Intellektueller. Die ausbleibende Parteireform und der Umgang mit der Ostproblematik, einschließlich des Umgangs mit der Geschichte der DDR<sup>32</sup> beförderten die wachsende Entfremdung der Basisorganisationen von parlamentarischer Landespolitik.

6. Die Linkspartei hat sich bemüht, den Politikstil in Berlin zu verändern. So hat sie sich für die Änderungen zur Verfassung von Berlin eingesetzt, durch die das Wahlalter für die Kommunalparlamente auf 16 Jahre herabgesetzt und die di-

31 Mit der Änderung der Ausführungsvorschriften zur Ermittlung angemessener Kosten der Wohnung gemäß § 22 SGB II (AV-Wohnen) vom 30. Mai 2006 wird als einziges Prüfkriterium – abhängig von der Größe einer Bedarfsgemeinschaft – die Brutto-Warmmiete (nicht die Wohnungsgröße) zugrunde gelegt und darüber hinaus Härtefallregelungen definiert, die insbesondere für Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen und über 60-Jährigen besonderen Schutz bringen. Behindertengerechte Wohnungen gelten z.B. in der Regel als angemessen.

32 Viele Mitglieder kritisierten die deutliche Abgrenzung der Berliner PDS-Führung und ihrer Fraktion von der

rekt-demokratischen Möglichkeiten wie Bürgerbegehren oder -entscheide deutlich gestärkt wurden. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung wurde im Stadtbezirk Lichtenberg der Bürgerhaushalt eingeführt. Dennoch bestimmte die Demokratisierung von politischen Strukturen und die Ausweitung direkter Partizipation die Politik der PDS nicht in der Breite.

7. Es ist der Linkspartei vor allem in den Innenstadtbezirken nicht gelungen, im Wahlkampf Themen wie Migration, Kultur, Bildung und auch Innenpolitik so zu präsentieren, dass damit Bürgerinnen und Bürger erreicht wurden, die häufig die Grünen wählen, obwohl es hierfür z. B. mit der Arbeit am Integrationskonzept eine gute Grundlage gab.

8. Das Ergebnis der Linkspartei bei den Bundestagswahlen wurde immer wieder als Vorwegnahme einer gesamtdeutschen neuen Linkspartei gewertet. Vor diesem Hintergrund musste der Wahlantritt der WASG auf Landesebene gegen die Linkspartei, »das Gesamtbild der Zerstrittenheit der Linken in Berlin« erzeugen, »das sich nicht auf die WASG reduzierte«<sup>33</sup>, und sich auf das Wahlergebnis der Linken auswirken. Das neue parteipolitische Projekt hatte in Berlin keine attraktive und damit auch keine mobilisierende Wirkung. In der Analyse zu den Auswertungen der Briefe und Mails an den Landesvorstand wird darauf verwiesen, dass »durch den Landesvorstand die Wirkung der WASG falsch eingeschätzt wurde. Zahlreiche Briefe verweisen darauf, dass sie die Kritik der WASG an der Regierungspolitik z. T. angesprochen habe, weil Inhalte dieser Kritik im Laufe der letzten Jahre auch von Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei geäußert, aber nicht gehört wurden.«

## **Konsequenzen und Projekte**

### *Neue Schritte in die Regierung*

Das Wahlergebnis im September 2006 führte dazu, das zunächst einmal innegehalten und nachgefragt wurde: Hat die Linkspartei das Recht, mit dem Verlust fast der Hälfte ihrer Stimmen von 2001 noch einmal in die Regierung zu gehen? Das war nicht in erster Linie eine Frage an den bisherigen Koalitionspartner SPD, der zwischen den Grünen und der Linkspartei entscheiden konnte, auch nicht an die Wählerinnen und Wähler, sondern vor allem eine Frage an die Mitglieder der eigenen Partei, die sichtbar geschwächt aus dieser Wahl ging. Sollte eine so angeschlagene Partei noch einmal in die Regierung gehen, was bleibt beim nächsten Mal von der Partei dann noch übrig? Geht man in die Sondierungsgespräche und wenn, mit welchen Inhalten?

DDR. In zahlreichen Briefen an Klaus Lederer nach den Berliner Wahlen 2006 wird die mangelnde Differenzierung in den historischen Erklärungen der Linkspartei auf Berliner Ebene thematisiert. Siehe Beiträge zur Wahlauswertung: Die Linkspartei.PDS Berlin, Diskussionsforum zur Wahlauswertung, 8. Dezember 2006, S. 25.

33 Ebenda, S. 20.

Nach heftigen innerparteilichen Debatten beschloss die Linkspartei auf einem Sonderparteitag mehrheitlich mit folgenden Forderungen in die Sondierungsgespräche zu gehen: keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, keine Studiengebühren, Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Einstieg in die Gemeinschaftsschule, kostenfreie Kita und ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Diesen Forderungen stimmte die SPD in den Sondierungsgesprächen zu. Der Sonderparteitag der Berliner Linkspartei im Dezember 2006 votierte mit großer Mehrheit für die Fortsetzung der Koalition.

Erstmalig wurde jeder einzelne Schritt auf dem Weg in die neue Koalition mit der Parteibasis, den Parteigremien auf Bezirks- und Landesebene, den Mandatsträgerinnen und trägern aus den Bezirken, den Abgeordneten der Fraktion des Abgeordnetenhauses, den Mitgliedern in der Regierung diskutiert, *bevor* die Entscheidungen getroffen wurden, *bevor* der Parteitag nun auf einem deutlich höherem Niveau die Frage nach der Fortsetzung der rot-roten Koalition diskutierte und entschied. Für ungeklärte Fragen wie Verkauf der Gewerbeansiedlungsgesellschaft (GSG) und Erhöhung der Wasserpreise wurden zusätzlich parteiöffentliche Foren organisiert.

Dass diese neue partizipative und transparente Kultur der Berliner Linken immer wieder neu durchgesetzt werden muss, dass sie anfällig bleibt, zeigt der Umgang mit der Aufhebung des Ladenschlussgesetzes. Das Problem hierbei waren weniger die Inhalte dieser Regelung – die realen Ladenöffnungszeiten entsprachen bundesweit und ebenso in Berlin längst nicht mehr der bestehenden Gesetzeslage –, sondern es wurde zum bundespolitischen Symbol für die vermeintliche Fortsetzung neoliberaler Politik und für schnelle Entscheidungen an den Parteigremien, einschließlich des Berliner Landesvorstandes, vorbei.

### *Alternative Projekte und reale Umsetzungen*

Bis 2006 standen die Gestaltungsziele linker Politik unter dem Diktat einer extremen Haushaltsnotlage und der deshalb eingereichten Klage. Das hieß konkret, dass alles, was Berlin an sozialer Infrastruktur, als so genannte Ausstattungsvorsprünge, besaß, wo sich die Linkspartei nicht durchsetzen konnte, sozial gestaffelt abgebaut wurde. Dennoch lässt sich linke Regierungspolitik in Berlin nicht auf eine sozial ausbalancierte Sparpolitik reduzieren. Sie war *auch* ein Versuch sich gegen den neoliberalen Mainstream zu behaupten. Und dies vor dem Hintergrund komplizierter Beziehungen zu den Gewerkschaften und schwachen sozialen Bewegungen<sup>34</sup>. Die hier skizzierten Gestaltungsziele und realen Umsetzungen sollen nur beispielhaft für unterschiedliche Ansätze, Erfolge und Probleme stehen.

34 Nach dem Ausklang der Montagsdemonstrationen und den Studentenprotesten gegen Studiengebühren und Studienkonten 2004/2005, an denen sich die PDS beteiligte und die sie unterstützte, gab es in Berlin keine nennenswerten sozialen Bewegungen, das Wirken einzelner Initiativen blieb weitgehend marginal. Anders dagegen die parti- und organisationsübergreifenden Initiativen gegen Rechtsextremismus und Versuche der NPD, das Versammlungsrecht wie am 8. Mai 2005 zu missbrauchen.

## *Öffentlicher Beschäftigungssektor*

Berlin, einstige Industriestadt, verlor seit 1989 rund die Hälfte ihrer Industriearbeitsplätze. Diese Entwicklung spiegelt sich in der überdurchschnittlichen Höhe der Langzeitarbeitslosigkeit besonders niedrig qualifizierter, zugewanderter Arbeitnehmer wider, deren Situation nunmehr mit Hartz IV festgeschrieben wird. Die Chance ihrer Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist nahezu aussichtslos, Arbeitsmarktfördermittel für einen arbeitsvertraglich geregelten zweiten Arbeitsmarkt lassen die Hartz-IV-Gesetze nicht zu.

Im August 2007 waren in Berlin 262.254 Menschen erwerbslos, darunter 20,2 Prozent Ausländer, 44,3 Prozent Frauen und 39,4 Prozent Langzeitarbeitslose.<sup>35</sup> Dennoch hat Berlin im zurückliegenden Jahr einen Beschäftigungszuwachs erreicht.<sup>36</sup> Den größten Zuwachs gab es bei der Zeitarbeit, im Sektor Erziehung und Unterricht und den Dienstleistungen. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt davon unberührt. Folgerichtig wird in dem Papier der PDS: »Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik« vom Oktober 2004 der Ausbau des zweiten Arbeitsmarkts gefordert, da »die alleinige Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt in Berlin und in anderen strukturschwachen Regionen nicht ausreicht. In Berlin kommt auf mehr als 30 Arbeitsuchende nur eine offene Stelle.«<sup>37</sup> Die Berliner Linkspartei hat die Hartz-Gesetze im Bundesrat klar abgelehnt, dennoch sind sie auch für Berlin Gesetzesgrundlage und müssen umgesetzt werden. D.h. die Linke musste ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nun auf Grundlage dieser Gesetze mit den darin gegebenen Spielräumen treffen. Dazu gehört öffentliche Beschäftigung mit zusätzlicher Qualifizierung (Befähigungsnachweisen oder Schulabschlüssen) zu verbinden, um einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Damit Langzeitarbeitslose aber nicht nur sinnvolle Arbeit leisten, sondern von ihr auch leben können, sollen die im Landeshaushalt eingestellten Mittel für Beschäftigungsmaßnahmen um den Landesanteil an Wohnungskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfangende und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) auf einen 1.300 Euro Bruttolohn aufgestockt werden.

Die Überlegungen zur Entwicklung eines eigenständigen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sind in der Linkspartei nicht neu. Der Einstieg in einen solchen war bereits 1998 Bestandteil der rot-roten Koalitionsvereinbarung von Mecklenburg-Vorpommern und in dieser vom Finanzierungsvorbehalt ausgeschlossen. Erste Arbeitsinstrumente wie das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm (ASP) und Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte (GAP) wurden entwickelt und erprobt. Auch in Berlin ist der Einstieg in den öffentlichen

35 DGB Bezirk Berlin-Brandenburg: Arbeitsmarktdaten Juli 2007 vom 13.08.2007. <http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/619/1/7/>

36 Industrie- und Handwerkskammer Berlin: Sozialversicherungsbeschäftigte. Arbeitsort Berlin und Deutschland. <http://www.hwk-berlin.de/ueber-uns/organe-ehrenamt/infos-fuer-vorstand/inhaltsuebersicht/berliner-daten/sozialversicherungspflichtig-beschaeftigte.html> Juni 2006.

37 Harald Wolf, Heidi Knake-Werner, Carola Freundl und Elke Breitenbach: Eckpunkte kommunaler Beschäftigung. 8. Oktober 2004 <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/2004/hartz4/041008nl.html>

Beschäftigungssektor Bestandteil des Koalitionsvertrages. 2500 Stellen sollen bis 2011 in einem Landesprogramm geschaffen werden, indem staatliche Transferleistungen für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen umgewidmet und in regulären sozialversicherungspflichtigen Stellen als Gehalt ausgezahlt werden. Über die zukünftigen Bundesprogramme könnten im Jahr 2007 weitere 500 Stellen, in 2008 ca. 5.000 und 2009 über 3.500 Stellen geschaffen werden. Der ÖBS soll sich dabei auf folgende Handlungsfelder konzentrieren:

- Verbesserung der Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft, beispielsweise Stärkung der Mobilität des Einzelnen, Sicherstellung des Abbaus von Barrieren oder Ausweitung von Serviceangeboten für Seniorinnen und Senioren,
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Nachbarschaftsarbeit, soziale Infrastruktur),
- Unterstützung der Integration von Migrantinnen und Migranten,
- Stärkung der kulturellen und schulischen Bildung<sup>38</sup>.

Ein erstes Modellvorhaben als Vorläufer eines ÖBS wird gegenwärtig erprobt und stützt sich auf die Überlegung, dass es auf dem Feld der gemeinnützigen Arbeit viele Tätigkeiten gibt, die kaum kommerziell angeboten werden können. Folgende Projekte gehören u. a. dazu: flexible Kinderbetreuung außerhalb der üblichen Arbeitszeiten, »Modellmaßnahme 50 plus« für einen Kinder- und Jugendzirkus (Cabuwazi), Gesundheitsförderung und Vorbeugung für Ältere und Hochbetagte und Gemeindedolmetschdienste, die in Schulen und Kindergärten für Migrantenkinder und ihre Eltern in und aus zwölf Sprachen übersetzen können. Bezogen auf die Dauer der Beschäftigung stößt dieses Modellprojekt an die Grenzen von Hartz IV. Danach sind sogenannte «Drehtüreffekte» zu vermeiden. Durch öffentlich geförderte Beschäftigung dürfen keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben werden, so dass für Teilnehmer der Modellprojekte unter 55 Jahre zehn Monate Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt erhalten und nur Langzeitarbeitslose, die älter als 55 Jahre sind, darüber hinaus gefördert werden können.

### *Öffentliche Daseinsvorsorge*

Berlin war seit Jahren dem Druck der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ausgesetzt. 1997 wurde die Bewag, 1998 die GASAG privatisiert, 1999 erfolgte die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe. Der gleichen Logik folgend, sollte nun die Privatisierung von Vivantes (einem Krankenhausverbund), der Berliner Verkehrsbetriebe und der Stadtreinigung sowie weiterer städtischer Wohnungsbaugesellschaften und letztlich auch die Privatisierung der Berliner Sparkasse folgen. Dies hat die PDS bzw. Linkspartei verhindert. Mit Ausnahme der Städtebaulichen Wohnungsbaugesellschaft GSW sind die genannten Unternehmen nicht privatisiert worden. Das ist für die Berliner Linke ein Erfolg,

38 Elke Breitenbach: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin wird ausgebaut. 31. August 2007. <http://cmsfraktion.linksparterie-berlin.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles/-artikel/arbeit-statt-arbeitslosigkeit-finanzieren-2/>

denn Abwehr der Privatisierung ist notwendige *Voraussetzung* für politische Gestaltung und Steuerung.

Als Teil einer Landesregierung Politik zu gestalten, heißt klar Eigentümerfunktionen zu übernehmen. Für die Berliner Linkspartei hieß das *erstens* die Forderung nach Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen, um »der Öffentlichkeit Einblick in die Strategien und Ziele der Unternehmen zu verschaffen, aber auch in das Tun und Lassen des städtisch berufenen Managements, und um die Wahrnehmung der Interessen der Berlinerinnen und Berliner gegenüber diesen Unternehmen zu gewährleisten«<sup>39</sup>. *Zweitens* bedeutete Gestaltung vielfach die Sanierung der landeseigenen Unternehmen, d.h. auch die Sanierungsnotwendigkeit mit den Interessen der betroffenen Angestellten und Arbeitern ins Verhältnis zu setzen und auszuhandeln, und *drittens* die Stärkung innovativer Potentiale der landeseigenen Unternehmen.

Die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion ist notwendiger Weise mit dem Aushandeln einander widersprechender Interessenlagen verbunden, so dass auch das politische Handeln – auch für Linke – nicht widerspruchsfrei gestaltet werden kann. Zwei Beispiele: Für die Sanierung von Vivantes als landeseigenes Unternehmen bedeutete dies zunächst die Umwandlung der Altschulden in Höhe von 230 Millionen Euro in Eigenkapital durch den Berliner Senat. Der Beitrag von 34 Million Euro, der seitens der Beschäftigten zu tragen war, entsprach einem Lohnabbau von 6,5 Prozent sowie den sozial gestaffelten Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis 2008. Die Beschäftigungssicherung bis 2010, der Abschluss eines Notlagentarifvertrages »Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zur sozialverträglichen Begleitung von Rekonstruktionsmaßnahmen« waren Teil der Sanierung. Die Zahl der Betten wurde von 6.200 auf 5.300 reduziert. Es erfolgte die Ausgliederung von medizinfernen Bereichen wie Catering, Wäscherversorgung, technisches und infrastrukturelles Facility Management.

Für ökologische Orientierungen landeseigener Unternehmen steht der Ausbau des ökologischen Profils der Berliner Stadtreinigung (BSR). Sie betreut die ca. 1,8 Millionen Berliner Haushalte. Die Gebühren beim Hausmüll liegen deutlich unter denen von Hamburg, München, Köln und Frankfurt. 2006 wurde mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (die Linkspartei stellt die zuständige Senatorin) eine Kooperationsvereinbarung über die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen abgeschlossen.<sup>40</sup> Die

39 Bei der Forderung nach Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen ging es der PDS erstens um die Sanierung derjenigen Unternehmen mit Defiziten, Fehlsteuerungen und Geburtsfehlern, die nach Verkauf der Filetstücke beim Land verblieben sind, zweitens um die Schaffung einer Perspektive für all diejenigen Unternehmen, die eine für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt unbedingt erforderliche Infrastruktur bereitstellen, insbesondere auch eine Infrastruktur an Gesundheitsversorgung und städtischen Steuerungspotentialen im Wohnungssektor und drittens die Schaffung von Vorkehrungen, die Missmanagement künftig erschweren. Vgl. Klaus Lederer: Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen. 3. Juni 2004. [http://www.klauslederer.de/politik/im\\_parlament/zur\\_debatte/transparenz/](http://www.klauslederer.de/politik/im_parlament/zur_debatte/transparenz/)

40 Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz: Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und BSR vom 1. Januar 2006

BSR erfasst und verwertet jährlich 2,6 Millionen Kubikmeter Deponiegas, wandelt in Blockheizkraftwerken Methan in Strom und Wärme um und kann damit große Mengen an Braunkohle und Erdgas ersetzen.

Seit 2006 gilt für die BSR der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und ein hauseigener Zusatztarifvertrag (ZTV). Dieser beinhaltet Zielvereinbarungen für die Beschäftigten, ohne die »das Effizienzsteigerungsprogramm«<sup>41</sup> nicht erreichbar wäre. Konkret haben »die Mitarbeiter/innen ... auf Entgeltbestandteile und Sonderurlaubstage verzichtet und einer spürbaren Anhebung der Arbeitsleistung durch organisatorische und technische Verbesserungen zugestimmt«. Das wird auch in der Tarifperiode 2007/2008 notwendig sein, um die Personalkosten noch einmal nachhaltig um fast 15 Mio. Euro senken zu können. »Letztendlich sichert das aber auch die Arbeitsplätze der Beschäftigten«, heißt es im Geschäftsbericht der BSR 2006.

### *Der Fehler GSW und seine Folgen*

Zu den größten Fehlern der PDS gehörte der Verkauf der GSW, einer der größten städtebaulichen Wohnungsbaugesellschaften Berlins mit ca. 65.700 Wohn- und Gewerbeeinheiten in mehreren Berliner Bezirken. Die Schulden der GSW gegenüber Kreditgebern betragen rund 1,56 Mrd. Euro. Das Jahresergebnis 2003 lag bei 13,4 Mio. Euro. Angesichts dieser Zahlen und vor dem Hintergrund des Berliner Schuldenberges hatte die PDS diesem Verkauf bei einem Kaufpreis von 405 Mio. Euro inklusive einer Kostenpauschale von 4 Mio. Euro zugestimmt.<sup>42</sup> Dennoch war der Verkauf innerhalb der Linkspartei heftig umstritten. Kritisch hieß es: »Der Verkauf der GSW ist wohnungspolitisch nicht vernünftig. Er ist an sich nicht mal fiskalisch besonders schlau... Mit dem Verkauf der GSW geht ein für die Steuerungsfunktion der kommunalen Wohnungswirtschaft in Qualität und territorialer Verteilung wichtiger Wohnungsbestand der öffentlichen Verfügung verloren und es tritt im verbleibenden kommunalen Bestand eine ‚Schieflage‘ in Richtung der östlichen Peripherie ein. Mit dem Verkauf verschlechtern sich für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeiten des gezielten und ertragreichen Verkaufs von einzelnen Beständen. Dies ist aber ein wichtiges Moment in den Sanierungskonzepten der städtischen Gesellschaften.« Dagegen wurde eingewandt: Der Verkauf »rechtfertigt sich nur aus der Notlage des Landes, der haushalterischen und der wohnungswirtschaftlichen. Das Land Berlin muss zum einen eigene Vermögenswerte mobilisieren, wenn es von den anderen Ländern und dem Bund eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erwartet.«<sup>43</sup>

41 Berliner Stadtreinigung (BSR) Geschäftsbericht. 2006, S. 20. [http://www.bsr.de/bsr/download/GB\\_2006\\_Internet.pdf](http://www.bsr.de/bsr/download/GB_2006_Internet.pdf)

42 Senat von Berlin: Senat stimmt Verkauf der GSW zu. Pressemitteilung Nr. 04-032 vom 25. Mai 2004. <http://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/archiv/20040525.1520.28211.html>

43 Michail Nelken: Verkauf der GSW – Kein Not-, aber ein Notlagenverkauf. Standpunkt vom 15. Juni 2004 [http://cmsfraktion.linksparitei-berlin.de/politik/projekte/starke\\_landesbetriebe/verkauf\\_der\\_gsw\\_kein\\_not\\_aber\\_ein\\_notlagenverkauf/](http://cmsfraktion.linksparitei-berlin.de/politik/projekte/starke_landesbetriebe/verkauf_der_gsw_kein_not_aber_ein_notlagenverkauf/)

Weitere Verkäufe städtischer Wohnungsbaugesellschaften wurden verhindert und sind im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Was dennoch fehlt ist das Sanierungskonzept für die städtischen Wohnungsgesellschaften auch vor dem Hintergrund steigender Mieten<sup>44</sup> und wachsender sozialer Disparitäten, die sich nach Aussagen im Sozialstrukturatlas von Berlin<sup>45</sup> im zeitlichen und räumlichen Vergleich eher noch verstärken. Es fehlt der Linkspartei seit Jahren die Entwicklung wohnungspolitischer Leitlinien als Teilprojekt zur Entwicklung Berlins als soziale und innovative Stadt ebenso wie die Entwicklung eigenständiger stadtpolitischer Leitbilder.

### *Haushaltssanierung*

Hart umkämpft, umstritten, umschimpft – aber ein Erfolg: Der Verkauf der Berliner Sparkasse an den Sparkassen- und Giroverband hat nicht nur deren Privatisierung verhindert und das Drei-Säulen-Modell für Deutschland gegen den Willen der Europäischen Kommission erhalten, sondern mit den Einnahmen dieses Verkaufs sind die Zahlungen zur Risikoabschirmung der Bankgesellschaft aus dem laufenden Landeshaushalt nun nicht mehr nötig. 2008 legt Berlin erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vor. Es wird ein Überschuss von 476 Mio. Euro erzielt. 723 Mio. Euro stille Einlagen aus dem Verkauf der Landesbank fließen zurück in den Haushalt. Aufgabe der Linkspartei in den nächsten Haushaltsverhandlungen wird es sein müssen, neben der Akzentsetzung Berlins als Wissenschaftsstandort, Berlin ebenso als soziale, demokratische und weltoffene Stadt zu entwickeln<sup>46</sup>. Dazu gehört auch die Neugestaltung des Wertausgleichs zwischen den Bezirken, der den sozialen Ausgleich bei besonderen Problemlagen sicherstellen soll.

### *Gemeinschaftsschule*

Bildungssysteme sind Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen, einer sich ausdifferenzierenden Sozialstruktur von Gesellschaft. Das deutsche Bildungssystem macht vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund zu Verlierern. Ein Drittel aller Schüler mit Migrationshintergrund in Berlin hat keinen Schulabschluss, der Anteil der Gymnasiasten mit Migrationshintergrund beträgt 16,3 Prozent, ein Drittel davon verlässt die Gymnasien ohne Abitur. Auch aus diesem Grund for-

44 Nach den Angaben des Mietspiegels 2007, der aufgrund seiner Berechnungsgrundlagen aus der Sicht der Mieterverbände selbst als Instrument von Mieterhöhungen betrachtet wird, zahlen die Berliner 5,8 Prozent mehr Miete als vor zwei Jahren. Neuer Mietspiegel – Das Wohnen in Berlin verteuert sich weiter. Aber nicht überall. Berliner Zeitung, 12. Juli 2007, S. 2

45 Senatsverwaltung für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz. Berlin 2004. [http://www.efb-berlin.de/download/berliner\\_sozialatlas\\_2003\\_kurz.pdf](http://www.efb-berlin.de/download/berliner_sozialatlas_2003_kurz.pdf)

46 Die Akzentsetzung der SPD gilt der Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Berlin mit 150 Mio. Euro, mit 20 500 Plätzen für Studienanfänger, einer Exzellenzinitiative der Hochschulen mit 18 Mio. Euro. Darüber hinaus sollen Gelder für die Anschubfinanzierung zur Sanierung der Staatsoper in Höhe von 50 000 Euro und für den Ausbau der U5 eingestellt werden. Überlegungen für den sozialen oder Bildungsbereich werden nicht genannt. Neues Deutschland, 21. Juni 2007, S. 17.

derte die PDS schon 2004, das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden, denn »sozialistische Bildungspolitik hat die Aufgabe, als regulierendes und integrierendes Instrument zu Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft beizutragen«<sup>47</sup>. Dazu diente die im Februar 2004 festgeschriebene Grundschulreform mit flexibler Schulanfangsphase und der Ausbau der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote, die nun um ein adäquates Angebot für ältere Schülerinnen und Schüler ergänzt werden soll.

Die Linkspartei hat die »Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin« zu einem ihrer zentralen Projekte erklärt. Auf der Grundlage eines Arbeitspapiers »Berlin wird skandinavisch schlau – Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin«<sup>48</sup> sollte das Projekt zunächst über Werkstattgespräche intern und dann mit dem Koalitionspartner diskutiert werden, um noch in dieser Legislaturperiode mit dem Umbau des Schulsystems beginnen zu können. Teil des Beschlusses war ebenso, Gespräche mit Gewerkschaften und Verbänden zu führen, öffentliche Debatten mit Befürwortern und Kritikern des integrativen Schulsystems zu veranstalten und das Projekt öffentlich vorzustellen.

Der »Einstieg in ein durchgängig integratives und leistungsfähiges Schulsystem für alle Berliner Kinder unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft und unabhängig von Alter und Geschlecht«<sup>49</sup> wurde eines der zentralen Projekte im Berliner Wahlkampf 2006. Es soll zunächst mit einer Pilotphase beginnen, um Erfahrungen zu sammeln, wie sich individuelles Lernen und individuelle Förderung, einschließlich der besonderen pädagogischen Förderungen vom Nachteilsausgleich bis zur Hochbegabung, in einem Schultyp realisieren lassen.

All das braucht zusätzliche Ressourcen, die vor allem durch Bündelung erreicht werden sollen. Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen (in fünf Jahren werden es in Berlin 40.000 weniger sein als 2002) können 1.500 Lehrerstellen hierfür genutzt werden. Mit dem Ausscheiden von Lehrern und der Einstellung von ca. 7.000 jungen Lehrern werden Gelder eingespart und zugleich weniger Gelder für den 2. bzw. 3. Bildungsweg benötigt. Hinzu kommen weitere geplante Stellen für pädagogische Verbesserungen sowie neue Möglichkeiten einer bedarfsgerechten Ausgestaltung von Schulen.<sup>50</sup>

Um das Projekt im Rahmen des vorgegebenen Haushaltsplans umsetzen zu können, hat die Linkspartei.PDS im Juni 2006 ein Gutachten zu den Kosten eines integrativen Schulsystems für Berlin erstellt, in dem die Mehrbelastung auf 79,15

47 PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Jahresklausur der PDS-Fraktion Berlin vom 24.-26. September 2004 in Szczecin, Material, Teil I, S. 46.

48 Die Linke. PDS. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Berlin wird skandinavisch schlau – Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin. 17. Juli 2006 <http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de>.

49 Landesvorstand der Linkspartei.PDS: Für einen gemeinsamen Wahlkampf. 6. April 2006 <http://www.linkspar-tei-berlin.de/index.php?id=4150>

50 Diese sollten – so im Wahlprogramm der Linkspartei formuliert »personell besser mit Sozialpädagogen, Psychologen, Bildungswegberatern, Lehramtsstudierenden und medizinischen Personal ausgestattet werden«. Die Linkspartei.PDS Wahlprogramm zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006, S. 14 ff.

Mio. Euro geschätzt wird. Dem gegenüber stehen Einsparungspotentiale in Höhe von ca. 72 Mio. Euro, so dass unter Berücksichtigung rückläufiger Schülerzahlen laut Gutachten letztlich eine effektive Mehrbelastung von 7 Mio. Euro<sup>51</sup> entstehe, also weit unter den Beträgen, die Klaus Wowereit, zusätzlich für die Exzellenzförderung an Berliner Hochschuleinrichtungen (18 Mio. Euro) einplant.

Die Gemeinschaftsschule ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Erstmals wird der Einstieg in ein alternatives Projekt gesichert, das durch die Linkspartei initiiert wurde und parteiübergreifend mit Vertretern der GEW, des Runden Tisches Gemeinschaftsschule, Vertretern aus Wissenschaft und den Schülern und Eltern entwickelt und umgesetzt wird. In dem inzwischen abgeschlossenen Interessenbekundungsverfahren haben insgesamt 65 Schulen aus dem Osten und Westen der Stadt ihr Interesse angemeldet. Die Begleitung des Projektes erfolgt über einen Beirat, in dem Vertreter aus den Fraktionen, von Lehrerverbänden, Verbänden der Wissenschaft und Wirtschaft und Vertreter des öffentlichen Lebens mitarbeiten.

Gemeinschaftsschulen sind jedoch nicht automatisch ein linkes Projekt. Sie können bei Abkopplung der Gymnasien von der langfristigen Entwicklung der Schullandschaft mühelos auch zum Modernisierungsinstrument des zweigliedrigen Schulsystems mit unterschiedlichen Integrationsangeboten führen. Es steht auch nicht nur aus Gründen sozialer Gerechtigkeit auf der Tagesordnung. In Schleswig-Holstein, dem ersten Bundesland in dem die Gemeinschaftsschule rechtlich verbindlich durchgesetzt wurde, geschieht dies als Projekt der großen Koalition und hat gleichermaßen soziale wie demographische Gründe.

Ob das Berliner Projekt Gesamtschule nun zur bildungspolitischen Innovation wird oder zum Projekt nachholender Modernisierung mutiert, ist zum einen von der konkreten Ausstattung (Klassengrößen, Raumkapazitäten, Förderkonzepte, Leistungsdifferenzierung, Personalausstattung) und der Qualifikation der Lehrkräfte abhängig. Zum anderen besteht eine Abhängigkeit von der Sicherung der Übergänge an weiterführende Bildungswege unter Einbeziehung der Gymnasien.

Der Erfolg des Projekts Gemeinschaftsschule hängt davon ab, ob es vor Ort verwurzelt sein wird. Es muss Bürgerprojekt werden, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schüler- und Jugendparlamenten, Gremien und Ausschüssen und den Mitgliedern der Parteien einschließlich ihres Jugendverbandes, oder es bleibt eine parlamentarische Kopfgeburt.

51 Roman Jaich: Berlin wird skandinavisch schlau! Wege zu einem integrativen Schulsystem Gutachten. Kosten eines integrativen Schulsystems für Berlin: Bestandsaufnahme und Kostenabschätzung im Auftrag von DIE LINKE.PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus

52 Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. A. a. O., S. 65

## Fazit

Rolf Reißig beschreibt die Linke in Regierungsverantwortung als Projekt des strategischen Lernens für die gesamte Partei und verweist auf die unterschiedlichen und ungleichzeitigen Erfahrungsräume der Mitglieder der Linkspartei. »Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sehen sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daraus können und entstehen tatsächlich, wie sich gerade auch in Berlin zeigt, *Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungsräumen der PDS-Mitgliedschaft*. Mehr noch – oft entstehen durch die Regierungsbeteiligung erst einmal neue inhaltliche Klüfte in der Bewertung der Ergebnisse der Regierungsbeteiligung und oft auch ihres Sinns und Zwecks.«<sup>52</sup> Reißig beschreibt dieses Problem für den Berliner Landesverband. Es ist deshalb notwendig »gemeinsame Praxen zu entwickeln und zu versuchen, darüber die verschiedenen Erfahrungswelten zu akzeptieren und dann etwas Neues draus zu machen (E8). Wichtig wäre es, Strukturen zu entwickeln, die einen produktiven Umgang mit dieser Unterschiedlichkeit und Ungleichzeitigkeit ermöglichen.

Folgende Thesen sollen hiermit zur Diskussion gestellt werden

1. Linke in Regierungsbeteiligung bleibt ein ambivalentes Projekt. Sie lässt sich nicht von der Klärung der Frage nach der Veränderbarkeit von Gesellschaft, von der Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungspotentiale – auch des Neoliberalismus – trennen, von der Frage nach gesellschaftlicher Transformation und der Funktion der Linken in einem solchen Prozess und von der Einschätzung der eigenen parteipolitischen Potentiale und der Potentiale linker Bündnisse.

2. Die Verantwortung linker Politik kann mit Ablehnung als auch mit Zustimmung von Regierungsbeteiligung verbunden sein. Beide Antworten sind legitim und müssen die Frage beantworten, unter welchen Bedingungen relevante Verbesserungen zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Selbstbestimmung eher durchsetzbar sind. Dazu gehört im Vorfeld der Entscheidung die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der vorhandenen Akteure, die für die Durchsetzung linker Politik zur Verfügung stehen.

3. Linke Politik muss erkennbar sein. Deshalb gehört die Entwicklung von konkreten Projekten linker Politik, die sie als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Friedenspartei, als Partei, die einen demokratischen Sozialismus als strategisches Ziel anstrebt, erfahrbar werden lässt. »Wir werden nur dann mehr Akzeptanz er-

halten und auch an Lösungsvarianten beteiligt sein, wenn mehr Menschen sich dadurch auch ermutigt fühlen, selbst etwas zu tun und damit Kräfteverhältnisse verändert werden.«(E7)

4. Zur Wahrnehmung von parlamentarischer politischer Verantwortung auf den jeweiligen Ebenen der Europa-, Bundes-, Landes und Kommunalpolitik gehört nicht nur die fachpolitische parlamentarische Arbeit, sondern ebenso die horizontale und vertikale Vernetzung und Koordinierung von Politik. Mit dem Einzug der Linken in den Bundestag hat sich seit 2005 das Verhältnis zwischen Bundestags- und Landtagsfraktionen neu entwickelt. Der statuarisch beschlossene Bundesausschuss wird als ein Koordinierungs-, Beratungs- und Abstimmungsgremium zur weiteren Qualifizierung beitragen. Dazu gehört die Aufgabe, die horizontale Zusammenarbeit auf Landesebene zu strategischen und auch thematischen Schwerpunkten zu entwickeln.

5. Wenn parlamentarische Arbeit erfolgreich sein soll, braucht sie das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen. Dabei könne, so ein Interviewpartner, die Linkspartei »durchaus ein parlamentarischer Arm einer breiten linken Bewegung«(G1) sein. Dies setzt jedoch einen wesentlichen höheren Vernetzungsgrad und die Bereitschaft voraus, sich zurückzunehmen: »Wenn wir als Linke etwas Neues kreieren wollen«, dann müssen wir »eine Politik machen, die Macht abgibt. Wir müssen deutlich machen, wir machen nicht Politik, weil wir Macht haben wollen, sondern weil wir die Macht wieder zu den Menschen geben wollen.«(E3)

6. Gerade auch vor dem Hintergrund der Eigendynamik und der Verselbstständigung von parlamentarischer Politik muss Politikentwicklung und -gestaltung als partei- und gesellschaftspolitischer Aushandlungsprozess verstanden und gestaltet werden. Dazu gehört es, die unterschiedlichen Handlungslogiken und Politikansätze, die oft im legitimen Widerspruch zueinander stehen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und miteinander zu diskutieren. Dazu gehören ausdrücklich die Schaffung von Räumen zur Reflektion und Selbstreflektion der eigenen parlamentarischen Arbeit, die Konstitution »kritischer Korrektive« und die Entwicklung einer Kultur des offenen Diskurses.

7. Auch wenn Linke in Regierungsverantwortung agieren, bleibt parlamentarische Arbeit *ein Teil* der Parteiarbeit und darf nicht zur Abkopplung von den Gliederungen der eigenen Partei und zur Vernachlässigung der Parteientwicklung führen. Deshalb versucht die Berliner Linkspartei nach den Berliner Wahlen 2006, neben der Regierungsbeteiligung die Parteientwicklung wieder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und beide Aufgaben miteinander zu verbinden. Eine Politik, die den Anspruch hat, Politik mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu sein, kann es sich nicht leisten, die eigenen Mitglieder zu vernachlässigen.

8. Verantwortung ist immer konkret und muss konkret abgerechnet werden. Das gilt für die Gremien der Partei, die auf ihren Parteitag dazu verpflichtet sind. Das gilt aber ebenso für linke Parlamentarier. Nur hat die Linke für sich noch keine Maßstäbe zur Leistungsbewertung von parlamentarischen Fraktionen – unabhängig davon, ob sie in Regierungsverantwortung sind oder nicht, und ebenso wenig für den einzelnen Parlamentarier. Mit der Erarbeitung der Halbzeitbilanz 2004 einschließlich ihrer Synopse wurden erste Kriterien im Streit miteinander hierfür entwickelt. Darüber hinaus ist die Evaluation linker Politikansätze künftig gezielt auszubauen.

Kann die rot-rote Koalition in Berlin Modell für weitere Regierungsbeteiligungen auf Landesebene oder gar Projekt strategischen Lernens auf Bundesebene sein?

Die Partei DIE LINKE steht als gesamtdeutsche Partei vor der Aufgabe, gesellschaftlich und politisch vor Ort verankert zu sein und dazu auch ihre gegenwärtige Ost-West-geprägte Asymmetrie parlamentarischer Repräsentanz auf kommunaler und Landesebene zu überwinden. Dies ist Aufgabe der Gesamtpartei und erfordert den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten und eine starke eigene parlamentarische Vertretung. Wenn sie dabei erfolgreich ist, muss sie auf demokratischem Wege vor Ort unter den konkreten Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen ihre Rolle als Oppositions- oder Regierungspartei bestimmen: »Wenn das nicht gelingt, unten auch präsent zu sein, dann ist es auch schwer, in die Landtage hineinzukommen und dann hängt die Bundestagsfraktion eben doch ein bisschen in der Luft. Also insofern muss das auch wirklich einer der ersten Schritte sein, die jetzt massiv angegangen werden müssen« (F2).

Hierfür sind die bisherigen Erfahrungen auf kommunaler Ebene aber ebenso auf Landesebene wichtig – aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Es geht um den Austausch über Politikentwicklung und Gestaltung als parteipolitischer und gesellschaftlicher Prozess unter den jeweiligen konkreten Bedingungen, um unterschiedliche Logiken parlamentarischen und außerparlamentarischen Handelns, um politische Abwägungsprozesse sich legitim widersprechender Interessen und um die Entwicklung und Durchsetzung eigenständiger Projekte wie die Gemeinschaftsschule oder der ÖBS in Berlin. Dazu aber bedarf es einer Lernkultur, die souveränen Umgang miteinander, solidarische Kritik und Fachkompetenz verbindet. Noch fehlt diese Lernkultur der neuen Linken.

Für die noch ausstehende strategische Diskussion der neuen Linkspartei ist die Auswertung von Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung in Berlin eine wichtige Grundlage. Viele Probleme, die sich auch auf Bundesebene stellen, sind in Bezug auf Berlin schon diskutiert worden. Dazu gehört vor allem auch die Erfahrung: »Vor der Kür kommt die Pflicht.«

## **Die Linke und das Eigentum. Zur programmatischen Diskussion**

Mit größerer Wucht als je zuvor kehrt die Eigentumsfrage in den Fokus der Linken zurück. Lange Zeit waren die Linken nach dem Debakel staatssozialistischer Eigentumsverhältnisse wie gelähmt in den Kämpfen um Eigentum und Macht. Das Ende des Staatssozialismus in Europa schien nicht zuletzt ein Triumph des Kapitaleigentums über alle anderen Eigentumsformen zu sein. Zudem konnten die zweieinhalb Jahrzehnte eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg als Beweis der Offenheit des Privateigentums für soziale Korrekturen gedeutet werden. Die Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse schien in das Reich der Illusionen gerückt, die Eigentumsfrage ad acta gelegt. »Das Verschwinden des Eigentums« – so lautete im Jahr 2000 der deutsche Untertitel eines Bestsellers des Amerikaners Jeremy Rifkin.<sup>1</sup>

Die Wirklichkeit bietet ein anderes Bild. Die Privatisierung des früheren Staatseigentums war der ökonomische Kern der Verwandlung der staatssozialistischen Länder in kapitalistische Gesellschaften. Privatisierung bisher öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Räume ist ein neoliberales Kernprojekt für die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts.<sup>2</sup> Bereits in den zwölf Jahren von 1990 bis 2001 betragen die Privatisierungserlöse in den OECD-Ländern über 600 Mrd. Dollar, in Deutschland 25 Mrd. Euro.<sup>3</sup>

### **Privatisierung als ein neoliberales Kernprojekt**

Der Neoliberalismus war angetreten, im Namen von Effizienz, Innovation und Wachstum die gesamte Wirtschaft weitgehend privat zu organisieren und möglichst alle Güter in Waren zu verwandeln. Die Fortschritte sozialer Bändigung des Kapitalismus, der öffentlichen Bereitstellung wichtiger Grundgüter des Lebens wurden und werden rückgängig gemacht. Privatisiert wird die Nutzung öffentlicher Güter, zu denen grundsätzlich alle Menschen freien, gleichen Zugang ohne Zahlung haben. Gleichzeitig werden der öffentlichen Hand die Mittel entzogen, diese Güter öffentlich bereit zu stellen. Die Erdatmosphäre als öffentliches Gut von höchster Bedeutung für das Leben auf der Erde wird mit der Ausgabe von Emissionszertifikaten und dem Emissionshandel der Warenwelt einverleibt und deren Gesetzen unterworfen.

1 Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/M./New York 2000.

2 Jörg Hufschmid (Kordinator): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg 2004; Tanja Brühl, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martins (Hrsg.) 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn 2001.

3 Financial Market Trends, 2002.

Das öffentliche Gut Wissen, ruhend auf den Denkresultaten unzählbarer Generationen und im Begriff, in das Zentrum des Produktivkraftsystems im 21. Jahrhundert zu rücken, gerät ebenfalls in die Maschinerie einer »Ökonomie der Enteignung«<sup>4</sup>. Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist ein weiteres erstrangiges öffentliches Gut, das der fortschreitenden Privatisierung unterliegt. Auf der einen Seite nutzen antidemokratische Kräfte in der westlichen Welt die Terrorakte vom 11. September 2001 als Vorwand, um im Namen des Antiterrorkrieges die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem eigenen Staat durch polizeistaatliche und überwachungsstaatliche Maßnahmen, durch Rasterfahndung und Aushöhlung von Datenschutz bis zu Rückfällen in die Duldung oder sogar Förderung von Folter in Frage zu stellen. Auf der anderen Seite wird der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor kriminellen Taten durch Delegation staatlicher Sicherheitsaufgaben an private Unternehmen zunehmend privatisiert.

Sogar der Krieg wird Feld der Privatisierung. Militärische Gewalt wird zur Ware, die auf globalen Gewaltmärkten verkauft wird. Ein »militärisches Unternehmertum« hat sich herausgebildet. Der Marktumsatz von »Private Military Companies« wird auf rund 100 Mrd. Dollar im Jahr geschätzt.

Privatisiert wird schrittweise die öffentliche Daseinsvorsorge. Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) seien die öffentliche Finanzierung oder Teilfinanzierung von Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen, von öffentlicher Daseinsvorsorge in der Kinderbetreuung, im energie- und wasserwirtschaftlichen Bereich, von öffentlichen Aufgaben in Rundfunk, Fernsehen und Wohnungswirtschaft als »Wettbewerbsverfälschung« zu betrachten und sollen auslaufen. Dies sei zugleich die notwendige Bedingung, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren und den Sozialstaat in einen Wettbewerbsstaat zu verwandeln.

Im Zuge der neoliberalen Reformen wird öffentliches Eigentum auch direkt in Privateigentum verwandelt – durch den Verkauf von Krankenhäusern, von Bahn und Post, von kommunalen Wohnungsbeständen, Verkehrsunternehmen, Stadtwerken und Theatern. Zudem werden öffentliche Unternehmen und Einrichtungen zunehmend nach privatwirtschaftlichen Managementprinzipien als Quasi-Privatunternehmen geleitet. In manchen Fällen wie im Telekommunikationsbereich führt die Marktkonkurrenz zu Preissenkungen für die Verbraucher. In der Regel sind Massenentlassungen, Senkung der Löhne, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und oft der Leistungen für die Kunden die Folge.

4 David Harvey: Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5/2003; Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004.

## Konkrete Fragen an eine linke Eigentumpolitik

Diese reale Entwicklung ist es, die die Linke zu neuen eigenen Antworten auf die alte Eigentumsfrage herausfordert, die ihr in sehr konkreten Gestalten begegnet: Was ist zu tun, wenn hochverschuldete Kommunen unter der Last des Schuldendienstes wichtige kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr oder zumindest nicht in notwendiger Qualität leisten können? Ist in solchem Fall der Teilverkauf von kommunalem Eigentum an private Unternehmen ein Erfordernis pragmatischer Vernunft, um die verbleibenden öffentlichen Aufgaben finanzieren zu können? So argumentierten neun Dresdner Stadträte der Linkspartei, als sie am 9. März 2007 dem Verkauf des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes an den US-Investmentfonds Fortress zustimmten. Sie hatten die Schuldenfreiheit der Stadt durch den Verkaufserlös von 1,7 Mrd. Euro im Auge, die Befreiung von jeglichen Zinszahlungen in Höhe von 60 bis 70 Millionen Euro und die Chance, mit diesen Millionen wichtige sozialpolitische Projekte finanzieren zu können. Inzwischen wurde beschlossen, einen erheblichen Teil dieser Mittel für ein Sonderprogramm zur Sanierung von Schulen und Kindergärten einzusetzen. Ein Sozialstiftung und eine Stiftung Dresdner Kreuzchor sind in Vorbereitung.

Gegen einen solchen Versuch kommunaler Entschuldung steht die Ablehnung der Privatisierung von öffentlichem Eigentum – mit dem einleuchtenden Verweis auf den drohenden Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit ohne Eigentum in der eigenen Verfügung. Doch dies wirft eine andere Frage auf: Was ist zu tun, wenn zwar öffentliches Eigentum bewahrt wird, wenn aber leere öffentliche Kassen dazu führen, dass beispielsweise kommunales Wohneigentum nicht ordentlich gepflegt wird, öffentlicher Nahverkehr nur eingeschränkte Leistungen bieten kann, für kommunale Wasserver- und -entsorgung nicht die notwendigen Investitionen verfügbar sind und Kindergartenplätze nicht in der erforderlichen Zahl bereitstehen? Was ist zu tun, wenn also die im Ergebnis von Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende herbeigeführte öffentliche Armut das kommunale bzw. öffentliche Eigentum in Misskredit bei Bürgerinnen und Bürgern bringt, eine Privatisierung aber nicht die Lösung sein kann und soll. Und wenn die – nicht selten praktizierte – Lösung auch nicht darin gesucht werden soll, kommunale Unternehmen einfach nach Maßstäben privatwirtschaftlicher Effizienz zu führen?

Kann eine Lösung des Problems darin bestehen, dass der Staat (auf internationaler, nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene) die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger *gewährleistet*, aber die Bereitstellung von Gütern und Leistungen vertraglich gesichert und bei entsprechender Kontrolle privaten Unternehmen überträgt? Während die einen darin zumindest Teillösungen sehen, verweisen andere auf die Notwendigkeit entschieden weiterreichender Strategien.

In den »Programmatischen Eckpunkten« der neuen Partei DIE LINKE wird

dazu formuliert: »DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen.«<sup>5</sup> Nach welchen Maßstäben sollen solche Schlüsselbereiche jedoch bestimmt werden? Und vor allem: Wie könnte der Prozess der Überführung in öffentliche Eigentumsformen angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse eingeleitet werden und verlaufen? Welche Bedeutung kann in diesem Prozess und für die Eigentumspolitik der Linken die Unterscheidung zwischen Verfügung über das Eigentum und dem Eigentum selbst zukommen? Wenden wir uns diesen Fragen näher zu.

### **Verkauf von öffentlichem Eigentum als Problemlösung?**

»Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft.« So stand es im Chemnitzer Programm der PDS aus dem Jahre 2003 und gilt noch immer. Sie sind jedoch nicht Fragen der Dogmatik.

Der neoliberale Privatisierungsprozess und seine Folgen legen der Linken zwingend Widerstand gegen Privatisierung und Deregulierung, Verteidigung des öffentlichen Eigentums und Einsatz für seine bestmögliche Nutzung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger nahe. In den »Programmatischen Eckpunkten« heißt es daher: »In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.«<sup>6</sup>

#### *Abwägungen*

Gleichwohl kann es immer wieder gute Gründe für (Teil-)Privatisierungen kommunalen Eigentums geben. Oft ist die Überwindung der Finanznot einer Kommune nicht absehbar. Wenn in solchem Fall der Effekt der Verwendung von Verkaufserlösen – z. B. für die Sanierung von kommunalem Wohnungsbestand oder für die Kinderbetreuung in kommunalen Einrichtungen – größer ist als beispielsweise der Vorteil des Erhalts eines kommunalen Wirtschaftsunternehmens ohne Funktionen für die öffentliche Daseinsvorsorge, können auch linke Kommunalpolitiker einen Verkauf in Betracht ziehen, ohne dass ihnen neoliberale Neigungen vorzuwerfen sind. Abzuwägen ist in jedem konkreten Fall auch, ob in einer verschuldeten Kommune der Verlust öffentlicher Steuerungsfähigkeit durch die Privatisierung von bisher öffentlichem Eigentum oder ob der Verlust größer ist, den eine Kommune durch die permanente Aneignung von Steuermitteln beim Schuldendienst zugunsten der Gläubiger, in der Regel von Banken, erleidet. Die vollständige Privatisierung des Wohnungsbestandes einer Kommune beschränkt

6 Ebenda, S. 2.

allerdings ihre wohnungspolitischen Möglichkeiten in nicht hinnehmbarem Maße. Sie sollte in der Lage bleiben, durch die Vergabe kommunaler Wohnungen sozial schwache Familien zu erschwinglichen Mieten zu stützen. Zu beachten ist ferner, dass die Eigentumsobjekte meist funktionell differenziert sind. Die Kernfunktion eines kommunalen Krankenhauses etwa ist die medizinische Versorgung der Patienten, die aus der Sicht linker Eigentumpolitik auf keinen Fall an private Betreiber übergehen sollte. Geringere Bedeutung für die medizinischen Aufgaben mag aber z. B. die Wäscherei haben, die vielleicht auch privaten örtlichen Firmen übertragen werden kann, ohne das kommunale Eigentum funktionell zu schwächen.

Wenn es das Kräfteverhältnis zwischen Kommunen und nichtmonopolistischen Privatunternehmen der Kommune erlaubt zu gewährleisten, dass ein solches Unternehmen hochwertige Leistungen für die Bevölkerung zu angemessenen Preisen, tariflicher Bezahlung der Beschäftigten und bei ökologischem Wirtschaften anbietet, mag die private Bereitstellung dieser Leistungen für die Kommune durchaus vorteilhaft sein. In solchem Falle müssen vertraglich gesicherte transparente Konditionen und Bindungen, Qualitätskontrolle und demokratische Aufsichtsgremien Bestandteil der öffentlichen Gewährleistung sein. In der Regel wird es möglich sein, örtliche Privatunternehmen zuverlässig an Verträge mit öffentlichen Institutionen zu binden. Dagegen finden hochmobile internationale Investmentfonds fast immer Wege, um Verträge zu unterlaufen. Für solche Anleger sind weder das Wohnen noch Gesundheitsvorsorge usw. wichtige öffentliche Güter, sondern ausschließlich Mittel zur Steigerung ihres Profits und des Wertes ihrer Aktien, des Shareholder Value.

Die internationalen Fonds erwirtschaften ihre Renditen durch ein ganzes Bündel von Praktiken. Nach dem Kauf von Wohnungsbeständen erfolgt in der Regel das Durchrationalisieren ihrer Bewirtschaftung. Dazu gehören das radikale Ausschöpfen aller Spielräume für Mieterhöhungen, Verringerung des Management- und Betreuungspersonals um meist zehn bis zwanzig Prozent, Kürzung des Aufwandes für Bestandspflege – z.B. Hausmeisterdienste, Grünpflege und Anstrich – oder Vergabe dieser Aufgaben an Niedriglohnunternehmen, Abbau von Gemeinschaftsräumen und -einrichtungen und von Verpflichtungen im Rahmen einer komplexen Stadt- oder Stadtteilentwicklung. Auf solche Weise soll der privatisierte Wohnungsbestand attraktiv für den Wiederverkauf oder für einen Börsengang werden. Ein anderer Weg dahin ist die Sanierung und Modernisierung der eingekauften Wohnungen, um mit Verweis auf die Wertsteigerungen profitable Wiederverkäufe an Mieterinnen und Mieter oder an neue Großverwerber zu ermöglichen.

Dies ist inzwischen die praktische Erfahrung fast überall dort, wo ehemals kommunaler öffentlicher Wohnungsbestand an internationale Finanzfonds verkauft wurde. In Berlin beispielsweise hatte der rot-rote Senat von der vorangegangenen CDU-SPD-Landesregierung eine hoffnungslos überschuldete öffentliche Wohnungswirtschaft übernommen, die durch Misswirtschaft eine Unterstützung öffentlichen Eigentums weitgehend verspielt hatte. Unter diesem

Druck der Verhältnisse – insbesondere der Extremverschuldung der Stadt – wurden durch den von SPD und Linkspartei gebildeten Senat 66.000 Wohnungen der städtischen GSW an den Private Equity Fonds Cerberus/Whitehall veräußert. Dies erfolgte zu einem guten Preis von rund 2 Mrd. Euro.

Die Alternative wäre gewesen, Haushaltsausgaben von mindestens eine Milliarde Euro für dringlichste Aufgaben mit schwerwiegenden sozialen Folgen im Landeshaushalt streichen zu müssen. Inzwischen hat sich die Führung der Berliner Partei DIE LINKE zu weitgehender Verteidigung des öffentlichen Eigentums entschlossen: »Heute sehen wir die Sache mit dem GSW-Verkauf kritischer. Der Investor hatte Geld und nutzt alle Spielräume, um die zivilrechtlichen Mietspielräume auszuschöpfen. Es wird so schnell wie möglich so viel wie möglich saniert, Wohnungen werden an die Mieter verkauft bzw. Druck zum Kauf ausgeübt, ganze Blöcke gehen in den Weiterverkauf. Das ist in der Tat eine andere Praxis als die der städtischen GSW. Die soziale Sicherheitsvereinbarung hat ihre Grenzen in der Wirklichkeit. Sie wird nur an wenigen Punkten individuelle Anspruchsgrundlage der Mieterinnen und Mieter. Außerdem sind eben viele Mieterinnen und Mieter nicht die mündigen, aufgeklärten Vertragspartner. Sie sind hochgradig verunsichert, ob sie der Bestandsoptimierung à la Fonds entgegen und in ihrem angestammten Wohnumfeld bleiben können. Wir halten den GSW-Verkauf, trotzdem wir ihn als Notlagen-Verkauf erklären können, nicht für ein Ruhmesblatt rot-roter Stadtpolitik.«<sup>7</sup>

Linke Politiker werden auch künftig Abwägungen zu treffen haben. Doch dabei darf es nicht bleiben. Linke Politik zielt darüber hinaus darauf, eine Hauptursache für Privatisierungsschritte zu überwinden. Diese Ursache besteht im »Aushungern des Staates« durch die neoliberale Steuerpolitik. Allein zwischen 2001 und 2004 entstand durch Steuersenkungen für Unternehmen ein Steuerausfall von 91,1 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 2000.<sup>8</sup> Durch die Unternehmenssteuerreform von 2007 werden dem Haushalt jährlich mindestens weitere 5 bis 6 Mrd. Euro Körperschafts- und Gewerbesteuer entgehen. Die daraus resultierende politisch herbeigeführte Finanzknappheit wird zur Begründung nächster Privatisierungsschritte missbraucht werden.

Linke Eigentumpolitik erfordert dagegen eine gerechte Steuerpolitik nach Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden, d. h. eine stärkere Belastung der Großunternehmen, Reichen und Superreichen, um den Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut produktiv aufzulösen.

Da dies aber den Kommunalpolitikern nicht unmittelbar hilft, werden sie auch weiter zu Kompromissen genötigt sein. Es gehört dabei jedoch zum Grundverständnis linker Politik, das Alltagshandeln in einen größeren Handlungsraum und in um-

7 Klaus Lederer: Öffentliches Eigentum und die Handlungsfähigkeit von Politik. Erfahrungsbericht mit Thesen auf der Tagung der Dresdner Fraktion Linkspartei/PDS am 3./4. April 2006.

8 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2005; Dieter Eißel: Armut und Reichtum in Deutschland. Präsentation auf der Tagung »Reichtum und Macht«, 11.-13. November. Berlin 2005.

fassendere Horizonte einzuordnen. Linke Politik hat in Rechnung zu setzen, dass die Privatisierung des bisher Öffentlichen in drei umstürzende Veränderungen mündet:

### *Drei umstürzende Veränderungen*

*Erstens* wird die Regulationsweise der Wirtschaft und Gesellschaft gravierend und erdumspannend verändert. Mit der Privatisierung werden zugleich Deregulierung und Liberalisierung vorangetrieben. In der Wechselbeziehung von Marktmechanismen und staatlicher Politik verschiebt sich das Gewicht zugunsten der ökonomischen Machteliten auf den Weltmärkten und erodieren die Sozialstaaten. Sie verwandeln sich in Wettbewerbsstaaten<sup>9</sup>, die die Expansion der »eigenen« Großunternehmen zu stützen haben und die als Träger internationaler Wirtschaftsorganisationen wie der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die Liberalisierung der globalen Märkte, die Privatisierung und Deregulierung vorantreiben<sup>10</sup>. Darauf stützt sich die neoliberale Suggestion, dass unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz Löhne und Sozialniveaus gesenkt werden müssten, um die nationalen Standorte wettbewerbsfähig zu halten.

*Zweitens* verwandeln sich die früheren Rechtsansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Gesundheit, Bildung, Mobilität und Leistungen sozialer Sicherungssysteme zunehmend in Waren, die aus höchst ungleich gefüllten Geldbeuteln zu zahlen sind. Bürgerinnen und Bürger mutieren zu Kundinnen und Kunden. Die einen, die über ausreichend Geld verfügen, sind die einstweiligen Gewinner. Die anderen, denen es an Einkommen und Vermögen mangelt, sind die Verlierer. Die Spaltung zwischen reich und arm, zwischen oben und unten wird tiefer.

*Drittens* und nicht zuletzt wird mit diesen Veränderungen der Abbau der Demokratie erheblich vorangetrieben. Entscheidungen, die tief in das Leben der Menschen eingreifen, werden immer mehr von transnationalen Unternehmen und den internationalen Wirtschaftsorganisationen außerhalb jeder demokratischen Kontrolle und immer weniger in den Parlamenten oder gar von den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Lebenswelt getroffen. Und diese können sich immer weniger auf ihre Rechte berufen, weil häufig das Geld an deren Stelle tritt, die öffentlichen Kassen leer sind und der Staat verschuldet ist. Demokratie wird durch das Herrschaftsmittel Geld unterwandert. In den Kommunen, deren öffentliche Unternehmen privatisiert werden und deren Einnahmen über viele Jahre gesunken sind, verlieren die Bürgerinnen und Bürger ihren demokratischen Einfluss auf sie.

Alle drei Veränderungen verweisen darauf, dass Eigentumsfragen wie auch die Frage der Staatseinnahmen eben Machtfragen sind. Die neoliberalen Kräfte nutzen ihr gegenwärtiges internationales Übergewicht dazu, die Machtverhältnisse

9 Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Amsterdam und Berlin 1995.

10 Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock, Peter Wahl: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster 2000; Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nicos Poulantzas: Die Zukunft des Staates. Demokratisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg 2001.

durch Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung weiter zu ihren Gunsten zu verändern.

Es liegt auf der Hand: Der Verkauf von öffentlichem Eigentum mag in manchen konkreten Fällen nicht zu umgehen sein. Die entscheidende Antwort auf die neoliberale Privatisierungsstrategie ist jedoch die Verteidigung des öffentlichen Eigentums mit allen verfügbaren demokratischen Mitteln. Auf kommunaler Ebene ist zudem dringlich, in den noch existierenden kommunalen Unternehmen mit besseren sozialen und ökologischen Ergebnissen zu wirtschaften als in privaten Unternehmen und zugleich die Rechte der dort Beschäftigten voll zur Geltung zu bringen.

### **Gestaltung des öffentlichen Eigentums**

Eine zentrale Aufgabe der Linken, die häufig unzureichend wahrgenommen wird, ist die Gestaltung des öffentlichen Eigentums. Nicht selten werden die öffentlichen Unternehmen betriebswirtschaftlich so geleitet, als wären sie Privatunternehmen. Das ist jedoch nicht der Sinn öffentlichen Eigentums. Eine politische Ökonomie des Gemeineigentums zu entwickeln, ist eine wichtige Bedingung dafür.

Unternehmen in öffentlichem Eigentum bedürfen größter Transparenz ihrer Aufgaben, Ziele und Betriebsweisen. Sie bedürfen der Mitbestimmung von Beschäftigten, Kundinnen und Kunden und kommunaler Akteure. Anders ist nicht herauszufinden, was die Arbeitsbedingungen, die Qualität der Leistungen für die Öffentlichkeit, die Preise oder Abgaben und die ökologischen Parameter von privatwirtschaftlichen Angeboten unterscheiden soll.

Die Effizienz in öffentlichen Unternehmen umfasst eine andere Balance als in der Privatwirtschaft zwischen sozialem und ökologischem Nutzen für das Gemeinwesen, betriebswirtschaftlichem Gewinn und Arbeitsbedingungen der öffentlich Beschäftigten einschließlich der Geschlechtergleichstellung.

In konkreten Fällen wird unter anderem zu entscheiden sein, ob von einem kommunalen Unternehmen überhaupt ein Gewinn erwartet wird oder ob eher der Wohlfahrtsgewinn für das Gemeinwesen der Maßstab des Wirtschaftens sein soll. Oder es ist zu bestimmen, ob der Gewinn eines kommunalen Betriebes für seine eigenen Aufgaben reinvestiert oder zur Querfinanzierung anderer Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge eingesetzt werden soll. Zur Gestaltung des öffentlichen Eigentums gehört, zwischen öffentlicher Gewährleistung und öffentlicher Erbringung von Gütern und Leistungen zu unterscheiden. Sozialökologische Regulierung bedarf aber gewiss der Grundlage öffentlichen Eigentums in wichtigen Bereichen, auf die sie sich stützen kann.

Ein starker Rechtsstaat kann unter besonderen Bedingungen, wenn demokratische Kräfte genügend nachdrücklich auf ihn einwirken, durchaus durch gesetzliche Regelungen, Verordnungen, Beschlüsse von Kommunen und durch Verträge

zwischen diesen und privaten Firmen die Gewährleistung von sozialen und ökologischen Standards garantieren, auch wenn die dafür notwendigen Güter und Dienstleistungen durch nichtstaatliche Unternehmen, Genossenschaften, gemeinnützige Vereine usw. hervorgebracht werden – ob im örtlichen Nahverkehr, in der Abfallentsorgung, in der Kinderbetreuung, in Kultur- und Sporteinrichtungen oder eben im Wohnungsbereich.

Die Grenzen der Gewährleistung liegen jedoch dort, wo die Macht der privaten Kapitaleigentümer größer ist als die von staatlichen Institutionen und wo ihre internationale Mobilität kein ausreichendes Gegengewicht durch zwischenstaatliche oder supranationale Regelungen findet. Dann bedarf es öffentlichen Eigentums als Grundlage öffentlicher Gewährleistung. Die Erfahrungen im Wohnungsbereich, aber auch in der Wasser- und Abfallwirtschaft zeigen das sehr deutlich.

Die Praxis beweist, dass internationale Finanzanleger auch durch die beste Sozialcharta als Bestandteil von Privatisierungsverträgen nicht auf die Dauer gebunden werden können. Kleine Unternehmen als »einfachere« Käufer können bald von großen Fonds geschluckt werden. Privatisierung ist deshalb oft der Einstieg in den völligen Verlust an Kontrolle über die Bereitstellung öffentlicher Güter.

Solche Erfahrungen führen seit einiger Zeit dazu, dass sich Kommunen – ernüchtert nach zeitweiliger Privatisierungseuphorie – wieder auf die Vorteile kommunalen Eigentums besinnen und erfolgreich damit wirtschaften. »Der Spiegel« vom 11. Juni 2007 schreibt: »Eine tot geglaubte Sparte der Ökonomie erlebt eine überraschende Renaissance: die Kommunalwirtschaft. >Wir spüren einen deutlichen Trend, privatisierte öffentliche Aufgaben wieder zu rekommunalisieren.< sagt Bernd Klinkhammer von der Wormser Beratungsfirma Ökon, die sich auf Kommunalfirmen spezialisiert hat.«

Der Landkreis Lüneburg beispielsweise hat die seit 14 Jahren privatwirtschaftlich organisierte Abfallwirtschaft wieder in die Verantwortung eines Kommunalunternehmens verlagert, zu zwanzig Prozent günstigeren Preisen. Der Kreis Uckermark in Brandenburg hat die bisher durch ein westdeutsches Unternehmen betriebene Müllentsorgung an die kommunale Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft übertragen. Die Kosten wurden pro Jahr um rund eine Million Euro gesenkt – bei Zahlung von Tarifgehältern, die private Bewerber um den Entsorgungsauftrag nicht zahlen wollten. Seit 2007 ist die Abfallentsorgung im nordrhein-westfälischen Rhein-Sieg-Kreis an eine kommunale Abfallwirtschaftsgesellschaft übergegangen, die die meisten ihrer Beschäftigten von der privaten Firma übernommen hat.<sup>11</sup>

Verteidigung des noch verbliebenen öffentlichen Eigentums und seine Gestaltung zum Wohl des Gemeinwesens – das sind dringliche Aufgaben linker Eigentumspolitik. Doch diese hat einen weiteren Horizont.

<sup>11</sup> Der Spiegel, Nr. 24, 11.6.2007, S. 48 ff.

## Transformation der Eigentumsverhältnisse

In den »Programmatischen Eckpunkten« der neuen Linkspartei wird der demokratische Sozialismus als ein transformatorischer Prozess verstanden, der ein »strategisches Dreieck« umfasst: »gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen.«<sup>12</sup> *Ein solches Verständnis des demokratischen Sozialismus schließt ein, mit einem längeren demokratischen Prozess auch der Transformation der Eigentumsverhältnisse zu rechnen.* Eine solche Position geht von zwei Dreh- und Angelpunkten aus: von der *Erneuerung der Demokratie* und von der Unterscheidung zwischen *Verfügung über das Eigentum und den Eigentumsverhältnissen* selbst.

*Erstens: Die entscheidende Antwort der Linken auf die Eigentumsfrage unter den gegenwärtigen Bedingungen kann nur eine radikale Erneuerung der Demokratie sein, die sämtliche Formen des Eigentums sozialen und ökologischen Maßstäben unterordnet.* Deshalb heißt es in den »Programmatischen Eckpunkten« der neuen Partei DIE LINKE: »Für die Überwindung von Fehlentscheidungen und sozialen Spaltungen ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche die Bedingung. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.«<sup>13</sup>

Unterschieden wird also auch in den »Eckpunkten« zwischen Eigentum an Machtressourcen und Verfügung über dieses Eigentum. Die erste Antwort des demokratischen Sozialismus auf jene Macht, die auf Eigentum an Kapital gründet, lautet daher: Demokratisierung! Weitreichende Demokratisierung vermag – so die hier vertretene programmatische Vorstellung – die Verfügung über *alle* Eigentumsformen einschließlich des privatkapitalistischen Eigentums nach gesetzlich geregelten sozialen und ökologischen Maßstäben zu verändern. Die Geschichte der Sozialgesetzgebung belegt das – verweist allerdings zugleich auf Grenzen in Abhängigkeit vom jeweiligen Kräfteverhältnis.

Solche Veränderung in der Verfügung geschieht u. a. durch erweiterte Mitbestimmung in Unternehmen. Gestärkte Gewerkschaftsmacht und wachsender Einfluss anderer gesellschaftlicher Kräfte können Produktionszwecke, Arbeitsbedingungen und die Verhaltensweisen privater Unternehmen verändern. Sozial- und Umweltpolitik, Steuer- und Strukturpolitik, Politik für Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierungsgesetze sind in der Lage, die Verfügung auch über privates Kapitaleigentum veränderten Kriterien zu unterwerfen.

*Wenn dies geschieht, werden auch bei formal gleichbleibenden Eigentumstiteln die Eigentumsverhältnisse selbst verändert.* Diese Veränderung verläuft nach dem

12 DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte. A. a. O., S. 24.

13 Ebenda, S. 2.

in den »Programmatischen Eckpunkten« formulierten Erwartungen als transformatorischer Prozess von Kämpfen um die Verfügung über die entscheidenden Ressourcen der Gesellschaft, über Unternehmen, Arbeits- und Lebensbedingungen. Das ist ein realistischer Ansatz, weil er erstens bereits erprobt ist. Es hat in der Vergangenheit immer wieder erfolgreiche Versuche einer solchen Sozialisierung der Verfügung des Eigentums gegeben. Zweitens können durch neue Erfolge auf diesem Wege die Chancen zu weitergehenden Schritten eröffnet werden.

Es geht linker Eigentums politik weniger um einen Enteignungsakt als um demokratische Aneignungsprozesse. Die Aneignung der Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens soll nicht auf kleine Machteliten beschränkt bleiben, und sie darf nicht mit parasitären und spekulativen Formen zulasten der Mehrheit verbunden bleiben. Sicher sollen Eigentümerfunktionen von einem Management ausgeübt werden, das Innovation und Effizienz als seine Aufgabe versteht. Auch die Interessen von Kapitaleigentümern daran, die Produktionsmittel mit Gewinn mindestens so effizient wie im gesellschaftlichen Durchschnitt zu nutzen, sind zu respektieren. Aber die Eigentümerfunktion muss mittels demokratischer Entscheidungen über sozial-ökologische Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, über die langfristigen Grundrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung und die Gemeinwohlbindung des Eigentums auf soziale Gruppen ausgeweitet werden, die bisher stets nur Betroffene sind, aber nichts mit zu entscheiden haben. Die ökonomische Herrschaft Weniger über die Mehrheit dagegen soll zurückgedrängt und letztlich überwunden werden.

Linke Eigentums politik zielt darauf, in demokratischen Verfahren einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in wesentlichen Fragen Einfluss auf die Verfügung über Wirtschaftsressourcen zu verschaffen. Wo durch diesen Wandel der Verfügung die Lage derer, die bisher auf die Nutzung der Objekte des Eigentums keinerlei Mitsprache hatten, verbessert wird, verändern sich auch die Verhältnisse zwischen ihnen und den Eigentümern. Denn diese können mit ihren Ressourcen nicht mehr schalten und walten, wie sie allein wollen. Dies betrifft die Beschäftigten in den Unternehmen, die Kommunen und Regionen und diejenigen, die die Güter später nutzen.

*Also verändern sich auf solche Weise die Eigentumsverhältnisse, nämlich die sozialen Verhältnisse von Klassen und sozialen Gruppen zueinander – bezogen auf ihre Stellung zu den Wirtschaftsressourcen, zu den Mitteln und Ergebnissen von Produktion und Dienstleistungen.*

Dieser Gedanke scheint in manchen Schritten lateinamerikanischer Regierungen praktische Gestalt anzunehmen. Zwar hat zum Beispiel die Regierung Evo Morales in Bolivien am 1. Mai 2006 eine Nationalisierung der Naturgasfelder proklamiert. Aber die privaten Gesellschaften, die das Gas dort ausbeuten, wurden nicht enteignet, sondern die Aufteilung der Erlöse zwischen ihnen und dem Staat wurde im Verhältnis von 82 zu 18 zugunsten des Staates neu geregelt. In Argentinien hat die Regierung Kirchner seit ihrem Amtsantritt im Mai 2003 in einigen

Fällen Konzessionen für private Gesellschaften annulliert, in anderen Fällen neue Regulierungsbehörden im Interesse einer sozialeren Verfügung über Kapitaleigentum gebildet<sup>14</sup>.

Zusammengefasst: Eine wesentliche Richtung linker Eigentumpolitik ist erstens die veränderte Verfügung über alle Eigentumsformen durch radikale Erneuerung der Demokratie.

*Zweitens: Für einige wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Sphären sieht DIE LINKE noch weitergehende Notwendigkeiten: die Überführung von Kapitaleigentum in gesellschaftliches Eigentum und die Bewahrung von öffentlichem Eigentum gegen Privatisierungsabsichten.*

Dies gilt für Felder, in denen für jede und jeden die Teilhabe an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Würde unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit gesichert werden soll. Bildung, Gesundheit, Kultur, öffentlicher Personenverkehr, Wasserver- und -entsorgung gelten als öffentliche Güter, von denen niemand ausgeschlossen werden darf, die daher nicht oder nicht ausreichend gewinnträchtig und folglich in öffentlichem Eigentum am besten aufgehoben sind.

Dies gilt ferner für Branchen, in denen privatmonopolistische/oligopolistische Machtkonzentrationen gemeinwohlorientierten Lösungen gesellschaftlicher Großprobleme entgegenstehen. Deshalb heißt es in den »Programmatischen Eckpunkten«: »DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, die bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen.«<sup>15</sup>

## **Kriterien für die Auseinandersetzung um unterschiedliche Eigentumsformen**

*Eine wichtige Frage für linke Eigentumpolitik ist, nach welchen Kriterien Produkte und Leistungen entweder im Rahmen privater oder in öffentlichen Eigentumsformen produziert oder bereitgestellt werden sollen, ob und nach welchen Maßstäben sie staatlich hergestellt oder womöglich staatlich nur gewährleistet werden sollen. Vorausgesetzt bleibt dabei, dass eine Erneuerung der Demokratie soziale und ökologische Maßstäbe des Wirtschaftens für sämtliche Formen des Eigentums erreichen soll. Offenkundig ist jedoch, dass sich diese Fragestellung grundsätzlich davon unterscheidet, dass nach marktradikalem Dogma alles Eigentum an Wirtschaftsressourcen privat sein oder dass es nach ursprünglicher kommunistischer Auffassung Staatseigentum werden sollte.*

Zunächst gilt, dass die Beantwortung auch dieser Frage wie vieler anderer mehr und mehr nicht in erster Linie an Schreibtischen, in Parteizentralen oder Verwaltungen erfolgt. Der Umgang mit Eigentum wird oft vorbei an allen Erwägungen

14 Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007, S. 22 ff.

15 DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte. A. a. O., S. 3

der Theoretiker und Politiker durch die Bürgerinnen und Bürger selbst und in den Kämpfen entschieden, die aus den Folgen des Handelns der Eigentümer und Nicht-eigentümer entstehen. Konkrete Entscheidungen über Eigentumsverhältnisse und ihre Gestaltung sind stets Machtfragen.

In Freiburg im Breisgau beispielsweise hatte die Mehrheit von CDU und Grünen im Stadtparlament die Privatisierung von 9 000 kommunalen Wohnungen geplant. In einem Bürgerentscheid lehnten 41 000 Bürgerinnen und Bürger diesen Verkauf ab und brachten damit das Vorhaben zu Fall. In Schwerin konnte ein Bürgerbündnis mit einer Unterschriftensammlung einen solchen Druck auf die Stadtverordnetenversammlung ausüben, dass eine knappe Mehrheit die erwogene Veräußerung von dreißig Prozent des kommunalen Wohnungsbestandes ablehnte.<sup>16</sup> In Augsburg wurde von der *Wasser Allianz Augsburg* ein Volksbegehren gegen die Wasserprivatisierung in der Stadt durchgeführt, in dessen Gefolge die Stadtverwaltung eine rechtliche Gesellschaftsform der Wasserwerke beschloss, die eine künftige Privatisierung ausschließen soll<sup>17</sup>. In Grenoble konnte die durch Misswirtschaft und Korruption in Misskredit geratene Privatisierung der Wasserversorgung unter dem Druck einer Bürgerbewegung im Jahr 2000 wieder rückgängig gemacht werden.

Weit dramatischer verlief der »Wasserkrieg«, der in der bolivianischen Stadt Cochabamba tobte. Die Stadtoberen schlossen im Jahr 1999 einen Konzessionsvertrag über die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für einen Zeitraum von 40 Jahren mit dem internationalen Konsortium Aguas del Tunari ab. Das Konsortium wurde von dem US-Baukonzern Bechtel geführt. Nach kurzer Zeit stiegen die Wasserpreise um mehr als 100 Prozent. Das führte zu so heftigen Protesten und Aufständen, dass der Notstand ausgerufen wurde und dies einen landesweiten Generalstreik herausforderte. Der Kampf um das Wasser geriet zeitweilig zum Brennpunkt der sozialen Kämpfe in Bolivien und wurde zum Bestandteil von Mobilisierungen, in deren Gefolge zwei Präsidenten gestürzt wurden. Der Privatisierungsvertrag von Cochabamba mit dem Konsortium musste gekündigt werden. Allerdings klagt das Konsortium vor dem bei der Weltbank eingerichteten Schiedsgericht ISID (International Centre for the Settlement of Investment Disputes) und fordert von Bolivien das Dreifache der ursprünglichen Investitionssumme als Schadensersatz<sup>18</sup>.

Festzuhalten ist zunächst, dass von Unternehmerverbänden, von konservativen und neoliberalen politischen Kräften, von der Welthandelsorganisation (WTO) und vor allem von ihren wichtigsten Unterorganisationen – dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und dem Abkommen über

16 Neues Deutschland vom 7. Juni 2007.

17 Philipp Terhorst: Die Suche nach Alternativen zur Wasserprivatisierung. In: Jörg Huffschild (Koordinator): Die Privatisierung der Welt. A. a. O., S. 188.

18 Thomas Fritz: Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO. Sachstand, Probleme, Alternativen. Berlin 2003; Ulrich Goedeking: Partizipation und Blockade in Bolivien. In: Jahrbuch 29 Lateinamerika. Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Analysen und Berichte. Münster 2005, S. 102.

handelsrelevante geistige Eigentumsrechte (TRIPS) – sowie durch die Europäische Kommission als gegenwärtiger Haupttrend der Entwicklung die Privatisierung aller wichtigen Machtressourcen durchgesetzt wird. Doch dies stößt auf Widerstand von Betroffenen, der in vielen Fällen erfolgreich ist.

*Welche Eigentumsform sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären durchsetzt, wird erstens von der künftigen Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den gegensätzlichen Kräften und von ihren Vorstellungen abhängen. Zweitens müssen die von der Linken verfochtenen Alternativen sich praktisch bewähren, indem sie die allgemeine Zugänglichkeit jeder und jedes Einzelnen zu den Grundgütern eines selbstbestimmten Lebens tatsächlich sichern und dies mit Demokratie und Effizienz verbinden.*

### *Öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum – Zusammenhänge*

In diesen Kämpfen ist nun – anders als in traditionellem linken Denken – nicht die erste und unmittelbare Frage, was öffentliches und was privates Eigentum sein soll, sondern ob dieses oder jenes Gut als *öffentliches oder privates Gut* funktionieren soll. Aus der Beantwortung dieser Frage ergibt sich dann eine zweite Frage: Sollen wünschenswerte öffentliche Güter auch im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge erzeugt, bereitgestellt und verteilt werden? Oder soll der Staat ihre Bereitstellung und Verteilung nur gewährleisten, sie aber in vielen Fällen privat erzeugen lassen? Eine dritte Frage folgt aus der Beantwortung dieser beiden Fragen: Kann und soll ein öffentliches Gut am besten auf der Grundlage von öffentlichem Eigentum oder auch durch Privateigentümer gesichert werden? Bedarf die öffentliche Daseinsvorsorge kategorisch des öffentlichen Eigentums oder kann sie auch aufgrund privaten Eigentums funktionieren? Weitere wichtige Fragen sind, wie weit es der *Öffentlichkeit von Entscheidungen* über diese Probleme und *öffentlicher Räume* bedarf, damit das gesamte Bündel dieser Fragen auf demokratische Weise beantwortet werden kann.

*Öffentliche Güter* sind solche, an deren Nutzung jede und jeder in sozial gleicher Weise teilhaben können. Was zu ihnen gehört und was nicht, wird in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmt – zunächst als normatives Ziel und dann als reales Resultat der Kämpfe und Aushandlungsprozesse zwischen gegensätzlichen Kräften. In der neoklassischen Theorie wird ein öffentliches Gut vor allem durch das Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit definiert. Während für den Markt gilt, dass, wer kein Geld hat, vom Zugang ausgeschlossen ist, können öffentliche Güter unabhängig von der Marktmacht der einzelnen Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Bis in die jüngste Zeit galt dieses Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit als quasi naturgegeben. Luft und Meere, Biodiversität, öffentliche Straßen und Plätze, innere Sicherheit und das in einschlägigen Schriften viel strapazierte Licht des

Leuchtturms werden als Güter angesehen, von denen niemand ausgeschlossen werden kann. Wenn jedoch Nicht-Ausschließbarkeit eines Gutes vorliegt, verhindert das – zunächst – seine Verwandlung in ein privates Gut. Denn niemand wird ein Gut bezahlen, von dessen Nutzung er oder sie ohnehin nicht ausgeschlossen werden kann. Ein solches Gut ist für die Verwertung nach dem Maßstab der Profitabilität – zunächst – nicht geeignet. Es ist ein öffentliches Gut.

Als zweites Kriterium für die Charakterisierung eines Gutes als öffentliches gilt in der neoklassischen Theorie die Nicht-Rivalität des Konsums. Sie liegt vor, wenn die Konsumtion eines Gutes durch die einen die Konsumtion durch andere nicht ausschließt. Wissen z. B. verschwindet im Unterschied zum Verbrauch von Lebensmitteln, Kleidung oder Maschinen durch einzelne Käufer nicht, wenn es von vielen angeeignet und genutzt wird. Ein Brötchen kann nur einmal gegessen werden. Information dagegen wird nicht knapper, wenn alle Zugang zu ihr haben.

Seit den neunziger Jahren rückt jedoch in das Bewusstsein wachsender Teile der Öffentlichkeit, dass öffentliche Güter keinesfalls ein für allemal öffentlich bleiben. Die neoliberale Privatisierungsoffensive ist dabei, Schritt für Schritt Ressourcen zu privatisieren, die bisher als öffentliche Güter betrachtet werden. Das gilt sogar für scheinbar von Natur aus öffentliche Güter wie Meere, Wälder, Artenvielfalt und Erdatmosphäre. Nicht-Ausschließbarkeit als Bestimmungsmerkmal öffentlicher Güter wird immer häufiger zu ihrem Gegenteil, der Ausschließbarkeit.

Im ersten Abschnitt dieses Beitrages wurde deutlich, dass ehemals öffentliche Güter wie das Gen-Reservoir der Natur, die Atmosphäre, innere Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Kultur schrittweise in private Güter verwandelt werden. Statt gleichen Zugangs aller zu ihnen wird das höchst ungleich verteilte Geld zum Schlüssel der Teilhabe oder des Ausschlusses. Eine »Ökonomie der Enteignung« von Sphären wird durchgesetzt, die bisher jedermanns Güter, öffentliche Güter eben, waren.

Auch die Nicht-Rivalität des Konsums schließt die Verwandlung von öffentlichen in private Güter nicht zwingend aus. Denn umso besser für private Anbieter, wenn der Konsum von Gütern durch die einen den abermaligen Konsum durch die anderen nicht ausschließt und daher der Verkauf ein und desselben Gutes immer wieder gewinnträchtig stattfinden kann. Das ist beispielsweise der Fall, wenn für die Nutzung einer patentierten Erfindung Lizenzgebühren von vielen Lizenznehmern zu zahlen sind oder wenn es gelingt, den Internet-Zugang zu Information, Musik und Bildern nennenswerten Nutzungsgebühren zu unterwerfen.

*Gegenwärtig tritt die Brisanz und praktische Bedeutung des Begriffs Öffentliches Gut mit aller Schärfe hervor. Sie besteht darin, dass erst durch den Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der geistigen Hegemonialkonstellationen, also erst in den Kämpfen unserer Zeit, über Öffentlichkeit oder Privatheit von Gütern – über Teilhabe aller oder Ausschluss vieler – entschieden wird. Technologische Entwicklungen und rechtliche Regelungen werden mit dem Ziel vorangetrieben, dem allgemeinen Zugang zu ermöglichen oder aber zu verhindern.*

Nach dem Selbstverständnis demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten ist

die von ihnen angestrebte Gesellschaft »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. <sup>19</sup> Deshalb wurde in den »Programmatischen Eckpunkten« der neuen linken Partei formuliert: »Wir streiten für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Freiheitsgütern, die dies ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe der einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, Existenz sichernde sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen.« <sup>20</sup>

Erforderlich ist danach die Öffentlichkeit von Entscheidungen. Zu einer neuen Arbeitspolitik gehört öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung. Gleiche Teilhabe an Bildung, an Gesundheitsleistungen und sozialen Sicherungen ist ebenfalls nicht von der Marktkonkurrenz zu erwarten, sie bedarf der öffentlichen Daseinsvorsorge.

*Das Öffentliche ist eine conditio humana für individuelle Freiheit in sozialer Sicherheit. Es ist der Anker individueller Freiheit, weil es Teilhabegerechtigkeit an wichtigen elementaren Lebensbedingungen in einer komplexen und unsicheren Welt sichert. Das linke Projekt erfordert daher die Rückgewinnung und Stärkung des Öffentlichen als Klammer zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft, zwischen Ich und Wir. Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Stärkung des Öffentlichen wollen.*

Als natürliche globale öffentliche Güter gelten bisher Meere, Wälder, besonders die tropischen Regenwälder, die Erdatmosphäre, die Klimastabilität und die Biodiversität bzw. die Erhaltung der Artenvielfalt. Als vom Menschen geschaffene oder angestrebte globale Güter werden in der Regel betrachtet: Frieden und internationale Sicherheit, Menschenrechte und Völkerrecht, Wissen, Information und Weltkulturerbe.

Zu den öffentlichen Gütern, die bisher vorwiegend auf nationaler Ebene gesichert oder erstrebt werden, werden – wie oben dargestellt – vor allem Bildung, Gesundheit, Kultur, Mobilität, menschenwürdiges Wohnen, Versorgung mit Wasser und Energie, innere Sicherheit und Rechtstaatlichkeit gezählt.

*Für DIE LINKE als Partei und für die Linke in einem über den Parteirahmen hinausgehenden Sinn ist es eine erstrangige Aufgabe, in den Kämpfen um sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden den öffentlichen Charakter dieser Güter gegen Privatisierung und Kommerzialisierung zu verteidigen. »Reclaim the public!« lautet die Aufgabe und schließt ein, Güter als öffentliche zurückzuholen, die inzwischen der Privatisierung unterworfen wurden.*

Güter als öffentliche Güter zu reklamieren heißt zu verhindern, dass nicht das Gemeinwesen, sondern private Eigentümer sie sich aneignen und über ihre Verfü-

19 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. Berlin, S. 482.

20 DIE LINKE: Programmatische Eckpunkte. A. a. O., S. 7.

gung entscheiden. Das heißt, für ihren Erhalt, für die Ausweitung des Charakters öffentlicher Güter auf weitere Sphären und für ihre Aneignung durch alle Bürgerinnen und Bürger zu wirken.

Die Forderung nach sozial gleicher Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Gütern stößt allerdings auf Schwierigkeiten, wenn Güter, die »eigentlich« allen in gleicher Weise zugänglich sein sollten, nur in begrenztem Maße verfügbar sind. Solche Güter werden von Ökonomen als »positionelle Güter« bezeichnet. Das betrifft Naturressourcen wie Wälder, Gewässer, Fischbestände und Böden und auch von Menschen bereit gestellte öffentliche Güter, die wie etwa Theater oder öffentliche Verkehrsmittel Kosten verursachen, die nicht grenzenlos ausgeweitet werden können. Marktorientierte Politik nutzt solche Konstellationen für die Privatisierung von nur begrenzt vorhandenen öffentlichen Gütern. Die Linke sollte nach sozial gerechteren demokratischen Teilhaberegeln suchen. Das kann die Einführung von Sozialtickets für öffentlichen Nahverkehr und für Theaterbesuche, andere Sonderregelungen für Einkommensschwache, Sozialregelungen für Kindergartenplätze, Bereitstellung von Sozialwohnungen u. ä. betreffen.

Eine entscheidende Rolle für den sozial gleichen Zugang aller zu öffentlichen Gütern spielt die öffentliche Daseinsvorsorge.

*Öffentliche Daseinsvorsorge:* Der Begriff öffentliche Daseinsvorsorge ist in Abhängigkeit von gegensätzlichen Interessenlagen umstritten. Er bezeichnet die Verantwortung, die speziell dem Staat (internationalen Institutionen, Nationalstaaten oder der öffentlichen Hand unterhalb der nationalen Ebene) für die Sicherung der Teilhabe aller an öffentlichen Gütern zukommt. Auch diese Verantwortung wird in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darüber bestimmt, welches die Aufgaben des Staates sein sollen und welche nicht. Welche eher von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Bürgerinitiativen, Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften, Vereinen oder Kirchen wahrgenommen werden sollten und welche von privaten Unternehmen.

Öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge sind nicht identisch. Insbesondere so genannte natürliche öffentliche Güter wie beispielsweise Ozeane oder Artenvielfalt existieren zunächst ohne öffentliche Daseinsvorsorge. Die Bereitstellung anderer öffentlicher Güter wird zum Teil – z.B. in Kinderläden, Kulturvereinen oder Sportvereinen – von nichtstaatlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen. Opern und andere musikalische Werke werden sowohl in öffentlich finanzierten Opern und Konzerthäusern aufgeführt wie in kommerziell betriebenen privaten Spielstätten.

In entscheidenden Sphären der Gesellschaft wie in der Bildung und im Gesundheitswesen wird erst durch die öffentliche staatlich finanzierte Daseinsvorsorge die sozial gleiche Teilhabe aller Nachfragenden an den Leistungen ermöglicht. Sie konstituiert damit öffentliche Güter im Sinne der Nicht-Ausschließbarkeit.

Wo allerdings durch Unterfinanzierung der öffentlichen Aufgaben, durch staatliche Misswirtschaft, übermäßige Bürokratie und qualitativ minderwertige Ange-

bote die öffentliche Daseinsvorsorge – oft bewusst – in Verruf gebracht wird, werden der Privatisierung öffentlicher Güter Tür und Tor geöffnet.

Deshalb gehört zu linker Eigentumpolitik eine anspruchsvolle *Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge*: Durchsetzung ausreichender Finanzierung, Gewährleistung qualitativ hochwertiger, flächendeckender Leistungsangebote, gleicher Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit, Sicherung des demokratischen Einflusses von Nutzerinnen und Nutzern, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Verknüpfung wirtschaftlicher Effizienz mit nachhaltiger Entwicklung, angemessenen Arbeitsbedingungen und Einkommen für die in der öffentlichen Daseinsvorsorge beschäftigten Frauen und Männer gleichermaßen.

Zu entscheiden ist unter Beachtung der gegebenen Bedingungen, ob im konkreten Fall die öffentliche Daseinsvorsorge das Leistungsangebot durch staatliche Träger selbst bereitzustellen hat oder ob bestimmte Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge von privaten Unternehmen angeboten werden sollen und die öffentliche Hand dies nur gewährleistet.

Der Maßstab für solche Entscheidungen über öffentliche Erbringung oder Gewährleistung sollte ein doppelter sein:

- dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität und nicht in erster Linie der Profit die Vorsorgeleistungen bestimmen,
- dass Demokratisierung und Emanzipation der Organisation der Daseinsvorsorge zugrunde liegen.

### *Öffentliches oder privates Eigentum?*

Im Verlauf demokratischer öffentlicher Meinungsbildung darüber, welche Güter im Interesse menschlicher Entwicklung öffentliche Güter sein sollen und welche Aufgaben die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen hat, damit die Gesellschaft einem selbstbestimmten Leben durch sozial gleiche Teilhabe an entscheidenden Lebensbedingungen für jede und jeden näher kommt, rückt die Eigentumsfrage in den Vordergrund: Welche Eigentumsformen sind für die Sicherung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge nach diesen Zielsetzungen am geeignetsten? Allgemeiner formuliert: Welche Eigentumsformen sind für welche Aufgaben die vorteilhaftesten?

Auch für Antworten auf diese Frage gilt, dass durchaus nicht konzeptionelle Überlegungen allein die öffentlichen Präferenzen für diese oder jene Eigentumsform oder vorläufig zumindest Grenzen für den Umgang mit privatem Eigentum setzen:

Niemand konnte beispielsweise voraussehen, dass die Absicht des Shell-Konzerns, die Ölplattform »Brent Spar« in der Nordsee zu versenken, im Jahre 1995 Millionen Autofahrer zum Boykott der Tankstellen mit dem gelben Muschel-Logo herausfordern würde – mobilisiert vor allem von Greenpeace. Zwar veränderte

dies die kapitalistische Eigentumsform des Konzerns nicht. Aber in einem wichtigen Punkt konnte er mit seinem Eigentum nicht nach seinen eigenen Maßstäben umgehen. Der Konzern musste einlenken.<sup>21</sup>

In Brasilien hat sich die Bewegung der Landlosen (MST) zu einer mächtigen sozialen Kraft entwickelt. Trotz schärfster Repressionen früherer Regierungen und vieler von Großgrundbesitzern angestifteten Auftragsmorde an ihren Führern hat diese Bewegung nach eigenen Angaben die Besetzung und Aneignung nicht bewirtschafteten Bodens für etwa 420.000 Familien und ihre Ansiedlung erreicht<sup>22</sup>. Unter der Präsidentschaft Cardosos noch kriminalisiert, wird sie von der Regierung »Lula« da Silva als Bündnispartner angesehen – auch wenn die Rücksicht der Regierung auf die Latifundistas immer wieder zu Konflikten mit den Landlosen führt. Im Zeitraum von 2003 bis 2006 wurde jährlich eine Ansiedlung von etwa 100.000 Familien erreicht – eine Verdopplung gegenüber der Vorgängerregierung Cardoso.<sup>23</sup>

• In Südafrika und in anderen Ländern haben sich Kämpfe um die Einschränkung der Eigentümermacht von Pharmakonzernen als Reaktion auf die Not durch Aids entwickelt. Die extrem hohen Preise für Medikamente zur Behandlung von Aids sind für die überwältigende Mehrheit der betroffenen Afrikaner nicht bezahlbar. Deshalb erließ die Regierung Nelson Mandela 1997 gestützt auf die weltweite Anti-Aids-Bewegung, auf internationale Nicht-Regierungsorganisationen wie »Ärzte ohne Grenzen«, »Oxfam« und »Treatment Action Campaign«, einer Vereinigung von Menschenrechtsgruppen und Betroffenen, ein Gesetz, das die für 20 Jahre geltenden Patentlaufzeiten beschneidet und die billige Nachahmung lebenswichtiger geschützter Medikamente in der Südafrikanischen Republik für legal erklärte.

39 Pharmakonzerne, darunter der Bayer-Konzern, klagten Anfang 2001 gegen diese Beschneidung ihrer Eigentumsrechte. Die US-Administration drohte unter dem Einfluss der Pharma-Lobby sogar mit Handelssanktionen gegen Südafrika. Aber selbst bei Anerkennung von Patentrechten auf mit hohem Forschungsaufwand entwickelten Medikamenten war die Inkaufnahme von durchschnittlich 5000 Aids-Toten am Tag im Empfinden der internationalen Öffentlichkeit nicht hinnehmbar – zumal die Gewinneinbußen in Afrika im Verhältnis zu der Hauptprofitmasse auf den entscheidenden Pharmamärkten der westlichen Welt kaum ins Gewicht fallen. Die Pharmafirmen mussten ihre Klage zurücknehmen.<sup>24</sup>

21 Klaus Werner, Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien und Frankfurt a. M. 2001, S. 16.

22 Delwek Matheus: Es geht uns um die soziale Entwicklung unserer Welt. In: Aktionsbündnis Globale Landwirtschaft. Widerstand ist fruchtbar. Analysen und Perspektiven für eine nichtkapitalistische Landwirtschaft. Reader des Aktionsbündnisses Globale Landwirtschaft zum G8-Gipfel 2007. Göttingen 2007, S. 9.

23 Dawid Danilo Bartelt: Die Regierung Lula und ihre linken Kritiker. In: Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Analysen und Berichte. Jahrbuch 29 Lateinamerika. Münster 2005, S. 29.

24 Klaus Werner, Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen. A. a. O., S. 106 ff.

Attac wurde in kürzester Zeit ein Hauptakteur in der antikapitalistischen und kapitalismuskritischen globalen Bewegung mit einem Einstiegsprojekt für eine andere Welt, das den Nerv der Zeit traf: mit der Forderung nach der Tobin-Steuer, das heißt nach Besteuerung von Gewinnen aus Devisenspekulationen. Sogar das französische Parlament und die kanadische Regierung votierten für eine solche Steuer, also gegen die Aneignung von Kursgewinnen aus über 90 Prozent der globalen Devisenflüsse. Die Steuer ist bisher nicht zustande gekommen. Aber als Forderung zur Einschränkung einer typischen Bewegungsform von finanzkapitalistischem Eigentum beeinflusst sie das öffentliche Bewusstsein und bleibt eine Potenz für künftige Auseinandersetzungen um die Verfügung über Kapitaleigentum.

Nirgendwo waren die Kämpfe um die Verfügung über Eigentum oder um die Eigentumsform selbst vorwiegend das Ergebnis theoretischer Überlegungen. Wohl aber beeinflussten theoretische und politische Auffassungen der beteiligten Akteure den Verlauf der Auseinandersetzung.

*Welches könnten die Kriterien für rational begründete Entscheidungen zwischen verschiedenen Eigentumsformen sein?*

1. Dort, wo für jede Bürgerin und jeden Bürger gleiche Teilhabe an Gütern und Leistungen unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit verwirklicht werden soll, versagt das private Kapitaleigentum. Das Kapital flieht seiner innersten Natur gemäß unrentablen Sphären. Da die Reproduktion des Kapitals gleichwohl der Bildung und Qualifikation der Lohnabhängigen, gesunder Arbeitskräfte, deren Mobilität und der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur für Energie, Wasser und Entsorgung bedarf, existiert ein Interesse auch der Unternehmerklasse an öffentlicher Finanzierung und öffentlichem Eigentum in den entsprechenden nichtprofitablen Gesellschaftsbereichen. Allerdings ist dieses Interesse keineswegs identisch mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger an ihrer eigenen Bildung, Gesundheit usw. Zudem liegt das Kapitalinteresse an öffentlich gestalteten allgemeinen Reproduktionsbedingungen in ständigem Widerstreit mit den herrschen marktwirtschaftlichen Dogmen und mit dem Umstand, dass den Unternehmern öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Kultur und Infrastruktur immer zugleich als Ausgaben von Haushaltsmitteln erscheinen, die sie sich lieber direkter einverleiben würden oder durch deren Reduzierung die Unternehmenssteuern entlastet werden könnten.

Diesen Widerspruch wollen die neoliberalen Kräfte durch die Privatisierung auch in Bildung, Gesundheit, Kultur und ähnlichen Sphären lösen. Doch dies kommt der Enteignung der Bürgerinnen und Bürger von den Teilhaberechten gleich, die ihnen öffentliches Eigentum und öffentliche Daseinsvorsorge gewähren, und gefährdet die soziale Reproduktion und Integration.

*Deshalb tritt die Linke radikal für Erhalt und Ausweitung des öffentlichen Eigentums im Bildungs- und Gesundheitswesen und in vielen anderen der mehr*

als 155 Teilsektoren der 11 Hauptkategorien von Daseinsvorsorge und Dienstleistungen ein, die im Rahmen von GATS und der Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission ihres öffentlichen Charakters beraubt und privatisiert werden sollen<sup>25</sup>.

2. Eine weitere Überlegung zur Frage nach wünschenswerten Eigentumsformen lautet: Wo strategische Entscheidungen zu langfristigen Entwicklungen aus lebenserhaltenden Gründen über kurzfristige Maßstäbe dominieren müssen, ist die private Eigentumsform ungeeignet. Wo solche Anforderung gegeben ist, wird die Linke anstreben, die Verfügung über Kapitaleigentum so zu verändern, dass im Verlauf von längeren Schrittfolgen und auch durch gesetzliche Grundentscheidungen öffentliches Eigentum an die Stelle von privatem Kapitaleigentum tritt. Wo der Wandel der Kräfteverhältnisse dafür noch nicht ausreicht, zielt linke Politik zumindest auf vollständige Transparenz, demokratische Kontrollen, dafür geeignete Institutionen und Mechanismen, unabhängige Regulierungsinstanzen und bürgernahe Streitschlichtungsmechanismen, um die Verfügung der Kapitaleigentümer über ihr Eigentum den Gemeinwohlinteressen anzunähern und einen transformatorischen Wandel der Eigentumsverhältnisse einzuleiten.

Nach diesem Kriterium kollidieren beispielsweise die kurzfristigen Interessen der fossilistischen Energiewirtschaft einschließlich der monopolistischen Netzeigentümer ebenso wie die imperialen Strategien der Erdölkonzerne und die Interessen der internationalen Finanzanleger (besonders der Hedgefonds) an kurzfristigen Finanzgeschäften mit der Dringlichkeit weitsichtiger Klimapolitik, Friedenssicherung und vorausschauender Strukturpolitik überhaupt.

3. Elmar Altvater betont einen weiteren Umstand, der nach der hier vorgenommenen Interpretation für öffentliches Eigentum oder zumindest für eine starke demokratische Einflussnahme auf die Verfügung über gegenwärtig privates Kapitaleigentum spricht. Je größer die *negativen* Folgekosten der Tätigkeit eines Unternehmens auf die Gesellschaft sind – abhängig von der Art der Tätigkeit und der Größe dieses Unternehmens – desto weniger ist der Marktmechanismus geeignet, dieser Tendenz der Gewinnmaximierung auf Kosten anderer entgegenzuwirken. Denn der Markt zwingt zwar dazu, die gegenwärtigen Kosten zu kalkulieren, blendet jedoch die Langzeitkosten für die Gesellschaft aus, etwa die Erosion der Klimastabilität, die Zerstörung der Ozonschicht, tropischer Wälder, des Wasserhaushalts der Erde und ähnliches. Dort, wo aus privaten Profitinteressen solche externen Effekte entspringen, liegt Engagement für den Übergang zu öffentlichem Eigentum nahe.<sup>26</sup>

Welche Unternehmen dies aus konkreten Anlässen künftig betreffen mag, könnte sich – wie oben dargestellt – aus der Zuspitzung von sozialen Konflikten

25 Vgl. dazu im Überblick: <http://de.wikipedia.org/wiki/GATS>.

26 Elmar Altvater: Was geschieht, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? Paper für den Workshop »Public Goods, Privatisation, Good Governance – The Impact on Policy Coordination. 17.-19. Januar 2003«. Berlin.

ergeben, aus Umweltproblemen oder z. B. der Verstrickung von Rüstungsexporturen in Kriege.

4. Ein wichtiges Kriterium für Entscheidungen über das Verhältnis von öffentlichem und privatem Eigentum ist ferner die unterschiedliche Eignung der verschiedenen Eigentumsformen für die Regulierung von volkswirtschaftlichen Proportionen.

Hochkonzentriertes monopolistisch-oligopolistisches Kapitaleigentum vermag dies nur äußerst begrenzt zu leisten und versagt besonders bei der Regulierung von Grundproportionen, die nur unterdurchschnittlichen oder gar keinen Profit versprechen, deren Umbau große Teile des angelegten Kapitals entwertet oder die mit den Herrschaftsinteressen der ökonomischen Machteliten unverträglich sind. Das betrifft beispielsweise den Ausstieg aus einer fossilistischen und atomaren Energiewirtschaft, das Verhältnis von produktiven und Finanzinvestitionen, von Exportmärkten und Binnenmärkten, von kurzfristig und langfristig rentablen Anlagen, von ressourcenintensiven und nachhaltigen Lebensweisen, von metropolitaner Expansion und solidarischer Entwicklungspolitik, von ziviler und Rüstungsproduktion. Nachhaltige Grundproportionen bedürfen eher öffentlichen Eigentums, zumindest starker Kontrolle des Kapitaleigentums und der Einschränkung der Verfügungsmacht der Eigentümer durch sozialökologische Rahmensetzung, lenkende öffentliche Interventionen, zivilgesellschaftlichen Druck und erweiterte Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in Unternehmen und Wirtschaft.

Aber auch staatliches Eigentum wird selbst bei hochgradiger Computerisierung von Wirtschaftsentscheidungen keinen Planungsprozess ermöglichen, der die gesellschaftliche Arbeit genügend beweglich, effizient und innovativ entsprechend der ungeheuren Vielfalt der Bedürfnisse zu verteilen vermag. Das belegen die staatssozialistischen Erfahrungen. Ein Computer-Sozialismus gehört gewiss in das Reich der Illusionen.<sup>27</sup>

Deshalb bleibt der Marktmechanismus nach den Vorstellungen der modernen Linken auch in transformatorischen Prozessen unabdingbar. Dies gilt vor allem für die Regulierung der Feinproportionen, für die Reaktion auf die Nachfrage der vielen Millionen Verbraucher nach Gütern und Dienstleistungen des Konsums, aber auch nach Investitionsgütern und Bauleistungen. Privates Eigentum von Handwerkern und Händlern, Eigentum vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, genossenschaftliches und gemischtes Eigentum und sicher oft auch das Kapital größerer privater Firmen behalten eine wichtige Stellung unter den verschiedenen Eigentumsformen.

Erforderlich ist jedoch, dass globale, europäische und nationale Rahmensetzung und orientierende strategische Planung auf dem Weg in eine andere Welt das private Kapitaleigentum und das Privateigentum kleiner Warenproduzenten in eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung einbinden. Auf solche

27 Erhard Crome: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Berlin 2006. S. 33 ff.

Weise sollten öffentliches, genossenschaftliches und privates Eigentum in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht und jegliche Eigentumsform sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Zielen untergeordnet werden. Erneuerung der Demokratie ist die einzige Chance, mit den dabei zwangsläufig wirkenden Widersprüchen und Interessengegensätzen produktiv umzugehen.

Ein wachsendes Gewicht des genossenschaftlichen Eigentums ist oft wünschenswert, wo ein überschaubares Wirtschaftspotenzial nicht zentralistisch gesteuert und auch nicht reinen Privatinteressen überlassen werden sollte.

Vom Standpunkt der Eigentumsverhältnisse und der Regulationsweise wird eine emanzipatorische Alternative – eine demokratische sozialökologische Entwicklungsvariante der Gesellschaft – den Charakter einer *Mischwirtschaft* tragen. Diese Mixed Economy sollte sich allerdings von den keynesianischen Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg erheblich unterscheiden: durch eine entschieden weitergehende Erneuerung der Demokratie, durch ein Zurückdrängen der Machteliten samt ihrer Eigentumsgrundlagen und durch die Verknüpfung vom sozialem Wandel mit ökologischem Umbau. Anders als in den fordistischen Nachkriegsjahrzehnten geht es um einen transformatorischen Prozess, der Protest und Widerstand gegen die zur Zeit herrschenden neoliberal geprägten Verhältnisse, gerechte und solidarische Reformen unter gegebenen Bedingungen und deren Öffnung für eine Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus miteinander verbindet.

Zusammengefasst: Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Rahmen eines solchen Transformationsprozesses hätte eine doppelte Richtung:

Unterordnung ausnahmslos aller Eigentumsverhältnisse unter die Dominanz sozialökologischer Maßstäbe demokratischen Wandels,

Durchsetzung eines neuen Mixes von Eigentumsformen, so dass die Eigentumsbasis des Finanzkapitals geschwächt, das öffentliche Eigentum gestärkt und zwischen privatem, öffentlichem, gemischtem und genossenschaftlichem Eigentum eine funktionsfähige Balance hergestellt wird.

### **Chancen für demokratischen Wandel der Eigentumsverhältnisse**

Gibt es reale Chancen, den hier skizzierten demokratischen Wandel der Eigentumsverhältnisse einzuleiten und auf Dauer zu stellen? Michael Brie hat in diesem Band generell festgestellt, dass fast alles gegen die Möglichkeit eines politischen Richtungswechsels zugunsten eines sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft in einer erneuerten Demokratie zu sprechen scheint. Erst recht gilt dies für die Eigentumsverhältnisse. Jedoch:

*Erstens* hat in Deutschland – im Unterschied beispielsweise zu den USA – die Überzeugung tiefe historische Wurzeln, dass der Staat eine große soziale Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger trägt. Geschichtliche Erfahrungen und kulturelle Prägungen haben erheblichen Einfluss auf die Haltung zum Staat und zu öffentlichem Eigentum. Mit deutlichem Unmut stellt Meinhard Miegel fest:

»Sucht man nach den Gründen für diese schier endlose Ausdehnung der öffentlichen Daseinsvorsorge, so stößt man auf nationale Traditionen und Strukturen, die – wie bereits angedeutet – bis in das frühe 19. Jahrhundert und vermutlich sogar noch länger zurückreichen.«<sup>28</sup> Diese Wurzeln schließen eine Aufgeschlossenheit für öffentliches Eigentum durchaus ein.

*Zweitens:* Wie Michael Brie in seinem Beitrag für diesen Band gestützt auf Studien aus der Friedrich-Ebert-Stiftung, von Rita Müller-Hilmer und Gero Neugebauer feststellt, kann ein demokratischer sozialökologischer Entwicklungsweg an Wertorientierungen der unteren, mittleren und der selbstbestimmten oberen Milieus der Bundesrepublik anknüpfen. Das betrifft auch Präferenzen für einen handlungsfähigen Staat. Aber diesen Präferenzen wären ohne die Bewahrung von öffentlichem und insbesondere von kommunalem Eigentum und ohne Beschränkung der im privaten Eigentum angelegten Interessen enge Grenzen gesetzt.

Von den neun in der Studie »Gesellschaft im Reformprozess«<sup>29</sup> untersuchten sozialen Milieus lehnen die Befragten zweier Milieus im oberen Teil der Gesellschaft – der Gruppe der »Leistungsindividualisten« (mit 11 Prozent der Gesellschaft) und der Gruppe der »etablierten Leistungsträger« (15 Prozent), die dem Kern der finanzkapitalistischen Machteliten besonders nahe stehen, staatliche Eingriffe in die Marktprozesse und soziale Verantwortung des Staates eindeutig ab. Aber in zwei weiteren Milieus im oberen Teil der Gesellschaft – bei »kritischen Bildungseliten« (9 Prozent) und dem »engagierten Bürgertum« (10 Prozent) – existiert eine starke Präferenz für eine regulierende Rolle des Staates und für seine soziale Verantwortung.

In der Mitte der Gesellschaft und in den unteren sozialen Gruppen überwiegt in allen Milieus die Forderung nach einem starken Sozialstaat – mit Ausnahme der »zufriedenen Aufsteiger« (13 Prozent).

Das bedeutet, dass in Milieus, die 61 Prozent der deutschen Bevölkerung umfassen, eine Befürwortung der sozialen Verantwortung des Staates stark verankert ist. Der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und dessen Stärkung haben daher durchaus eine soziale Basis in der Bevölkerung – auch wenn ein Bejahen des Sozialstaates oft nicht identisch mit der Befürwortung öffentlichen Eigentums ist.

Von den Befragten aller sozialen Milieus stimmen 62 Prozent voll oder überwiegend der Auffassung zu: »Der Staat soll eine umfassende soziale Absicherung der Bürger garantieren.« Nur 18 Prozent gaben voll oder überwiegend ihre Zustimmung zu der Auffassung: »Der Staat soll die soziale Absicherung der Eigenverantwortung den Bürgern überlassen.«<sup>30</sup>

Dem privaten Eigentum und der Marktkonkurrenz als seiner Daseinsform sind aber soziale Gerechtigkeit und Solidarität als Kriterien des Handelns fremd. Ge-

28 Meinhard Miegel: Die Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge. In: Schrader-Stiftung (Hrsg.): Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung? Darmstadt 2003, S. 29 f.

29 Friedrich-Ebert-Stiftung: Gesellschaft im Reformprozess. Berlin 2006.

30 Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2007, S. 59.

orge Soros, einer der erfolgreichsten Spekulanten auf den internationalen Finanzmärkten, schrieb, »dass es hinter dem kapitalistischen Weltsystem doch ein Prinzip gibt, das man wohl tatsächlich als das Grundprinzip bezeichnen kann: Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.«<sup>31</sup> Genau dies trifft für Unternehmen in öffentlichem Eigentum nicht zu. Sie bieten die Möglichkeit, neue Balancen zwischen sozialem Nutzen und Gewinn zu finden.

*Drittens:* Trotz der meist durch Finanznöte erzwungenen Privatisierungsprozesse in den Kommunen existiert dort eine starke Unterstützung kommunalen Eigentums. So verteidigt beispielsweise der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und langjährige Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg, öffentliches Kommunaleigentum gegen die von der Europäischen Kommission ausgehende Wettbewerbspolitik, die auf die Privatisierung auch im Dienstleistungsbereich zielt: »Mit der Aufgabe eigener Betriebe besteht die Gefahr, dass die ausschreibende Kommune in ein erhebliches Abhängigkeitsverhältnis zu den jeweiligen privaten Dienstleistern gerät. In den verschiedenen ›liberalisierten‹ Dienstleistungssektoren bestehen bei den privatwirtschaftlichen Anbietern bereits jetzt Oligopole, wenn nicht sogar Monopole. Das gilt insbesondere für den Abfall und auch für den Stromversorgungsbereich. ... Wie kann in einem solchen Fall die Kommune ihre Grundversorgungspflicht erfüllen« und »verträgliche und angemessene Preise in den Verhandlungen durchsetzen?«<sup>32</sup> Auch in der Wasserversorgung gelte dies und trifft ebenso für die kommunale Wohnungswirtschaft zu. Der zusammenfassende Befund Schmalstiegs lautet, dass die Privatisierung öffentlicher (kommunaler) Unternehmen weder wirtschaftlich noch gar sozial wirkt.

*Viertens:* Entscheidend wird jedoch sein, ob es der Linken und anderen demokratischen Akteuren gelingen wird, der tief in das öffentliche Bewusstsein eingedrungenen neoliberalen Suggestion von einer Überlegenheit privaten Eigentums eine geistige Gegenoffensive für die Stärkung des Öffentlichen entgegenzusetzen. Jahrzehnte haben neoliberale Think Tanks, internationale Vereinigungen wie die Mont-Pèlerin-Gesellschaft, Theoretiker und Politiker daran gewirkt, marktradikalem Denken die Hegemonie im öffentlichen Bewusstsein zu erobern. Etwa ein halbes Jahrhundert lang hatten zuvor die keynesianische Theorie und sozialstaatliche Politik eine Vorrangstellung in der westlichen Welt behauptet – bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Nach dem zweiten Weltkrieg war das Ansehen des Kapitalismus nicht zuletzt in Deutschland so ramponiert, dass Forderungen nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zunächst erheblichen Widerhall erreichten.

Als aber in den siebziger Jahren die extrem günstigen Wachstumsbedingungen der Nachkriegsjahrzehnte zu Ende gingen, als der sozialstaatlich regulierte Kapi-

31 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Berlin 1998. S. 151.

32 Herbert Schmalstieg: Die öffentliche Daseinsvorsorge als kommunale Aufgabe. In: Schrader-Stiftung (Hrsg.): Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung? Darmstadt 2003, S. 23.

talismus an Grenzen stieß und sich zudem die Endkrise des Staatssozialismus ankündigte, gewann der Neoliberalismus das eindeutige Übergewicht. Privatisierung wurde zum Credo der neuen Hegemonialverhältnisse.

Transformation schien seit der Implosion des Staatssozialismus nur noch eine Richtung haben zu können: den Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus, vom Staatseigentum zum Privateigentum.

Nun aber – nach dreieinhalb Jahrzehnten neoliberalen Aufstiegs – spricht manches dafür, dass der Zenit neoliberaler Anziehungskraft überschritten ist. Das Versprechen von neuerlichem sozialem Wohlstand nach Tälern von Schweiß und Tränen ist nicht erfüllt. Die Verheißung von Wohlstand durch nachholende Entwicklung in der »Dritten Welt« ist in großen Teilen des so genannten Südens nicht eingelöst worden. In Lateinamerika gewinnen politische Vorstellungen mit sozialistischen Ansprüchen Unterstützung. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte ist die Menschheit dabei, ihre natürlichen Existenzbedingungen unkorrigierbar zu zerstören. Die bevorstehende Niederlage der USA und ihrer Verbündeten im Irak wird die neoliberal-imperiale Entwicklung empfindlich schwächen.

Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich nach einem halben Jahrhundert neoliberaler Hegemonie abermals eine Umkehr im öffentlichen Bewusstsein durchsetzen wird. An die Stelle der Deregulierung könnte unter dem Druck ökologischer Krisen, einer Krise der sozialen Integration und der damit verbundenen Legitimationskrise des Neoliberalismus die Besinnung auf vorausschauende gestaltende Politik und eine Re-Regulierung der Reproduktion treten. Anstelle der Privatisierung gerät die Rückkehr zur Stärkung öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge, öffentlicher Räume, öffentlicher Entscheidungsprozesse und nicht zuletzt öffentlichen Eigentums auf die Tagesordnung alternativer Kräfte.

Als der Frühkapitalismus sich anschickte, den Feudalismus abzulösen, bedurfte dies eines fundamentalen geistigen Bruches mit allem Herkömmlichen. Menschen hatten jetzt nicht mehr zu arbeiten, um zu leben, sondern zu leben, um zu arbeiten – für die grenzenlose Akkumulation des Kapitals. Wie abwegig diese von der protestantischen Ethik geheiligte neue Denkweise den Menschen damals war, schilderte eindringlich Max Weber: »Der Mensch ist auf das Erwerben als Zweck seines Lebens, nicht mehr das Erwerben auf den Menschen als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse bezogen. Diese für das unbefangene Empfinden schlechthin sinnlose Umkehrung des, wie wir sagen würden, »natürlichen« Sachverhalts ist nun ganz offenbar ebenso unbedingt ein Leitmotiv des Kapitalismus, wie sie den von seinem Hauche nicht berührten Menschen fremd ist.«<sup>33</sup> Eine solche dem »Geist des Kapitalismus« gemäßige Gesinnung »wäre im Altertum wie im Mittelalter ebenso als Ausdruck des schmutzigsten Geizes und einer schlechthin würdelosen Denkart proskribiert worden, wie dies noch heute von allen denjenigen sozialen Gruppen regelmäßig geschieht, welche in die spezifisch

33 Ebenda, S. 46 f.

moderne kapitalistische Wirtschaft am wenigstens verflochten oder ihr am wenigsten angepasst sind.«<sup>34</sup>

Einst galt also das dem kapitalistischen Privateigentum angemessene Denken als nahezu abartig. Es durchzusetzen, war ein fundamentaler, nahezu skandalöser Bruch mit allem Gewohnten und Geltenden. Und doch wurde dieser Bruch so gründlich vollzogen, dass heute Alternativen zum »Geist des Kapitalismus« und zum Kapitaleigentum wiederum als abwegig, zumindest als weltferne Illusion erklärt werden und auf größte Denkhürden stoßen.

Doch die historischen Erfahrungen mit dem Wechsel des Zeitgeistes sind begründeter Anlass, der Rückbesinnung auf die Stärken öffentlichen Eigentums reale Chancen zu geben. Alternativen sind möglich! Die Linke muss sich zu einer großen Initiative entscheiden, die einen Schub des Kampfes um geistig-politische Hegemonie in Deutschland und Europa einleitet, in dem Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse eine zentrale Stellung haben werden.

### **Nachbemerkung**

Zu den Stärken des Neoliberalismus gehört die Macht seiner Protagonisten. Umso wichtiger für die Linke ist, mit ihrer konkreten Politik zu beweisen, dass trotz der Machtverhältnisse die Gesellschaft zum Positiven verändert werden kann. Umso wichtiger, überzeugende Perspektiven über die herrschenden Verhältnisse hinaus zu begründen.

Wenn aber sowohl die gegenwärtige Politik als auch tragende Vorstellungen von der Zukunft im Kern Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse betreffen, kommt Wegen zu deren Veränderung eine besondere Stellung in alternativen Gesellschaftsvorstellungen zu. Entsprechend hat in der Linken die Auseinandersetzung über Eigentumsfragen stets besondere Schärfe angenommen. Die Diskussion in der Linkspartei um den Verkauf des Dresdner kommunalen Wohnungsbestandes ist ein jüngstes Beispiel dafür und auch für die Neigung der Beteiligten, in der Polemik die Sachverhalte zu vereinfachen und zu vereinsichtigen.

Nun hat der vorliegende Beitrag noch einmal die komplizierte Differenziertheit der Fragen deutlich gemacht, die im Eigentum stecken. Jede Einseitigkeit und Vereinfachung verfehlt das notwendige Verständnis für die wirklichen Probleme, beschädigt die politische Kultur des Umgangs mit ihnen und behindert taugliche Antworten. Deshalb läuft die Nachbemerkung darauf hinaus, für die programmatische und praktisch-politische Debatte der Linken eine politische Kultur anzumahnen, die durch die Sache erforderlich ist und erst recht durch die eigenen Werte der Linken. Sie wird – auch wenn wir in einer Gesellschaft grober Vereinfachungen leben – der Linken in der Öffentlichkeit gut stehen.

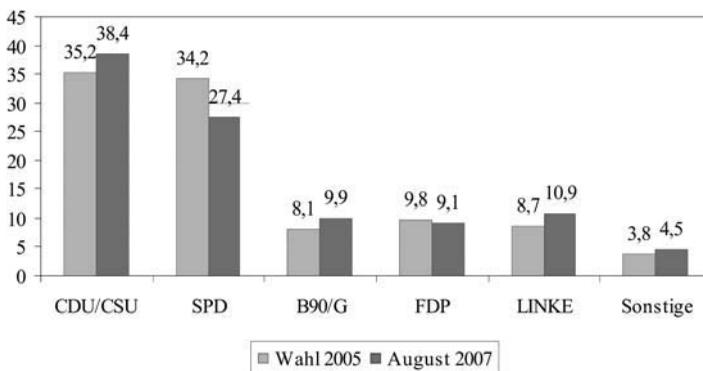
## Wählerinnen und Wähler

Langfristig angelegte Analysen der Potentiale für linke sozialistische Politik brachten in den 90er Jahren bis zu sowie in den ersten Jahren im neuen Jahrhundert vor allem zwei Ergebnisse: Zum einen hatte sich die Wählerschaft der PDS gesamtdeutsch bei etwa 5 Prozent stabilisiert, manchmal leicht darüber, manchmal aber auch – wie bei den Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag im Jahre 2002 – deutlich darunter. Dabei gab es eine außerordentlich starke Differenz zwischen der Situation der PDS im Osten, wo sie zwischen 15 und 25 Prozent der Wählerschaft zu mobilisieren vermochte, und ihrer Situation im Westen, wo sie trotz aller Bemühungen eine Splitterpartei mit 1 bis 2 Prozent der Stimmen blieb. Zum anderen wurde festgestellt, dass die Potentiale, auf die sich linke Politik in Deutschland stützen könnte und die eine linke Partei zu einem stabilen und wirkungsvollen Faktor in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland machen könnten, deutlich größer sind als die, die die PDS bis dahin bei Wahlen zu mobilisieren vermochte.<sup>1</sup>

So blieb die Situation bis in das Jahr 2005 hinein. Eine Änderung zeichnete sich im unmittelbaren Vorfeld der vorgezogenen Neuwahlen ab. Anscheinend reichte bereits die Ankündigung, dass die deutschen Linken zu diesen Wahlen mit vereinten Kräften antreten und zu diesem Zweck die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) auf den Listen der Linkspartei.PDS antraten, um ein erheblich besseres Wahlergebnis zu erreichen. Zwischen 8 und 11 Prozent schienen nach den Prognosen möglich, schließlich wurden es knapp 9 Prozent.

Mittlerweile haben sich weitere Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen, wie sie sich in Wahlergebnissen und Umfragewerten darstellen, ergeben.

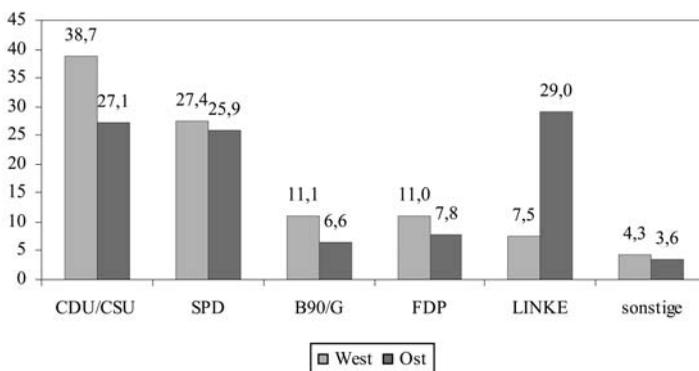
Diagramm 1: Wahlergebnis 2005 und Sonntagsfrage August 2007; Prozent<sup>2</sup>



Bemerkenswert sind vor allem die Verschiebungen zwischen CDU/CSU einerseits und der SPD andererseits, bei den Bundestagswahlen lagen beide noch fast gleichauf. Die CDU/CSU hatte einen Vorsprung von nur einem Prozent, ihr Anteil ist unterdessen von 35,2 Prozent auf 38,4 Prozent angestiegen. Die SPD hingegen hat von 34,2 Prozent auf gegenwärtig 27,4 Prozent stark verloren. Die FDP verliert leicht von 9,8 auf 9,1 Prozent. Die Grünen verzeichnen hingegen einen Anstieg von 8,1 auf 9,9 Prozent. Noch deutlichere Gewinne gibt es für die LINKE, ihr Anteil stieg von 8,7 Prozent auf 10,9 Prozent, sie wäre damit gegenwärtig die stärkste der drei kleineren Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Differenzen zwischen West und Ost sind geblieben, stellen sich aber nun völlig anders dar.

Diagramm 2: Sonntagsfrage August 2007<sup>3</sup>: West – Ost; Prozent



Für alle Parteien gilt, dass sie im Osten deutlich geringere Anteile an den Wählerstimmen erhalten als im Westen – bis auf eine Ausnahme, das ist die LINKE. Die CDU/CSU ist im Osten mit 27,1 Prozent bei weitem nicht so stark wie im Westen, wo sie mit 38,7 Prozent die bei weitem stärkste Partei ist. Bei der SPD ist der Unterschied geringer, sie erreicht im Westen 27,4 Prozent und im Osten 25,9 Prozent. Die FDP und die Grünen liegen im Westen etwa bei 11 Prozent, die Grünen kommen im Osten nur auf 6,6 Prozent, die FDP erreicht hier 7,8 Prozent.

Die LINKE hat in beiden Teilgesellschaften deutliche Steigerungen zu verzeichnen, sie ist im Osten mit 29 Prozent sogar die stärkste Partei (noch vor CDU und SPD). Im Westen liegt sie mit 7,5 Prozent deutlich über der 5-Prozent-Marke und hat damit den Status einer Splitterpartei ablegen können.

- 1 Vgl.: Dietmar Wittich: Wer benötigt sozialistische Politik und linke politische Bildung? Eine empirisch gestützte Suche nach Chancen. In: RLS standpunkte 10/2003. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003.
- 2 Quellen: Statistisches Bundesamt: Amtliches Endergebnis der Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag sowie Ergebnisse zur Sonntagsfrage von 6 Instituten kulminiert.
- 3 Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach, 14. August 2007. [www.wahlrecht.de/umfragen](http://www.wahlrecht.de/umfragen).

Diese Umfragedaten deuten auf eine Polarisierung in der politischen Landschaft der heutigen Bundesrepublik Deutschland hin. Auf der einen Seite gewinnen die Konservativen, auf der anderen Seite gewinnen die Grünen und die LINKE, die SPD verliert dazwischen deutlich.

Bekanntlich wählen aber nicht Prozent, sondern die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger. In absoluten Zahlen stellen sich die Relationen und die erkennbaren möglichen Veränderungen so dar:

*Tabelle 1: Wählerzahlen (für August 2007 hochgerechnet)*

	<b>Wahl 2005</b>	<b>August 2007</b>	<b>Differenz</b>	<b>Differenz in Prozent</b>
<b>CDU/CSU</b>	16.631.049	18.158.587	1.527.538	3,2
<b>SPD</b>	16.194.665	12.956.909	-3.237.756	-6,8
<b>B90/G</b>	3.838.326	4.681.511	843.185	1,8
<b>FDP</b>	4.648.144	4.303.207	-344.937	-0,7
<b>LINKE</b>	4.118.194	5.154.391	1.036.197	2,2
<b>Sonstige</b>	1.857.610	2.127.959	270.349	0,7

Die CDU/CSU kann ihre Stimmzahlen von 16 Millionen auf knapp 18,2 Millionen steigern. Die SPD verliert mehr als 3,2 Millionen Stimmen und fällt von 16,2 Millionen auf knapp 13 Millionen zurück. Die FDP verliert reichlich 300 Tsd. Stimmen, die Grünen erreichen etwa 800 Tsd. Stimmen mehr. Noch etwas höher ist die Steigerung bei der LINKEN. Sie kann ihre Stimmzahl nach den Umfragen von 4,1 Millionen auf reichlich 5,1 Millionen steigern und könnte somit mehr als 1 Million dazu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass nunmehr die LINKE in West und Ost etwa die gleiche Anzahl an Wählerinnen und Wählern hat. Zugleich wird erkennbar, dass in der früheren Wählerschaft der SPD Differenzierungsprozesse im Gange sind, ein Teil geht wahrscheinlich zur CDU/CSU, ein anderer Teil zu den Grünen, vor allem aber gewinnt die LINKE von der Abwanderung von der SPD. Das soll weiter unten genauer untersucht werden.

Zunächst soll die Struktur dieser neuen, deutlich vergrößerten Wählerschaft der Linken untersucht werden; dies erfolgt im Vergleich mit den Strukturen in den Umfeldern der anderen Parteien.

Die nachfolgenden Untersuchungen basieren auf Sekundäranalysen.<sup>4</sup> Zunächst soll die Verteilung nach Geschlechtern untersucht werden.

<sup>4</sup> Für diese Sekundäranalyse wurden bei TNS EMNID Daten zur Nachnutzung erworben, die im Juni 2007 erhoben wurden. Es handelt sich um Daten aus capi-Erhebungen (Face-to-face-Interviews). Der Datensatz umfasst 5 159 Fälle, er ist statistisch geprüft und wurde mit SPSS gerechnet.

*Tabelle 2: Sonntagsfrage nach Geschlecht; Prozent spaltenweise*

	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	Linke	sonstige	keine	weiß nicht
<b>Frauen</b>	51,2	48,8	61,0	51,3	41,9	32,9	52,3	57,4
<b>Männer</b>	48,8	51,2	39,0	48,7	58,1	67,1	47,7	42,6

Die aktuelle Wählerschaft der Linken umfasst zu 58 Prozent Männer und nur zu 42 Prozent Frauen. Das ist der niedrigste Frauenanteil aller untersuchten Parteien (außer sonstige). Den höchsten Anteil an Frauen erreichen die Grünen mit 61 Prozent. Bei CDU/CSU und der FDP sind die Frauen mit 51 Prozent etwa repräsentativ vertreten. Die SPD hat gleichfalls ein Frauendefizit, aber es fällt mit 49 Prozent nicht so groß aus wie bei der LINKEN. Auffällig ist, dass Frauen bei den bisher Unentschlossenen (weiß nicht) einen überdurchschnittlich großen Anteil haben. Sie bilden damit auch gegenwärtig eine wichtige Zielgruppe für alle Parteien; natürlich auch für die LINKE.

Es zeigt sich, dass die LINKE den »männlichen Flügel« im linken Parteienspektrum darstellt, während die Grünen (soweit sie als links angesehen werden) dessen »weiblichen« Flügel bilden. Und sie sind, wie sich gleich zeigt, auch deren »jungendlicher« Flügel. Überdurchschnittlich weiblich und jung sind gleichfalls auch die Unentschlossenen.

Insgesamt hat die LINKE eine relativ ausgeglichene Altersstruktur in ihrer Wählerschaft.

*Tabelle 3: Sonntagsfrage nach Altersgruppen; Prozent spaltenweise*

	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	Linke	sonstige	keine	weiß nicht
<b>bis 25</b>	9,0	10,0	31,6	10,5	14,7	11,5	29,6	19,6
<b>26-40</b>	17,7	21,9	34,2	27,2	18,0	23,1	21,8	24,9
<b>41-55</b>	26,6	26,2	19,7	32,5	24,4	39,7	18,5	26,9
<b>56-70</b>	29,1	27,7	13,4	21,5	27,6	15,4	16,1	19,2
<b>über 70</b>	17,6	14,2	1,1	8,4	15,2	10,3	14,1	9,4

Die LINKE hat in ihrem Umfeld mit knapp 15 Prozent einen deutlich höheren Anteil der jüngsten Generation als CDU/CSU mit 9 Prozent und SPD mit 10 Prozent. Nur die Grünen haben mit knapp 32 Prozent einen – allerdings deutlich – höheren Anteil an jungen Leuten. Die jüngere Generation der 26- bis 40-Jährigen ist bei der LINKEN mit 18 Prozent etwa auf dem Niveau wie bei CDU/CSU (knapp 18 Prozent) und nur wenig geringer als bei der SPD (mit 22 Prozent). Wiederum sind es die Grünen, die bei dieser Altersgruppe mit 34 Prozent den relativ größten Anteil erreichen. Auch die FDP hat mit 27 Prozent in dieser Gruppe Stärken. Die

mittlere Altersgruppe ist in der Wählerschaft der LINKEN wie auch bei CDU/CSU und SPD etwa mit einem repräsentativen Anteil vertreten. Außerordentlich stark ist diese Altersgruppe bei der FDP mit 32,5 Prozent. Im Umfeld der LINKEN gibt es nach wie vor sehr große Anteile der älteren Generation (mit knapp 28 Prozent) und der ältesten Generation (mit reichlich 15 Prozent). Auch darin ist sie CDU/CSU und SPD recht ähnlich. Die FDP und vor allem die Grünen haben hier deutlich niedrigere Anteile. Dieses Problem der LINKEN ist nicht dahingehend zu deuten, dass zu viele Ältere und Alte links wählen, bei den jüngsten und jüngeren Altersgruppen bestehen Defizite.

Wo mögliche Reserven liegen, zeigen die Ergebnisse für die wahrscheinlichen Nichtwähler (keine) und die bisher Unentschlossenen (weiß nicht). In diesen beiden Gruppen sind die Anteile der jüngsten und der jüngeren Generation deutlich höher als bei der LINKEN und (außer den Grünen) bei den meisten anderen Parteien. Bei den Unentschlossenen sind auch die Angehörigen der mittleren Generation relativ stark vertreten.

Aus den bisher diskutierten Ergebnissen ist abzuleiten, dass vor allem Frauen der jungen bis mittleren Generationen wichtige Zielgruppen darstellen.

»Links«-Wählen ist traditionell eher eine Angelegenheit von Menschen mit mittleren bis höheren Bildungsabschlüssen. Das zeigt sich auch in den Ergebnissen dieser Analysen.

*Tabelle 4: Sonntagsfrage nach Bildung; Prozent spaltenweise*

	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	Linke	sonstige	keine	weiß nicht
<b>Hauptsch.</b>								
<b>o. Lehre</b>	4,8	6,8	2,2	2,1	2,3	8,9	11,9	4,7
<b>Hauptsch.</b>								
<b>m. Lehre</b>	40,4	42,2	16,3	27,6	29,4	45,6	35,3	36,1
<b>weiterführ.</b>								
<b>Schule</b>	33,8	33,8	30,7	41,7	38,5	31,6	26,1	36,2
<b>Abitur</b>	8,7	8,4	30,4	16,1	11,0	10,1	7,6	8,7
<b>Studium</b>	9,5	6,1	13,0	11,5	15,6	2,5	4,6	6,7
<b>noch</b>								
<b>Schüler</b>	2,7	2,6	7,4	1,0	3,2	1,3	14,5	7,6

Die LINKE hat in ihrem Umfeld – ähnlich wie Grüne und FDP – mit etwa 2 Prozent nur relativ geringe Anteile von Menschen, die nur die Hauptschule abgeschlossen haben und über keine Berufsausbildung verfügen. Diese Anteile sind bei der CDU/CSU (mit knapp 5 Prozent) und insbesondere bei der SPD (mit knapp 7 Prozent) deutlich höher. Hauptschüler mit abgeschlossener Berufsausbildung haben im Umfeld der LINKEN mit knapp 30 Prozent einen bemerkenswer-

ten Anteil – auch wenn er nicht so hoch ist wie bei CDU/CSU (40 Prozent) und SPD (42 Prozent). Bei den Absolventen weiterführender Schule (ohne Hochschulreife) erreichen die LINKEN mit 38,5 Prozent einen relativ hohen Anteil, ähnlich wie die FDP, die auf knapp 42 Prozent kommt. In der Wählerschaft der LINKEN sind Abiturienten und vor allen Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium überrepräsentiert. Bei den Abiturienten liegt dieser Anteil mit 11 Prozent höher als bei CDU/CSU und SPD (zwischen 8 und 9 Prozent), er ist allerdings niedriger als bei der FDP (16 Prozent) und vor allem bei den Grünen (30 Prozent). Hochschulabsolventen haben im Umfeld der LINKEN mit knapp 16 Prozent den relativ höchsten Anteil aller Parteien; die Grünen kommen auf 13 Prozent, die FDP auf 11,5 Prozent, die CDU/CSU auf 9,5 Prozent und die SPD auf 6 Prozent. Bei denen, die noch zur Schule gehen, sind die Akzeptanzwerte für die LINKEN mit reichlich 3 Prozent etwas besser als bei CDU/CSU, SPD und FDP, aber zugleich deutlich niedriger als bei den Grünen (reichlich 7 Prozent).

Bei den voraussichtlichen Nichtwählern sind die Gruppen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen die Schüler relativ häufig. Die bisher Unentschlossenen haben starke Anteile bei den mittleren Bildungsabschlüssen und daneben gleichfalls bei den Schülern.

Hinsichtlich der Stellung im und zum Erwerbsleben unterscheiden sich die Umfelder der einzelnen Parteien nur geringfügig.

*Tabelle 5: Sonntagsfrage nach Erwerbsstatus; Prozent spaltenweise*

	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	Linke	sonstige	keine	weiß nicht
<b>voll</b>								
<b>berufstätig</b>	37,0	38,0	37,5	51,6	31,8	22,5	27,9	36,6
<b>teilw.</b>								
<b>berufstätig</b>	10,4	11,1	13,0	10,4	10,1	20,0	9,2	11,8
<b>arbeitslos</b>	3,2	3,9	3,7	3,6	7,4	16,3	8,1	3,2
<b>Rentner</b>	37,6	34,4	10,4	22,9	35,9	28,8	24,9	22,9
<b>Lehrlinge</b>	0,5	1,8	1,9	2,1			1,8	3,7
<b>Schüler/ Studenten</b>	4,8	4,3	23,8	4,7	7,8	2,5	19,4	10,4
<b>nicht berufstätig</b>	6,7	6,6	9,7	4,7	6,9	10,0	8,5	11,3

Der Anteil der voll Berufstätigen fällt bei den LINKEN mit 32 Prozent nur graduell geringer aus als bei CDU/CSU (37 Prozent) SPD (38 Prozent) und Grünern (37,5 Prozent). Nur bei der FDP liegt dieser Anteil mit knapp 52 Prozent deutlich höher. Die Anteile der teilweise Berufstätigen liegen bei allen Parteien zwischen 10 Prozent (LINKE und CDU/CSU) und 13 Prozent (Grüne). Deutliche Unter-

schiede gibt es bei den Arbeitslosen. Sie liegen bei den anderen Parteien zwischen reichlich 3 Prozent (CDU/CSU) und knapp 4 Prozent (SPD), bei der LINKEN ist der Arbeitslosenanteil mit 7,4 Prozent deutlich höher. Zu beachten ist allerdings dass dieser Anteil der Arbeitslosen bei den sonstigen Parteien (darunter auch den Rechten!) deutlich höher liegt.

Erhebliche Unterschiede sind bei den Rentnern zu verzeichnen. Die Rentner haben bei den LINKEN mit 36 Prozent nach wie vor einen hohen Anteil, ähnlich ist es bei der CDU/CSU mit knapp 38 Prozent und bei der SPD mit 34 Prozent. Deutlich niedrigere Anteile an Rentnern haben die FDP mit 23 Prozent und vor allem die Grünen mit reichlich 10 Prozent. Auch bei Schülern und Studenten findet die LINKE eine relativ starke Akzeptanz von knapp 8 Prozent (im Vergleich dazu sind es bei CDU/CSU, SPD und FDP zwischen 4 und 5 Prozent). Bei den Grünen ist der Anteil der Schüler und Studenten mit 24 Prozent allerdings noch deutlich höher. Bei den Nichtberufstätigen fallen die Unterschiede zwischen den Parteien mit Blick auf den Erwerbsstatus relativ gering aus.

Die Untersuchung der Gruppenstruktur der Umfeld der Parteien zeigt, dass diese bei der LINKEN der bei der SPD sehr ähnlich ist.

*Tabelle 6: Sonntagsfrage nach sozialen Gruppen; Prozent spaltenweise*

	CDU/CSU	SPD	B90/G	FDP	Linke	sonstige	keine	weiß nicht
<b>Arbeiter</b>	23,5	32,7	19,2	17,8	27,8	42,1	35,6	27,2
<b>Ange-</b>								
<b>stellte</b>	52,6	54,8	60,3	55,1	59,5	30,3	49,3	60,6
<b>Beamte</b>	3,1	2,8	3,1	1,1	2,0	1,3	0,9	1,4
<b>leit. Angest./</b>								
<b>Beamte</b>	9,8	4,9	6,6	5,9	7,3		5,2	4,9
<b>Freibe-</b>								
<b>rufner</b>	1,0	0,8	3,9	3,8	0,5	14,5	1,2	1,9
<b>Selb-</b>								
<b>ständige</b>	9,9	3,9	7,0	16,2	2,9	11,8	7,8	4,0

Die LINKE hat mit knapp 28 Prozent nach der SPD, die auf knapp 33 Prozent kommt, den höchsten Arbeiteranteil in ihrem Umfeld. Die anderen Partei haben bei Arbeitern deutlich niedrigere Anteile (CDU/CSU 23,5 Prozent, die Grünen 19 Prozent, die FDP 18 Prozent). Allerdings bilden die Arbeiter relativ große Anteile bei den sonstigen Parteien und bei den Nichtwählern. Bei allen Parteien sind die Angestellten die größte Gruppe. Diese Angestelltenanteile sind bei der LINKEN und bei den Grünen mit rund 60 Prozent am größten, sie liegen bei der SPD mit 55 Prozent, der CDU/CSU mit 53 Prozent und der FDP mit 55 Prozent aber nicht wesentlich niedriger. Die Beamten haben insgesamt einen durchschnittlichen

Anteil an der Wählerschaft der LINKEN (2 Prozent), dieser Anteil liegt bei CDU/CSU, SPD und Grünen mit rund 3 Prozent etwas darüber, bei der FDP beträgt er nur 1 Prozent.

Überraschendes zeigt sich bei den leitenden Angestellten und Beamten. Ihr Anteil ist bei der CDU/CSU knapp 10 Prozent, das ist sicher nicht verwunderlich. Aber dass bei dieser Gruppe des Führungspersonals mit reichlich 7 Prozent sich die LINKE als die zweitstärkste Partei darstellt, ist so sicher nicht zu erwarten gewesen. Bei der FDP macht diese Gruppe einen Anteil von 6 Prozent aus, die Grünen erreichen knapp 7 Prozent und die SPD 5 Prozent. Es handelt sich also bei den leitenden Angestellten und Beamten um eine Gruppe mit hoher politischer Differenzierung, die sich nicht nach den Sonntagsreden von Politikern richtet.

Anders ist die Situation bei den Selbständigen, hier erreicht die FDP mit 16 Prozent den höchsten Anteil. In der Wählerschaft der CDU/CSU sind 10 Prozent Selbständige, bei den Grünen sind es 7 Prozent und bei der SPD 4 Prozent. Bei den LINKEN ist mit 3 Prozent dieser Anteil der niedrigste, auch der sollte beachtet werden.

Die potentiellen Nichtwähler unterscheiden sich nur dadurch, dass bei ihnen der Arbeiteranteil etwas höher und der Angestelltenanteil etwas niedriger ist. Die Unentschlossenen weichen bei diesen Strukturmerkmalen kaum von der Gesamtheit und den Parteien ab. Wahlenthaltung und Unentschlossenheit ziehen sich durch alle Gruppen der Bevölkerung.

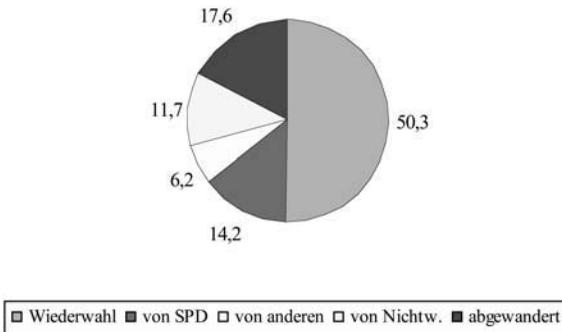
Insgesamt vermittelt die bisherige Analyse den Eindruck, dass *zum einen* das Umfeld der LINKEN dem der SPD und in mancher Hinsicht auch dem der CDU/CSU ähnlich geworden ist. Die Grünen und die FDP haben in der Struktur ihrer Wählerschaften deutlichere Besonderheiten. Das Umfeld der LINKEN wird vor allem geprägt durch die mittleren bis älteren Generationen, durch Menschen mit mittleren bis höheren Bildungsabschlüssen, durch Arbeitslose und Rentner, durch Arbeiter und Angestellte und auch durch Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung. Defizite sind bei Frauen, den jüngeren Generationen, Personen mit relativ niedrigen Bildungsabschlüssen, bei Beamten und Freiberuflern zu konstatieren. Damit ist aber *zum anderen* zugleich der Eindruck verbunden, dass sich das Umfeld der LINKEN zwar deutlich vergrößert hat, sich aber hinsichtlich seiner Zusammensetzung gegenüber den früher für die PDS festgestellten Strukturierungen kaum unterscheidet.<sup>5</sup>

Diesem Eindruck soll in einem nächsten Analyseschritt genauer nachgegangen werden.

Dazu wurden auf der Basis der Untersuchung der Wählerwanderungen Typen von aktuellen LINKE-Wählern gebildet. Diagramm 3 gibt ihre Verteilung wider.

5 Dietmar Wittich: Wer benötigt sozialistische Politik und linke politische Bildung? Eine empirisch gestützte Suche nach Chancen. A. a. O., S. 3.

Diagramm 3: Woher kommen die Wählerinnen und Wähler der LINKEN? Prozent



Als sinnvoll stellte sich heraus, fünf Gruppen zu bilden:

1. Die Gruppe derer, die 2005 Linkspartei.PDS gewählt haben und beabsichtigen, jetzt die LINKE zu wählen. Diese Gruppe ist mit 50 Prozent die größte. Aber es zeigt sich auch, dass die in den letzten Jahren verstärkte Neigung zu wechselnden Wahlentscheidung auch die LINKE betrifft.

2. Von den zur LINKEN zuwandernden Gruppen ist die, die von der SPD kommt mit 14 Prozent die größte. Hierin zeigt sich, dass es auch die Unzufriedenheit mit der SPD ist, mit ihrer praktischen Abwendung von den Werten der sozialen Gerechtigkeit, die zur Stärkung der LINKEN beiträgt. Das bestätigt zugleich die oben aufgestellte These von der Ausdifferenzierung der früheren Wählerschaft der SPD.

3. Die Zuwanderung von den anderen Parteien ist mit 6 Prozent von deutlich geringerer Bedeutung. Aber es zeigt sich darin, dass für einen Teil der Wählerinnen und Wähler inzwischen (fast) alle Parteien wählbar sind.

4. Besondere Beachtung sollte finden, dass die Zuwanderung von knapp 12 Prozent von früheren Nichtwähler (darunter ist auch ein Anteil von Erstwählern) die zweitgrößte Gruppe bildet. Das knüpft an Trends an, die für die PDS-Wählerschaft bis zur Jahresmitte 2002 festgestellt worden waren.

5. Von den Wählerinnen und Wählern der Linkspartei.PDS von 2005 stehen gegenwärtig insgesamt 18 Prozent auf der Position, nun die LINKE nicht wählen zu wollen. Diese Gruppe drittelt sich in etwa. Ein Drittel geht zu anderen Parteien, ein Drittel will nicht wählen, und ein Drittel ist unentschlossen. Das ist ein Befund, der es verdient, genauer untersucht zu werden.

Insgesamt gewinnt die LINKE erheblich bei den Wanderungsbewegung. Der Abwanderung von knapp 18 Prozent früherer linker Wähler steht eine Zuwanderung aus verschiedenen Quellen im Umfang von reichlich 32 Prozent gegenüber.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob sich diese verschiedenen Gruppen in ihrer Struktur von einander unterscheiden, ob sich also systematische Abweichungen bei ihnen feststellen lassen, die darauf hindeuten können, ob und wie die LINKE in verschiedenen Gruppen wirksam wird und dabei möglicherweise ihr soziales Profil verändert.

Zunächst soll wieder die Verteilung nach Geschlecht betrachtet werden.

*Tabelle 7: Wählergruppen der LINKEN nach Geschlecht; Prozent spaltenweise*

	<b>Wiederwahl</b>	<b>von SPD</b>	<b>von anderen</b>	<b>von Nichtw.</b>	<b>abgewand.</b>
Frauen	44,3	35,1	56,3	32,3	56,5
Männer	55,7	64,9	43,8	67,7	43,5

Überdurchschnittlich viele Frauen sind aus der Wählerschaft der LINKEN abgewandert. Das hat den Anteil von Frauen an der Stammwählerschaft weiter verkleinert. Dieser Trend wird noch dadurch verstärkt, dass unter den zuwandernden früheren SPD-Wählern und den früheren Nicht- (oder Erst-) Wählern überdurchschnittlich viele Männer sind. Bei der Gruppe der zuwandernden früheren Wähler anderer Parteien sind zwar Frauen überrepräsentiert, aber das kann die anteiligen Wanderungsverluste nicht ausgleichen. Diese Relationen von Zu- und Abwanderungen bewirken unter dem Strich, dass das Frauendefizit in der linken Wählerschaft strukturell zunimmt – auch wenn sich die Anzahl der Frauen erheblich vergrößert hat.

Die Analyse der Altersstruktur bringt einige bemerkenswerte Ergebnisse.

*Tabelle 8: Wählergruppen der LINKEN nach Altersgruppen; Prozent spaltenweise*

	<b>Wiederwahl</b>	<b>von SPD</b>	<b>von anderen</b>	<b>von Nichtw.</b>	<b>abgewand.</b>
bis 25	5,3	2,7		74,2	13,0
26-40	18,3	27,0	11,8	6,5	19,6
41-55	27,5	27,0	23,5	9,7	32,6
56-70	32,1	21,6	47,1	6,5	30,4
über 70	16,8	21,6	17,6	3,2	4,3

Bei der Zusammensetzung der Abgewanderten sollte beachtet werden, dass bei ihnen sowohl die jüngste Altersgruppe bis 25 Jahre mit 13 Prozent als auch die der 41- bis 55-Jährigen (33 Prozent) und der 56- bis 70-Jährigen (30 Prozent) überdurchschnittlich starke Anteile haben. Es sind also sowohl relativ junge als auch älterer Gruppen von den Linkswählern abgewandert. Sie können unterschiedliche Gründe haben, müssen es aber nicht. Bei den zuwandernden Gruppen gibt es einige strukturelle Besonderheiten.

Die Zuwanderung von der SPD ist in der Altersstruktur der Stammwählerschaft der LINKEN sehr ähnlich. Es fällt auf, dass überdurchschnittlich viele Vertreter der jüngeren Generation dazu zählen, aber auch viele der ältesten Generation. Die Gruppe der Zuwanderer von anderen Parteien wird vor allem durch Angehörige der älteren (47 Prozent) und – deutlich weniger – von der ältesten Generation (18 Prozent) geprägt. Eine völlig andere Generationenstruktur haben die Zuwanderer aus der Nichtwählerschaft. Drei Viertel von ihnen zählen zur jüngsten Altersgruppe. Die verschiedenen Zuwanderergruppen haben jeweils spezifische Strukturmerkmale hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach dem Alter. Insgesamt aber gleichen sich diese Unterschiede weitgehend aus.

Analysiert man die Veränderungen der potentiellen Wählerschaft der LINKEN nach Bildungsabschlüssen, so ergibt sich ein ähnliches Bild.

*Tabelle 9: Wählergruppen der LINKEN nach Bildung; Prozent spaltenweise*

	<b>Wiederwahl</b>	<b>von SPD</b>	<b>von anderen</b>	<b>von Nichtw.</b>	<b>abgewand.</b>
Hauptsch. o.Lehre	2,3	2,7			2,2
Hauptsch. m.Lehre	28,0	51,4	25,0	13,3	41,3
weiterführ. Schule	38,6	29,7	62,5	36,7	28,3
Abitur	11,4		6,3	26,7	23,9
Studium	19,7	16,2	6,3		4,3
noch Schüler				23,3	

Bei den Stammwählern ist der Anteil der Hochschulabsolventen mit knapp 20 Prozent besonders hoch. Dem entspricht, dass dieser Anteil bei den Abwandernden mit 4 Prozent besonders niedrig ist. Die Gruppe der Abwandernden wird vor allem durch Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (41 Prozent), Absolventen weiterführender Schulen (28 Prozent) und Abiturienten (24 Prozent) geprägt.

Bei der von der Wählerschaft der SPD zuwandernden Gruppe sind die Anteile derer mit abgeschlossener Berufsausbildung (51 Prozent) und von Absolventen mit weiterführenden Abschlüssen (30 Prozent), aber auch der von Hochschulabsolventen (16 Prozent) relativ hoch und zugleich strukturbestimmend. Bei den Zuwanderern von anderen Parteien ist der Anteil derer mit weiterführenden Abschlüssen mit knapp 63 Prozent bemerkenswert hoch. Die zuwandernden früheren Nichtwähler bestehen vor allem aus Gruppen mit mittlerer bis höherer Bildung (weiterführende Abschlüsse 37 Prozent, Abitur 27 Prozent) sowie aus Schülerin-

nen und Schülern. Auch hier ist also insgesamt der Effekt zu verzeichnen, dass sich die Besonderheiten der Abwanderer und der verschiedenen zuwandernden Gruppen gegenseitig ausgleichen.

Zu betrachten ist nun die Struktur nach Stellung im und zum Erwerbsleben.

*Tabelle 10: Wählergruppen der LINKEN nach Erwerbsstatus; Prozent spaltenweise*

	Wiederwahl	von SPD	von anderen	von Nichtw.	abgewand.
voll					
berufstätig	35,6	40,5	25,0	6,7	29,8
teilw.					
berufstätig	12,9	13,5		3,3	8,5
arbeitslos	6,8	5,4	6,3	10,0	19,1
Rentner	40,9	35,1	62,5	3,3	25,5
Schüler/ Studenten	2,3			46,7	12,8
nicht					
berufstätig	1,5	5,4	6,3	30,0	4,3

Wiederum ist zu konstatieren, dass die Struktur der Stammwählerschaft, betrachtet man sie unter dem Blickwinkel des Erwerbsstatus, von der jetzigen Struktur der Wählerinnen und Wähler der LINKEN insgesamt kaum abweicht. Die einzige Besonderheit ist, dass der Anteil der Rentner an den Stammwählern leicht höher ist als in der Gesamtheit der aktuellen Linkswähler. Das kommt vor allem dadurch zustande, dass der Anteil der Rentner bei den Abwandernden mit knapp 26 Prozent unterdurchschnittlich ist. Ansonsten ist zu den Abwandernden zu bemerken, dass hier die Anteile der Arbeitslosen mit 19 Prozent und auch der Schüler und Studenten mit 13 Prozent überdurchschnittlich hoch sind. Das deutet zum einen darauf hin, dass sich ein Teil der Arbeitslosen in der linken Wählerschaft möglicherweise nicht angemessen vertreten fühlt, zum anderen könnte es sein, dass das linke Umfeld für einen Teil der Schüler und Studenten nur eine Durchgangsstation bildet: Sie stoßen dazu und gehen wieder.

Zu den Zuwanderern aus der früheren Wählerschaft der SPD gehören überdurchschnittlich viele Berufstätige (knapp 41 Prozent) und Rentner (35 Prozent). Von den anderen Parteien (außer der SPD) kommen besonders viele Rentner (knapp 63 Prozent). Unter den Zuwanderern von den Nichtwählern sind vor allem besonders viele Schüler und Studenten (47 Prozent) und Nichtberufstätige (30 Prozent). Mit 10 Prozent ist aber auch der Anteil der Arbeitslosen bemerkenswert hoch.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung nach Erwerbsstatus fallen gering aus. Insgesamt wandern aber mehr Arbeitslose ab als zu. Dadurch geht deren Anteil an der Gesamtheit geringfügig zurück.

Abschließend ein Blick auf die Situation in der Struktur der sozialen Gruppen in der Wählerschaft der LINKEN.

*Tabelle 11: Wählergruppen der LINKEN nach sozialen Gruppen; Prozent spaltenweise*

	<b>Wiederwahl</b>	<b>von SPD</b>	<b>von anderen</b>	<b>von Nichtw.</b>	<b>abgewand.</b>
Arbeiter	31,3	27,0	12,5	20,0	33,3
Angestellte	54,2	59,5	75,0	80,0	48,9
Beamte	0,8	2,7	12,5		
leit. Angest./					
Beamte	8,4	10,8			13,3
Freiberufler	0,8				
Selbständige	4,6				4,4

Auch in der Struktur der sozialen Gruppen gibt es zwar viel Bewegung, aber wenig Veränderung. Arbeiter haben an der Abwanderung einen Anteil von 33 Prozent, das ist relativ hoch, er wird durch die Arbeiteranteile bei den zuwandernden Gruppen (am stärksten von der SPD mit 27 Prozent) nicht ganz ausgeglichen. Die Führungskader haben gleichfalls einen überdurchschnittlichen Anteil von 13 Prozent der Abwandernden, das wird aber durch den Anteil von 11 Prozent in der Gruppe der von der SPD Zuwandernden fast ausgeglichen. Angestellte bilden zwar auch bei den abwandernden früheren Linkswählern den relativ größten Anteil (49 Prozent), damit sind sie aber deutlich unterrepräsentiert. Da jedoch bei den zuwandernden Gruppen die Anteile der Angestellten besonders hoch sind (von der SPD knapp 60 Prozent, von anderen Parteien 75 Prozent, von den Nichtwählern 80 Prozent) wird deren Anteil an der Gesamtheit der Wählerschaft der LINKEN mehr als ausgeglichen. Auch in der Struktur der sozialen Gruppen im linken Umfeld gibt es also nur geringe Veränderungen (leichte Verluste bei den Arbeitern, Zuwachs bei den Angestellten). Das Umfeld wächst deutlich, aber die Relationen bleiben weitgehend stabil.

Zusammenfassend soll festgehalten werden:

Bei der Abwanderung früherer Wähler der Linkspartei.PDS sind vor allem die relativ hohen Anteile der Frauen, der jüngeren und der mittleren Altersgruppen, mittlerer Bildungsgruppen, von Arbeitslosen, Schülern und Studenten sowie Arbeitern zu registrieren.

Bei den zuwandernden Gruppen ragen vor allem die hohen Anteile an Männern und Angestellten, von Erstwählern und Schülern und Studenten, älteren Gruppen und Rentnern von der SPD sowie Angehörige mittlerer bis höherer Bildungsgruppen heraus.

Die strukturellen Besonderheiten von Abwanderung aus dem früheren PDS-Umfeld und der verschiedenen Gruppen der Zuwanderer zum Wählerpotential

gleichen sich gegenseitig weitgehend aus. Allerdings ist hervorzuheben, dass das Frauendefizit strukturell zugenommen hat. Bei Arbeitern und Arbeitslosen sind geringe Verluste zu beobachten, die aber das Gewicht dieser Gruppen insgesamt nicht verringern. Bei Gruppen wie Führungskräften sowie Schülern und Studenten findet so etwas wie ein Austausch statt, aber die Anteile dieser Gruppen bleiben insgesamt stabil.

Somit ergibt sich, dass die LINKE alle jene Gruppen ihrer Wählerschaft mobilisieren kann, in denen auch die PDS und die Linkspartei.PDS präsent waren, allerdings in unvergleichlich höherem Umfang. Die durch den Parteienzusammenschluss von PDS und WASG bewirkte Agglomeration der Umfelder erweist sich als strukturell dem früheren Umfeld der PDS sehr ähnlich. Das gilt insbesondere für die von der früheren SPD-Wählerschaft erfolgende Zuwanderung.

Ob der in früheren Analysen gefundene kulturelle Widerspruch im Umfeld der PDS von traditionellem Produzentenmilieu und modernem Produzentenmilieu damit gleichfalls weiter existiert, kann mit den vorliegenden Daten nicht völlig belegt werden. Die Ergebnisse legen aber nahe, dass es diese Koexistenz auch in den neuen, größeren Potentialen der LINKEN weiterhin gibt.

Die neue vereinigte Linke vermag es in erheblich höherem Maße, die Potentiale für linke Politik auszuschöpfen, als sie es in getrennten Organisationen vermochte. Ob das auch zu einer Stärkung der Positionen sozialistischer Politik in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen kann, bleibt abzuwarten, oder besser: wird zu erarbeiten sein

## **Befunde einer Mitgliederbefragung im Berliner Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf**

### **Vorbemerkungen**

Marzahn-Hellersdorf – das ist ein Bezirk im Nordosten Berlins, der durch zwei Merkmale allbekannt ist: als Bezirk mit besonders starker Konzentration sogenannter Plattenbauten und als Hochburg der PDS/Linken. Nahezu drei Viertel (72 Prozent) der ca. 247.000 Einwohner dieses Stadtbezirks lebt in Großsiedlungen, die zu DDR-Zeiten im industriellen Wohnungsbau errichtet worden sind.<sup>1</sup> Auch bei der jüngsten Wahl, der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2006, behauptete sich die Linkspartei<sup>2</sup> trotz herber Verluste als stärkste Partei. Dieses Ergebnis bereitete vielen Parteimitgliedern eine herbe Enttäuschung. Ob sie als eine Lektion verstanden wird, ist eine Frage, die nur in einem demokratischen Prozess der innerparteilichen Selbstverständigung beantwortet werden kann.

Im ersten Quartal 2007 wurden mit einer anonymen schriftlichen Befragung wichtige Aspekte des Meinungsbildes, der Struktur, der Aktivität und der Lebensbedingungen der Mitglieder der Linkspartei erfasst.<sup>3</sup> Ca. 800 ausgefüllte Fragebogen (dies entspricht 68 Prozent der Mitglieder) wurden an die Auswertungsgruppe zurückgesandt.

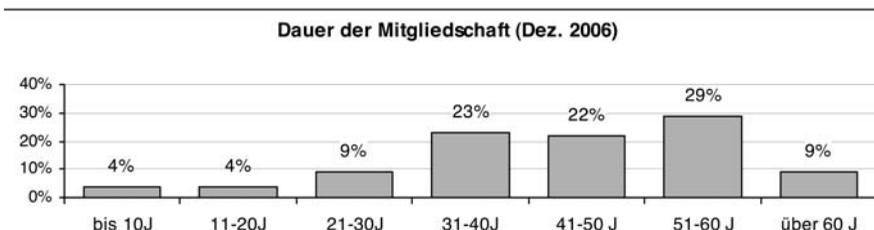
Da der Bezirksverband über das notwendige Potential verfügt, wurde die Befragung nicht in fremde Hände gelegt, sondern einer »Projektgruppe Analyse« aus den eigenen Reihen überantwortet. So durften ein größeres Vertrauen und eine höhere Bereitschaft der Mitglieder, sich den Fragen zu öffnen, erwartet werden. Der Projektgruppe, die auch den Auswertungsbericht verfasst hat, gehörten an: Hilka Ehlert, Rainer Ferchland, Sonja Hildebrandt, Erika Maier, Wilfried Maier, Bernd Preußner, Erika Preußner, Manfred Puschmann, Stefan Richter und Marina Richter-Kastschajewa. Ständiger Gast und Mitautorin war Cornelia Hildebrandt. Der folgende Beitrag stellt eine Überarbeitung und Kurzfassung der Auswertung dieser Mitgliederbefragung dar.

- 1 Über die Hälfte des Territoriums besteht jedoch aus einem riesigen Siedlungsgebiet mit Ein- und Zweifamilienhäusern, so dass Marzahn-Hellersdorf auch zu den Berliner Bezirken mit besonders hohem Anteil von Wohneigentum gehört.
- 2 Die Befragung fiel in den Zeitraum des Parteibildungsprozesses der Partei Die Linke. Im vorliegenden Text wird einheitlich die Bezeichnung »Linkspartei« verwendet.
- 3 Das Hauptvorhaben Mitgliederbefragung wurde flankiert durch eine Wahlanalyse und durch Expertengespräche.

## Sozialdemografische Struktur

In der Linkspartei in Marzahn-Hellersdorf dominieren politisch aktive, hoch qualifizierte ältere Mitglieder. Der Frauenanteil ist vergleichsweise hoch und die politische Erfahrung der Befragten sehr groß. Etwa neunzig Prozent sind länger als zwanzig Jahre Mitglied, bringen also Erfahrungen aus der Zeit der SED und aus der Gesamtzeit der Existenz der PDS ein. Die Befragten kennen den Stadtbezirk mit seinen Erfolgen und Problemen überwiegend aus eigener langjähriger Erfahrung. Etwa 90 Prozent wohnen länger als zehn Jahre im Bezirk.

Abb. 1-1



Die Mitgliedschaft des Bezirksverbandes ist stark überaltert. Das Durchschnittsalter beträgt 64,1 Jahre.<sup>4</sup> Nur elf Prozent der Mitglieder sind jünger als 50, dagegen ist fast ein Drittel älter als 75 Jahre. Dies ist ein ernstes Struktur- und Zukunftsproblem. Die Folgen sind erstens eine mangelnde Verankerung unter der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter, insbesondere in den Erwerbs- und Berufsgruppen und Grenzen der sozialen und politischen Aktivität, zunehmende gesundheitliche Probleme etc. Viele Mitglieder haben das Gefühl, keine Kompetenz zu besitzen, wenn es um Probleme der jüngeren Generationen geht. Zweitens ist – wenn die Entwicklung unverändert fortschreitet – mit einer dramatischen Abnahme der Mitgliederzahl in den nächsten Jahren zu rechnen.

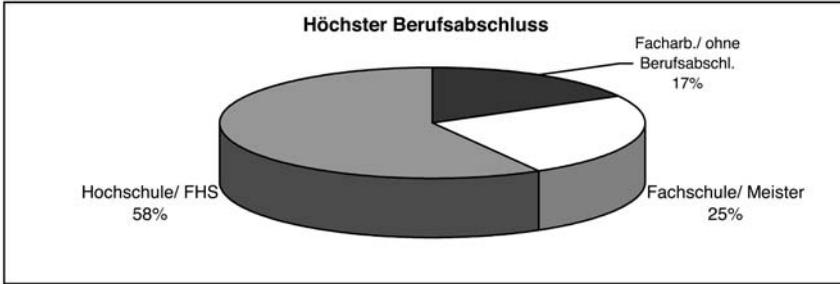
Erwerbsstatus und Berufsgruppierung machen auf ein weiteres ernstes Problem aufmerksam: Fast zwei Drittel der Befragten sind Rentner<sup>5</sup>, nur ein Viertel ist berufstätig. Achtzig Prozent sind oder waren Angestellte oder Beamte, über achtzig Prozent haben einen Hoch- oder Fachschulabschluss.

Die hohe Qualifikation ist zweifellos ein – vielleicht noch unzureichend genutzter – struktureller Vorzug. Problematisch ist hingegen die unzureichende Präsenz gerade jener Gruppen im erwerbsfähigen Alter, deren Interessen durch die Linkspartei besonders prononciert vertreten werden – z. B. Arbeiter, Arbeitssuchende, Teilzeitbeschäftigte, »1-Euro-Jobber«, überhaupt »Hartz IV«-Betroffene.

4 Angaben zu den Merkmalen Alter, Geschlecht, Wohnort beruhen z. T. auf der Mitgliederstatistik.

5 Typisch für ostdeutsche Biografien ist, dass die Rentner/innen – mit seltenen Ausnahmen – auf ein langes Erwerbsleben zurückblicken können.

Abb. 1-2



Außerdem: Unter den erwerbstätigen Mitgliedern gibt es mehr als dreimal so viel Selbstständige wie Arbeiter. Die strukturelle Über- bzw. Unterpräsenz bestimmter Gruppen ist also nicht nur altersbedingt.

Der Bezirksverband weist den für die Linkspartei in Ostdeutschland typischen, im Vergleich zu den konkurrierenden Parteien aber sehr hohen Anteil weiblicher Mitglieder (45 Prozent) auf.<sup>6</sup> Ca. sieben Prozent der Mitglieder wohnen nicht im Stadtbezirk. Sie sind relativ jung, überwiegend im erwerbsfähigen Alter und überdurchschnittlich qualifiziert, aber ihre politische Aktivität ist wenig auf den Stadtbezirk konzentriert.

Trotz des hohen Altersdurchschnitts lebt nur etwa ein Viertel der Mitglieder in Einpersonenhaushalten. Zu beachten ist jedoch, dass 35 Prozent der über 75-Jährigen (darunter 55 Prozent der weiblichen Mitglieder dieser Altersgruppe) allein leben.

### **Ausgewählte sozialdemografische Differenzierungen des sozialen und politischen Verhaltens**

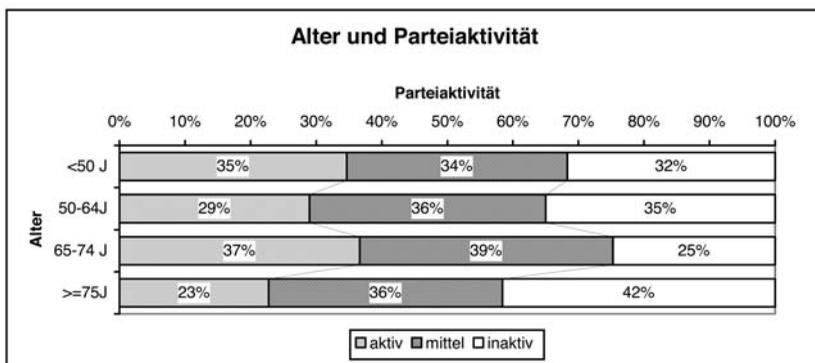
Mit dem Ziel einer zusammenfassenden Darstellung komplexer Eigenschaften und Verhaltensweisen der Mitglieder der Linkspartei wurden aus mehreren Einzelfragen sogenannte Indexe oder Komplexvariablen konstruiert. Das betrifft den Index »Lebensstandard« und die folgenden Komplexvariablen des sozialen und politischen Verhaltens: Parteiaktivität, soziale Aktivität, Parteibindung, Identifikation mit Parteipolitik, Typ Medienbezug (Abonnement des *Neuen Deutschland* in Kombination mit Bezug anderer Medien), Wertschätzung linker Bezirkspresse.

Als stärkster Einflussfaktor auf die parteipolitische und soziale Aktivität sowie das Medienverhalten erweist sich die berufliche Qualifikation. Höher Qualifizierte tendieren zu höherer Aktivität und bewussterem Medienverhalten. In der Verknüp-

6 In der Linkspartei besteht zwar eine Dominanz männlicher Mitglieder; im Spektrum der wichtigsten politischen Parteien in Deutschland zeichnet sie sich jedoch durch einen hohen Frauenanteil aus, und der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf repräsentiert dieses Niveau.

fung von Qualifikation und Aktivität liegt eines der »Geheimnisse« für die politischen Erfolge der Linkspartei. Das außerordentlich hohe Qualifikationsniveau der Mitgliedschaft schlägt so in einen beträchtlichen Aktivitätsvorsprung um. Dieser Vorsprung gilt nicht nur in quantitativer Hinsicht. Er betrifft auch insbesondere die hohe sachliche Kompetenz, die auf vielen Feldern des politischen und sozialen Engagements erforderlich ist. In der besseren Ausschöpfung des hohen Qualifikationspotentials der Partei liegt zugleich eine wichtige Aktivitätsreserve.

Abb. 2-1



In Bezug auf die Altersdimension gibt es gegenläufige, wenngleich plausible, Tendenzen. Die soziale und parteipolitische Aktivität der Jüngeren ist tendenziell höher als bei den Älteren. Die Formel »je jünger, desto aktiver« erweist sich jedoch als zu einfach. Der Zusammenhang zwischen Alter und Parteiaktivität ist nicht linear. Erstaunlich ist z. B. der Aktivitätsschub unter den 65- bis 74-Jährigen, ebenso der Befund, dass weniger als die Hälfte der ab 75-Jährigen als inaktiv bezeichnet werden können.

Auffällig ist auch die Geschlechtsdifferenz, wonach Männer ein tendenziell höheres Aktivitätsniveau und eine stärkere Orientierung auf linke Medien offenbaren als Frauen. Allerdings sind die Aktivitätsunterschiede im Zusammenhang mit dem Merkmal Geschlecht erheblich schwächer als bezüglich der beruflichen Qualifikation.

Die Parteibindung zeigt ein erhebliches Gefälle zwischen Rentnern und Erwerbstätigen. Hier tritt natürlich die Relevanz der Altersdimension zutage und damit ein zentrales Problem: In der Linkspartei gibt es zu wenige jüngere und erwerbstätige Parteimitgliedern. Außerdem zeichnen sich diese durch eine tendenziell unterdurchschnittlich ausgeprägte Parteiverbundenheit aus.

Mit Ausnahme des Merkmals »Identifikation mit Parteipolitik« zeigen die Komplexvariablen des sozialen und politischen Verhaltens keine signifikanten Differenzen in Abhängigkeit vom »Lebensstandard«. Mit dem Lebensniveau wächst jedoch tendenziell die Identifikation mit der Parteipolitik.

Abb. 2-2

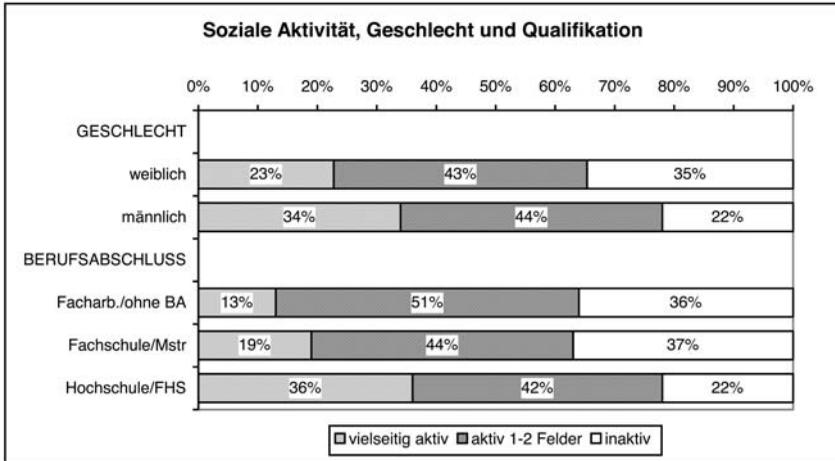
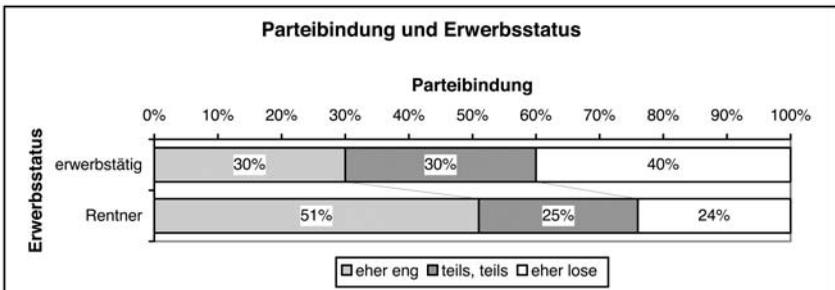


Abb. 2-3



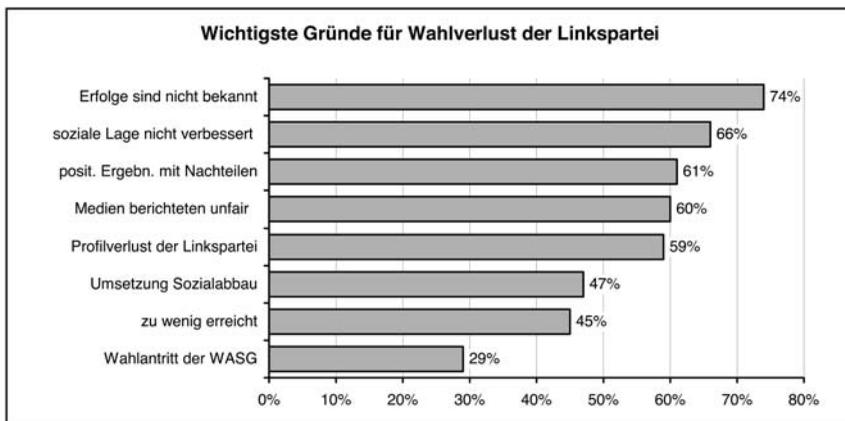
### Ursachen für die Stimmenverluste

Die Frage nach den Gründen für den Verlust des Wählervertrauens wurde offenbar von den Befragten als eine Art »Schlüsselfrage« angesehen. Im Unterschied zu vielen anderen Fragen wurde diese Frage von fast allen beantwortet.

Wenn man die vorgegebenen möglichen Gründe für den Verlust des Wählervertrauens mit dem statistischen Verfahren einer Faktorenanalyse analysiert, werden drei unterschiedliche politische Grundorientierungen im Herangehen an die Ursachen des Verlustes des Wählervertrauens sichtbar:

1. Die Erfolge (insbesondere der Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin, aber auch auf der Ebene des Stadtbezirks) seien – auch durch äußere Einflüsse und Ereignisse (Medien, WASG) – nicht genügend bekannt geworden (Antworten: Erfolge unbekannt, Medien unfair, Wahantritt WASG).

Abb. 3-1



2. Die Linkspartei habe nicht erreicht, was zu erreichen war (Antworten: zu wenig erreicht, soziale Lage nicht verbessert, Profilverlust).

3. Positive Ergebnisse wurden durch nachteilige Nebenwirkungen und politische Fehlentscheidungen konterkariert (Antworten: mit Nachteilen verbunden, Mitwirkung Sozialabbau).<sup>7</sup>

Der höchste Anteil (fast drei Viertel) liegt bei der Position »Die Erfolge sind nicht genug bekannt«. Die Mitglieder gehen also mit deutlicher Mehrheit davon aus, dass Erfolge vorhanden seien. Das korrespondiert mit zahlreichen verbalen Äußerungen der Befragten, in denen eine bessere Öffentlichkeitsarbeit gefordert wird.

Hohen Stellenwert für den Verlust des Wählervertrauens geben die Befragten auch der einseitigen Berichterstattung der Medien<sup>8</sup>, der unveränderten sozialen Lage und einem Profilverlust der Linkspartei. Der Wahlantritt der WASG wird von mehr als einem Viertel der Befragten als eine Ursache für die Stimmenverluste gesehen.

Etwa ein Fünftel der Befragten hat weitere Gründe benannt. Die meisten der 175 Nennungen (ab 15 Prozent) besagen:

Die Linkspartei.PDS ist als eigenständige soziale Kraft nicht mehr deutlich erkennbar, ihre Politik ist an den Mainstream angepasst und der SPD untergeordnet (ca. dreißig Prozent der Nennungen).

Mangelnde Verbindung zu den Bürgern in den Wohngebieten, zu anderen Gruppen, z. B. zur Gewerkschaft, unzureichende außerparlamentarische Aktionen, mangelndes Vertrauen zur Basis – (etwa ein Sechstel).

<sup>7</sup> Bei diesem Faktor spielen auch regionalspezifische Aspekte eine Rolle, die hier nicht dargestellt werden.

<sup>8</sup> Befragte, die die Position »Erfolge sind nicht bekannt« als Wahlursache hervorhoben, haben auch überdurchschnittlich häufig die Aussage »Medien berichteten unfair« angekreuzt.

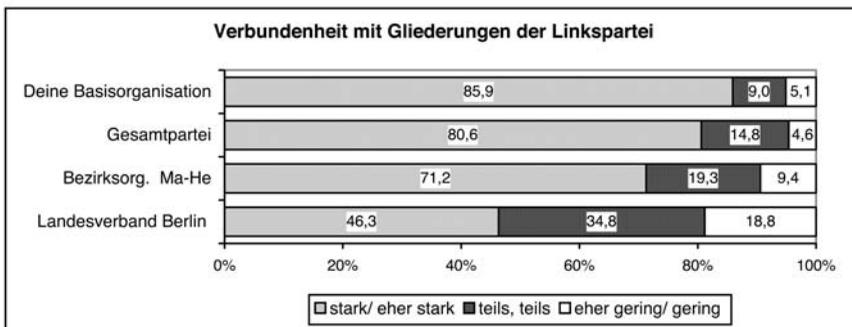
Abgehobenheit, sogar Fehlverhalten von Spitzenpolitikern; unsachliches Auftreten, Profillosigkeit sowie Profilierungssucht werden ihnen vorgeworfen (fünfzehn Prozent).

## Positionen zur politischen Orientierung und Wirksamkeit der Linkspartei

### Bund/Land

Für die Mitglieder des Bezirksverbands Berlin-Marzahn/Hellersdorf ist *eine enge Parteiverbundenheit* charakteristisch. Dies gilt ganz besonders für die Bindung an die eigene Basisorganisation<sup>9</sup> und an die Gesamtpartei. Im Vergleich zu den Ebenen Basisorganisation, Gesamtpartei, Bezirksverband fällt die Bindung der Mitglieder an den Landesverband deutlich ab. Zwar werden »eher geringe« oder »geringe« Bindungen gegenüber dem Landesverband nur von einer Minderheit (19 Prozent) der Befragten signalisiert, während nahezu jede/r zweite Befragte (46 Prozent) sich »eher stark« oder »stark« mit dem Berliner Verband verbunden fühlt. Doch die anderen genannten Ebenen erreichen wesentlich höhere »Bindungsquoten«.

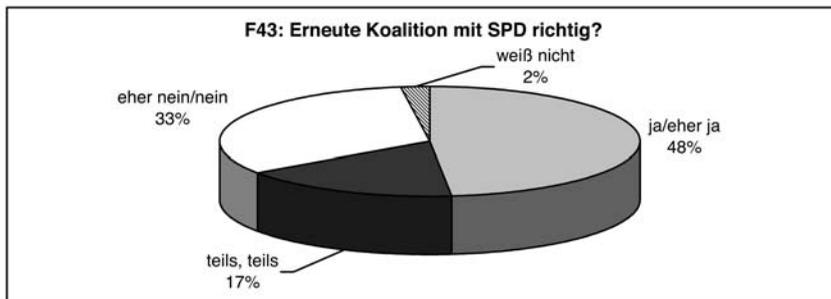
Abb. 4-1



Das Verhältnis von Bezirksbasis und Landesverband ist somit als kritisch und verbesserungsbedürftig zu bezeichnen. In diesem Kontext dürfte es eine wichtige Rolle spielen, dass die Parteimitglieder einer Koalition auf Landesebene tendenziell skeptischer gegenüberstehen als politischer Mitverantwortung der Partei im Stadtbezirk: Ca. drei Viertel bejahen politische Mitverantwortung prinzipiell auf der Bezirks-, aber nur ein Drittel Koalitionen auf Landes- und weniger als ein Viertel auf Bundesebene.

<sup>9</sup> Das trifft natürlich nur auf jene Mitglieder zu, die einer Basisorganisation angehören.

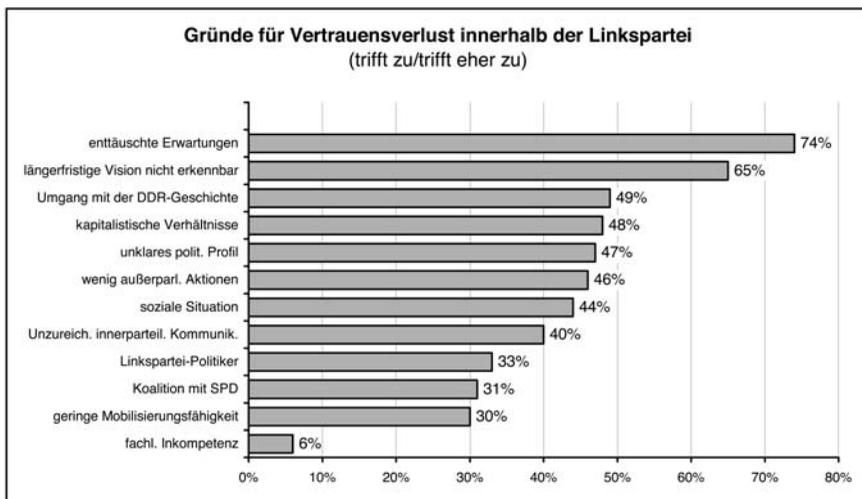
Abb. 4-2



Die erneute Koalition mit der SPD in Berlin findet unter den Mitgliedern des Stadtbezirks deutlich mehr Befürwortung als Ablehnung. Annähernd jede/r zweite Befragte stimmt prinzipiell zu. Ein Drittel nimmt die eher ablehnende Position ein. Dies ist zwar eine klare Minderheit, dennoch handelt es sich um einen ernst zu nehmenden und erheblichen Anteil der Mitgliedschaft.

Die Stellung zur erneuten Koalition mit der SPD erweist sich als relativ unabhängig von solchen soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus oder Qualifikation. Unter den Kritikern der Koalitionspolitik befinden sich politisch sehr interessierte Mitglieder; bei den Lesern des *Neuen Deutschland* meint jede/r Dritte (36 Prozent), dass die Koalition mit der SPD keine richtige Entscheidung war.

Abb. 4-3



In mehreren Befunden äußert sich eine Diskrepanz zwischen Annahmen/Erwartungen der Parteibasis und den wahrgenommenen Orientierungen und Ergebnissen der Landespolitik seitens der Berliner Koalition und speziell der Linkspartei. Über die Hälfte der Befragten schätzt ein, dass das Mitregieren der Linken im Berliner Senat öffentlich schlecht/eher schlecht beurteilt wird. Die kritische Bewertung der Landespolitik der Linkspartei, darunter z. B. enttäuschte Erwartungen (73,2 Prozent) und Nichterkennbarkeit längerfristiger Visionen jenseits der Tagespolitik (64,9 Prozent), gehört für die Befragten zu den Hauptgründen für Vertrauensverlust, Politikverdrossenheit und Parteiaustritte. Bedeutsam ist dabei, dass die politisch aktiveren Befragten sogar zu 85 Prozent enttäuschte Erwartungen als Hauptgrund für Vertrauensverlust angeben.

Trotz mancherlei Kritik gibt es an der prinzipiellen Kompetenz der Funktionsträger offenbar keine ernsthaften Zweifel. Nichtsdestoweniger nennt immerhin jede/r dritte Befragte das Wirken und Auftreten von Linkspartei-Politiker/innen als einen Grund für Vertrauensverlust. Überproportional wird dieser Grund von parteipolitisch und sozial Aktiven und von Mitgliedern mit relativ geringer Parteibindung angeführt.

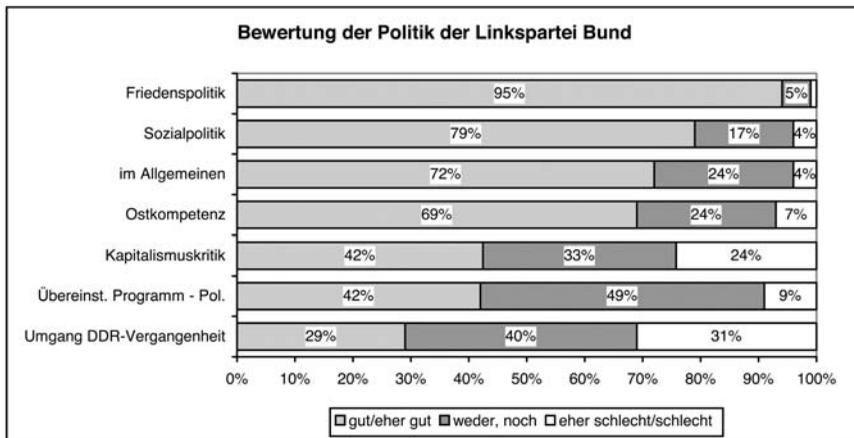
An dritter Stelle der Gründe für Vertrauensverlust steht der Umgang mit der DDR-Geschichte. Je älter die Befragten, desto bedeutsamer ist für sie dieser Grund und umgekehrt: Mehr als die Hälfte der über 75-Jährigen und gerade ein Drittel der unter 50-Jährigen nennen diesen Punkt als Grund für Vertrauensverlust. *Meinungen und Bewertungen zur Bundespolitik der Linkspartei*

Breitere *Zustimmung* als die Landespolitik erfährt die politische Arbeit der Partei auf Bundesebene. »Wie bewertest Du die politische Arbeit der Linkspartei.PDS auf der Bundesebene?«, lautete eine Frage. In der Rangfolge mehrheitlicher Zustimmung steht die Friedenspolitik an der Spitze, gefolgt von Sozialpolitik, Ostkompetenz, Kapitalismuskritik, Übereinstimmung der Programmatik mit der praktischen Politik bis zum Umgang mit der DDR-Geschichte, der die geringste positive Bewertung erhielt.

Bemerkenswert ist, dass jede/r vierte Befragte die politische Arbeit auf Bundesebene »im Allgemeinen« weder gut noch schlecht bewertet. In Bezug auf den Umgang mit der DDR-Vergangenheit ist die Mitgliedschaft gespalten (Ablehnung und Zustimmung sind nahezu gleich groß). Bedenklich ist auch, wenn weniger als die Hälfte der Befragten meint, dass Programmatik und Politik der Linkspartei (mehr oder weniger) gut übereinstimmen – auch wenn nur eine kleine Minderheit (9 Prozent) dieses Verhältnis als eher schlecht/schlecht beurteilt.

In Bezug auf den Umgang mit der DDR-Geschichte durch die Bundespartei existieren relevante Meinungsunterschiede nach Alter, Lebensstandard und Parteibindung. Besonders unter Älteren, Befragten mit niedrigem Lebensniveau und eher loser Parteibindung sind die Kritiker erheblich stärker präsent als die Befürworter der aktuellen Politik im Umgang mit der DDR-Vergangenheit.

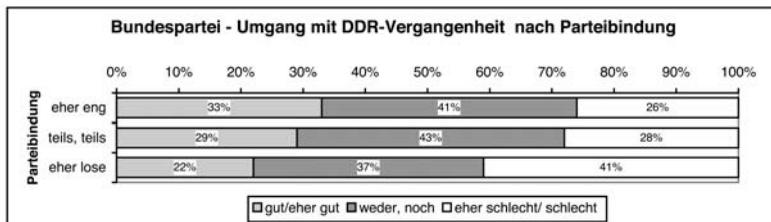
Abb. 4-4



Die Beispiele für erhebliche Differenzen der Mitgliedschaft in grundlegenden Einschätzungen und Orientierungen der Parteipolitik weisen auf ein grundsätzliches Problem hin: Einerseits ist die Linkspartei in diesem Ostberliner Stadtbezirk durch stark dominierende bzw. homogene Milieus geprägt (Rentner, Hochqualifizierte, Angestellte, überdurchschnittliches Lebensniveau u. ä.). Andererseits existiert vielfach ein heterogenes Meinungsbild. Auch in dieser Hinsicht gibt es in der Regel klare Dominanzen, aber die gegenläufigen/gegenteiligen Meinungen werden oft von relativ großen Gruppen vertreten (Beispiel Verhältnis zur Koalition in Berlin, Stichworte Kapitalismuskritik oder Verhältnis Programm – Politik). Zum Teil ist die Mitgliedschaft gespalten (so im Umgang mit DDR-Vergangenheit). Diese Beispiele erinnern daran, dass auch der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf die viel beschworene plurale geistige Struktur aufweist, wie sie für die Gesamtpartei Die Linke charakteristisch ist.

Die inhaltlichen Differenzen können auch an die Substanz gehen, indem sie mehr als einen rein sachlichen Dissens bedeuten. Zum Beispiel gehen in der Frage DDR-Vergangenheit die Meinungsunterschiede auch mit unterschiedlich enger Bindung an die Partei einher; sie repräsentieren also zum Teil auch Differenzen im Verhältnis zur Partei.

Abb. 4-5



Tab. 4-1

F51: Wie stehst Du zur beabsichtigten Fusion der Linkspartei mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)?

Stimme zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Weiß nicht
64,9	22,1 %	7,9 %	2,9 %	2,2 %

Tab. 4-2

F52: Welche Auswirkungen erwartest Du von der Fusion von Linkspartei und WASG?

	Der Einfluss der Linken wird			
	gestärkt/ eher gestärkt	weder, noch	eher geschwächt / geschwächt	weiß nicht
A in Deutschland	85,9 %	6,8 %	5,4 %	1,9 %
B in Berlin	44,0 %	32,2 %	16,6 %	7,3 %
C im Bezirk Marzahn- Hellersdorf	41,7 %	36,1 %	7,3 %	14,9 %

Die Fusion von Linkspartei/PDS und WASG findet breite Zustimmung. Im Ergebnis der Vereinigung erwarten nahezu alle Befragten einen größeren politischen Einfluss der Linken auf Bundesebene. In Bezug auf Berlin und für den Stadtbezirk tendieren die Erwartungen auch eher in Richtung einer Verstärkung des Einflusses der Linken, aber wesentlich gedämpfter. Immerhin 17 Prozent erwarten für die Landesebene gar negative Folgen.

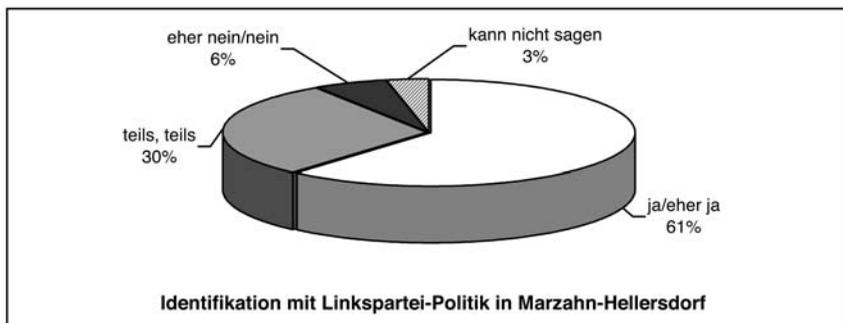
### Der Stadtbezirk

Die Mitglieder in Marzahn-Hellersdorf offenbaren einen relativ hohen Identifikationsgrad mit der Bezirkspolitik der Linkspartei. Eine deutliche Mehrheit der Befragten (61 Prozent) identifizierte sich mit der Politik im Stadtbezirk in den vergangenen Jahren. Die gegenteilige Position wird nur von einer kleinen Minderheit (6 Prozent) vertreten.

Dass die Bezirkspolitik gleichwohl keineswegs unkritisch beurteilt wird, zeigen an anderer Stelle Einschätzungen zur Frage, inwieweit die politischen Möglichkeiten für positive Veränderungen im Stadtbezirk genutzt wurden.

Die Wahrnehmung politischer (Mit)Verantwortung jenseits der Oppositionsrolle wird – wie bereits dargestellt – auf der Bezirksebene breit unterstützt. Die Erwartung, dass die Linkspartei ihre Ziele in der praktischen Politik verfolgen kann, ist demnach in Bezug auf die Bezirksebene am stärksten ausgeprägt.

Abb. 4-6



Von der Fusion mit der WASG erwarten ca. sieben Prozent der Befragten auf der Ebene des Stadtbezirks eine Schwächung der Linken. Nahezu vier Fünftel sehen diese Gefahr nicht. Im Hinblick auf den Stadtbezirk differieren die Ansichten zu den Auswirkungen der Fusion im Zusammenhang mit dem »Alter« und dem »Erwerbsstatus« der Mitglieder. Unter 50-Jährige bzw. Erwerbstätige erwarten von der Fusion deutlich weniger positive Auswirkungen als Rentner. Die zurückhaltendere Bewertung der Fusionsfolgen für den Stadtbezirk durch die Jüngeren könnte durch deren genauere Kenntnis der lokalen WASG-Potentiale erklärt werden, weshalb mehrheitlich keine wesentlichen Änderungen durch die Fusion erwartet werden. Eine prinzipielle Skepsis gegenüber der Fusion ist daraus nicht abzuleiten.

Die große Mehrheit der Mitglieder (71 Prozent) fühlt sich mit ihrer Bezirksorganisation relativ eng (stark/eher stark) verbunden. »In der Gunst« der Befragten liegt die Bezirksorganisation zwischen der Gesamtpartei und dem Landesverband. Nur eine kleine Minderheit (9,4 Prozent) schätzt ihre Verbundenheit mit dem Bezirksverband als gering/eher gering ein. Ältere, in der Parteiarbeit und in sozialer Hinsicht besonders Aktive sowie Mitglieder, die sich mit der Parteipolitik identifizieren, tendieren zu besonders enger Verbundenheit mit ihrem Bezirksverband.

Für diesen Auswertungsschwerpunkt ergaben sich auch aus einer offenen Frage (Frage 21), »Welche Möglichkeiten siehst du für eine größere politische Wirksamkeit der Linkspartei in Marzahn-Hellersdorf?«, wichtige Aussagen:

- Grundsätzlich wird die Forderung erhoben, konsequenter als Partei der sozialen Gerechtigkeit wirksam zu werden, das heißt, dem Sozialabbau entschiedener entgegen zu treten, konsequenter für reale Verbesserungen der Lebensbedingungen insbesondere der sozial Benachteiligten, aufzutreten. Dazu gehört auch die Forderung nach stärkerem Engagement für Umwelt- und Friedensfragen. Die politische Tragweite kommunalpolitischer Entscheidungen ist stärker abzuwägen.
- Verlangt wird eine stärkere Hinwendung auch der Politik der Linkspartei im Stadtbezirk zur Basis und den Problemen der Bürger/innen, eine höhere Transpa-

renz der politischen Entscheidungen, die wiederum rechtzeitig mit der Basis und den Bürger/innen besprochen werden sollen.

- Nicht selten wird ein kameradschaftlicheres Verhältnis der Verantwortungsträger gegenüber der Basis gefordert (Demokratiespiele unterlassen; mehr Vertrauen gewinnen; überzeugendere Darlegung von Zusammenhängen; Zuhörer nicht überfordern; Anregungen der Menschen aufnehmen und diese, nicht aber Personalfragen in den Mittelpunkt stellen; zuhören; Borniertheit und Arroganz ablegen).

- Verlangt werden auch eine stärkere Präsenz der Mandatsträger von Stadtbezirk und Land in der Öffentlichkeit und in der Basis (»Mandatsträger stärker in die Öffentlichkeit«, Infostände, Wirksamkeit im Wohngebiet erhöhen) sowie die Verstärkung außerparlamentarischer Aktivitäten.

- Es gibt auch Meinungen, dass die Landespolitik (negativen) Einfluss nimmt auf die Glaubwürdigkeit der Politik der Linkspartei im Stadtbezirk.

- Nachdrücklich wird die noch engere Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen und Initiativen im Stadtbezirk gefordert.

## Soziale und politische Aktivität

### *Aktivitätsprofil der Mitglieder*

Angesichts des hohen Durchschnittsalters der Mitglieder der Linkspartei in Berlin-Marzahn/Hellersdorf ist die politische Aktivität erstaunlich hoch. Davon zeugen die Beteiligungsquoten an Aufgaben der Basisorganisation oder an solchen Formen der politischen Arbeit wie Kundgebungen/Demonstrationen oder Wahlkampfaktionen.

#### *Tab. 5-1*

*F10: An welchen Formen der politischen Arbeit innerhalb der Linkspartei beteiligst Du Dich?*

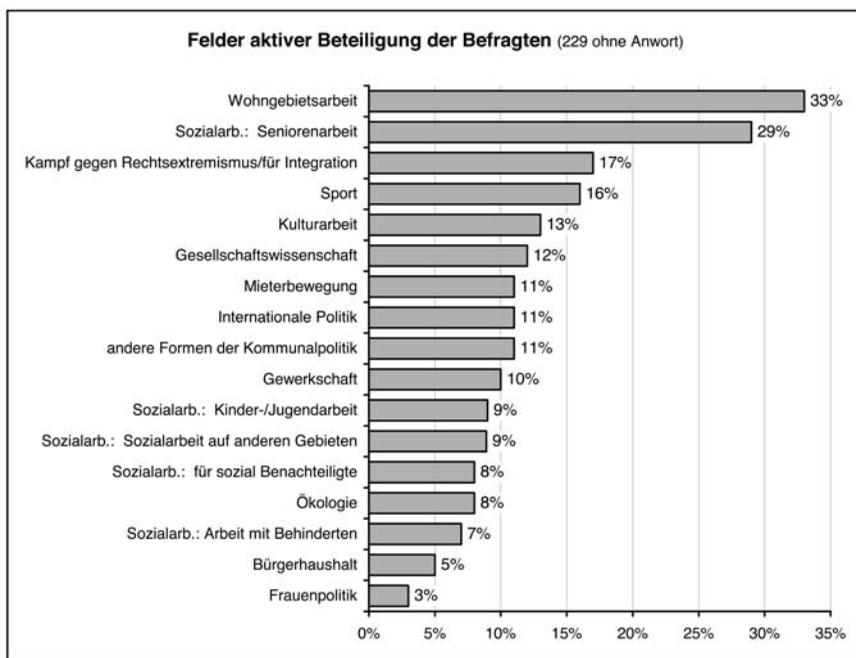
	Häufig	Gelegentlich	Nie	Fehlend
A Hauptversammlungen/Basiskonferenzen	24,0 %	41,0 %	35,0 %	144
B Kundgebungen/Demonstrationen	27,6 %	64,1 %	8,4 %	94
C Aufgaben in der Basisorganisation	37,4 %	43,2 %	19,4 %	119
D Theoretische Arbeit/Konferenzen	5,8 %	27,0 %	67,2 %	231
E Bildungsveranstaltungen	5,4 %	41,2 %	53,4 %	277
F Straßenfeste, Informationsstände	14,0 %	58,2 %	27,8 %	183
G Wahlkampfaktionen	37,5 %	44,9 %	17,5 %	148

Andererseits sind gut ein Viertel der Mitglieder auf sozialem und ein Drittel auf innerparteilichem Gebiet weitgehend inaktiv. (Siehe Abb. 5-1)

Die bereits erwähnte hohe Aktivität der 65- bis 74-Jährigen besagt, dass die jüngeren Rentner/innen gegenwärtig in Marzahn-Hellersdorf das quantitativ wichtigste Potential der Linkspartei darstellen.

Die hauptsächlichen sozialen Aktivitätsfelder sind das Wohngebiet und die Seniorenarbeit. Das Drängen nach mehr Aktivität im Wohngebiet ist Ausdruck der Bürgernähe der Linkspartei und zeigt, dass hier noch große Reserven gesehen werden. Die Altersstruktur prägt die Aktivitätsstruktur. Die Seniorenarbeit wird überwiegend von den über 75-Jährigen getragen. Nur ein geringer Anteil der Mitglieder ist auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit aktiv. Das niedrigste Aktivitätsniveau ist im Hinblick auf die Frauenpolitik zu verzeichnen – ein eklatanter Widerspruch zum relativ hohen Frauenanteil in der Mitgliedschaft.

Abb. 5-1



Jedes fünfte Mitglied übt eine Funktion in der Linkspartei aus. Fast die Hälfte aller Befragten wirkt in Vereinen, Organisationen. Das heißt auch: Die andere Hälfte tut das nicht.

Das Meinungsbild der Befragten zur Aktivitätsentwicklung der Parteimitglieder insgesamt weicht wesentlich von der Auskunft über die eigene Aktivität ab. Die tatsächliche Entwicklung der Aktivität der Mitglieder der Linkspartei in Marzahn-Hellersdorf ist weniger negativ als das subjektive Empfinden.<sup>10</sup>

Tab. 5-2

F14: Wie hat sich Deine gesellschaftliche Aktivität in den letzten 5 Jahren verändert?

Ich bin aktiver geworden	Kaum verändert	Ich bin heute weniger aktiv
7,3 %	41,5 %	51,1 %

Bei der Hälfte der Befragten ist die Aktivität in den letzten fünf Jahren zurückgegangen. Hauptgründe sind vor allem bei den über 75-Jährigen und bei den Frauen Alter und Gesundheit bzw. bei den Jüngeren die berufliche Belastung. Jeder Fünfte nennt »Resignation« oder »zu wenig Nutzen« als Grund – vor allem gilt das für 50- bis 64-Jährige und Mitglieder mit eher loser Parteibindung.

Abb. 5-2



Die Linkspartei in Marzahn-Hellersdorf verfügt jedoch über beträchtliche Reserven für die politische Arbeit, was auch drei Viertel der Befragten so einschätzen. Trotz der Alters- und Gesundheitsprobleme – ein Drittel der inaktiven Befragten halten ihren Gesundheitszustand sogar für »gut« oder »sehr gut«.

### Aktivitätsprofil der Basisorganisationen

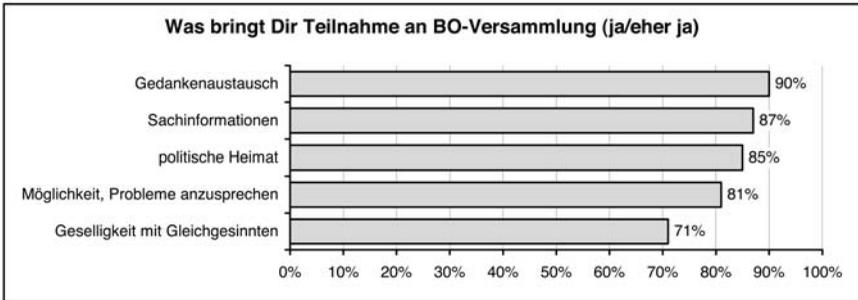
Die übergroße Mehrzahl der Befragten ist Mitglied einer Basisorganisation und findet dort ihre politische Heimat. Fast alle Basisorganisationen treffen sich regelmäßig und werden gut besucht. Allerdings nehmen etwa dreißig Prozent der Mitglieder selten oder nie an Beratungen der Basisorganisationen teil, teils weil

10 Zwar meinen 51 Prozent, dass ihre eigene Aktivität abgenommen hat, der »gefühlte«Aktivitätsrückgang der Bezirksorganisation insgesamt liegt hingegen bei 62 Prozent. Bei mehr als 40 Prozent ist die Aktivität gleich geblieben, eingeschätzt wird aber, dass das nur für 20 Prozent zutrifft.

sie nicht können oder wollen, teils weil zwölf Prozent keiner Basisorganisation angehören.

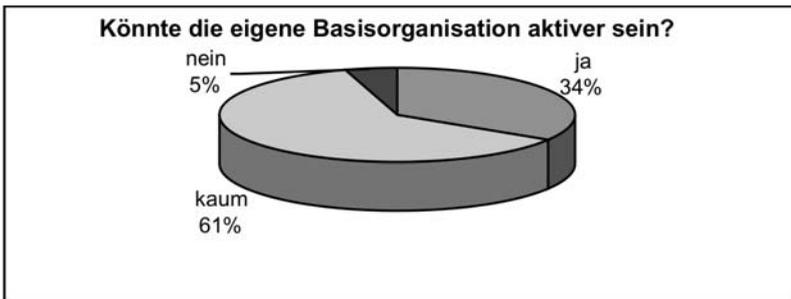
Die Rentner/innen – weitgehend auch die über 75-Jährigen – beteiligen sich überwiegend regelmäßig an den Treffen der Basisorganisationen. Anders sieht es bei den Erwerbstätigen und vor allem bei den unter 50-Jährigen aus, von denen rund die Hälfte unregelmäßig oder nie an den Beratungen teilnehmen.

Abb. 5-3



Versammlungen der Basisorganisationen genießen eine hohe Wertschätzung als Zentren der politischen Kommunikation mit emotionaler Bindekraft. In vielen Basisorganisationen nehmen häufig oder zumindest gelegentlich Abgeordnete, Bezirkspolitiker und Vorstandsmitglieder teil, bei knapp einem Drittel jedoch nur selten oder nie. Parteilose und Sympathisant/innen sind eher selten zugegen. Mehr als 60 Prozent der Befragten meinen, dass sich die Basisorganisation nicht für konkrete Anliegen der Bürger im Wohngebiet engagiert hat bzw. wissen nicht, ob das der Fall ist. Mehr als die Hälfte der Basisorganisationen bleiben weitgehend unter sich und haben möglicherweise wenig Attraktivität für Außenstehende. Fast alle Basisorganisationen haben sich in der einen oder anderen Form am Wahlkampf beteiligt.

Abb. 5-4



Nahezu zwei Drittel der Befragten sehen ihre Basisorganisation kaum bzw. nicht in der Lage, aktiver in der Öffentlichkeit zu wirken. Ein Drittel meint, dass das möglich wäre.

### Information, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit

Nach dem Fernsehen ist das *Neue Deutschland* mit 81 Prozent das verbreitetste Medium unter den Parteimitgliedern in Marzahn-Hellersdorf. Ihm kommt bei der Information und Informiertheit der Parteimitglieder über die »große Politik« eine überragende Position zu. ND-Leser tendieren zu überdurchschnittlicher parteipolitischer und sozialer Aktivität.

Andere mehr oder weniger linke Medien erreichen (lediglich) zwischen 2,1 Prozent (*taz*) und 14,4 Prozent (Disput), dazwischen rangieren *Junge Welt* (13,3 Prozent) und *Freitag* (gemeinsam mit: Die Zeit, 7,4 Prozent).

Traditionsgemäß nimmt die *Berliner Zeitung* eine Sonderposition ein, sie wird von 35 Prozent der Befragten als Informationsquelle genutzt. Tageszeitungen mit eher liberaler bzw. konservativer Ausrichtung (überregionale Tageszeitungen bzw. *Tagesspiegel*, *Morgenpost*) spielen bei der Information der Mitglieder der Linkspartei nur eine untergeordnete Rolle. Etwas anders sieht es bei Nachrichtemagazinen aus, die von gut jedem siebten Befragten genutzt werden. Größeres Interesse finden Medien mit Ost-Profil und Boulevardcharakter (*Superillu*, *Kurier*) bei siebzehn bzw. elf Prozent.

Tab. 6-1

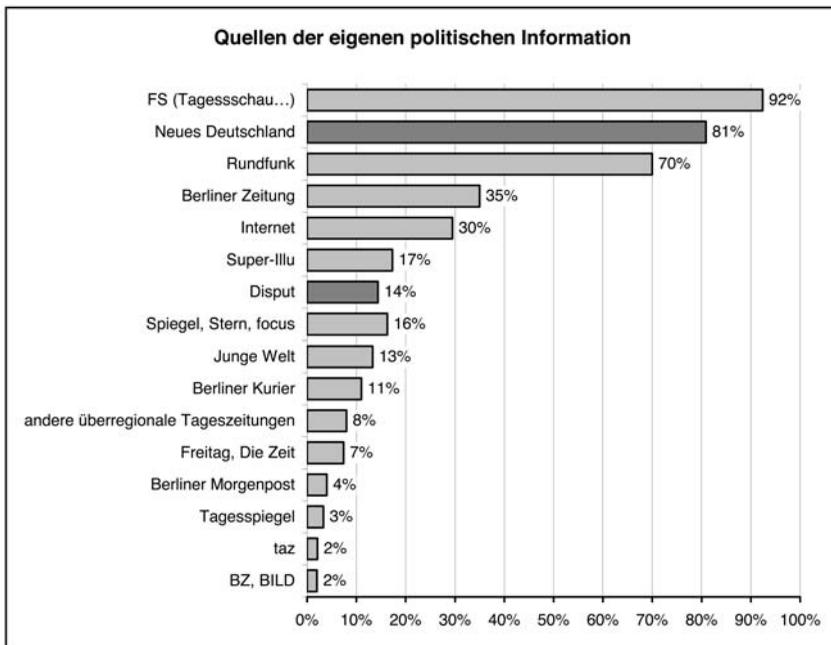
F33: Nutzt Du die folgenden technischen Möglichkeiten?

	Ja	Nein	Fehlend
A Computer	58,0 %	43,8 %	41
B Internet	49,3 %	50,7 %	57
C E-Mail	45,4 %	54,6 %	86
D Handy	59,7 %	40,3 %	44

Bereits jeweils gut die Hälfte der Befragten nutzt Handy bzw. Computer, immerhin knapp die Hälfte Internet und E-Mails. Von den Internetnutzern verfolgen jeweils über vierzig Prozent (ca.165 Parteimitglieder) die Webseiten des Parteivorstandes, des Landesvorstandes und des Bezirksverbandes, weniger informieren sich auf den Seiten der Bundestagsabgeordneten.

Eine sehr hohe Akzeptanz hinsichtlich der kommunalpolitischen Themen wird der Bezirkszeitung der Linkspartei, *Marzahn-Hellersdorf links*, entgegengebracht. Ihr wird die bei weitem größte Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit der Partei im Stadtbezirk zugesprochen, und sie trägt viel dazu bei, dass sich eine deutliche

Abb. 6-1



Mehrheit über die Bezirkspolitik der Linkspartei in Marzahn-Hellersdorf gut bzw. eher gut informiert fühlt. Parteimitglieder, die mit der Information über Entwicklungen im Stadtbezirk unzufrieden sind, nennen vor allem die Ursache »die Öffentlichkeitsarbeit der Partei erreicht mich nicht«.

Tab. 6-2

F32: Wie fühlst Du Dich informiert über die Bezirkspolitik der Linkspartei.PDS in Marzahn-Hellersdorf, ihre Stadträte und ihre Fraktion?

Gut/ eher gut	Weder noch	Eher schlecht/schlecht
59,8 %	22,1 %	18,1 %

Als Tendenz gilt: Je aktiver die Mitglieder der Linkspartei und je enger ihre Parteibindung, desto besser fühlen sie sich informiert über konkrete Bezirkspolitik und die Bezirkspolitik der Linkspartei und desto stärker sind sie bereit zum Bezug linker Bezirksmedien.

Mit Ausnahme der Bezirkszeitung der Linkspartei erfahren andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit eine kritische Bewertung. Noch knapp die Hälfte der Antwortenden räumt den traditionellen Infoständen gute bzw. eher gute Noten ein.

Doch bei allen übrigen Formen (Veranstaltungen im Wohngebiet, thematische Flugblätter, Bürgerbriefen usw.) erreicht die Akzeptanz lediglich gut ein Viertel.

Je älter die befragten Parteimitglieder und je enger ihre Bindung an die Partei, desto stärker werden (traditionelle) Formen der direkten Ansprache durch die Partei befürwortet.

Die Forderungen nach Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit nehmen als Resultat der Befragung (und auch in den offenen Fragen und den Interviews mit Experten) einen der wichtigsten Plätze bei den Erwartungen an die Tätigkeit des Bezirksverbandes ein.

Trotz großer Zufriedenheit zu einzelnen Aspekten bleibt es bei der Aussage, dass die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden muss, um die Attraktivität der Partei zu erhöhen, um die Parteipolitik in der Partei sowie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln und somit Zustimmung und Unterstützung für die politische Arbeit der Partei zu organisieren.

### **Zum politischen Einfluss der Linkspartei auf die Lebensqualität im Stadtbezirk – Möglichkeiten und Ergebnisse**

Die Linke ist traditionell die stärkste politische Kraft in Marzahn-Hellersdorf. Seit 1995 gehört der/die Bürgermeister/in dieser Partei an. Damit stellt sich die Frage, wie sich die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in dieser Zeit verändert hat und welche Möglichkeiten überhaupt bestehen, auf der Bezirksebene derartige Veränderungen zu bewirken.

Die vom Fragebogen vorgegebenen Themenfelder möglicher Einflussnahme wurden sehr differenziert bewertet. Mehr als zwei Drittel der Befragten sahen die größten Möglichkeiten im Bereich der Verbesserung demokratischer Mitsprachemöglichkeiten sowie der Freizeitangebote. Abgestuft folgen die Bereiche »Lebensqualität im allgemeinen«, Kinderbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten und Wohnbedingungen, in denen jeweils noch mehr als die Hälfte der Befragten der Linkspartei Einflussmöglichkeiten zubilligten.

Keine oder nur geringe Möglichkeiten, die Situation zum Besseren zu wenden, wurden realistischer Weise für die gesellschaftlichen Grundprobleme Arbeitsplatzbeschaffung, Armutsbekämpfung und Berufsausbildung eingeräumt (jeweils mehr als zwei Drittel der Befragten schätzen die Möglichkeiten als gering bzw. minimal ein).

Alles in allem wird der Bezirkspolitik gerade in Bezug auf das wichtigste soziale Problem, die Arbeitslosigkeit, die allergeringste Einflussmöglichkeit zubilligt.

Mehr als vier Fünftel der Befragten bescheinigen den Vertreter/innen der Linkspartei, dass sie die vorhandenen Einflussmöglichkeiten auf die Bezirkspoli-

Abb. 7-1

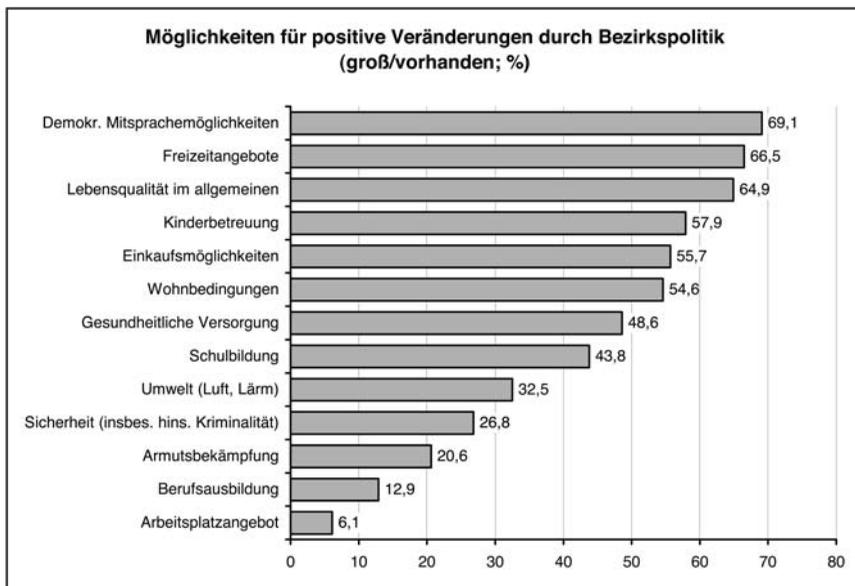
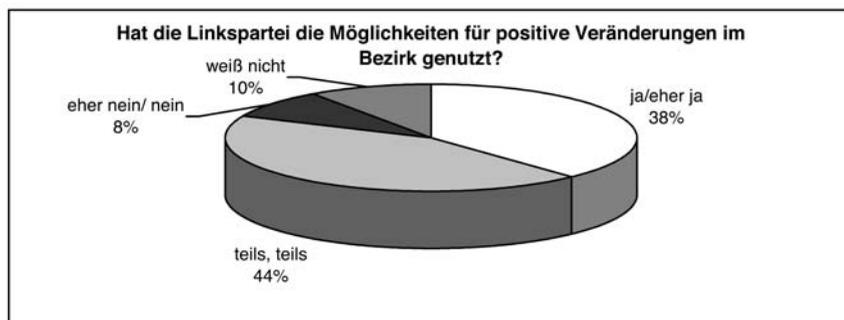


Abb. 7-2



tik zumindest teilweise genutzt haben. Die Verteilung der Antworten zeigt, dass die Mehrheit der Mitglieder von noch ungenutzten Reserven für positive Veränderungen im Stadtbezirk ausgeht.

Die trotz der Wahlabstrafung positiv-kritische Bewertung der politischen Wirksamkeit der Bezirkspolitik der Linken dürfte sich auch daraus erklären, dass der Landespolitik, vor allem aber der Bundesebene hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation größere Verantwortung zugeschrieben wird.

## Soziale Lage

### Soziale Lage – Land/Bund

Fragen zur Einschätzung der sozialen Situation im Bundes- und Landesmaßstab wurden nicht explizit gestellt. Indirekt wird jedoch deutlich, dass diese Bewertung zum einen sehr kritisch ausfällt; zum anderen messen die Mitglieder die Politik der Linkspartei in hohem Maße daran, wie es ihr gelungen ist, sich für eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage einzusetzen.

Zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten führen (wohl vor allem mit Blick auf Berlin) den Verlust des Wählervertrauens der Linkspartei darauf zurück, dass sich die soziale Lage nicht verbessert habe. Und auch Frustrationen innerhalb der Berliner Linkspartei werden zu einem großen Teil (44 Prozent) auf die soziale Situation zurückgeführt.

Tab. 8-1

F62: Wie beurteilst Du die Zukunftsaussichten in Bezug auf ... ?

	Hoffnungs- voll/ eher hoffn.	Weder noch	Eher besorgt/ besorgt	Weiß nicht
soziale Gerechtigkeit in Deutschland	1,4 %	4,2 %	94,3 %	0,1 %
soziale Sicherheit in Deutschland	1,4 %	2,9 %	95,5 %	0,1 %
Lebensbedingungen in Ostdeutschland	2,2 %	6,5 %	90,7 %	0,6 %
Angleichung Lebensbedingungen West und Ost	2,9 %	6,5 %	89,0 %	1,5 %
Entwicklung der Demokratie in Deutschland	3,3 %	11,6 %	82,7 %	2,4 %
Arbeitsplatzangebot in Berlin u. Umgebung	5,0 %	6,7 %	76,9 %	11,4 %
Verhältnis zwischen den Generationen	17,6 %	27,1 %	50,7 %	4,7 %
Verminderung von Armutrisiken	1,0 %	5,6 %	89,1 %	4,3 %
gesundheitliche Betreuung	7,8 %	19,7 %	71,6 %	0,9 %
auskömmliche Renten	1,4 %	8,3 %	89,3 %	1,0 %
Lebensbedingungen im Stadtbezirk	31,0 %	35,7 %	26,9 %	6,4 %
Lebensbedingungen in Deinem Wohngebiet	35,6 %	40,3 %	18,6 %	5,5 %

Überaus pessimistisch werden die Zukunftsaussichten in Bezug auf wichtige Lebensbereiche der gesellschaftlichen Entwicklung im Bundes- und Landesmaßstab beurteilt. Die Einschätzungen zu dieser Frage fallen jeweils sehr entschieden aus. Jeweils mehr als neunzig Prozent der Befragten sind besorgt (bzw. »eher besorgt«) im Hinblick auf die künftige Entwicklung der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland, der Lebensbedingungen in Ostdeutschland. Ähnlich pessimistisch werden die Zukunftsaussichten in Bezug auf die Angleichung der Lebensbedingungen zwischen West und Ost, die Verminderung von Armutsrisiken und die Sicherung auskömmlicher Renten beurteilt. Auch hinsichtlich des Angebots an Arbeitsplätzen in der Region sowie der gesundheitlichen Betreuung dominieren düstere Zukunftserwartungen. Weniger homogen, wenngleich auch hier überwiegend pessimistisch, fallen die Zukunftserwartungen im Verhältnis zwischen den Generationen aus (51 Prozent besorgt/eher besorgt).

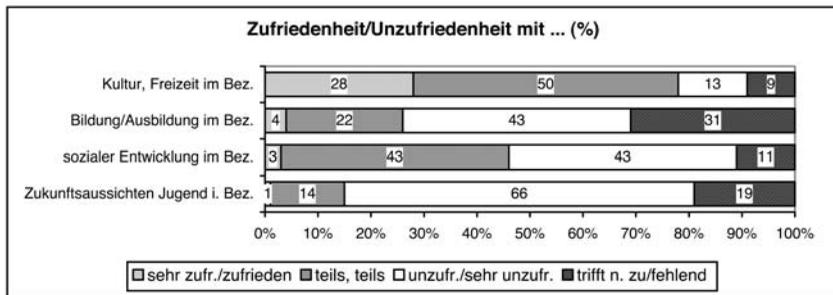
Die Einschätzungen für den persönlichen/familiären Bereich wie auch zur Lage im Stadtbezirk oder zum Wohngebiet sind wesentlich optimistischer und differenzierter. Es scheint so, als würde die soziale Lage um so ungünstiger beurteilt je größer der Radius um den persönlichen Lebensmittelpunkt gezogen wird.

### Soziale Lage – der Stadtbezirk

Vier von fünf Befragten, die im Stadtbezirk wohnen, empfinden Marzahn-Hellersdorf als angenehmen Lebensmittelpunkt, jede/r Fünfte sieht ihn als normalen Wohn- und Schlafort. Verschwindend gering ist der Anteil derjenigen, die den Stadtbezirk als Zwischenstation in ihrem Leben betrachten.

Damit korrespondiert, dass die Zukunftserwartungen in Bezug auf den eigenen Stadtbezirk und das Wohngebiet wesentlich günstiger ausfallen als hinsichtlich der Landes- oder gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Abb. 8-1



Nichtsdestoweniger bekunden die Mitglieder dramatisch hohe Unzufriedenheitsquoten in Bezug auf die Entwicklungsbedingungen und vor allem den Zukunftsaussichten der jungen Generation sowie die Bildung/Ausbildung in Marzahn-Hellersdorf. Auch hinsichtlich der sozialen Entwicklung im Stadtbezirk ist die Gruppe der eher Unzufriedenen um ein Vielfaches größer als die der eher Zufriedenen.

Altersstrukturell bedingt ist wohl, dass sich viele Befragte bei den jugendrelevanten Positionen als nicht betroffen erklären bzw. keine Antwort auf entsprechende Fragen geben. Darin äußert sich ein bedenkliches Kompetenzdefizit eines großen Teils der Mitgliedschaft der Linkspartei im Stadtbezirk gegenüber Problemen der jungen Generation. Gefragt nach der Entwicklung der Lebensqualität im Stadtbezirk in den vergangenen Jahren erhielt die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten mit 77 Prozent der Befragten die besten Noten, gefolgt von der Verbesserung der Wohnbedingungen und der Lebensqualität im allgemeinen. Verbesserte demokratische Mitsprachemöglichkeiten bescheinigten nur drei von zehn Befragten. Eine Verschlechterung der Lebensqualität sahen vier von zehn Befragten im Bereich Sicherheit und über ein Drittel bei den Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Jede/r vierte Befragte meinte, dass die gesundheitliche Versorgung schlechter geworden ist. Jüngere, Erwerbstätige sowie Befragte mit vergleichsweise niedrigem Lebensstandard, loser Parteibindung und geringerer Identifikation mit der Politik der Partei registrieren überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensqualität im Stadtbezirk. Allerdings sind jene, die eine ungünstige Einschätzung treffen, in allen Gruppen die Minderheit.

Gewisse Hoffnungen auf Verbesserung der sozialen Situation setzen die Befragten im Großen und Ganzen nur punktuell und bezogen auf den engeren Lebenskreis: z. B. in die Verbesserung der Lebensbedingungen im Wohngebiet (36 Prozent) und im Stadtbezirk (31 Prozent).

### *Soziale Lage – Mitglieder*

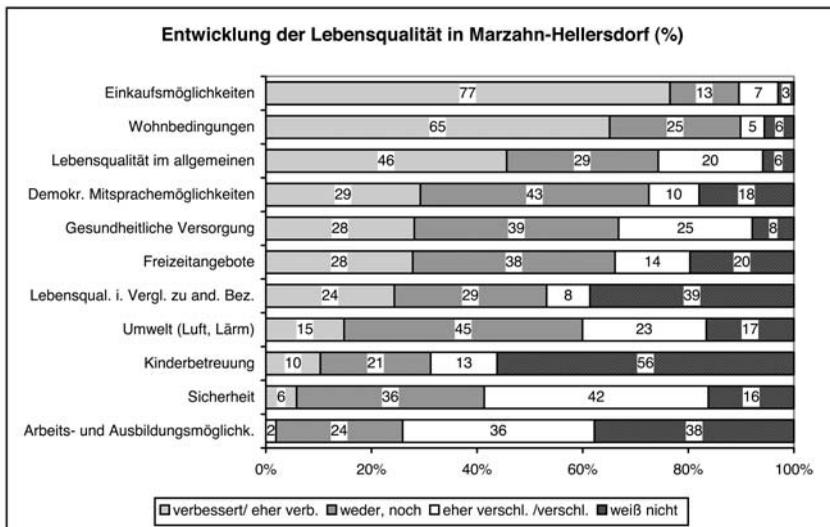
Die Mitgliedschaft weist vermutlich ein überdurchschnittliches Lebensniveau auf. Dies lässt sich z.B. aus dem hohen Qualifikationsniveau und der relativ geringen Arbeitslosigkeit schließen. Nahezu zwei Drittel der Befragten bescheinigen sich einen guten Lebensstandard (gut 61 Prozent, sehr gut vier Prozent).

*Tab. 8-2*

*F55: Wie würdest Du Deinen Lebensstandard beschreiben?*

Sehr gut/ gut	Teils, teils	Weniger gut/ schlecht	Fehlend
65,2 %	26,2 %	8,1 %	16

Abb. 8-2



Tab. 8-3  
F61: Wie zufrieden oder unzufrieden bist Du mit ... ?

	Sehr zufried./ zufrieden	Teils, teils	Unzufrieden/ sehr unzufrieden	Fehlend
Deinem Leben im Allgemeinen	64,6 %	29,7 %	5,8 %	19
Deinen finanziellen Bedingungen	48,2 %	32,1 %	19,7 %	16
Deinen Beziehungen zu anderen Menschen	85,5 %	12,6 %	1,8	31
Deinen Wohnbedingungen den Lebensbedingungen	89,0 %	8,8 %	2,2 %	16
Deiner Kinder/Enkel	43,7 %	40,0 %	16,3 %	93

Ein hohes Lebensniveau geht mit einem hohen Maß an Lebenszufriedenheit einher. Nahezu zwei Drittel der Befragten sind mit ihrem »Leben im Allgemeinen« zufrieden oder sehr zufrieden. Noch höher fällt das Zufriedenheitsniveau in Bezug auf die eigenen Wohnbedingungen (89 Prozent) oder die Beziehungen zu anderen Menschen (86 Prozent) aus. Eine beachtliche Minderheit von 20 Prozent erweist sich in finanzieller Hinsicht als unzufrieden.

Die Mitglieder der Linkspartei im Stadtbezirk sind sich offenbar bewusst, dass sie sich gegenwärtig in einer relativ günstigen sozialen Situation befinden, die aber durch künftige Entwicklungen zunehmend bedroht ist. Denn zum einen kontrastiert das überdurchschnittliche Lebensniveau (nach Einschätzung der Befragten) vielfach mit den Lebensbedingungen der eigenen Kinder und Enkel und noch stärker mit den Lebensverhältnissen im kommunalen und gesellschaftlichen Bereich. Zum anderen sehen sie mehrheitlich eine Bedrohung ihrer vergleichsweise guten Lebenssituation durch künftige soziale und gesundheitliche Verschlechterungen. Eine relativ große Minderheit (27 Prozent) registriert auch schon für die vergangenen fünf Jahre Verschlechterungen ihres Lebensstandards.

Tab. 8-4

F58: Wie wird sich Deiner Meinung nach Dein Lebensstandard in den nächsten 5 Jahren verändern?

<b>Verbessern/ eher verbessern</b>	<b>Gleichbleiben</b>	<b>Eher verschlechtern/ verschlechtern</b>	<b>Weiß nicht</b>
3,7 %	29,8 %	61,5 %	5,0 %

Hinsichtlich der sozialen Lage und deren Entwicklungstendenz bestehen erhebliche Unterschiede innerhalb der Mitgliedschaft. Das Nettoeinkommen, ein zentraler Indikator des Lebensniveaus, differiert z. B. signifikant in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, berufliche Stellung und Qualifikation. Dabei zeigen sich nicht nur »erwartungsgemäße« Befunde. Dass die Mitglieder im erwerbsfähigen Alter tendenziell höhere Einkommen beziehen als die Älteren ist plausibel. Bemerkenswert ist indes die Einkommensdifferenzierung innerhalb des Rentenalters. Die über 74-Jährigen verfügen über ein deutlich höheres Einkommen als die 65- bis unter 75-Jährigen. Hier hat die Politik des kontinuierlichen Sozialabbaus schon sichtbare Wirkung bei jenen Mitgliedern gezeigt, die in den letzten Jahren in das Rentnerdasein gelangten.

Ein komplexeres Bild vermittelt die Variable »Lebensstandard«. Während die Gruppe der »Beamten« zu zwei Dritteln einen hohen Lebensstandard aufweist, befinden sich Arbeiter und die Qualifikationsgruppe »Facharbeiter/ohne Beruf« mehrheitlich in benachteiligten Lebensverhältnissen.

Die Entwicklung des Lebensniveaus tendiert zur sozialen Polarisierung. In den letzten fünf Jahren vermerkte mehr als ein Viertel der Befragten mit hohem Lebensniveau diesbezüglich positive Veränderungen. Absenkungen des Lebensniveaus waren hingegen vor allem auf die konzentriert, die schon vorher schlechter gestellt waren. Die erwartete tendenzielle Verschlechterung der sozialen Situation wird zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit innerhalb der Mitgliedschaft der Linkspartei führen.

*F60: Wie würdest Du Deinen Gesundheitszustand beschreiben?*

<b>Sehr gut/gut</b>	<b>Teils, teils</b>	<b>Weniger gut/ schlecht</b>	<b>Fehlend</b>
36,9 %	30,0 %	33,1 %	15

Die gesundheitliche Situation eines relativ großen und wachsenden Anteils der Befragten ist unbefriedigend. In Bezug auf den Gesundheitszustand (gut; teils, teils; nicht gut) ist die Mitgliedschaft annähernd gedrittelt.

Viele Ergebnisse der Befragung lassen darauf schließen, dass Gesundheit nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für aktives Engagement ist. Umgekehrt ist hohe soziale oder parteipolitische Aktivität auch ein wichtiger Gesundheitsfaktor. Aktivität erhält jung und gesund. Man kann – natürlich bei Anerkennung der wechselseitigen Abhängigkeit – darüber hinausgehend die parteipolitische Aktivität auch als entscheidende Bedingung für höhere Informiertheit und eine engere Bindung an die Partei bezeichnen.

\* \* \*

Die Befunde dieser Mitgliederbefragung der Linkspartei im Ostberliner Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf zeugen von einer lebendigen, engagierten und gesellschaftlich verankerten Partei, deren Perspektive in Ostdeutschland wesentlich davon abhängt, ob sie den dringend nötigen Verjüngungsprozess bewältigt und ihr plurales geistiges Profil bewahrt. Durch die Parteineubildung haben sich die Voraussetzungen dafür verbessert. Doch die Arbeit der Erneuerung an der Parteibasis und ihrem Umfeld ist erst noch zu leisten.

MICHAEL BRIE

## **Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland**

*»Dialektiker sein, heißt den Wind der  
Geschichte in den Segeln haben. Die  
Segel sind die Begriffe. Es genügt aber  
nicht, über die Segel zu verfügen. Die  
Kunst, sie setzen zu können, ist das  
Entscheidende.«  
Walter Benjamin<sup>1</sup>*

Der Wind bläst der Linken ins Gesicht. Ihr Ziel ist es, die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden. Es geht gegen Verhältnisse, in denen im Namen der Standortlogik Ökonomie, Politik und Kultur den Verwertungsinteressen untergeordnet werden. Linkes politisches Eingreifen erfolgt aus ökonomischer und sozialer Unterlegenheit und aus einer Minderheit heraus.

Drei Möglichkeiten gibt es, in derart widrigen Umständen zu handeln: Man kann abwarten, bis der Wind sich dreht, und solange vorsichtig mit dem Wind segeln. Man kann direkt gegen den Wind halten und versuchen, nicht allzu weit zurückgeworfen zu werden. In beiden Fällen, des Lavierens wie des einfachen Dagegenhaltens, wird man aber nicht vorankommen. Die dritte Möglichkeit besteht darin, den Wind selbst zum Verbündeten zu nehmen, um mit seiner eigenen Kraft gegen ihn anzukreuzen.

Hegel spricht in diesem Zusammenhang von der List der Vernunft – von der Fähigkeit, sich der Mittel dialektisch zu bedienen, um die Stärke des Gegensatzes in die Kraft des Widerstands gegen seine Vormacht zu verwandeln. Dies bedeutet, bei den Widersprüchen der Herrschaft, bei den Rissen und Klüften in den Strukturen der Macht anzusetzen, die inneren Gegensätze des heutigen Kapitalismus und Neoliberalismus zum Tanzen zu bringen. Oft ist es nicht der frontale Widerstand, sondern das Kreuzen gegen den Wind, das ein Vorwärts erst ermöglicht. Durch derartige politische Kunst kann aus Unterlegenheit Überlegenheit, können aus Minderheiten Mehrheiten werden.

Solche Politikansätze aus der Minderheit und Unterlegenheit heraus brauchen die nüchterne Analyse, um die Widersprüche zu erkennen und die Möglichkeiten zu entdecken, ihre Potentiale emanzipativ und solidarisch freizusetzen. Und sie er-

1 Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Herausgegeben von Rolf Tiedemann. Frankfurt a. M. 1983. Erster Band, S. 592.

fordern den »feste(n), scheinbar brutale(n) Zugriff«<sup>2</sup>, damit im kritischen Augenblick »die Gelegenheit« nicht verpasst wird, so Walter Benjamin, und die »Kontinuität der Geschichte« aufgebrochen werden kann.

Linke Politik für einen sozial-ökologischen und demokratischen Richtungswechsel ist Transformationspolitik. Sie fügt sich ein in ein Politikverständnis, das die Europäische Linkspartei als Beitrag versteht, »um ein breites soziales und politisches Bündnis für einen radikalen Politikwechsel zu schaffen«: »Wir wollen linke Politik dauerhaft als ein unabhängiges selbstbewusstes Projekt etablieren, das die Durchsetzung solidarischer und demokratischer, sozialer und ökologischer Alternativen befördert.«<sup>3</sup> Es ist eine Politik, die im Kapitalismus verändernd ansetzt und über ihn hinausweist.<sup>4</sup>

Noch sind die politischen Bedingungen für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland nicht gegeben. Sie können aber geschaffen werden. Sieben Faktoren, die dazu beitragen könnten, sollen im Folgenden dargestellt werden: (1) die Krise des Neoliberalismus, (2) das Erstarken von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, (3) die Herausforderung im politischen System durch die Linkspartei, (4) die Veränderungspotentiale von SPD und Grünen, (5) die immer klarere Erkenntnis, dass soziale und ökologische Transformation einerseits und ein neues anderes wirtschaftliches Wachstum einander nicht widersprechen, und (6) die Herausbildung von Vorstellungen für ein neues historisches Projekt der Linken. Dies alles wird nur dann zum Richtungswechsel führen, wenn (7) die Linke fähig ist zu einer radikalen Realpolitik auf der Höhe der Zeit.

## **Die Krise des Neoliberalismus und alternative Entwicklungspfade**

Ausgangspunkt der jetzigen politischen Entwicklung in Deutschland ist die Erkenntnis wichtiger Kreise auch der herrschenden Klassen, dass eine einfache Fortsetzung des radikalen Neoliberalismus unmöglich ist. Er hatte sich in der Krise des wohlfahrts- bzw. sozialstaatlichen Kapitalismus in den 1970er Jahren gegen andere Alternativen durchgesetzt.<sup>5</sup> Er war keinesfalls unvermeidlich, sondern musste andere Möglichkeiten politisch, geistig, wirtschaftlich und auch mit Militärgewalt (vor allem Chile 1973) besiegen. Er entstand auf dem Friedhof sozialer Transformationsprojekte.

2 Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. A. a. O., S. 592.

3 Manifesto of the Party of the European Left (<http://www.european-left.org/about/docus/doc/manifesto/>).

4 Zu den konzeptionellen Grundlagen einer sozialistischen Transformationskonzeption vgl. u. a.: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin 2002, S. 7-65; Michael Brie, Dieter Klein: Elementare Frage neu bedenken. rls standpunkte 02/2007.

5 Vgl. dazu ausführlicher: Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2003, S. 18-83.

Die Versprechen des Neoliberalismus waren klar. *Erstens*: Der Neoliberalismus entfesselt eine neue Produktivität, indem er die Potentiale deregulierter Marktkräfte und moderner Hochtechnologien freisetzt. Es gelang ihm zumindest teilweise, Produktivitätsblockaden aufzubrechen und neue Teile der Weltbevölkerung zu integrieren. Es wurde die Dominanz der Informations- und Kommunikationsarbeit über die Arbeit in der industriellen Fertigung durchgesetzt. Der Neoliberalismus vertrat den Anspruch, die Krise des fordistischen Kapitalismus auf überlegene Weise zu lösen. Er versprach, durch die Beseitigung der autoritär sozialstaatlichen Regulierung neue Möglichkeiten individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation zu schaffen. *Der Neoliberalismus besaß deshalb in den Augen wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen Legitimität.*

*Zweitens*: Der soziale Kristallisationskern des Neoliberalismus ist das Bündnis der neoliberalen Herrschaftseliten mit den hoch qualifizierten Informations- und Kommunikationsarbeiterinnen und -arbeitern – eine Art Oben-Mitte-Bündnis zu den Konditionen der Herrschaftseliten. Es verhiß zentralen Gruppen der Gesellschaft neue Lebensperspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten und ermöglichte sie teilweise auch. Leitbild waren das freie selbstbestimmte Individuum als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge und die Gesellschaft als Vertragsgesellschaft von Freien und Gleichen, die sich über den Markt verwirklichen.<sup>6</sup> Emanzipative Errungenschaften der Neuen sozialen Bewegungen der sechziger Jahre wurden aufgenommen.

Jenen, die sich aufgrund ihrer Marktlage eine privilegierte Stellung bzw. einen sozialen Aufstieg und verstärkte Partizipation versprechen, wurden neue Chancen geboten. Der Neoliberalismus ist ein Oben-Mitte-Projekt, das die Schaffung funktionaler Unterschichten einschließt. Er stellte eine »passive Revolution« dar, in der die herrschende Klasse »führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen« ist (Gramsci). *Der Neoliberalismus war ein sozial und kulturell verankertes Projekt.*

*Drittens*: Im Zentrum des neoliberalen Blocks stehen zentrale politische Projekte wie die der marktförmigen Durchgestaltung der gesamten Gesellschaft, der Privatisierung der Daseinsvorsorge und die Verwandlung der öffentlichen Einrichtungen in »Als-Ob-Unternehmen«. Dieses Projekt schloss den Abbau von sozialstaatlichen Garantien der Grundrechte genauso ein wie die Erhöhung von demokratischer Partizipation, die Schaffung einer breiten sozialen Gruppe der *Working Poor* als kostengünstige Erbringer der einfachen Dienstleistungen usw. usf. Der Konflikt zwischen dem imperial neoliberalen Projekt der USA und der Kern-EU ist vor allem ein Konflikt darum, wie die Sicherheit dieser neoliberalen

6 Apologetisch wurde es auch so formuliert: »So bewirkt die unsichtbare Hand des Marktes, dass Topmanager, die scheinbar unsozial und egoistisch die Maximierung des Gewinns und damit ihrer Bezüge verfolgen, gleichzeitig auch das Gemeinwohl mehren.« Stefan Baron: Unsichtbare Hand. In: Wirtschaftswoche vom 16. Mai 1996. Zitiert nach: Christoph Fleischmann: Kapitalismus als Religion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2007, S. 84.

7 Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.1, S. 14.

Globalisierung zu gewährleisten ist und ob die USA dabei einseitig die Konditionen diktieren können oder nicht. *Der Neoliberalismus vertrat umsetzbare Projekte. Er war machbar.*

Viertens: Der wichtigste Hebel zur Durchsetzung der neoliberalen Hegemonie war die Schaffung eines globalisierten Finanzkapitalismus, der die Konditionen der Kapitalverwertung den spekulativen Finanzmärkten unterwirft. Jede mögliche produktive Investition, jeder »Standort«, jeder Arbeitsvertrag konkurriert deshalb mit den Bedingungen, die durch den Handel von Bonds, Devisen, Anleihen und mit deren Derivaten diktiert werden<sup>8</sup>. Es ist zu einer »qualitativen Unterwerfung der realen ökonomischen und sozialen Verhältnisse unter das Finanzsystem«<sup>9</sup> gekommen. Dadurch wird jenseits ideologischer Behauptungen eine Situation weitgehender Alternativlosigkeit erzeugt. *Der Neoliberalismus wirkte gerade auch durch seine Unabhängigkeit von den Interessen und Überzeugungen jener, die im durch ihn geschaffenen System handeln.* Er konnte sich auf die Macht des Faktischen berufen.

Der Neoliberalismus ist ein ambivalentes Projekt. Im Finanzmarkt-Kapitalismus<sup>10</sup> ist er materielle Gewalt geworden. Seine Schwächen sind die Kehrseiten der genannten Stärken. Er hat vier Folgen, die seine eigene Grundlage in Frage gestellt haben:

*Erstens:* Der neoliberale Bruch mit dem kapitaldominierten Fordismus und dem Staatssozialismus hat neue Potentiale entfesselt und sie zugleich in das Korsett von Profitabilität zu den Konditionen der globalisierten Finanzkapitalmärkte und von Privatisierung gesperrt. Dadurch entstand eine Ökonomie der Enteignung<sup>11</sup>, der »Einhegung« von Gemeingütern, die der freien Nutzung entzogen werden, der öffentlichen wie privaten Unterakkumulation, der beschleunigten Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens. Gemessen an den neuen Möglichkeiten wird das neoliberale Projekt kontraproduktiv. Es kann in einer tiefgreifenden Reproduktionskrise münden.

*Das Projekt der Moderne, wie es Aufklärung, französische Revolution und emanzipatorische soziale Bewegungen geprägt haben, wurde mit Gewalt auf das Projekt Kapitalismus zurückgefahren.* Es handelte sich um eine Konterrevolution. Anstelle einer Dreieinigkeit von sozialen Grundrechten, demokratischer Partizipation und Frieden verstärkten sich Tendenzen hin zu einer barbarisierenden Trinität von Klassengesellschaft, Autoritarismus und militärischem Interventionis-

8 Vgl. dazu ausführlich: Mario Candeias: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument Verlag 2004, S. 105-117.

9 Elmar Altwater: Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden. In: Prokla, Heft 103 (1996), 26. Jg., S. 250.

10 Vgl. dazu systematisch: Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg 2006.

11 David Harvey: Die Geographie des »neuen« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004, S. 183-216.

mus. Sie verbindet sich mit anderen Tendenzen der Barbarisierung. Es ist diese Trinität, die aufs Neue Elemente totaler Herrschaft und offener Barbarei freisetzt, so wie es der Marktliberalismus und Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts taten. Am Ende stand Auschwitz.

*Zweitens* spaltete der Neoliberalismus in den Zentren die sozialstaatlich integrierten Mittelstandsgesellschaften wieder in offene Klassengesellschaften. Mehr und mehr werden Lebenschancen wieder nach der Klassenlage verteilt.<sup>12</sup> Anstelle von Menschenrechten als zu verwirklichenden Anrechten werden wieder Klassenprivilegien einerseits und Enteignung und Entrechtung andererseits durchgesetzt. Aber Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung.

Eine hierarchisierte und polarisierte Klassengesellschaft wird immer mehr zur Realität. Einer Einheit der Herrschenden steht die Fragmentierung der Abhängigen gegenüber. Anstelle von Freiheit und Gleichheit werden Unfreiheit und Ungleichheit durchgesetzt.<sup>13</sup> Auch jene, die nach den Maßstäben von Einkommen und Anerkennung durchaus privilegiert sind, müssen sich den systemisch wirkenden Zwängen von Selbstvermarktung, Verzicht auf eine selbstbestimmte Lebensweise und ein Privatleben unterwerfen. Kurze Zeithorizonte und große Unsicherheit machen Autonomie immer schwieriger. Der Neoliberalismus untergräbt in der Konsequenz seine eigene Legitimation. Totalitäre Vermarktung zerstört die Grundlagen für Individualität und ein selbstbestimmtes Leben.

Die versprochene Partizipation ist weitgehend fiktiv. Sie besteht weitgehend in der selbstverantworteten Exekution von Sachzwängen, die politisch durch das Zusammenwirken von multinationalen Konzernen, neoliberalen politischen Eliten und dem Management von IWF, WTO und Weltbank geschaffen wurden. Zur demokratischen Disposition steht nur noch die Art und Weise der Umsetzung dieser Zwänge. Dies erinnert fatal an den demokratischen Zentralismus des Sowjetkommunismus, mit Recht Diktatur genannt. Wesentliche Teile der Bevölkerung werden von jeder Partizipation ausgeschlossen. Die soziale und kulturelle Integration ist gefährdet.

12 Wie Mark Siemons in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* formuliert: »Bisher konnten sich auch Arbeitslose in gewisser Weise als Angestellte der großen Firma Bundesrepublik vorkommen, die alle ihre Bürger mit zwar unterschiedlichen, aber immer noch vergleichbaren Konsum- und Lebensstilmöglichkeiten ausstattete; heute müssen sich auch Angestellte als potentielle Arbeitslose fühlen, die jederzeit aus der gewohnten Lebenswelt herausfallen können.« FAZ, 13. September 2004, S. 35. Claus Leggewie konstatiert: »Exklusion wird resigniert oder affirmativ hingenommen – mit allen kumulativen Wirkungen, die langjährige Armut auf alle anderen Lebenschancen hat, hier vor allem auf die Bildungsarmut und die Tatsache, dass nicht mehr (aber vielleicht bald wieder – M. B.) Alte, sondern Kinder aus den Haushalten von Alleinerziehenden und Arbeitslosen heute die höchste Risikogruppe darstellen.« Claus Leggewie: Die Zukunft der Veröstlichung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1247.

13 «Wer sehen will, der sieht, dass die gegenwärtig sich vollziehende Metamorphose der Gesellschaft sich als ein rücksichtsloser Bruch mit der eigenen Geschichte entpuppt, bei der an die Stelle eines *contrat social*, der die Individuen und Gesellschaft miteinander verbindet, zunehmend ein Partikularismus tritt, der sich allein an wirtschaftlichem Erfolg orientiert und dem die Durchsetzung ökonomischer Interessen auch mit den Mitteln außerökonomischer Zwangsgewalt als legitim erscheint.» Michael Wolf: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen. In: Utopie kreativ, Heft 194 (Dezember 2006), S. 1080.

*Drittens* errichtete die neoliberale Politik ein unilaterales oder multilaterales Imperium. Die Widerstände werden mit ökonomischem, politischem und militärischem Druck überwunden. Die Repression nach innen und außen nimmt zu. Sie versucht, eine pax neoliberale durchzusetzen, die das globale militärische Gewaltmonopol der USA mit regionalen Oligopolen verbindet und bei jeder Verletzung dieser pax neoliberale den Ausnahmezustand ausruft. Ihre Legitimation bezieht diese pax neoliberale aus einer Verbindung der Gegensätze von neoliberaler und antimoderner Fundamentalismus, von Bush und Bin Laden.

Die durch den Neoliberalismus verfolgte Politik erweist sich zunehmend als konfliktär, unproduktiv und ineffizient – misst man sie an den Versprechen des Neoliberalismus selbst, geschweige denn an Erwartungen großer Teile der Bevölkerung. Die umgesetzten Projekte ziehen ein großes Maß an Folgen nach sich, die die Machbarkeit in eine Bedrohung verwandeln. Das Wort von Walter Benjamin, »dass es so weiter geht, ist die Katastrophe« (Hervorheb. – M. B.), gewinnt neuen Sinn. Durch die Spaltung der nationalen Gesellschaften wird der Sozialstaat wieder durch den »Kriminalstaat«<sup>14</sup> ersetzt. Es kommt zu einer umfassenden Krise der inneren und äußeren Sicherheit.

Die geschaffene Alternativlosigkeit und Macht des Faktischen verliert ihre hegemoniale Kraft in dem Maße, wie sie illegitim, unsozial und gefährlich wird. Sie wird dadurch zu einer Macht, die weniger auf Überzeugung und Ausstrahlung beruht als auf bloßer Gewalt oder dem Fehlen konkreter Auswege. Damit wird sie ausgehöhlt. Der Neoliberalismus ist in einer Krise seiner Legitimität und zunehmend auch seiner Durchsetzungskraft. Auch für ihn gilt: »Ideologie scheitert nicht an Argumenten. Ideologie scheitert an der Wirklichkeit.«<sup>15</sup> Noch hat, so Jürgen Leibiger, der hegemoniale Block »gar keine Veranlassung, eine grundsätzlich andere Wirtschaftsstrategie zu erwägen«<sup>16</sup>; aber der Druck wird wachsen.

Krisen sind Zeiten von Gefahren und Chancen. Sie öffnen die Tür zu alternativen Entwicklungspfaden. Jede Strategie setzt voraus, genauer zu bestimmen, was überhaupt gewollt werden kann.<sup>17</sup> Die Krise des Neoliberalismus in seiner autoritär neoliberalen Gestalt führt vor allem dazu, dass von den gemäßigten Konservativen und der »neuen« Sozialdemokratie bzw. New Labour jeweils ein neuer Herrschaftsvertrag auf der Basis der multilateralen Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus angeboten wird. Damit werden aber die parasitären, destabilisierenden Tendenzen dieses Kapitalismus nicht aufgehoben, die in die vierfache Krise von Reproduktion, Integration, Legitimation und Sicherheit geführt haben.

14 Christoph Butterwegge: Großzügig kleinkariert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2006, S. 1348.

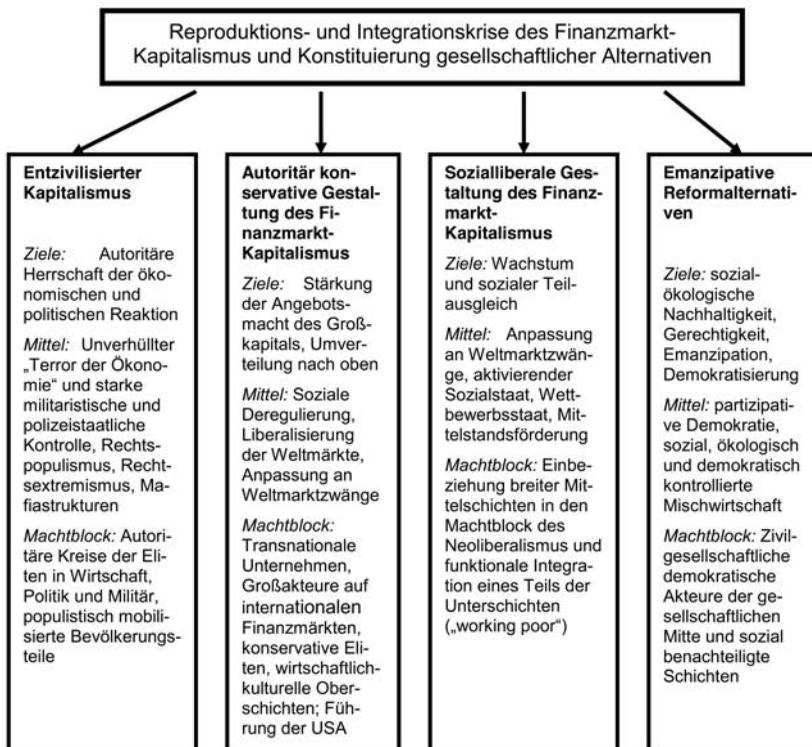
15 Heiner Flassbeck: Wirtschaftspolitische Sommerphantasien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2006, S. 1233.

16 Jürgen Leibiger: Krise des Neoliberalismus – Realität oder Wunschtraum? In: Sozialismus, Heft 10/2006, S. 20.

17 Vgl. dazu ausführlich: Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 3/2006.

In der Perspektive können die inneren Widersprüchlichkeiten dieser politischen Angebote dazu führen, dass mehr und mehr zu Formen autoritärer Herrschaft nach innen und zu einer immer offeneren imperialistischen und militaristischen Politik nach außen gegriffen wird. Es ist dies die Tendenz der Entzivilisierung des Kapitalismus. Die andere Lösungsmöglichkeit ist die, dass der sozial-ökologische und demokratische Weg einer umfassenden Transformation eingeschlagen wird, der in der Perspektive die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft aufhebt. Es ist die Perspektive einer »Entkapitalisierung« der modernen Gesellschaften. Aus der Krise des Neoliberalismus können so vier verschiedene Entwicklungspfade entstehen (Grafik 1).

Grafik 1: Entwicklungswege im beginnenden 21. Jahrhundert<sup>18</sup>



18 Vgl. ebenda, S. 30.

## Die Veränderung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen

Die Gründung der WASG war eine durch die Spitze der deutschen Gewerkschaften geduldete und durch Teile ihrer mittleren Funktionärsschicht direkt geförderte und vorangetriebene Parteibildung. Natürlich betont Michael Sommer immer wieder: »Es wird in Deutschland keine Gewerkschaftspartei geben, selbst wenn einige davon träumen. Das ist ein Irrweg... Der DGB ist eine parteiunabhängige Einheitsgewerkschaft und hat Mitglieder aus allen Parteien. Schon deshalb gibt es für Gewerkschaften keinen natürlichen Bündnispartner in der Politik«<sup>19</sup>. Gleichzeitig aber hat die Gründung der WASG und mehr noch die Bildung der gemeinsamen Linkspartei die Gewerkschaften aus der Lage befreit, dass ihre parteipolitischen Ansprechpartner fast durchgängig eine gewerkschaftsfeindliche Politik betrieben. Dieser bewusste Einsatz eines Teils der Gewerkschaften in Deutschland für eine parteipolitische Pluralisierung der Linken ist nur eine der Formen der »Politisierung der Gewerkschaften« seit 2003 und ihrer stärkeren Verbindung von tariflichen Kämpfen mit der Wahrnehmung eines gesamtgesellschaftlichen politischen Mandats.<sup>20</sup>

Schon die Möglichkeit der Entstehung einer »starken und gewerkschaftlich orientierten Partei der Linken« (so im Aufruf von sechzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die Anfang Juli 2007 geschlossen der Partei DIE LINKE beitraten<sup>21</sup>) hat das Kräfteverhältnis zugunsten der Gewerkschaften verschoben. Wenn die gewerkschaftlich organisierten Wählerinnen und Wähler der SPD und der Union davon laufen und sich der Linkspartei zuwenden, wenn Arbeiter und einfache Angestellte und vor allem Arbeitslose das Gleiche tun, dann wird eine Politik gegen diese Gruppen zum politischen Problem der herrschenden Parteien.

Auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hat die Stellung der Gewerkschaften gestärkt. Sie können höhere Lohnabschlüsse realisieren (erstmalig wird 2007 das Realeinkommen aus Löhnen wieder etwas steigen). Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften verändert das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten letzterer. Dies stärkt die strukturelle Macht der qualifizierten Arbeitskräfte gegenüber den Arbeitgebern. Noch beschränkt sich dies vor allem auf die weltmarktoffenen Industrien, wo die Belegschaften einen entsprechenden Druck ausüben können<sup>22</sup>, aber die Chancen steigen, diese Erfolge auszuweiten – immer vorausgesetzt, der wirtschaftliche Aufschwung kommt nicht zu einem frühen Ende.

Gleichzeitig gibt es ernstzunehmende Versuche, auch die Organisationsmacht der Gewerkschaften wieder zu erhöhen und anstelle der fast ausschließlichen

19 [http://www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus-\\_aid\\_67304.html](http://www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus-_aid_67304.html).

20 Redaktion Sozialismus: Gewerkschaften und Politik – neu denken. Zum politischen Mandat im Finanzmarktkapitalismus. In: Sozialismus 5/2007, S. 37

21 [http://die-linke.de/die\\_linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/jetzt-geht-es-los/](http://die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/jetzt-geht-es-los/).

22 Michael Wendt: Was bestimmt die konjunkturelle Entwicklung? In: Sozialismus, Heft 2/2007, S. 21.

Konzentration auf die durch den Standortwettbewerb und die neue Eigentümerstruktur der Unternehmen geschwächten Institutionen von Tarifverhandlungen und Betriebsratsarbeit hinter verschlossenen Türen »eine intelligente Kampagnenorientierung (zu) entwickeln, neue gesellschaftliche Bündnisse zur Stärkung ihrer eigenen Organisationsmacht (zu) nutzen und auch vor einer konfliktorischen Politik nicht zurück(zu)scheuen«<sup>23</sup>. Die Konfliktbereitschaft der Belegschaften und die Unterstützung durch eine sensibilisierte breite Öffentlichkeit sollen gleichermaßen erhöht werden. Eine der Strategien ist die Verbindung einer betriebsnahen Tarifpolitik mit einem »neuen Beteiligungsansatz« der Gewerkschaftsmitglieder und Belegschaften<sup>24</sup>.

Die Frage wird sein, wie sich die Gewerkschaften auf diese neue Situation einstellen, ob es ihnen gelingt, daraus eine gesellschaftliche Offensive zu entwickeln, die zugleich die eigene Veränderung einschließt. Die Versuche der Gewerkschaften, gesellschaftspolitische Weichenstellungen zu beeinflussen, waren nach 1990 weitgehend gescheitert. Der Organisationsgrad sank von rd. 40 Prozent im Jahre 1991 auf nur noch 28 Prozent heute. Bestimmte Zugeständnisse in der Frühzeit von Rot-Grün 1998/99 blieben ohne Dauer. Ohne gewerkschaftliche Gegenmacht, die zugleich auf der Höhe der Zeit und durchsetzungsmächtig ist, wird eine Politik für einen Richtungswechsel nicht möglich sein. Dazu gehört auch die aktive Berücksichtigung der Interessen der Erwerbslosen<sup>25</sup> sowie der Übergang zu einer solidarischen, alle Sektoren übergreifenden Lohnpolitik, die sich vor allem gegen die Lohnsenkung im unteren Bereich wehrt.<sup>26</sup> Aber es gilt auch umgekehrt: Erst eine solche Politik wird die Gewerkschaften wieder zu einer wirklichen Macht in Deutschland werden lassen.

Die Krise des Neoliberalismus hat aber auch andere soziale Kräfte stärker werden lassen. Seit den großen Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg der USA und die Agenda 2010 sind in Deutschland wieder öffentlich wirksame soziale Bewegungen entstanden, die größere Teile der Bevölkerung erreichen. Immer deutlicher wurde, Frieden, Gerechtigkeit und eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik hängen global, europäisch und nationalstaatlich zusammen. Claudia Meyer, DGB-Bundesjugendsekretärin und Mitglied im Koordinierungskreis von ATTAC, formulierte am 15. Februar 2003 auf der Kundgebung in Berlin: »Die Welt steht vor einer grundsätzlichen Weichenstellung: Entweder es entsteht eine neue Weltordnung der Gewalt und des Krieges, oder wir schaffen Schritte hin auf eine neue gerechtere Weltordnung.«<sup>27</sup>

23 Klaus Dörre: Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme: Niedergang oder strategische Wahl? In: Heinrich Geiselberger: Und Jetzt? A. a. O., S. 71.

24 Daniel Friedrich: Agieren statt reagieren. In: Sozialismus, Heft 1/2007, S. 33.

25 Ralf Bordesser, Sabine Groengroeft: Hartz IV: Gewerkschaften für Erwerbslose – Erwerbslose für Gewerkschaften. In: Sozialismus, Heft 12/2006, S. 40-44.

26 Richard Detje, Otto König: Tarifpolitischer Aufbruch im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Sozialismus, Heft 4/2007, S. 31.

27 <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/15-02-2003/meyer.html>.

Noch aber werden die globalisierungskritischen und friedenspolitischen Demonstrationen vor allem von den oberen Schichten getragen, während die Anti-Hartz-IV-Protestzüge von den bedrohten Arbeitnehmern und den Prekarisierten geprägt waren. Auch den Protesten gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm, so erfolgreich sie waren, fehlten weitgehend die Bürgerinnen und Bürger aus dem sozialen Unten. Die Konfliktlinien zwischen der sozialen und der kulturellen Linken, der gewerkschaftlichen und der ökologisch und feministisch orientierten Linken, zwischen den linken Mittelschichten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Migrantinnen und Migranten, den abgehängten Prekarisierten sind unübersehbar.<sup>28</sup> Die Potentiale sozialer Bewegungen und der politischen Linken für einen Richtungswechsel müssen erst noch zusammenwachsen. Die Linkspartei kann dabei eine wichtige Rolle spielen.<sup>29</sup>

## Die Herausforderung durch die Linkspartei

Im Frühsommer 2007 begann die unmittelbare Vorbereitung der planmäßigen Bundestagswahl 2009. Die Umfragen zeigen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen rechnerisch neben einem Bündnis von CDU/CSU und FDP die Fortsetzung der Großen Koalition oder aber eine sog. Jamaika-Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen bzw. eine Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen möglich sein könnten – vorausgesetzt, die SPD verschließt sich jeder Kooperation mit der Linkspartei auf Bundesebene. Aber was steht hinter den verschiedenen Möglichkeiten? Sind es nur additive Konstruktionen oder basieren einige von ihnen auch auf starken sozialen Bündnissen? Wie stehen sie zu der Verbindung von alter und neuer sozialer Frage?

Der Aufstieg der Linkspartei seit 2004 hat das gesamte Parteiensystem der Bundesrepublik verändert.<sup>30</sup> Während sonst nach der Bundestagswahl höchstens einfachstes Kopfrechnen benötigt wurde, um festzustellen, wer die nächsten vier Jahre regieren würde, bedurfte es 2005 der Taschenrechner, der Farbenlehre und zähester Verhandlungen. »Unter diesem Druck, dass links sich etwas manifestiert, was mehr als ein Tagesereignis ist, verändern sich alle Parteien. Das deutsche Parteiensystem ist in Bewegung«, stellt der Parteienforscher Karl-Rudolf Korte fest: »Diese deutsche Oase an verlässlicher Stabilität, was das Regieren anbelangt, das

28 Vgl. dazu auch: Bernd Hüttner: Postfordistische Linke. In: Utopie kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 541.

29 Vgl. dazu den Beitrag von Katja Kipping in diesem Buch.

30 Es darf nicht vergessen werden, dass die PDS am »Superwahlsonntag«, dem 13. Juni 2004, eine ganze Reihe von Erfolgen erzielte, so erhielt sie bei den Wahlen zum Europaparlament 6,1 Prozent und bei den Landtagswahlen Thüringen 26,1 Prozent. Patrick Moreau vermutete schon damals die Möglichkeit einer Rückkehr der PDS in die Politik. Vgl.: Patrick Moreau: Rückkehr in die Politik? Die PDS nach den Wahlen zum europäischen Parlament. In: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2004, S. 172-197.

ist hier vorbei.«<sup>31</sup> Die Wählerinnen und Wähler könnten die Parteien nun weit stärker als früher unter Druck setzen. Wie Rolf Reißig konstatiert, wird das Parteiensystem nicht nur europäischer, sondern auch »normaler: Denn ein Parlament sollte sich eigentlich auf der Höhe der realen gesellschaftlichen Gegensätze befinden.«<sup>32</sup>

Mir scheint, dass die Veränderungen im Parteiensystem weitaus gravierender sind, als viele Beobachter bisher annehmen. Real kann es sein, dass sich das Parteiensystem in einem Umbruch befindet, wie ihn die Bundesrepublik seit der Konsolidierung dieses Systems in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht erlebt hat. Auch der Aufstieg der Grünen stellt keine vergleichbare Zäsur dar, obwohl der eine zentrale neue Frage, die Ökologie, auf die Tagesordnung des parteipolitischen Systems setzte. Erstmals wird die SPD als linke Säule des Parteiensystems in ihren Grundfesten erschüttert. Falls es ihr nicht gelingt, sich auf einem Niveau deutlich über dreißig Prozent zu stabilisieren, ginge die alte Bundesrepublik parteipolitisch zu Ende, weil die SPD als das eine linke Gravitationszentrum wegfiel. Links würde dann endgültig ein pluraler Raum mit mehreren solchen Zentren entstehen.<sup>33</sup>

Die Ursache für diesen Aufstieg der Linkspartei liegt im Versagen der SPD, sich als soziale und demokratische Kraft dem Neoliberalismus entgegenzustellen. Wie Ingar Solty formuliert: Die Linkspartei ist kein »geschwächtes Überbleibsel aus vergangenen Epochen..., sondern eine Parteineugründung, die sich inmitten einer ... Hegemoniekrise des Neoliberalismus vollzieht«<sup>34</sup>. Gerade deshalb fordert sie auch das gesamte Parteiensystem heraus: sie setzt die soziale Frage demokratisch-links neu auf die Tagesordnung. Oder wie Oskar Lafontaine im Interview mit dem »Spiegel« sagte: »Nicht die SPD ist unser Hauptgegner, sondern die herrschende Politik. Die wollen wir verändern, wenn möglich durch Regierungsbeteiligungen, aber auch in der Opposition. Wenn bei der SPD Themen wie Mindestlohn oder bei der CDU die Dauer des Arbeitslosengeldes diskutiert werden, dann ist das ein Ergebnis unserer Arbeit. Wenn SPD und CDU an der Rente mit 67 zweifeln, dann, weil wir da sind. Wenn die Grünen sich von den Kampfeinsätzen in Afghanistan abseilen, dann reagieren sie auf uns.«<sup>35</sup>

Es sind sechs Gründe, die dafür sprechen, dass der jetzige Aufschwung der Linkspartei zu einer grundlegenden Veränderung im Parteiensystem führen wird.

31 »Den Wählern nützt es«. Karl-Rudolf Korte: Die Linke verändert das Parteiensystem. In: Das Parlament Nr. 29-30 / 16. Juli 2007 (<http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/29-30/MenschenMeinungen/16444748.html>).

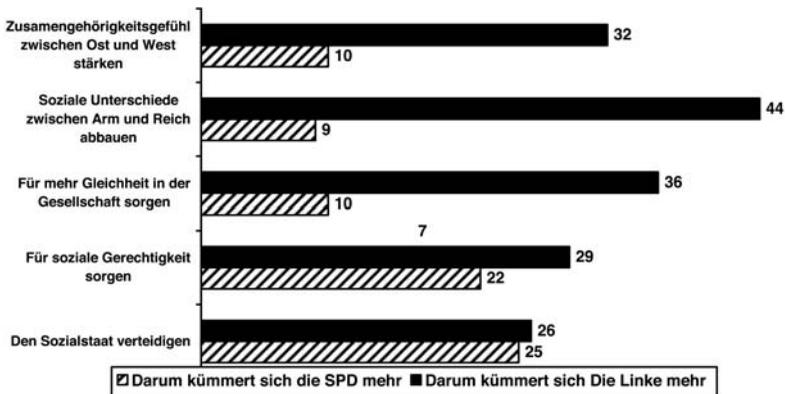
32 Rolf Reißig: Linksverschiebung ohne reale politische Gestalt. Neue Perspektiven in einem gewandelten Parteiensystem. In: Neue Gesellschaft, Heft 6/2007, S. 25.

33 Im westeuropäischen Vergleich hat es schon mehrere solcher Angriffe auf die Sozialdemokratie gegeben, die zumeist abgewehrt wurden (Schweden oder Norwegen). In anderen Ländern wurden die ehemals großen kommunistischen Parteien zu kleineren Parteien reduziert (Frankreich, Spanien oder Italien). In den Niederlanden ist die Sozialistische Partei dagegen mittlerweile zu einer direkten gleichwertigen Konkurrenz der niederländischen Partei der Arbeit aufgestiegen.

34 Ingar Solty: Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei. In: Das Argument, Heft 271/2007, S. 343 (im Original hervorgehoben – M. B.).

35 Der Spiegel vom 25. Juni 2007 <http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1501040337>.

Grafik 2: Wer kümmert sich mehr? (Bevölkerung insgesamt, in Prozent) (FAZ, 18. Juli 2007, S. 5)



Erstens gilt die Feststellung von Thomas Petersen vom Allensbacher Institut: »Wie tief die Linke in das Feld der SPD einbricht, erkennt man daran, dass Kompetenzen, die die Bevölkerung seit Jahrzehnten der SPD zugesprochen hat, heute zum Teil in mindestens gleichem Ausmaß der Linken zugeordnet werden.«<sup>36</sup> Wie die Grafik 2 zeigt, ist dies ein klares Understatement – zumindest was Gleichheit und den Abbau von Armut betrifft. Zudem sind viele SPD-Anhänger nicht mehr nur verunsichert, sondern vierzig Prozent stimmen sogar der Aussage zu, dass die SPD ihre Herkunft verraten habe, nicht mehr die Partei der kleinen Leute und der Arbeiter sei, sondern sich nur noch um die Interessen der Wirtschaft kümmere.<sup>37</sup>

Was sich erstmals im Wahlkampf 2005 abzeichnete, könnte jetzt auf Dauer gestellt werden: Die Linkspartei konkurriert auf Augenhöhe mit der SPD um deren klassische linke Kompetenzen – Sozialstaat, Gerechtigkeit, Gleichheit, Überwindung des Gegensatzes Arm und Reich. Besonders vom gesellschaftlichen Unten betrachtet ist die SPD in diesen Kernbereichen nicht mehr der erste Ansprechpartner. Dies ist ihr zuletzt in der Weimarer Republik im Verhältnis zur KPD passiert. Es ist völlig unklar, wie die SPD ohne einen Richtungswechsel in der Lage sein soll, wieder ein glaubwürdiges Profil als Partei der sozialen Demokratie zu gewinnen.<sup>38</sup> Das Menetekel der Wahlniederlage der Sozialistischen Partei in Frankreich oder auch der Niedergang der Arbeiterpartei in den Niederlanden sollten ihr zu denken geben. Mittelfristig könnte die SPD deshalb bei Strafe ihres Un-

36 Thomas Petersen: Der Zauberklang des Sozialismus. Die Aussagen der Linken fallen auf fruchtbaren Boden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juli 2007, S. 5.

37 Ebenda.

38 Für Kernwählerschaften der SPD »wurde die Linkspartei mindestens im Jahr 2005 zur neuen politischen Repräsentanz seiner Basismentalität«. Franz Walter: Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007, S. 331.

tergangs als große Volkspartei gezwungen sein, sich deutlich nach links zu bewegen – mit offenem Ausgang. Für die neue Linkspartei würde damit die eigentliche Herausforderung entstehen – sie hätte zu beweisen, dass sie sozial, politisch und vor allem auch kulturell tatsächlich weit mehr als ein sozialdemokratisches Korrektiv.

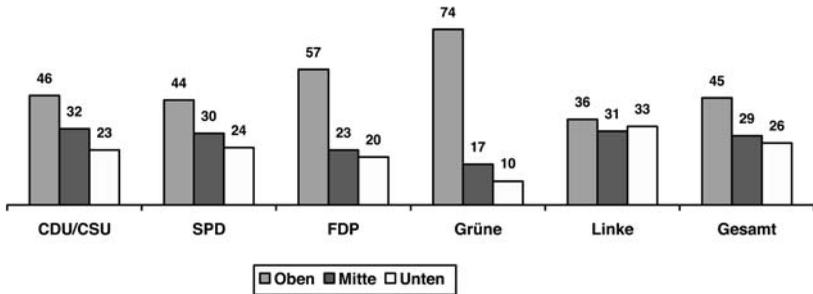
*Zweitens* gibt es eine breite gesellschaftliche Unterstützung bis weit hinein in die Wählerschaft der CDU und CSU für Forderungen der Linken. Schon 2003 waren 86 Prozent für eine armutsfeste Grundsicherung, 85 Prozent für eine Umverteilung von oben nach unten und 80 Prozent für mehr Bürgerbeteiligung. Die zentralen Forderungen von Oskar Lafontaine, die er im Juni 2007 zur Bedingung einer Wahl von Kurt Beck zum Kanzler machte, halten 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger (und 48 Prozent der SPD-Wähler) für völlig richtig und 27 Prozent (und 30 Prozent der SPD-Wähler) stimmten ihnen zumindest teilweise zu. 62 Prozent der CDU-Wähler sind für einen gesetzlichen Mindestlohn, 75 Prozent der Unionsanhänger lehnen die Rente mit 67 ab, 55 Prozent der CDU- und 64 Prozent der CSU-Anhänger waren im Juli 2007 für den Rückzug aus Afghanistan.<sup>39</sup> Zumindest in einigen Kernpunkten hat ein Richtungswechsel eine deutliche oder sogar überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung. Die Linkspartei vermag es auf absehbare Zeit, derartige Auffassungen von Mehrheiten fast im Alleinvertretungsanspruch zu artikulieren. Dies bringt aber alle politischen Kräfte unter immer stärkeren Handlungsdruck.

Der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts *Emnid* fasst diese Entwicklung so zusammen: »Was ist seit PDS-Zeiten, als sie im Osten auf knapp 20 Prozent der Stimmen kam, anders geworden? Fast alles. Vor allem: Die Aussortierten haben mit Hartz IV endlich ein Symbol für Wut und Willen, sich für ihren linken Traum von der anderen Gesellschaft zu engagieren. Plötzlich ist nicht mehr ducken die Reaktion, sondern offene Opposition. Vor allem gegen die so genannte Sozialdemokratie: Denn in dem Maße, wie die SPD ihre Sozialkompetenz verlor, gewann die Linke an Daseinsberechtigung hinzu. Je stärker die SPD an der Verteilungsgerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung zweifelt, je besser kommt ‚Solidarität‘ als politische Botschaft der Linken an. Vor allem, so lange nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wie 78 Prozent im Osten meinen. Hartz IV ist Synonym der Wut auf Politik und Wirtschaft für deren Verlust an Bodenhaftigkeit, auf die Forderung vieler Unternehmer nach Managergehältern wie in Amerika, Arbeitslöhnen wie in China und Unternehmensgewinne durch Arbeitsplatzvernichtung. Und Ursache für den entscheidenden Akzeptanzwandel der Linken. Aus der Protestpartei PDS wurde die Programmpartei Linke, weil diese im Osten die Ziele der ›guten alten SPD‹ hoch hält.«<sup>40</sup>

39 [http://www.welt.de/politik/article1007014/Unionswaehler\\_schliessen\\_sich\\_Lafontaine\\_an.html?print=yes](http://www.welt.de/politik/article1007014/Unionswaehler_schliessen_sich_Lafontaine_an.html?print=yes).

40 Klaus-Peter Schöppner: »Der Humus der Linken« – Stärkste Kraft im Osten, erster Erfolg im Westen: Warum aus der Protestpartei PDS eine Programmpartei werden konnte. In: Leipziger Volkszeitung vom 3. August 2007.

Grafik 3: Anteil der Anhänger einer Partei nach der Zugehörigkeit zum oberen oder unteren Drittel der Gesellschaft (Gero Neugebauer. *Politische Milieus, a.a.O., S. 101*)



*Drittens* ist die Linkspartei im Unterschied zu den anderen kleineren Parteien in allen drei Dritteln der Gesellschaft, in den oberen Mittelschichten, in den unteren Mittelschichten und unten, verankert. Sie ist in dieser Hinsicht nicht nur seit Mitte der neunziger Jahre eine reale Volkspartei in Ostdeutschland, sie ist es – wie Grafik 3 zeigt – potentiell auch im Westen und hat dies bei den Wahlen in Bremen im Mai 2007 gezeigt.<sup>41</sup> Sie vermag es, Werte und Interessen von sehr verschiedener sozialer Gruppen zu bündeln und in das politische System zu vermitteln. Anders als FDP und Grünen sind der Partei DIE LINKE keine strikten Klassen- und Milieugrenzen gezogen. Über ein Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler kommen aus den oberen, und je ein knappes Drittel aus den mittleren und unteren Schichten.

*Viertens* hat sich die Linkspartei zunehmend erfolgreicher als Partei der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitslosen und subproletarischen Schichten aufgestellt und es gleichzeitig vermocht, den Rückhalt in Teilen sozial-orientierter Mittelschichten auszubauen. Von diesem Teil ihrer Wählerschaft her erinnert sie deshalb sehr an die klassische SPD vor 1914. Schon bei der Bundestagswahl 2005 erhielt sie bei einem Gesamtergebnis von 8,4 Prozent einen Zuspruch bei Arbeitern von 12 Prozent, bei Gewerkschaftern von 13 Prozent und bei Arbeitslosen von 24 Prozent. Im Osten Deutschlands votierten 31 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 27 Prozent der Arbeiter für die Linke (32 Prozent respektive 26 Prozent für die SPD). 39 Prozent der ostdeutschen Erwerbslosen wandten sich der Partei DIE LINKE zu. War bei den Wahlen vom 18. März 1990 die CDU die Partei der Arbeiter, so ist es jetzt die Linkspartei.<sup>42</sup> Nur sind viele der Arbeiter – es ist unmöglich, diese Bemerkung zu unterdrücken – jetzt ihre Arbeit los.

41 Vgl. dazu den Beitrag von Christoph Spehr in diesem Band.

42 Eckhard Jesse und Thomas Schubert: Bundestagswahl 2005. In: *Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte*, Heft 1/2006 ([http://www.km.bayern.de/blz/eup/01\\_06\\_themenheft/2\\_7.asp](http://www.km.bayern.de/blz/eup/01_06_themenheft/2_7.asp)). Vgl. auch: Franz Walter im Interview mit Reinhold Rünker, 21.10.2005 ([www.linksnet.de/artikel.php?id=1985](http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1985)).

*Fünftens* verfügt die Partei DIE LINKE mit ihrer starken Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft über eine regionale Handlungsgrundlage, wie sie sonst nur CDU, CSU und SPD haben. Sie gehört in den ostdeutschen Ländern zu den drei Parteien, die zwischen 15 und 30 Prozent der Stimmen erhalten.<sup>43</sup> In zwei dieser Länder hat sie sich schon an der Regierung beteiligt, in Berlin wird die Rot-Rote Koalition gegenwärtig fortgesetzt. In beiden Fällen ist ihre Wählerunterstützung während der Regierungsbeteiligung eher gesunken, aber es wird sich zeigen, ob dies zwangsläufig so sein muss. Die bundespolitische Schwäche der Linkspartei bzw. ein konkurrierender Wahlantritt durch die WASG in Berlin hatten Einfluss. Zugleich zeigte sich, dass das Regieren in depressiven Regionen für die Linken besonders schwierig ist. Die Erprobung von eigenen Einstiegsprojekten in einen Richtungswechsel der Politik wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor oder die Gemeinschaftsschule und der Stopp der Privatisierung bzw. der Übergang zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung sind für die Entwicklung bundespolitischer Kompetenz und Glaubwürdigkeit unverzichtbar. Auch eine solide Haushaltspolitik gehört dazu.<sup>44</sup>

Aber reicht dies aus, um zu einer politischen Kraft zu werden, die dazu beiträgt, dass Menschen neue Erfahrungen gewinnen, spüren: Es geht auch anders. Es lohnt sich und macht Sinn, sich einzubringen. Solidarität ist kein leeres Wort. Wir können verändern, ohne uns zu verbiegen und unsere Ideale aufzugeben. Hier herrscht keine Politik des kleinen Übels, sondern es wird mit dieser Linken und durch unser Engagement menschlicher.

*Sechstens* hat die deutliche Verortung von PDS, WASG und dann Linkspartei nicht dazu geführt, dass die Partei DIE LINKE heute etwa eine populistische Partei aller »Modernisierungsverlierer« geworden wäre. Wie die Analyse der Bundestagswahl 2005 zeigte: »In der Gruppe der Modernisierungsverlierer positionierte sich kein einziger Linkspartei-Wähler selbst rechts von der Mitte; nur jeder Sechste verortete sich in der Mitte, während sich fünf Sechstel links einordneten, wobei die Selbsteinstufung als ›links‹ im Westen der Republik noch deutlich stärker ausgeprägt war als im Osten.«<sup>45</sup>

Die Linkspartei ist zu einer wichtigen Kraft im politischen System der Bundesrepublik geworden. Dieser Erfolg verpflichtet. Die schon 2002 vertretene Aufgabe der Verbindung eines sozialen Mitte-Unten-Bündnisses und eines politischen Mitte-Links-Bündnisses tritt auf die Tagesordnung.<sup>46</sup> In ihrem programmatischen Gründungsdokument hat sie sich folgende »strategische Ziele« gestellt:

43 Zur Wählerschaft der Linkspartei vgl. den Beitrag von Dietmar Wittich in diesem Band. Im Juli 2007 wurden für die Partei DIE LINKE in Berlin 16 Prozent, in Sachsen 26 Prozent (SPD nur 8 Prozent!) und in Thüringen 25 Prozent Wählerunterstützung ermittelt. (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm> vom 20. Juli 2007).

44 Siehe dazu den Beitrag von Cornelia Hildebrandt in diesem Buch.

45 Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/2006, S. 528.

46 André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS (mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten). rls standpunkte, Nr. 9/2002

- »Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen«;
- Bündnis gegen den Neoliberalismus in der Gesellschaft, »das hoch qualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbstständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenführt«;
- »strategische Zusammenarbeit« mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, mit gesellschaftskritischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft«;
- die Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit;
- die Einheit von gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch;
- Regierungsbeteiligungen als »ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn die Linke sich mit alternativen linken Projekten öffentlich erkennbar profiliert«<sup>47</sup>;
- parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen Kräften;
- Wirken in der Partei der Europäischen Linken.<sup>48</sup>

In der Konsequenz bedeutet die Realisierung dieser Strategie: »Wir müssen über ein Mitte-Links-Bündnis nachdenken. Dazu muss die neue Partei ein wirklich eigenes Profil links von der SPD entwickeln. Allerdings mit der Fähigkeit, eine SPD, die soziale Dinge wiederentdeckt, auch als Partner zu gewinnen. Ich halte das zwar für höchst unwahrscheinlich, aber die politische Aufgabe besteht schon bei den Wahlen im Jahre 2009 darin, der SPD ein solches Angebot zu machen.«<sup>49</sup>

47 Zu diesem umstrittenen Punkt heißt es: »Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern. DIE LINKE wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden. DIE LINKE wird in Regierungen dafür eintreten, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern. DIE LINKE ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung.«

48 [http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische\\_eckpunkte/iv\\_fuer\\_einen\\_richtungswchsel/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/iv_fuer_einen_richtungswechsel/).

49 Interview mit André Brie in der Sächsischen Zeitung vom 15. Juni 2007 (<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1519912>).

## Die Veränderungspotentiale bei SPD und Grünen

Welche Gründe gibt es, die innerhalb des Parteiensystems mittelfristig für eine Mitte-Links-Koalition unter Einschluss der Linkspartei sprechen? Können SPD und Grüne irgendein Interesse an derartigen Konstellationen haben? Kann es die Fortsetzung der Rot-Grünen Koalition von 1998 bis 2005 mit anderen Mitteln sein oder bedarf es einer grundlegenden Neubestimmung? Auf jeden Fall gilt: »Wer neue Machtkonstellationen anstrebt, muss diese strategisch öffentlich debattieren und taktisch-intern vorbereiten«<sup>50</sup> Dies ist vor allem auch deshalb wichtig, weil Mitte 2007 nur sieben Prozent der Bevölkerung eine solche Koalition wünschen – deutlich weniger auch, als sich zu diesem Zeitpunkt für die Wahl der Linkspartei aussprachen.

Der internationale Vergleich zwischen den europäischen Ländern und auch mit den Entwicklungen in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten zeigt, dass Linksverschiebungen im politischen System auf sehr verschiedene Weise auftreten können – im Resultat langwieriger Prozesse breiter sozialer politischer Formationen, durch den Aufstieg neuer gesellschaftlicher Gruppen, durch Brüche im politischen System, aus der Abwehr autoritärer Rechtswendungen oder eher als nichtintendiertes Resultat der Krisenbewältigung.<sup>51</sup>

Ein bemerkenswerter und in Europa fast unbeachteter Fall ist die Entstehung einer Mitte-Links-Regierung in Norwegen 2005, auf den kurz eingegangen werden soll. Zu ihrer Vorgeschichte gehören die neoliberale Wende der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens seit 1981 und ihre wachsende Ununterscheidbarkeit von konservativen Parteien. In den neunziger Jahren führte dies zu einer wachsenden Differenz zwischen der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften. Letztere begannen in ihrer Not, von der Sozialdemokratie nicht mehr beachtet zu werden, sich an die Sozialistische Linkspartei Norwegens als parlamentarisches Instrument zu wenden. Die Frustration wurde allgemein, als Minderheitsregierungen der Arbeiterpartei sich bei sozialen Zugeständnissen die Stimmen von der Linkspartei holten und in den harten Politikfeldern auf die Rechte zurückgriffen.

Die verheerende Wahlniederlage der Arbeiterpartei von 2001 und die Wahlerfolge der Sozialistischen Linkspartei erzeugten eine neue Situation. Während die Arbeiterpartei von 35 Prozent auf 24,3 Prozent der Wählerzustimmung sank, stieg die der Linkspartei von 6,0 auf 12,5 Prozent. Sie wurde damit zu einer starken Konkurrentin der Sozialdemokratie. Gleichzeitig orientierten sich die Gewerkschaften grundsätzlich neu. Auf der Basis einer intensiven Mitgliederdiskussion wurde ein Forderungskatalog erarbeitet, der ein Jahr vor den Wahlen von 2005 allen Parteien unterbreitet wurde. Auch soziale Bewegungen und Umweltinitiativen äußerten sich mit klaren Positionen.

50 Rudolf Walther: Das Dilemma der Linkspartei. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 1+2/2007, S. 28.

51 Vgl. dazu u. a.: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin 2005; Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 7-8/2007.

Im Resultat eines (knappen) Wahlsiegs wurde eine detaillierte Koalitionsvereinbarung zwischen der Arbeiterpartei, der Zentrumspartei und der Sozialistischen Linkspartei geschlossen, die die Privatisierung stoppten und zum Rückzug der Truppen aus dem Irak zur Beendigung des Engagements im Rahmen der US-Mission *Enduring Freedom* führten. Auch in vielen anderen Fragen war es ein Regierungsprogramm, das die neoliberale Politik stoppte und teilweise auch revidierte<sup>52</sup>. Noch ist offen, ob daraus eine langfristige Linkswende wird.

Wie Dag Seierstad feststellt: Die beiden Hauptfaktoren des Wahlerfolgs von 2005 könnten auch in anderen Ländern von Bedeutung sein: »eine Gewerkschaftsbewegung, die die Politikmaßnahmen der sozialdemokratischen Partei von links her angreift – und die Existenz einer hinreichend großen Linkspartei links von den Sozialdemokraten, die sich weitgehend mit diesen Forderungen der Gewerkschaften identifiziert«. Hinzu kam ein stabiler Konsens mit globalisierungskritischen und Umweltbewegungen.

### *Jenseits der Beliebigkeit von Ampel- und Jamaika-Koalitionen*

In seinem Interview für das Parlament behauptet Karl-Rudolf Korte: »Die Grünen haben insofern für jeden etwas im Gepäck, weil sie in der Wahrnehmung kulturell links stehen, aber soziologisch, von den Wählern her, rechts.«<sup>53</sup> Dies würde nur dann stimmen, wenn sich die oberen gesellschaftlichen Gruppen zwangsläufig marktliberal orientieren würden. Wie im Abschnitt I gezeigt wurde, ist dies falsch. Es gibt kein einheitliches Milieu »einer normativ geleiteten neuen Mitte«, wie Peter Grafe es sieht.<sup>54</sup>

Unterscheidet man die oberen Gruppen nach sozial-libertär eingestellten (in den Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung: »kritische Bildungseliten« und »etabliertes Bürgertum«) bzw. marktliberal und gemäßigt autoritären Milieus (»Leistungsindividualisten« und »etablierte Leistungsträger«, dann zeigt sich ganz klar, dass Grüne und Linkspartei in den oberen sozialen Gruppen eine eher sozial orientierte und CDU/CSU und FDP eine eher marktorientierte Wählerschaft haben, während die der SPD in beiden Gruppen fast gleich vertreten ist (Grafik 4). Während bei der FDP nur zwanzig Prozent der Wählerinnen und Wähler, die sie in den oberen gesellschaftlichen Gruppen haben, den kritischen Bildungseliten und dem etablierten Bürgertum mit ihren sozial-libertären Auffassungen angehören, ist es bei der CDU/CSU ein Drittel. Bei der SPD herrscht ein ausgeglichenes Verhältnis vor – es sind gerade Teile ihrer aufgestiegenen bessergestellten Wähler, die sie in Richtung marktliberaler Reformen drängen. Bei der Linkspar-

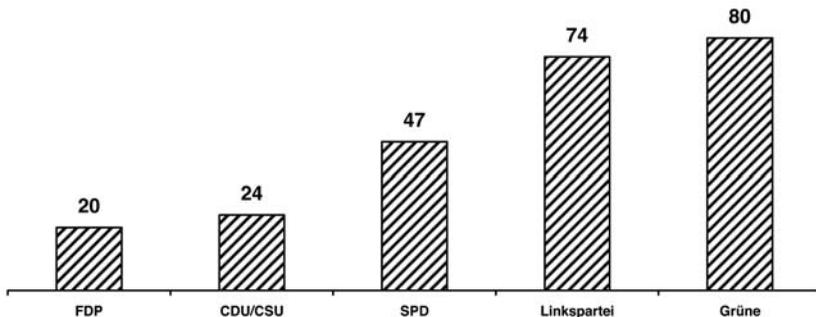
52 Vgl. zu den Details: Dag Seierstad: Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven. In: Cornelia Hildebrandt, Michael Brie: Die Linke in Regierungsverantwortung. rls papers 2006, S. 37-41.

53 <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/29-30/MenschenMeinungen/16444748.html>.

54 Peter Grafe: gute Zukunftschancen für die Grünen. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 5/2006, S. 15.

tei und den Grünen dagegen ist die überwältigende Zahl ihrer gut situierten Wähler sozial und libertär eingestellt (drei Viertel bzw. vier Fünftel). Nüchtern musste deshalb der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Fritz Kuhn, feststellen, dass die Führung der Grünen sich zwar eine Ampel-Koalition zutrauen würde: »Zugleich spüre ich bei unseren Wählern und Mitgliedern eine deutliche emotionale Abwehr gegen die FDP.«<sup>55</sup>

*Grafik 4: Anteil der sozial-libertären Wählerschaft an der Gesamtwählerschaft einer Partei in den oberen gesellschaftlichen Milieus in Prozent  
(Gero Neugebauer: Politische Milieus in Deutschland, a.a.O., S. 100)*



Franz Walter kommentiert dieses strategische Problem der Grünen mit den Worten, dass »schwarz-grüne Nahtstellen« bei den Wählerinnen und Wählern »kaum auffindbar« seien: »Es ist schon fast überraschend, wie wenig sich – trotz der rasanten Verbürgerlichung der Grünen – die Anhängerschaften dieser Parteien auf der Ebene politisch-kultureller Werte angenähert haben. Die Eliten dieser Parteien mögen die früheren Ressentiments und Fremdheiten während der letzten Jahre peu à peu überwunden haben, in der Fläche ihrer Milieus haben sich die Gegensätze mit zäher Konstanz gehalten.«<sup>56</sup> Die Ursache dafür dürfte in der unterschiedlichen Verankerung dieser Milieus liegen. Die neoliberal orientierten Gruppen sind vor allem im privatwirtschaftlichen, die sozial-libertären Gruppen stärker im öffentlichen Sektor tätig.<sup>57</sup> Milieus sind eben weit mehr als bloße Stimmungen und Meinungen. Sie sind mit der sozialen Praxis der jeweiligen Gruppen eng verbunden.

Wie die Tabelle 1 zeigt, ergeben sich auf der Basis der von Gero Neugebauer publizierten Forschungsergebnisse bundespolitische Koalitionsmöglichkeiten, die sich auf je unterschiedliche Schwerpunkte in den jeweiligen Gruppen der oberen Mittelschichten, der unteren Mittelschichten und der unteren Schichten stützen

<sup>55</sup> FAZ, 23. Juli 2007, S. 4.

<sup>56</sup> Spiegel Online, 12. August 2007 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,499483,00.html>).

<sup>57</sup> Vgl. dazu: Michael Brie: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in diesem Band.

können. Eine Mitte-Rechts-Koalition aus CDU/CSU und FDP ist stark überrepräsentiert bei den neoliberalen Eliten, eine Mittel-Links-Koalition dagegen bei den sozial-libertären Eliten. Erstere hat deutlich mehr Anhänger bei den »zufriedenen Aufsteigern«, letztere mehr bei der »bedrohten Arbeitnehmermitte«. Mitte-Rechts hat weniger Unterstützung bei den unteren Gruppen, vor allem bei den »abgehängten Prekarisierten«, die überproportional die Linkspartei wählen.

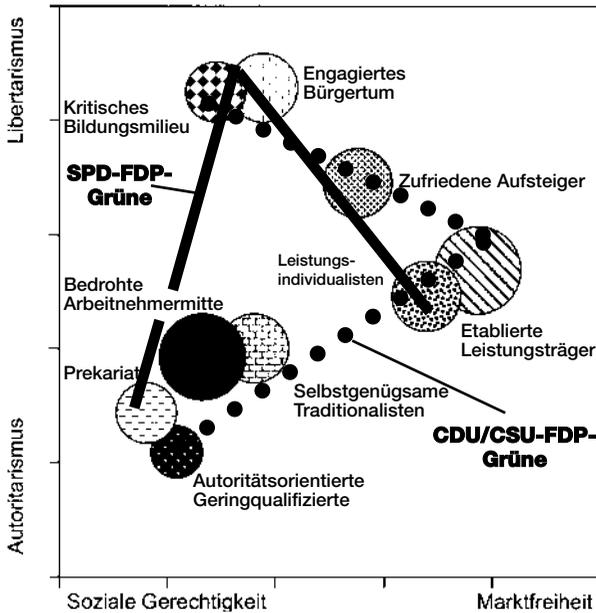
*Tabelle 1: Parteipolitische Koalitionen und Milieus (auf der Grundlage von: Gero Neugebauer: Politische Milieus, a. a. O., S. 103)*

Politische Milieu	CDU/CSU und FDP	SPD, Grüne und LP	Große Koalition	CDU/CSU, FDP und Grüne	SPD, Grüne und FDP
(1) Leistungsindividualisten	4,84	3,85	6,49	5,39	4,18
(2) Etablierte Leistungsträger	8,1	3,75	10,2	8,55	4,35
»neoliberale Gruppen« (1 und 2)	<b>12,94</b>	7,6	16,69	13,94	8,53
(3) Kritische Bildungseliten	1,17	6,39	3,97	3,69	4,86
(4) Engagiertes Bürgertum	2,9	5,5	5,7	4,5	4,8
»sozial-libertäre Gruppen« (3 und 4)	<b>4,07</b>	<b>11,89</b>	9,67	8,19	9,66
<b>Oberes Drittel der Gesellschaft insgesamt</b>	<b>17,01</b>	<b>19,49</b>	<b>26,36</b>	<b>22,13</b>	<b>18,19</b>
(5) Zufriedene Aufsteiger	6,11	4,68	8,84	6,76	4,16
(6) Bedrohte Arbeitnehmermitte	4,96	7,36	8,64	5,6	5,28
<b>Mittleres Drittel der Gesellschaft insgesamt</b>	<b>11,07</b>	<b>12,04</b>	<b>17,48</b>	<b>12,36</b>	<b>9,44</b>
(7) Selbstgenügsame Traditionalisten	4,07	3,85	6,6	4,51	3,41
(8) Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	2,45	2,45	4,13	2,45	2,73
(9) Abgehängtes Prekariat	1,44	3,52	2,16	1,68	1,6
<b>Unteres Drittel der Gesellschaft insgesamt</b>	<b>7,96</b>	<b>9,82</b>	<b>12,89</b>	<b>8,64</b>	<b>7,74</b>
<b>Koalitionszustimmung in % der Wahlberechtigten</b>	<b>36,04</b>	<b>41,35</b>	<b>56,73</b>	<b>43,13</b>	<b>35,37</b>

Die aus der CDU/CSU einerseits und aus der SPD andererseits immer wieder geäußerten Überlegungen, mit FDP und Grünen eine gemeinsame Koalition einzugehen, spielt die Probleme eines solchen Bündnisses für die beteiligten Parteien bewusst herunter. Eine Koalition unter Führung der CDU muss vor allem die Spannung zwischen marktliberalen Ansätzen ihrer oberen Unterstützergruppen und den sozialen Orientierungen ihrer unteren Unterstützergruppen überbrücken. Die SPD hat es immer mit dem Konflikt von libertären Ansätzen oben und autoritär ethnozentristischen Orientierungen unten zu tun. Da sich Grüne und FDP nun aber auf die sozial-libertären bzw. marktliberalen Kräfte der Oberschichten konzentrieren, käme eine weitere starke Spannung hinzu (Grafik 5). Derartige Koalitionen könnten zu einem schnellen Ende kommen, da sie es kaum vermeiden können, eines der drei Zentren in der Bevölkerung – die sozial-libertären Gruppen, die

marktliberal gemäßigt autoritären Gruppen bzw. die sozial-autoritären Gruppen – zu verprellen. Solche Koalitionen sind möglich. Es sind aber mit hoher Wahrscheinlichkeit Koalitionen gegen die Trägerschichten einer der beiden beteiligten kleineren Partner – oder aber sie verfolgen wie schon mit der Agenda 2010 eine Politik gegen »die kleinen Leute« insgesamt. Aber auch diese ließ sich, wie 2005 deutlich wurde, nicht dauerhaft erhalten.

Grafik 5: Die Spannungen einer CDU/CSU-FDP-Grünen- bzw. SPD-FDP-Grünen-Koalition



Es kann gut sein, dass auch Parteien nur durch eigene Erfahrung belehrt werden. Wenn in ihrer Not die SPD jetzt die Möglichkeiten einer Koalition mit FDP und Grünen auslotet, dann wird sie im Falle eines Erfolgs der Bildung einer solchen Koalition mit großer Sicherheit bald wieder vor dem Scheitern stehen, da Unvereinbares vereinbart werden soll. Der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil betont so in der *Stuttgarter Zeitung* vom 20. Juli 2007 einerseits die hohen Übereinstimmungen mit den Grünen und auch der FDP und fügt zugleich hinzu: »Es gibt allerdings Probleme mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Da muss man abwarten, ob die FDP in der Lage ist, sich programmatisch zu modernisieren.«<sup>58</sup> Es ist schon verblüffend, dass jeder Aufruf an andere, sie sollten endlich ihre Identität aufgeben, damit begründet wird, diese sei nicht »modern«. Die heutige FDP hat sehr

58 <http://www.ad-hoc-news.de/Politik-News/12577734/rss>.

gute Gründe, sich in keine Koalition mit SPD und Grünen drängen zu lassen. Die Union ist ihr natürlicher Partner und bleibt es auch. Die Grünen haben selbst auf lokaler Ebene keine allzu guten Erfahrungen bei Bündnissen mit der CDU gemacht, es waren vor allem Bündnisse gegen die SPD und nicht für eine gemeinsame Politik.<sup>59</sup> Sie werden sich nicht ohne völligen Verlust ihrer Identität und Lösung von ihrer Kernwählerschaft noch weiter nach rechts bewegen können.

### *Das strategische Dilemma der SPD – das eine kann sie nicht, das andere will sie nicht*

Die jetzige große Koalition von CDU/CSU und SPD ist fragil, da sie dazu führt, dass die SPD zwangsläufig einen Teil ihrer Wählerschaft verliert – und zwar gleichzeitig bei den sozial-libertären Oberschichten wie bei den Kerngruppen der Arbeiterschaft und dem abgehängten Prekariat. Die Fortsetzung der Agenda 2010 unter CDU-Führung stärkt deren Positionen im Mitte-Rechts-Lager und schwächt die der SPD im Mitte-Links-Feld.

Die SPD steht deshalb mittelfristig vor einer schwierigen Entscheidungssituation: Eine Fortsetzung der Großen Koalition reduziert ihr Gewicht und stärkt zugleich ihren parlamentarischen Konkurrenten von links – die Linkspartei. Ein Zurück zu Rot-Grün ist schon rechnerisch kaum vorstellbar, und auch dann steht die Frage, auf welcher programmatischen Grundlage regiert werden soll. Eine Ampel-Koalition würde Partner zusammenzwingen, die wenig gemeinsam haben. Solange die SPD vor allem »Schnittmengen«<sup>60</sup> mit der FPD sucht, kann sie bundespolitisch gegenüber der CDU nicht gewinnen. Die Agenda 2010 und die Politik der »neuen Wertschöpfung« sind *marktzentrierte* Politiken. Sie bereiten eher liberal-konservativen Mehrheiten den Weg, als dass sie Mehrheiten unter Führung der SPD sichern. Diese Erfahrung hat die SPD zwei Mal machen müssen – unter Helmut Schmidt und unter Gerhard Schröder.

Die SPD hat zwei Mal die Regierung in der Bundesrepublik übernommen – 1969 und 1998. 1969 kam sie auf der Welle einer langfristigen Linksentwicklung an die Regierung und konnte sie bis 1982 halten. Nachdem mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR und der Vereinigung 1989/90 eine sozialökologische Wende erst einmal von der Tagesordnung verschwunden war, trat die SPD 1998 mit zwei gegensätzlichen Konzepten an – dem Konzept eines linken Richtungswechsels von Oskar Lafontaine und dem Konzept Dritter Wege oder der »neuen Mitte« von Gerhard Schröder, formuliert auf der Basis des Neoliberalismus. Als Schröder-Partei scheiterte sie.

Die CDU erneuert sich gerade als sozial sensible liberal-konservative Partei. Angesichts einer solchen Konkurrenz wird die SPD in absehbarer Zeit kaum mit

59 Stefan Grönebaum: Der konkrete Charme von Schwarz-Grün. In: Berliner Republik, Heft 6/2006, S. 11 f.

60 So Kurt Beck im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 15. Juli 2007 (<http://www.kurt-beck.de/menu/1720099/index.html>).

einer marktzentrierten Politik »sozialer Modernisierung« überzeugen können, weil sie sich auf dieser Basis eben nicht wirklich der »Modernisierungsverlierer«<sup>61</sup> auf neue Weise annehmen kann. Gerade auch in einer von ihrer Führung gegenwärtig angestrebten Koalition mit FDP und Grünen würde sie bitter erfahren müssen, dass sie dabei noch weiter verlieren dürfte – an ihre Koalitionspartner und vor allem an die Linkspartei.

*Stimmt diese Einschätzung, dann hat die SPD nur die Alternative, einen Richtungswechsel auf der Basis einer Mitte-Links-Koalition anzuführen oder sich dauerhaft in der Unterlegenheit gegenüber der CDU einzurichten.* Dies würde bedeuten, sich langfristig auf einen Verdrängungswettbewerb mit der Linkspartei einzulassen, die ihr die Stellung als große linke Volkspartei in den nächsten zehn Jahren durchaus streitig machen könnte. In Mainz mag diese Botschaft noch nicht angekommen sein, in Berlin sind sich auch Sozialdemokraten dieser Möglichkeit bewusst. Aus der Friedrich-Ebert-Stiftung ist schon zu hören, dass die »soziale Allianz« gefährdet sei, »auf der die Mehrheitsfähigkeit der progressiven Parteien Europas strategisch basierte: der Allianz zwischen den Unterschichten und den unteren Mittelschichten«. Weiter heißt es: »Die linke Mitte steht angesichts dieser Situation vor der Aufgabe, ein neues, mehrheitsfähiges politisch-ideologisches Projekt zu formulieren. Dieses Projekt muss sich vom verengten Ökonomismus des ›Dritten Weges‹ befreien, ohne das strategische Terrain der gesellschaftlichen Mitte aufzugeben.«<sup>62</sup>

Die SPD hätte objektiv gute Gründe, sich strategisch als Führungspartei eines Richtungswechsels zu profilieren. Wesentlich bessere zumindest als die, sich mit der CDU um das Maß sozialer Einbettung einer marktorientierten Politik zu streiten. Denn diesen Wettbewerb dürfte sie hoffnungslos verlieren. Die SPD hat schon 2005 erfahren müssen, dass sie bei der »Gestaltung der Globalisierung« zu den Konditionen des Neoliberalismus nicht gewinnen kann. Wird dann aber wirklich die Einschätzung Bestand haben, dass »sich die SPD auf lange Dauer von der Linken verabschiedet«<sup>63</sup> habe? Parteien sind Organisationen, die auf Wähler nicht verzichten können, auch die SPD nicht. Zumindest dies dürfte seinen Druck entfalten.

Noch aber hält die SPD ihren unter Schröder eingeschlagenen Kurs im Wesentlichen bei und profiliert sich als »Partei der nachhaltigen Wertschöpfung«. In ihrer Vorstellung vom »vorsorgenden Sozialstaat« setzt sie »auf die Expansion von existenzsichernder Erwerbsarbeit und die Erhöhung des individuellen kulturellen Kapitals zur Bewältigung der existenziellen Herausforderungen im modernen Kapitalismus«<sup>64</sup>. Dies aber heißt, sich ganz auf die Mittelschichten zu konzentrieren, deren Steuerlast weiter zu senken und die Herausbildung einer auf

61 Thomas Meyer: Zwischenruf: Ein europäischer Normalfall. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Heft, Heft 6/2007, S. 42.

62 Ernst Hillebrand: Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen. A. a. O., S. 5.

63 Elmar Altvater: Erst Heuschrecken, dann Fledermäuse. In: Freitag, 20. Juli 2007, S. 1.

64 Joachim Bischoff: Die SPD im 21. Jahrhundert. Partei der nachhaltigen Wertschöpfung? In: Sozialismus, Heft 4/2007, S. 19.

Armutsniveau arbeitenden Unterklasse zu erzwingen. Es ist eine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat und hin zu einer Politik des »Ausschlusses der Arbeiterklasse sowie der Armutsverwaltung«<sup>65</sup>.

Bisher sind die Modifikationen der Politik der SPD taktischer Natur. Ihre Führung hat begriffen, dass eine einfache Fortsetzung der Politik von Schröder unmöglich ist, weil sie sonst jede Wählerbasis verliert: »Die SPD braucht den ›gesetzlichen Mindestlohn‹ als *Abgrenzungsrealität* zu den Unionsparteien und als *Integrationsangebot* für Gewerkschafter in den kommenden Wahlkämpfen – nicht als Element einer neuen sozialdemokratischen Identität.«<sup>66</sup>

Falls die SPD aber im Resultat weiterer Niederlagen erkennen würde, dass sie als Partei der Agenda 2010 keine Chance hat, dann bleibt ihr nur ein anderer Weg: In der Tradition von Willy Brandt könnte sie mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit wagen und eine Wende hin zu einer neuen Friedenspolitik einleiten. Unter dem machtvollen »Zangengriff ... zwischen einer Union, die mit Ursula von der Leyen immer mehr die Mitte erobert, und einer Linkspartei, die offensiv die linken Themen besetzt«<sup>67</sup> könnte sie sich zu einer linken Neuorientierung gezwungen sehen. Dies aber würde mittelfristig bedeuten: »Faktisch zwingt ›Die Linke‹ die SPD in die Einheit der Linken – entweder in der Opposition oder eben doch in der gemeinsamen Regierung.«<sup>68</sup>

Diesen Weg aber will ihre Führung bisher nicht gehen. Der Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD orientiert sich eindeutig: »Es bleibt dabei: So viel Markt wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.«<sup>69</sup> Fragen der Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen werden ausgeklammert. Gegenüber den Herausforderungen des Finanzmarkt-Kapitalismus heißt es deutlich verharmlosend: »Wo die Finanzmärkte übertriebene und lediglich kurzfristige Renditen realisieren, werden langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen gefährdet und somit Arbeitsplätze vernichtet.«<sup>70</sup>

Von einer Zurückdrängung der Dominanz der Finanzanleger über die Wirtschaft und damit über die Gesellschaft ist nicht die Rede. Der von der SPD vorgeschlagene Arbeitnehmerfonds würde, wie ihr Bundesgeschäftsführer es formuliert, den »Kapitalismus nutzbar machen«, ohne dabei die tatsächlichen Interessen der Mehrheit der Beschäftigten wie Arbeitslosen ernst zu nehmen und an die Zurückdrängung des Finanzmarkt-Kapitalismus heranzugehen. Kritisch bemerkt Klaus Ernst: »Wir befürworten ein solches Modell, wenn die Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligt werden und gleichzeitig die Mitbestimmung erhalten, die Geschehnisse ihres Unternehmens mitentscheiden zu können. Nur passiert

65 Ingo Schmidt: Neue Linkspartei: Warten auf die SPD. In: Sozialismus, Heft 6/2007, S. 25.

66 Richard Detje, Otto König: Das Ende der Koalition. In: Sozialismus, Heft 7-7/2007, S. 33.

67 Albrecht von Lucke: Neue Linke, neue Lage. Blätter für deutsche und internationale Politik. In: Heft 8/2007, S. 902.

68 Ebenda, S. 903.

69 »Bremer Entwurf«, a. a. O., S. 36.

70 Ebenda, S. 42.

das bei den jetzigen Formen nicht. Im Gegenteil. Die Arbeitnehmer sollen lustvoll mitwirken, wenn eine Firma Arbeitsplätze abbaut, um damit die Rendite zu steigern, an der sie beteiligt sind. Nur kann der Arbeitnehmer von dieser Rendite nie so leben wie normale Kapitalbesitzer.«<sup>71</sup>

Durch den Wechsel von Oskar Lafontaine zur Linkspartei ist der SPD der entscheidende Repräsentant der linken Enkel Willi Brandts verloren gegangen. Der innerparteiliche Kampf um die Strategie der SPD hat trotzdem neu begonnen. Noch sind es Vorgefachte, bei denen sich alternative Ansätze in Stellung bringen. Wenn Klaus Wowereit ein offenes Nachdenken über eine Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene fordert (und wer nimmt dann die Tabuisierung für das Jahr 2009 noch ernst?), dann ist dies zugleich auch eine inhaltliche Positionierung. Im Interview mit dem *Tagesspiegel* formuliert er: »Alles kommt in Bewegung. Es wäre fatal, wenn sich die SPD schon jetzt jedes Bündnis links der Mitte verbieten würde. Ich sage: Wir müssen die Prüfung auch eines solchen Bündnisses zulassen.«<sup>72</sup> Und er verbindet dies mit der Aussage: »Wenn wir im Oktober in Hamburg die Programmdebatte abschließen, dann muss jeder ein sozialdemokratisches Profil der sozialen Gerechtigkeit erkennen können. Die einzig wirkungsvolle Antwort auf die Linkspartei ist ein klares Profil der SPD. Das sage ich nach fast sechs Koalitionswahren mit dieser Partei in Berlin.«<sup>73</sup> Die Berliner SPD hat sich deshalb zum demokratischen Sozialismus bekannt, die Einführung eines Mindestlohns und öffentlichen Beschäftigungssektors gefordert, sich für die Ganztagschule und eine Gemeinschaftsschule bis zur zehnten Klasse eingesetzt und sich gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn gewandt.

Diese klaren Aussagen haben Klaus Wowereit nicht geschadet. Im Gegenteil. Er wird durch die Medien schon als Kanzlerkandidat gehandelt und landete im Juli 2007 mit 18 Prozent Zustimmung vor Kurt Beck (17 Prozent) und Klaus Steinbrück (14 Prozent) und nur wenig hinter Frank-Walter Steinmeier (21 Prozent) in der Reihe der beliebtesten Kandidaten. In Ostdeutschland sind es sogar 25 Prozent, die ihn als Kanzlerkandidat der SPD bevorzugen würden.<sup>74</sup> Klaus Wowereit ist mittlerweile bei neunzig Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger bekannt. Trotzdem (oder deshalb?) wurde er noch im Juli 2007 auf der Homepage der SPD unter der Liste der fünfzig (!) führenden Köpfe der Partei nicht aufgeführt. Ein Rückzug Becks von der Kanzlerkandidatur oder (gegenwärtig wahrscheinlicher) sein Scheitern im Jahre 2009 würde den Weg für eine Neupositionierung an der SPD-Spitze und damit auch für Klaus Wowereit öffnen. Dann kann er auch für Überraschungen sorgen: So überholte er seinen PDS-Koalitionspartner im Berliner Wahlkampf 2005 mit der Forderung nach einem kostenfreien Kita-Besuch, wo die Berliner PDS doch gerade wenige Jahre zuvor den Wegbruch der

71 Klaus Ernst in der Frankfurter Rundschau, 2. Juli 2007.

72 Tagesspiegel, 19. Juli 2007 (<http://www.tagesspiegel.de/politik/Deutschland-SPD-Klaus-Wowereit;art122.2335031>).

73 Ebenda.

74 <http://www.morgenpost.de/appl/newsticker2/index.php?channel=beb&module=dpa&id=15161648>.

eigenen Wählerbasis riskiert hatte, als die Kita-Gebühren (für Bezieher mittlerer und höherer Einkommen) erhöht worden waren.

»Wir haben eine klare Leitlinie: nicht mit denen im Westen«, sagte Kurt Beck dem »Stern« im Juni 2007. Nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Landesverbänden der SPD gibt es aber eine Aufweichung dieses Denkverbots. So hält die SPD-Chefin in Nordrhein-Westfalen eine Regierungskoalition mit Grünen und Linkspartei 2009 durchaus für möglich. Auch aus dem Saarland gibt es entsprechende Signale. Auf der Suche nach Mehrheiten kommt die SPD zukünftig auch im Westen immer weniger an der Linkspartei vorbei.

Die SPD hat unter dem Druck des Aufstiegs der Linkspartei und unter dem Eindruck eines sinkenden gesellschaftlichen Einflusses begonnen, eine Richtungsdiskussion zu führen. Seit 1998 hat sie bei fast allen Landtagswahlen Verluste hinnehmen müssen. Die Bundestagswahlen 2002 wurden nur knapp gewonnen, die 2005 verloren. Langsam könnte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Volkspartei SPD ohne linkes Profil keine Zukunft haben wird. Auch dafür gibt es immer deutlichere Zeichen.

In der *Welt am Sonntag* vom 8. Juli distanziert sich Andrea Nahles, eine der drei designierten stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, indirekt von der Agenda 2010, indem sie eine Agenda 2020 verlangt und keine nach hinten gerichtete Debatte führen möchte. Zugleich insistiert sie darauf, dass die SPD »linke Volkspartei« sein müsse. Die Differenzen zur Linkspartei formulierte sie so: »Der Unterschied zur Linkspartei besteht darin, dass wir die Steuerungspotenziale des Marktes für das Gemeinwohl nutzen wollen. Wir setzen nicht nur auf Verteilungspolitik, sondern auch auf die Wertschöpfungsmöglichkeiten des Marktes. Wir wollen die Leistungsbereitschaft der Menschen nicht durch ... Transferlogiken einschläfern. In der Außenpolitik weiß die SPD, dass Deutschland keine Insel ist. Die Linkspartei tut sich hingegen mit latent nationalistischen Untertönen hervor.«<sup>75</sup>

In einem von Andrea Nahles und Detlev Albers im Frühjahr 2007 herausgegeben Band sind eine Reihe von linken Kritikern des »Bremer Entwurfs« eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vereinigt. Zum einen wird auf eine Reihe von Erfolgen der SPD-Linken verwiesen, die bei der Formulierung des Entwurfs erreicht wurden. Die Erfolge selbst verweisen jedoch auf die Schwäche dieser Linken und den Gesamtzustand der SPD: Aufnahme einer Beschäftigungsversicherung, das Bekenntnis zu kollektiven solidarischen Sicherungssystemen, Mindestlöhnen und einem besonders geförderten »sozialen Arbeitsmarkt«. Auch auf das an einer Stelle des Entwurfs enthaltene Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus wird verwiesen.

Zugleich eint die linken SPD-Kritiker vor allem eine Einschätzung des Bremer Programmentwurfs der Partei: »Insgesamt kennzeichnet den Entwurf eine imponierende Blässe der Gegnerbeschreibung in Ökonomie und Politik. Das verleitet selbst die liberale Zeit zu dem fatalen Missverständnis (oder zu der zutreffenden

75 [http://www.welt.de/politik/article1006462/Kapitalist\\_ist\\_ein\\_Schimpfwort.html](http://www.welt.de/politik/article1006462/Kapitalist_ist_ein_Schimpfwort.html).

Einsicht – M. B.?), das vermeintliche ›Samtpföddenprogramm‹ habe seinen ›Frieden mit dem globalen Kapitalismus gemacht‹ (Thomas E. Schmidt, in: *Die Zeit* vom 23. Januar 2007). Wir sollten alles daran setzen, bis zum Beschluss über den endgültigen Text des Programms klar zu machen, wer die globalen Akteure sind, welche Interessen sie leiten und wie nichtsdestoweniger der Anspruch realisiert werden kann, dass die Wirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung den Menschen dient und demokratische und politische Entscheidungen Vorrang haben.«<sup>76</sup>

In direkter Kritik am »Bremer Entwurf« für das neue Grundsatzprogramm der SPD fordert der Bundesvorsitzende der Jusos und Leiter des Grundsatz- und Planungsreferats von Klaus Wowereit, Björn Böhning, »Mut zur Kapitalismus-Kritik«: »Zwar bekennt sich der Programmentwurf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Mut zur Kapitalismus-Kritik hieße aber gleichzeitig, auch die Frage zu beantworten, wie das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wiederhergestellt werden kann ... Ohne eine Antwort auf die Entwicklung zum Turbokapitalismus wird sozialdemokratische Managerkritik schnell unglaubwürdig. Denn es sind kapitalistische Strukturen, die global vernetzte Unternehmen so handeln lassen, wie sie handeln: Nämlich zum Nachteil der Belegschaften und ihrer Rechte... In dieser Situation allein auf die Befähigung der Menschen zu setzen, diesen Wettbewerb zu bestehen, ist zum Scheitern verurteilt.«<sup>77</sup>

Die programmatischen Vorstellungen der SPD-Linken werden bewusst ungenau gehalten, um die Anschlussfähigkeit an die gegenwärtige Mehrheitsfraktion in der Führung nicht zu verlieren. Trotzdem gibt es Akzentsetzungen, die auf einen Richtungswechsel der SPD selbst hinzielen: Ausgegangen werden soll von zentralen Widersprüchen der Gegenwart (Hermann Scheer; Andrea Ypsilanti). Es werden Ansätze einer Gegenmachtspolitik entwickelt, die in der Lage sei, das große Kapital zu bändigen und zu einer »demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung« zu führen (Detlev Albers). Die militärische Option müsse viel strikter als bisher eingeschränkt werden (Niels Annen) und Abrüstung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden (Rolf Nützenich).

Mit Blick auf die EU formuliert Angelica Schwall-Düren eindeutig: »Europa wird ein soziales Europa sein, oder es wird nicht sein!«<sup>78</sup> Dazu gehören für sie Mindeststandards und ihre Harmonisierung nach oben, Zurückdrängung des Wettbewerbsprinzips durch ein zumindest gleichberechtigtes Prinzip der Sozialen Dimension im EU-Primärrecht. Auch die Wirtschaftsdemokratie wird wieder auf die Tagesordnung gesetzt und völlig anders als im »Bremer Entwurf« der Vorschlag formuliert: »Staatliche Intervention soweit wie nötig – marktwirtschaftlicher Wettbewerb soweit wie sinnvoll – Bürokratie so wenig wie nötig.«<sup>79</sup> Auch dem

76 Detlev Albers, Andrea Nahles (Hg.): Linke Programmanstöße. Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD. Berlin 2007, S. 10.

77 Björn Böhning: Deckmantel oder Kompass? In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/2007, S. 50.

78 Angelica Schwall-Düren: Für ein demokratisches und soziales Europa. In: Detlev Albers, Andrea Nahles (Hg.): Linke Programmanstöße. A. a. O., S. 47.

79 Detlev Albers, Rolf Prigge: Wirtschaftsdemokratie gleich Prima der Politik plus Mitbestimmung. In: Ebenda, S. 65.

Weg in einen Überwachungsstaat wird eine klare Absage erteilt (Ulrich Kelber und Wolfgang Gunkel). Es werden Ansätze einer anderen Familien- und Geschlechterpolitik skizziert (Andrea Ypsilanti) und das Konzept einer Grundsicherung (Reinhold Rünker) und des Aufbaus eines »dritten Arbeitsmarkts« (Iris Gleicke) skizziert. Energie-Revolution (Marco Bülow) und Übergang zum Solarzeitalter (Hermann Scheer) werden als Teil einer umfassenden Transformation von Produktions- und Lebensweise angesprochen.

Diese Positionen aus der SPD-Programmdiskussion wurden vor allem deshalb so ausführlich referiert, weil die linken Potentiale innerhalb der SPD oft unterschätzt werden. Zudem sind sie an der Basis dieser Partei viel stärker verbreitet als in ihren jetzigen Führungsetage. Aus dem Zusammenspiel eines Scheiterns der gegenwärtigen Strategie von Kurt Beck und seinen Verbündeten mit dem Machtanspruch einer neuen Generation, von denen zumindest ein Teil durchaus Chancen für eine linke Profilierung sieht, sowie dem linken Drängen eines größeren Teils der Mitgliedschaft kann schon vor 2009 ein offener Richtungskampf innerhalb der SPD ausbrechen. Der Ausgang ist ungewiss.

Ein Signal dafür, dass dieser Richtungskampf längst begonnen wurde, ist die außerordentlich konfrontative Position von Ottmar Schreiner, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD. In einem ganzseitigen Artikel in der FAZ rechnet er in aller Schärfe mit der jetzigen Parteiführung ab: »... die Parteispitze hat in den Schröder-Jahren mit dem ursozialdemokratischen Reformismus gebrochen und sich mit Agenda 2010 und Hartz IV von einer fortschrittlichen, emanzipatorischen Reformpolitik endgültig verabschiedet. Eine kleine Clique an der Spitze der Partei wollte die reformistische Tradition der SPD als linker Volkspartei entsorgen. Es ist daher an der Zeit, diesem Irrweg entschieden entgegenzutreten. Die Entsozialdemokratisierung und Entwurzelung der SPD muss programmatisch und personell gestoppt werden.«<sup>80</sup>

### *Die Grünen zwischen »grüner Marktwirtschaft« und der »sichtbaren Hand demokratischer Regulierung«*

In der Rot-Grünen Bundesregierung haben die Grünen die Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend der SPD überlassen. Mit der Konzentration auf Außenpolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz hatten sie sich so eingerichtet, dass sie als Partei das Ende dieser Koalition weitgehend unbeschadet überstanden haben. Ihr historischer Anspruch, für eine zivile, demokratische, gerechte Globalisierung einzusetzen und eine umfassende sozial-ökologische Transformation der Industriegesellschaften einzuleiten, ist jedoch uneingelöst.

Nach dem Ende dieser Regierungskoalition stehen die Grünen vor der Entscheidungsfrage: Wollen sie den ökologisch-libertären Flügel einer marktzentrier-

80 Ottmar Schreiner: Gegen die Entsozialdemokratisierung der SPD. In: FAZ vom 10. September 2007, S. 11.

ten »Modernisierung« oder die ökologisch treibende Kraft eines sozialen Richtungswechsels bilden? Wie in der SPD haben auch bei den Grünen die Vertreter eines aufgeklärten Neoliberalismus die Meinungsführerschaft. Es verstärken sich aber die Gegenteilstendenzen.

Auf der Homepage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde im Juli 2007 ein neues Konzept vorgestellt, das unter Leitung von Fritz Kuhn erarbeitet wurde. Dort heißt es: »Märkte und Wettbewerb sind keine autonomen politischen Ziele. Sie sind allerdings hocheffiziente Suchverfahren für gute Lösungen unter bestimmten Rahmenbedingungen. Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.«<sup>81</sup>

Der Kern des Konzepts einer »grünen Marktwirtschaft« wird mit den folgenden Sätzen bestimmt: »Wenn wir die oben beschriebenen Herausforderungen meistern wollen, müssen wir jenseits von neoliberaler Marktvergötterung und altlinker Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit nach den neuen Rahmenbedingungen fragen, die funktionierende Märkte der Zukunft brauchen. Diese Rahmenbedingungen für Deutschland und für den europäischen Binnenmarkt klug zu setzen und dann eine Politik für effektiven Wettbewerb durchzusetzen, sind die wichtigsten Ansatzpunkte des Konzepts der grünen Marktwirtschaft.«<sup>82</sup>

Dieser Ansatz der »grünen Marktwirtschaft« hat erstens einen klaren Adressaten: kulturelle Mittel- und Oberschichten, die sich im weiteren Sinne unternehmerisch betätigen und wollen, dass dies – vermittelt über die »unsichtbare Hand des Markts« – im Einklang mit bestimmten humanistischen Werten geschieht. Nur sie können die gewählte Sprache verstehen, nur für sie hat diese Sprache eine unmittelbar nachvollziehbare Botschaft.

Das Konzept der »grünen Marktwirtschaft« vertritt zweitens ein klares Gesellschaftsmodell: die ideale Marktwirtschaft mit der möglichst vollständigen Gleichheit und umfassenden Informiertheit der Akteure. Damit wird auch das neoliberale Menschenbild der Einzelnen als »Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« übernommen. Es wird nur ergänzt durch die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Märkte auch die richtigen Lösungen bereitstellen. Dies gilt auch für die soziale Frage. Der richtig eingerahmte Markt wird es richten: »Märkte produzieren sich selbst überlassen keine sozial gerechten Ergebnisse ... Der Staat muss hier für einen Rahmen sorgen, der die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich überwindet und soziale Gerechtigkeit im Sinne der verschiedenen Aspekte eines modernen Gerechtigkeitsbegriffs schafft.«<sup>83</sup>

Und drittens wird auch die Gesellschaft jenseits der Märkte sehr spezifisch gedacht: »Es gibt viele Bereiche gesellschaftlicher Austauschbeziehungen, die nicht

81 Grüne Marktwirtschaft. In: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/wirtschaft/dok/189/189534.pdf>, S. 3.

82 Ebenda, S. 4.

83 Grüne Marktwirtschaft. In: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/wirtschaft/dok/189/189534.pdf>, S. 5.

über Märkte zu organisieren sind. Gesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten bilden das soziale Kerngerüst einer Gesellschaft frei kooperierender Individuen. Das können Märkte nicht besser. Netzgebundene Infrastrukturen, Bildung und andere öffentliche Güter bilden erst die Voraussetzung für funktionierende Märkte.«<sup>84</sup>

Eine solche Herangehensweise impliziert die Vorstellung, dass Bereiche, die nicht marktförmig gestaltet sind, eigentlich nur ein Notbehelf sind (da Märkte es – leider? – nicht besser können). Zudem haben sie vor allem die Funktion, die Voraussetzung für funktionierende Märkte zu schaffen. Nicht etwa die großen und heute völlig unterfinanzierten Bereiche von Bildung, Gesundheit, Pflege, der Gesamtheit personenbezogener Dienstleistungen, der mühsamen und ungeheuer aufwendigen Sorge für die durch soziale Probleme, kulturelle Ausgrenzung, Kriminalität, Suchtfolgen usw. geprägten Gruppen stehen im Mittelpunkt, sondern Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten. Sie sollen das »soziale Kerngerüst« bilden für eine »Gesellschaft frei kooperierender Individuen«.

Die sozialen und kulturellen Folgen von ständiger Unsicherheit, Bedrohung, Überforderung sowie Vereinsamung und Ghettoisierung überantworten die Autoren des Konzepts der »grünen Marktwirtschaft« (ernstgemeint?) dem rein freiwilligen Engagement und karitativer Tätigkeit. Dabei ist völlig klar: »Die Schichten und Gruppen ..., die eine ‚Heimat in Zeiten stürmischen Wandels‘ am meisten benötigen, verfügen oft gerade nicht über das Sozialkapital und die Ressourcen, die sie zu artikulations- und durchsetzungsfähigen Aktivbürgern machen könnten.«<sup>85</sup>

Man hat das Gefühl, dass die Verfasser dieses Konzepts in einer Enklave von gut dotierten Eliten leben, in der alles zum freien Spiel freier Individuen geworden ist. Aber selbst in dieser Enklave könnte man sich über das »Elend der Welt« informieren<sup>86</sup>. Aus dieser selbstverschuldeten Isolation heraus ist verantwortungsvolle Gesellschaftsgestaltung unmöglich.

Das Dokument »Grüne Marktwirtschaft« ist ein typisches Erzeugnis jener Sprache, die Stephan Kaufmann »Power-Speak« nennt: »Es ist die Sprache der Macht. Sie trägt Anzug und fordert Respekt, keine Freundschaft, sie verheißt Macht und Geld ... Power-Speak erhebt seine Sprecher zu Experten und entlässt sie gleichzeitig aus der Verantwortung... Als bloß Ausführende der Welt-Maschine tragen sie keine Schuld. Ihre Aufgabe ist es nur, den Wandel voranzutreiben, weil (!) er ohnehin läuft.«<sup>87</sup>

84 Ebenda.

85 Gerd Mielke: Solidarische Bürgergesellschaft – neues Leitbild oder Leerformel. In: Berliner Republik, Heft 3/2007, S. 65.

86 Pierre Bourdieu und andere: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997. Vgl. auch: Franz Schultheis, Kristian Schulz (Hg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz 2005.

87 Stephan Kaufmann: Der Sound des Sachzwangs. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2006, S. 371.

Natürlich gibt es auch im Konzept der »grünen Marktwirtschaft« Anknüpfungspunkte für linke Politik. Aber sie bleiben randständig. Kurz nach dem Konzept der Parteiführung erschien ein Gegenkonzept »Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt« von Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin und Barbara Unmüßig.<sup>88</sup> Vergleicht man die beiden Konzepte, so werden die Differenzen innerhalb der Partei deutlich. Wo die »grüne Marktwirtschaft« das Thema globaler Gerechtigkeit vor allem als »fairen Zugang zum Welthandel« thematisiert, schreibt Jürgen Trittin in einer Kurzfassung für die FAZ: »'Ökologische Gerechtigkeit' in globaler Perspektive heißt vor allem, dass die Wachstumschancen und die Lasten der Umstellung unserer Wirtschaftsweise gerecht verteilt werden.«<sup>89</sup>

Für die Autoren der »grünen Marktwirtschaft« stellt sich die globale Welt vor allem so da: »Im digitalen Zeitalter sind die Menschen permanent vernetzt, nehmen dadurch Wissen schneller auf und sind somit schneller im Austausch miteinander.«<sup>90</sup> Jürgen Trittin formuliert dagegen: »Für Kapital, Güter und wohlhabende Menschen sind heute die Grenzen verschwunden. Für Arme werden sie immer schärfer bewacht um den Preis ihres Todes durch Ertrinken in den Meeren oder Ersticken in Containern.«<sup>91</sup>

All dies ist nicht nur eine Frage der Sprache, sondern auch der politischen Richtung. Wo die einen von »der« Marktwirtschaft sprechen, sieht der andere (auch) Kapitaleigentümer, multinationale Großunternehmen am Wirken und verweist auf Interessen der Konsumenten und Kleinanleger. Wo die einen nur von Rahmenbedingungen des Marktes reden und die »altlinke Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit«<sup>92</sup> kritisieren, fordert der andere eine »sichtbare Hand«, die »verbindliche Reduktionsziele, Verbrauchsobergrenzen, ... Umstellungsziele, politisch koordinierte Planungssicherheit ...«<sup>93</sup> setzt. Zudem insistiert Jürgen Trittin auf der Verbindung von ökologischem Umbau »mit der eher klassischen Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit im nationalen Maßstab«<sup>94</sup>.

Noch deutlichere Kritik an dem Konzept der Fraktionsführung um Fritz Kuhn übten die Autoren des Papiers »Solidarisch Wirtschaften. Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft«. Dem »grünen Kapitalismus« stellen sie eine »ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie« gegenüber, in der Politik grundsätzlich vor Wirtschaft kommt und deren äußere Rahmenbedingungen und interne Regeln demokratisch, öffentlich-transparent und verbindlich setzt. Wirt-

88 Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt. Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig ([http://www.baerbel-hoehn.de/cms/default/dokbin/178/178852\\_langfassung\\_wirtschaftspapier.pdf](http://www.baerbel-hoehn.de/cms/default/dokbin/178/178852_langfassung_wirtschaftspapier.pdf)).

89 Jürgen Trittin: Die sichtbare Hand. In: FAZ, 2. Juli 2007, S. 7.

90 Grüne Marktwirtschaft, a. a. O., S. 7.

91 Jürgen Trittin, a. a. O.

92 Grüne Marktwirtschaft, a. a. O., S. 5.

93 Jürgen Trittin, a. a. O.

94 Ebenda.

schaft findet in der Gesellschaft statt. Nicht der scheinbare Automatismus der »unsichtbaren Hand des Marktes« kann Leitprinzip Grüner Wirtschaftsdemokratie sein, so die Autoren, sondern vielmehr »die für jedermann/frau sicht- und demokratisch beeinflussbare Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse.«<sup>95</sup> Im Juni 2007 ist Rüdiger Sagel aus der Partei Die Grünen ausgetreten.

Der Rückblick auf die Rot-Grüne-Regierungskoalition und Aspirationen eines Teils ihrer jetzigen Führung für Schwarz-Grün sollte nicht blind machen für die Tatsache: Auch innerhalb der Partei Die Grünen gibt es (immer noch) Potentiale für einen linken Richtungswechsel. Sie sind wesentlich auch durch jenen Teil der Wählerschaft bedingt, der keinesfalls marktzentriert denkt und handelt – den »kritischen Bildungseliten«.<sup>96</sup> Aus einer Alibi-Funktion der Linken (Rüdiger Sagel) könnte auch wieder reale Politik werden. Die Niederlage der Parteiführung der Grünen auf dem erzwungenen Sonderparteitag im September 2007 zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ein Signal neuer Konflikte.

Seit 2006 ist der Einfluss der Parteilinken bei den Grünen, wie Jochen Weichold feststellt, wieder stärker geworden. Dies zeige sich in den Diskussion zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, dem Grundeinkommen/der Grundsicherung und der Wirtschaftspolitik. In Fragen von Bürgerversicherung, Kernenergie, Bürgerrechten und Demokratie sowie gesetzlichem Mindestlohn gäbe es wichtige Übereinstimmungen der offiziellen Positionen der Grünen und der Linken.<sup>97</sup>

### **Eine neue soziale und ökologische Politik und ein anderes wirtschaftliches Wachstum sind vereinbar**

Dem Bündnis für einen sozialen Richtungswechsel steht in der Bevölkerung vor allem ein Vorurteil im Wege – eine soziale Politik sei zwar humaner, aber wirtschaftlich notorisch kontraproduktiv. Es ist den Neoliberalen gelungen, eine ihrer zentralen Thesen durchzusetzen: Spätestens im Zeitalter »der Globalisierung« würden Wirtschaft und Soziales in einem Gegensatzverhältnis zueinander stehen. Was dem einen nütze, schade dem anderen. Diese Ideologie ist zum herrschenden Zeitgeist geworden. Mehr noch: Es gilt bei sehr vielen die Überzeugung, dass Freiheit mit einem Weniger an Gerechtigkeit bezahlt werden müsse. Ein fürsorglicher Staat erscheint als Staat der Unfreiheit (Grafik 6). Menschlichkeit, so die Botschaft, geht auf Kosten von Wohlstand. Und gleichzeitig, so ist mit Besorgnis

95 Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der »unsichtbaren Hand des Marktes« (Kritikpapier zum »AutorInnenpapier: Grüne Marktwirtschaft«) von Werner Hager, Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Zdebel, Jürgen Klippert (18. April 2007) ([http://www.sagel.info/solid\\_wirtsch\\_lang.pdf](http://www.sagel.info/solid_wirtsch_lang.pdf)).

96 Vgl. zur Wählerschaft der Grünen auch den Beitrag von Dietmar Wittich in diesem Band.

97 Jochen Weichold: Quo vadis, Grüne? Sieben Thesen zur Entwicklung der Grünen. Ms. 2007, S. 9 f.

festzustellen, verliert die Freiheit dadurch, dass sie mit Marktfreiheit identifiziert wird, an Unterstützung.<sup>98</sup>

*Grafik 6: Fürsorglicher und iberaler Staat im Vergleich*

*Bevorzugen Sie einen fürsorglichen Staat mit viel Bürokratie und hohen Steuern, der sich dafür um seine Bürger kümmert und in die Wirtschaft eingreift, sobald es Schwierigkeiten gibt, oder einen liberalen Staat mit wenig Bürokratie und niedrigen Steuern, der sich aus der Wirtschaft heraushält und nur die notwendigsten Absicherungen für die Bürger übernimmt (in Prozent), FAZ vom 16. Mai 2007, S. 5.*



Ist es aber überhaupt richtig, dass wirtschaftlicher Erfolg sozial negative Auswirkungen haben muss? Ist ein Mehr an Gerechtigkeit und Gleichheit zwangsläufig ein Weniger an Freiheit? Gibt es Sachzwänge, die große gesellschaftliche Gruppen dazu verdammen, in Armut zu leben? Sind sinkende Löhne und Steuern der Preis für Wettbewerbsfähigkeit? Wer sich wirksam für einen sozialen Richtungswechsel in der Bundesrepublik einsetzt, muss diese Annahmen widerlegen. Denn eines gilt auch heute: Mehrheiten für eine andere Politik hängen davon ab, dass diese Mehrheiten davon überzeugt sind, dass sich diese andere Politik für sie und die Gesellschaft insgesamt auch wirtschaftlich lohnt. Der Kampf um Hegemonie hat hier seinen Prüfstein.

Die These, dass Mehrheiten für einen Richtungswechsel der Politik geschaffen werden können, hat eine Voraussetzung: Ein sozialökologischer Entwicklungspfad ist überhaupt möglich. Es kennzeichnet den Zeitgeist, dass eine solche Annahme überhaupt der Begründung bedarf. Es zeigt den Stand neoliberaler Hegemonie, dass die »Lebenslügen« des Neoliberalismus (Umverteilung nach oben

<sup>98</sup> 62 Prozent würden heute der folgenden Position zustimmen: »Kürzlich sagte uns jemand: ›Ich frage mich, was das für eine Freiheit sein soll, in der Millionen arbeitslos sind, immer mehr Leute von Sozialhilfe leben müssen und die Großindustrie Rekordgewinne macht. Auf so eine Freiheit kann ich verzichten.‹ Würden Sie das auch sagen, empfinden sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?« 2002 haben 53 Prozent diese Auffassung unterstützt (FAZ, 18. Juli 2007, S. 5).

schaffe Wohlstand und Wachstum, Privatisierung sei effizient, Deutschland habe zu hohe Löhne und Steuern) zu »Lebenslügen« nicht nur der konservativen Volkspartei CDU (so Jürgen Rüttgers im August 2006), sondern auch des gesamten Parteienkartells von CSU bis zu den Grünen geworden ist, von den Medien und der Mehrheit der »Think tanks« ganz zu schweigen. Wie zu zeigen sein wird, werden diese Thesen aber weder durch die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre noch durch wissenschaftliche Zukunftsszenarien bestätigt.

Aus der Analyse der letzten Jahrzehnte wie aber auch der Zukunftsszenarios lassen sich Elemente eines Richtungswechsels begründen, der auch deshalb so entscheidend ist, weil sonst die Gefahren von Kriegen, Terror, Umweltkatastrophen, sozialer Desintegration und Zerfall der demokratischen Ordnungen sehr schnell zunehmen können. Wie ein Menetekel deuten viele Zeichen auf Entwicklungen, die jenen des ausgehenden 19. Jahrhunderts vergleichbar sind und die damals in ein Jahrhundert der Extreme (Eric Hobsbawm) mündeten.<sup>99</sup> Nur sind die Gewalten des 21. Jahrhunderts, die es zu bändigen gilt, ungleich größer.

### *Alternative Wege der letzten fünfzehn Jahre*

Die Annahme, dass es unterschiedliche Entwicklungspfade geben könne, schien spätestens durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus ad acta gelegt. Modernisierung wurde wirksam mit Privatisierung, Abbau sozialstaatlicher Regulierung und Steuersenkungen für die Oberschichten verbunden. Zur simplen Annahme wurde, dass Wachstum nur auf diesem einen Wege erzeugt werden könne: Es seien allein Märkte, die in der Lage sind, Güter effizient zu verteilen. Sozialstaat fördere parasitäres Suchen nach Gütern, die durch andere teuer bereitgestellt werden. Umso mehr Vermögen in den Händen weniger konzentriert werde, die dies im Unterschied zu den unteren Schichten nicht für wachsenden Konsum ausgeben, umso mehr werde investiert. Dies schaffe dann Arbeitsplätze und daraus entstehe Wohlstand für jeden. Man könnte es auf den Nenner bringen: Mehr Kapitalismus tut gut!

Ein Rückblick auf die letzten fünfzehn Jahre zeigt, dass diese Annahmen falsch waren. Unter den entwickelten Ländern waren zwei Gruppen bezogen auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts besonders erfolgreich – die angelsächsischen Staaten (USA und Großbritannien) einerseits und die skandinavischen Länder andererseits. Wie Cornelia Heintze in einer Vergleichsstudie feststellt: »Es gibt in Gestalt der skandinavischen Länder eine erfolgreiche Entwicklungsalternative zum neoliberal-angelsächsischen Weg, dem Deutschland nacheifert... Wo andere Länder der Herausforderung der neoliberal geprägten Globalisierung dadurch zu entsprechen versuchen, dass sie sich in einen Abwärtswettbewerb mit anderen

<sup>99</sup> Vgl. dazu im Detail: Michael Brie: Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei. In: Michael Brie (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie*. Berlin 2007 (im Erscheinen).

Ländern bei Steuern, Staatsausgaben und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften begeben, ist in den skandinavischen Ländern der breit ausgebaute Wohlfahrtsstaat umgekehrt die Basis einer erstaunlich ausgewogenen Entwicklung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme. Er schafft die Voraussetzungen und flankiert die Erschließung von Innovationspotentialen und er hält die erforderlichen Ressourcen bereit, um entstehende Entwicklungsungleichgewichte zügig auszutariieren.«<sup>100</sup>

Schon ein erster Vergleich des Wachstums von Bruttosozialprodukt und Löhnen zwischen Großbritannien, Schweden und Deutschland zeigt, dass in der Phase des Finanzmarkt-Kapitalismus in allen Ländern die Löhne deutlich hinter der Steigerung des Bruttosozialprodukts zurückbleiben (Grafik 16). Die Erhöhung des ökonomischen Reichtums ist primär den Vermögenden zugute gekommen. In Deutschland profitierten davon fast ausschließlich die Kapitaleigentümer<sup>101</sup>, in Großbritannien und Schweden kam diesen das (deutlich höhere) Wachstum zu siebzig Prozent und mehr zugute.

Die starke Lohnzurückhaltung, die den deutschen Beschäftigten aufgezwungen wurde, hat sich deshalb bis 2005 nicht wachstumsfördernd ausgezahlt, da die Exporterfolge lange Zeit durch eine stagnierende oder sinkende Binnennachfrage des Staats und der privaten Haushalte konterkariert wurden. Zudem wurde ein starker Druck auf die anderen Länder der Europäischen Union in Richtung Lohnsenkung ausgeübt. Während die Lohnstückkosten in Großbritannien von 1995 bis 2005 auf fast 160 Prozent stiegen, in Italien 140 und in Frankreich 120 Prozent erreichten, sind sie in Deutschland im gleichen Zeitraum sogar leicht gefallen (Grafik 7).<sup>102</sup> Auch jetzt geht von der Binnennachfrage nur ein zu geringer Impuls für die Volkswirtschaft aus.

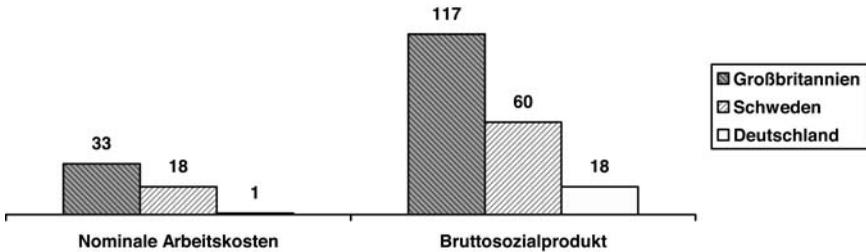
Eine hohe wie auch eine niedrige Staatsquote können gleichermaßen mit hohen Wachstumsraten einhergehen. Wenn die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherung aber gering sind, dann liegt die Last der Vorsorge für Gesundheit, Renten usw. vor allem bei den privaten Haushalten. Dies aber zieht starke soziale Ungleichheit bei der Verteilung dieser Grundgüter des Lebens nach sich.

100 Cornelia Heintze: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirrweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005, S. 17.

101 Während die Löhne fast stagnierten, haben sich die Vermögen in Deutschland seit 1991 mehr als verdoppelt (<http://www.verdi-bub.de/standpunkte/archiv/armut>).

102 Deutsche Löhne im EU-Vergleich. Bisher systematisch überschätzt. Böcklerimpuls 11/2006, S. 5.

Grafik 7. Steigerung der nominalen Arbeitskosten und des Bruttosozialprodukts zwischen 1995 und 2005 in Prozent



Anders als oft behauptet, gibt es keinen empirischen Zusammenhang zwischen Regulierung des Arbeitsmarkts und Beschäftigung. Absenkung des Lohnniveaus der unteren Schichten ist keinesfalls eine zwingende Bedingung für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sie kann auch – und bei höherer sozialer Gleichheit – durch ein relativ hohes Lohnniveau gerade der unteren Schichten erreicht werden. Im internationalen Vergleich nimmt Schweden gemessen am Human-Poverty-Index den ersten Platz ein. Dieser erfasst die Lebenserwartung, den Zugang zu Bildung, würdigen Lebensstandard und das Maß sozialer Inklusion. Deutschland hält noch Platz 6 und Großbritannien liegt nur auf Platz 15. Die Unterschiede sind gravierend. Die auf diese Weise gemessene Armut ist in Großbritannien doppelt so hoch wie in Schweden (Grafik 8).

Grafik 8: Human Poverty Index (Maß von Armut und Ausgrenzung) ([http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/documents/hpi\\_2.pdf](http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/documents/hpi_2.pdf))



Während die skandinavischen und angelsächsischen Länder gleichermaßen gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, sind die sozialen und ökologischen Effekte des Modells gegensätzlich: Die skandinavischen Länder halten Arbeitslosigkeit und Armut niedrig, während die USA und Großbritannien Erfolge bei der Beschäftigung mit wachsender Armut bezahlen (Tabelle 2). Selbst die These von Eversen und Wren, dass die skandinavische Politik niedriger Arbeitslosigkeit und geringer sozialer Ungleichheit unvermeidlich mit hoher Staatsverschuldung ver-

bunden sein müsse<sup>103</sup>, lässt sich nicht bestätigen. Solide Haushaltspolitik muss nicht zur Ausgrenzung großer sozialer Gruppen führen. Auch dies ist nichts anderes als ein neoliberaler Mythos.

*Tabelle 2: Elemente des skandinavischen, angelsächsischen und deutschen Modells im Vergleich des letzten Jahrzehnts*

	<b>Skandinavisches Modell</b>	<b>Angelsächsisches Modell</b>	<b>Deutschland</b>
<b>Wachstum</b>	mäßig bis hoch	hoch	niedrig bis mäßig
<b>Arbeitslosigkeit</b>	mäßig bis niedrig	mäßig bis niedrig	mäßig bis hoch
<b>Armut</b>	niedrig	hoch	wachsend
<b>Öffentliche Beschäftigung</b>	hoch	niedrig	mittel
<b>Soziale Sicherungssysteme</b>	öffentlich	privat	zunehmend gemischt

Das skandinavische Modell hat ähnlich hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts und der Löhne wie Großbritannien und die USA. Gleichzeitig sichert es ein weit höheres Maß an sozialer Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit, Geschlechterdemokratie, Bildung und Erziehung für alle. Es kann viel wirksamer Armut zurückdrängen, besonders auch die Kinderarmut. Die Schlussfolgerung der empirischen Analyse ist eineindeutig: »Auch in Zeiten der Globalisierung schafft es der skandinavische Wohlfahrtsstaat, Armut auf sehr niedrigem Niveau zu halten. Das angelsächsische Entwicklungsmodell impliziert dagegen ein hohes Maß an ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung; die Armutsquote (nach sozialstaatlicher Umverteilung) ist deutlich bis vielfach so hoch wie in den skandinavischen Ländern.«<sup>104</sup>

Die deutsche Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass die Versuche, eine radikale Wende hin zu einem angelsächsischen Weg durchzusetzen, nicht durchsetzbar waren. Die Abwahl der SPD, aber auch das Scheitern des Versuchs, im Jahre 2005 eine schwarz-gelbe Koalition zu bilden, zwingen den Eliten einen inkonsistenten Mittelweg auf. Vorstöße in Richtung weiterer Privatisierung, Absenkung der Löhne und Renten, Förderung des Standortwettbewerbs sind nicht mehrheitsfähig und werden deshalb immer wieder konterkariert. So addieren sich die Schwächen angelsächsischer Entwicklung (wachsende Armut und Spaltung der Gesellschaft) mit allgemeiner Verunsicherung, die dazu führen, die Stärken dieses Entwicklungspfads nicht freisetzen zu können.

103 Torben Iversen, Anne Wren: Equality, employment and Budgetary restraint. The Trilemma of Service Economy. In: World Politics, Juli 1998 (50. Jg.), S. 507-546.

104 Cornelia Heintze: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. A. a. O., S. 89.

Schon die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre zeigte: Freiheit und Gleichheit, Innovation und geringe soziale Spaltung, Partizipation am gesellschaftlichen Arbeitsleben und eine maßvolle Gleichheit der Einkommen, wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit, Effizienz und ausgebaute öffentliche Dienstleistungen stehen keinesfalls zwangsläufig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Tatsache ist: Sie *können* in ein relatives positives Gleichgewicht gebracht werden. Neben dem angelsächsischen Weg gibt es auch den skandinavischen. Die Machtverhältnisse und die Kultur eines Landes, einer Region, die Hegemonie, entscheiden darüber. Aktive Politik anstelle bloßer Marktregulation *kann* Freiheit und Gleichheit auch in ein positives Verhältnis zueinander setzen. So begrenzt diese Differenzen unter den Bedingungen einer neoliberalen Globalisierung und des Finanzmarkt-Kapitalismus auch sein mögen, für die Betroffenen sind sie außerordentlich relevant.

### *Zukunft gibt es nur im Plural – alternative europäische Szenarien*

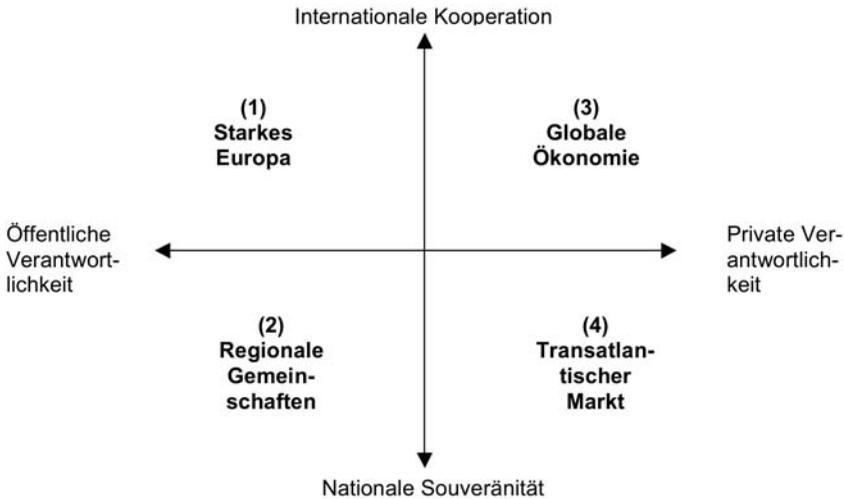
Erhellend ist aber nicht nur der Blick zurück, sondern auch der Blick nach vorn. In den letzten fünfzehn Jahren wurden verschiedene Szenarien für die Entwicklung in der Europäischen Union erarbeitet.<sup>105</sup> Szenarien haben die Funktion nachzuweisen, dass die Zukunft offen, aber nicht beliebig ist. Man kann wählen, aber – anders als bei einem Bankett – nicht völlig willkürlich. Entscheidungen müssen relativ konsistent sein, ansonsten blockieren sich die Stärken und addieren sich die Schwächen. Man erhält dann alle Übel, ohne von den Vorteilen des einen oder des anderen Modells zu profitieren. Im Folgenden sollen zwei solcher Szenariensätze näher betrachtet werden.

### *Erstes Szenario: Zwischen Öffentlichem und Privatem, Kooperation und Abgrenzung*

Dieses Szenario für die Europäische Union wurde 2003 vom Zentralen Planbüro der Niederlande erstellt. Es differenziert entlang von zwei Kriterien – dem Maß internationaler Kooperation bzw. des Beharrens auf nationaler Souveränität und der Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Verantwortlichkeiten. Ausgehend davon werden vier mögliche Varianten skizziert: (1) ein starkes Europa, (2) ein Europa regionaler Gemeinschaften, (3) offene europäische Gesellschaften in einer offenen globalen Wirtschaft und (4) ein Europa als Teil eines gemeinsamen transatlantischen Markts mit den USA (Grafik 9).

105 Ruud de Mooij, Paul Tang: Four Futures of Europe. Centraal Planbureau (o. J.), S. 103 f.

Grafik 9: Vier Varianten nach Mooji und Tang (2004)<sup>106</sup>



(1) Das Szenario *Starkes Europa* geht davon aus, dass die Reformen des Sozial- und Wohlfahrtsstaats darauf zielen, soziale Kohäsion zu erhalten und zu stärken, dass die europäische Integration vorangeht, die Erweiterung erfolgreich war und in Richtung Ost und Süd weitere Schritte der Kooperation vollzogen werden. Global agiert die Europäische Union in diesem Szenario mit dem Ziel einer Verstärkung solidarischer globaler Kooperation und spricht hier mit einer Stimme. Steuerdumping und eine innereuropäische Konkurrenz durch Absenkung der sozialen und ökologischen Standards werden verhindert und eine Spirale wird in Gang gesetzt, die diese Standards schrittweise erhöht.<sup>107</sup>

(2) Das Szenario *Regionale Gemeinschaften* nimmt an, dass auf die Probleme durch eine relative Schließung und die Herausbildung von kleineren regionalen Gemeinschaften innerhalb der EU reagiert wird, z. B. zwischen den reichen Staaten eines Kerneuropas. Um Krisen auszuweichen, wird weltweit eine Reihe von Handelsblöcken geschaffen und die internationale Kooperation bleibt niedrig. Die Harmonisierung innerhalb der regionalen Gemeinschaften wird in einer Weise vorgenommen, die eine Anpassung an neue Gegebenheiten eher blockiert. Es wird versucht, Probleme von Migration durch Schließung und die der Ökologie durch Alleingänge zu lösen. Die Standortkonkurrenz verschiedener regionaler Gemeinschaften untereinander dominiert.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>107</sup> »The European Union develops a framework in which policy competition between member states can take place. For instance, countries agree upon a minimum rate of corporation taxation and countries develop indicators on social targets which effectively operate as a floor for policy competition.« Ebenda, S. 179.

(3) Das Szenario *Globale Ökonomie* basiert auf der Annahme, dass die Versuche, marktförmige Lösungen für die neuen Probleme zu finden, dominieren. Die Europäische Union konzentriert sich auf ein stabiles Regelwerk für funktionsfähige Märkte und Sicherheit. Die Ungleichheit wächst. Die Europäische Union entwickelt sich dementsprechend vor allem als Freihandelszone, während die internationale Kooperation auf Gebieten, die über den Handel und die Freiheit der Märkte hinausgehen, schwach bleibt. Modell einer solchen Entwicklung sind die USA.

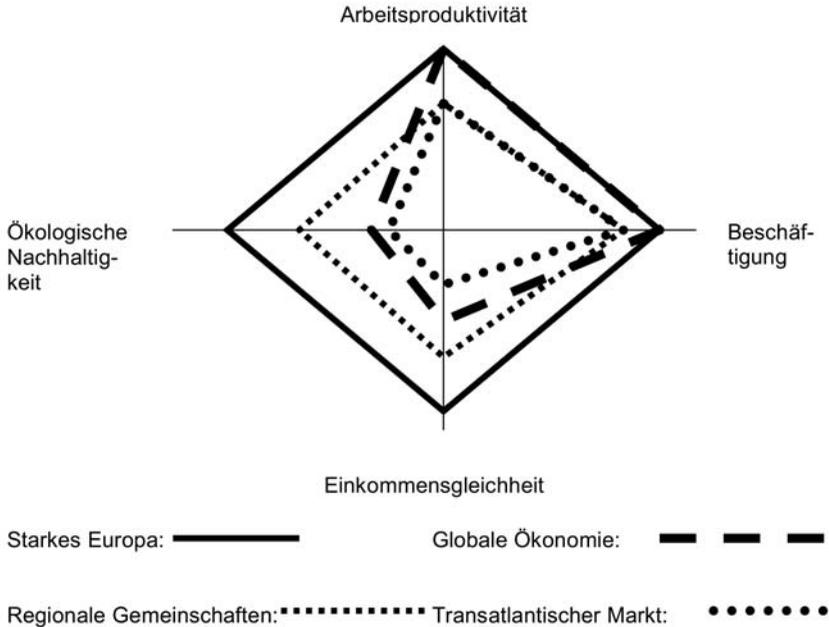
(4) Das Szenario *Transatlantischer Markt* geht von einer Schwächung der Institutionen der Europäischen Union aus. Der Ausweg wird in einer starken Kooperation mit den USA und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes zwischen Europäischer Union und NAFTA sowie Lateinamerika gesucht. Die Nationalstaaten werden einem starken Wettbewerb untereinander ausgesetzt.

Die Autoren dieser Szenarien gehen – entgegen eigenen vorherigen Darstellungen – davon aus, dass Liberalisierung und Privatisierung ein höheres Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigung nach sich ziehen. Dabei zeigen die oben dargestellten empirischen Vergleiche, dass auch auf diesen Feldern ein »skandinavischer Weg« durchaus ähnliche Ergebnisse erzielt, auf vielen anderen aber weit überlegen ist. Die Autoren wählen vier Dimensionen, um mögliche Erfolge der genannten Varianten zu vergleichen: Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Einkommensgleichheit und ökologische Nachhaltigkeit. Korrigiert man das Modell der Autoren um diese Variablen, so ließe sich folgende Hypothese aufstellen: Variante 1 ist allen anderen Varianten in mindestens zwei Dimensionen überlegen. Und die Varianten 1 und 2 sind den Varianten 3 und 4 entlang von ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gleichheit überlegen (Grafik 10).

Wenn dies richtig ist, dann ist die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel immer wieder vorgeschlagene Schaffung eines transatlantischen Marktes die schlechteste aller hier skizzierten Lösungen. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch geht es um die Alternative zwischen einem ökologischen Wohlfahrtsstaat oder »einem Klassenstaat in der ›modernen‹ Art der neofeudalistischen Zwei-Drittel- oder Drei-Fünftel-Gesellschaft mit integriertem und ausgegrenztem Teil der Gesellschaft«<sup>108</sup>. Aber auch die Alternative einer kerneuropäischen Zusammenarbeit ist langfristig einer starken und einheitlichen EU unterlegen.

108 Karl-Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, Forum Neue Politik der Arbeit, 26. September 2003 (<http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de/docs/npa2-zinn.pdf>).

Grafik 10: Der Vergleich der Varianten bezogen auf die Dimensionen Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Einkommensgleichheit



*Zweites Szenariomodell: Zwischen GRASG – BAMBU – SEDG*

Innerhalb der Europäischen Union gibt es einen Kampf zwischen drei strategischen Orientierungen der sozialökonomischen Politik – einer wachstumsorientierten Strategie (GRASG: Growth Applied Strategy Scenario), einer Politik problembewusster Kontinuität (BAMBU – Business-As-Might-Be-Usual) und der sozialökologischen Transformation (SEDG - Sustainable European Development Goal) (Tabelle 3). Dabei ist zu beachten, dass eine radikale Wachstumsorientierung und der Versuch, ohne Umsteuern die Probleme zu bewältigen, zu Schocks, zu Katastrophen führen werden – sei es dramatischer Klimaveränderungen, der Ausbreitung von tödlichen Epidemien, eine extreme Verknappung von Öl, Wasser usw. usf., verbunden mit der Akkumulation militärischer Konflikte.

Tabelle 3: Alternative europäische Gesellschaftsstrategien<sup>109</sup>

<b>GRASG</b>	<b>Leitlinien</b>	<b>Instrumente</b>	<b>Folgen</b>
<i>wachstumsorientierte Strategie</i>	Privatisierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, schlanker Staat, Renationalisierung der Politik	Deregulierung, Freihandel, Wachstum, Globalisierung, Umweltpolitik, nachsorgende Umweltpolitik	starke Tendenzen sozialer Desintegration und Polarisierung, hohe internationale Instabilität und Militarisierung, schnell wachsende Umweltgefahren und Ressourcenkonflikte, extensive Arbeitsgesellschaft und Konsumismus, Standortwettbewerb mit degradierenden Folgen
<b>BAMBU</b> <i>Politik problembewusster Kontinuität</i>	Umsetzung der schon beschlossenen Regelungen der EU	Deregulierung und Privatisierung bis auf wenige ausgewählte Bereiche, Freihandel auch in Dienstleistungen), bessere Politikkoordination, Umweltpolitik als Herausforderung, Förderung effizienter Technologien, Steuersenkungen	abgeschwächte soziale Desintegration und starke soziale Spannungen bei Aufrechterhaltung minimaler sozialer Sicherheit, wachsende Instabilität und Militarisierung, partielle staatliche Eingriffe zur Abmilderung von Folgen, wachsende Umweltgefahren und Ressourcenkonflikte, Arbeitsgesellschaft und moderater Konsumismus,

## SEDC

sozio-ökologische Transformation	Durchsetzung der Nachhaltigkeit sozialer Entwicklung durch eine integrierte Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik; Kombination informierender, wirtschaftlicher und administrativer (command-and-control) Instrumente	wettbewerbsfähige Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Sicherheit, gesunde Umwelt als Einheit, Entwicklungs-kooperation, bindende demokratische Strategien, Ausbau des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Regulierung, Partizipation von Stakeholders und Bürgern an Entscheidungen	Stärkung sozialer Integration und des sozialen Ausgleichs, Sicherheit durch gemeinsame Entwicklung und friedliche Konfliktlösung, wachsende Geschlechtergleichheit, Reorientierung auf eine Kulturgesellschaft. Gleichgewicht von Erwerbsarbeit und anderen Formen von Arbeit und Freizeit; hohe Bedeutung eines immateriellen Konsums und langlebiger Konsumgüter
----------------------------------	--	---	--

109 Joachim Spangenberg: ALARM – SE. Scenario narrative document. Version 4.2., 11. Januar 2006, S. 18 ff. ([http://antalya.uab.es/\\_c\\_ceambientals/activitats/doc\\_activitats\\_2006/Seminari\\_JoachimSpangenberg.pdf](http://antalya.uab.es/_c_ceambientals/activitats/doc_activitats_2006/Seminari_JoachimSpangenberg.pdf)); Friedrich Hinterberger: Presentation «On the use and feasibility of prospective exercises (scenarios, modeling, backcasting,...) in the case of long-term planning for sustainable development» in Brussels at the seminar on «Prospective participatory Planification Initiatives for long-term planning in SD», organized by the Université libre de Bruxelles, 7. Dezember 2006 ([http://www.seri.at/index.php?option=com\\_docman&task=search\\_result&search\\_mode=phrase&search\\_phrase=A\\_TFC&Itemid=39](http://www.seri.at/index.php?option=com_docman&task=search_result&search_mode=phrase&search_phrase=A_TFC&Itemid=39)); siehe auch: Deliberation Support Tool Biodiversity Europe. Scenarios of environmental risks (<http://keralarm.c3ed.uv.es/ivr/?q=book/print/19>).

Entgegen allen Annahmen des Neoliberalismus unterscheiden sich diese verschiedenen Szenarien *nicht* mit Blick auf das Maß von gesellschaftlicher und technologischer Innovation und auch nicht durch gravierend unterschiedliche Wachstumsraten, sondern primär in der Ausrichtung derselben. Die Autoren des MOSUS-Projekts (Modelling Opportunities And Limits For Restructuring Europe Towards Sustainability) stellen fest: «Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU25 erhöht sich auf ein Bruttozialprodukt je Einwohner im Jahre 2020, das um vier Prozent höher ist im Szenario starker Nachhaltigkeit im Vergleich zum Basisszenario (des Weiter-So – M. B.).»<sup>110</sup> Auch Zukunftsforscher kommen also zu dem Schluss, dass Wachstum und Innovation in einem *positiven Verhältnis* zu sozialer Integration und ökologischer Nachhaltigkeit stehen *können* und angesichts der Erderwärmung und der Erschöpfung der fossilen Brennstoffe auch *missen*.

Extensive, ressourcenfressende Technologien werden in den nächsten Jahren entwertet und mit ihnen die Unternehmen, die sie präferieren.<sup>111</sup> Wie der Bericht des früheren Chefökonomers der Weltbank Nicolas Stern zur Ökonomie des Klimawandels zeigt, werden die Kosten dieses Wandels, wenn er nicht zumindest stark gebremst wird, in den nächsten zwei Jahrhunderten zwischen fünf und zwanzig Prozent des Bruttozialprodukts liegen.<sup>112</sup> Um die heutige Konzentration von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre zu stabilisieren, sind jährlich ein Prozent des globalen Bruttozialprodukts (rd. 400 Mrd. Dollar) notwendig – bei einem gegenwärtigen globalen Wachstum von über fünf Prozent jährlich und globalen Rüstungsausgaben von 1200 Mrd. Dollar oder drei Prozent des globalen Bruttozialprodukts ist dies nicht sehr hoch. In einer Situation, in der ressourcenintensives Wachstum immer direkter und kurzfristiger soziale Kosten erzeugt, die die Wachstumsgewinne aufessen, wird die Überlegenheit nachhaltiger Entwicklung immer offensichtlicher – selbst für den kurzen Zeithorizont alles Politischen!

110 Stefan Giljum, Friedrich Hinterberger, Andrzej Kassenberg, Ewa Âwierkula: MOSUS Policy recommendations. MOSUS Work Package 6, Wien, 21.4.2006, S. 16 (<http://www.mosus.net/documents-reports.html>).

111 »Sarkastisch könnte man sagen: Die deutsche Automobilindustrie arbeitet am Drei-Liter-Auto, nur leider nicht mit drei Liter Kraftstoffverbrauch, sondern mit drei Liter Hubraum im Flottendurchschnitt. Wenn sich die deutsche Automobilindustrie nicht bald etwas einfallen lässt, wird sie in zehn Jahren nicht mehr wirklich marktfähig sein.« Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, FAZ, 2. März 2007, S. 37.

112 Stern Review: the Economics of Climate Change, S. VI ff. ([http://www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/stern\\_review\\_report.cfm](http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm)).

## Reclaim the Public! Konturen eines neuen historischen Projekts

»Stell dir vor, es ist von Reichtum die  
Rede – und die es hören, denken an  
Bildung und Kultur.  
Stell dir vor, der Reichtum wächst und  
niemand wird ärmer dabei.  
Stell dir vor, der Reichtum wächst und  
mit ihm Gerechtigkeit rund um die Erde.  
Stell dir vor, der Reichtum wächst und  
mit ihm die Freiheit für jede und jeden.  
Dieter Klein<sup>113</sup>

»Historisch progressiv«<sup>114</sup>, so Wolfgang Fritz Haug im *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* mit Verweis auf Antonio Gramsci, »ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ›Produktivität‹, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ›die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‹ und so die glaubhafte Erwartung individueller ›Lebensperspektiven‹ speist«<sup>114</sup>.

Welche Projekte können die Gesellschaft vorantreiben, ihren existentiellen Erfordernissen nachkommen und vor allem neue produktive Tätigkeitsbereiche erschließen und so die individuellen Lebensperspektiven vor allem jener Gruppen erweitern, die einen solchen Richtungswechsel eventuell stützen würden? Die existentielle Bedeutung dieser Projekte dürfte kaum in Frage stehen, sind sie aber auch produktiv? Schaffen sie mehr Freiheit, Selbstbestimmung, Bedingungen individuelle Kreativität und lebendiger Gemeinschaftlichkeit? Lässt sich auf ihnen eine Kräfteformation gründen, die zu umgestaltendem Handeln fähig ist und auch starke Konflikte auszuhalten vermag, oder ist die Realität tatsächlich »immun gegen alle Versuche, unser Zusammenleben menschlicher zu gestalten«<sup>115</sup>?

Gibt es die Möglichkeit, den Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus durch »gegen-hegemoniale Praxen« herauszufordern, »die versuchen, die bestehende Ordnung zu zergliedern, um eine andere Form der Hegemonie zu etablieren«<sup>116</sup>? Wenn es richtig ist, dass der »Gesellschaftshumus, auf dem die neue Linke gedeihen kann, die durch kein glaubwürdiges ›informationsgesellschaftliches«

113 Dieter Klein: *Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums*. Berlin 2006, S. 233.

114 HKWM, Bd. 6/I, S. 14 f.

115 Zygmunt Baumann: *Leben in der Flüchtigen Moderne*. Frankfurt am Main 2007, S. 109.

116 Chantal Mouffe im Gespräch mit Elke Wagner. In: Heinrich Geiselberger: *Und Jetzt? A. a. O.*, S. 109.

oder Globalisierungsversprechen mehr gezügelte epidemische Abstiegsangst und die zunehmende Sorge über die beschleunigten zivilgesellschaftlichen Desintegrationsprozesse«<sup>117</sup> ist – worin bestehen dann die positiven Antworten?

Wie kann der allgemeinen Unsicherheit begegnet werden, die für fast alle Bürgerinnen und Bürger dadurch entstanden ist, dass soziale Gruppen geschaffen wurden, denen der Zugang zu den Grundgütern eines würdigen Lebens versperrt ist? Wie kann die »politische Ökonomie der Ungewissheit« (Zygmunt Baumann) überwunden werden, die aus Deregulierung der Wirtschaft entstanden ist und eingreifendes Handeln so schwer macht?<sup>118</sup>

Worin könnten Projekte bestehen, die das breitere soziale Unten und die unteren Mittelschichten der bedrohten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten mit jenen Gruppen verbindet, die als »etabliertes Bürgertum« und »kritische Bildungseliten« bezeichnet werden? Welche Beziehung haben sie zu einer »solaren Revolution« und dem solidarischen Einsatz für globale soziale Rechte? Und wie sichert all dies den Übergang vom neoliberalen Autoritarismus, der Deregulierung und Privatisierung als »Sachzwänge« vorantreibt, zu ernsthafter Demokratisierung und breiter Partizipation?

Wer sich dem Unterschichten-Problem, der Frage von Subproletariern der Gegenwart ernsthaft stellen will, muss zugleich die Machtausübung, die Sozial- und die Wirtschaftspolitik verändern. Lutz Brangsch schreibt dazu: »Wir werden zunehmend mit einer Desintegration der Gesellschaft auf der einen und Tendenzen wachsender Repression auf der anderen Seite konfrontiert sein. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenführung von Forderungen nach Demokratisierung als politischem, nach der Durchsetzung armutsfester sozialer Sicherungssysteme als sozialpolitischem und aktiver Beschäftigungs- und Strukturpolitik als wirtschaftspolitischem Eckwert notwendig. Ein entwickeltes Netz öffentlicher Leistungen, die diskriminierungs- und repressionsfrei angeboten werden (Bildung, Kultur, ÖPNV...), ist ein entscheidendes Moment einer derartigen Gegenstrategie.«<sup>119</sup>

Wenn dies stimmt, dann könnte das wichtigste gemeinsame Projekt einer sozialökologischen Transformation die Erneuerung der öffentlichen Sektoren sein. Dazu würden der Ausbau einer demokratischen Gemeinwirtschaft, die Gestaltung von Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge und Pflege als Kernaufgaben lebendiger Gemeinwesen und Rückgrat selbstbestimmter Gestaltung des individuellen und partnerschaftlichen Lebens gehören. Sie stellen das eigentliche »Kerngerüst« eines Lebens in Freiheit dar.<sup>120</sup>

117 Ingar Solty: Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei. A. a. O., S. 341.

118 »Heute, in der Ära eines triumphierenden Kapitalismus ... darf man sagen, der Rest der menschlichen Gesellschaft kann nur dann von seinem Angstmilieu, von der sie umgebenden Furcht und Ohnmacht befreit werden, wenn ihr ärmster Teil aus seiner Not befreit wird.« Zygmunt Baumann: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg 2000, S. 251.

119 Lutz Brangsch: Perspektiven des Sozialen – Strategische Fragen. Von der Produktion der »Unterschicht« in Deutschland - Warum gerade jetzt diese Diskussion? RLS, Dezember 2006 (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=4613>).

*Reclaim the Public!* – »Eignet Euch das öffentliche Gemeinwesen wieder an! – so könnte die gemeinsame Losung der vielfältigen Kräfte für den sozialökologischen Richtungswechsel lauten. Dabei würde sich zeigen, dass dies zugleich die Grundlage einer innovativen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist, die die Gesellschaft integriert und Natur bewahrt.

### *Für eine neue Gemeinschaftlichkeit*

Der Neoliberalismus hat die Entstehung eines Kapitalismus legitimiert, für den alle gesellschaftlichen Zusammenhänge und alle Formen menschlichen Lebens nur dann ein Recht auf Dasein haben, wenn sie der Verwertung dienen. Es muss sich »rechnen«. Ob Bildung oder Kultur, ob Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens oder das Zeitregime, alles und jedes wird daran gemessen, inwieweit es den Standort stärkt, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert, marktkonform ist. Es ist ein Disziplinierungsregime entstanden, das in jede Pore des Alltags eingedrungen ist. Seine Maxime ist: Mach Dich verwertbar!

Der Neoliberalismus konnte sich nicht zuletzt deshalb durchsetzen, weil er den Übergang »von der Gemeinschaft zur Gesellschaft« vollendet hat. Dies zeigt sich an der weitgehenden Auflösung der traditionellen Familienbeziehungen. Es spiegelt sich wider in einer Situation, in der Schulen, Betriebe als positive Integrationsinstanzen geschwächt sind oder diese Funktion ganz verloren haben. Es wird sichtbar im Verschwinden vieler Orte erlebter Gemeinschaftlichkeit in den Kommunen, der Politik, der Kultur. Indem die Menschen sich aus den Fesseln dieser oft autoritären und patriarchalen Institutionen befreien, machten sie Platz – einerseits für »freie Märkte« und andererseits für »freie« Formen, sich neu zu verbinden. Es waren die Märkte, die sich durchsetzten.

Im Gefolge des neuen Kapitalismus ist ein Marktindividualismus (Alan Fox) entstanden. Individuen sind gefordert, die sich selbst als »nicht-soziale Wesen«<sup>121</sup> definieren und Beziehungen nur noch instrumentell eingehen. Alles steht unter dem Vorbehalt der Nützlichkeit. Folge ist eine Spaltung der Gesellschaft »in diejenigen, die Individualismus und Unabhängigkeit miteinander vereinbaren können, weil ihre soziale Stellung gesichert ist, und jene, die ihre Individualität als ein Kreuz tragen, weil sie für einen Mangel an Bindungen und das Fehlen von Absicherungen steht«<sup>122</sup>.

Schon Erich Fromm hatte die Ambivalenzen dieses Übergangs für den modernen Menschen aufgezeigt: »Die Freiheit hat ihm zwar Unabhängigkeit und Rationalität ermöglicht, aber sie hat ihn isoliert und dabei ängstlich und ohnmächtig gemacht. Diese Isolierung kann der Mensch nicht ertragen, und er sieht sich dabei

120 Eine der wenigen deutschsprachigen Gesamtanalysen des Öffentlichen wird gegeben in: Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Stehr (Hrsg.): Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche. Wiesbaden 2007.

121 L. Dumont, zitiert in: Robert Castel: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz 2000, S. 403.

122 Robert Castel, ebenda, S. 412.

vor die Alternative gestellt, entweder der Last seiner Freiheit zu entfliehen und sich aufs neue in Abhängigkeit und Unterwerfung zu begeben oder voranzuschreiten zur vollen Verwirklichung seiner positiven Freiheit, die sich auf die Einzigartigkeit und Individualität des Menschen gründet.«<sup>123</sup>

Welche positive Perspektive eröffnet sich, wenn man diese »Gesellschaft der Individuen« (Robert Castel) von unten denkt? Wenn man die Interessen jener ins Zentrum rückt, die ihre Individualität als bedrohliche Verunsicherung, Beziehungslosigkeit, Ausgrenzung, ständige Abwertung und soziale wie kulturelle Armut erfahren? Was ihnen fehlt, ist *positive Sicherheit*. Und woran mangelt es jenen, die – reich an sozialem, kulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen – ihre berufliche und private Flexibilität zu managen verstehen, um sich behaupten zu können? Sie sind mit der *Sinnlosigkeit* konfrontiert, die in einer Existenz liegt, die nicht solidarisch über sich selbst hinausweist.

Woher soll die Kraft für die überlebensnotwendige Revolution in unserem Verhältnis zur Natur kommen? Wo können sich die Fähigkeiten bilden, sich erfolgreich dem Zerfall unserer Gesellschaften entgegenzustemmen? Was kann die so unterschiedlichen Gruppen in diesem Land verbinden, wenn das nackte Interesse des Überlebens in einer Marktgesellschaft sie auseinandertreibt?

#### *Zähmung der parasitärsten Auswüchse und Stabilisierung sozialer Sicherheit*

Eine Erneuerung des Gemeinwesens könnte bei einem ganz einfachen Punkt anfangen, nämlich dort, wo es darum geht, die schlimmsten Auswüchse des herrschenden Marktradikalismus einzuschränken. Wenn gewinnbringende Unternehmen oder Unternehmensteile nur deshalb geschlossen werden, weil sie mit Renditen von fünfzehn oder sogar fünfundzwanzig Prozent nicht mithalten, dann muss dies verhindert werden. Dazu gehören Belegschaftsabstimmungen bei drohenden Betriebsschließungen genauso wie die Abschaffung der durch die Schröder-Fischer-Regierung eingeführte Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bei Unternehmen, das Verbot von Sonderdividenden und sonstiger Kapitalentnahme durch Investoren von Fonds und Beteiligungsgesellschaften wie aber auch die Beschränkung von spekulativer Kreditfinanzierung bei Unternehmensfusionen oder Übernahmen.<sup>124</sup>

Der Neoliberalismus hat die Finanzwirtschaft von den Fesseln befreit, die ihr nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelegt wurden. Hier ist zugleich aber auch die Achillesferse dieses neuen Kapitalismus. Wie Aglietta und Rebérioux betonen: »Die Finanzwirtschaft ist der Hebel, um der Arbeitsgesellschaft zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Die Gesellschaft muss sich die Kontrolle über die Verwendung des Sparkapitals aneignen, das die neoliberale Finanzdoktrin unter dem Deckmantel des Shareholder-Value auf Abwege brachte. Aber diese Kontrolle

123 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. München 2000, S. 7.

124 Joachim Bischoff: Zähmt die Heuschrecken. In: Sozialismus, Heft 3/2007, S. 23.

kann nur wirksam sein, wenn das Unternehmen zu einer Institution wird, die durch ein definiertes kollektives Interesse geleitet und von Initiativen der demokratischen Beteiligung unterstützt wird.«<sup>125</sup>

Die parasitäre Entfaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus basiert wesentlich auch darauf, dass systematisch Unsicherheit für jede und jeden geschaffen wurde. Deswegen sind die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und die Garantie armutsfester Renten Ecksteine einer Überwindung der jetzigen gesellschaftlichen Krise. Freiheit braucht Sicherheit, sonst ist sie nichts anderes als verdeckte oder offene Nötigung.

### *Für eine neue Vollbeschäftigung*

Die Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen, der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, die Veränderung des Unternehmenssektors, der sozial-ökologische Umbau, eine gerechte Verteilung von Arbeit sind die Bedingungen, Erwerbsarbeit für alle möglich zu machen.<sup>126</sup> Dieses Projekt, so die Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative, »wird Menschen das bieten, was sie wollen und brauchen – nicht irgendeine Arbeit, sondern gute Arbeit; also sichere Arbeitsplätze, Einkommen für ein Leben ohne existentielle Sorgen, Schutz der Gesundheit, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Unternehmen sowie Arbeit mit Sinn, Entfaltungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen«<sup>127</sup>.

Eine solche Politik verlangt aber eine Veränderung der Wirtschaftspolitik, die Konzentration auf beschäftigungswirksame Wachstumsfelder, Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung von Arbeit, den Aufbau einer solidarischen Ökonomie von unten und den Ausbau und die Erneuerung des öffentlichen Dienstes und öffentlich geförderter Beschäftigung.<sup>128</sup>

### *Für die Erneuerung des öffentlichen Sektors*

Immer wieder wird von einer Dienstleistungsgesellschaft gesprochen. Diese kann sich als Dienstbotengesellschaft herausbilden, in der immer mehr Leistungen durch eine gut verdienende und steuerlich entlastete Mittelklasse privat bezahlt werden. Sie kann sich aber auch durch die Expansion eines öffentlich finanzierten Sektors entwickeln, der diese Leistungen gemeinschaftlich für alle bereitstellt. Letzteres würde auch bedeuten, den Charakter dieser Leistungen zu verändern und die Mitwirkung der Betroffenen zu erhöhen.

125 Michael Aglietta, Antoine Rebérioux: Vom Finanzmarkt-Kapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie. Sozialismus-Supplement 3/2005, S. 35.

126 Die »Vollbeschäftigung« des fordistischen Zeitalters basierte auf der Spaltung zwischen männlicher Erwerbstätigkeit und Hausfrauenarbeit.

127 Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative: Soziale Ungerechtigkeiten als Herausforderung für Gewerkschaften und Kirche.

128 Vgl. dazu das umfassende Projekt in: Dieter Klein: Zukunft statt ‚Reformen‘: Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept. Berlin 2004.

Heute wären damit sehr konkrete einzelne Projekte verbunden. Zunächst die Verwandlung der Kindertagesstätten und Schulen aus Aufbewahrungs- und bloßen Lehrinrichtungen und der Zurichtung von heranwachsenden marktfähigen Unternehmern ihrer Arbeitskraft in Orte von Individualitätsentwicklung und gelebter Solidarität.<sup>129</sup> Dies wären Schulen, die Spiel und Arbeit, das offene Gespräch und das konkrete Projekt verknüpfen, die nicht mehr das Lernen für das spätere Leben in den Vordergrund stellen, sondern vor allem selbst sinnvolle Lebensorte im Hier und Jetzt darstellen. Kooperation und Solidarität, die Hilfe anderer Kinder und Jugendlicher und die solidarische Verantwortung füreinander wären viel wichtiger als bisher. Schulen müssten zum Vorbild werden für eine Gesellschaft, in der wir leben wollen. Jetzt werden immer mehr Schulen zu der Schreckensvision jener Gesellschaft, vor der wir uns fürchten müssen.

Eine solche grundlegende Veränderung des Bildungswesens verlangt die Einbettung der Kindertagesstätten und Schulen in lebendige Kommunen. Die Kommunalisierung von Energieversorgung, von Wasser und Abwasser, die Schaffung einer Infrastruktur kurzer Wege, das notwendige Zusammenleben von immer mehr Älteren mit immer weniger Jüngeren, die Schaffung von städtischen Räumen der Sicherheit und Angstfreiheit – dies alles drängt dazu, das kommunale Leben neu zu organisieren: vom Nebeneinander zum Miteinander. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der ergänzend zum privaten wie staatlichen Bereich gleichwertige Arbeitsverhältnisse bietet, hat hier seinen vornehmlichen Ort. Aus der »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« als Entsorgung Überflüssiger würde so Anerkennung und solidarische Leistung. Gerade auch für Ältere in einer älter werdenden Gesellschaft könnte dieser Non-Profit-Sektor, systematische und dauerhafte öffentliche Förderung vorausgesetzt, ein Bereich sein, der ihre besonderen Fähigkeiten, Erfahrungen und Motivationen nutzt und ihnen Verwirklichungsmöglichkeiten gibt.<sup>130</sup>

Soziale Dienstleistungen und eine hohe Beschäftigungsquote (gezielt auch von Frauen) sind die Grundlage eines modernen Sozialstaats. Kindergrundsicherung, der Übergang von monetären Transfers zur kostenlosen Leistungen vor allem für Kinder und Jugendliche, aber auch im Kulturbereich insgesamt, die Förderung der realen Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft und eine höhere Selbstbestimmung bei der Verfügung über Zeit sind wichtige Elemente einer Erneuerung des Sozialen.<sup>131</sup>

Wenn wir nicht in einem Nebeneinander von Slums und den Ghettos der wohlhabenden Mittelklassen landen wollen, dann gibt es Grund, den privaten Luxus

129 Vgl. dazu: Armin Bernhard: Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. In: Utopie kreativ, Heft 197 (März 2007), S. 202-211.

130 Eckhard Priller: Dienstleistungen und die Älteren. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 9/2006, S. 38-41.

131 Caren Lay: Abschied vom »Ernährermodell«. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken. In: Utopie kreativ, Heft 193 (November 2006), S. 1011-1014.

der Wenigen durch den öffentlichen Luxus der Vielen abzulösen. Die Armut in dieser Gesellschaft des Überflusses ist durch die Privatisierung dieses Überflusses bedingt. Wo Schwimmbäder Eintritt verlangen müssen, wo Bibliotheken keine Bücher mehr kaufen können, nicht mehr in den Wohnvierteln präsent sind und dann noch Gebühren verlangen, um nicht völlig zu verkommen, wo Kulturhäuser und Jugendklubs fehlen oder keine Betreuerinnen und Betreuer mehr haben, wird die Gesellschaft gespalten. Die Konsequenzen sind fatal: »Die Einschränkung öffentlicher, d.h. für alle Menschen gleichermaßen zugänglicher Räume (materieller wie geistiger), entfremdet von der Gesellschaft, entzieht der Solidarität die Grundlage des gemeinsamen Erlebens sozialer Unterschiede, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und verschiebt damit zwangsläufig das Verhältnis zur Ausgestaltung sozialer Sicherung.«<sup>132</sup> Dort, wo die öffentlichen Unternehmen privatisiert werden und der Staat sich aus der Bereitstellung öffentlicher Dienste der Daseinsvorsorge zurückzieht, ist der Weg in die soziale Apartheid vorprogrammiert.<sup>133</sup>

Wie Mike Davis formuliert: »Letzten Endes ist die Stadt unsere Arche Noah, in der wir das Umweltchaos des kommenden Jahrhunderts vielleicht überleben können. Wirklich urbane Städte sind die umweltfreundlichste Art, mit der Natur zu koexistieren, über die wir verfügen, weil sie öffentlichen Luxus an die Stelle privater oder innerfamiliärer Konsumption setzen können. Ihnen kann die Quadratur des Kreises gelingen - die Verbindung zwischen einem nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und einem anständigen Lebensstandard. Schließlich wird sich Ihre Bibliothek, wie groß sie auch sein mag, nie mit der New York Public Library messen können, und Ihr Swimmingpool, sei er noch so luxuriös, niemals mit einem großen öffentlichen Schwimmbad ...«<sup>134</sup>

Aber auch die privaten Unternehmen werden sich ändern müssen. Die brutale Unterordnung unter den Shareholder-Value verletzt ihren Status als Einrichtungen, an denen auch ein öffentliches Interesse besteht – von Seiten der Belegschaften, der Kommunen, der Kunden. *Reclaim the Public* heißt auch (Wieder-)Aneignung der Betriebe. Einerseits erwarten sie Flexibilität, Kompetenz und Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, andererseits stellen sie die Voraussetzungen dafür immer weniger bereit – lebenslange Weiterbildung, soziale Einrichtungen, Beteiligung an den Betriebsentscheidungen. Dies verlangt aber auch wieder mehr Einfluss auf die Kapitalkontrolle – schon deshalb, damit die Kurzfristigkeit heutiger Finanzinvestoren gebremst wird. Mitbestimmung ist tatsächlich kein Relikt.<sup>135</sup>

132 Lutz Brangsch: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept. In: Utopie kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 422.

133 Birgit Mahnkopf: Globalisierung, Armut und Gewalt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2006, S. 819.

134 Mike Davis: Planet der Slums. In Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2006, S. 816.

135 Jürgen Kocka: Die Zukunft der Mitbestimmung. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/2006, S. 61.

### *Die ökologische Wende*

Die Erneuerung des Gemeinwesens kann auch ausgehend von der notwendigen Revolution des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur gestellt werden. Eine Verringerung des Einsatzes von fossilen Energieträgern um drei Viertel oder des Einsatzes von Primärrohstoffen um neun Zehntel ist nicht durch die technizistische Vervollkommnung der heutigen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise möglich. Gemeinschaftlichkeit der Nutzung, Langlebigkeit, Regionalisierung und Kommunalisierung von Produktion und Verbrauch, Dezentralisierung bei gleichzeitiger globaler kommunikativer Vernetzung gewinnen an Bedeutung.

Gäbe es einen freien Wettbewerb darum, welche Unternehmensformen und welche Standorte den ökologischen Erfordernissen am Besten angepasst wären, würden viele Giganten der Gegenwart genauso erbarmungslos aussterben wie die Saurier vor 65 Millionen Jahren. Dafür würde das Angebot von ökoeffizienten Dienstleistungen, die Bereitstellung von Service und Funktion vor Ort und für den konkreten Zweck und auf begrenzte Zeit prämiert werden.<sup>136</sup> Egalitäre Naturnutzung, Regionalisierung, Durchsetzung des Konsens- und Suffizienzprinzips sind mit dem Finanzmarkt-Kapitalismus unvereinbar und zugleich unverzichtbare Bedingungen einer solidarischen Nachhaltigkeit.<sup>137</sup> Aber immer noch ist die ökologische Agenda nicht »umfassend mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit«<sup>138</sup> verbunden.

### *Die Rückkehr der Eigentumsfrage<sup>139</sup>*

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Eigentumsordnung der Bundesrepublik grundlegend verändert. Er hat die direkte und strikte Kontrolle der Vermögensbesitzer, vertreten zumeist durch Finanzfonds, über die Unternehmen durchgesetzt und den Staat radikaler als jemals zuvor seit 1945 den Interessen dieser Eigentümer untergeordnet.

In den programmatischen Eckpunkten der Linkspartei heißt es: »In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz, über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Eigentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes geben die Möglichkeit, der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer Macht entgegenzuwirken. Demzufolge können Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden. DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu

136 Klaus Dräger: Sozial oder marktradikal? Die Zukunft der Dienstleistungen im Europäischen Binnenmarkt. In: Sozialismus, Heft 1/2006, S. 9.

137 Ulrich Schachtschneider: Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie. In: Utopie kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 138.

138 Anthony Giddens: Warum die Ökologie kein grünes Thema mehr ist. In: Berliner Republik, Heft 3/2006, S. 6

139 Vgl. dazu den Beitrag von Dieter Klein in diesem Buch.

ermöglichen. DIE LINKE sieht im Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft anstatt den weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung zu beschreiten.«<sup>140</sup> Vor allem wird auf die demokratische und gesellschaftliche Kontrolle der Rüstungsindustrie, die Kommunalisierung einer dezentral zu entwickelnden Energiewirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung für jene Wirtschaftsbereiche verwiesen, »die auf Netze angewiesen sind und die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen«. Das gelte »beispielsweise für die Bahn, für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung und den Telekommunikationsbereich«<sup>141</sup>. Die Bildung von privaten Monopolen und privater Machtkonzentration soll staatlich verhindert werden.

Die Forderungen gehen aber darüber hinaus und betreffen Felder, die bei der Linken nicht unbedingt mit Eigentumsfragen verbunden werden. Der Finanzmarkt-Kapitalismus kann nur überwunden werden, wenn die immer schnellere Akkumulation von Geldkapital und Vermögentiteln zurückgedrängt wird. Ersparnisse müssen in produktive Investitionen überführt werden, Unternehmen ihre Selbständigkeit gegenüber den Kapitalgesellschaften bewahren können.<sup>142</sup> Öffentliche Versicherungssysteme, ein öffentliches Banksystem mit starken Vorgaben für die Ausreichung von Krediten und eine Unternehmensreform, die sie als öffentliche Einrichtungen stärken, die vor allem jenen dienen, die in diese Betriebe mehr als nur Geld hineingesteckt haben – nämlich Arbeit, Lebenszeit, Zukunft.

Vielleicht ist es aber auch an der Zeit, die ungeheuren sozialen und ökologischen Herausforderungen mit einer fundamentalen Idee Saint-Simons zu verbinden – mit der Vergesellschaftung des Kredits bzw. mit der öffentlichen Verfügung über den Kredit als gemeinschaftlicher Fonds, um den Unternehmen in einen innovations- und effizienzorientierten Wettbewerb treten<sup>143</sup>. Und es könnte der Punkt kommen, wo sich Keynes' Vermutung als unabwiesbare Notwendigkeit zeigt: »Ich denke mir..., dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muss, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.«<sup>144</sup> Die öffentliche Kontrolle über Investitionen und die Zinsentwicklung ist die Bedingung für die Überwindung des Finanzmarkt-Kapitalismus.

140 Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke ([http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische\\_eckpunkte/i\\_gemeinsam\\_fuer\\_eine\\_andere\\_politik/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/i_gemeinsam_fuer_eine_andere_politik/)).

141 Oskar Lafontaine: Freiheit durch Sozialismus. In: FAZ vom 9. Juli 2007, S. 5.

142 Christoph Lieber: Politischer Quantensprung? Was ist neu an der neuen Linken. In: Sozialismus, Heft 3/2007, S. 39.

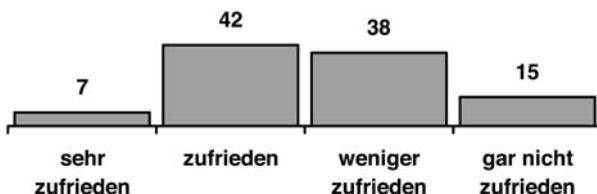
143 Die saint-simonistische Lehre. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig 1975, S. 161 f.

144 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1955 (zit. in: Rudolf Hickel: Keynes ist tot – Es lebe die Keynesche Theorie. In: Sozialismus, Heft 7-8/2006, S. 47).

### Partizipative Demokratie

Die Demokratie hat ihren guten Ruf verloren, weil sie ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, eine Politik gegen Mehrheitsinteressen zu verhindern (Grafik 11). Der alte Gesellschaftsvertrag wurde von oben aufgekündigt. Er hatte wachsenden Wohlstand für alle gegen die Duldung einer vom Volk weitgehend unbehelligten Elitenherrschaft beinhaltet. In dem Maße, wie die Interessen großer Bevölkerungsgruppen den Interessen der oberen Klassen und der Durchsetzung einer marktradikalen Ordnung geopfert werden, steht zwangsläufig die Demokratie auf dem Spiel. Ohne sozialen Gehalt wird ihre politische Form fragwürdig. Deswegen war die Verallgemeinerung des Wahlrechts auch an den Aufstieg der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten gebunden. Deswegen stellten Deregulierung und Liberalisierung auch Demokratieabbau dar: »Damit hat sich der Staat freiwillig seiner eigenen wirtschaftlichen Machtinstrumente entledigt und dem Markt überlassen... Nahezu jede Privatisierung bedeutet auch die Preisgabe politischen Einflusses und gesellschaftlicher Gestaltung.«<sup>145</sup>

Grafik 11: Zufriedenheit mit der Demokratie (ARD-DeutschlandTREND, November 2006)



Politischer Richtungswechsel setzt die Demokratiefrage in doppelter Weise auf die Tagesordnung. Erstens der Form nach: Direkte Partizipation wird immer wichtiger.<sup>146</sup> Die Bereitschaft zur Delegation sinkt und die Forderung wächst, über plebiszitäre Elemente, über die Erhöhung von Transparenz, Beteiligung und die Verstärkung von Einspruchrechten Einfluss von unten her zu gewinnen. Zwar hat sich ein breites Netzwerk von NGOs herausgebildet, doch sind die Möglichkeiten gerade der unteren gesellschaftlichen Gruppen immer noch gering. Es fehlen dafür zumeist die institutionellen und sozialen sowie kulturellen Voraussetzungen. Und es mangelt an öffentlichen Räumen der Partizipation.

Zweitens steht die Demokratiefrage in Bezug auf die Reichweite der Demokratie: in Gestalt der Wirtschaftsdemokratie<sup>147</sup>, der partizipativen Haushaltspolitik,

145 Gregor Gysi: Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus. In: Utopie kreativ, Heft 198 (April 2007), S. 316.

146 Vgl. dazu das Projekt Partizipation der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter Leitung von Lutz Brangsch (<http://www.brangsch.de/partizipation/>).

147 Joachim Bischoff, Heinz J. Bontrup, Alex Demirovic, Jörg Huffschmid, Julia Müller, Michael Schumann: Wirt-

der Demokratisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme. Die Krise des Neoliberalismus kann progressiv nur durch eine neue Welle der Demokratisierung bearbeitet werden.

Wie in Lateinamerika so wird sich auch in Europa und Deutschland zeigen: »Die Rekonstruktion der politischen Demokratie wird nicht nur von ökonomischen Basisprozessen und einer neuen Politik des sozialen Ausgleichs abhängen, sondern auch von der Wiedererrichtung eines öffentlichen Raumes und staatlicher Kompetenzen/Regeln, die die (ökonomisch und politisch) Mächtigen besser zu kontrollieren vermögen.«<sup>148</sup>

### *Ein neuer Produktivitätspakt und eine neue Wachstumskonstellation*

Die Revolution der Informations- und Kommunikationsmittel hat eine neue technologische Produktionsweise hervorgebracht. Aus der Globalisierung der Märkte wird die Globalisierung der Fertigung und auch vieler Dienstleistungen. Informationsarbeit rückt in das strategische Zentrum und breitet sich aus. Netzwerkförmige Kooperation wird zu einer entscheidenden Produktivitätsressource.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus versucht, diese Produktivitätspotentiale durch die Verschärfung der klassischen Formen von Ausbeutung freizusetzen: Die Kapitalmanager werden der unmittelbaren Ausrichtung am Aktienwert der Unternehmen unterworfen – auf Kosten der langfristigen investiven Entwicklung des Anlage- und »Human«-Kapitals. Bis hinein in jede Arbeitsgruppe wird der Marktdruck weitergegeben und so die Intensität der Arbeit erhöht und die Arbeitszeit ausgeweitet. Global und bis hinein in jede Region und jeden Betrieb werden die arbeitenden Klassen gespalten in die »Leistungsträger« und die »working poor«. Letztere werden aus Lohnarbeitern wieder zu Tagelöhnern – Zeitarbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen oder in ungeschützten Verträgen, Leiharbeiter, Beschäftigte in 1-Euro-Jobs, Scheinselbständige. Die Staaten und Regionen werden in einen Standortwettbewerb gezwungen, der gerade die Schwächeren unter ihnen zu Sozial- und Umweltdumping treibt. Dadurch werden die Reproduktion und Integration dieser Gesellschaften untergraben. Der Freisetzung von Produktivität steht die Vernichtung von Produktivität gegenüber.

Nur zwei einfache Beispiele. Ende Juli 2007 steckte ein Forstarbeiter auf der kanarischen Insel Gran Canaria den Wald an, so wird berichtet, weil er hoffte, dass so sein Dreimonatsvertrag durch die anfallenden Arbeiten verlängert werden würde.<sup>149</sup> Ein Jahrhundertschaden entstand. Das hat sich nun wirklich nicht »ge-

schaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg 2006; Heinz J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus. In: Utopie kreativ, Heft 186 (April 2006), S. 299-310; Alex Demirovic: Demokratie in der Wirtschaft. Münster 2007; Stefan Sjöberg: Collective Capital Formation as a Strategy for Economic Democracy – The cases of Germany and Sweden ([http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rds\\_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/Sjoeberg\\_Vermoeen\\_e.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rds_uploads/pdfs/Themen/leftparties/pdfs/Sjoeberg_Vermoeen_e.pdf)).

148 Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007, S. 37.

149 <http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/panorama/ausland/463195>.

rechnet«. Und in dem deutschen Bundesstaat Hessen, regiert durch Roland Koch, steigt im Sommer die Arbeitslosigkeit auch deshalb, weil Lehrer mit befristeten Halbjahresverträgen angestellt werden. Welche Würde können sie gegenüber den Schülerinnen und Schülern ausstrahlen? Über welche Souveränität im Umgang mit diesen können sie verfügen? Welche Geduld, welche Mühe, welches langfristiges psychologisches Verständnis für die Kinder und Jugendlichen kann von ihnen erwartet werden?

Ein alternativer »Produktivitäts-Pakt«, der die Potentiale der neuen technologischen Produktionsweise umfassend freisetzt, bedarf »einer erweiterten gesellschaftlichen Regulierung und eines Eingriffs gegenüber dem prinzipiell maßlosen Verwertungstrieb des Kapitals ... , d. h. es bedarf einer Relativierung gerade dieses kapitalistischen Charakters der Produktionsverhältnisse«<sup>150</sup>. Dazu gehören nach Stephan Krüger die oben schon dargestellten Veränderungen in der Eigentümerstruktur, die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Lohnarbeiter und eine Erneuerung der öffentlichen und Non-Profit-Sektoren.

Die gegenwärtig gute Konjunktur in Deutschland wird erstmalig seit langem auch zu einem beträchtlichen Teil von einer wachsenden Binnennachfrage getragen. Dies kann ein guter Ausgangspunkt sein, um offensiv das Thema der Umverteilung als Bedingung einer neuen Wachstumskonstellation auf die Tagesordnung zu stellen – durch das Anheben der Löhne und insbesondere der unteren Einkommen (einschließlich der Einführung eines Mindestlohns), durch den Ausbau des öffentlichen Sektors, durch eine sozialökologische und regionale Strukturpolitik, die auf eine langfristige Umstellung der Produktions-, Infrastruktur- und Konsumtionsbedingungen zielt.

### *Eine soziale und friedensorientierte Wende in der Europäischen Union*

Die europäischen herrschenden Klassen haben mit dem Projekt des »einheitlichen europäischen Binnenmarkts« seit den achtziger Jahren vor allem die negative Integration Europas vorangetrieben: »An die Stelle der ›positiven‹ Integration durch Gestaltung gemeinsamer Rahmenbedingungen für die Konkurrenz trat somit die ›negative Integration‹ durch Beseitigung aller Marktschranken ohne weitere Vergemeinschaftung. Aus Leistungswettbewerb wurde Standortwettbewerb.«<sup>151</sup> Und dieser führt zu einer Unterbietungskonkurrenz der Länder und Regionen gegeneinander durch Senkung der sozialen und ökologischen Standards. Sie resultiert in der Unterordnung der Politik unter die entfesselte Wirtschaft. Ohne europäische Gerechtigkeitspolitik kann auch ihre Wirtschafts- und Innovationspolitik nicht erfolgreich sein.<sup>152</sup>

150 Stephan Krüger: Anforderungen an gewerkschaftliche Betriebspolitik. Einordnung in aktuelle Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation. In: Sozialismus, Heft 1/2007, S. 29.

151 Jörg Huffschild: Die neoliberale Deformation Europas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2007, S. 310.

152 Anthony Giddens: Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. In: Berliner Republik, Heft 1/2006, S. 24.

Die Veränderung der europäischen Politik ist eine Bedingung für einen Richtungswechsel in Deutschland. Wie Gabi Zimmer formuliert: »Die EU-europäische Integration muss also von links aus politisch (mit)gestaltet werden.«<sup>153</sup> Der Kampf um eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Rahmensetzung für höhere soziale und ökologische Standards ist dringend erforderlich. Dazu gehört vor allem eine Sozialunion, die zum einen Mindeststandards festlegt und zum anderen – in Abhängigkeit vom jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand – einen Korridor sozialer Standards fixiert, der nach unten nicht unterschritten werden darf und bei ökonomischen Fortschritten nach oben angehoben werden muss.<sup>154</sup> Es geht um eine »EU-weite Wirtschaftspolitik ..., die ein Gegengewicht zur Macht des Kapitals schafft und nachhaltiges Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten fördert sowie eine europaweite Regional- und Strukturpolitik EZB demokratisch legitimiert«<sup>155</sup>.

Eine friedensorientierte Politik der EU, die sich von der militärischen Logik verabschiedet und Europas Stärke als Zivilmacht zur Geltung bringt, ist die Kehrseite und zugleich die Bedingung einer sozialen Wende. Mohssen Massarat nennt in diesem Zusammenhang ein alternatives Irakkonzept, ein friedenspolitisches Gesamtkonzept für den Nahen und Mittleren Osten als Raum gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung sowie die Stärkung der OSZE sowie der Übergang zu einer Weltwirtschaftsordnung, basierend auf regenerativen Energien und solidarischer Kooperation.<sup>156</sup>

## **Radikale Realpolitik**

Die Krise des Neoliberalismus erzeugt eine Situation größter Unsicherheit. Auf der einen Seite wurde durch Teile der herrschenden Klassen ein Zyklus von Entzivilisierung, Entdemokratisierung und Barbarisierung ausgelöst. Weder Krieg noch Folter sind tabuisiert. Imperiale Macht wird als »öffentliches Gut« legitimiert. Der entfesselte Kapitalismus wird von der Entfesselung der staatlichen und außerstaatlichen Gewalt begleitet und befördert sie. Elemente totalitärer Herrschaft bilden sich in immer schnellerem Maße heraus. Nichts kann mehr als garantiert gelten.

153 Gabi Zimmer: Wortüber streiten wir? Über Inhalte, Wege und Politikstile, um linker Politik zu nachhaltigem Gewinn an Wirksamkeit zu verhelfen? ([http://www.gabi-zimmer.de/aktuell\\_8.php](http://www.gabi-zimmer.de/aktuell_8.php)).

154 André Brie: Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Ein soziales Europa oder kein Europa. Das ist die Frage, das ist die Antwort ([http://www.andrebrie.de/pds/dok/2007/20070216\\_Thesen\\_Europa\\_rls.pdf](http://www.andrebrie.de/pds/dok/2007/20070216_Thesen_Europa_rls.pdf), S. 9).

155 Stellungnahme des Forums Soziales Europa. Europäisches Netzwerk von GewerkschafterInnen »Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Sozialmodell« (<http://www.wissentransfer.info/wissen>).

156 David Harvey, Mohssen Massarat: Globalisierung und neuer Imperialismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2004, S. 30 ff.

Die Aushöhlung und Destabilisierung der vorhandenen Institutionen, Einstellungen und Verhaltensweisen führt zu einer latenten Chaotisierung. Die »Aus-schläge« gegenüber der früheren »Normalität« nehmen zu. Die Gefahren enormer Rückschritte wachsen. Zugleich entstehen aber auch Chancen, verändernd einzugreifen, neue Bündnisse zu bilden, die heutigen Eigentums- und Machtstrukturen auch praktisch in Frage zu stellen und eine andere Politik einzuleiten. Noch hat die Linke zumindest in Europa nicht wirklich begriffen, dass sie eine neue Verantwortung hat und ihr neue Aufgaben zuwachsen. Was die neoliberale Elite schon lange weiß: In Zeiten der Unsicherheit ist auch das vorher Denkmögliche möglich – oft auf völlig unerwartete und überraschende Weise.

Die Voraussetzungen für einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel können geschaffen werden. Dazu bedarf es vieler Akteure. Die Partei DIE LINKE ist nur einer davon – jedoch ein wichtiger. Wie aber ist die Linkspartei selbst darauf vorbereitet, zu einem Richtungswechsel erfolgreich beizutragen? Dies muss sich erst noch zeigen. Wird sie es lernen, erfolgreich gegen den Wind zu segeln und ihren Kurs selbstbewusst zu bestimmen und zu halten – zielend auf den dringend notwendigen Richtungswechsel der Gesellschaftspolitik in Deutschland und Europa?<sup>157</sup>

Dazu bedarf es der Kunst radikaler Realpolitik. Diese Verbindung von Radikalität und Realismus knüpft an jene Suche nach einer neuen Politik an, wie sie Rosa Luxemburg im ausgehenden 19. Jahrhundert begann, um den Gegensatz zwischen heute und hier wirkenden Reformismus und dem Warten auf die Revolution zu überwinden. Sie nannte sie eine »im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik*«<sup>158</sup>.

Eine solche radikale Realpolitik ist eine Praxis der Veränderung der Umstände und der Selbstveränderung. Ihr Ausgangspunkt könnte eine radikale Kritik sein, die aufzeigt, dass die Überwindung der Grundprobleme der gegenwärtigen Welt, von Elend, Unterdrückung und Krieg, nicht ohne die schrittweise Überwindung der Kapitaldominanz über unsere Gesellschaften und unser Leben möglich ist. Bei jedem Protest, bei jeder Forderung, bei jeder Verhandlung geht es immer um Macht und Eigentum, genau deshalb sind sie so schwierig. Wenn wir verdrängen oder vergessen, dass wir eine grundsätzliche Transformation der Gesellschaft anstreben, haben wir verloren, bevor wir begonnen haben. Wenn wir aber nicht dertart weltvergessen sind, dann können wir auch eine *revolutionäre* Politik begründen, die auf die Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zielt, eine radikale Politik, die an die Wurzel unserer Existenzweise geht. Es ist eine Politik der Transformation.

157 Die Klarheit über die Richtung ist die Voraussetzung für jede konkrete Strategiebildung. Vgl. dazu: Joachim Raschke: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Frank Nullmeier, Thomas Saretzki: Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien. Frankfurt und New York: Campus Verlag 2002, S. 216 f.

158 Rosa Luxemburg: Karl Marx. Werke, Bd. 1.2, S. 373.

Radikale Kritik ist nicht ohne radikale Selbstkritik möglich. Wie Frigga Haug bezogen nicht nur auf die Arbeiterbewegung feststellt, bedeutet solche Politik für die Unterdrückten, dass sie »zugleich gegen sie gemacht werden muss, dass also ein Kampf um die Köpfe und Gefühle ebenso Bestandteil von revolutionärer Realpolitik sein muss«<sup>159</sup> – vor allem auch um unsere eigenen Köpfe und Gefühle. Wir brauchen deshalb zweitens eine *Politik der Befreiung und Selbstbefreiung*, der Überwindung der eigenen verinnerlichten Knechtschaft und des Komplimentums sowie unserer Bereitschaft, auch das Schrecklichste noch hinzunehmen.

Befreiende Politik meint auch, dass die Politik selbst eine Befreiung sein muss – hin zu einem anderen Leben, Arbeiten, Lieben. Rosa Luxemburg insistierte deshalb auf der Freiheit der Andersdenkenden, weil ohne diese Freiheit jedes Denken aufhört. Sie klagte ungehemmte Demokratie ein, weil, so schrieb sie 1918: »Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. Wie dort politisch, so auch ökonomisch und sozial. Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.«<sup>160</sup> Befreiende Politik misst sich deshalb auch am Maß radikaler Demokratie, die sie freisetzt.

Die Stärke der Institutionen globaler kapitalistischer Macht liegt erstens darin, dass sie hegemonial sind im Sinne der Fähigkeit, »eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen«<sup>161</sup>. G8, WTO, IWF, USA und NATO beanspruchen für sich, Freiheit und Menschenrechte durchzusetzen, gesellschaftliche Produktivität ungekannten Ausmaßes freizusetzen, realistische Projekte der politischen Gestaltung der Globalisierung im Interesse breiter gesellschaftlicher Gruppen zu realisieren. Auch angesichts der großen Krisen dürfen wir die relativen Erfolge dieser Strategie nicht unterschätzen. Die Stärke dieser Institutionen liegt zweitens darin, dass die Alternativen so schwach sind, denn: Selbst der schlechteste Zustand kann sich solange halten, wie es keine überzeugenden Alternativen gibt. Deshalb müssen wir praktisch an Alternativen einer anderen, einer höheren, einer menschlichen und umwelterhaltenden Produktivität arbeiten, die die gesellschaftlichen Gruppen der bedrohten Mitte und des abgehängten Unten in Deutschland und global in einer solidarischen gerechten Weise verbindet. Wir müssen zeigen: Es geht anders und es geht besser, viel, viel besser.

159 Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik. Hamburg 2007, S. 73.

160 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Berlin. In: Werke, Bd. 4, S. 360.

161 Ulrich Brand, Christoph Scherrer: Contested Global Governance. Konkurrierende Formen und In-halte globaler Governance. [http://www.renner-institut.at/download/texte/brand\\_scherrer.pdf](http://www.renner-institut.at/download/texte/brand_scherrer.pdf).

Dazu bedarf es konkreter Einstiegsprojekte. Sie haben eine fünffache Funktion: »(1) Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren, insofern eine breite Neugruppierung, Neugewichtungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich ziehen... (2) Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern sie müssen auch zum Umgang mit Erfolg befähigen... (3) Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität... (4) Einstiegsprojekte vermitteln die Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität... (5) Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.«<sup>162</sup> Durch solche Projekte entstehen erst die Subjekte umfassenderer Veränderung.

Eine radikale Realpolitik ist auf grundlegende Veränderung gerichtet. Unter der Bedingung, dass die, die unten sind, nicht mehr so wollen wie bisher, und die, die oben sind, es nicht mehr können, will sie eingreifen. Aus der bloßen Möglichkeit will sie eine reale Chance machen. Dies kann ein langer Weg sein, einer, der durch viele Niederlagen und manche Teilsiege hindurch führt.

Die verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit der herrschenden Weltordnung sind nicht gleichwertig, aber aus der Unterlegenheit ist auch Verhandeln legitim. Wichtig sind Einbettung, Art und Weise und Resultat. Entscheidend ist, ob sie zum Einstieg in den Ausstieg beitragen – aus der imperialen, der kapitalistischen, der patriarchalen, der umweltzerstörenden Weise der Globalisierung.

DIE LINKE braucht eine dialektische Politik, die darauf abzielt, mehrere Ziele zugleich zu erreichen – Delegitimierung der herrschenden Macht, Einleitung sozialer, ökologischer, demokratischer Reformen und schließlich auch Umwälzung unserer eigenen Produktions- und Lebensweise sowie der Eigentums- und Machtverhältnisse, auf denen sie gegründet sind. Radikale Realpolitik zielt auf die Veränderung der Grundlagen unseres eigenen Handelns, der Stärkung der Kräfte für eine andere Welt. Forderungen und Verhandeln bedürfen ihrer Einbettung in eine befreiende, eine radikal demokratische Politik. In der Gestaltung von Politik als radikaler befreiender Realpolitik bewährt sich praktische Dialektik als Kunst, gegen den Wind zu segeln.

Wie sagte Arundhati Roy in Porto Alegre im Januar 2005: »Die Revolution der globalen Allmacht wird in sich zusammenfallen, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkauft – ihre Ideen, ihre Geschichtsversion, ihre Kriege, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidlichkeit. Denkt daran: Sie brauchen uns mehr als wir sie. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist unterwegs. An einem ruhigen Tag kann ich ihr atmen hören.«<sup>163</sup>

162 Lutz Brangsch: Überlegungen zum Charakter von Einstiegsprojekten. Ms. 2004.

163 Wie widerstehen wir der Weltherrschaft? Nachdenken über eine andere Welt. Die Rede von Arundhati Roy auf dem Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre (Auszug) <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/roy.html>.

# Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dietmar Bartsch** – geb. 1958, Dr. rer. oec., Mitglied des Deutschen Bundestags 1998-2002 und seit 2005, Bundeschatzmeister der PDS 1991-1997, Bundesgeschäftsführer der PDS 1997-2002, der Linkspartei.PDS von 2005-2007, der Partei DIE LINKE seit Juni 2007
- Michael Brie** – geb. 1954, Prof. Dr. phil., Politikwissenschaftler, Leiter des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, inhaltliche Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Geschichte des Sozialismus, Parteienforschung, Veröffentlichungen u. a.: *Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch. Texte 19 der RLS. Berlin 2005, Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Manuskripte 36 der RLS. Berlin 2003*
- Werner Dreibus** – geb. 1947, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach am Main, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
- Rainer Ferchland** – geb. 1937, Vorsitzender des Instituts für Sozialdatenanalyse e. V. Berlin, Veröffentlichungen vor allem zur Sozialberichterstattung und zur sozialräumlichen Struktur Berlins
- Cornelia Hildebrandt** – geb. 1962, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung, Themenbereich: Parteien und soziale Bewegungen, Veröffentlichungen: (Hrsg.): *Perspektiven des Europäischen Sozialstaates. Manuskripte 52 der RLS. Berlin 2005, Drei Ziele. In: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Zehn Autorinnen und Autoren stellen erste Antworten zur Diskussion. Texte 23 der RLS. Berlin 2005, Michael Brie, Conny Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Texte 30 der RLS. Berlin 2006*
- Matthias Hinze** – geb. 1969, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter im Berliner Büro von Werner Dreibus, MdB, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
- Katja Kipping** – geb. 1978, stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 2004 Sprecherin des parteiunabhängigen Netzwerkes Grundeinkommen, Veröffentlichungen u. a. zu linker Strategie sowie zum Thema Grundeinkommen in Zeitschriften wie *UTOPIE kreativ* und *Sozialismus*. Beim VSA-Verlag erschienen ist das Buch zum Gipfel *G 8 – Gipfel der Ungerechtigkeit: Wie acht Regierungen über 6 000 000 Menschen bestimmen*, das sie gemeinsam mit Christine Buchholz herausbrachte.
- Dieter Klein** – geb. 1931, Leiter der Zukunftscommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Politikonom, (Mit-)Herausgeber/Autor von: *Lehrbuch politische Ökonomie des Kapitalismus* (1988), *Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus* (1988), *Umbruch zur Moderne* (1991), *Zwischen den Zeiten* (1992), *Der Engel der Geschichte* (1993), *Kommentar. Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus* (1997), *Sozialismus als Tagesaufgabe* (2002), *Leben statt gelebt zu werden* (2003), *Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle* (2004), *Milliardäre – Kassenleere* (2006)
- Meinhard Meuche-Mäker** – geb. 1958, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Regionalbüro Hamburg, Tätigkeiten im Bereich politischer Bildung und Politikberatung, inhaltliche Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, PDS und Linkspartei. Veröffentlichungen u. a.: *Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005, Die Linkspartei.PDS auf dem Weg zur neuen Linken. Anforderungen an eine politikfähige Partei, Berlin 2006*
- Christoph Spehr** – geb. 1963, Dr. rer. silv., Historiker, Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft. Veröffentlichungen u.a.: *Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, München 1999, Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, Berlin 2003, On Rules and Monsters. Beiträge zu Horror und Kultur, Hamburg 2007* (zusammen mit Benjamin Moldenhauer und Jörg Windszus).
- Axel Troost** – geb. 1954, Dr. rer. pol, Volkswirt, Januar 2005 bis Juni 2007 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der WASG, seitdem Mitglied des Vorstandes der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestags
- Dietmar Wittich** – geb. 1943, Dr. habil., Soziologe und Publizist, Redakteur der Zeitschrift UTOPIE kreativ, Veröffentlichungen u. a. auf den Gebieten der Sozial- und Klassenanalyse und der empirischen Meinungsforschung, u. a. *Berichte aus der sozialen Hängematte* (2003)

